Willy Klages

Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1870 bis 1948 in zwei Bänden Band 11/1

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Politische und wirtschaftliche Entmündigung Deutschlands



Glanz und Elend der deutschen Geschichte
von 1870 bis 1948
in zwei Bänden
Band 11/1

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung:
Politische und wirtschaftliche Entmündigung Deutschlands

Inhaltsverzeichnis Band 11/1	**Seite**
Danksagung und Widmung	5
Anstatt eines Vorwortes	6-7
Das Deutsche Reich Der französisch-deutsche Krieg 1870/71 Deutsch-französischer Frieden Gründung des Deutschen Reiches Bismarcks Außenpolitik Bismarcks Innenpolitik Bismarcks Rücktritt Kaiser Wilhelm II. Die Gesellschaftliche Ordnung des Deutschen Kaiserreiches Der Kampf um die Weltmacht: Die Wirtschafts-, Kolonial- und Weltmachtpolitik der imperialistischen Großmächte Der Panslawismus (1871-1914)	8-52
Der Erste Weltkrieg Annexion Bosniens und der Herzegowina Das Attentat von Sarajevo Die Kriegsbegeisterung im August 1914 Der "totale Krieg" "Mittelmächte" und "Alliierte Mächte" Die US-Neutralität während des Ersten Weltkrieges Friedensangebot der Mittelmächte Kriegseintritt der USA Die Balfourdeklaration Kriegsverluste des Ersten Weltkrieges	53-105
Der "Frieden" von Versailles Das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 "Friedensverhandlungen" Bekanntgabe der "Friedensbedingungen" Die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges Die Folgen des Versailler Vertrages Die Sieger des Ersten Weltkrieges Siegeszug der europäischen Diktaturen nach dem Ersten Weltkrieg	106-174
Die "Weimarer Republik" Gründung der "Weimarer Republik" Die ersten Jahre der Weimarer Republik	175-246

Die Besetzung des Ruhrgebietes Die Inflation nach dem Ersten Weltkrieg Hitlers Weg zur Macht Deutsche Ostpolitik (1919-1933) Die "Goldenen Zwanziger Jahre" Reparationszahlungen nach dem Ersten Weltkrieg Die Weltwirtschaftskrise Die Wall Street fördert Adolf Hitler Hitlers Aufstieg während der Weltwirtschaftskrise Die nationalsozialistische "Machtergreifung"	
Das NS-Regime Der NS-Staatsstreich "Wilde SA- und SS-Lager" werden zu Konzentrationslagern Die NS-Gleichschaltung NS-Kirchenpolitik Der NS-Polizei- und Terrorstaat Der "Röhm-Putsch" Emigration und Widerstand Der "allmächtige Führer"	247-299
Der Zweite Weltkrieg (Fortsetzung des Zweiten Dreißigjährigen Krieges), Teil 1 Kriegsvorbereitungen für den deutsch-polnischen Krieg Der deutsch-polnische Krieg Der Bromberger Blutsonntag SD- und SS-Greuel sowie sowjetische "Säuberungsaktionen" in Polen (1939-1941) Kriegsvorbereitungen für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg Der Angriff gegen die Sowjetunion Die Anfangsphase des Rußlandfeldzuges Die sowjetische Befreiungsmission" im Baltikum, in der Ukraine und in Ostpolen Der deutsch-sowjetische Ostkrieg 1941/42 SS- und SD-Einsatzgruppen: "Einsatz hinter der Front"	300-369
Inhaltsverzeichnis Band 11/2	**Seite**
Der Zweite Weltkrieg (Fortsetzung des Zweiten Dreißigjährigen Krieges), Teil 2 Deutsche Wehrmachtsjustiz im Zweiten Weltkrieg Stalins Kriegsziele und Kriegsführung Der sowjetische Partisanenkrieg und die Taktik der "verbrannten Erde" Die Verfolgung und Auswanderung der Juden Die Ermordung der europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges Ausländische Berichte über die Verfolgung der europäischen Juden und unterlassene Hilfeleistungen der Anti-Hitler-Koalition Antideutsche Außenpolitik, US-Hilfslieferungen, Kriegskonferenzen der Alliierten und Ziele der Besatzungspolitik Der Morgenthau-Plan Konferenz von Jalta Der Luftkrieg (1940-1945)	3-173

Das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 Die Lage östlich der Oder-Neiße-Linie 1944/45 Die sowjetische Winteroffensive im Januar 1945 Die Flucht vor der Roten Armee Einmarsch der sowjetischen Truppen östlich der Oder-Neiße-Linie Stalins Liquidationspolitik Das Schicksal der Ost- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa nach dem militärischen Zusammenbruch Die Lebensverhältnisse der deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie Der Zusammenbruch des NS-Regimes	
Die "Stunde Null": Deutschland während der Nachkriegszeit Kapitulation der Deutschen Wehrmacht Absetzung und Internierung der "geschäftsführenden Zentralregierung des Deutschen Reiches" Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen Die Berliner Deklaration Das Potsdamer Abkommen Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Die alliierte Befreiungsmission in Mittel- und Westdeutschland Reparationen und Wiedergutmachung Entnazifizierung und Umerziehung der Deutschen in Mittel- und Westdeutschland Die Hungerpolitik der sogenannten Befreier Die Liquidierung des preußischen Staates	174-344
Der Kalte Krieg Der Marshall-Plan Keine deutsche Friedensregelung Währungsreform in den Besatzungszonen Die Berlin-Blockade Gründung des Staates Israel	345-362
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	363-372

Danksagung und Widmung

> Je mehr du gedacht, je mehr du getan hast, desto länger hast du gelebt.
> *Immanuel Kant (1724-1804, deutscher Philosoph)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die dieses Buch überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.
Besonders danke ich:
William S. Allen, Margaret Lavinia Anderson, Hugo Andreae, André Barmettler, Rudolf Augstein, Ruth Andreas-Friedrich, Jacques Bainville, Nicholson Baker, Bruno Bandulet, James Bacque, Reinhart Beck, Friedemann Bedürftig, Rudolf Augstein, Jacques Benoist-Méchin, Hans Joachim Berbig, Georg Bluhm, Günter Böddeker, Erhardt Bödecker, Karl Dietrich Bracher, Carl J. Burckhardt, Paul Carell, Christopher Clark, Robert Conquest, Stèphane Courtois, Hellmuth Günther Dahms, Alexander Demandt, Karlheinz Deschner, Ernst Deuerlein, Willy Dreßen, Christopher Duffy, Jost Dülffer, Hans Ebeling, Angelika Eberl, Wolfgang Effenberger, Willi Eilers, Jürgen Elsässer, Frank Fabian, Norman G. Finkelstein, S. Fischer-Fabian , Jan von Flocken, Mathias Forster, Karl Wilhelm Fricke, Saul Friedländer, Jörg Friedrich, Lothar Fritze, Friedrich Georg, Hermann Glaser, Peter Gosztony, Hermann Graml, Des Griffin, Lothar Groppe, Johannes Gross, Alfred Grosser, Sebastian Haffner, Gerhard Hellwig, Hans Heumann, Werner Hilgemann, Andreas Hillgruber, Joachim Hoffmann, Georg Holmsten, Walther Hubatsch, Wolfgang Hug, Gerhard Hümmelchen, Peter Hüttenberger, Hans-Adolf Jacobsen, Eberhard Jäckel, Karl Jaspers, Karl Jering, Werner Jochmann, Ernst Johann, Thomas Jung, Eugen Kaiser, Wanda Kampmann, Manfred Kehrig, Paul Kennedy, John Maynard Keynes, Hermann Kinder, Michael Klonovsky, Walter Közle, Dag Krienen, Ekkehard Kuhn, J. Kuhr, Bernd Längin, Rolf Lasius, Karl Bruno Leder, Bernd Legath, Rüdiger Lenhoff, Gerhard Linne, Jochen Löser, Wilfried Loth, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Domenico Losurdo, Herbert Ludwig, Golo Mann, Paul C. Martin, Peter März, Jim Macgregor, Werner Maser, Karel Meissner, Günter Moltmann, Walter Müller-Bringmann, Wolfgang Müller, Norman N. Naimark, Heinz Nawratil, Ernst Niekisch, Manfred Overesch, Edmond Paris, Geoffrey Parker, Wolfgang Petter, Hermann Pfister, Daniell Pföhringer, Theodor Plievier, Karl Ploetz, Walter Post, Hans-Werner Rautenberg, Hubert Recker, Gerhard Reichling, Sven Reuth, Gotthold Rhode, Werner Ripper, Gerhard Ritter, Arthur Rosenberg, Werner Rügemer, Klaus-Jörg Ruhl, Friedrich Wilhelm Saal, Michael Salewski, Philipp Scheidemann, Guntram von Schenck, Alfred Schickel, Matthias Schickel, Theodor Schieder, Heinz Dieter Schmid, Harald Scholtz, Caspar Freiherr von Schrenck–Notzing, Thorsten Schulte, Gerd Schultze-Rhonhof, Eva Schweitzer, Roland Siegert, Karlhans Sonnenburg, Hubert Speidel, Harald Steffahn, Werner Stein, Gabor Steingart, Günther Stökl, Gustav Stolper, Alfred Streim, Heinrich von Sybel, Robert H. Tenbrock, Studs Terkel, Maurice Thorez, Jürgen Thorwald, Nikolai Tolstoy, Hugh Trevor-Roper, Heinrich Walle, Max Weber, Bernd Wegner, Karlheinz Weißmann, Bernd-Jürgen Wendt, Nicolas Werth, Robert Wistrich, Birgit Wulff, David S. Wyman, Alfred Maurice de Zayas und Christian Zentner.

Dieses Buch ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Anstatt eines Vorwortes

> Nie haben die Massen nach Wahrheit gedürstet, von den Tatsachen, die ihnen mißfallen, wenden sie sich ab und ziehen es vor, den Irrtum zu vergöttern. Der, der sie zu täuschen versteht, wird leicht ihr Herr. Der, der sie aufzuklären versucht, stets ihr Opfer.
> *Gustave Le Bon (1841-1931, französischer Arzt)*

In diesem Buch über Glanz und Elend der deutschen Geschichte geht es um die Erinnerung an Tatsachen. Dieses Buch beschränkt sich auf die Erläuterung von wesentlichen geschichtlichen Fakten und Problemen der entsprechenden Zeiträume.
Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).
Obgleich die Deutschen seit über 100 Jahren planmäßig bevormundet, versklavt und ausgeplündert werden, berichtete bisher kein deutscher Historiker und kein deutscher Journalist über diesen unfaßbaren Zustand. Anstatt das sogenannte Volk der "Dichter und Denker" über die historische Wahrheit und Realität zu informieren, wurden die Deutschen systematisch zu einem "Volk der Täter" umerzogen und ihre mehr als tausendjährige deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte fast auf die unsäglichen 12 Jahre des NS-Regimes reduziert.
Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über die Manipulation der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177-178): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.
... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...
Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war.
Erleichtert wurde das durch die bedingungslose Autoritätsgläubigkeit, die den Deutschen anerzogen ist ...
Nachdem die Besatzungszonen und die offene Zensur abgeschafft worden waren, kam es zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation, weil Haltung und Einstellung, die sich unter jenem Regime gebildet hatten, schon zu Geschichte geworden waren. ...<<
Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen viele deutsche Historiker im Rahmen der systematischen "Umerziehung" zwangsweise die vorgegebenen subjektiven Aussagen und verzerrten historischen Wertungen der alliierten Siegermächte. Die Geschichte der deutschen Verlierer wurde dementsprechend einseitig dargestellt und wichtige historische Fakten blendete man nicht selten kurzerhand aus, um den politischen Vorgaben der Sieger zu entsprechen.
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die einseitige politische Geschichtsschreibung (x306/16-18): >>... Historische Wertungen werden heute mit dem gleichen dogmatischen Eifer umfochten wie theologische Lehrsätze im 16. Jahrhundert. Es breitet sich behende eine Geschichtsinquisition aus, die bereits daran gegangen ist, historische Forschungen in die beiden Kategorien "volkspädagogisch willkommen" und "volkspädagogisch unwillkommen" einzuteilen. Glaubte man einst, daß das Geschick der Völker auf den Schlachtfeldern oder in den Parlamenten entschieden werde, so sieht man es heute durch die Portale der Volkshochschulen schreiten.
Als "volkspädagogisch willkommen" gilt derzeit alles, was irgendwie im negativen Sinne mit

dem "Dritten Reich" in Verbindung gebracht und somit der "Bewältigung der Vergangenheit" dienstbar gemacht werden kann. ...
Deutschland war 1945 keine leere, sondern eine dicht beschriebene Tafel. Nur daß die Eintragungen nicht in deutscher, sondern in englischer, russischer und französischer Sprache gemacht worden waren. Die geschichtlichen Dominanten unserer Gegenwart liegen seither weniger in der deutschen als in der russischen und amerikanischen Geschichte. Washington und Lenin sind ungleich mehr Gestalten der Geschichte des heutigen Deutschlands als Bismarck und Friedrich der Große.
Die Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik spielen für das westliche Deutschland heute eine ähnlich entscheidende Rolle wie vor 60 Jahren die der englischen Innenpolitik für Indien. Der Unterschied ist, daß sich die Inder über diese Situation im klaren waren und die mit ihr gegebenen Chancen nutzten. Allerdings hat sich seither die Herrschaftstechnik erheblich verfeinert und ist von der Zensur der Antworten zur Suggestion der Fragen fortgeschritten.
Die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart sind tabu, und in den von Bonn und Ostberlin aus verwalteten Teilen Deutschlands wird mit gleichem Eifer an der Legende der autonomen Entstehung deutscher Nachkriegsstaaten gearbeitet. ...<<

Ein Weg wird erst dann ein Weg, wenn einer ihn geht.
Chuang-Tzu (365-290 vor Christus, chinesischer Philosoph und Dichter)

Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.
Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Sieger berichtet dieses Buch auch aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.

Das Deutsche Reich

> Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.
> *Wilhelm I. (1797-1888, deutscher Kaiser)*

Der französisch-deutsche Krieg 1870/71

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtete später über den Anlaß für die französische Kriegserklärung im Jahre 1870 (x827/113): >>(Frankreich) ... Die definitive Überzeugung, es sei mit Preußen keine Gebietsvergrößerung zu erreichen, legte Napoleon III. den Gedanken nahe, eine solche gegen Preußen zu erstreben. ...
Die von der Kaiserin unterstützte Jesuitenpartei schürte aufs eifrigste, und so wurde die Wahl des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zum König von Spanien als bequemer Vorwand ergriffen, um Preußen zu demütigen oder den Krieg zum Ausbruch zu bringen.
Als am 12. Juli (1870) die Entsagung des Erbprinzen Leopold bekannt geworden war, schien zunächst der spanische Zwischenfall erledigt zu sein. Aber an demselben Abend fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz Napoleons III. statt, und hier wurde ein Beschluß gefaßt, der den Krieg unvermeidlich machte. ...<<

Deutsch-französischer Frieden

Obgleich die Deutschen nach der französischen Niederlage über eine absolute europäische Großmachtstellung verfügten, lehnte Bismarck jede weitere Machtausdehnung strikt ab. Der "eiserne Reichskanzler" bemühte sich nach dem Kriegsende redlich, weitere deutsch-französische Feindseligkeiten zu vermeiden, um ein freundschaftliches Verhältnis mit dem uralten katholischen "Erzfeind" zu ermöglichen. Bismarck ließ z.B. keine französische Festung schleifen und Frankreich erhielt keine Heeres- und Rüstungsbeschränkungen.
Durch den Vorfrieden von Versailles im Februar 1871 und den Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 mußte Frankreich Elsaß (ohne Belfort/Burgundische Pforte) und Teile Lothringens (mit Metz) ohne Volksabstimmung an Deutschland abtreten sowie 5 Milliarden Franc Kriegsentschädigung zahlen. Elsaß gehörte seit 880 (Vertrag von Ribemont) zum Ostfränkischen bzw. Deutschen Reich, wurde dann von 1552-1648 nach und nach durch Frankreich gewaltsam besetzt. Während der Französischen Revolution wurde Elsaß von Frankreich schließlich annektiert und fiel erst nach dem französisch-deutschen Krieg von 1870/71 mit Lothringen (ab 1670 durch französische Truppen besetzt) an das Deutsche Reich zurück.
Bis zur Zahlung der Kriegsentschädigung - von 5,0 Milliarden Franc in 3 Jahren - sollte Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt bleiben (x054/156). Die letzten deutschen Besatzungstruppen zogen aber bereits am 16. September 1873 aus Frankreich ab.
Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erwies sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten hielten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden müßten, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ständig wach. Bis 1918 verließen etwa 128.000 Franzosen Elsaß und Lothringen (x056/245).
Zu den französischen Vertretern des "verdeckten Revanchismus" gegenüber Deutschland zählten damals u.a. Léon Gambetta und der spätere französische Kriegsminister George Clemenceau sowie bekannte Schriftsteller und Historiker.
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über die französisch-deutsche Erbfeindschaft (x320/12-13):

>>Die Spannungen zwischen Deutschen und Franzosen, die das Verhältnis beider Völker 1914 prägen, haben tiefe Wurzeln. Schon 1555 beginnen die Könige von Frankreich, ihr Staatsgebiet nach Osten zum Rhein hin auszudehnen. Sie nutzen innerdeutsche Streitigkeiten und den Druck der Türken auf das Reich, um sich zuerst die deutschen Festungsstädte Metz, Toul und Verdun, dann zehn elsässische Städte, dann Teile Lothringens und zum Schluß das ganze Elsaß anzugliedern. Die deutsche Muttersprache der Elsässer ist den Franzosen dabei kein Hindernisgrund. …
1870 versucht Frankreich ein weiteres Mal, sich Luxemburg, die Pfalz und das Saarland anzugliedern und seine Grenze zum Rhein hin zu verschieben. Es verursacht, erklärt, beginnt und verliert den Krieg mit Deutschland und muß dafür mit der Abtretung Elsaß-Lothringens bezahlen. …
1872 kann die Bevölkerung "optieren": 10,3 Prozent bekennen sich zu Frankreich und fünf Prozent wandern dorthin ab.
Frankreich sucht sich rechtzeitig Verbündete, um Elsaß und Lothringen bei Gelegenheit zurückzuholen. 1894 schließt es den Zweibund mit Rußland. 1912 gibt Präsident Poincaré der russischen Regierung die Zusicherung, daß Frankreich Rußland militärisch unterstützen werde, gleichgültig, ob Rußland angegriffen werde oder selbst den Krieg beginne.
Frankreich schließt 1904 die sogenannte Entente cordiale mit Großbritannien und holt sich 1911 die Zusage Englands auf Heeresunterstützung für den Fall eines Krieges mit dem Deutschen Reich. Damit stehen Frankreich zwei mächtige Verbündete zur Seite: Großbritannien und Rußland.
… In Deutschland ist man sich zwar des tiefen Grolls bewußt, den die Franzosen aufgrund des Verlusts von Elsaß und Lothringen hegen, aber ein Gefühl von Unrecht hat man in Deutschland deshalb nicht. Landabtretungen nach verlorenen Kriegen waren damals üblich. Und die eroberte Bevölkerung ist der Muttersprache nach ohnehin überwiegend deutsch. Vor dem Ersten Weltkrieg sprechen im Elsaß und in Lothringen immerhin noch 1,3 Millionen Bürger Deutsch, Französisch dagegen nicht ganz 200.000. Aus deutscher Sicht werden diese Gebiete deshalb nicht als Anlaß für den Krieg begriffen. …<<
Schlußbemerkungen: Da Preußen diesen Krieg nicht zielstrebig geplant hatte, war hauptsächlich Napoleon III. für den Kriegsausbruch (1870/71) verantwortlich. Für den nordamerikanischen Senat und die US-Presse war Napoleon III., der seit 1866 fast nur schwere außenpolitische Niederlagen hinnehmen mußte, damals jedenfalls eindeutig der Kriegsverursacher (x063/411).

Gründung des Deutschen Reiches
Das Deutsche Reich trat am 18. Januar 1871 die Rechtsnachfolge des im Jahre 1806 aufgelösten "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" an, deshalb handelte es sich wie in den Jahren 1919 und 1949 um keine Neugründung, sondern lediglich um eine "Erneuerung" bzw. um eine "Übernahme" (x063/419). Das Amt des "Deutschen Kaisers" war jedoch neu, denn bis 1806 gab es nur "Römische Kaiser".
Der Sieg über Frankreich hatte in den deutschen Staaten zwar eine Welle der nationalen Begeisterung entfacht, aber die Bildung eines vereinten deutschen Staates war trotzdem noch äußerst schwierig, denn Bismarck mußte 22 deutsche Einzelstaaten und 3 Freie Städte vereinigen.
Der neue deutsche Nationalstaat sollte nicht wieder durch den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn belastet und gefährdet werden, deshalb verzichtete man ausdrücklich auf die Aufnahme der Österreicher. Nach dem preußisch-österreichischen Bürgerkrieg im Jahre 1866 mußten die Habsburger erneut schwere Prestigeverluste hinnehmen.
Trotz des großen Widerstandes der katholischen Kirche und der süddeutschen Fürsten, die

sich naturgemäß gegen eine Vorherrschaft der protestantischen Preußen wehrten, konnte nach zähen Verhandlungen und der Zusicherung von vielfältigen Sonderrechten schließlich ein Zusammenschluß der deutschen "Nord- und Südstaaten", ohne Österreich-Ungarn, erreicht werden.
Die deutsche Kaiserproklamation, die im Spiegelsaal von Versailles stattfand, wurde von den Franzosen als nationale Demütigung empfunden. Bismarck hatte Versailles jedoch in erster Linie gewählt, weil Berlin die preußische Vorherrschaft zu deutlich gemacht hätte.
Der preußische König Wilhelm I. erklärte am Abend vor der Kaiserproklamation unter Tränen (x215/340): >>Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens, morgen tragen wir das preußische Königtum zu Grabe. ...<<
Wilhelm I. verkündete während der Kaiserproklamation in Versailles (x105/124):
>>An das deutsche Volk!
Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen,
nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.
Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unsern Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.
Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.
Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.
Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.<<
Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schrieb am 27. Januar 1871 über die Kaiserproklamation und die Gründung des Deutschen Reiches (x261/-111): >>Meine Augen gehen herüber zu dem Extrablatt. Und die Tränen fließen mir über die Backen. Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt. Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen? ...<<
Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck seine politische Arbeit. Die große Mehrheit der Deutschen war über die Gründung des Deutschen Reiches begeistert und auch zahlreiche politische Gegner Bismarcks konnten für das neue Deutsche Reich gewonnen werden. Trotz aller Eifersucht, Zwietracht und zahlloser Probleme rauften sich die deutschen Staaten irgendwie zusammen. Auch die Volksdeutschen, die jenseits der deutschen Reichsgrenzen lebten, waren damals mächtig stolz auf "ihr" Deutsches Reich.
Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat mit 25 Ländern gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgröß-

te Staat Europas. Die außenpolitischen Erfolge begünstigten auch die innenpolitische Entwicklung des Deutschen Reiches und gaben der Monarchie den erforderlichen Halt. Preußen besaß mit rd. 65 % der gesamten Fläche und rd. 62 % der Bevölkerung ein bedeutendes Übergewicht und stellte den deutschen Kaiser, der das Deutsche Reich völkerrechtlich vertrat und den militärischen Oberbefehl besaß. Das Deutsche Kaiserreich von 1871 war kein Obrigkeitsstaat, sondern eine halbparlamentarische Monarchie. Der Kaiser ernannte und entließ den Reichskanzler.
Das preußische Staatsministerium war mit der deutschen Reichsregierung praktisch identisch. Der deutsche Reichskanzler war gleichzeitig preußischer Ministerpräsident. Er war für die Führung der Reichspolitik verantwortlich.
Die deutschen Bundesländer behielten ihre Verfassungen und Parlamente. Alle Bundesländer verfügten weiterhin fast uneingeschränkt über direkte Steuern. Bayern und Württemberg erhielten außerdem Sonderrechte für das Heer, die Bahn und die Post. Die Heeresstärke des Deutschen Reiches betrug 1871 rd. 402.000 Soldaten, ca. 1 % der deutschen Bevölkerung. Von 1871-1892 wurde die deutsche Armee nicht vergrößert. Bismarck hielt die deutschen Militaristen, im Gegensatz zu seinen Nachfolgern, "am kurzen Zügel". Für Bismarck hatten nach der Reichsgründung die politischen Entscheidungen grundsätzlich Vorrang.
Der deutsche Historiker Karl Erich Born schrieb später über die Stellung Preußens im Deutschen Reich von 1871 (x176/200): >>Preußen war größer und stärker als alle anderen Bundesstaaten zusammengenommen: Über die Hälfte des Reichsgebietes waren preußisch; die wichtigsten Rohstoffgebiete und Industrien Deutschlands lagen in Preußen; mehr als zwei Drittel des Reichsheeres waren preußische Truppen.
Dem Kaiser standen die Machtmittel, die er als König von Preußen besaß, zu Gebote, und hinter dem Reichskanzler stand die Macht des preußischen Staatsministeriums und der preußischen Regierung; denn er war ... gleichzeitig auch preußischer Ministerpräsident.<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Gründung des Deutschen Reiches (x057/157-158): >>Das bedeutendste Ereignis des Krieges von 1870/71 war die Gründung des deutschen Kaiserreiches. Seit dem Siege von Sedan verhandelte Bismarck mit den süddeutschen Staaten, und schon am 18. Januar 1871 wurde in Versailles König Wilhelm I. zum erblichen Deutschen Kaiser ausgerufen.
Nach der Reichsverfassung, die aus der Verfassung des Norddeutschen Bundes hervorging, war das Deutsche Reich ein Bundesstaat, der auf Grund freiwilliger Zustimmung der Fürsten und freien Städte 22 monarchische Staaten, 3 freie Städte und das Reichsland Elsaß-Lothringen umfaßte.
Die ausführende Gewalt hatte der König von Preußen als Deutscher Kaiser. Er vertrat das Reich nach außen, berief den Bundesrat und Reichstag und ernannte den Reichskanzler, der dem Kaiser verantwortlich war für die Reichsämter, die von Staatssekretären geleitet wurden.
Die gesetzgebende Gewalt wurde durch den Bundesrat und den Reichstag ausgeübt. Die höchste Staatsgewalt hatte der Bundesrat, die Vertretung der verbündeten Regierungen, mit einer Stimmenzahl, die sich nach der Bevölkerungsziffer richtete. Daneben stand als Volksvertretung der Reichstag, hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen aller Männer über 25 Jahre. …
Den Bundesstaaten war in Kulturfragen große Selbständigkeit gelassen worden; Bayern und Württemberg erhielten Sonderrechte für ihr Heer bzw. ihre Post und für die Besteuerung von Branntwein und Bier. Das Übergewicht im Bundesrat hatte Preußen; sein König war Deutscher Kaiser und sein Ministerpräsident Reichskanzler und Vorsitzender im Bundesrat.
... Die Farben des Deutschen Reiches, Schwarz – weiß – rot, wurden vom Norddeutschen Bund übernommen aus dem preußischen Schwarz-Weiß und dem hanseatischen Weiß-Rot.
Das Deutsche Reich war geeint und damit der langersehnte Wunsch des deutschen Volkes

durch Bismarck erfüllt worden. Für Europa bedeutete die deutsche Einigung eine völlige Umwälzung der Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg der Spielball der europäischen Großmächte, war durch die Reichsgründung zu europäischer Machtstellung emporgerückt. Mit der Reichseinheit wuchsen naturgemäß die Aufgaben des neuen Staates. Innere und äußere Gefahren galt es zu beseitigen und das Reich auszubauen zu einem starken Hort der Wohlfahrt und des Friedens.<<

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schrieb später über die Gründung des Deutschen Reiches von 1871 (x090/226): >>Die deutsche Nation wertete das Jahr 1871 als einen Höhepunkt ihrer Geschichte. Sie bejahte das von Bismarck geschaffene Kaiserreich, obwohl es ein kleindeutscher Nationalstaat war und die Verfassungsideale der Paulskirche nur teilweise verwirklichte. Auch jenseits der Grenzen, in Österreich und Siebenbürgen, bei den Rußland-Deutschen und emigrierten Achtundvierzigern fand dieser Staat lebhafte Zustimmung. ...

Das Reich war ein "ewiger Bund" von 22 Fürstentümern und drei Freien Städten. Alle diese Staaten hatten eigene Verfassungen und Parlamente, verfügten fast uneingeschränkt über direkte Steuern, Verwaltung, Rechtspflege und Kultus und deckten Fehlbeträge des Reiches durch finanzielle Leistungen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Im Bundesrat wirkten sie bei der Gesetzgebung mit, die grundsätzlich dem aus 397 Abgeordneten bestehenden Reichstag oblag.

Die Führung hatte naturgemäß Preußen inne, das 70 % des Reichsgebietes und 24,7 der 41,6 Millionen Einwohner umfaßte. Sein König war der Kaiser. Er besaß zwar kein Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Reichstages, ernannte und entließ aber ohne parlamentarische Mitwirkung den Reichskanzler, der zugleich den Vorsitz im Bundesrat und fast immer auch das Amt des preußischen Ministerpräsidenten ausübte. ...<<

Der deutsche Historiker Karlheinz Weißmann berichtete später (im März 2021) über die Gründung des Deutschen Reiches (x1.032/…): >>**"Der Deutsche hat wieder ein Vaterland!"** …Die Gegenwart neigt dazu, Gewalt an sich für böse und Nationen für Erfindungen zu halten und die Lehren der Geschichte zu ignorieren. Zu denen gehört auch, daß man in der Politik entweder handelndes Subjekt oder duldendes Objekt ist.

Schon bevor er 1862 die Leitung der preußischen Regierung übernahm, bemerkte Bismarck: "Wir werden Amboß, wenn wir nichts tun, Hammer zu werden." Tatsächlich war Deutschland, wie Schurz bemerkte, nach dem Untergang des alten Heiligen Römischen Reiches kaum mehr als ein "geographischer Begriff", ähnlich Polen oder Italien.

Das erschien im "Völkerfrühling" der 1820er, 1830er, 1840er Jahre, als mit der "Religion der Freiheit" (Benedetto Croce) die Idee der nationalen Selbstbestimmung die Europäer erfaßte, immer weniger erträglich. Aber der Enthusiasmus vor allem der jungen Generation für ein einiges Vaterland konnte doch nicht über die praktischen Schwierigkeiten hinwegtäuschen, die dem Erreichen dieses Ziels entgegenstanden.

Denn die Zusammenfassung aller Gebiete, "wo immer die deutsche Zunge klang", hätte in der Mitte Europas einen Koloß entstehen lassen, der alle Gegebenheiten des Staatensystems in Frage stellte. Die Unmöglichkeit, die "Deutsche Frage" zu beantworten, war eine wesentlichen Ursache für das Scheitern der Revolution von 1848/49.

Nationalkrieg und nationale Einheit

Eine andere war, daß Preußen sich der Aufgabe verweigerte, das organisierende Zentrum eines - zwar nicht gesamt-, aber kleindeutschen - Nationalstaates zu bilden. Es mochte deshalb für einen Augenblick scheinen, als ob Österreich - die ältere Vormacht - eine letzte Möglichkeit erhalten würde, das deutsche Schicksal zu bestimmen.

Aber dazu kam es nicht. Daraus auf den "deutschen Beruf" Preußens zu schließen, ist aus der Mode gekommen. Doch wer, wenn nicht Preußen, hätte in der Lage sein sollen, aus Deutschland ein politisches Ganzes zu schaffen? Niemand sah das deutlicher als Bismarck. Er wußte,

daß das Zusammengehen von Berlin und Wien im Kampf gegen Dänemark um die Befreiung Schleswig-Holsteins nur eine Verschnaufpause bedeutete.
Zwei Jahre später, 1866, kam es zum Zusammenstoß zwischen Preußen und Österreich, den er lange erwartet hatte. Der endete mit dem Sieg Preußens und dem Ausschluß Österreichs aus der Reorganisation des deutschen Raums, der nun im Norddeutschen Bund Gestalt annahm.
Damals begann sich ein Stimmungsumschwung gegenüber Bismarck abzuzeichnen, des "bestgehaßten Mannes" in Deutschland, der sich durch sein Regieren ohne Rücksicht auf das Parlament die tiefe Feindschaft der tonangebenden Liberalen zugezogen hatte. In deren Reihen begann die Einsicht zu dämmern, daß in Bismarcks Äußerung, die großen Entscheidungen kämen nicht durch "Majoritätsbeschlüsse", sondern durch "Eisen und Blut" zustande, eine brutale Wahrheit lag.
Wenngleich die zu verdecken drohte, welche Bedeutung Bismarcks diplomatisches Geschick für den Fortgang der Dinge hatte. In vertraulichem Gespräch äußerte Bismarck 1868 gegenüber Schurz, daß es von ausschlaggebender Bedeutung sei, bei jedem weiteren Schritt mit den Interessen und Empfindlichkeiten der Großmächte zu kalkulieren. Der Krieg gegen Frankreich sei allerdings nicht zu vermeiden. Bismarck hat im Folgenden die kommende Entwicklung ziemlich exakt prognostiziert.
Der wichtigste Faktor, der in Rechnung gestellt werden mußte, war für ihn die Labilität der Herrschaft Napoleons III., des "Abenteurers auf dem Thron". Es werde sich eher über kurz als über lang dem französischen Kaiser das Problem stellen, wie er sein Prestige aufrechterhalten solle, wenn seinem Regime die sichtbaren Erfolge mangelten. Die ließen sich im Grunde nur auf militärischem Gebiet erreichen.
Was Napoleon, so Bismarck, dazu bringen werde, "unter irgendeinem Vorwande Streit mit uns anfangen. Ich glaube nicht, daß er persönlich diesen Krieg herbeisehnt, ich glaube sogar, er würde ihn lieber vermeiden, aber seine unsichere Lage wird ihn dazu treiben. Nach meiner Berechnung wird diese Krisis in etwa zwei Jahren eintreten.
Wir müssen natürlich darauf vorbereitet sein, und wir sind es auch. Wir werden siegen, und das Ergebnis wird gerade das Gegenteil von dem sein, was Napoleon anstrebt, nämlich die vollständige Einigung Deutschlands außerhalb Österreichs und wahrscheinlich auch der Sturz Napoleons." So ist es gekommen. Wegen einer Nichtigkeit ließ sich Frankreich 1870 zur Kriegserklärung verleiten, überschätzte die eigenen Kräfte und büßte dafür mit einer vernichtenden Niederlage. Der Krieg dauerte zwar bis zum Frühjahr 1871, aber sein wichtigstes Ergebnis stand schon fest, als am 18. Januar der preußische König Wilhelm I. im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde.
Wie Bismarck befürchtet hatte, begann sich zu dem Zeitpunkt die anfängliche internationale Sympathie für die deutsche Seite zu verflüchtigen. Seine Äußerung, die Reichseinigung sei "unter dem bedrohenden Gewehranschlag des übrigen Europa" zustande gekommen, dramatisiert die Lage zwar.
Aber ohne Zweifel weckten die Vorgänge in London und St. Petersburg Mißtrauen. Das hatte auch eine Ursache in der Wahrnehmung, daß der Krieg im Grunde eine Art "Revolution" war, die die Verhältnisse dadurch in Frage stellte, daß es nicht nur um einen preußischen, sondern um einen deutschen Machtzuwachs ging. Lange gültige Deutungsmuster, mit denen man sich die deutschen Verhältnisse erklärte, hatten offenbar ihre Geltung verloren. Bezeichnend war schon gewesen, wie schnell sich die französische Hoffnung, daß die süddeutschen Länder sich im Kriegsfall gegen Preußen wenden würden, als wirklichkeitsfremd erwiesen hatte.
Obwohl es in Baden, Württemberg, Bayern und Sachsen selbstverständlich Erinnerungen an den "Rheinbund" unter französischem Protektorat gab und man 1866 mit Österreich von Preußen geschlagen worden war, blieb undenkbar, in diesem "Nationalkrieg" die Seite zu wechseln.

Die Begeisterung über die militärischen Erfolge der deutschen Truppen riß sogar die Baltendeutschen, die Deutschösterreicher und die Deutschen in Ungarn und Böhmen mit. Auf jedes Anzeichen, daß Wien gemeinsame Sache mit Frankreich machen könnte, reagierte die mächtige liberale Bewegung des Habsburgerstaates gereizt. Bismarck mußte den Gesandten des Norddeutschen Bundes in Wien ausdrücklich anweisen, keine Ovationen der Bevölkerung - gemeinhin unter den großdeutschen Farben Schwarz-Rot-Gold - entgegenzunehmen. In den Burschenschaften gab es Pläne, Freikorps zu bilden, um an der Seite der "deutschen Brüder" ins Feld zu rücken, und der Tiroler Dichter Adolf Pichler, auch er ein Veteran der Revolution von 1848, schrieb nach dem Fall von Paris in einem Gedicht:
"Ein Wermutstropfen nur Ein bittrer, floß in unseren Freudenkelch: Daß nicht auch auf den Kämmen der Vogesen, Nicht vor den stolzen Wällen von Paris Die Fahne Hofers flatterte, daß nicht Vergönnt uns ward, die Stutzen dort zu laden Und mit dem heißen Blei der Trikolore Aus unseren Bergen einen Gruß zu senden ..."
Angesichts der zentralen Bedeutung, den die Erinnerung an den Kampf gegen Napoleon für das deutsche Nationalbewußtsein hatte, konnte nicht überraschen, daß der Krieg von 1870/71 als Fortsetzung der Befreiungskriege verstanden wurde. Eine Interpretation, der der preußische König zwar mit einer gewissen Reserve gegenüberstand, die er aber durch die Erneuerung des von seinem Vater 1813 gestifteten Eisernen Kreuzes symbolisch anerkannte. Wichtiger als diese Verknüpfung war aber diejenige mit der älteren gesamtdeutschen Geschichte.
Im Rahmen der Proklamation vom 18. Januar 1871 wurde eine Erklärung "An das Deutsche Volk!" verlesen, in der es ausdrücklich hieß, daß man mit diesem Akt, "die seit mehr denn sechzig Jahren ruhende Deutsche Kaiserwürde erneuern" wolle. Dieses "Zweite" sollte also ausdrücklich als Erbe des "Ersten Reiches" verstanden werden. Ein Moment der Kontinuität lag ohne Zweifel auch darin, daß seine Gründung nicht wie 1849 geplant auf einem demokratischen Willensakt beruhte, sondern auf dem "Ruf", der an den König von Preußen durch die deutschen Fürsten und Freien Städte ergangen war.
Die genauen Umstände dieses "Rufes" sind hier nicht zu behandeln, aber das berühmte Bild der Proklamation, das Anton von Werner geschaffen hat, bringt den monarchischen, aristokratischen und vor allem den militärischen Charakter der Reichsgründung sinnfällig zum Ausdruck. Die kleine Delegation des Norddeutschen Bundestages, die auch anwesend war, kommt auf dem Gemälde bezeichnenderweise gar nicht vor.

Der Weg in das neue Deutschland

Das war allerdings ein Detail, das für die meisten Deutschen 1871 kaum eine Rolle spielte. Überwältigend war das, was Schurz mit dem Wort von der "herrlichen Zeit" ausgedrückt hat, das nationale Hochgefühl, das in dem Satz zum Ausdruck kam: "Der Deutsche hat wieder ein Vaterland!" Dieses Empfinden drängte für einen Moment jedes andere in den Hintergrund und legte das Fundament für das, was man in der Folge "Reichspatriotismus" nannte. Sichtbaren Ausdruck fand der in der Beliebtheit der neuen Nationalfarben Schwarz-Weiß-Rot, unter denen die siegreichen Truppen durch das Brandenburger Tor gezogen waren, aber auch in der Verehrung für Wilhelm I. als Kaiser.
Durch den Triumph über Frankreich und die Reichseinigung war die monarchische Staatsform noch einmal legitimiert worden. Nur eine Minderheit auf der äußersten Linken stellte sie in Frage. Dabei blieb es auch in der Folge, in der Regierungszeit seines Sohnes Friedrich Wilhelm, der 1888 als Friedrich III. nur 99 Tage regierte und dann seiner schweren Krankheit erlag, und seines Enkels Wilhelm II., der noch in demselben Jahr den Thron bestieg.
Die Macht, die die Verfassung dem deutschen Kaiser gab, war groß, aber an die zeitgemäßen Formen des Konstitutionalismus gebunden. Wichtiger als das war aber noch, daß der Herrscher als die natürliche Spitze einer hierarchischen Gesellschaft galt. Deren Oberschicht bilde-

ten die Fürsten, die den Kern des "Bundes" ausmachten, der das Reich formal begründete, und die Aristokratie, die nach wie vor über großen Besitz und Privilegien verfügte.
Ein Sachverhalt, der heute mit besonderer Irritation wahrgenommen wird, vor allem, soweit es um den preußischen Adel geht. Allerdings sollte man mit schnellen Urteilen zurückhaltend sein. Denn gibt man die Bedeutung Preußens als Militärmonarchie für die Reichseinigung zu, muß man auch die Bedeutung seines Adels für die Rekrutierung des Offizierkorps anerkennen.
Wenn während des Krieges von 1870/71 der Anteil der gefallenen Offiziere doppelt so hoch war wie der der Mannschaften, so lag die Quote der adeligen gegenüber der der nichtadeligen Offiziere noch einmal beim zweieinhalbfachen. Seit den Zeiten Friedrichs des Großen war der preußische Adel nicht nur zum Dienst, sondern auch zum Sterben im Dienst erzogen worden. Was seinen Niedergang allerdings nicht verhindern konnte.
Die "Verbürgerlichung" des Offizierkorps - in vornehmen Regimentern weiter mit Verbitterung gesehen - nahm zu und entsprach einer Entwicklung, die im nichtpreußischen Teil Deutschlands schon weiter gegangen war und faktisch der sozialen Gesamtentwicklung folgte. Tatsächlich war nicht der Adel, sondern das Bürgertum die eigentliche Trägerschicht des neuen Deutschland.
Dessen Bedeutung wuchs parallel zur Industrialisierung. Obwohl die Landwirtschaft - vor allem in "Ostelbien", aber auch in Teilen Nord- und Süddeutschlands - erhebliche Bedeutung behielt, nahmen Verstädterung und Bedeutung des "Sekundären Sektors" nach 1871 in dramatischem Tempo zu.
Es entstanden immer größere Betriebe, Zusammenschlüsse in Gestalt der Syndikate, und bedeutende Unternehmerpersönlichkeiten wie Borsig, Krupp, Siemens, Rathenau, Ballin prägten einen neuen Typus des Wirtschaftsführers. Die Zahl dieser Männer war allerdings eine beschränkte.
Die eigentliche Ausdehnung der bürgerlichen Schicht hatte dagegen mit der wachsenden Bedeutung des Dienstleistungsbereichs und mithin der Angestelltenschaft, aber auch mit dem ausgesprochenen "Drang nach oben" in der Arbeiterschaft zu tun. Der konnte durch individuellen Fleiß und Anstrengung ebenso zum Erfolg führen wie durch das exzellente Schulwesen des Reichs, dessen "realistische" Zweige stark ausgebaut wurden.
In den Zusammenhang dieser Bildungsexpansion gehörte auch der Sieg über den Analphabetismus; der Anteil derjenigen Erwachsenen, die nicht lesen und schreiben konnten, lag im Reich vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges bei 0,9 Prozent, dagegen in Großbritannien bei 9,6 Prozent, in Frankreich bei 10 Prozent, in den USA bei 12 Prozent, darunter Farbige mit 49 Prozent und in Italien bei 47 Prozent.
Den Ton innerhalb des Bürgertums gaben Freie Berufe und Unternehmer an. "Bildung und Besitz" garantierten ein Prestige, das nur noch von dem des Militärs übertroffen wurde. Solcher "Militarismus" hatte seine Ursache selbstverständlich in der Bedeutung Preußens für den Aufbau des Reiches - es umfaßte mehr als sechzig Prozent seiner Fläche - und im besonderen Charakter des Gründungsaktes. Es handelte sich allerdings nicht um ein spezifisch deutsches Phänomen, sondern war auch in den übrigen westlichen Ländern verbreitet.
Man kann aus der Verbreitung des Matrosenanzugs als Kinderkleidung und der Verehrung des Reserveleutnants jedenfalls nicht auf einen aggressiven Charakter der Außenpolitik des Reiches schließen. Bismarck achtete sorgsam darauf, jeden Eindruck weitergehender Expansionsabsichten zu vermeiden, und auch für seine Nachfolger im Amt des Reichskanzlers galt das Reich - abgesehen von dem Wunsch nach Kolonialerwerbungen, die im Zug der Zeit lagen - als "saturiert". Obwohl heute regelmäßig der Eindruck des Gegenteils erweckt wird, war die Außenpolitik Deutschlands eher defensiv als offensiv ausgerichtet.

Das tatsächliche Potential des Reiches hatte zuletzt wenig mit kriegerischen Absichten zu tun, viel mit dessen rasantem wirtschaftlichen Aufstieg. Das jährliche Wirtschaftswachstum lag zwischen 1876 und 1895 bei 2,7 Prozent, zwischen 1896 und 1913 bei 3,4 Prozent. Die Geldentwertung war gering, die Arbeitslosigkeit mit ein bis zwei Prozent kaum der Rede wert; die lag dagegen in Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg zwischen vier und neun Prozent, in Frankreich sogar zwischen sechs und zehn Prozent.
Beide Länder, die bis zur Reichsgründung einen erheblichen Vorsprung im Hinblick auf die industrielle Entwicklung gehabt hatten, erlebten nun einen schmerzhaften Abstieg. Das galt vor allem für Großbritannien, das seine Spitzenposition einbüßte, die Deutschland übernahm, das nur noch in einem anderen Neuling unter den Wirtschaftsmächten - den USA - einen echten Konkurrenten hatte.
Diese Karriere wirkte umso erstaunlicher angesichts der Rohstoffarmut Deutschlands, das dieses Defizit auch nicht durch überseeische Besitzungen ausgleichen konnte.
Um 1900 konzentrierten sich zwei Drittel des deutschen Imports auf Rohstoffe, während zwei Drittel des Exports Fabrikate waren. Zwar spielten Kohleförderung und Stahlproduktion nach wie vor eine wichtige Rolle, aber für die Zukunft ausschlaggebend waren die chemische und die Elektroindustrie, Felder, auf denen Deutschland wegen seiner bedeutenden Wissenschaftler und Erfinder eine führende Stellung innehatte. Nach Inkrafttreten des Patentgesetzes 1878 waren 5.900 neue Patente angemeldet worden, bis zur Jahrhundertwende wuchs diese Zahl auf mehr als 103.000 an.
Aufschlußreich ist auch die Zahl der Nobelpreise, die deutsche Forscher erhielten: 20 im Vergleich zu acht für Großbritannien, sieben für Frankreich und zwei für die USA. Mediziner und Naturwissenschaftler entdeckten immer neue Stoffe, die an die Stelle natürlicher Substanzen treten konnten. Mit 87 Prozent Weltmarktanteil in Bezug auf Chemie und Pharmazie galt Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg als "Apotheke der Welt". Gleichzeitig wurden technische Möglichkeiten sowie Energiequellen von bis dahin unbekannter Effizienz erschlossen. Mit 8,8 Giga-Wattstunden lag Deutschland 1914 weit vor Großbritannien mit 2,5 und Frankreich mit 2,1 Giga-Wattstunden.
Schon derartige Leistungen sprechen für ein wohlgeordnetes Staatswesen, das den Vergleich mit anderen nicht zu scheuen brauchte. Verwaltung und Justiz des Reiches arbeiteten schnell, wirkungsvoll und im Allgemeinen frei von äußerer Einflußnahme. Auch die Kooperation der wichtigsten politischen Institutionen - Reichsregierung, Reichstag sowie der von den Einzelstaaten beschickte Bundesrat - verlief normalerweise reibungslos. Die Selbstverwaltung der Kommunen in Preußen galt weithin als vorbildlich.
Die öffentliche Wohlfahrt war in einem Maße ausgebaut, das die übrigen Industriestaaten mit Neid erfüllte. Trotzdem blieben Staatsschulden und Steuerbelastung im Vergleich zu Großbritannien und Frankreich gering. Der viel gescholtene "Obrigkeitsstaat" sorgte für geringe Kriminalität, und selbst ein notorischer Verächter des Kaiserreichs meinte, daß "in den Städten und Landbezirken … ein hohes Maß an physischer Sicherheit gewährleistet" wurde, "auch für Arbeiter, auch für Angehörige der nationalen Minderheiten.
Wer angelsächsische Parteidemokratie hoch schätzt, muß auch einmal auf die Dunkelseite des Alltagslebens dort sehen, z.B. auf den Dschungel der Einwandererviertel von New York oder die Lynchjustiz in den amerikanischen Südstaaten, der nach dem Bürgerkrieg jahrzehntelang jeden Tag mindestens ein Neger zum Opfer fiel." (Hans-Ulrich Wehler)
Die breite Zustimmung zur bestehenden Ordnung hatte auch zu tun mit der Möglichkeit zur Beteiligung an den allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen zum Reichstag. Das immer wieder behauptete Demokratiedefizit Deutschlands im Vergleich zu den westlichen Staaten hält jedenfalls keiner Überprüfung Stand.

In den USA waren erhebliche Teile der Einwohnerschaft - vor allem die Nachfahren der schwarzen Sklaven, die Indianer sowie Einwanderer asiatischer Herkunft - faktisch an der Stimmabgabe gehindert; in Großbritannien blieb auf Grund ähnlicher Manipulationen einem Viertel der erwachsenen Männer das Wahlrecht zum Unterhaus versagt.
Außerdem konnte ein Wohlhabender in Folge des "Pluralwahlrechts" Dutzende Stimmen abgeben. Diese Möglichkeit gab es in Frankreich zwar nicht, aber hier wie im Vereinigten Königreich spielten Korruption und Vetternwirtschaft eine entscheidende Rolle für die Zusammensetzung dessen, was man "Volksvertretung" nannte.
Wenn es im Verfassungsaufbau des Reiches ein Defizit gab, dann lag das in der fehlenden Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament. Das verhinderte die Entstehung einer breiteren Politischen Klasse und förderte die Politikfremdheit des Bürgertums.
Man spürte dieses Defizit durchaus und suchte es etwa in der Flotten- oder Kolonialfrage durch ein besonders forsches Auftreten zu kompensieren. Aber überzeugend wirkte das nicht, eher unsicher und für die Außenwelt irritierend: "Das Biedermeier wollte heroisch sein", urteilte der Historiker Johannes Haller im Rückblick.

Der falsche Krieg und seine Folgen

Man darf diesem Moment allerdings kein übermäßiges Gewicht beimessen. Die Stabilität des Kaiserreichs war hoch, was man auch daran ablesen konnte, daß die massiven inneren Auseinandersetzungen mit dem politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie nach dem Ende der Ära Bismarck beigelegt werden konnten. Das Zentrum zählte in der wilhelminischen Zeit längst zu den "Reichsfreunden", während sich gleichzeitig das Verhältnis der Offiziellen gegenüber dem "Reichsfeind" SPD zu entspannen anfing.
Das hatte auch damit zu tun, daß die Sozialdemokratie zwar an ihrer Klassenkampfrhetorik festhielt, aber tatsächlich von einer revolutionären zu einer Reformpartei geworden war. 1912 stiegen sie zur stärksten Fraktion im Reichstag auf, was der Führung mehr Gelassenheit erlaubte. Im folgenden Jahr stimmte die SPD zum ersten Mal für einen Etat. Zwar blieben die nationalen Minderheiten- vor allem Dänen und Polen - abseits und bildeten eigene Parteien, aber bei der letzten Reichstagswahl vor dem Ersten Weltkrieg erhielt das "französische Lager" in Elsaß-Lothringen nur 3,2 Prozent der Stimmen.
Die Integration der 1871 von Frankreich abgetretenen Gebiete war innerhalb einer Generation gelungen. Eine Ursache dafür lag sicher im ökonomischen Aufschwung des "Reichslandes", ein anderer in der Bereitschaft Berlins, dessen Sonderstatus nach und nach aufzuheben und 1911 ein Autonomiestatut zu gewähren. Bei Kriegsausbruch erfaßte die Bevölkerung dieselbe nationale Begeisterung, die auch in den übrigen Teilen des Reiches zu beobachten war und den Eindruck vermittelte, als ob das "Augusterlebnis" von 1914 noch einmal den historischen Sinn der Reichsgründung von 1871 bestätigte.
Wer angesichts der hier skizzierten Erfolgsgeschichte des Bismarckreiches die Frage stellt, was seinen Untergang herbeigeführt hat, sieht sich zwangsläufig mit der nach wie vor verbreiteten Deutung konfrontiert, daß es an seinen inneren Widersprüchen und zu recht zu Grunde gegangen sei, weil es als eine Art Fleisch gewordener Anachronismus nicht in den Gang der Geschichte paßte.
Dagegen ist zuletzt vor allem von außen Einspruch erhoben worden. Denn während deutsche Historiker in großer Zahl die Schwarze Legende vom reaktionären Kaiserreich und dessen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs vertreten, gibt es im angelsächsischen Raum einige besonnene Männer, die die Dinge anders sehen.
Zuletzt hat vor allem der Australier Christopher Clark Aufsehen erregt, der die Vorstellung, der permanente "Griff nach der Weltmacht" (Fritz Fischer) sei die eigentliche Agenda deutscher Außenpolitik gewesen, als Teil einer "virtuellen Realität" entlarvte, die von "Germano-

phoben" in Paris und London und St. Petersburg wirkungsvoll in Szene gesetzt wurde und fatalerweise ihren Einfluß bis heute nicht verloren hat.
Noch einen Schritt weiter ist allerdings der Brite Niall Ferguson, der heute in den USA lehrt, gegangen, der meint, daß 1914 ein "falscher Krieg" begonnen wurde, der den eigentlich erwartbaren Gang der Dinge zum Nachteil nicht nur der Deutschen, sondern der Europäer unterbrochen habe. Folgt man Ferguson, wäre im Fall eines deutschen Sieges keines jener Horrorszenarien Wirklichkeit geworden, die man sich auf Seite der deutschen Gegner ausmalte. Vielmehr "hätte Kontinentaleuropa in etwas umgebildet werden können, das der Europäischen Union, wie wir sie heute kennen, nicht unähnlich gewesen wäre".
Und Ferguson schreibt weiter: "Nach einem deutschen Sieg hätte Adolf Hitler sein Leben wohl als mittelmäßiger Postkartenmaler oder bescheidener alter Soldat in einem von Deutschland beherrschten Mitteleuropa beendet, über das es in seinen Augen wenig Grund zu Beschwerden gegeben hätte. Lenin hätte sein Wirken in Zürich fortsetzen und ewig darauf warten können, daß der Kapitalismus zusammenbräche - und wäre enttäuscht geblieben.
… Es war auf den Krieg zurückzuführen, daß diese beiden Männer imstande waren, ihren Aufstieg zu vollziehen, um barbarische Tyranneien zu erschaffen, die noch mehr Massenmorde verübten." Hätte das Kaiserreich als moderner deutscher Nationalstaat Bestand gehabt - diese Spekulation sei erlaubt -, die politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts wären der Menschheit wohl erspart geblieben.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. März 2008 über das Deutsche Reich (x887/...): >>**Wann war das Dritte Reich?**
... Das Zweite Reich, das "Wilhelminische Deutschland", begann am 18. Januar 1871, als König Wilhelm I. von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde. …
Anders als das Heilige Römische Reich Deutscher Nation wurde das Deutsche Reich nie durch irgendeinen Formalakt für beendet erklärt - nicht durch die Kapitulation, nicht durch die Besatzungsmächte, nicht durch Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, ja nicht einmal durch den "Zwei-Plus-Vier-Vertrag". So wurde die Bundesrepublik zwar Rechtsnachfolgerin des nie für tot erklärten Reiches - mit allen daraus erwachsenen Nachteilen. Friedensvertrag gibt es aber keinen. Und auch Österreich hat nur einen "Staatsvertrag" mit Einschränkungen der Souveränität, darunter das "Anschlußverbot".<<
Das Deutsche Reich von 1871 war ein souveräner Staat. Das Deutsche Reich von 1871 verfügte über die 3 klassischen Merkmale eines Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt.
Das Deutsche Reich zählte damals völkerrechtlich zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten in politischen Kontakt zu treten.
Für Europa bedeutete die deutsche Einigung eine völlige Umwälzung der bisherigen Machtverhältnisse. Deutschland, seit dem Dreißigjährigen Krieg von 1618 bis 1648 kein ernstzunehmender Gegner der europäischen Großmächte, entwickelte sich nach der Reichsgründung sehr schnell zu einem wirtschaftlich und politisch bedeutenden europäischen Staat.
Nicht die angeblich angeborene Bösartigkeit und Kriegslüsternheit, sondern Trägheit und vor allem die bleierne Langsamkeit wurden dem deutschen Michel schließlich zum Verhängnis, denn die Gründung des Deutschen Reiches und die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität im Jahre 1871 erfolgten viel zu spät. Die damaligen Großmächte waren in jener Zeit nicht bereit, das Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren.
Bereits Ende des 19. Jahrhunderts berichteten besonders die französischen und britischen Zeitungen unentwegt über die vermeintlich angeborene Bösartigkeit und Kriegslüsternheit der Preußen bzw. Deutschen. Obgleich die "kriegslüsternen" Preußen bzw. Deutschen in jener Epoche zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Angriffskriegen und den

längsten Friedensjahren zählten (x063/389), wurden die Deutschen pauschal zu gemeingefährlichen Menschen, Barbaren, Hunnen etc. erklärt und das deutsche Volk international stigmatisiert.
Der deutsche Michel war nie ein aggressiver Welteroberer, kolonialer Sklavenhalter und rücksichtsloser Ausbeuter, sondern die Deutschen arbeiteten selbst in ihrem Land oder handelten mit anderen Ländern. Der deutsche Michel zeichnete sich jeher durch große Ausdauer, Erfindungsgabe, Fleiß, Friedfertigkeit, Großzügigkeit, Gutmütigkeit, Pünktlichkeit, Toleranz, Treue, Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit, aber auch durch politische Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit, Langsamkeit und fatalistisches Obrigkeitsdenken aus. Der Deutsche liebte vor allem geordnete Verhältnisse, scheute einschneidende Veränderungen und versuchte, aus jeder Lage das Beste zu machen. Er verhielt sich gegenüber seinen in- und ausländischen Nachbarn gewöhnlich friedfertig und wollte vor allem in Ruhe arbeiten und leben.

Bismarcks Außenpolitik
Für Europa bedeutete die Gründung des Deutschen Reiches eine vollständige Veränderung der bisherigen Machtverhältnisse. Die deutschen Länder, die seit dem Dreißigjährigen Krieg von den europäischen Großmächten dominiert wurden, stiegen durch die Reichsgründung zu einer wehrhaften europäischen Macht auf.
Nach der Bildung des Deutschen Reiches verlagerte sich der politische Schwerpunkt der Macht erstmals in die Mitte Europas und veränderte die bisherigen europäischen Machtverhältnisse elementar, denn das "kleindeutsche Bismarck-Reich" gewann überraschend schnell maßgeblichen Einfluß in Europa. Aufgrund seiner geographischen Lage übernahm das Deutsche Reich zwangsläufig die undankbare Aufgabe des "ungeliebten Mittlers" zwischen West-, Nord-, Ost- und Südeuropa.
Die Gründung des Deutschen Reiches wurde von Großbritannien zunächst "großzügig" geduldet, da trotz des preußisch-österreichischen Bürgerkrieges im Jahre 1866 und des französisch-preußischen Krieges von 1870/71 das Gleichgewicht der europäischen Kräfte erhalten blieb. Durch das "neue" Deutsche Reich wurde Mitteleuropa sogar erheblich gestärkt, denn Rußland erhielt erstmalig wieder einen erstzunehmenden westeuropäischen Gegner. Bismarcks Außenpolitik, die sich hauptsächlich auf Europa beschränkte, entsprach damals den britischen Vorstellungen. Erst als sich das Deutsche Reich allmählich zu einer führenden Industriemacht entwickelte und der deutsche Kaiser Wilhelm II. später versuchte, direkt in die Weltpolitik einzugreifen, sollte sich dieses freundschaftliche deutsch-britische Verhältnis grundlegend verändern.
Wegen der ungünstigen zentralen Lage des Deutschen Reiches und weil die langen Ost- und Westgrenzen nicht einfach verteidigt werden konnten, befürchtete Bismarck vor allem einen Zweifrontenkrieg gegen Deutschland. Infolge der strategischen Lage und des politischen Anspruches, als ebenbürtige europäische Kontinentalmacht akzeptiert zu werden, mußte das Deutsche Reich damals ständig mit einer möglichen Bedrohung durch mehrere Gegner rechnen und verstärkte deshalb allmählich die militärische Landesverteidigung. Diese Aufrüstung wurde von den militärisch hochgerüsteten Nachbarstaaten zwangsläufig als Bedrohung eingestuft, denn sie fürchteten sich vor deutschen Expansionsbestrebungen.
Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 wollte Reichskanzler Bismarck weitere Konflikte mit anderen Großmächten unbedingt vermeiden, deshalb war Bismarcks Außenpolitik von defensiven und absichernden Bündnissen geprägt. Angesichts der französischen Vergeltungspolitik versuchte Bismarck, Frankreich durch geschickte Bündnissysteme zu isolieren. Bismarck schloß zahlreiche Bündnis- und Freundschaftsverträge, um die außenpolitischen Beziehungen mit den direkten und indirekten deutschen Nachbarn zu festigen. Das Deutsche Reich, Rußland und Österreich-Ungarn einigten sich 1872 über eine friedliche Ver-

ständigung, das sogenannte "Dreikaiserabkommen", das während der Balkankrise 1886 an den Gegensätzen zwischen Österreich und Rußland zerbrach (x089/121).
Bismarcks Verteidigungsbündnisse und Verträge sicherten damals den Frieden in Europa, denn sie verhinderten in erster Linie einen Zusammenschluß der Franzosen und Russen.
Als die russischen Truppen im Jahre 1878 die türkischen Truppen besiegten und große Teile des Osmanischen Reiches besetzten sowie die übrigen Balkanstaaten bedrohten, schalteten sich die europäischen Großmächte ein, denn sie wollten den Mittleren Osten und den Balkan nicht kampflos an Rußland abgeben. England, Österreich-Ungarn und Frankreich protestierten und drohten Rußland mit Krieg.
Bismarck hielt sich damals bewußt zurück (x145/149): >>... Die Balkanfrage ist mir nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert ...<<
Reichskanzler Bismarck versuchte beim europäischen Kongreß in Berlin im Juni/Juli 1878 einen Ausgleich zu finden. Nach äußerst schwierigen Verhandlungen konnte schließlich der drohende Krieg gegen Rußland verhindert werden.
Obgleich Bismarck als "ehrlicher Makler" vermittelte, fühlte sich Rußland von den deutschen Verhandlungsführern benachteiligt. Das bisher entspannte, wohlwollende deutsch-russische Verhältnis war nach dem Berliner Kongreß empfindlich gestört und es entwickelte sich allmählich eine verdeckte Feindschaft.
Der türkische Staat wurde zwar dank der deutschen Fürsprache vor dem sicheren Untergang bewahrt, aber die Türken mußten große Gebiete abtreten, die teilweise seit Jahrhunderten unter türkischer Gewaltherrschaft standen. Die wirtschaftliche Schwäche des "kranken Mannes am Bosporus" wurde anschließend von den meisten europäischen Staaten ignoriert, denn an türkischen Reformen war niemand interessiert.
Der Versuch, während des russisch-türkischen Krieges im Jahre 1877/78 im Balkan vorzudringen, endete für Rußland enttäuschend. Rußland erhielt lediglich Bessarabien und Teile Armeniens, Rumänien bekam zum Ausgleich die Dobrudscha. Die russische Expansionspolitik richtete sich danach verstärkt gegen Persien und Afghanistan und gegen China und Japan. Rußland gab seine strategischen Expansionsziele in Südosteuropa aber nicht auf, denn man fühlte sich angeblich weiterhin verpflichtet, die "slawischen Brüder" zu befreien.
Österreich-Ungarn übernahm nach österreichisch-russischen Geheimverhandlungen im Jahre 1878 Bosnien und Herzegowina. Obwohl die Habsburger vorerst nur das Recht bekamen, diese Gebiete zu verwalten, entfesselte die Gebietsübernahme nachhaltig den serbischen Nationalismus und führte schließlich 1914 zum Kriegsausbruch.
Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wurde, schlossen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft blieb und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantierte (x090/228). Dieses verhängnisvolle Bündnis, das später den Ausbruch des Ersten Weltkrieges von 1914-1918 förderte, wurde damals vom österreichischen Volk begeistert gefeiert. Nach dem Abschluß des Bündnisses von 1879 fühlten sich die bedrängten Österreicher wieder sicher und setzten schon bald ihre arrogante, unheilvolle Balkan-Politik fort. Infolge dieser planlosen und hochmütigen Balkan-Politik geriet die österreichisch-ungarische Donaumonarchie ab 1888 fast ständig in gefährliche Krisen, die das österreichisch-russische Verhältnis bedrohlich belasteten (x054/161).
Otto Fürst von Bismarck erklärte am 11. Januar 1887 in einer Rede vor dem Deutschen Reichstag (x063/447-448, x237/203): >>... Wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten. ... Blicken sie doch auf die friedliebende Tätigkeit – und ich sage das ebensogut nach dem Auslande, wie hier zu dem Reichstage – der Kaiserlichen Politik in den letzten 16 Jahren. Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Diese

Aufgabe war keine leichte. ...
Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Österreich. Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im Deutschen Bund trotz aller geschriebenen Verträge noch früher im Heiligen Römischen Reich jemals der Fall gewesen ist. ...<<
>>Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu überwerfen. ...<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Bismarcks Außenpolitik (x057/167): >>... Durch die Reichsgründung war eine neue Lage in Europa geschaffen worden. An die Stelle des machtlosen Deutschen Bundes war das geeinte Deutsche Reich getreten. Im Herzen Europas gelegen, mit ausgedehnten, schwer zu verteidigenden Grenzen, bedeutete ein Zweifrontenkrieg die größte Gefahr für das Deutsche Reich.
Bismarck, der die auswärtige Politik Deutschlands im wesentlichen allein bestimmte, war ernstlich darauf bedacht, das Deutsche Reich zu sichern und in Europa den Frieden aufrecht zu erhalten.
Die größte Bedrohung für das junge Reich bedeutete nach wie vor die Haltung Frankreichs, daß Elsaß-Lothringen und die alte Stellung in Europa zurückgewinnen wollte. Schon 1873 hatte es die letzte Rate der Kriegsentschädigung bezahlt und darauf nach deutschem Vorbild die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt. Eine großzügige Kolonialpolitik in Hinterindien, Nordafrika sollte die Machtgrundlage Frankreichs erweitern.
Bismarck rechnete zwar mit einem deutsch-französischen Konflikt, warb aber unermüdlich um die Verständigung mit Frankreich und förderte sogar dessen koloniale Ausbreitung. Eine Zeitlang schien man in Frankreich die Vorteile eines deutsch-französischen Zusammengehens zu verstehen. Dann aber trat im Jahre 1885 eine entscheidende Wendung in der auswärtigen Politik Frankreichs ein. Die Annäherung des westlichen Nachbarn an Rußland nahm im Jahre 1887 ihren Anfang und sollte für Deutschland verhängnisvoll werden.
Zur Sicherung des Reiches beschritt Bismarck schon bald nach der Reichsgründung den Weg der Bündnispolitik mit ihren Vorteilen und Gefahren. Um Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten, erstrebte der Kanzler das Einvernehmen mit dem Zarenreich, dessen Freundschaft seit den Befreiungskriegen die stärkste Stütze der preußischen Politik gewesen war. Auch gelang es, die Freundschaft Österreichs zu gewinnen und durch Zusammenkünfte im Jahre 1872 ein Verteidigungsbündnis - das sog. Dreikaiserabkommen - zwischen Deutschland, Rußland und Österreich abzuschließen. ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2009 über die Außenpolitik des Deutschen Reiches (x878/...): >>... Wie hätte bei der Ausgangslage 1870/1871 deutsche Außenpolitik angelegt werden können, damit der neue Staat sicher durch die Fährnisse der in Jahrhunderten gewachsenen Interessen der mächtigen Nachbarn hätte gesteuert werden können? …
Man fühlte sich "eingekreist", fand jedoch keinen Weg aus der Isolierung.
Angesichts der Interessenlage der mächtigen Nachbarn war das auch schwer erreichbar. Frankreich hatte sich mit dem Verlust des Status als stärkste Kontinentalmacht und Elsaß-Lothringens nicht abgefunden und setzte … mit der Finanzierung grenznaher, strategischer Eisenbahnen im Westen des Russischen Reiches fest auf diesen Bündnispartner. Rußland konnte seine Interessen im Balkan nicht durchsetzen, da sie mit Interessen von Österreich-Ungarn kollidierten.
Die Habsburger Monarchie in Wien zog das Deutsche Reich immer tiefer in die Balkanprobleme hinein, die mit der Erosion des Osmanischen Reiches einhergingen. Berlin konnte und

wollte diesen letzten europäischen Bundesgenossen nicht verlieren und unterstützte ihn "nolens volens". Der wachsende russische Groll traf dann allerdings Berlin direkt. Großbritannien betrachtete das Deutsche Reich, das im Begriff stand, das Kräftegleichgewicht in Europa zu gefährden und schon aufgrund ökonomischer und demographischer Gegebenheiten in eine tendenziell hegemoniale Stellung hinein wuchs, mit wachsendem Mißtrauen.
Allein durch seine schiere Existenz und seine dynamische demographische und wirtschaftliche Entwicklung wurde das Deutsche Reich für die anderen europäischen Großmächte zu einem provozierenden Störfaktor. Auch wenn die deutsche Politik völlig immobil und passiv gewesen wäre, hätte es seltener und überragender diplomatischer Fähigkeiten bedurft, um das wachsende Unbehagen der Nachbarn zu verhindern oder auszugleichen.
Die deutsche Politik verharrte allerdings nicht in Passivität. Die Aufrüstung der Kriegsmarine wurde forciert und in London natürlich als Herausforderung wahrgenommen. Auch suchte das Deutsche Reich just in den Weltregionen Einfluß zu gewinnen, die noch als leere Flecken erschienen, aber nur deshalb, weil sie zwischen Großbritannien und Rußland strittig geblieben und deshalb nicht aufgeteilt worden waren. Das betraf mit dem Osmanischen Reich den Bosporus, Vorderasien und das Zweistromland (heutiger Irak), sinnfällig geworden durch den Bau der Bagdad-Bahn, aber ebenso Afghanistan. Rußland und vor allem Großbritannien empfanden das als offene Provokation.
Die deutsche Politik verhedderte sich in ihrer Aufholjagd um Macht und Einfluß in der Welt im Gestrüpp der Interessen der anderen europäischen Großmächte. ...<<

Bismarcks Innenpolitik
Infolge der Bestätigung der päpstlichen Lehrunfehlbarkeit im Jahre 1870 war Reichskanzler Bismarck nicht länger bereit, die bisherige gesellschaftspolitische Machtposition der katholischen Kirche zu akzeptieren, so daß es zwangsläufig zu Auseinandersetzungen kommen mußte. Vor allem in Preußen entwickelte sich ab 1871 ein harter Kampf zwischen dem Staat und der katholischen Kirche. Im sogenannten "Kulturkampf" bekämpfte Bismarck seit 1871 den politischen Katholizismus und die Jesuiten. Der "Kanzelparagraph" bedrohte z.B. regierungskritische Prediger mit Gefängnisstrafen.
Nach harten Auseinandersetzungen scheiterte Bismarck schließlich an der geschlossenen, unerschütterlichen Front der 1870 gegründeten katholischen Zentrumspartei sowie der katholischen Bevölkerung und brach den "Kulturkampf" im Jahre 1878 ab. Bismarck einigte sich zwar mit dem neuen Papst Leo dem XIII., den sog. "Kulturkampf" zu beenden, aber wesentliche Gesetze und grundsätzliche Verbote, wie z.B. zivile Standesämter, die staatliche Schulaufsicht, der sog. "Kanzelparagraph" (bis 1953) und der Ausschluß der Jesuiten (bis 1917) blieben unverändert bestehen (x089/294).
Nach mehreren Sprengstoffanschlägen von Anarchisten wurde am 9. Juni 1884 ein Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen erlassen.
Der "eiserne Reichskanzler" verlor später trotz des Sozialistengesetzes - Parteienverbot, Verbot von sozialistischen Zeitungen etc. - zwar den Kampf gegen die Sozialisten, weil er die verbissene Zähigkeit der Arbeiterbewegung unterschätzt hatte, aber Bismarck konnte mit Hilfe von fortschrittlichen Sozialgesetzen große Teile der Arbeiterschaft für das Deutsche Reich gewinnen.
Bismarck war zwar ein überzeugter Monarchist und lehnte grundsätzlich alle sozialistischen Parteien ab, aber Bismarck erkannte rechtzeitig, daß der Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die große soziale Not äußerst gefährliche Formen des Marxismus bzw. Sozialismus angenommen hatte und unbedingt entschärft werden mußte. Der Reichskanzler versuchte deshalb, die deutsche Arbeiterschaft durch großzügige soziale Gesetze und mit verbesserten Sicherheitsvorschriften zu gewinnen: "Der Staat hat die Pflicht, dem Arbeiter das Recht auf

Versorgung zu sichern sowie gegen Krankheit und Not zu schützen".
Reichskanzler Bismarck setzte ab 1883 im Deutschen Reich vorbildliche Sozialgesetze - Krankenkassenversicherung im Jahre 1883, Unfallversicherung im Jahre 1884 sowie Invaliditäts- und Rentenversicherung im Jahre 1889 - durch, die in der damaligen Zeit einmalig und geradezu revolutionär waren. Die Sozialdemokraten lehnten Bismarcks Sozialgesetze zunächst als "Almosen" ab, aber dieses soziale Versicherungswesen setzte sich trotz aller Kritik erfolgreich durch und schützte nach der Einführung fast alle Schichten der Gesellschaft eindrucksvoll und nachhaltig vor der bisherigen bitteren Not und Verelendung.
Kaiser Wilhelm II. und die Weimarer Republik setzten Bismarcks Sozialpolitik später fort. Die Angestellten- und Arbeitslosenversicherung folgten in den Jahren 1911 und 1927.
Kaiser Wilhelm der I. starb am 9. März 1888 im Alter von 90 Jahren.
Friedrich der III., der gründlich auf die Regierungsübernahme vorbereitet war, wurde Nachfolger seines Vaters Kaiser Wilhelm des I.
Als Kaiser Friedrich III. bereits am 15. Juni 1888, nach nur 99 Tagen Regierungszeit, an einer unheilbaren Krankheit starb, übernahm sein 29jähriger Sohn Wilhelm den Kaiserthron des Deutschen Reiches.
Kaiser Wilhelm II. eröffnete am 25. Juni 1888 im Weißen Saal des Berliner Schlosses den Reichstag mit folgender Thronrede (x980/…): >>Geehrte Herren!
Mit tiefer Trauer im Herzen begrüße Ich Sie und weiß, daß Sie mit Mir trauern. Die frische Erinnerung an die schweren Leiden Meines Hochseligen Herrn Vaters, die erschütternde Tatsache, daß Ich drei Monate nach dem Hintritt weiland Seiner Majestät des Kaisers Wilhelms berufen war, den Thron zu besteigen, üben die gleiche Wirkung in den Herzen aller Deutschen, und unser Schmerz hat warme Teilnahme in allen Ländern der Welt gefunden. Unter dem Drucke desselben bitte Ich Gott, Mir Kraft zur Erfüllung der hohen Pflichten zu verleihen, zu denen Sein Wille Mich berufen hat.
Dieser Berufung folgend, habe Ich das Vorbild vor Augen, welches Kaiser Wilhelm nach schweren Kriegen, in friedliebender Regierung seinen Nachfolgern hinterlassen, und dem auch Meines Hochseligen Herrn Vaters Regierung entsprochen hat, soweit die Betätigung seiner Absichten nicht durch Krankheit und Tod verhindert worden ist.
Ich habe Sie, geehrte Herren, berufen, um vor Ihnen dem Deutschen Volke zu verkünden, daß Ich entschlossen bin, als Kaiser und als König dieselben Wege zu wandeln, auf denen Mein Hochseliger Herr Großvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des Deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gewonnen hat. Daß auch Mir dies gelinge, steht bei Gott, erstreben will Ich es in ernster Arbeit.
Die wichtigsten Aufgaben des Deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung des Reiches nach Außen, und im Innern in der Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung, sie zu wahren und zu schirmen, in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherren verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers. …
Im Vertrauen auf Gott und auf die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege Ich die Zuversicht, daß es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was unter Leitung Meiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger auf dem Throne kämpfend erstritten wurde.<<

Bismarcks Rücktritt
Im Januar 1890 lehnte der Reichstag eine weitere Verlängerung des 1878 erlassenen Sozialistengesetzes zur Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung ab. Als sich Reichs-

kanzler Bismarck im Februar 1890 dem sozialpolitischen Programm des Kaisers widersetzte, wurde Kaiser Wilhelm II., von seinen persönlichen Beratern gedrängt, Bismarcks eigenmächtigen Führungsstil bzw. die "Vormundschaft des Alten" nicht länger zu akzeptieren.
Der erfahrene Reichskanzler erklärte am 18. März 1890 seinen Rücktritt und wurde Ende März durch Kaiser Wilhelm II. fast unehrenhaft entlassen.
Otto von Bismarck schrieb später über seine letzten Arbeitstage in Berlin (x237/201): >>Am 26. März verabschiedete ich mich bei dem Kaiser. Seine Majestät sagte, "nur die Sorge für meine Gesundheit" habe ihn bewogen, mir den Abschied zu erteilen. Ich erwiderte, meine Gesundheit sei in den letzten Jahren selten so gut gewesen, wie im vergangenen Winter. ...
Am 29. März verließ ich Berlin ... unter den vom Kaiser im Bahnhof angeordneten militärischen Ehrenbezeigungen, die ich ein Leichenbegängnis erster Klasse mit Recht nennen konnte. ...<<
Bismarck zog sich nach dem Rücktritt verbittert auf seinen Besitz in Friedrichsruh - im Sachsenwald bei Hamburg - zurück.
Otto von Bismarck war spätestens seit der Reichsgründung bis zu seiner Entlassung unbestritten der führende Staatsmann und der eigentliche Herrscher Preußens bzw. des Deutschen Reiches. Der außergewöhnliche Staatsmann und Meister der Diplomatie, der sich besonders wegen seiner Durchsetzungskraft und seines Mutes, eigene Fehler einzugestehen und zu berichtigen, auszeichnete, bestimmte länger als 28 Jahre die Außen- und Innenpolitik des Deutschen Reiches. Er zählte sicherlich zu den fähigsten Politikern der deutschen Geschichte und prägte Deutschland zu einer Wirtschaftsmacht von Weltformat.
Bismarcks vorausblickende, vorsichtige Bündnispolitik ermöglichte eine friedliche Entwicklung in Europa und begründete gegenüber fast allen europäischen Nachbarn eine solide Vertrauensbasis. Als der "Bewahrer des europäischen Friedens" und des "militärischen Gleichgewichts" im Jahre 1890 seinen Platz zwangsweise räumen mußte, nahm man die Entlassung des angesehenen Politikers in fast allen europäischen Hauptstädten mit Bedauern und großer Besorgnis auf.
Bismarck sagte später über sein politisches Lebenswerk (x069/67): >>Es war eine schwere Arbeit, uns zusammenzubringen; schwerer aber noch dürfte es sein, uns zu trennen! ...<<
Der deutsche Nationalökonom und Soziologe Max Weber schrieb später über Bismarcks Rücktritt (x058/240, x176/204): >>Ein Vierteljahrhundert stand an der Spitze Deutschlands der letzte und größte Junker, und die Tragik, welche seiner staatsmännischen Laufbahn neben ihrer unvergleichlichen Größe anhaftete und die sich heute noch immer den Blick vieler entzieht, wird die Zukunft wohl darin finden, daß unter ihm das Werk seiner Hände, die Nation, der er die Einheit gab, langsam und unwiderstehlich ihre ökonomische Struktur veränderte und eine andere wurde, ein Volk, das andere Ordnungen fordern mußte, als solche, die er ihm geben und denen seine cäsarische Natur sich einfügen konnte.
Im letzten Grunde ist eben dies es gewesen, was das teilweise Scheitern seines Lebenswerkes herbeigeführt hat. Denn dieses Lebenswerk hätte doch nicht nur zur äußeren, sondern auch zur inneren Einigung der Nation führen sollen, und jeder von uns weiß: das ist nicht erreicht. Es konnte mit seinen Mitteln nicht erreicht werden. ...<<
>>... Was war Bismarcks politisches Erbe? Er hinterließ eine Nation ohne alle und jede politische Erziehung. ... Und vor allem eine Nation ohne allen und jeden politischen Willen, gewohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde.<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über Bismarcks Rücktritt (x281/39): >>... Bismarck, der zeitlebens ein listiger Politiker, aber kein Hasardeur war, wußte genau, in welcher fiebrigen Erregung sich die Völker befanden. Die Stimmung der Zeit war aufgekratzt, viele waren geradezu fanatisch auf Eroberung und Unterwerfung aus. Er aber wußte: Wer mehr wollte, würde weniger bekommen.

Der junge Kaiser Wilhelm II. sah es anders. Bismarck mußte im März 1890 abtreten und der Monarch ging unverzüglich daran, die nachfolgenden Politiker auf einen "neuen Kurs" festzulegen. "Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne", meldete der Außenminister des Reiches, Bernhard von Bülow, die deutschen Begehrlichkeiten an. ...<<
Als der sog. "eiserne Reichskanzler" bzw. "Lotse" Otto von Bismarck am 30. Juli 1898 starb, wurde sein langer Todeskampf durch düstere Visionen erschwert.
Bismarcks letzte Worte waren angeblich (x063/449): >>... Hilf! Hilf! ... Serbien ... Türkei ... Rußland ... Aber Deutschland! Deutschland! Deutschland! ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete im Jahre 1998 über Bismarcks Lebensweg (x887/...): >>**Politisches Werden Otto von Bismarcks zum Reichskanzler und aktuelle Bezüge seiner Politik für uns**
... Doch er ahnte auch die Gefahren, die dem Reich nach seinem Abgang drohten. ... Und aus dem Jahre 1898 sind seine Worte überliefert: "Zwanzig Jahre nach dem Tode Friedrichs des Großen kam Jena, und zwanzig Jahre nach meinem Ableben wird Deutschland zusammenbrechen, wenn es so weiter regiert wird."
1918 brach in der Tat das Deutsche Reich militärisch zusammen, es brachen seine drei großen Stützen, die Dynastien, das Heer und die obrigkeitliche Staatsmacht.<<

Kaiser Wilhelm II.
Nach Bismarcks Rücktritt begann der leichtfertige, sorglose deutsche Kaiser Wilhelm II schon bald einen politischen "Zick-Zack-Kurs", der in Frankreich, Rußland und England mißtrauisch beobachtet wurde.
Der Diplomat Friedrich von Holstein, von 1878-1906 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt und sogenannte "graue Eminenz", wurde nach Bismarcks Rücktritt persönlicher Berater des Kaisers. Holstein übernahm außerdem die inoffizielle Leitung der deutschen Außenpolitik, die er von 1890 bis 1906 wiederholt unheilvoll beeinflußte (x069/89).
Kaiser Wilhelm II., der sich besonders gern mit herrischer Miene, prächtiger Uniform mit Adlerhelm und Säbel präsentierte, war ein großer Bewunderer des britischen Weltreiches. Die Briten waren damals die Beherrscher der Weltmeere und besaßen ein riesiges Weltreich "in dem die Sonne nicht unterging".
Der ehrgeizige deutsche Kaiser war nicht bereit, sich weiterhin von den Briten übertrumpfen lassen und im Schatten der Großmächte zu stehen, sondern er wollte das Deutsche Reich "herrlichen Zeiten" entgegenführen: "Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser".
Die neue Kriegsflotte sollte vor allem die deutschen Kolonien und die deutsche Exportwirtschaft in aller Welt schützen. England, die größte Seemacht der Welt, betrachtete damals den Ausbau der deutschen Flotte natürlich äußerst mißtrauisch. Der deutsche Hochseeflottenbau, die starke Industrie- und Handelskonkurrenz, die deutsche Kolonialpolitik und die zunehmenden deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen, wie z.B. die erste Eisenbahnkonzession in Kleinasien von 1888 sowie die Konzession für die Errichtung der Bagdadbahn im Osmanischen Reich von 1899, verschärften zusätzlich die britisch-deutschen Spannungen.
Der junge deutsche Kaiser vernachlässigte später Bismarcks deutsch-russische Bündnispolitik, so daß Frankreich und Rußland schon 1893 ein Militärbündnis gegen das Deutsche Reich abschlossen. Wilhelm II. war ein selbstgefälliger, unentschlossener Monarch, der keinen diplomatischen Instinkt für politische Realitäten besaß. Der "geräuschvolle" Kaiser führte häufig unüberlegte Reden und beging im Verlauf seiner Regierungszeit völlig unnötige Fehler, die das Deutsche Reich fast völlig isolierten und schließlich hoffnungslos in den österreichisch-ungarischen Balkankonflikt in Serbien verstrickten.
Der deutsche Kaiser lehnte es grundsätzlich ab, Bismarcks undankbare Vermittlerrolle zu

übernehmen. Kaiser Wilhelm der II. wollte die bisherige europäische Machtposition nicht nur erhalten, sondern das Deutsche Reich - die sog. "verspätete Nation" - sollte endlich eine angemessene europäische Vormachtstellung erlangen.
Von 1887-1896 steigerte die deutsche Industrie ihren Welthandelsanteil um 214 % (x090/-237). Nach diesem rasanten Aufstieg zur zweitstärksten Industrienation wurde die Wirtschaftskraft des Deutschen Reiches größtenteils überschätzt. Diese Fehleinschätzungen führten zu zahlreichen außenpolitischen Fehlentscheidungen. Das Deutsche Reich, das Bismarck vorsichtig in das komplizierte europäische Mächtesystem eingeordnet hatte, entwickelte sich schon bald zu einer "ruhelosen, unbequemen Großmacht".
Schlußbemerkungen: Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck am 18. Januar 1871 einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten. Nach mehr als 200jährigen verbissenen Anstrengungen und erbitterten Auseinandersetzungen waren die Deutschen wieder unabhängig und handlungsfähig.

Die Gesellschaftliche Ordnung des Deutschen Kaiserreiches
Die gesellschaftliche Ordnung der damaligen Epoche kannte noch kein demokratisches Wahlrecht. Das sogenannte "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen und in anderen Bundesstaaten war von 1849 bis 1918 vom Einkommen bzw. von den gezahlten Steuern abhängig. In extremen Fällen verfügte damals ein Fabrikbesitzer über mehrere Hundert Wählerstimmen.
Nach der Aufhebung des Parteienverbots wurde im Jahre 1890 die "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" neu gegründet, aber die damalige Politik dominierten in erster Linie Adel, Industrielle und bürgerliche Großgrundbesitzer.
Der Einfluß der restlichen Parteien blieb zuerst noch relativ gering, aber die Arbeiterpartei der Sozialdemokraten, die bürgerlichen Parteien der Mitte und des Zentrums wurden infolge der verbesserten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zunehmend einflußreicher und selbstbewußter. Die Vertreter der Arbeiterpartei kritisierten damals öffentlich den stark ausgeprägten Militarismus, die ersten Anfänge des deutschen Imperialismus und den altbekannten Feudalismus. Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erhielt bei den Reichstagswahlen im Jahre 1890 bereits 1.427.000 Wählerstimmen und stellte 35 Abgeordnete.
Der Deutsche Reichstag entwickelte damals vorbildliche Gesetzeswerke, wie z.B. die Zivil- und Strafprozeßordnung: 1871/1877, das BGB: 1900, und zählte in jener Zeit zu den angesehensten europäischen Parlamenten. Die fortschrittlichen deutschen Gesetze wurden sogar oftmals komplett von Nachbarländern übernommen.
Thomas Woodrow Wilson, von 1913-1921 nordamerikanischer Präsident, lobte im Jahre 1892 die preußische Staatsführung (x063/379): >>Der preußische Staatsaufbau ist ein Vorbild für die höchste Entwicklung der Selbstverwaltung in Deutschland. Preußen hat sich bemüht, seine Verwaltung vollkommener auszubilden als irgendein anderer Staat Europas. ...<<
Die US-Professorin für europäische Geschichte in Berkeley, Margaret Lavinia Anderson, berichtete am 28. November 2009 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" über die politische Kultur des Deutschen Kaiserreiches (x887/...): >> … Das Kaiserreich war viel demokratischer als andere Länder Europas
In "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich" führt sie an, daß deutsche Männer - Frauenwahlrecht gab es noch nirgends - seit 1867 im Norddeutschen Bund gleich und geheim und seit 1871 im Reich wählen durften.
Nur die Griechen und Franzosen … durften früher mitentscheiden. Gleiches Wahlrecht gab es in England erst 1949, in den gesamten USA erst 1965.
Deutsche wählten bis 1893 alle drei, dann alle fünf Jahre, Briten normalerweise nur alle sieben Jahre. Der Reichstag wählte zwar nicht die Regierung, war aber praktisch so mächtig wie

andere Parlamente.
Anderson entdeckte in zehn Jahren Forschung bis in Lokalblätter hinein in Deutschland eine höhere Wahl- und politische Kultur als anderswo: Kaum Gewalt, Betrug und Bestechung, die man noch nach 1945 in den USA beklagte, jedoch, wie überall, Druck von Mächtigen in Wirtschaft und Verwaltung. Aber die Wahlprüfkommission des Reichstags annullierte nach solchen Verstößen, besonders amtlicherseits, meist die Wahl und verfügte eine Neuwahl. Bestechung von Kommunen durch sachlich nicht gebotene Investitionen, wie in Frankreich üblich, "verletzte das deutsche Gefühl für Anstand" und scheiterte am Rechtsbewußtsein der Beamten.
Weil der "Obrigkeitsstaat" vor allem Rechtsstaat war, schützte er die Wähler besser als andere Staaten. Im Reich waren Wahlanfechtungen staatlich und kostenlos, in England teure Privatsache; in den USA sind sie noch heute schwierig. Die Bürger bestanden mit Zivilcourage auf ihren Rechten und bildeten eher als anderswo starke Parteien, die Halt und echte Alternativen boten - und Beobachter für ordnungsgemäße Wahlen. …
Jeder Abgeordnete war gemäß Verfassung Vertreter des ganzen Volkes. …
Polizeiliche Verstöße wurden schnell korrigiert. Der Reichstag hob durch einfaches Votum vorherige Verhaftungen und Gerichtsverfahren für die Wahlperiode auf. Es gab Fairneß: So sammelten bürgerliche Progressive große Summen für Familien von Sozialisten, die Hamburg aufgrund der Sozialistengesetze ausgewiesen hatte; Zentrumsabgeordnete waren Strafverteidiger für Sozialisten.
In Wahlversammlungen wählten die Anwesenden den Vorsitzenden; waren die Gegner in der Mehrheit, konnte es auch einer der ihren sein. Nach dem Hauptredner kam immer eine andere Partei durch einen "Diskussionsredner" mindestens 30 Minuten zu Wort.
Andersons Buch "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich", gilt in den USA als akademisches Standardwerk zur Geschichte des deutschen Kaiserreichs. ...<<
Schlußbemerkungen: Im Deutschen Reich gab es viele hochgebildete, kritische Staatsbürger. Die deutschen Bildungseinrichtungen waren für damalige Verhältnisse international anerkannt und führend. Obgleich das deutsche Volk in jener Zeit nur über beschränkte Mitwirkungsrechte verfügte, waren die Deutschen keine bedingungslos unterdrückten Untertanen.

Der Kampf um die Weltmacht: Die Wirtschafts-, Kolonial- und Weltmachtpolitik der imperialistischen Großmächte

Wirtschafts- und Exportaufschwung des Deutschen Reiches

Infolge des siegreichen französisch-deutschen Krieges von 1870/71, der konsequenten Industrialisierung und Bismarcks Schutzzollpolitik zur Sicherung des heimatlichen Marktes, begann im Deutschen Reich ein kräftiger Wirtschafts- und Exportaufschwung.
Ab 1872 wurden die Kohleförderung, Eisen- und Stahlverarbeitung erheblich gesteigert. In der Schwerindustrie entstanden zahlreiche private Großbetriebe, wie z.B. Krupp, Blohm und Voß, AEG, Benz und die Daimler Werke. Die rasante Weiterentwicklung der Naturwissenschaften, Technik und Forschung ermöglichte die Errichtung neuer Industriezweige, wie z.B. Arzneimittel, Farbstoffe etc. Aus den zahlreichen kleinen deutschen Privatbanken entwickelten sich mehrere Großbanken. Der führende Bankplatz wurde die neue Reichshauptstadt Berlin. Die Vereinheitlichung und Verstaatlichung der Eisenbahn verbesserten nach 1897 das deutsche Transportwesen nachhaltig.
Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückging. In den großen deutschen Industrierevieren an Rhein-Ruhr, in Sachsen und in Oberschlesien wurden schon bald zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, deshalb wander-

ten Tausende von Polen, Ungarn und Italienern langfristig in das Deutsche Reich ein.
Nach der Reichsgründung im Jahre 1871 nahm das Tempo der Industrialisierung in Deutschland enorm zu (x176/205): >>Um 1830 hatten vier Fünftel der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft gefunden. Mitte der achtziger Jahre war es knapp die Hälfte.
Die Industrie entfaltete sich in fast märchenhafter Weise: Zwischen 1871 und 1874 entstanden genau so viele Hochöfen, Eisenhütten und Maschinenfabriken wie in der Zeit von 1800 bis 1870. An die Stelle der handwerklichen Einzelanfertigung trat die Massenfabrikation im Großbetrieb.
Die Produktivität der Industrie stieg zwischen 1870 und 1890 um die Hälfte, im Braunkohlenbergbau um das Doppelte, in der Roheisenerzeugung gar um das Fünffache. Entsprechend wuchs das Bankkapital, bei der Deutschen Bank z.B. von 15 auf 100 Millionen, und die Zahl der Effekten (Aktien) an der Berliner Börse vervierfachten sich im gleichen Zeitraum.
Eine wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Aufschwungs war der zukunftssichere Optimismus, der dem siegreichen Krieg und seinen politischen Folgen entsprang.<<

Die Kolonialpolitik der imperialistischen Großmächte (1870-1899)
Das 19. Jahrhundert wurde besonders von den Kämpfen um Kolonien in Afrika und Asien geprägt.
In den Jahren 1804-1883 wurde der Sklavenhandel verboten und abgeschafft. Die Sklavenhändler der europäischen Kolonialmächte verschleppten in der Zeit von 1520 bis 1850 etwa 8 bis 10 Millionen Afrikaner gewaltsam nach Amerika (x056/104). Die internationalen Schätzungen, wieviel Afrikaner tatsächlich durch den Sklavenhandel umkamen, schwanken zwischen 20 und 50 Millionen Menschen (x056/104).
Während England, Frankreich, Holland, Spanien und Portugal schon seit Jahrhunderten ihre zahlreichen Kolonien ausplünderten - menschenverachtender Sklavenhandel etc. -, erwarben deutsche Kaufleute und Afrikaforscher, wie z.B. Gustav Nachtigal, Carl Peters und Hermann von Wissmann, erst in den Jahren 1883-1885 einige Kolonien in Deutsch-Südwestafrika, Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika und in Neuguinea, die später unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt wurden.
Die deutsche Kolonialpolitik wurde später verstärkt eingesetzt, um die Massenauswanderung wichtiger Bevölkerungsteile zu verhindern. Die deutschen Kolonien besaßen für das Deutsche Reich keinen großen wirtschaftlichen Wert, denn sie waren größtenteils jahrelang nur Zuschußunternehmen. 1912 betrug die Ausfuhr in die deutschen Kolonien z.B. Waren im Wert 54,5 Millionen Mark, während man gleichzeitig Waren im Wert von 58,6 Millionen Mark aus den Kolonien importierte (x074/1.006).
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die deutsche Außenpolitik (x307/194-195): >>Das Hauptziel der deutschen Außenpolitik in der Ära Bismarcks war es, die Entstehung einer feindlichen Koalition der Großmächte zu verhindern. ...
Doch Bismarcks Strategie hatte auch ihren Preis. Sie erforderte, daß Deutschland unter seinen Möglichkeiten blieb, sich aus dem Wettlauf um Futterplätze in Afrika, Asien und anderswo heraushielt und tatenlos zusah, während andere Mächte um die globale Machtaufteilung stritten. …
Der Gedanke an koloniale Besitzungen – die man sich als Eldorado mit billigen Arbeitskräften und Rohstoffen vorstellte sowie als boomenden Exportmarkt, in dem eine wachsende Bevölkerung aus Einheimischen und Siedlern fleißig Waren aus dem Mutterland kaufte – war für die deutsche Mittelschicht ebenso verführerisch wie für die etablierten europäischen Reiche.
Es darf nicht vergessen werden, daß schon bescheidene deutsche Bemühungen, die machtpolitischen Beschränkungen für eine Expansion zu überwinden, auf erbitterten Widerstand seitens der Weltmächte stießen. ...

Seine Versuche, zumindest einen Anteil an den mageren Portionen zu bekommen, die noch erhältlich waren, stießen in der Regel auf energischen Widerstand seitens des etablierten Clubs der Weltmächte. ...<<

Der französische Ministerpräsident Jules Ferry schrieb im Jahre 1882 über die Zukunft des französischen Kolonialreiches (x239/174): >>Sollte beispielsweise die französische Flagge in Tongking eingeholt werden, wie verschiedentlich vorgeschlagen wird, so würden Deutschland oder Spanien dort unverzüglich an unsere Stelle treten.

Die Konkurrenz zwischen den Nationen wird immer heftiger im Streit um diese weit entfernten Absatzmärkte, diese Niederlassungen an den Toren zur Barbarei …

Ist dies der Augenblick, an dem Frankreich heimkehren, sich in sich selbst zurückziehen, sich auf eine Politik der Seßhaftigkeit ... beschränken kann – eine Politik, die im nächsten Jahrhundert für die zur Unterlegenheit verurteilten oder vom Niedergang bedrohten Völker kennzeichnend sein wird?

Wir ersehnen für Frankreich eine andere Bestimmung. ...<<

Der spätere Ministerpräsident der britischen Kapkolonie, Cecil Rhodes, erläuterte im Jahre 1877 einige Ziele der britischen Kolonialpolitik (x073/1, x056/302): >>Ich behaupte, daß wir die erste Rasse in der Welt sind und daß es für die Menschheit um so besser ist, je größere Teile der Welt wir bewohnen. Ich behaupte, daß jedes Stück Land, das unserem Gebiet hinzugefügt wird, die Geburt von mehr Angehörigen der englischen Rasse bedeutet, die sonst nicht ins Dasein gerufen worden wären. Darüber hinaus bedeutet es einfach das Ende aller Kriege, wenn der größere Teil der Welt in unserer Herrschaft aufgeht. ...<<

>>... Da Gott offenkundig die englischsprechende Rasse zu seinem auserwählten Werkzeug formt, durch welches er einen Zustand der Gesellschaft hervorbringen will, der auf Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden gegründet ist, muß er offensichtlich wünschen, daß ich tue, was ich kann, um jener Rasse so viel Spielraum und Macht wie möglich zu geben.

Daher, wenn es einen Gott gibt, denke ich, er möchte gern von mir, daß ich so viel von der Karte von Afrika britisch rot anmale als möglich und anderswo tue, was ich kann, um die Einheit zu fördern und den Einfluß der englisch sprechenden Rasse auszudehnen.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über den britischen Kolonialpolitiker Cecil Rhodes (x281/16): >>... Der Mann ging als der rücksichtsloseste Kolonialisierer in die afrikanische Geschichte ein. Sein Schlachtruf überdauerte die Jahrhunderte: "Ausdehnung ist alles."

Die Hymne seiner Soldaten war befeuert vom Überlegenheitsgefühl, das sich zur Unterstützung gern auch der gerade erfundenen Maschinengewehre vom Typ "Maxim" bediente:

Vorwärts Ihr königlichen Soldaten, auf ins heidnische Land.

Die Gebetsbücher in Euren Taschen, die Gewehre in der Hand.

Tragt die ruhmreiche Botschaft dorthin, wo gehandelt werden kann, es ist nicht schwer

verbreitet die Botschaft – mit einem Maxim-Gewehr. …<<

Die englische Zeitung "The Times" berichtete am 2. März 1893 über die Rede des liberalen Politikers Lord Rosebery (x239/173): >>Wir sind im Augenblick damit beschäftigt, "Schürfrechte für die Zukunft abzustecken", wie es in der Sprache der Bergleute heißt.

Was wir ins Auge zu fassen haben, ist nicht, was wir im gegenwärtigen Augenblick nötig haben, sondern was wir in Zukunft einmal nötig haben werden.

Wir haben in Erwägung zu ziehen, welche Länder entweder von uns oder gegebenenfalls von einer anderen Nation entwickelt werden müssen, und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß es ein Teil unserer Verantwortlichkeit und der uns überkommenen Verpflichtung ist, dafür Sorge zu tragen, daß die Welt, soweit sie von uns geprägt werden kann, angelsächsischen und nicht einen anderen Charakter erhält. ...

Wir müssen die Blicke ... auf die Zukunft des Volkes richten, ... und meiner Meinung nach

würden wir ... völlig versagen, wenn wir vor der Verantwortung zurückschrecken und den Anteil nicht annehmen sollten, der uns im Zuge der Aufteilung der Welt zufällt. ...<<
Als man in den Burenstaaten Transvaal - heute Südafrikanische Republik - und Oranje-Freistaat riesige Gold- und Diamantenfelder entdeckte, strömten Tausende von Engländern in das Land. Cecil Rhodes, von 1890 bis 1896 Ministerpräsident der englischen Kapkolonie, "einer der größten Imperialisten seiner Zeit", organisierte daraufhin 1895/96 einen Aufstand in der Südafrikanischen Republik, der jedoch von den Buren niedergeschlagen wurde.
Während des "Burenkrieges" von 1899-1902 setzten sich die Buren erbittert zur Wehr.
Der britische Oberbefehlshaber Lord Horatio H. Kitchener ließ damals in Südafrika erstmalig Konzentrationslager für Frauen, Kinder und Greise einrichten, um den Widerstand der kämpfenden Männer zu brechen (x069/75).
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Imperialisten des 19. Jahrhunderts (x281/19,20): >>... Damals ging es zum ersten Mal um jene Dinge, um die sich auch heute alles dreht: Arbeitslosigkeit und Ausbeutung, Rohstoffhunger und Expansionslust, Arbeiterrechte und Unternehmergewinn, und für die Staaten ging es seit jeher um die Fragen aller Fragen: Knechtschaft oder Weltherrschaft?
Als die ersten Fabriken ihre Arbeit aufnahmen und wenig später auch die großen Kriegsschiffe unter Dampf vom Stapel liefen, hatte ein Typus Mensch seinen Auftritt, der im kollektiven Gedächtnis als Widerling überlebte. Er war bemerkenswert schon deshalb, weil er sich dazu bekannte, ein Raufbold zu sein. Er nannte sich Imperialist, was so rücksichtslos klang, wie es gemeint war. Kunst und Kultur waren sein Dekor, der Gewaltanwendung im Inneren wie im Äußeren aber galt seine Leidenschaft, die Welt war für ihn ein großer Abenteuerspielplatz.
Englands Königin Victoria schickte die Royal Navy in aller Herren Länder, um ein Territorium zu erobern, das ihr Heimatland um ein Vielfaches übertraf. Spaniens Herrscher führten allein in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fünf überseeische Kriege, die zum Ärger des Königshauses allerdings alle verloren gingen. Napoleon hat von seinen 16 Jahren an der Spitze Frankreichs kaum eines ohne Krieg ausgehalten. Der Freiheitsruf des französischen Bürgertums – Liberté, Egalité, Fraternité wurde in der Praxis anders übersetzt: Infanterie, Kavallerie, Artillerie.
Das Kolonialfieber hatte ausnahmslos alle Schichten der europäischen Nationen angesteckt. ...<<
>>... Die Mächtigen lebten wie die Fische im Wasser, es umgab sie eine Gesellschaft, in der die Sitten so ungehobelt waren wie die Sprache. Schriftsteller und Verleger, die Männer der Wirtschaft und die Mehrzahl der kleinen Leute feuerten ihre Präsidenten und Kaiser an, nur ja kein Pardon zu geben.
In England legte Charles Darwin seine Theorie vom "Kampf ums Dasein" vor, wonach nur die "Passendsten" überlebten. In Amerika sprach man von der "auserwählten angelsächsischen Rasse" …
In Deutschland fühlte man sich in ähnlicher Weise auserwählt, Großes und sogar Größtes zu leisten. An jeder Straßenecke war im ausgehenden Jahrhundert von Weltherrschaft die Rede. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den europäischen Imperialismus (x192/402-403): >>... Selbst in vormals unzulänglichen Regionen, wie Kenia oder Nigeria, konnten nun mit Hilfe der Bahn und moderner Bewässerungssysteme Plantagen angelegt werden, in denen mit großem Profit Tee, Kaffee, Baumwolle, Tabak, Sisal und Kakao angebaut wurden. Rückständige Gebiete dieser Art waren so lange nicht kolonisiert worden, wie die Weißen keine wirkungsvollen Mittel gegen die Tropenkrankheiten (vor allem Malaria) besaßen, was sich jedoch seit etwa 1830 änderte, als die Massenproduktion von Chinin einsetzte.

Alle Versuche, sich gegen die Europäer zur Wehr zu setzen, ob sie nun von den Zulus im Süden oder Moslems im Norden Afrikas ausgingen, wurden brutal niedergeschlagen. Gegen die Flinten und Maschinengewehre der Weißen war kaum etwas auszurichten.
Dieser Imperialismus war in Europa natürlich nichts Neues. Schließlich bestanden die alten Kolonialreiche - Spanien, Portugal, Niederlande, Frankreich und Großbritannien - schon seit 300 Jahren. Doch nach 1870 beflügelte die Jagd nach neuen Kolonien immer mehr die Phantasie der Europäer; Überseebesitzungen wurden zum Symbol nationaler Stärke.
Ihre Existenz wurde gelegentlich mit missionarischen Ideen gerechtfertigt - es sei "die Bürde des weißen Mannes", den unterworfenen Völkern Kultur und Aufklärung zu bringen -, häufiger jedoch einfach als eine gottgegebene Belohnung für die Überlegenheit der eigenen Rasse betrachtet. So pflegte Cecil Rhodes, der reichste Mann im südlichen Afrika, zu seinen Freunden zu sagen, wer als Brite zur Welt komme, habe den ersten Preis in der Lotterie des Lebens gewonnen.
Doch auch als Belgier, Deutscher oder Franzose hatte man kein schlechteres Los. 1881 bemächtigte sich Leopold II., König der Belgier, des gesamten Kongobeckens und ließ es mit grausamsten Methoden als seinen Privatbesitz ausbeuten. …
Andere Teile des Kontinents wurden von Italien, Spanien und Portugal beansprucht, so daß es 1914 kaum einen Fahnenmast in Afrika gab, von dem nicht eine europäische Fahne flatterte.
In Asien breiteten sich die Wellen des Imperialismus nicht weniger stürmisch aus. Nach 1820 begann das russische Zarenreich, gegen die moslemischen Khanate der asiatischen Steppe vorzugehen …
Ein Reich nach dem anderen fiel – 1865 Taschkent, 1868 Samarkand und Buchara. 1884 Merw -, wodurch die russische Grenze bis zum Himalaja und zur Grenze Indiens vorgeschoben wurde. Dort hatten die Briten nach ihrem Sieg über den Herrscher von Mysore und die Marathen-Konföderation ihre Macht durch Kriege im Pandschab, in Afghanistan und Sind im Westen sowie in Burma im Osten … beständig ausweiten können. ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Folgen des Imperialismus (x281/34-35): >>... Der Weltkrieg um Wohlstand hatte begonnen, lange bevor die Militärs der europäischen Länder sich für den Ersten Weltkrieg in Stellung brachten.
Niemand bemerkte zunächst das herannahende Unheil. Daß schon bald 15 Millionen Europäer auf den Schlachtfeldern liegen würden, schien den Zeitgenossen ganz und gar undenkbar.
Die Machtübernahme in den Kolonien streichelte die Seele und füllte vielerorts auch ihre Schatztruhen. Sie hatten ohne allzu große Mühen und Kosten etwa ein Viertel des Erdballs neu aufgeteilt. Der Wohlstand im Westen stieg, der Welthandel erlebte seine vorläufige Blüte. Die Tonnage der Handelsschiffe hatte sich von 1850-1875 vervierfacht und stieg in den folgenden vier Jahrzehnten nochmals um das Doppelte. Ein kraftvolles Europa war auf dem Zenit seiner Macht und seines Ansehens in der Welt angekommen. ...
Die Imperialisten der ersten Stunde kannten keine Scham. Sie kamen als Besatzer und Protektoratsverwalter, als Förderer ihrer heimischen Wirtschaft und kühl kalkulierende Zerstörer all dessen, was dabei hinderlich war.
Auf kulturelle Traditionen und Menschenleben wurde keine allzu große Rücksicht genommen, der Imperialist war ein Angreifer aus Überzeugung, der Mitleid als Ausdruck von Willensschwäche empfand. ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2009 über die deutsche Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert (x878/...): >>... **Die Interessen der europäischen Großmächte: Großbritannien, Frankreich, Rußland**
Die Gründung des Deutschen Reiches durch Bismarck 1870/1871 fand in einem europäischen Kontext statt, in dem die bestimmenden großen Mächte, Großbritannien, Frankreich und Rußland eine seit Jahrhunderten eingespielte und erprobte Interessenpolitik verfolgt und abge-

steckt hatten. Der Neuankömmling, das Deutsche Reich, mußte seine Rolle erst finden und seine Interessen so definieren, daß sie im Abgleich mit den Interessen der Nachbarn stabile und tragfähige Verhältnisse in Europa ermöglichten. Das war nicht geglückt, wie man weiß.

Die Interessen Großbritanniens können knapp mit der Aufrechterhaltung eines europäischen "Gleichgewichts der Mächte", der "Balance of Power" beschrieben werden. Sie garantierte England die Seeherrschaft und gab ihm die Rolle eines Schiedsrichters und Züngleins an der Waage in den Machtkämpfen auf dem europäischen Kontinent. Stets fand sich London auf der Seite derer, die den Machtzuwachs eines kontinentalen Rivalen und die Erringung einer hegemonialen Vorherrschaft bekämpften. …

Wichtig war für London die Herrschaft auf den Weltmeeren als Voraussetzung für den Auf- und Ausbau des Empire, des gigantischen Kolonialreiches, das auszubeuten war und dem Heimatland enorme Reichtümer zuführte. Zum britischen Konzept gehörte auch, an der England gegenüber liegenden Kanalküste keine Präsenz einer starken europäischen Kontinentalmacht zu dulden, die die englische Seeherrschaft beeinträchtigen könnte. Insgesamt handelt es sich um klare Interessenpositionen, die in Jahrhunderten gegen andere Mächte in erbitterten und langwierigen Kriegen durchgesetzt und siegreich behauptet worden waren. …

Frankreichs Interessen waren die der stärksten europäischen Kontinentalmacht. Zunächst mußte Frankreich das Haus Habsburg zurückdrängen, das in Europa bis ins 17. Jahrhundert unter anderen die Landmassen der österreichischen Erblande einschließlich Böhmen und Mährens, Spanien, das heutige Belgien und jenseits des Atlantik Mittel- und Südamerika beherrschte.

Nach den Wirren der Religionskriege war es Richelieu Anfang des 17. Jahrhunderts gelungen, Frankreich zu zentralisieren und sein inneres Machtgefüge so zu festigen, daß es nach dem Dreißigjährigen Krieg im Westfälischen Frieden 1648 zur stärksten Kontinentalmacht aufstieg.

Voraussetzung war eine entscheidende Schwächung der Habsburger, die eine Zerstückelung Deutschlands in "souveräne" Einzelstaaten einschloß. Der Habsburger Kaiser konnte in Deutschland nicht die Oberhoheit und dieselbe Zentralisierung durchsetzen, wie sie in Frankreich Richelieu gelungen war. Im Dreißigjährigen Krieg waren die Anläufe der Habsburger Kaiser endgültig gescheitert.

Frankreichs Interesse bestand in der Folgezeit darin, die Kleinstaaterei in Deutschland aufrechtzuerhalten. Die bayrisch-habsburgischen und habsburgisch-preußischen Rivalitäten in Deutschland galt es zu schüren, das Souveränitätsstreben der deutschen Kleinstaaten zu stärken und die Bundesverfassung, sei es in Form des Heiligen Römischen Reiches bis Ende des 18. Jahrhunderts und des Deutschen Bundes nach 1815 zu schwächen. …

Rußland war erst verhältnismäßig spät in das europäische Mächtekonzert eingetreten. Der Durchbruch als östliche Flügelmacht erfolgte mit Zar Peter und Zarin Katharina im 17./18. Jahrhundert, endgültig in den napoleonischen Kriegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Rußland war an einer ungehinderten Ausdehnung seiner Macht auf dem eurasischen Kontinent nach Osten interessiert, der nicht durch europäische Mächte wie Schweden im 17. Jahrhundert oder Frankreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts behindert werden sollte.

Eine potentiell bedrohliche Machtzusammenballung in Mitteleuropa stand im Gegensatz zu russischen Interessen. Vielmehr war Rußland an einer Mittelmacht in Mitteleuropa mit Anlehnungsbedürfnis an Rußland interessiert, die gegebenenfalls russische Interessen wahrnehmen konnte und würde. Diese Macht fand sie in Preußen, das nach der verheerenden Niederlage gegen Napoleon nur aufgrund russischer Unterstützung nicht untergegangen war. Rußland suchte außerdem den offenen Zugang zum Meer in der Ostsee, aber auch über den Bosporus. Den Anschluß an die technologische Entwicklung in Europa hatte Rußland früh als vital erkannt, blieb jedoch schwankend im Hinblick auf kulturelle Einflüsse. …

Alles hätte so bleiben können, wie es war, wäre da nicht der Ehrgeiz der Deutschen gewesen, nun selber auch einen Nationalstaat zu gründen und damit an der allgemeinen europäischen Entwicklung teil zu haben. Die Deutschen waren nicht die einzigen, die an der bestehenden internationalen Ordnung rüttelten. Das gleiche galt für Italien, die Völker Mittel- und Osteuropas und des Balkan. Auch sie strebten nationale Einheit und Unabhängigkeit an.
Die Gründung des Deutschen Reiches 1870/1871 veränderte die internationale Lage in Europa entscheidend. Frankreich hatte im Verlauf der deutschen Einigungskriege, die auch Italien einbezogen, nicht nur den deutsch-französischen Krieg sondern auch den Status als stärkste Kontinentalmacht verloren. Rußland mußte erkennen, daß das Deutsche Reich kein größeres Preußen war, das im außenpolitischen Orbit von Rußland verharrte, sondern zunehmend eine Politik aus eigenen Interessen verfolgte. Das galt besonders für den Balkan, wo Deutschland den Verbündeten Österreich-Ungarn stützte und sich mit dem Osmanischen Reich liierte, was im Zarenreich mit wachsendem Groll als Behinderung russischer Interessen wahrgenommen wurde.
Großbritannien schließlich hatte schon die deutsche Einigung mit Mißtrauen betrachtet.
Deutschland war stärkste Kontinentalmacht geworden - für London prinzipiell ein Grund erhöhter Wachsamkeit und Mißtrauens. Die demographische und wirtschaftliche Dynamik Deutschlands nach 1870/1871 konnte das Mißtrauen nur verstärken, zumal Deutschland auch wirtschaftlich immer mehr als Konkurrent empfunden wurde. ...<<

Die wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches und der damaligen gegnerischen Großmächte

Während der Weltausstellung in Philadelphia im Jahre 1876 wurden die meisten deutschen Industrieprodukte von mißgünstigen ausländischen Konkurrenten gewöhnlich als "billig und schlecht" bezeichnet (x233/104).
Die deutsche Exportwirtschaft verkaufte jedoch im Jahre 1880 bereits Güter im Wert von 6,0 Milliarden Goldmark und belegte damit den vierten Platz hinter den führenden Exportnationen Großbritannien, Frankreich und USA (x256/1).
Infolge der überhasteten Industrialisierung verschuldete sich Rußland von 1880-1910 hoffnungslos bei den westeuropäischen Staaten - Deutsches Reich, Frankreich und England - und bei Nordamerika.
Ab 1887 zwang Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen. Diese diskriminierende Kennzeichnungspflicht konnte die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern die britischen Zwangsauflagen förderten sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft.
Der britische Kolonialminister Joseph Chamberlain erklärte 1887 im Parlament (x233/117):
>>Das Reich ... ist der Handel. Es wurde durch den Handel geschaffen, es ist auf den Handel gegründet und könnte nicht einen Tag ohne Handel existieren. ...
Wäre es morgen möglich, das britische Reich mit einem Federstrich auf das Vereinigte Königreich zu reduzieren, so würde wenigstens die Hälfte unserer Bevölkerung Not leiden. ... Ist es nicht ... sicher, daß der größere Teil des afrikanischen Kontinents von unseren Wettbewerbern im Handel besetzt worden wäre, die dazu geschritten wären, diesen großen mächtigen Markt dem britischen Handel zu verschließen? ...
Unter diesen Umständen wäre es für uns eine Frage auf Leben und Tod, daß wir nicht von diesen Märkten der Zukunft ... ausgeschlossen würden.<<
Die deutsche Exportwirtschaft verkaufte im Jahre 1890 Güter im Wert von 7,5 Milliarden Goldmarkt und belegte damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgten die USA und Frankreich (x256/1).

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die nordamerikanische Wirtschaftskraft am Ende des 19. Jahrhunderts (x281/52-53): >>Die Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten von Amerika wuchs in den Jahren 1870 bis 1880 je Einwohner um 2,7 Prozent. Die Briten schafften nicht mal das halbe Tempo. Und so ging es weiter bis zum Kriegsbeginn: plus 1,5 Prozent Wachstum je Einwohner in den USA über 30 lange Jahre, in denen Großbritannien nur noch zwei Drittel davon schaffte. Der relative Abstieg des Empires hatte begonnen.
Die Vereinigten Staaten überrundeten schließlich ihr wichtigstes Herkunftsland auch absolut. eine neue Supermacht zeigte sich der Welt, wenn auch am Ende des 19. Jahrhunderts erst schemenhaft. ...<<
Die englische Zeitschrift "Saturday Review" berichtete am 11. September 1897 (x237/221): >>Überall ... liegt ein deutscher Handlungsreisender mit einem englischen Hausierer im Streit. Gibt es irgendwo eine Mine auszubeuten, eine Eisenbahn zu bauen, einen Eingeborenen von der Brotfrucht zum Büchsenfleisch, von der Enthaltsamkeit zum Schnapshandel zu bekehren – ein Deutscher und ein Engländer streiten um den ersten Platz.
Eine Million geringfügiger Streitigkeiten schließen sich zum größten Kriegsgrund zusammen, den die Welt je gesehen hat. ...<<
Der französische Historiker und Wirtschaftswissenschaftler Henri Hauser berichtete später über die damalige Wirtschaftsentwicklung des Deutschen Reiches (x261/147): >>Das arme Deutschland, das 1870 auf der ökonomischen Landkarte kaum mehr als ein weißer Fleck war, ist in wenig mehr als 40 Jahren zu einer der großen Weltmächte aufgestiegen; es ist ihm gelungen, ... nach dem Sieg auf dem Schlachtfeld im industriellen Bereich zu kämpfen und zu siegen. ...
1914 nahm das Reich mit einem Außenhandelsvolumen von 25 Milliarden Francs nach England die zweite Stelle unter den Handelsstaaten der Erde ein. Es war zum zweitgrößten Erzeuger von Roheisen und Eisen geworden und übertraf damit sogar England, während es in der Weltstahlproduktion ebenfalls an zweiter Stelle stand. Seine Handelsflotte, die 1870 noch kleiner als die unsrige war, wurde 1913 lediglich von der englischen und amerikanischen übertroffen. ...
Das bis dahin arme Deutschland wurde mit einem Schlag reich. Sein Gesamteinkommen wurde 1895 auf 21 Milliarden Mark geschätzt; 1913 bewegten sich die Schätzungen zwischen 40 und 50 Milliarden, und das deutsche Volksvermögen wurde auf jetzt 320 Milliarden Mark taxiert. ...<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die damalige Entwicklung des deutschen Exporthandels (x057/184-187): >>Etwa vier Fünftel der in den Fabriken hergestellten Waren fanden in Deutschland Absatz, das übrige dagegen mußte auf ausländischen Märkten verkauft werden. Da gleichzeitig der Bedarf an ausländischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln wuchs, vergrößerte sich der Welthandel Deutschlands beständig.
In der ganzen Welt waren die deutschen Waren angesehen, und der deutsche Kaufmann trat in scharfen Wettbewerb mit den englischen Kaufleuten, die bisher allein den Weltmarkt beherrscht hatten. Selbst in England fanden die deutschen Waren Absatz, so daß die englische Regierung den Stempel "Made in Germany" für deutsche Waren verlangte, um sie zu verdrängen. Aber diese Maßnahme wurde zur besten Empfehlung der billigen und guten deutschen Erzeugnisse.
Vor dem ersten Weltkrieg hatte ... der Gesamthandel Deutschlands - Ein- und Ausfuhr - den zweiten Platz in der Welt errungen und reichte nahe an denjenigen Englands heran … Dabei hatte sich der deutsche Handel seit 1890 um das Vierfache, der englische nur um das Doppelte vermehrt. ...
Die bedeutsame Entwicklung des deutschen Handels wäre nicht möglich gewesen ohne den

ungeheuren Aufschwung des Verkehrs. ... Zahlreiche Kanäle, wie z.B. Dortmund-Ems, Mittellandkanal, Berlin-Stettin, verbilligten die Beförderung von Massengütern. Duisburg entwickelte sich zum größten Binnenhafen. Neben den Wasserstraßen besaß Deutschland das größte Eisenbahnnetz auf dem Festland, den stärksten Briefverkehr und das größte Telegraphennetz Europas. ...
Für den Überseeverkehr baute Deutschland seit 1890 nur noch auf eigenen Werften seine Handelsschiffe und besaß 1914 die größten Schiffahrtsgesellschaften, die besteingerichteten Dampfer für den Personenverkehr und die zweitgrößte Handelsflotte der Welt. Der Hamburger Hafen wurde zum größten Seehafen Europas ausgebaut und mit Bremen zum wichtigsten Einfuhrhafen Deutschlands. Die Seeschiffahrt beherrschte nicht nur die von Deutschland ausgehenden Linien, sondern betätigte sich vielmehr auch im Verkehr zwischen fremden Häfen. Die deutsche Handelflagge wehte in allen Weltmeeren, in den neuerworbenen Handelniederlassungen und in den deutschen Kolonien, die sich aus bescheidenen Anfängen gut entwickelt hatten. ...
Infolge dieser Wirtschaftsblüte wurde Deutschland immer weiter mit der Weltwirtschaft verflochten, woraus Neid und Mißgunst der übrigen Weltmächte, besonders Englands und eine bedenkliche Abhängigkeit vom Ausland entstanden.<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Entwicklung des Welthandels bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x281/46-47): >>... Die Interessenkonflikte zwischen den Nationalstaaten hatten sich über die Jahrzehnte verschärft. Denn der wachsende Wohlstand besaß von Anfang an einen Zwillingsbruder, der ihm auf Schritt und Tritt folgte: die Angst. Wo immer sich das Leben verbessert, folgt die Befürchtung, im nächsten Moment könne alles vorbei sein. Das Streben nach Wohlstand und die Angst ihn zu verlieren, sind bis heute die zwei wichtigsten Antreiber der neuzeitlichen Geschichte.
Das englische Königreich wirkte früh schon erschöpft. Der schnelle Aufstieg vom Inselvolk zur Weltmacht hatte die politischen und ökonomischen Kräfte überdehnt. Die Neuerwerbungen in Übersee mochten prestigeträchtig und exotisch sein, rentierlich waren sie oft nicht. Zu den Kosten der Eroberung kamen die Kosten der Besatzung hinzu, die schnell ins Unermeßliche steigen konnten.
Wer gehofft hatte, mit dem Quadratmeilen-Imperialismus das Fundament für den weltgrößten Binnenmarkt gelegt zu haben, sah sich getäuscht. Englands Bedeutung für die Weltwirtschaft schrumpfte. Deutschlands Anteil an der weltweiten Industrieproduktion hatte bereits 1913 den der Engländer überholt.
Das Deutsche Reich war allein schon aufgrund seiner Einwohnerzahl ein großer Brocken, der jährlich schwerer wog. Aus den 40 Millionen Deutschen des Jahres 1870 waren vor Kriegsbeginn 65 Millionen geworden. In Europa lebten nur in Rußland mehr Menschen.
Durch seine Mittellage war das Reich politisch zwar im Zentrum aller Konflikte, aber der Handel profitierte. Die deutsche Industrieleistung schoß empor, überragte bald die Nachbarstaaten. Aus den deutschen Hochöfen floß in den Jahren vor Kriegsbeginn mehr Rohstahl, als Franzosen, Russen und Engländer gemeinsam produzierten. Auch die neu entstandene chemische Industrie war ein Glanzstück. Mit Firmen wie Bayer, BASF und Hoechst produzierte sie damals rund 90 Prozent der industriellen Farbstoffe der Welt. ...<<
Wolfgang Müller berichtete später über das "Goldene Zeitalter" Deutschen Kaiserreiches (x1.035/…): >>**Deutschlands großer Sprung nach vorn**
Das vergessene Goldene Zeitalter: Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur im Deutschen Kaiserreich
Im Kaiserreich unter Wilhelm II. erlebte Deutschland eine Glanzzeit; sie endete erst 1914 jäh mit Beginn des Ersten Weltkrieges. Bis dahin gab es bahnbrechende Erfolge in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur - und Deutschland wurde zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der

Welt. Heute verbinden wir mit diesem sprichwörtlich Goldenen Zeitalter in erster Linie Militarismus und Untertanengeist - ein leichtfertiges und grotesk eindimensionales Urteil, wie die folgenden Fakten zeigen.

Wirtschaft

Die wilhelminische Gesellschaftsordnung bot neben einem hohen Maß an politischer Freiheit auch einen Rahmen, in dem sich die gesamte wirtschaftliche Freiheit voll entfalten konnte. Milton Friedmans (Ökonom und Nobelpreisträger, 1912-2006) Diktum, wonach sich politische und wirtschaftliche Macht in einer solchen Ordnung trennen und sich gegenseitig neutralisieren, trifft auf das damalige Wirtschaftssystem durchaus zu.

Hohenzollern-Deutschland war als konstitutionelle Monarchie ein Rechtsstaat, in dem Wirtschaft und Bildung eine bis dahin unerreichte Blütezeit erlebten.

Nüchterne volkswirtschaftliche Kennziffern - auch im internationalen Vergleich - sprechen eine deutliche Sprache:

Die durchschnittliche deutsche Arbeitslosenquote zwischen 1871 und 1914 betrug lediglich 1-2 % (zum Vgl.: Großbritannien: 5-10 %, Frankreich: 6-10 %). Das durchschnittliche Wachstum der Wirtschaft zwischen 1896 und 1913 lag bei 3,4 % jährlich.

Die Preise verhielten sich, bedingt durch den Goldstandard (offiziell seit 1.6.1909, in praxi schon seit 1875/76) und die geringe Staatsverschuldung, stabil, was sich auch anhand der Preissteigerungsrate ablesen läßt: Die jährliche Inflation zwischen 1871 und 1914 betrug gerade einmal 0,48 %.

Einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, die weitgehend freien Wettbewerb, Rechtssicherheit, Privateigentum und Gewerbefreiheit gewährte, stand eine auf Effizienz und Effektivität hin orientierte Staatsverwaltung gegenüber. Auf 65 Millionen Einwohner im Deutschen Reich kamen 1891 nur 600.000 Verwaltungs- und Justizbeamte. Die Steuerlast pro Kopf war auch im Vergleich zu der Großbritanniens oder Frankreichs niedrig; der Staat hielt sich mit Eingriffen in die Wirtschaft eher zurück, so betrug die Staatsquote im Kaiserreich lediglich 14 % (heute 45 %).

Die Quote der Selbständigen war enorm hoch, die Unternehmen verfügten im Durchschnitt betrachtet über eine gute Eigenkapitaldecke. Der Grad der außenwirtschaftlichen Verflechtung in Europa erreichte eine Intensität, die erst wieder in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts erreicht wurde. Dies betrifft auch Schlüsselbranchen wie die Montanindustrie.

Dabei ist zu ergänzen, daß das damalige Deutschland mit gewaltigen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen fertig werden mußte. Der rasante Übergang von einem Agrarstaat zu einem Industriestaat, das stetige Bevölkerungswachstum (1871: 40 Millionen Einwohner, 1914: ca. 68 Millionen Einwohner in Deutschland) sowie die zunehmende Internationalisierung des Warenverkehrs stehen stellvertretend für den epochalen Modernisierungsschub des Kaiserreichs:

"Während die Landwirtschaft ein Sorgenkind des Kaiserreichs blieb, setzte in den (1880er Jahren ein enormes Wachstum der Industrie ein. Das galt nicht nur für die Schwerindustrie, sondern vor allem für neue Industriezweige. So wurde die Elektroindustrie durch bahnbrechende Erfindungen, wie des Elektromotors und der Glühlampe, beflügelt. Alles in den Schatten stellte die chemische Industrie. Das von Bayer produzierte Schmerzmittel Aspirin wurde zum globalen Verkaufsschlager. Zu Beginn der 80er Jahre verfügte die chemische Industrie Deutschlands auf dem Weltmarkt über einen Anteil von fünfzig Prozent, der bis zur Jahrhundertwende auf neunzig Prozent gesteigert werden konnte.

Einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung leistete das Bankensystem. Zu der Vielzahl kleiner und kleinster Privatbanken kamen seit Beginn der (1870er Aktienbanken, die sich zu Großbanken entwickelten. Sie versorgten in dem kapitalarmen Deutschland die Industrie mit den nötigen Krediten. ... So schrumpfte der Abstand zur ersten Wirtschafts- und

Handelsmacht England rapide. Bis 1914 hatte Deutschland den britischen Konkurrenten fast eingeholt und in zukunftsträchtigen Industrien weit hinter sich gelassen."
(Ralf Georg Reuth: Deutschlands vergessene Blütejahre. In: Welt am Sonntag, 15.01.2006)
Die wirtschaftliche Prosperität des Kaiserreichs war kein auf die Oberklasse beschränktes Phänomen. Schon dem jungen Kaiser Wilhelm II. lag viel daran, gerade auch die Arbeiter als "Vierten Stand" in das neue Deutschland zu integrieren.
Der Monarch verfolgte vor allem in den ersten Jahren nach seinem Herrschaftsantritt den Kurs eines sozialen "Volkskaisertums", das eine Ausbeutung der unteren Schichten durch die Industrie eindämmen sollte, was - trotz mancher Inkonsequenz seitens der Regierung und bleibender gesellschaftlicher Spannungen - gelang.
Golo Mann beschreibt die damalige Situation so: "Die wirtschaftliche Blüte kam, solange sie dauerte, den breiten Volksmassen zugute. Bewundernswertes in der Förderung des Gesunden und Schönen leistete die Selbstverwaltung der Kommunen. Von weither kamen die Fremden, die in der geistreichen Arbeitswelt Berlins, in der behaglich freieren, gastlichen Atmosphäre Münchens oder Dresdens zu leben wünschten. Auf die Errungenschaften des liberalen Zeitgeistes war Verlaß. Mochte das Beamtentum rauhbeinig sein, es kannte seine Pflichten und die Rechte der Bürger. … Das Deutsche Reich war damals ein in seiner Wirklichkeit ungeheuer starker, konzentrierter, von dem Motor einer machtvollen Industrie vorwärtsgetriebener Nationalstaat."
(Golo Mann: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt 2004, S. 499)
Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte des Kaiserreichs schuf breiten Wohlstand. Dieses - in der Retrospektive - "goldene Zeitalter" fand erst mit der Katastrophe des Ersten Weltkrieges ein jähes, aber keineswegs zwangsläufiges Ende.
Der Brite Niall Ferguson meint: "Ganz sicher kann man heute nicht mehr die Ansicht vertreten (wie es Marxisten lange getan haben), der Erste Weltkrieg sei die Folge einer Krise des Kapitalismus gewesen, denn er beendete im Gegenteil eine Periode außergewöhnlicher globaler Wirtschaftsintegration, mit relativ starkem Wachstum und niedriger Inflation."
(Niall Ferguson: Krieg der Welt. Berlin 2006, S. 15)

Rechtsordnung

Am 1.1.1900 trat das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) in Kraft, die erste einheitliche Grundlage für eine reichsweite Zivilrechtssprechung. Es regelte die Rechtsverhältnisse "natürlicher" und "juristischer" Personen untereinander.
Der Kaiser gab selbst wichtige Anregungen für dieses Werk und schaltete sich des öfteren in den Erstellungsprozeß ein.
Dank der begrifflichen Präzision und des systematischen Aufbaus in einem dennoch überschaubaren Rahmen, der eine flexible fallbezogene Handhabung durch den Richter ermöglichte, wurde es weltweit zum Vorbild. Selbst heute basieren wesentliche Teile des BGB auf dem Fundament aus der Kaiserzeit.

Bildung und Wissenschaft

Eine entscheidende Ursache dieses "ersten deutschen Wirtschaftswunders" (Ehrhardt Bödekker) lag in dem modernen und leistungsfähigen Bildungswesen der wilhelminischen Epoche. Das dreistufige Bildungssystem (Volksschule, Realschule, Universität) erwies sich als zeitgemäß und effizient, da es nicht nur gesellschaftlichen Eliten zugute kam, sondern in der Breite wirkte und damit den immensen Bedarf einer jungen dynamischen Wirtschaftsmacht an gutausgebildeten Menschen erfüllen konnte.
Die deutsche Analphabetenquote betrug um die Jahrhundertwende weniger als 1 % (Frankreich: 10 %, USA: 12 %, England 9,6 %). Entscheidende Weichenstellungen für die Schulpolitik waren die beiden Schulkonferenzen von 1890 und 1900, die beide auf Initiative des Kaisers zustande kamen und seine modernen Ideen in der Lehrplangestaltung berücksichtigten.

Besonders die Universitäten des Kaiserreichs gehörten zu den modernsten wissenschaftlichen Einrichtungen der damaligen Welt. Von 1901 (erstmalige Verleihung des Nobelpreises) bis 1918 ging mehr als ein Drittel (insgesamt 21!) aller Nobelpreise für wissenschaftliche Arbeiten an Forscher aus dem deutschen Kaiserreich.
Berlin galt als Weltzentrum der Physik. Max Planck holte 1914 Albert Einstein an die Preußische Akademie der Wissenschaften in Berlin, wo er 1915 die allgemeine Relativitätstheorie veröffentlichte. Auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, vor allem in der Grundlagenforschung, hatten deutsche Forscher alle anderen Länder überflügelt.
Namen wie Emil Behring und Paul Ehrlich (Medizin), Max Planck und Albert Einstein (Physik) oder Otto Hahn (Chemie) stehen stellvertretend für eine "Nation im Rausch der Erkenntnis". Studienaufenthalte in Deutschland waren international begehrt - in manchen naturwissenschaftlichen Fächern waren bis zu 30 % der Studenten aus dem Ausland. Besonders intensiv war der Wissensaustausch mit den USA, wo Forschung und Lehre sowie die Organisationsstruktur deutscher Hochschulen zum Vorbild genommen wurden. Deutsch galt als weltweite Wissenschaftssprache.
Die Grundlage dieser Erfolge waren in erster Linie die hervorragenden institutionellen Rahmenbedingungen sowie die bahnbrechende Aufbauarbeit des "Bismarck des Hochschulwesens", Ministerialdirektor Friedrich Theodor Althoff. Er konnte sich während seines jahrzehntelangen Wirkens (1882-1907) stets größter Sympathie und Rückhalts bei Wilhelm II. sicher sein. Der wissenschaftsbegeisterte Kaiser hatte zweifellos die Zeichen der Zeit erkannt und forderte von Anfang ein praxisnahes und zeitgemäßes Bildungswesen:
"Wir stehen an der Schwelle der Entfaltung neuer Kräfte. Das neue Jahrhundert wird bestimmt durch die Wissenschaft, inbegriffen die Technik, und nicht wie das vorige durch die Philosophie. Dem müssen wir entsprechen."
Dem zielgerichteten wissenschaftspolitischen Engagement Wilhelms II. folgte die Durchsetzung des Universitäts-Charakters der technischen Hochschulen (TH Danzig, TH München, TH Breslau, etc.), die 1899 das Promotionsrecht und eine Rektoratsverfassung erhielten. Damit waren sie den klassischen Universitäten gleichgestellt.
Das "System Althoff" beruhte auf gezielter Auswahl und Förderung von wissenschaftlichen Talenten, der geschickten Bündelung unterschiedlichster Interessen (Industrie, Professoren, Staat) und der Unterstützung durch den Monarchen. Die Anstrengungen Althoffs finden ihren Höhepunkt in der Gründung der "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften" (KWG, Sitz in Berlin-Dahlem) im Jahre 1911, zwei Jahre nach Althoffs Tod. Genau drei Monate vorher hatte Kaiser Wilhelm II. aufgerufen, unter kaiserlichem "Protektorat und Namen eine Gesellschaft zu gründen, die sich die Errichtung und Erhaltung von Forschungsinstituten zur Aufgabe stellt".
Diese Institution beruht auf dem - damals revolutionären - Ansatz einer Forschungsvereinigung, die größtenteils durch privates Mäzenatentum aus der Industrie mit teilweiser Unterstützung des Staates finanziert wird: eine Forschungseinrichtung völlig neuen Zuschnitts, die keine Verpflichtung zur Lehre kennt und außerhalb der Universitäten spezialisierte, meist um eine Koryphäe ihres Faches gebaute, Institute umfaßt (z.B. Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie, Leitung: Otto Hahn, Doyen der deutschen Kernphysik. Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik, Leitung ab 1917: Albert Einstein).
Gemeinsames Ziel dieses "deutschen Oxfords" war es, der heimischen Wissenschaft eine Spitzenposition in der Welt zu verschaffen.
Erster Präsident der KWG war der Theologe Adolf von Harnack, ebenfalls ein Vertrauter des Kaisers (ihm folgte 1930 Max Planck).

1946 wurde die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aufgelöst und zwei Jahre später unter dem Namen "Max-Planck-Gesellschaft" wiedergegründet. Aus keiner anderen Institution gingen bis heute mehr Nobelpreisträger hervor.
Die Verbreitung der technischen Wissenschaften galt dem Kaiser als "vornehmste landesherrliche Pflicht". Der Monarch agierte als Brücke zwischen den traditionellen Elementen des Reiches (Heer, Beamtentum, Altpreußen, Junkeradel) und den wissenschaftlichen-technischen Neuerungen der Zeit. Es gelang - trotz der ihm oft zugeschriebenen Unstetigkeit und Oberflächlichkeit - eine insgesamt fruchtbare Symbiose von Alt und Neu.
Der Kaiser verfügte über "ein durchaus profiliertes und für sich stehendes bildungs-, hochschul- und wissenschaftspolitisches Engagement, dessen Spannweite und Intensität von keinem anderen zeitgenössischen Monarchen gehalten wurde. Auf diesem Gebiet waren die kaiserlichen Impulse effektiv, produktiv und teilweise außerordentlich innovativ".
(Frank-Lothar Kroll: Preußens Herrscher. München 2000, S. 303)

Weltweite Aktivitäten

Bisweilen erreichten diese Impulse sogar die Grenzen der damals bekannten Welt: In den Jahren 1901-1903 finanzierte der Kaiser die erste deutsche Südpolexpedition unter der Leitung des Geographen Dagobert von Drygalski mit 1,2 Millionen Goldmark. Das dabei erkundete arktische Territorium (Februar 1902) wurde konsequenterweise "Kaiser-Wilhelm-II.-Land" genannt, (87° 3' Ost und 91° 54' West), heute ist es Teil des australischen Antarktis-Gebietes. Eine zweite deutsche Expedition (1911/1912), die die Durchquerung des "weißen Kontinents" zum Ziel hatte, scheiterte.

Deutsch-amerikanische Seeverbindung

Generell war die deutsche Präsenz auf den Weltmeeren in der wilhelminischen Epoche von überragender Bedeutung: Nicht nur eine starke Flotte, sondern gerade auch die weltweite Handelsschiffahrt waren Voraussetzung für "Weltgeltung" des Landes.
Regelmäßig abgehende Dampfschiffe verbanden die deutschen Häfen mit den entlegensten Ecken der Welt und wurden neben Eisenbahntraßen und Telefonleitungen zu den Lebensadern einer bemerkenswerten internationalen Arbeitsteilung.
"Das Interesse des Kaisers galt vor allem der Passagierschiffahrt. Hier verlief die Entwicklung besonders dynamisch und wurden die größten Schiffe überhaupt gebaut. Während der Regierungszeit Wilhelms II. wuchsen die größten Passagierschiffe von etwa 10.000 auf 50.000 Tonnen.
Die beiden großen deutschen Reedereien, der Norddeutsche Lloyd (NDL) in Bremen und die Hamburg-Amerikanische Pacetfahrt-Actiengesellschaft (HAPAG) in Hamburg, gehörten zu den weltweit größten Schiffahrtsunternehmen. Als der amerikanische Bankier J. P. Morgan nach der Jahrhundertwende mit seinen Plänen für einen großen Schiffahrtskonzern deren Selbständigkeit zu bedrohen schien, rief dies den Kaiser auf den Plan, der auf ein von ausländischen Einflüssen unabhängiges Reedereigeschäft Wert legte." (Wolfgang König: Wilhelm II. und die Moderne. Paderborn 2007, S. 45)
Einer, der die Zeichen der Zeit erkannte und eindrucksvoll nutzte, war der jüdische Hamburger Reeder und dynamische Vorzeige-Unternehmer par excellence Albert Ballin (1855-1918), der - aus einfachen Verhältnissen kommend - aus der HAPAG die größte Reederei der Welt machte. Ballin war wie andere Wirtschaftsführer (Friedrich Albert Krupp, Emil Rathenau) und Ingenieure (Funktechniker Adolf Slbay, Maschinenbauer Alois Riedler, Wasserbauer Otto Intze und Photochemiker Adolf Miethe) einer der engsten Vertrauten aus dem technisch-industriellen Umfeld des Kaisers.

Kultur und Gesellschaft: Nur ein "Untertanenstaat"?

Plakative Schlagworte sind der Treibstoff allen Geschichte-Erzählens. Jedoch ist es ganz hilfreich, zuweilen die Fakten in Augenschein zu nehmen, um das eine oder andere tradierte Ur-

teil einem "Praxistest" zu unterziehen. Kaum ein Vorurteil hielt sich so lange wie die "Sage von der illiberalen und repressiven Gesellschaft im deutschen Kaiserreich" (Tilman Krause: Unter Wilhelm Zwo war es gar nicht so. In: Die Welt, 27.05.2006).
Denn unvoreingenommene Historiker gestehen der wilhelminischen Epoche durchaus eine "zeittypische Modernität" zu.
So pflegte das Kaiserreich einen - für damalige Verhältnisse - großzügigen Umgang mit Minderheiten. Der renommierte britische Historiker Niall Ferguson kommt in seinem neuesten Werk zu dem Urteil: "In der Tat litten die Juden im Kaiserreich unter keinerlei gesetzlicher Diskriminierung, und der Zugang zu Bildung und Berufsleben stand ihnen mindestens so weit offen wie anderswo in Europa." (Niall Ferguson: Krieg der Welt. Berlin 2006, S. 147).
Die führenden Verleger der Zeit waren jüdischer Herkunft: Mosse, Ullstein, Singer, Sommermann, Fischer.
Die Medienlandschaft des Kaiserreichs war von außergewöhnlicher Pluralität geprägt:
Um 1900 erschienen in Deutschland 1.200 Zeitungen, Magazine und Zeitschriften, darunter über 100 Tageszeitungen, 65 mit klar politischer Ausrichtung. Selbst während des Ersten Weltkrieges konnte beispielsweise die englische "Times" in Berlin von jedermann gekauft werden.
Auch wenn der Kaiser selbst mit der modernen Kunst wenig anzufangen wußte (sie war ihm zu destruktiv), so konnte sich dennoch eine moderne Kunstszene ganz offen etablieren: Die Berliner Secession um Max Liebermann, die ab 1905 eine Ausstellungshalle mitten am Kurfürstendamm bezog, zeigte Kunstwerke von Käthe Kollwitz, Max Beckmann, Paul Klee, Wassily Kandinsky und Pablo Picasso und machte Berlin zur modernen Kunstmetropole.

Fazit

Das Kaiserreich kann nicht pauschal auf einen "Untertanen- und Militärstaat" reduziert werden. Die 30jährige Regierungszeit des letzten Deutschen Kaisers bedarf eines differenzierteren Urteils.
David Fromkin, Geschichtsprofessor an der Boston University, schrieb: "Ein Porträt von dem Deutschland vor gut 100 Jahren wäre nicht vollständig, wenn man nicht seine hervorragende kulturelle und wissenschaftliche Stellung erwähnen würde. 'Einsteins Deutschland', wie Fritz Stern es genannt hat, war bereit, die Welt in der Lehre und in den Wissenschaften anzuführen. Es brachte großartige Werke der Literatur und der Musik hervor.
Deutsch war die Sprache der Wissenschaft. Wer sich Hoffnungen auf eine Karriere in der Philologie machte, in der Philosophie, der Soziologie oder den Naturwissenschaften, war gut beraten, eine deutsche Universität zu besuchen. Die Deutschen waren das wohl kultivierteste Volk auf der Welt." (David Fromkin: Europas letzter Sommer. München 2005, S. 85f.)
Selbst John C. G. Röhl, der schärfste Kritiker Wilhelms II. der letzten 30 Jahre, stellte fest: "Dieses Kaiserreich war damals der erfolgreichste Staat der Welt: wirtschaftlich, wissenschaftlich, kulturell, auch in sozialreformerischer Sicht." (Süddeutsche Zeitung, 4.6.2011)
Und der große jüdische Preußen-Kenner H. J. Schoeps kam vor über 30 Jahren zu dem Schluß:
"Bei einer historisch gerechten Würdigung des Kaisers, nach dem das Zeitalter seinen Namen hat, muß man eines wohl an die Spitze stellen: Ohne den Ausbruch der Weltkatastrophe von 1914, für die er nichts kann, würde das Urteil über seine Regierungszeit zweifellos günstiger ausfallen." (Hans-Joachim Schoeps in Otto-Ernst Schüddekopf (Hrsg.): Herrliche Kaiserzeit. Berlin 1973, S. 13)
"Als 1871 in Versailles das neue Deutsche Reich gegründet worden war, hatten die Schweizer eher skeptisch darauf reagiert. Preußen, die Führungsmacht, hatte keinen guten Ruf - die Republikaner verabscheuten das undemokratische Königreich.

Doch seither hatte Deutschland einen sagenhaften Aufschwung erlebt. Neben den USA war es bis vor dem Ersten Weltkrieg das dynamischste und modernste Land der Welt geworden: Seine Wirtschaft brummte, bald überholte sie die britische, vor allem die deutsche Wissenschaft genoß Weltruhm. Damals kamen die amerikanischen Studenten nach Deutschland, um zu studieren, nicht umgekehrt. Harvard kopierte die deutschen Vorbilder: Berlin, Heidelberg, Göttingen, Breslau. Es waren Namen, die klangen wie heute Yale, Stanford oder Princeton.
Niemand wurde in der Schweiz daher mehr bewundert als der deutsche Professor, der deutsche Ingenieur, der deutsche Unternehmer, aber auch der deutsche Offizier." - Markus Somm, Die Weltwoche (Zürich), 18.02.2010, S. 35<<
Der deutsche Journalist und Autor Bruno Bandulet berichtete später über das deutsche Kaiserreich (x1.035/…): >>**Das politische und wirtschaftliche System des Kaiserreichs und der BRD im pointierten Vergleich**
Der Autor vergleicht in diesem Artikel von 2013 das politische und wirtschaftliche System des Kaiserreichs mit dem der Bundesrepublik und räumt pointiert mit der weitverbreiteten Ansicht auf, das Kaiserreich sei gegenüber der Bundesrepublik in allem rückständig und in jeder Hinsicht unterlegen gewesen. Gerade jetzt, zum Centennium (Zeitspanne von 100 Jahren) des Ersten Weltkrieges, dominiert das vorwiegend negative Bild des Kaiserreichs die allgemeine Berichterstattung und bedarf dringend einer Korrektur.
Demnächst in diesem Theater: 1914 und das Kaiserreich
Nur noch kurze Zeit bis 2014, dann werden 100 Jahre seit der Urkatastrophe vergangen sein, in der sich das alte Europa selbst in die Luft sprengte, die dem scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht ein Ende setzte. Dann werden sich Medien, Historiker und Politiker mit mehr oder weniger volkspädagogischem Eifer dem Anlaß zuwenden. Sie werden die Frage der Kriegsschuld wieder aufrollen, über den deutschen "Sonderweg" räsonieren, über das Kaiserreich den Stab brechen und über einen Mangel an Demokratie klagen, zu der die Deutschen erst nach Vollendung ihres langen Weges nach Westen gefunden hätten. Daß wir so lange warten mußten, um im freiesten Staat der deutschen Geschichte zu leben, ist eine zur Staatsräson erhobene Selbstdarstellung der hierzulande herrschenden politischen Klasse.
Woran aber läßt sich Freiheit messen?
Wie schneidet das 1871 gegründete und 1918 untergegangene Kaiserreich ab im Vergleich zu anderen Staaten vor 1914 und im Vergleich zur heutigen Bundesrepublik Deutschland?
Nicht schlecht, alles in allem.
In Großbritannien wurde das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht erst 1918 eingeführt, im Deutschen Reich bereits 1871. Wahlberechtigt waren die Männer ab 25 Jahre, die Frauen - wie anderswo - erst nach 1918. In England und Frankreich wurde bei den Wahlen manipuliert, in Deutschland wurden sie korrekt durchgeführt. Die kommunale Selbstverwaltung im Kaiserreich war weitaus "demokratischer" organisiert als in England, wo sie von der Aristokratie und dem niederen Adel dominiert wurde, deren Stimmen ja auch bei den Parlamentswahlen stärker gewichtet wurden als die des gemeinen Volkes.
Die Spielart der deutschen Demokratie - verfassungsrechtlich eine konstitutionelle Monarchie - war eine andere als heutzutage, mit spezifischen Defiziten und Vorzügen, mit einer echten Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament, mit echtem Föderalismus und jedenfalls ohne das zeitgenössische System der Parteienherrschaft.
Oberstes Reichsorgan war der Bundesrat, in dem die Vertreter der 25 Bundesstaaten saßen. Er mußte ebenso wie der Reichstag allen Gesetzen zustimmen. Die direkten Steuern, so die Steuern auf Einkommen und Grundbesitz, waren ausschließlich Angelegenheit der Länder. Es gab keinen Finanzausgleich, keine Vermengung der Einnahmen, keine Verwischung der Zuständigkeiten.

Der Reichskanzler, der zugleich den Vorsitz im Bundesrat führte, wurde vom Kaiser ernannt. Er war insofern unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen im Parlament. In der Realität war es so, daß bis 1914 kein Reichskanzler gegen den Reichstag regieren könnte, weil er auf die Zustimmung zu den Gesetzen und zum Haushalt angewiesen blieb.

Politik ohne den Griff in die Kassen

Der Berufspolitiker war eine noch seltene Spezies. Am ehesten war er bei den Sozialdemokraten anzutreffen, bei denen die Parteiangestellten einen Großteil der Abgeordneten ausmachten. Es sollte noch lange dauern, bis sich die Parteien den Staat zur Beute machten. Erst ab 1906 bezogen die Reichstagsabgeordneten Diäten, schon ab 1902 konnten sie gratis mit der Bahn nach Berlin fahren, um zu beraten und abzustimmen.

Für die vier oder fünf Sessionen einer Legislaturperiode mußten sie nicht mehr als einen bis vier Monate opfern. So blieb genug Zeit für den Beruf und zu wenig für eine Gesetzgebung am Fließband mit kürzestem Verfallsdatum, zu wenig für das ständige Drehen an der Umverteilungsschraube und für die Düngung eines undurchdringlichen Steuerdschungels. Nie herrschte weniger Leerlauf und mehr gesunder Menschenverstand in einem deutschen Parlament.

Im Jahr 1900 trat das Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft, eine geniale, einmalige Kulturleistung. Unvorstellbar, daß heute der Bundestag und die staatliche Bürokratie noch die sprachliche und intellektuelle Kraft besäßen, ein solches Werk zu produzieren. Übrigens: Ihre Fraktionen mußten die Abgeordneten selbst finanzieren. Fraktionszwang in der heutigen Form herrschte nicht. Im Parlament saßen auch parteifreie Abgeordnete.

Während die Wahlbeteiligung im bundesrepublikanischen System seit Jahren zurückgeht, stieg sie bis zur letzten Reichstagswahl vor dem Krieg 1912 auf 85 Prozent. Der im Berliner Tiergarten seit 1894 ansässige Reichstag - das Gebäude hatte 24 Millionen Mark gekostet - fungierte als Tribüne der Nation, auf der demokratische Öffentlichkeit praktiziert wurde. Die großen Tageszeitungen druckten die wichtigsten Parlamentsreden nach, selbst radikale Auftritte der Linken, selbst zu Zeiten der Sozialistengesetze unter Bismarck.

Sagen zu können, was man denkt, ist gut.

Gehört und nicht totgeschwiegen zu werden, ist besser.

Ein Reichstag der Meinungsvielfalt

Statt Einheitsbrei, fortschreitender Sozialdemokratisierung und Parteienkartell: Meinungsvielfalt und ein Reichstag, der nie Langeweile verbreitete. Im 13. Reichstag von 1912 saßen - wie stets seit 1874 - 397 Abgeordnete, darunter 110 Sozialdemokraten, 45 Nationalliberale und 42 Linksliberale, 57 Konservative, außerdem die 91 Katholiken des Zentrums sowie die Vertreter der polnischen und dänischen Minderheiten.

Ein buntes Meinungs- und Parteienspektrum also mit der kompletten Bandbreite von links nach rechts - mit der konservativen Partei, die in der Zeit nach Bismarck von 25 Prozent der Stimmen bis auf 12,3 Prozent zurückgegangen war, mit liberalen Parteien, die schließlich unter 30 Prozent rutschten und mit Sozialdemokraten, die ihr Gewicht bis auf ein Drittel ausbauen konnten. Bestellt wurde der Reichstag nach dem Mehrheitswahlrecht, was häufige Stichwahlen notwendig machte, wenn im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit verfehlt wurde.

Die Abgeordneten genossen Immunität, waren laut Verfassung an Weisungen nicht gebunden und verstanden sich als Vertreter des gesamten Volkes. Das Wahlrecht förderte ihre Unabhängigkeit von den Parteiführungen. Erst ein späterer Bundestag konnte es wagen, auf Distanz zum Volk zu gehen und im nördlichen Innenhof des für 600 Millionen umgebauten Reichstagsgebäudes eine seltsame Installation der "Bevölkerung" zu widmen.

Ein Staat, der Eigentum respektierte

Wer nationale Selbstbestimmung dem Freiheitsbegriff zuordnet, wird im Deutschen Reich nicht weniger fündig. Die Gesetze wurden von gewählten Abgeordneten verabschiedet, nicht

von einer anonymen Kommission in Brüssel initiiert, von einem Rat europäischer Regierungen beschlossen und schließlich vom deutschen Parlament gehorsam abgenickt. Die Vorstellung, daß jeder selbst für seine Finanzen verantwortlich ist, war im zwischenstaatlichen Verkehr ebenso selbstverständlich wie zwischen Regierung und Bürgern im Reich.
Daß Banknoten jederzeit in Gold eintauschbar waren, garantierte die Reichsbank, die in nationaler Verantwortung ihren Geschäften nachging - auch dies ein wesentliches Souveränitätsmerkmal. Mit Anleihen konnte wertsteigernd gespart werden. Von 1875 bis 1913 stiegen die Preise um nicht mehr als 0,375 % im Jahr bei positiven Realzinsen.
Gemessen an den Eigentumsrechten, der Grundvoraussetzung einer florierenden Wirtschaft, war das Kaiserreich ohne Zweifel der freieste Staat der deutschen Geschichte. Der Staat sorgte für Recht und Ordnung, setzte die Rahmenbedingungen und überließ es den Bürgern, ihr Leben in Selbstverwaltung frei zu gestalten. Die Belastung pro Kopf in Form von direkten und indirekten Steuern belief sich 1913 in Deutschland auf 54,62 Mark, erheblich weniger als in Frankreich oder England. Von Januar bis Juli für den Fiskus arbeiten zu müssen und erst danach auf eigene Rechnung, wäre den Untertanen des Kaisers als absurd erschienen.
Am Vorabend des Ersten Weltkrieges griff das Reich gerade einmal auf 14 Prozent des Volkseinkommens zu und sorgte dafür für die besten Universitäten der Welt, das fortschrittlichste Schulsystem, eine beispiellos niedrige Analphabetenquote von 0,9 Prozent und eine schlanke, korruptionsfreie und hocheffiziente Verwaltung, die "beste der Welt", um den Sozialdemokraten Otto Braun, den letzten preußischen Ministerpräsidenten, zu zitieren. (Mehr Zahlen und Fakten bei Ehrhardt Bödecker: Preußen und die Wurzeln des Erfolgs, München 2004.) Mit der nach Rußland jüngsten Bevölkerung Europas sahen die Deutschen stolz, optimistisch und fortschrittsgläubig in die Zukunft.
Das Kaiserreich - nicht in allem, aber in vielem vorbildlich - überlebte länger, als Weimar, das NS-Regime und die Adenauer-Zeit zusammengenommen dauerten. Daß und warum es im Sommer 1914 in einen Krieg schlitterte, der sich mit dem Eintritt der USA 1917 zur europäischen Tragödie auswuchs, ist eine andere Geschichte.
Dieser Artikel erschien ursprünglich in der Kolumne "DeutschlandBrief" des Magazins "eigentümlich frei", September 2013, Nr. 136. …<<
Der deutsche Historiker Peter März berichtete später über die "Erfolgsbilanz des Kaiserreiches" (x312/184-188): >>Was das Kaiserreich bis heute zu einem Unikat in der deutschen Geschichte macht, ist der permanente Zuwachs in allen meßbaren sozialen, ökonomischen und wissenschaftlichen Bereichen. ...
Von 1870 bis 1913 verdoppelt die deutsche Landwirtschaft ihre Wertschöpfung, der Bergbau hingegen erzielt eine Verachtfachung, Industrie und Handwerk mehr als eine Verfünffachung. Deutschland wird zum Industrieland, die Landwirtschaft tritt zurück, zunächst nach ihrem Anteil an der Wertschöpfung, dann auch nach der Zahl der in ihr Beschäftigten.
Die Industrialisierung hat zugleich eine wohltuende Konsequenz für die deutsche Gesellschaft: Etwa mit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts kommt die bis dahin massenhafte Auswanderung, vor allem in die USA, zum Erliegen. Die Agrarier zetern zwar über die Industrialisierung des Landes, von der sie nicht zu Unrecht eine Schwächung ihrer gesellschaftspolitischen Basis und ein Erstarken der Sozialdemokratie befürchten. ...
Vor dem Ersten Weltkrieg wird das boomende Deutsche Reich sogar schon zum Einwandererland: Insbesondere italienische Arbeitskräfte – die Begriffe "Gastarbeiter" und "Migranten" ahnt damals noch niemand – arbeiten vor allem auf den großen Baustellen, etwa beim Kraftwerksbau, insgesamt bereits mehr als eine Million Menschen.
Nach dem Beginn des 20. Jahrhunderts überholt Deutschland das Mutterland der industriellen Revolution, Großbritannien. Die deutsche Produktion an Eisen und Stahl liegt 1913 bei 17,6 Millionen Tonnen; das ist mehr als das Doppelte der britischen, rund das Vierfache der fran-

zösischen wie der russischen Produktion. Fast alle einschlägigen Statistiken für die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg sehen in der Weltwirtschaft die USA auf Platz eins, Deutschland auf Platz zwei, Großbritannien auf Platz drei.
So liegt der deutsche Anteil am Maschinenbau weltweit bei 20,7 Prozent, der britische bei 11,8 Prozent, der US-amerikanische allerdings bei 50 Prozent. Noch stärker aber ist das deutsche Gewicht in jenen Branchen, die man die neuen "Leitsektoren" der Zeit genannt hat, also die Trendsetter der zweiten industriellen Revolution, nach der Schwerindustrie, nach Kohle und Stahl, Eisenverhüttung und Eisenbahnbau. Neben dem Maschinenbau geht es hier um die Elektrizität und um die Chemie.
In der Elektroindustrie hat Deutschland 1913 einen Anteil an der Weltproduktion von 34,9 Prozent, vor den USA mit 28,9 Prozent und Großbritannien mit 16,0 Prozent. ...
Keine Entwicklung vollzieht sich unlimitiert. Und doch wird man sagen können, daß das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg auf einer Überholspur war und ein Ende dieses Aufstieges noch nicht abgesehen werden konnte. Es waren vor allem die politischen Zäsuren, die Weltkriege und die ideologischen Verirrungen, die diesem aufstrebenden Weg ein Ende setzten.<<

Die Weltmachtpolitik der Großmächte
Ab 1889 finanzierte Frankreich mit sog. "Revancheanleihen" die westrussischen Aufmarschbahnen gegen das Deutsche Reich (x142/346).
Die größten Kolonialbesitzer im Jahre 1890 waren (x056/284): >>1. Großbritannien (32,7 Millionen qkm Fläche), 2. Rußland (17,3 Millionen qkm Fläche), 3. Frankreich (11,0 Millionen qkm Fläche), 4. Deutsches Reich (2,6 Millionen qkm Fläche), 5. Portugal (2,1 Millionen qkm Fläche), 6. Niederlande (2,0 Millionen qkm Fläche) und 7. Nordamerika (1,9 Millionen qkm Fläche).<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Erfolge des britischen Imperialismus (x281/37): >>Am Vorabend des Ersten Weltkrieges beherrschte das Britisch Empire rund 20 Prozent der bewohnten Erdoberfläche und der Weltbevölkerung. Jeder Engländer hatte damit statistisch über acht Menschen das Sagen, auf jeden Quadratkilometer des Heimatbodens kamen 100 Quadratkilometer fremden Territoriums.
Frankreich die zweitgrößte Kolonialmacht der damaligen Zeit, konnte da nicht mithalten. Jedem Franzosen stand gerade mal ein Untertan gegenüber. Ein Quadratkilometer französischen Bodens wurde durch 18 Quadratkilometer andernorts ergänzt. ...<<
Frankreich und Rußland schlossen Ende 1893 einen französisch-russischen Zweibund. Dieses Militärbündnis sollte in erster Linie ein Gegengewicht zum Dreibund - Deutschland, Österreich und Italien - bilden.
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über das französisch-russische Militärbündnis (x307/172-173): >>Die Wurzeln des französisch-russischen Bündnisses sind in jener Situation zu suchen, die in Europa nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1870 entstanden war. Jahrhundertelang war das deutschsprachige Zentrum Europas zersplittert und schwach gewesen; auf einmal war es vereint und stark. Seit dem Krieg von 1870 gestaltete sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich außerordentlich schwierig.
Schon das Ausmaß des deutschen Sieges über Frankreich - ein Sieg, den die wenigsten Zeitgenossen erwartet hatten - hatte die französische Oberschicht traumatisiert, und eine Krise ausgelöst, die weit in die französische Kultur hineinreichte; die Annexion Elsaß-Lothringens aber, für die sich das Militär vehement ausgesprochen und der deutsche Kanzler Otto von Bismarck widerwillig akzeptiert hatte, belastete die französisch-deutschen Beziehungen nachhaltig. Elsaß-Lothringen entwickelte sich zum Heiligen Gral des französischen Revanchekultes, der zum Brennpunkt aufeinanderfolgender Wellen der chauvinistischen Agitation wurde.

Die verlorenen Provinzen waren niemals die einzige treibende Kraft hinter der französischen Politik.
Aber immer wieder heizten sie die öffentliche Meinung auf und übten ständig Druck auf die Entscheidungsträger in Paris aus. Auch ohne die Annexion hätte jedoch schon allein die Existenz des neuen Deutschen Reiches die Beziehung zu Frankreich verändert, dessen Sicherheit traditionell durch die Zersplitterung des deutschsprachigen Europas garantiert worden war.
Nach 1871 mußte Frankreich notgedrungen nach jeder sich bietenden Chance Ausschau halten, die neue, Angst einflößende Macht an der östlichen Grenze einzudämmen. Eine dauerhafte Feindseligkeit zwischen Frankreich und Deutschland war folglich bis zu einem gewissen Grad in dem europäischen Staatensystem vorprogrammiert. Die welthistorische Bedeutung dieser Entwicklung kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Die Beziehungen unter den europäischen Staaten sollten künftig von einer neuen, bislang unbekannten Dynamik erfaßt werden.
In Anbetracht der Größe und des militärischen Potentials des neuen Deutschen Reiches lautete das Hauptziel der französischen Außenpolitik zwangsläufig die Eindämmung Deutschlands durch die Bildung eines antideutschen Bündnisses. Der attraktivste Partner für eine derartige Partnerschaft war, trotz des völlig andersartigen politischen Systems, Rußland. …
Falls es soweit kommen sollte, sähe sich Deutschland der Gefahr eines potentiell feindlichen Bündnisses an zwei separaten Fronten gegenüber.<<
Der deutsche Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bernhard Fürst von Bülow, erläuterte am 6. Dezember 1897 in einer Rede vor dem Reichstag die Machtansprüche des Deutschen Reiches (x056/308, x073/28): >>Die Zeiten, wo Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin wohnt, diese Zeiten sind vorüber. ...<<
>>... Wir müssen verlangen, daß der deutsche Missionar und der deutsche Unternehmer, die deutschen Waren, die deutsche Flagge und das deutsche Schiff in China geradeso geachtet werden wie diejenigen anderer Mächte. ... Wir sind endlich gern bereit, in Ostasien den Interessen anderer Großmächte Rechnung zu tragen, in der sicheren Voraussicht, daß unsere eigenen Interessen gleichfalls die ihnen gebührende Würdigung finden.
Mit einem Wort: Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.<<
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die damalige Weltpolitik des Deutschen Reiches (x307/207-208): >>... Die konkreten Errungenschaften der Weltpolitik nach 1897 fielen entsprechend bescheiden aus, insbesondere gemessen an den Eroberungen der Vereinigten Staaten:
Während sich Deutschland die Marianen und die Karolineninseln, einen Teil Samoas und den kleinen Brückenkopf Kiautschou an der chinesischen Küste sicherte, führten die Vereinigten Staaten gegen Spanien einen Krieg um Kuba und verleibten sich in dessen Verlauf 1898 die Philippinen, Puerto Rico und Guam ein; sie erklärten im selben Jahr Hawaii offiziell zu ihrem Besitz und führten auf den Philippinen einen häßlichen Kolonialkrieg (1899-1902), der zwischen 500.000 und 750.000 Filipinos das Leben kostete.
Ferner erwarben sie 1899 einen Teil der Samoa-Inseln und bauten anschließend einen Kanal durch die mittelamerikanische Landenge, unter dem Schutz einer Kanalzone unter eigener Verwaltung, die, wie der Außenminister ausdrücklich betonte, auf dem Kontinent Südamerika "de facto souverän" sei.<<
Nach Erschließung des Kontinents strebte die neue Großmacht USA ab 1897 die systematische Ausweitung ihres politischen und wirtschaftlichen Machtbereiches an (x233/121): >>... Ob wir wollen oder nicht, die Amerikaner müssen jetzt nach außen zu schauen beginnen.
Die wachsende Produktion des Landes fordert es. Die Stimmung der Öffentlichkeit fordert es

in steigendem Maß. Die Lage der USA zwischen 2 alten Welten und 2 großen Ozeanen erhebt denselben Anspruch. ...<<
Nach dem ungeklärten Untergang des US-Schlachtschiffes Maine im Hafen von Havanna traten die Vereinigten Staaten von Amerika im April 1898 in den Krieg gegen Spanien ein.
Der Krieg gegen die Militärmacht USA führte im Jahre 1898 schließlich zur militärischen Niederlage Spaniens. Nach der Vernichtung der spanischen Flotte mußten die Philippinen, Puerto Rico und Guam an die Vereinigten Staaten von Amerika abgetreten werden. Kuba wurde zum Schutzgebiet erklärt und bis 1909 von US-Gouverneuren verwaltet. Der spanisch-amerikanische Krieg wurde durch den Frieden von Paris beendet.
Der Krieg mit den USA liquidierte schließlich die spanische Kolonialmacht und führte zur vollständigen Auflösung des spanischen Reiches in Übersee. Die verlorenen Kolonien und die Niederlage im spanisch-amerikanischen Krieg verletzten nicht nur den ausgeprägten Nationalstolz der Spanier, sondern sie belasteten auch nachhaltig die spanische Innenpolitik. Die Spannungen innerhalb der spanischen Bevölkerung verschärften sich und das Ansehen der Regierung ging weitgehend verloren.
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die "neuen Imperialisten" USA und Deutsches Reich (x281/16-17): >>Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts meldeten sich auch jene unmißverständlich zu Wort, die sich bisher eher zurückgehalten hatten, Amerikaner und Deutsche. Beide Nationen wollten mitreden, wenn es um die Neuaufteilung der Erdkugel ging.
Die USA, so ihr damaliger Präsident Theodor Roosevelt, müßten "mit sanfter Stimme sprechen, aber einen dicken Knüppel in der Hand halten". Der dicke Knüppel war die eigene Seestreitmacht, deren Aufbau er zügig vorantrieb.
Der deutsche Kaiser Wilhelm II. war bald weit über die Grenzen seines Reiches hinaus bekannt als Freund einer Sprache, in der Größenwahn und die Geringschätzung seiner Zeitgenossen unverstellt zum Ausdruck kamen. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete über das deutsch-britische Verhältnis im Jahre 1898 (x283/193-194): >>... Die Konkurrenz verschärfte sich. England fühlte sich seit 1898 vom deutschen Flottenbau akut bedroht. Das gilt nicht zuletzt für die rasch expandierende zivile deutsche Seefahrt, die den Briten Handelsrouten abnahm, ja ihnen den Rang abzulaufen drohte.
Hätte Berlin hier eingreifen sollen? Welche Regierung der Welt bremst den Aufstieg ihrer Wirtschaft, nur um den Neid der Nachbarn zu meiden? Unter der Devise "Rule Britannia, rule the waves!" hatten englische Kanonen seit dem 16. Jahrhundert Flotten anderer Seemächte konsequent versenkt, so die der Spanier, Franzosen, Holländer und Dänen. Das sollte auch der Deutschen blühen. Vielleicht hätte Berlin weniger Kriegsschiffe auf Kiel legen und darauf vertrauen sollen, daß die zivile Schiffahrt unbehelligt blieb. Daran aber zweifelte man.
Mochte Berlin noch so treuherzig versichern, die eigenen Schlachtschiffe dienten einzig und allein dem Schutz der Heimat, der Handelsrouten und der Kolonie, so wurde doch schamhaft verschwiegen, vor wem diese denn geschützt werden sollten. ...<<
Russische Truppen besetzten im Jahre 1900 die Mandschurei in China. Im Verlauf dieser Militäraktion ertränkten Kosaken und russische Polizisten im Juli 1900 in Ostsibirien, an der Grenze zur Mandschurei, mehrere tausend chinesische Zivilisten im Grenzfluß Amur.
Ein Vertrauensmann des Zaren erklärte im Jahre 1900 (x233/124): >>Asien ist seinem ganzen Umfang nach im vollen Sinne des Wortes nichts anderes als ein Stück Rußlands. ...
In Asien gibt es für uns in Wirklichkeit keine Grenzen. ...<<
Im Jahre 1901 begannen in Persien die ersten Erdölbohrungen.
Deutsche Firmen leiteten von 1903-1913 den Bau der "Bagdad-Bahn". Diese Eisenbahnstrekke von Konya - Osmanisches Reich - nach Bagdad im Irak - wollte man später bis zum Persi-

schen Golf verlängern, um die großen Erdölquellen schneller erreichen zu können und weil man neue Absatzmärkte erschließen wollte. Infolge der deutschen Aktivitäten im Osmanischen Reich verschlechterten sich vor allem die Beziehungen zu den Briten, Franzosen und Russen. Die Briten reagierten entrüstet, denn angeblich wurde ihre eigene Vormachtstellung in Asien, besonders ihr indisches Kolonialreich gefährdet, während die Russen jegliche Stärkung des Osmanischen Reiches generell ablehnten.
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die deutsch-osmanischen Beziehungen (x307/435): >>In Anbetracht der sehr eingeschränkten Optionen, die Deutschland auf der globalen Bühne zur Verfügung standen und der relativ geschlossenen Bündnisblöcke in Europa erregte vor allem eine Region die Aufmerksamkeit der Staatsmänner, die an einer Weltpolitik ohne Krieg interessiert waren; das Osmanische Reich.
Die deutsche Politik hatte sich in dieser Region, wo die Rivalitäten der Kolonialmächte besonders heftig aufeinander trafen, traditionell eher zurückgehalten, doch in den 1880er Jahren wurde Berlin aktiver. Von der Regierung in Konstantinopel, die seit der britischen Besetzung Ägyptens (1882) ihren Partnern in Berlin aktiv den Hof machte, wurde die deutsche Regierung dazu regelrecht eingeladen.
Deutsche Banken, Baufirmen und Eisenbahngesellschaften hielten allmählich in den weniger entwickelten Gebieten des Reiches Einzug und erwarben Konzessionen und Interessensphären. Die Arbeit an einer weitgehend deutsch finanzierten und produzierten anatolischen Eisenbahn begann im Jahr 1888 und sollte Konstantinopel mit Ankara und Konya verbinden; beide Linien wurden bis 1896 fertiggestellt.
Die Unterstützung der Regierung für diese Projekte, die anfangs eher sprunghaft war, wurde nach und nach stärker und konsequenter. Im Jahr 1911 konnte der deutsche Botschafter in Konstantinopel das Osmanische Reich bereits als eine "politische, militärische und wirtschaftliche Interessensphäre" Deutschlands bezeichnen.
Mit den Investitionen in osmanischen Territorien, in erster Linie in wichtige Infrastrukturprojekte, hofften die Deutschen, das Osmanische Reich angesichts der Bedrohung seitens der anderen Mächte, allen voran Rußland, zu stabilisieren. Und falls der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches das Tor zu einer territorialen Aufteilung unter den Weltreichen öffnen sollte, wollten sie sichergehen, daß sie einen Platz an dem Tisch bekamen, wo die Beute verteilt wurde. ...<<
Frankreich und Italien einigten sich im Jahre 1902 darauf, daß Frankreich freie Hand in Marokko und Italien in Libyen erhalten sollte (x142/359).
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die französische Weltmachtspolitik (x057/175-176): >>Mit aller Macht versuchte Frankreich sein Kolonialreich auszudehnen und erwarb nacheinander von 1881 bis 1911: Tunis Französisch Kongo, den Französischen Sudan, Madagaskar, Hinterindien, Tongking und schließlich Marokko. Damit war das französische Kolonialreich auf über 10 Millionen Quadratkilometer mit etwa 60 Millionen Einwohnern angewachsen und nahm den zweiten Platz unter den Kolonialreichen ein.
Es sicherte Frankreich die Herrschaft im westlichen Mittelmeer, beteiligte es an der Erschließung Ostasiens und lieferte wichtige Rohstoffe, Kolonialwaren und Soldaten.
Die Grundlage der französischen Weltmachtpolitik beruhte hauptsächlich auf dem neugeschaffenen Kolonialreich, der französischen Kulturpropaganda sowie einer großzügigen Bündnispolitik - Rußland 1894, England 1904, wodurch der Weg freigemacht wurde zu einer aktiven Außenpolitik.<<
Der russisch-japanische Krieg von 1904-1905) endete nach großen Nachschubschwierigkeiten mit einer katastrophalen russischen Niederlage, erster asiatischer Sieg über eine europäische Großmacht.
Während der Friedensverhandlungen von Portsmouth mußte Rußland die japanische Herr-

schaft in Korea anerkennen, die Südhälfte der Insel Sachalin - ehemalige russische Strafkolonie - und Port Arthur an Japan abtreten sowie die Süd-Mandschurei als japanisches Interessengebiet anerkennen. Japan wurde zur führenden Großmacht im Fernen Osten, während sich Rußland wieder verstärkt dem Balkan widmete.
Nach der französisch-britischen Einigung schränkte die französische Regierung im Jahre 1905 in der Kolonie Marokko den bisher freien Wettbewerb drastisch ein.
Infolge der Mißachtung des Vertrages von Madrid aus dem Jahre 1880 und um die deutschen Wirtschafsinteressen zu unterstützen - Firma Mannesmann und andere, führte Wilhelm II. einen Staatsbesuch in Tanger durch. Dort sicherte der Kaiser dem Sultan seinen Schutz zu. Diese 1. "Marokkokrise" brachte Europa bereits im Jahre 1905 an den Rand eines Krieges. Der Kaiser entschied damals aber noch rechtzeitig, das "Marokko-Problem" politisch zu lösen.
Kaiser Wilhelm II. sprach am 22. März 1905 in Bremen über seine Vorstellung eines Weltreiches.
Wolfgang Müller und Roland Siegert berichteten später über diese Rede des Kaisers (x1.035/…): >>Anläßlich einer Denkmalsenthüllung im Jahre 1905 in Bremen hielt Wilhelm II. eine Rede von höchster Bedeutung. Er erläuterte darin, daß er mit dem aufstrebenden Deutschen Reich zwar nach einer Rolle als Weltmacht strebe, erteilte aber allen kriegerischen Mitteln dazu eine klare Absage.
Vielmehr betonte er, daß eine deutsche Weltmacht nach seiner Vorstellung das "absolute Vertrauen" der anderen Weltmächte (z.B. Großbritannien, USA) als "eines ruhigen, ehrlichen, friedliebenden Nachbarn" genießen solle.
Das Streben nach einem deutschen Weltreich mag manchem heute als leichtfertige Hybris erscheinen, doch entsprach es längst den Tatsachen: Vor allem was Wirtschaft und Wissenschaft betraf, war Deutschland 1905 durch atemberaubendes Wachstum bereits eines der drei mächtigsten Länder der Erde geworden.
Bremen, 22. März 1905
"Meine Vorstellung eines Weltreiches"
"Ich habe mir gelobt, auf Grund meiner Erfahrungen aus der Geschichte, niemals nach einer öden Weltherrschaft zu streben, denn, was ist aus den großen sogenannten Weltreichen geworden? Alexander, Napoléon I., alle die großen Kriegshelden, im Blute haben sie geschwommen und unterjochte Völker zurückgelassen, die beim ersten Augenblick wieder aufgestanden sind und ihre Reiche zum Zerfall gebracht haben.
Das Weltreich, das ich mir erträumt habe, soll darin bestehen, daß vor allem das neuerschaffene Deutsche Reich von allen Seiten das absoluteste Vertrauen als eines ruhigen, ehrlichen, friedlichen Nachbarn genießen soll, und daß, wenn man dereinst vielleicht von einem deutschen Weltreich oder von einer Hohenzollern-Weltherrschaft in der Geschichte reden sollte, sie nicht auf Eroberungen durch das Schwert begründet sein wird, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen."
Quelle: Joachim von Kürenberg: "War alles falsch? - Das Leben Kaiser Wilhelms II.", 1951<<
Da US-Präsident Theodore Roosevelt vermittelte und Rußland längst noch nicht "kriegsbereit" war, mußte Frankreich im Kolonienkonflikt in Marokko zunächst während der Konferenz von Algeciras im Jahre 1906 nachgeben. Für das Deutsche Reich stellte die 1. Marokkokrise trotzdem eine schwere diplomatische Niederlage dar, denn sie führte zur Isolierung des Reiches.
Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium Sir Charles Hardinge (1858-1944) schrieb in einer Denkschrift vom 30. Oktober 1906 (x320/10): >>… Man muß allgemein zur Kenntnis nehmen, daß Deutschland infolge seiner ehrgeizigen Pläne für eine Weltpolitik, eine

maritime Vorherrschaft und eine militärische Vorherrschaft in Europa der einzige Störfaktor ist.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über den Kampf um die Vorherrschaft zwischen dem Empire und dem Deutschen Reich (x320/11): >>Im August 1907 schließen England und Rußland einen Vertrag, in dem sie ihre Einflußzonen in Afghanistan und Persien markieren. Bereits im November 1907 reist der Oberbefehlshaber des englischen Heeres nach Sankt Petersburg, um dort mit russischen Generalen und Ministern über weit mehr als Afghanistan und Persien zu sprechen. Er legt den Russen nahe, ihre Truppen an der Westgrenze zu Deutschland zu verstärken. So zieht Großbritannien auch hier ihre Fäden gegen Deutschland, das außer Wirtschaftsexpansion zu der Zeit keine anderen - vor allem keine territorialen - Ziele hat.

Englands klare Position an Frankreichs Seite zeigt sich 1904 bis 1906 und 1911 in den zwei Marokkokrisen und ab 1900 beim Bau einer deutschen Eisenbahn nach Bagdad im Irak. …

Als etwa 1900 der Bahnbau in Richtung Bagdad fortgesetzt und zu der Zeit Erdöl beiderseits der Trasse im Raum Mossul entdeckt wird, gerät Deutschland unversehens in Konflikt mit Englands neuen Ambitionen auf die Erdölfelder in Persien, Irak und Kuwait.<<

Schlußbemerkungen: Die deutsche Exportwirtschaft verkaufte im Jahre 1900 Güter im Wert von 10,4 Milliarden Goldmark und belegte damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgten die USA und Frankreich (x256/1).

Im Jahre 1910 verkaufte die deutsche Exportwirtschaft Güter im Wert von 16,4 Milliarden Goldmark und belegte damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgten die USA und Frankreich (x256/1).

Die deutsche Wirtschaft erkämpfte sich bis 1913 vor allem in der Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie international eine führende Position. Die lange führende Stahlindustrie Großbritanniens wurde von der deutschen Stahlindustrie bereits seit 1893 regelrecht überflügelt (x092/1913).

Am 23. Dezember 1913 setzte US-Präsident Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, von 1913-1921 28. US-amerikanischer Präsident) das Federal Reserve System (Fed, privates Notenbanksystem der USA) in Kraft. Der Freimaurer Thomas Woodrow Wilson leitete damit die ersten wesentlichen Schritte zur Durchsetzung der "Neuen Weltordnung" ein.

Der US-Historiker Carroll Quigley (1910-1977) schrieb in seinem Buch "Tragödie und Hoffnung" über die verborgenen Machenschaften und Ziele der geheimen Machtelite (x337/114): >>Die Befugnisse des Finanzkapitalismus hatten (ein) weitreichendes Ziel und zwar kein geringeres als die Schaffung eines Weltsystems der Finanzkontrolle in privaten Händen mit der Fähigkeit, das politische System eines jeden Landes und die Wirtschaft der Welt insgesamt zu beherrschen. Dieses System sollte auf feudalistische Weise gemeinsam von den Zentralbanken der Welt in geheimen Absprachen, die in zahlreichen privaten Treffen und Konferenzen ausgehandelt werden, geführt werden.<<

Der US-Milliardär David Rockefeller (1915-2017) schrieb später (im Jahre 2010) in seiner Autobiographie "Erinnerungen eines Weltbankiers" über die Neue Weltordnung und den angeblich unangemessenen Einfluß der Rockefeller-Familie auf die politischen und wirtschaftlichen Institutionen der USA (x347/334): >>… Einige glauben sogar, wir seien Teil einer geheimen Verschwörung, die gegen die Interessen der USA opponiere, charakterisieren mich und meine Familie als "Internationalisten" und werfen uns vor, wir konspirierten mit anderen auf der ganzen Welt, um eine neue ganzheitlichere globale politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen - eine neue Welt, wenn sie wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig und ich bin stolz darauf. …<<

Der Panslawismus (1871-1914)

Der russische Panslawist und Kulturkritiker Nikolai Danilewski schrieb im Jahre 1871 (x056/299): >>Rußlands Aufgabe ist die Befreiung aller Slawen, die unter fremden Jochen seufzen, und die Bildung des großen Slawenreiches. Hauptziel dieses Kampfes ist der Besitz Konstantinopels. Er muß sich direkt gegen die Türkei und das Habsburger Reich wenden und kann nur mit ihrer Vernichtung enden. ...<<

Ab 1875 lehnten sich die Slawen und andere türkische Vasallen - mit russischer Unterstützung - in der Herzegowina gegen die türkische Besatzungsmacht auf.

Der russische General Tschernajew forderte im Jahre 1876 die Völker des Balkans auf, sich für die Vereinigung aller Slawen einzusetzen (x233/124): >>... Wir kämpfen für die heilige Idee des Slawentums, die nicht Herrschsucht, sondern die Idee der Gleichberechtigung des Menschengeschlechts in sich schließt.<<

Serbien - seit mehreren Jahrhunderten bis 1877 ein Vasallenstaat des Osmanischen Reiches - proklamierte im Jahre 1882 ein Königreich. Nach dem Rückzug des Osmanischen Reiches übernahm der Balkanstaat Serbien allmählich eine führende Rolle. Die radikalen serbischen Nationalisten (unter Führung des groß-serbischen Geheimbundes der Omladina-Bewegung, die 1848 von serbischen Studenten in Preßburg als Verein "Serbische Jugend" gegründet wurde) stellten schnell die erforderlichen Kontakte mit den slawischen Kroaten und den Bosniern in Österreich-Ungarn her. Der serbische Geheimbund Omladina plante mittel- bzw. langfristig die gewaltsame Befreiung aller Südslawen und die Errichtung eines großen Slawenreiches unter serbischer Führung.

Der polnische Politiker und Publizist Johann Poplawski forderte im Jahre 1887 in einem Zeitungsartikel (x309/77): >>... Dieses ganze Flußgebiet von der Weichsel bis zur Mündung des Njemen (Memel), das einst so unachtsam zugleich mit Schlesien durch den polnischen Staat vertan wurde, muß durch das polnische Volkstum wiedergewonnen werden. ...

Unsere Politiker träumen noch von Wilna und Kowno in Litauen, aber um Polen kümmern sie sich weniger; Danzig haben sie vollkommen vergessen, und an Königsberg und Oppeln denken sie überhaupt nicht. Es ist endlich Zeit, ... nach so vielen Jahrhunderten des Umherirrens in Wahngebilden auf den alten Weg zurückzukehren, den zum Meere hin gebahnt haben die kräftigen Fäuste der Krieger aus der Piastenzeit.<<

Der deutsche Botschafter in Sankt Petersburg berichtete im Jahre 1889 (x233/137): >>... Die Russifizierung in den baltischen Provinzen und die Verfolgung der lutherischen Pastoren wurden in brutaler Weise fortgesetzt.

Mit dem Berater des Zaren … hatte ich manches interessante Gespräch; er verhehlte mir nicht, daß er mit kaltem Blute, ohne religiösen Fanatismus, die Einheit der Kirche im ganzen Reich anstrebt. "Wer vom orthodoxen Glauben abfällt", sagte er oft, "hört auf, Russe zu sein, nicht nur in seinem Denken und Handeln, sondern sogar in der Lebensweise und Kleidung".<<

Die radikalen "Jungtschechen" der Omladina-Bewegung, die eine politische Einigung aller Slawen und einen slawischen Gesamtstaat unter russischer Führung anstrebten, verhinderten seit 1890 alle österreichisch-tschechischen Ausgleichsversuche.

Ab 1892 begann mit der Gründung der polnischen sozialistischen Partei PPS der nationale Freiheitskampf unter Führung von Jozef Pilsudski. Diese polnische Nationalbewegung wurde durch Rußland unterstützt.

Der polnische Politiker und Publizist Johann Poplawski schrieb im Jahre 1899 in der Lemberger Zeitung "Allpolnische Rundschau" (x309/77-78): >>... In dem Nationalkampfe kann die Parole nur lauten: 'Wir oder ihr'. Das ist wirklich ein Kampf auf Leben und Tod, denn es ist kein Polen denkbar ohne Oberschlesien, ohne Posen, ohne Westpreußen, auch sogar ohne Ostpreußen.

Für den preußischen Staat bedeutet der Verlust dieser Provinzen, deren Grenzen nur wenige

Meilen von Berlin entfernt liegen, gleichsam Vernichtung, Umsturz seiner Macht, sogar Verlust seines Namens. ... Preußen verlöre den vierten Teil seiner Bevölkerung und würde zum Standpunkte und zur Benennung 'Brandenburg' zurückfinden. ...
Wir können nicht zugeben, daß man uns aus der Wiege unseres Landes und unserer Nation hinausdrängt und uns hindert an das Meer zu gelangen, eine für die Entwicklung einer großen zeitgemäßen Nation unumgängliche Bedingung.<<
Infolge der ungarischen Unterdrückungspolitik rückten die seit uralten Zeiten verfeindeten Serben und Kroaten näher zusammen und verbündeten sich nach 1900 gegen die Deutschen.
Der deutsche Redakteur und Historiker Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den slawischen Nationalismus (x024/42): >>Der Panslawismus, die Idee von der Einheit aller slawischen Völker, hat nicht nur den Zusammenhalt des Habsburger Reiches untergraben, er diente auch als Richtlinie der russischen Außenpolitik und erlaubte es dem Zaren, als Repräsentant der slawischen Vormacht, als Sprecher und Beschützer aller Slawen aufzutreten - eine entscheidende Ursache für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges.
Schon vor dem Ersten Weltkrieg erschienen obskure Landkarten, in denen slawischen Staaten das ganze im frühen Mittelalter einmal slawisch besiedelte Gebiet Mitteleuropas einnahmen. Die Deutschen sollten auf ein Reservat im Westen zurückgedrängt werden. Das waren gewaltige Übersteigerungen, die natürlich nicht von allen geteilt wurden, auch nicht als Wunschtraum. Aber sie kennzeichnen doch den slawischen Nationalismus und dessen Expansionsgelüste ...<<
Serbische Offiziere … ermordeten im Jahre 1903 in Belgrad König Alexander I., seine Ehefrau, den serbischen Ministerpräsidenten und weitere Regierungsmitglieder (x175/35). König Alexander I. wurde vermutlich die geplante Annäherung an Österreich-Ungarn zum Verhängnis. Nachfolger des ermordeten Königs wurde Peter I. von Serbien. Peter I. war ein begeisterter Anhänger des radikalen "Jugoslawismus". Die "großserbische Bewegung" nahm danach gefährliche Formen an.
Während und nach der russischen Revolution entwickelten sich im Jahre 1905 auch in Polen Unruhen. Im Verlauf dieser Unruhen, die in wenigen Wochen durch russische Truppen niedergeschlagen wurden, kam es zwischen den pro- und antirussischen Parteien zu heftigen Auseinandersetzungen. Der prorussische Nationaldemokrat Dmowski wollte z.B. auf Ostpolen verzichten und den polnischen Staat bis zur Oder vortreiben. Pilsudski, der aus Litauen stammte, plante die Gebiete der litauischen Jagiellonenfürsten in den polnischen Staat einzugliedern und die polnischen Grenzen nach Osten zu verlagern (x064/112).
Nach Österreichs Annexion der strategisch wichtigen Provinzen Bosnien und Herzegowina begannen ab 1908/09 die Kriegsrüstungen der russischen Kriegspartei gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich (x142/364).
Die Jungtschechen forderten im Jahre 1908 weiterhin einen eigenen Staat und den Zusammenschluß mit den Slowaken (x184/19).
Jozef Pilsudski organisierte ab 1908 in Krakau bewaffnete Einheiten, die jahrelang als Schützenvereine getarnt wurden. Die polnischen Behörden in Österreich-Polen duldeten die Bildung der Armeekader, so daß Pilsudski bis 1914 fast 200 Schützenverbände aufstellen konnte (x064/114).
Nach der "Bosnien-Krise" 1908/09 vereinbarten der russische Zar und der serbische König Peter I. im Jahre 1909 in Sankt Petersburg den Zusammenschluß der Südslawen (x061/361).
Im Jahre 1911 gründeten fanatische, radikale serbische Nationalisten in Serbien die Geheimorganisation "Schwarze Hand" mit dem Ziel: "Slawische Vereinigung oder Tod".
Polnische "Vorkämpfer der Freiheit" hetzten im Jahre 1912 (x064/123): >>Die Deutschen morden unsere Seele, impfen den Kindern den preußischen Geist ein, germanisieren sie mit

der Knute! Und jetzt rauben sie uns den Boden. Diesen Raub nennen sie Enteignung und nennen die Vergiftung der Seele "Verbreitung der Kultur".<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die Deutschfeindlichkeit der Polen (x025/182): >>... Über 100 Jahre Fremdherrschaft seit den "polnischen Teilungen" von 1792/95 dürften auch dazu beigetragen haben, nationale Leidenschaften freizusetzen.
Tatsache ist jedenfalls, daß sich spätestens im 19. Jahrhundert in Polen ein Nationalismus und damit ein Fremdenhaß entwickelte, von dessen Intensität und Verbreitung sich andere Völker mit weniger hitzigem Temperament kaum eine Vorstellung machen können. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen jedenfalls war die politische Rechte die tragende Kraft; mit wenigen Ausnahmen standen die polnischen Historiker, Schriftsteller und Journalisten rechts, und Deutschenhaß und Judenhaß gingen Hand in Hand.
Deutschfeindliche Literatur erreichte die höchsten Auflagen. …
Für den exilpolnischen Ministerpräsidenten Sikorski war die deutsche Nation "vergiftet bis ins Innerste", und ähnliche Glaubensbekenntnisse legten seine Minister Zaleski und Sayda ab. Sie formulierten später im großen, was dem Mann auf der Straße aus seinem Sprichwortschatz bekannt war: "Hau ihn, denn er ist ein Deutscher" oder "100 Jahre soll leben, wer den Deutschen in die Fresse schlägt" - Trinkspruch aus Mittelpolen. ...<<
Österreich-Ungarn und Rußland verhandelten Anfang 1913 über die Expansionspläne Serbiens (x233/144): >>Rußland erklärte, daß es eine Vernichtung Serbiens nicht zulassen würde, Österreich verkündigte, es werde eine maßlose Vergrößerung Serbiens nicht hinnehmen, Zwischen diesen beiden Vetos handelte es sich darum, ein Mittel zu finden, um den Frieden am Leben zu erhalten. ...<<
Der tschechische Panslawist Karel Kràmar erklärte damals im Reichstag, daß die Tschechen den Tag herbeisehnen würden, an dem sie vom Böhmerwald bis Wladiwostok in einem Reich leben dürften (x206/25).
Der russische Außenminister Sergei Sasonow informierte im Mai 1913 den russischen Botschafter in Serbien über die zukünftige politische Entwicklung Serbiens (x307/453): >>Um sein Bestimmungsziel zu erreichen, muß es noch einen schrecklichen Kampf durchstehen, in dessen Verlauf seine ganze Existenz auf dem Spiel steht. ...
Das gelobte Land Serbien liegt im Territorium des heutigen Österreich-Ungarn und nicht in der Richtung, in die es derzeit strebt, wo die Bulgaren ihm den Weg verstellen. Unter diesen Bedingungen liegt es im vitalen Interesse Serbiens, ... sich durch zielstrebige und geduldige Arbeit in einen Zustand der Bereitschaft für den unausweichlichen künftigen Kampf zu versetzen. Die Zeit arbeitet für Serbien und für den Sturz seiner Feinde, die bereits eindeutige Anzeichen des Verfalls aufweisen. ...<<
In Rußland bereitete man sich bereits auf einen Krieg gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich vor. Der russische Kronrat stellte am 21. Februar 1914 fest, daß die Herrschaft über die slawische Welt zwangsläufig über einen europäischen Krieg führen würde (x063/478).
Schlußbemerkungen: Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wurde, schlossen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft blieb und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantierte (x090/228).

Der Erste Weltkrieg

> So muß denn das Schwert entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind. Darum auf! Zu den Waffen! Jedes Schwanken, jedes Zögern wäre Verrat am Vaterlande. ... Kommt es zum Kampf so hören alle Parteien auf. ... Ich kenne keine Parteien und auch keine Konfessionen mehr; wir sind heute alle deutsche Brüder. ... Ich kenne nur noch Deutsche. ...
> *Wilhelm II. (1859-1941, deutscher Kaiser)*

Annexion Bosniens und der Herzegowina

Angesichts der äußerst radikalen anti-österreichischen Politik Serbiens forderten österreichische Generäle bereits im Jahre 1906 eine sofortige Besetzung Serbiens. Der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand lehnte damals jedoch militärische Lösungen ab und versuchte den Serben wirtschaftlich beizukommen. Um Serbien in die Schranken zu weisen, verhängte Österreich-Ungarn z.B. eine Viehimportsperre. Serbien überstand diesen sogenannten "Schweinekrieg" von 1906-1908 jedoch mit französischer Kapitalhilfe (x061/359).

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über den sogenannten "Schweinekrieg" von 1906-1908 (x307/56): >>... Allerdings war diese Maßnahme für Österreich kontraproduktiv, weil Serbien rasch andere Exportmärkte fand - insbesondere in Deutschland, Frankreich und Belgien - und nunmehr anfing, in großem Stil Schlachthöfe zu bauen. ... Schließlich verschaffte sich Belgrad nicht über Wien einen hohen Kredit, sondern über Paris - im Gegenzug für Rüstungsaufträge bei französischen Firmen. ...<<

England und Frankreich schlossen im Jahre 1906 ein Heeres- und Flottenabkommen gegen das Deutsche Reich.

Im Jahre 1907 sollte ein englisch-russisches Bündnis zur Entspannung in Afghanistan, Tibet und Persien führen und war gleichzeitig gegen das Deutsche Reich gerichtet. Das unabhängige Persien wurde später in 3 Zonen aufgeteilt. Die südliche Zone erhielt England, während Rußland die nördliche Zone übernahm (x074/988). Ferner wurden die jeweiligen Gebietsinteressen Großbritanniens in Afghanistan und Rußlands in Tibet akzeptiert. Nach dem englisch-russischen Bündnis im Jahre 1907 sprachen viele Deutsche bereits von einer bewußten Einkreisung des Reiches.

Im Jahre 1908 annektierte Österreich-Ungarn die seit 1878 verwalteten Provinzen Bosnien und Herzegowina, da man eine türkische Besetzung Bosniens und der Herzegowina befürchtete bzw. einen serbischen Einmarsch verhindern und den südslawischen Nationalismus eingrenzen wollte. Die Annexion erfolgte ohne die Zustimmung der "Berliner Kongreßmächte". Das Deutsche Reich wurde außerdem nicht über die österreichisch-russischen Geheimverhandlungen während der Konferenz von Buchlau am 16. September 1908 informiert (x063/-467).

Mit dieser schicksalhaften Annexion der strategisch überaus wichtigen Provinzen Bosnien und Herzegowina verhinderte Österreich-Ungarn, daß Serbien den angestrebten direkten Zugang zur Adria erhielt. Serbien drohte zwar mit Krieg, aber Rußland war nach dem russisch-japanischen Krieg von 1904-05 und der Revolution im Jahre 1905 noch viel zu schwach, um gegen Österreich-Ungarn und das verbündete Deutsche Reich anzutreten.

Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow lehnte damals die österreichischen Kriegsabsichten bzw. eine "Abrechnung mit Serbien" strikt ab. Nach deutscher Fürsprache konnte der gefährliche Konflikt zwischen Österreich-Ungarn, Serbien und Rußland schließlich friedlich beigelegt werden. Die überflüssigen Warnungen der deutschen Regierung wurden von den empfindlichen Russen als große Demütigungen empfunden. Der Balkan blieb danach weiterhin ein äußerst gefährlicher Konfliktherd, aber das Deutsche Reich hielt trotz der bedrohlichen Lage starrsinnig an der bisherigen Bündnispolitik fest.

Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow erläuterte am 29. März 1909 angesichts der Annexion Bosniens und der Herzegowina im Oktober 1908 die wesentlichen deutschen Motive für die Unterstützung der Donaumonarchie (x092/714): >>... Uns klar und offen an die Seite von Österreich-Ungarn zu stellen, entsprach auch deshalb unserem Interesse, weil wir durch eine andere Haltung zu gefährlichen Versuchen ermuntert hätten, der Großmachtstellung von Österreich-Ungarn eine Schädigung zuzufügen. Eine diplomatische Niederlage unseres Bundesgenossen aber müßte notwendig ihre Rückwirkung auf unsere eigene Stellung in Europa ausüben. Sie würde das Schwergewicht verringern, das Deutschland und Österreich-Ungarn gemeinsam repräsentieren und das bei vielen internationalen Fragen gemeinsam in die Waagschale geworfen wird. ...
Ich habe irgendwo ein höhnisches Wort gelesen über unsere Vasallenschaft gegenüber Österreich-Ungarn. Das Wort ist einfältig! Es gibt hier keinen Streit um den Vortritt wie zwischen den beiden Königinnen im Nibelungenlied; aber die Nibelungentreue wollen wir aus unserem Verhältnis zu Österreich-Ungarn nicht ausschalten, die wollen wir gegenseitig wahren. ...<<
Infolge der kurzsichtigen Ausgleichspolitik und der naiven, völlig unverständlichen Bündnistreue geriet das Deutsche Reich in den folgenden Jahren allmählich immer stärker in den Balkankonflikt hinein. Damals ahnte noch niemand, daß diese verhängnisvolle Nibelungentreue schon bald den Untergang des Deutschen Reiches besiegeln würde.
Im Jahre 1908 wurde die sog. "Daily-Telegraph-Affäre" von den Briten mit nationaler Entrüstung und maßlosen Haßausbrüchen beantwortet. Durch eine antienglische Stellungnahme des deutschen Kaisers (während privater Gespräche in England), die Reichskanzler von Bülow leichtfertig veröffentlichen ließ, wurde das angespannte deutsch-britische Verhältnis noch schwieriger.
Wolfgang Müller und Roland Siegert berichteten später über die "Daily Telegraph-Affäre" (x1.035/…): >>**Die Daily Telegraph-Affäre (1908)**
Die historischen Hintergründe
Im Herbst 1907 unternahm Kaiser Wilhelm II. eine mehrtägige sehr erfolgreiche Reise nach Großbritannien. Im Anschluß an diesen Staatsbesuch hielt sich Wilhelm II. noch drei Wochen beim englischen Aristokraten Edward James Stuart-Wortley auf dessen Schloß Highcliff Castle auf. Beide diskutierten dort in privatem Rahmen die Möglichkeiten der Verbesserung des deutsch-englischen Verhältnisses.
Im einem der Gespräche äußerte Wilhelm II., daß er nicht verstehen könne, warum die Engländer so mißtrauisch ihm gegenüber seien. Er sei doch während des Burenkrieges (1899-1902) in Deutschland einer der wenigen Freunde Englands gewesen, entgegen der allgemeinen Stimmung im deutschen Volk. Daher wollte er damals auch keine Burenvertreter in Berlin empfangen, und an einem von Frankreich und Rußland geplanten Engagement gegen England wollte er sich nicht beteiligen.
Nach einem sorgevollen Brief seiner englischen Großmutter, Queen Victoria, habe er einen zusammen mit deutschen Generälen entworfenen Feldzugsplan nach England geschickt, der offensichtlich zum englischen Sieg über die Buren beigetragen habe.
Die Flottenpolitik des Reiches richte sich zudem nicht gegen England, sondern sollte lediglich wirtschaftlichen Interessen im Fernen Osten dienen.
Der ebenfalls anwesende britische Journalist Harold Spencer formte aus den Äußerungen des Kaisers ein fiktives Interview.
Knapp ein Jahr später, nach einem erneuten Zusammentreffen des Kaisers mit Stuart-Wortley in Deutschland, erhielt Wilhelm II. den Text dieses "Interviews" zugesandt mit der Bitte, die Veröffentlichung als Artikel in der englischen Zeitung "Daily Telegraph" zu genehmigen. Nach Freigabe durch den deutschen Reichskanzler erschien das Interview am 28.10.1908 im

"Daily Telegraph"; am 29.10.1908 druckte die halbamtliche "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ohne Kommentierung die deutsche Fassung.

Die Kritik am Kaiser

Nach Veröffentlichung des Interviews brach vor allem in Deutschland ein Sturm der Entrüstung in Volk, Presse und Reichstag los: Der Kaiser habe sich im Interview zu englandfreundlich gezeigt und sei seinen Landsleuten, die aufgrund der Burenkriege mehrheitlich englandfeindlich eingestellt waren, in den Rücken gefallen.

Andere kritisierten, daß der Kaiser durch undiplomatische Äußerungen England in seinem Stolz verletzt habe (z.B. durch die Feststellung, der englische Sieg über die Buren ginge auf einen deutschen Feldzugsplan zurück) und durch die eigenmächtige kaiserliche Privatinitiative ganz Deutschland vor der Welt blamiert habe.

So notierte z.B. Baronin von Spitzemberg am 30.10.1908 in ihr Tagebuch: "Das Beschämendste, Kläglichste, Indiskreteste und Bedenklichste, was der Kaiser (sich) bisher geleistet (hat). Der Kaiser ruiniert unsere Stellung und macht uns zum Gespött der Welt." (Rudolf Vierhaus (Hrsg.): Am Hof der Hohenzollern. Aus dem Tagebuch der Baronin Spitzemberg 1895-1914. München 1978)

Das Interview wurde in Deutschland allgemein als erneuter Beleg für das problematische "persönliche Regiment" des Kaisers betrachtet.

Auch eine Gegendarstellung im "Reichsanzeiger" am 31.10.1908, die den korrekten Hergang der Ereignisse schilderte, konnte die Attacken gegen Wilhelm II. nicht mildern. Die englandfeindliche Stimmung im Land entlud sich in lautem Unwillen über der Person des Kaisers.

In England selbst wurde das Interview jedoch größtenteils gelassen aufgenommen. Der Skandal war somit fast ausschließlich innenpolitischer Natur.

Unter dem öffentlichen Druck, besonders des Reichstags, mußte Wilhelm II. auf Verlangen des Reichskanzlers Bülow ein in seinen Augen demütigendes und angesichts des wahren Hergangs der Ereignisse unangebrachtes Dokument unterzeichnen, im dem er versprach, sich künftig mit öffentlichen Äußerungen zurückzuhalten. Das Dokument lautete:

"In der heute dem Reichskanzler gewährten Audienz hörte seine Majestät der Kaiser und König einen mehrstündigen Vortrag des Fürsten von Bülow. Der Reichskanzler schilderte die im Anschluß an die Veröffentlichung des Daily Telegraph im deutschen Volke hervorgetretene Stimmung und ihre Ursachen, er erläuterte ferner die Haltung, die er in der Verhandlung des Reichstages über die Interpellation eingenommen hatte.

Seine Majestät der Kaiser nahm die Darlegungen und Erklärungen des Reichskanzlers entgegen und gab seinem Willen dahin kund: Unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik, erblicke Er seine vornehmste Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern. Demgemäß billigte Seine Majestät der Kaiser die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte den Fürsten von Bülow Seines fortgesetzten Vertrauens."

Der Kaiser zog sich zurück, verfiel in wochenlange Depressionen und enthielt sich für lange Zeit öffentlicher Äußerungen. Sein Ansehen in Deutschland hatte schweren und dauerhaften Schaden genommen.

Die Tatsachen

Das berühmte "Interview" war gar kein Interview.

Wilhelm II. machte die betreffenden Aussagen in privatem Rahmen ein Jahr vor der Veröffentlichung. Es handelte sich um ein loses Gespräch im Rahmen eines dreiwöchigen privaten Besuchs. Der Kaiser antwortete nicht gezielt auf konkrete, von einem Journalisten gestellte, Fragen; erst danach wurde daraus ein Interview fingiert.

Daß im persönlichen Rahmen, in ungezwungener Atmosphäre bei einem dreiwöchigen Privataufenthalt unbedachte Äußerungen fallen, ist gewiß nicht ungewöhnlich und besonders beim spontanen und redefreudigen Charakter des Kaisers plausibel. Auch der Autor des Interviews selbst konstatierte, daß der Kaiser mit "impulsivem und ungewöhnlichem Freimut" sprach.
Der damalige Hauptkritikpunkt in Deutschland, daß das Interview zu englandfreundlich gewesen sei, kann heute nicht mehr gelten und sollte heute im Gegenteil eher ein positiver Beleg für den Kaiser sein: Er distanzierte sich im Interview von englandfeindlichen Stimmungen in Deutschland.
Die Daily Telegraph-Äußerungen des Monarchen waren vielleicht zu offenherzig und undiplomatisch, an ihrer wohlwollenden Absicht kann kein Zweifel herrschen. Gewiß hatte Wilhelm II. überspitzt formuliert und unglücklich argumentiert (was der Reichskanzler vor der Veröffentlichung hätte korrigieren können), aber die Äußerungen waren den historischen Tatsachen entsprechend.
Wilhelm selbst schrieb in seinen Memoiren über das Interview:
"Sein Zweck war die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen. … Ich habe unter dieser ganzen Angelegenheit seelisch schwer gelitten." (Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten. Leipzig 1922, S. 98 f.)
Reichskanzler Bülow versäumte seine Pflicht, das zum "Interview" umgestaltete Gespräch vor der Veröffentlichung zu korrigieren. Wilhelm II. handelte korrekt und legte es dem Kanzler zur Überarbeitung vor. Ein "persönliches Regiment" fand hier also nicht statt.
Wilhelm II. war mit der Veröffentlichung des Artikels im Daily Telegraph grundsätzlich einverstanden, hielt aber einige Streichungen für notwendig und leitete den Text an seinen Reichskanzler Bülow weiter mit der Aufforderung, den Text durchzusehen und etwaige Änderungen bzw. Korrekturen vor der Veröffentlichung vorzunehmen. Die Aussagen Wilhelms II., die von der englischen Öffentlichkeit als undiplomatisch aufgefaßt werden konnten, hätten vor der Veröffentlichung somit korrigiert werden können.
Bülow (1849-1921), seit acht Jahren Reichskanzler und mit der Problematik der zunehmend negativen Reaktionen der Öffentlichkeit auf Äußerungen Wilhelms wohlvertraut, folgte der Weisung des Kaisers jedoch nicht. Nach eigenen Angaben las er den Text überhaupt nicht, sondern leitete diesen an Untergegebene des Auswärtigen Amtes weiter. Dort erfuhr das "Interview" nur minimale Änderungen, und Bülow schickte es an den Kaiser zurück, womit der Veröffentlichung nichts mehr im Wege stand.
Der Historiker Wolfgang Mommsen stellte fest: "Der Kaiser hatte sich also vollkommen korrekt verhalten; in verfahrensmäßiger Hinsicht war alles ordnungsgemäß abgelaufen." (Wolfgang Mommsen: War der Kaiser an allem schuld? Berlin 2002, S. 143)
Neueste Forschungen zeigen, daß der Reichskanzler das Interview sehr wohl gelesen hatte und es dennoch unterließ, Korrekturen vorzunehmen.
Der Vorwurf des "persönlichen Regiments" trifft in der Daily Telegraph-Affäre also nicht zu, da der Kaiser das Interview nicht einfach eigenmächtig freigab, sondern ausdrücklich den Reichskanzler konsultierte und um vorherige Korrektur bat.
Reichskanzler Bülow übernahm nicht die Verantwortung dafür, die Korrektur des Interviews unterlassen zu haben. Statt dessen ließ er zu, daß in der Öffentlichkeit allein der Kaiser als Verantwortlicher für die Affäre betrachtet wurde.
Reichskanzler Bülow und andere Bürokraten boten nach Veröffentlichung des "Interviews" zwar spontan ihre Entlassung an, ohne jedoch freilich ausdrückliche Verantwortung zu übernehmen. Wilhelm II. lehnte ab und erwartete, daß sich der Reichskanzler im Gegenzug vor den Kaiser stellen und die Tatsachen richtigstellen würde. Dies tat der Kanzler aber nicht - im Gegenteil: Weder vor dem Reichstag (10.11.1908) noch vor der Presse übernahm Bülow die Verantwortung für die unkorrigierte Veröffentlichung des Interviews.

Zudem behauptete Bülow, das Interview selbst nicht gelesen zu haben und schob die Verantwortung auf Untergebene im Auswärtigen Amt ab. Wilhelm II. jedoch wußte, daß der Kanzler das Interview sehr wohl persönlich gelesen hatte.
Neueste Forschungsergebnisse bestätigen dies nicht nur, sondern belegen sogar, daß Bülow nachträglich Schriftstücke manipulieren ließ, um seine Schuld zu vertuschen. Der Kanzler hatte also auch noch die Öffentlichkeit belogen.
Wilhelm II. fühlte sich verständlicherweise von seinem Kanzler verraten, das Band zwischen beiden war zerschnitten. Erst im März 1909 versöhnten sich Wilhelm II. und Bülow wieder, nachdem sich dieser beim Kaiser in einem Gespräch unter vier Augen für sein Verhalten entschuldigt hatte.
Wilhelm II. entließ Reichskanzler Bülow nicht allein aus Groll über die Daily Telegraph-Affäre, sondern auch, weil dieser 1909 keine regierungsfähige Mehrheit im Reichstag mehr hatte.
Der "Novembersturm" (Wilhelm II. über die Daily-Telegraph-Affäre) hatte sich gelegt. Im Sommer des darauffolgenden Jahres 1909 aber war Bülows Politik in eine Sackgasse geraten: Sein liberal-konservatives Bündnis ("Der Block") zerbrach an der Ablehnung der Erbschaftssteuer und an der geplanten Reform des preußischen Wahlrechts. Am 14.07.1909 trat Bülow zurück und empfahl dem Kaiser, Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921) zu seinem Nachfolger zu bestellen. Obwohl der Kaiser anfangs Bedenken hatte, folgte er schließlich dem Ratschlag des scheidenden Kanzlers.

Fazit

Die Daily Telegraph-Affäre war eine der größten monarchischen Krisen im Kaiserreich und hatte Wilhelm II. nachhaltig beschädigt. Noch nie zuvor mußte ein deutscher Kaiser danach solche Zugeständnisse machen. Auch heute noch wird die Affäre fälschlicherweise als einer der Hauptbelege für ein "persönliches Regiment" des Kaisers gesehen. Dabei wird außerdem übersehen, daß der damalige Hauptkritikpunkt darin bestand, daß sich der Kaiser zu englandfreundlich (!) geäußert habe und heute hinfällig ist.
Das Jahr 1908 war für den Kaiser insgesamt ein Krisenjahr, das weitrechende Folgen auch für die öffentliche Position des Monarchen und sein Ansehen in Deutschland hatte.
Die im selben Jahr von dem rechtsradikalen Schriftsteller und Journalisten Maximilian Harden (eigentlich Felix Ernst Witkowsky; 1861-1921) in Gang gesetzte "Eulenburg-Affäre" hatte Wilhelm II. bereits erheblichen Schaden zugefügt. Der Kaiser wurde hier bezichtigt, sich in einem "unmännlichen, homoerotischem Umfeld" (dem "Liebenberger Kreis") zu bewegen, was ihn zu "weich" mache für einen harten außenpolitischen Kurs. Zentrale Figur dieses ersten großen Medienskandals war der enge Vertraute des Kaisers, Philipp Fürst von Eulenburg. Unmittelbar an die Eulenburg-Affäre schloß sich dann die Daily Telegraph-Affäre an.
Der Historiker Martin Kohlrausch bestätigt, daß beide Krisen in ihrer Gesamtwirkung die Monarchie fundamental und nachhaltig beschädigten: "Die Substanz der Krise der Monarchie von 1908 lag im Zusammenhang zwischen dem Schock zweier Skandale, die soweit gingen, die Abdankung des Monarchen in den Bereich des Möglichen zu bringen, und der gleichzeitigen Gewöhnung hieran." (Martin Kohlrausch: Der Monarch im Skandal. Berlin 2005, S. 292)
Das Selbstvertrauen des Kaisers schwand im Zuge der beiden Skandale, die Affären hinterließen Spuren in der Psyche des Kaisers: "Gesundet ist er niemals wieder von diesem Schlage", stellte sein Sohn, Kronprinz Wilhelm, später fest.<<
Nach der "Bosnien-Krise" vereinbarten der russische Zar und der serbische König Peter I. in Sankt Petersburg im Jahre 1909 den Zusammenschluß der Südslawen (x061/361).
Der deutsche Kaiser und Zar Nikolaus II. schlossen im Jahre 1910 in Potsdam ein Abkommen, daß beide Mächte keine feindliche Bündnispolitik führen werden (x074/998).
Als französische Truppen in Marokko mehrere Aufstände der Einheimischen niederschlugen

und als "Herren des Landes" auftraten, delegierte das Deutsche Reich im Jahre 1911 das Kanonenboot "Panther" nach Agadir. In Frankreich und in England breitete sich danach im Jahre 1911 durch die Teilmobilmachung der britischen Flotte eine gefährliche Kriegsstimmung aus. Der französisch-britische Generalstab legte damals sogar schon die Gefechtsstreifen in Frankreich fest (x098/39). Aufgrund der akuten Kriegsgefahr zog sich das Deutsche Reich später endgültig aus Marokko zurück. Marokko wurde im Jahre 1912 ein französisches Protektorat. Das Deutsche Reich erhielt zum Ausgleich französische Kolonien im Kongo.
Infolge der sogenannten "Marokkokrisen" in den Jahren 1905/06 und 1911 sowie durch völlig unnötige, überzogene Machtdemonstrationen geriet das Deutsche Reich immer weiter in die internationale Isolation. Der einzige Bundesgenosse des Deutschen Reiches, unter den europäischen Großmächten, war schließlich nur noch Österreich-Ungarn. Der angeschlagene Vielvölkerstaat kämpfte aber längst seit Jahrzehnten verzweifelt um seine eigene Existenz.
Rußland und Frankreich schlossen im Jahre 1911 ein Militär- und Flottenabkommen.
Als italienische Truppen im Jahre 1911 Tripolis und Cyrenaika besetzten und annektierten, kam es 1911-12 zum italienisch-türkischen Krieg.
Die Balkanstaaten Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland schlossen sich im Jahre 1912 unter russischer Leitung zum "Balkanbund" gegen das Osmanische Reich zusammen (x054/169). Während das Osmanische Reich einen Krieg gegen Italien führte (1911/12), nutzte der "Balkanbund" die Gunst der Stunde und griff das Osmanische Reich an. Die angeschlagenen Türken wurden im 1. Balkankrieg (1912) besiegt und mußten Mazedonien räumen. Italien verhinderte aber weiterhin Serbiens Zugang zur Adria.
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Balkankriege 1912/13 (x057/192): >>Von Rußland beeinträchtigt, begannen die 4 Balkanmächte Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland den Krieg gegen die Türkei wegen der Aufteilung der europäischen Türkei - 1. Balkankrieg 1912. Aber ein Streit um die Beute führte zum Krieg Bulgariens gegen die übrigen Balkanstaaten, denen sich Rumänien anschloß - 2. Balkankrieg 1913 - und endete mit einer Niederlage Bulgariens. Die europäische Türkei wurde aufgeteilt … und als neuer Staat das Fürstentum Albanien errichtet. Hierüber zeigte sich Serbien bitter enttäuscht, obwohl es einen reichen Gebietszuwachs erlangt hatte und entfaltete eine großserbische Bewegung, die sich vor allem gegen Österreich-Ungarn richtete.
Die Balkankrise bedeutete eine ständige europäische Kriegsgefahr und war begleitet von einem Wettrüsten der Großmächte. Frankreich führte die dreijährige Dienstzeit ein, so daß sein Heer im Jahre 1913 trotz der geringeren Einwohnerzahl größer war als das deutsche. Es ergänzte seine Bündnisse durch Militärabkommen mit England und traf geheime Abmachungen mit Belgien, nachdem mit Rußland schon seit 1892 eine Militärkonvention abgeschlossen worden war. Rußland baute mit französischen Geldern sein Eisenbahnnetz in Polen aus und verstärkte sein Heer auf die Zahl von 2 ¼ Millionen. Auch zwischen England und Rußland wurde über eine Marinekonvention verhandelt.
Demgegenüber bestanden zwischen den Dreibundmächten keine militärischen Verabredungen. Deutschland verstärkte im Jahre 1913 zwar seine Rüstung ebenfalls, aber wesentlich bescheidener infolge des Widerstandes der Linken im Reichstag.
Andererseits fehlte es nicht an Verständigungsversuchen zwischen Deutschland und England, die wegen eines Neutralitätsabkommens miteinander verhandelten, ohne ein Ergebnis zu erzielen; denn England forderte immer wieder die Beschränkung der deutschen Flotte, obwohl die englische Flottenstärke der deutschen weit überlegen war. Die Isolierung Deutschlands war vollendet, die Spannung aufs höchste gestiegen.<<
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die "politischen Verwicklungen" auf dem Balkan (x307/318): >>Der Erste Weltkrieg war genau genommen der dritte Balkankrieg, bevor er zum Weltkrieg wurde. ...

Im Herbst 1911 begann Italien einen Eroberungskrieg in einer afrikanischen Provinz des Osmanischen Reiches und löste dadurch eine Kette opportunistischer Überfälle auf osmanische Territorien auf der Balkanhalbinsel aus. Das geopolitische Gleichgewicht, das eine Eindämmung lokaler Konflikte ermöglicht hatte, geriet schlagartig aus den Fugen. Im Zuge der beiden Balkankriege von 1912 und 1913 sah sich Österreich-Ungarn mit einer neuen und bedrohlichen Situation an der südöstlichen Peripherie konfrontiert, während der Rückzug des Osmanischen Reiches strategische Fragen aufwarf, die russische Diplomaten und Politiker auf keinen Fall ignorieren durften.
Die beiden kontinentalen Bündnisblöcke wurden immer tiefer in die Auseinandersetzungen und Aversionen in einer Region der Welt hineingezogen, die in eine Phase noch nie da gewesener Unbeständigkeit eintrat. Im Verlauf dieses Prozesses wurden die Konflikte auf dem Schauplatz Balkan eng mit der Geopolitik des europäischen Systems verknüpft, und dadurch bildete sich eine ganze Reihe von Eskalationsmechanismen heraus, die es letztlich ermöglichten, daß im Sommer 1914 ein auf dem Balkan ausgebrochener Konflikt binnen fünf Wochen den gesamten Kontinent erfaßte.<<
Im Februar 1912 wurden die deutsch-britischen Verhandlungen über den eingeschränkten Ausbau der deutschen Kriegsflotte erfolglos beendet, obwohl das Deutsche Reich erhebliche Zugeständnisse machte. England lehnte es weiterhin ab, verbindliche Neutralitätserklärungen zu vereinbaren, falls Deutschland in einen Festlandkrieg verwickelt würde (x059/19).
Großbritannien schloß danach am 23. November 1912 eine Vereinbarung mit Frankreich gegen das Deutsche Reich und verpflichtete sich im Fall eines Krieges zur Unterstützung des französischen Bündnispartners (x041/57).
Der britische Diplomat Harold G. Nicolson berichtete im Jahre 1912 (x307/698): >>... Es wäre von weit größerem Nachteil, ein unfreundliches Frankreich und Rußland zu haben als ein unfreundliches Deutschland. (Deutschland kann) uns reichlich zu schaffen machen, aber es kann unsere wichtigeren Interessen nicht ernsthaft bedrohen, insbesondere Rußland könnte uns hingegen extreme Schwierigkeiten und in der Tat Gefahr im Mittleren Osten und an unserer indischen Grenze bereiten und es wäre äußerst unglücklich, falls wir zu dem Status quo zurückkehren würden, der vor 1904 und 1907 Bestand hatte. ...<<
Die englische Flotte verfügte im Jahre 1912 über mehr als die doppelte Stärke der deutschen Flotte (x069/91).
Winston Churchill, damals Erster Lord der Admiralität, griff die deutsche Reichsregierung am 9. Februar 1912 "scharf" an (x056/309): >>Die Flotte ist für Großbritannien eine Notwendigkeit, während sie für Deutschland in vieler Hinsicht nur einen Luxus bedeutet. Unsere Flotte ist für das Dasein Großbritanniens von größter Wichtigkeit, ja sie bedeutet unsere Existenz selbst; für Deutschland ist sie ein überflüssiger Machtzuwachs.<<
Der deutsche Reichskanzler Theobald Bethmann-Hollweg warnte im Jahre 1912 bereits vor Rußland (x063/482): >>... Die Zukunft gehört ihm - es wächst und wächst und legt sich als immer schwererer Alp auf uns.<<
Zar Nikolaus II. und Kaiser Wilhelm II. bekräftigten am 4. Juli 1912 während eines Treffens in Estland die russisch-deutsche Freundschaft. Trotzdem baute Rußland mit französischer Unterstützung im Jahre 1912 das Eisenbahnnetz im ehemaligen Polen aus und verstärkte das russische Heer auf 2.250.000 Soldaten (x057/192).
Nach den sogenannten "Marokkokrisen" versuchte der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg ab 1913, die deutsch-britischen Beziehungen zu verbessern.
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die Außenpolitik des deutschen Kaisers (x307/433): >>Was den Kaiser anging, so neigte er zwar zu spontanen Ausbrüchen mit markigen Sprüchen, geriet aber in Panik und riet zur Mäßigung, sobald ein realer Konflikt in den Bereich des Möglichen rückte – sehr zur Enttäuschung der Generäle.

Wilhelm II. hoffte weiterhin auf eine langfristige Verständigung mit Großbritannien. Seine Äußerungen im Jahr 1913 lassen darauf schließen, daß er einen englisch-deutschen Krieg immer noch für "undenkbar" hielt. Er blieb außerdem zuversichtlich, daß die deutsche militärische Stärke Rußland von einer bewaffneten Intervention in einem Konflikt zwischen Österreich und Serbien abhalten werde. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über das britisch-deutsche Verhältnis im Jahre 1913 (x283/194): >>... Die Engländer hatten schon immer die stärkste Kontinentalmacht bekämpft, und das war nun Deutschland.

Nach Bernhard Shaw konnten Edward Grey und Winston Churchill, Außen- und Marineminister, es kaum erwarten, den unbequemen deutschen Konkurrenten zu beseitigen, der das Monopol der Briten auf die Hochsee bedrohte. Am Queens College in London war 1913 der bevorstehende Entscheidungskampf mit Deutschland akademisches Thema. Die Generalstabspläne lagen vor.

Rußland war von Berlin enttäuscht, wo man mit Rücksicht auf England den russischen Wunsch nach den Dardanellen nicht unterstützte und Wien den Rücken stärkte. In Sankt Petersburg kochte die von der russischen Presse hochgepeitschte deutschfeindliche Stimmung. Bei Kriegsausbruch stürmten die aufgeputschten Massen die deutsche Botschaft und schlugen in einem Ausbruch von Vandalismus die Residenz nebst der Kunstsammlung des Grafen Pourtalès kurz und klein.

Es wäre anders gekommen, wenn sich Deutschland dauerhaft entweder mit Rußland oder aber mit England verständigt hätte, anstatt zwischen beiden so lange zu pendeln, bis diese sich untereinander zusammentaten. ...<<

Im Verlauf der Bündnisverhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien erklärte der bulgarische Ministerpräsident vor dem Beginn des 2. Balkankrieges im Jahre 1913 (x233/144): >>... Gewiß, wenn die Liquidation der Türkei mit einem Zerfall Österreich-Ungarns Hand in Hand ginge, wäre die Lösung viel einfacher: Serbien erhielte Bosnien und die Herzegowina, Rumänien Siebenbürgen und wir hätten nicht mehr das Eingreifen Rumäniens während unseres Krieges gegen die Türkei zu fürchten. ...<<

Da sich die siegreichen Länder des Balkanbundes nicht über die Verteilung der eroberten Gebiete einigen konnten, griff Bulgarien im Mai 1913 Serbien an. Danach beteiligten sich ab Juni auch noch Griechenland, Rumänien, Montenegro und das bereits geschlagene Osmanische Reich am 2. Balkankrieg. Bulgarien wurde bis August 1913 entscheidend besiegt und mußte z.B. Mazedonien, die Dobrudscha und Kreta abtreten.

Während des 2. Balkankrieges erzielten Serbien und Griechenland zwar nochmals große Gebietsgewinne, aber Serbien wurde trotzdem wieder maßlos enttäuscht. Österreich-Ungarn verteidigte angesichts des Bündnisses mit dem Deutschen Reich entschlossen die Selbständigkeit Albaniens und forderte Serbien per Ultimatum vom 18.10.1913 auf, die besetzten albanischen Gebiete innerhalb von 8 Tagen zu räumen. Als Serbien am 25.10.1913 die Truppen aus Albanien abzog, war die akute Kriegsgefahr zunächst gebannt und Albanien versperrte Serbien weiterhin den angestrebten direkten Zugang zur Adria.

Nach den verlustreichen Balkankriegen behielt das Osmanische Reich nur noch geringe europäische Gebiete. Das Osmanische Reich und das Deutsche Reich mußten sich am 28. Juli 1913 gegenüber Großbritannien verpflichten, die Bagdadbahn nur bis zur irakischen Hafenstadt Basra zu bauen (x092/729).

Ab 1913 führten die "Jungtürken" ehrgeizige Modernisierungsmaßnahmen durch, die fast nur mit Fremdkapital finanziert wurden. Vor dem Ersten Weltkrieg war das Osmanische Reich bereits so hoch verschuldet, daß man sämtliche türkischen Staatseinnahmen an europäische Gläubiger verpfänden mußte (x056/310). Ein Hauptgläubiger des Osmanischen Reiches war das Deutsche Reich - mit etwa 500,0 Millionen RM bzw. 25 % der gesamten türkischen

Schulden. Deutsche Unternehmen planten, finanzierten und bauten z.B. seit 1903 eine Eisenbahnstrecke von Konya im Osmanischen Reich bis nach Bagdad im Irak.
Ab 2. Januar 1914 veröffentlichte die Pariser Zeitung "Le Matin" eine fünfteilige Reihe über "Das größere Rußland".
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über diese sensationelle Veröffentlichung (x307/538-539): >>… Der wohl alarmierendste Beitrag war eine Landkarte mit der Überschrift "Der Kriegsplan Rußlands". Das gesamte Gebiet zwischen Ostsee und Schwarzem Meer war darauf dicht übersät von einem Archipel aus Truppenkonzentrationen, die über ein Gitter aus Bahnlinien miteinander verbunden waren. Aus dem dazugehörigen Kommentar ging hervor, daß dies "die genauen Stellungen der russischen Armeekorps zum 31. Dezember 1913" waren; der Leser wurde ausdrücklich aufgefordert, "die außergewöhnliche Ansammlung von Streitkräften an der russisch-preußischen Grenze" zu beachten.
Die Artikel brachten eine etwas fantastische und übersteigerte Sichtweise der russischen militärischen Stärke zum Ausdruck und dienten möglicherweise in Wirklichkeit dazu, den Widerstand gegen das neue französische Rußland-Darlehen zu schwächen, aber auf deutsche Leser, die über die gigantischen Darlehen Bescheid wußten, die erst kurz zuvor zwischen Frankreich und Rußland vereinbart worden waren, übten sie eine alarmierende Wirkung aus. …
Es gab noch viele, ähnlich haarsträubende Unternehmen mit lancierten Presseartikeln: In einem Leitartikel zum Neujahr, der um die gleiche Zeit erschien, brachte die russische Militärzeitschrift "Raswetschik", die gemeinhin als das Organ des Generalstabs galt, eine schaurige Vision von dem bevorstehenden Krieg gegen Deutschland:
Doch nicht nur die Truppe, das ganze russische Volk muß daran gewöhnt werden, daß wir uns zum Vernichtungskampf gegen die Deutschen rüsten und daß die deutschen Reiche vernichtet werden müssen, auch wenn wir dabei Hunderttausende von Leben verlieren müssen.
Diese Form der halboffiziellen Propagandamache hielt bis in den Sommer hinein an. ...<<
Der britische Botschafter in St. Petersburg berichtete im April 1914 (x307/698): >>Rußland wird rasch so mächtig, daß wir seine Freundschaft fast um jeden Preis erhalten müssen. Wenn es zu der Überzeugung gelangt, daß wir als Freund unzuverlässig und nutzlos wären, könnte es eines Tages einen Handel mit Deutschland schließen und die Handlungsfreiheit in der Türkei und Persien wiedererlangen. ...<<
Die russische Tageszeitung "Birschewija" berichtete am 13. Juni 1914 (x307/539): >>**Rußland ist bereit. Frankreich muß es auch sein** ...<<
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über diesen Presseartikel (x307/539): >>Er wurde in der französischen und deutschen Presse mehrfach nachgedruckt. Insbesondere alarmierte die Politiker in Berlin die zutreffende Vermutung des deutschen Botschafters … in St. Petersburg, daß der Beitrag von keinem Geringeren als dem russischen Kriegsminister … persönlich lanciert worden sei.
Der Artikel skizzierte eindrucksvoll die gewaltige Militärmaschine, die im Fall eines Krieges Deutschland überrollen würde. Die russische Armee, prahlte der Schreiber, werde in Kürze eine Stärke von 2,32 Millionen Mann erreichen - Deutschland und Österreich-Ungarn hätten hingegen zusammen nur 1,8 Millionen Mann. Dank eines rasch sich ausdehnenden strategischen Schienennetzes werde überdies die Mobilmachungszeit erheblich verkürzt. ...<<
Ein deutsches Unternehmen mußte aufgrund einer britisch-deutschen Vereinbarung vom 15. Juni 1914 den Bauauftrag für die Bagdad-Bahn-Reststrecke zwangsweise an englische Unternehmen abgeben.

Das Attentat von Sarajevo
Am 28. Juni 1914 fiel der 50jährige Erzherzog Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo - seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert - einem Attentat zum Opfer. Der öster-

reichisch-ungarische Thronfolger und seine Ehefrau wurden während einer Stadtrundfahrt durch den bosnischen Nationalisten Princip erschossen.
Der Attentäter Gavrilo Princip handelte im Auftrag der serbischen Geheimorganisation "Schwarze Hand", die nachweislich von Serbien und Rußland unterstützt wurde. Die Belgrader Regierung und russische Militärberater erhielten frühzeitig Informationen über die Attentatspläne, reagierten jedoch nicht (x090/243).
Erzherzog Franz Ferdinand mußte vor allem sterben, weil er eine konstruktive Balkanpolitik des Ausgleichs anstrebte. Der österreichisch-ungarische Thronfolger plante eine vernünftige Neuaufteilung des österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaates mit einem selbständigen Staat für die Südslawen und war gleichzeitig um eine ehrliche Aussöhnung mit den Slawen bemüht (x056/315).
Diese Pläne genügten den großserbischen Nationalisten jedoch längst nicht mehr.
Die Ermordung des österreichischen Staatsmannes bildete den Abschluß zahlreicher Aggressionen. Mit diesem Attentat provozierte der radikale serbische Geheimbund "Schwarze Hand" bewußt den Ersten Weltkrieg, denn man rechnete fest damit, daß dieser Mordanschlag angesichts der extremen damaligen Lage angemessen geahndet werden würde.
Nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers ähnelte der Balkan einem hochbrisanten "Sprengstofflager", das schon bei der geringsten Erschütterung zu explodieren drohte. Offiziell wollte zwar niemand den Krieg, aber überall in Europa rechnete man damals mit dem Kriegsausbruch.
Da alle europäischen Staatsmänner irrtümlich von einem begrenzten Krieg - wie z.B. die Balkankriege von 1912 und 1913 - ausgingen, und niemand bereit war, auf seine vermeintlichen Ansprüche zu verzichten, steuerte Europa und vor allem das eigentlich unbeteiligte Deutsche Reich unter "vollen Segeln" dem Untergang entgegen.
Leo Trotzki (1879-1940, eigentlicher Name Leib Bronstein, neben Lenin ein wesentlicher Anführer der russischen Revolution von 1917) schrieb später (im Jahre 1926) über die Rolle der britischen Außenpolitik vom 18. bis zum 20. Jahrhundert (x337/292-293): >>… Im Laufe von drei Jahrhunderten führte England ununterbrochen Krieg, um mit Piratenmethoden andere Nationen zu vergewaltigen, so die Ausplünderung zu verbreiten, sich fremde Reichtümer anzueignen, fremde Handelskonkurrenz zu beseitigen, fremde Seekräfte zu vernichten und die führenden britischen Kreise zu bereichern.
Zur Belehrung seines eigenen Volkes wird die ganze frühere Geschichte Englands, der Doktrin der Nichteinmischung zum Trotz, als die Geschichte des glorreichen Kampfes der britischen Regierung für die Freiheit der ganzen Welt dargestellt.
Jede neue Akt der Kabbala (Geheimlehre) und Vergewaltigung, der Krieg mit China um das Opium, die Versklavung Ägyptens, der Burenkrieg, die Intervention zu Gunsten der zaristischen Generäle, alle kriegerischen Expeditionen wurden für zufällige Ausnahmen der allgemeinen Regel erklärt. …
Die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb.
Hätte die englische "Demokratie" erklärt, daß sie auf Seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten. Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen.
Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische "Demokratie" den Krieg provoziert. …<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2009 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x878/...): >>... Die deutsche Politik war auf den Kriegsausbruch gedanklich überhaupt nicht vorbereitet. Man wußte nicht, was man wollte:
Wenn es ein Verteidigungskrieg war, durfte es keine praktisch unkontrollierte Kriegszieldiskussion geben; war es ein Krieg zur Etablierung einer deutschen Hegemonie, dann hätte es vor dem Krieg unbedingt Klarheit über die Kriegsziele geben müssen. Ein Krieg wurde geführt, ja wofür? Es war eine unglaubliche Gedankenlosigkeit, mit der das Deutsche Reich in den Krieg eintrat. Sie spricht allerdings auch gegen eine deutsche Kriegsschuld, es sei denn im Rahmen von Fahrlässigkeit.
Die Auseinandersetzung um einen Ausgleich zwischen berechtigten, existentiellen deutschen und den Interessen der anderen europäischen Großmächte war in Deutschland ausgeblieben. Für die deutschen Kriegsgegner Großbritannien, Frankreich und Rußland war die Lage bei Kriegsausbruch hingegen klar. Ihr überkommenes und in Jahrhunderten erprobtes außenpolitisches Ordnungssystem gab die Leitlinien vor, es bedurfte keiner langen Diskussion. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen.
Punkt eins: Das Deutsche Reich durfte keinesfalls eine faktische Hegemonie in Kontinentaleuropa erringen;
Punkt zwei: es mußte so weit geschwächt werden, daß auch eine tendenzielle kontinentaleuropäische Hegemonie Deutschlands auf Dauer ausgeschlossen blieb;
Punkt drei: vielleicht ergab sich sogar die Möglichkeit, das Deutsche Reich, das noch nicht einmal ein halbes Jahrhundert existierte, als Störfaktor ganz auszuschalten und wieder zu zerschlagen. …<<
Herbert Ludwig berichtete später (am 25. Juli 2014) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Einfluß der britischen Freimaurer vor dem Ersten Weltkrieg (x967/…): >>**Okkulte Einflüsse im englischen Imperialismus vor dem 1. Weltkrieg**
Der Einfluß des Okkultismus auf die britische Politik ist allgemein wenig bekannt oder wird in seiner Bedeutung unterschätzt. Schon im vorigen Artikel hatten wir den Hinweis des Historikers Markus Osterrieder zitiert, daß gerade in der imperialistischen Bewegung um Alfred Milner ein tiefes Interesse an okkultistischen und spiritistischen Phänomenen, "die seit 1852 immer mehr Menschen auf der britischen Insel in ihren Bann schlugen", verbreitet war. (M. Osterrieder: *Welt im Umbruch*, Stuttgart 2014, S. 805).
Trotz der allgemeinen Neigung zum Materialismus gaben sich viele Engländer doch nicht mit platten Welterklärungen zufrieden, sondern versuchten, in den metaphysischen Hintergründen des irdischen Lebens Antworten auf Rätselfragen des Daseins zu finden. Und insbesondere Politiker strebten durch spiritistische Praktiken danach, Leitlinien für ihr Handeln aus einer spirituellen Welt zu erhalten. Das kann man als Humbug abtun. Aber damit verbaut man sich den unvoreingenommenen Blick auf historisch wirksame Kräfte. Und um deren Beschreibung geht es.
Die okkultistischen Bestrebungen W. T. Steads
Ein enger Freund Alfred Milners, der Journalist William Thomas Stead (1849-1912), der "eine der eigentümlichsten Persönlichkeiten seiner Zeit und eine beherrschende Gestalt im öffentlichen Leben der Insel" war, besuchte seit 1881 spiritistische Sitzungen. Eine eigene mediale Begabung, die des automatischen Schreibens (s. Wikipedia unter Séancen) trat bei ihm erstmals 1892 auf, durch das er "regelmäßig Nachrichten von 'Verstorbenen' über das 'schreibende Telefon´" empfing. Bereits Mitherausgeber der angesehenen Abendzeitung Pall Mall Gazette, gab er ab 1894 die Vierteljahreszeitschrift Borderland heraus, um das, "was die Society for Psychical Research für einige Auserwählte getan hat", für das große Publikum zu erreichen. (Osterrieder, S. 828f.)
Weltweit berühmt wurde W. T. Stead 1897 … durch die Veröffentlichung von Mitteilungen,

die ihm unter dem Namen einer verstorbenen Bekannten, Julia Ames, kundgetan wurden. Das Buch erfuhr zahlreiche Auflagen und Übersetzungen.
Von "Julia" empfing er eine Meditationstechnik, die er "Rosenkranz" nannte: In einem Notizbuch schrieb er alle Namen von Personen und Sachen nieder ("die Gefährten des Rosenkranzes"), zu denen er in irgendeiner Beziehung stand.
Jeden Morgen ging er nach dem Aufwachen in Gedanken jeden einzelnen Namen mit der Frage durch: Was kann ich hierfür tun? Was sollte ich tun? Er hatte dabei auf alle Einfälle zu achten, die ihm spontan zukamen. Lord Milner, der für Steads "Gespenster" angeblich nicht viel übrig hatte, übernahm diese okkulte Technik gerne für seine eigenen, zumeist politischen Zwecke: "Der Rosenkranz ist ausgezeichnet, und ich werde ihn übernehmen und Dich zu einem meiner Gefährten machen."
1909 richtete Stead das "Büro Julia" ein, welches den "okkulten Kontakt" zwischen den beiden Sphären aufrechterhalten sollte, um "jenen, die ihre Verstorbenen verloren hatten, die sich um Freunde und Verwandte sorgten, erneut eine Verbindung mit ihnen zu ermöglichen." Dabei kam er auf die Idee, für seine Zeitung "Tote" zu "interviewen". 1909 gab etwa der längst verstorbene W. E. Gladstone (früherer Premierminister) auf einer Séance zum Besten, was "er" von dem neuen britischen Haushalt hielt. Das "Interview" erschien im Daily Chronicle unter der Schlagzeile: "Erstaunliches Geist-Interview. Der verstorbene Mr. Gladstone über den Haushalt" (a.a.O. S. 830).
Was auch immer an der Sache mit Gladstone dran war: Stead versuchte, echte oder fingierte okkulte Offenbarungen in den Dienst praktischer Politik zu stellen. Dies nahm noch ganz andere Ausmaße an. Wie Milner ein "Enthusiast für die Rasse und das Empire", bemühte er sich in der britisch-russischen Auseinandersetzung um die Vorherrschaft in Zentralasien (Great Game) hartnäckig um eine Annäherung zwischen beiden Ländern, "verweigerte sich konsequent der grassierenden Russophobie und riet der britischen Regierung, Rußland endlich als Partner im Prozeß der 'Zivilisierung' Asiens und Schutzmacht der christlichen Slawen auf dem Balkan gegenüber dem Islam anzuerkennen."
Dazu pflegte er seit 1877 enge Kontakte mit der spirituellen kosmopolitischen Russin Olga Novikova, die als inoffizielle Vertreterin der panslawischen Sache in London und Moskau wirkte. Sie machte ihn 1888 mit ihrer Freundin, der Okkultistin Helena P. Blavatsky bekannt, der Mitbegründerin und spirituellen Führerin der Theosophischen Gesellschaft, die in ihm "einen guten Theosophen" sah.
"Nach 1905 kam Stead während einer spiritistischen Sitzung in Kontakt mit einer Entität, die sich als 'Catherine' zu erkennen gab." In ihm bildete sich die Überzeugung, daß es sich um den Geist der Zarin Katharina der Großen (1729-1796) handele, die ihn auserwählt habe, "Botschaften über die Zukunft der slawischen Völker mitzuteilen.
Am 4. Dezember 1908 beauftragte Stead sein reguläres Medium Kathleen Harper, sie möge 'Catherine' bitten, einen Artikel über 'die allgemeinen Unruhen und die Perspektiven im Nahen Osten' zu channeln, den er unter seinem Namen veröffentlichen würde. ... Sie können sie fragen, was sie über diese Idee denkt, und ob sie es vorziehen würde, mit Ihrer Hand (automatisch) zu schreiben oder mit meiner. Ich meine, es wäre großartig, sie wieder in die Magazinliteratur einzuführen."
"Auf diese merkwürdige Weise entstand ein Artikel, unter dem Titel 'Die Ankunft der Slawen', den Stead im Januar 1909 in der Contemporary Review veröffentlichte. Der Artikel war ein panslawistisches Manifest über die Entstehung von Slavonia, einer 'Föderation oder Föderationen von selbstregierten Staaten', 'von Petersburg bis Prag und von Prag bis Adrianopel' (das ostthrakische Edirne). ... Einer solchen Morgendämmerung müsse jedoch erst die Verbindung von Slawentum und (trotz allem would-be Imperialism) britischer Politik vorangehen" (a.a.O. S. 833, 834).

Dies bräuchte hier nicht so ausführlich geschildert zu werden, wenn diese Verbindung von Slawentum und britischer Politik sich nicht erstaunlicherweise realisiert und im Vorfeld des Ersten Weltkrieges zu einer Mächtekonstellation geführt hätte, die an seinem Ausbruch wesentlichen Anteil hatte.

Cecil J. Rhodes und seine Geheimgesellschaft

"Am 4. April 1899 hatte Stead den südafrikanischen Imperialisten Cecil J. Rhodes (1853-1902) kennengelernt", der wie Milner und seine Freunde seit seiner Jugend unter dem Einfluß der imperialistischen Ideen des Oxforder Kunsthistorikers John Ruskin stand und "sie zeitlebens als Inspirationsquelle für sein Handeln betrachtete."

Rhodes wollte sein riesiges, in Südafrika durch Gold- und Diamantenminen und an der Börse erworbenes Einkommen von über 1 Million Pfund jährlich (heute über 8 Millionen Euro) "zu und für die Einrichtung, Förderung und Entwicklung einer Geheimgesellschaft" widmen, "deren wahres Ziel und Zweck die Ausdehnung der britischen Herrschaft über die ganze Welt sein wird."

Nach der "letztendlichen Rückgewinnung der Vereinigten Staaten von Amerika als integralem Bestandteil des Britischen Empire" entstehe "eine so große Macht, die Kriege unmöglich machen und das Wohl der Menschheit fördern werde (a.a.O. S. 841 f.).

Während seines Studiums in Oxford wurde Rhodes Mitglied der Freimaurer-Apollo-Loge Nr. 357, Orient of Oxford, wo er am 17.4.1877 zum Master Mason erhoben wurde. Er trat ferner der Prince Rose Croix Loge Nr. 30 bei, einer Loge der Schottischen Hochgradmaurerei in Oxford. Von 1868-1914 wurden in der Apollo University-Loge 1.271 junge Männer der britischen Oberschicht eingeweiht, also jährlich im Schnitt 28 Personen. Darunter befand sich auch der Prince of Wales und spätere König Edward VII, ferner der von 1905-1916 als britischer Außenminister wirkende Sir Edward Grey.

"Bereits im Alter von 24 Jahren war Rhodes zu seiner Überzeugung gelangt, die er 1877 in einem 'Glaubensbekenntnis' niederschrieb:

Ich behaupte, daß wir das vortrefflichste Volk der Welt sind; je weiter wir uns in der Welt ausbreiten, desto besser für die Menschheit. … Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werde ich Mitglied des Freimaurerordens. Ich sehe den Reichtum und die Macht, die sie besitzen, den Einfluß, den sie ausüben ... Warum sollte man nicht eine Geheimgesellschaft bilden mit einem einzigen Ziel - der Förderung und Erweiterung des Britischen Empire, um die gesamte, noch nicht zivilisierte Welt unter britische Herrschaft zu bringen, um die Vereinigten Staaten zurückzugewinnen und die Angelsachsen in der ganzen Welt zu einem einzigen Empire zusammenzufassen. ...

Es ist unsere Pflicht, jede Gelegenheit zu ergreifen, mehr Land zu erwerben, und wir sollten uns diese Idee beständig vor Augen halten: Mehr Land bedeutet einfach mehr von der angelsächsischen Rasse, mehr von der besten, menschlichsten, ehrenhaftesten Rasse, die die Welt besitzt. Um einen solchen Plan zu fördern, wäre eine Geheimgesellschaft eine großartige Hilfe, eine nicht öffentlich bekannte Gesellschaft, sondern eine, die im geheimen für ein solches Ziel arbeitet. ...

Schaffen wir dieselbe Art von Gesellschaft oder Kirche (wie die römische Kirche) für die Ausdehnung des Britischen Empire, eine Gesellschaft, die in jedem Teil des Britischen Empire ihre Mitglieder hat, die für ein einziges Ziel, für eine einzige Idee arbeiten, die ihre Mitglieder an unseren Universitäten und in unseren Schulen unterbringt und darauf achtet, daß die englische Jugend durch deren Hände geht. ... Die Gesellschaft sollte Teile der Presse inspirieren oder sogar besitzen, denn die Presse beherrscht das Bewußtsein anderer Menschen (a.a.O. S. 842, 843).

Von der Verwirklichung dieses Planes war er sein Leben lang besessen. 1888 erläuterte er in einem Brief an Nathan Rothschild, den er ins Vertrauen gezogen und zum Treuhänder seines

Vermögens gemacht hatte, wie die geplante Gesellschaft zu organisieren sei: "Nehmen Sie die Satzung der Jesuiten und ersetzen Sie 'römisch-katholische Religion' durch 'Englisches Empire'."
Der Orden sollte als "eine Kirche zur Ausdehnung des Britischen Empire" funktionieren, um die Menschen zu unterweisen, dafür so zu arbeiten, "wie die Jesuiten für die römische Kirche arbeiteten." Doch Nathan Rothschild schien unfähig, seine Gedanken voll zu verstehen, so daß er W. T. Stead zu seinem weiteren Treuhänder machte. Stead unterstützte ihn voll und ganz darin, anstelle einer britischen Vorherrschaft eine English-speaking union unter Einschluß der USA anzustreben.
Rhodes und Stead, die fortan von "unserer Idee" sprachen, schwebte vor, das zentralistische Papsttum des 9. Jahrhunderts, das Nikolaus I. geschaffen hatte, als Modell für die geplante Geheimgesellschaft zu übernehmen, um ein "Papsttum der englischsprechenden Idee" einzurichten, das nur den veränderten Gegebenheiten der Neuzeit angepaßt werden müsse. "Das Papsttum muß verwestlicht, anglisiert oder amerikanisiert werden", um "Freiheit und lokale Selbstverwaltung" aufzunehmen, deswegen benötige man "einen Papst, der englisch denkt." (S. 847)
Nachdem W. T. Stead Cecil Rhodes mit den geistverwandten Earl Albert Grey, Alfred Milner und Reginald Baliol Brett (Lord Esher) bekannt gemacht hatte, nahmen 1891 die Pläne der "Geheimgesellschaft" konkretere Gestalt an. "Lord Esher war einflußreichster Berater des Prinzen von Wales und späteren Königs, Edwards VII., welcher auch den Freimaurergrad eines Großmeisters der Vereinigten Großloge von England innehatte.
Während seiner Regentschaft (1901-1910) empfing Edward VII. von Brett, der seitdem als Lieutenant-Governor von Windsor Castle diente, täglich einen ratgebenden Brief. Der Prinz von Wales war überzeugter Imperialist und wie Rhodes und Rosebery der Auffassung, daß die Welt soweit wie möglich unter die Herrschaft des höherwertigen Angelsachsentums fallen solle." (A.a.O. S. 854)
Brett war es, der Stead mit eigenhändig geschriebenen anonymen Artikeln und mit internen Informationen aus dem Kabinett der Regierung Gladstone versorgte, um auf diese Weise auf den politischen Kurs von Gladstones Druck auszuüben. Schließlich mußte Gladstone im März 1894 vom Posten des Premierministers zurücktreten und wurde von Lord Rosebery abgelöst, der als Liberaler Imperialist dem Kreis um Rhodes, Stead, Brett und Milner nahestand.
Stead wiederum notierte, wie man sich am 5.2.1891 die Funktionsweise der 'Gesellschaft' vorgestellt hatte: "… die ideale Regelung wäre, soweit es für uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt ersichtlich ist: Rhodes, General der Gesellschaft; Stead, Brett und Milner bilden die Junta der Drei.
Nach Rhodes wäre Stead General, mit einem dritten in Nachfolge, möglicherweise (Nathan) Rothschild; dahinter bilden (der katholische Kardinal Henry) Manning, die Booths (General William Booth von der Heilsarmee und Bramwell Booth), Klein-Johnston (H. H. Johnston, Eroberer von Kenia und Nyasa-Land), Albert Grey, Arthur Balfour einen Kreis von Initiierten. Eine Assoziation der Helfer wird nachfolgen." (S. 855)
Der eng gefaßte "Kreis der Eingeweihten" hatte 1891/92 konkrete Gestalt angenommen, blieb aber im Hintergrund. In den Vordergrund trat die von Rhodes finanzierte Vergabe von Stipendien, "mit deren Hilfe die jugendliche Elite aus den Kolonien und den USA, aber auch aus Deutschland, an der Universität Oxford im britischen Geist erzogen werden sollte," um so "dem inneren Orden der imperialen 'Kirche' das benötigte 'Fußvolk' zu verschaffen - nämlich Menschen, die in ihren Gedanken-, Willens- und Empfindungsformen tief von der in Oxford herrschenden 'Aura' vorgeprägt sein sollten" (S. 857). Jährlich gelangen so seit 1904 knapp 70 Studenten nach Oxford; wegen der Stipendien-Dauer von 3 Jahren befinden sich zu jeder Zeit rund 205 Stipendiaten dort. (S. 870).

Der wachsende Einfluß Alfred Milners

Um 1900, wenige Jahre vor dem Tode Cecil Rhodes, verlor W. T. Stead dessen Vertrauen, "weil er sich öffentlich gegen das Vorgehen der Limps im Burenkrieg gewendet hatte" (in dem Rhodes und Alfred Milner die treibenden Kräfte waren) und sich auch nicht an die Geheimhaltungspflicht hielt. Doch trotz seiner Kriegskritik organisierte er 1899 in der Presse eine Invasionshysterie gegen Deutschland. Er streute das nachhaltige, vom Foreign Office weiter verwendete Gerücht, Berlin organisiere eine antibritische Koalition und bereite eine Invasion der britischen Inseln vor. Die Wirkung der so erzeugten Hysterie in der Öffentlichkeit sollte die gesamte Zeit bis zum Kriegsausbruch 1914 mitbestimmen. (S. 863, 864)

An seiner Stelle rückte Alfred Milner zum geistigen Nachfolger von Rhodes auf, der kurz vor seinem Tod sagte: "Vertraut immer Milner." Und er setzte ihn in seinem letzten Testament zum Treuhänder seines Vermögens (Rhodes-Trust) und der Stipendienvergabe ein. So führte Milner nach 1902 die Gedanken von Cecil Rhodes in selbständiger Weise aus. Organisationssekretär des Trusts wurde sein alter Freund und Inspirator aus Oxford, der Kanadier Sir George Parkin (1846-1922), "der nach Aussage seines Schwiegersohns 'Gott und Oxford und das Britische Empire niemals richtig auseinanderhalten konnte.'

Als Vorsitzender des Treffens des Royal Colonial Institute am 13. November 1906 erörterte Parkin das Ziel einer engeren imperialen Föderation der englischsprechenden Völker mit dem Verweis auf 'die kommende existentielle Krise´(worunter ein kommender Krieg verstanden wurde), in der 'wir als vereintes Volk aus den verschiedenen Teilen der Welt handeln werden." (S. 867-869)

"Miners Mitarbeiter, Leo Amery, bekannte rückblickend im Jahre 1952: Wenn auch die Vision von Rhodes stammte, so war es doch Milner, der gut zwanzig Jahre hindurch verläßlich die Grundfesten eines Systems errichtete, dessen Macht, die Lebensanschauung und die geistige Verwandtschaft einer stetig wachsenden Gemeinschaft von Menschen in der gesamten englischsprechenden Welt zu formen, nur schwerlich übertrieben werden kann." (S. 870)

"Milner knüpfte nach 1902 beständig neue Fäden. Allmählich bildeten sich mehrere lockere Kreise und Gruppen, deren Mitglieder in den meisten Fällen keineswegs das gesamte Geflecht überblickten. Milners alter Studienfreund Arthur Glazebrook sprach 1914 von einer 'Armee von Milnerianern', die allesamt von deiner Führung und Inspiration abhängen". (S. 871)

Die sehr guten Kontakte zu dem amerikanischen Bankier J. P. Morgan, der sich im Sommer oft mit König Edward VII. in England zu Golf- und Jagdpartien traf, sollten Lord Milner ebenfalls noch zugutekommen. "Schließlich wurde er vor dem Krieg Großaufseher der Vereinigten Großloge von England, der König Edward VII. als Großmeister vorstand." (S. 872)

Durch die Freimaurerei und seinen langjährigen Mentor Lord George Goschen (1831-1907, Erster Lord der Admiralität 1871-1874 und 1895-1900, Schatzkanzler 1887-1892) öffnete sich ihm ein weiterer Kreis einflußreicher konservativer Politiker, die von Robert Gascoyne-Cecil (Lord Salisbury 1831-1903, Premierminister 1886-1892, 1895-1902 und Kanzler der Universität Oxford 1869-1903) sowie - nach dessen Tod - von Arthur James Balfour (1848-1930, Schatzkanzler 1895-1902, Premier 1902-1905) dominiert wurden.

"Die Angehörigen des 'Cecil-Clans' prägten das gesellschaftliche Leben in vornehmen Londoner Dinnerclubs ... und bestückten mit Hilfe von zahllosen Verwandtschafts- und Heiratsbeziehungen das politische Leben, das Erziehungs- und Pressewesen der britischen Insel mit Männern ihres Vertrauens. Durch sie erhielt Milner den politischen Einfluß, den er zur Durchsetzung seiner Ziele benötigte" (S. 872-873).<<

Herbert Ludwig berichtete am 4. August 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die politische Einflußnahme der britischen Freimaurer Cecil Rhodes und Alfred Milner vor dem Ersten Weltkrieg (x968/…): >>**Wie einflußreiche Kreise in England zum Ersten Weltkrieg trieben**

Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts hatte sich in Englands Oberschicht ein Netzwerk von lockeren Kreisen, Gruppen und Clubs gebildet, die aus dem Anspruch gottgewollter Überlegenheit der englischen "Rasse" intensiv für eine imperialistische Ausbreitung des Britischen Empire wirkten und einen Krieg mit dem aufstrebenden Deutschen Reich für unausweichlich hielten.

Im Mittelpunkt dieses Netzes stand eine von Cecil Rhodes, Alfred Milner und anderen gegründete geheime Gesellschaft, die nach Rhodes Tod im Jahr 1902 von Milner dominiert wurde. Dieser war Zentrum einer "Armee von Milianern", wie ein Freund formulierte, die allesamt von seiner Führung und Inspiration abhingen.

Spiritismus und Prophezeiungen des kommenden Krieges

Viele, wie Cecil Rhodes und Alfred Milner, die einer Freimaurer-Loge angehörten, hatten ernstes Interesse an okkulten, spiritistischen Phänomenen und erhofften sich von dort Rat und Hilfe für ihre politischen Pläne. Zu ihnen zählte auch der zur Rhodes/Milnerschen Geheimgesellschaft gehörende Arthur J. Balfour (1848-1930; Premierminister 1902-1905, Marineminister 1915-1916, Außenminister 1916-1919).

Seit dem Tod seiner Verlobten Mary Lyttelton im Jahr 1875 befaßte er sich mit dem Spiritismus, "um der Geliebten im Jenseits nachzuforschen." (Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014, S. 873) 1880 trat er der Metaphysical Society bei und wirkte 1893/94 als Präsident der Society für Psychical Research, aus der sich zahlreiche Anhänger Alfred Milners rekrutierten. "Schließlich empfing er am Palmsonntag des Jahres 1912 mit Hilfe des Mediums 'Mrs. Willet' ... und ihrer Fähigkeit des automatischen Schreibens das erste Skript von Mitteilungen 'Mary Catherine Lytteltons'; die 'Korrespondenz' bestand fortan bis zu Balfours Tod 1930.

Balfours Nichte und Biographin merkte an: Niemand kann Arthur Balfour verstehen, der vergißt, daß das Interesse für spekulative Gedanken Teil des Gefüges seiner alltäglichen Existenz war, wo auch immer er war, was auch immer er tat." (A.a.O.)

1916, als er Außenminister des Kriegskabinetts unter Lloyd George wurde, erhielt Arthur Balfour von Arthur Conan Doyle, Spiritist und Erfinder der Romanfigur Sherlock Holmes, die Nachricht, der 1912 beim Untergang der Titanic ums Leben gekommene W. T. Stead (ein enger Freund Rhodes, Milners und Balfours) lasse ihm ausrichten, daß er mit Cecil Rhodes an seiner Seite "in die Augen Christi geblickt habe". Und er habe gesagt: "Richte Arthur aus, daß seine Arbeit auf Erden heilig und göttlich ist - daß seine Botschaft die Meine ist." (Osterrieder, S. 873-74)

Osterrieder stellt fest, daß sich seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts in England "im Verlauf von spiritistischen Séancen Erscheinungen manifestierten, die über einen kommenden europäischen Krieg prophezeiten." So erfolgte eine solche "Geistmitteilung" im Kreis des Spiritualisten William Oxley in Manchester, die 1885 veröffentlicht wurde.

Darin war "von einem mächtigen Kampf, einem schrecklichen Blutvergießen" die Rede, das nach Ablauf von vierzehn Jahren eintreten werde, von "einer Entthronung der Könige, einem Umsturz der Mächte. "Die wichtigste Frage ist: Wird Britannien für immer verloren sein?" Dies wurde in der Mitteilung durchaus für möglich gehalten, wenn nicht eine große spirituelle Macht interveniere. Aber um es retten zu können, müsse Britannien "sein bestes Blut lassen." (S. 874)

"Das Medium Leonora Piper (1857-1950) wiederum, welches (den Physiker) Oliver Lodge, den Philosophen William James und Richard Hodgson (prominentes Mitglied der englischen

wie amerikanischen Societies for Psychical Researche) vom Spiritismus überzeugte, kündete um 1898 von der neuen Geistesoffenbarung im 20. Jahrhundert, doch solle dem ein schrecklicher Krieg in verschiedenen Teilen der Welt vorangehen, in dem 'die ganze Welt geläutert und gereinigt werden' müsse."
Auch die Ehefrau des Politikers Alfred Lyttelton, Dame Edith, "hielt in ihren seit 1913 praktizierten automatischen Aufzeichnungen fest, daß ein großer Krieg unweigerlich kommen müsse, und präzisierte zwischen dem 9. Und 21. Juli 1914, daß der erwartete Moment nun eingetreten sei." Sie hatte 1901 die Victorian League mitbegründet, um die von Alfred Milner vertretene Zukunftsvision des Empire zu verbreiten.
Im Februar 1914 meldete sich der mit der Titanic untergegangene "Geist" des Milner-Freundes William T. Stead auf einer spiritistischen Sitzung im Little Theatre im australischen Sydney und prophezeite über das bekannte Medium Mrs. Foster Turner den fast tausend versammelten Menschen: "Obwohl nun gegenwärtig kein Zeichen eines großen Europäischen Krieges auszumachen ist, warne ich euch dennoch, daß bevor das Jahr 1915 zur Neige geht, Europa von Blut überschwemmt wird.
Unsere geliebte Nation Großbritannien wird in den schrecklichsten Krieg gezogen werden, den die Welt jemals gekannt hat. Deutschland wird der große Gegenspieler sein und wird andere Nationen mit sich ziehen. Österreich wird sich zugrunde richten. Könige und Königreiche werden fallen. Millionen von wertvollen Leben werden hingeschlachtet, aber Britannien wird schließlich triumphieren und siegreich hervorgehen." (S. 878)
Wer diese Dinge als privaten Humbug betrachtet, der doch mit der Politik nichts zu tun habe, verschließt sich vor geschichtlich wirksamen Tatsachen. Daß zahlreiche hoch angesehene Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in England nach vielfältigen ernsthaften Prüfungen die Echtheit spiritistischer Phänomene anerkannten und davon in ihrem Handeln beeinflußt wurden, ist eine Realität.
Das schließt nicht aus, daß es auch Unsinn und Täuschungen gab. Rudolf Steiner, der als zeitweiliger Leiter der deutschen Sektion der von der Britin Anni Besant geführten Theosophischen Gesellschaft die spiritistische Szene auch in England gründlich studiert hatte, stand dem Spiritismus äußerst kritisch gegenüber und hielt ihn für eine materialistische Verirrung. Er wies aber darauf hin, daß durch ihn gleichwohl allerlei geistige Tatsachen zum Vorschein kämen, bei denen jedoch im Dunkeln bliebe, welche okkulten Kräfte mit welchen Intentionen diese Erscheinungen inszenierten. (R. Steiner dazu in Gesamtausgabe Bd. 52)

Der Einfluß okkulter Logen

Es ist naheliegend, daß nicht nur in kleinen Kreisen, sondern auch in den okkulten Logen Englands, in denen zahlreiche führende Politiker Mitglied waren, über Medien versucht wurde, geistige Richtlinien für die Politik Englands zu gewinnen. Dies wird auch von Rudolf Steiner aus seinen Forschungen bestätigt. "Dasjenige, was wichtig ist, ist, daß nun, nachdem der ernsthafte Okkultismus sich zurückgezogen hat von dem Spiritismus, ... daß dann alle möglichen Strömungen und okkulten Brüderschaften und einzelne Menschen, ... versucht haben, die ganze Mediumschaft immer im einzelnen in die Hand zu bekommen, um dadurch gewisse Sonderzwecke zu verfolgen." (Vortrag 27.11.1916, GA 172, S. 222)
Mit Sonderzwecken ist gemeint, daß ein zentraler okkulter Grundsatz verlassen und nicht zum Wohl der ganzen Menschheit gearbeitet wird, sondern für egoistische Ziele einer Gruppe, der englischsprechenden Völker.
Wenn man verfolgt, was selbst bei sogenannten ganz aufklärerischen Geschichtsschreibern und Politikern Englands und Amerikas als Weltideen verbreitet wird, so wird man finden, daß selbst bei diesen aufklärerischen Leuten in ihre Ideen überall etwas hineinspielt, was irgendwie von übersinnlichen Erkenntnissen über den Gang der Welt beeinflußt ist.
Das gewinnt man innerhalb der angloamerikanischen Welt durchaus, seit der Mitte des neun-

zehnten Jahrhunderts insbesondere, auf eine Art medialem Wege. ... Und aus solchen medialen Persönlichkeiten heraus hat man insbesondere im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts in der anglo-amerikanischen Welt die Prinzipien erfahren, durch die man politisch gegen Europa und gegen Asien die Erfolge hat erringen können, die man errungen hat.
Zwar gab es spiritistische Sitzungen und Mitteilungen auch im mitteleuropäischen Raum, doch seien "die Menschen der anglo-amerikanischen Welt … viel zu gescheit, um es so zu machen wie die Mitteleuropäer, die einfach nicht glauben, was auf diese Weise aus Untergründen des Daseins heraus geoffenbart wird" (R. Steiner, Vortrag 29.7.1919, GA 192, S. 301 ff.).
Zu der neuzeitlichen Strömung der Demokratie mit den Idealen der Französischen Revolution gehe im Westen eine verborgene Strömung parallel, die Steiner "die geistige Aristokratie der Loge" nennt. Elitäre westliche Brüderschaften benutzten vorrevolutionäre aristokratische Impulse des 18., 17., 16. Jahrhunderts, die dadurch unbemerkbar gemacht werden, daß sie sich mit den Phrasen der Revolution, der Demokratie umkleiden, deren Maske annehmen, um auf diesem Wege möglichst viel Macht zu erlangen.
Es gehe ihnen darum, "den Wenigen die Herrschaft zu verschaffen durch die Mittel, die man im Schoß der Loge hat, dem Ritual und seiner suggestiven Wirkung." Vor 1850 hätten die Historiker im Gegensatz zu später noch auf den Zusammenhang der Französischen Revolution und aller folgenden Entwicklung mit den westlichen Logen hingewiesen.
In den Zeiten, die als vorbereitend für die Gegenwart in Betracht kommen, hat sich die westliche geschichtliche Entwicklung, die westliche Welt, niemals von den Logen emanzipiert. Immer war der Einfluß der Logen stark wirksam, das Logentum wußte die Kanäle zu finden, um den Gedanken der Menschen gewisse Richtungen einzuprägen. Und wenn man ein solches Netz gesponnen hat, wovon ich Ihnen nur einzelne Maschen angegeben habe (im 18. Jahrhundert von London aus über ganz Europa gegründete Freimaurer-Logen), dann braucht man nur auf den Knopf zu drücken und die Sache wirkt weiter. (R. Steiner, Vortrag 8.1.1917, GA 174, S. 90)
Wir müssen die von Cecil Rhodes initiierte "Geheimgesellschaft" und das von Alfred Milner geknüpfte Netzwerk von Clubs, Zirkeln und, um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen, "Think Thanks" angesichts der starken personellen Verflechtung als Ausläufer der englischen okkulten Logen betrachten.

Coefficients, der "Kindergarten" und Round Table

Zunehmenden Einfluß auf die britische Außenpolitik gewannen die Coefficients, die sich 1902 als ein parteiübergreifender Debattierclub und brain trust bildeten. Ihm gehörten u.a. an: Edward Grey (Außenminister 1905-1916), W. A. S. Hewins (1917-1919 Unterstaatssekretär für die Kolonien), Viscount R. B. Haldane (Kriegsminister 1905-1912), Alfred Milner (ab 1916 Minister ohne Geschäftsbereich, Kriegsminister, Kolonialminister), der Geopolitiker Halford J. Mackinder (einer der geistige Väter der modernen geostrategischen Studien). "Einig war man sich über den zu erwartenden Großkrieg mit Deutschland, das ... als einzig mögliche, weil existentielle Bedrohung dienen sollte, die nötig erschien, um die English minds aus ihrer Lethargie zu neuen Anstrengungen zu befreien.
Der erste Schritt hierzu sei ein Bündnis mit Rußland mit Hilfe von Konzessionen in der Orientpolitik, wie der spätere Außenminister Edward Grey betonte - nicht zuletzt, um zwischen Deutschland und Rußland einen Keil zu treiben." Der Philosoph Bertrand Russel verließ den Club aus Protest gegen die Kriegsabsichten wieder. (Osterrieder, S. 879 f.)
Alfred Milner hatte sich während seiner Tätigkeit in Südafrika (Krieg gegen die Buren) ab 1902 mit einer Schar junger, frisch gebackener Absolventen der Universität Oxford umgeben, die ihm treu ergeben waren und zu ihm als einer Vaterfigur, Führer und intellektuellem Inspirator aufblickten. Sie wurden unter dem Namen Milners Kindergarten bekannt. "Die Mitglie-

der dieses 'Kindergartens' arbeiteten in den folgenden Jahren an der Errichtung der Südafrikanischen Föderation, die 1910 Wirklichkeit wurde." (Osterrieder, S. 884 f.)
Die meisten spielten später in der britischen Politik, der Presse oder im Hochschulwesen eine große Rolle. "Begeistert von der Gedankenwelt ihres Mentors und 'geistigen Vaters' Milner, erklärten sich die zumeist jungen Männer des 'Kindergartens' nach ihrer Rückkehr auf die britische Insel bereit, unter seiner Anleitung den Dienst am Empire fortzuführen, um für den Fall eines kommenden Krieges den Zusammenhalt des Weltreiches zu garantieren. So entstand nach dreijähriger Vorbereitung 1909 ein informeller Kreis mit dem Namen The Round Table, der vielsagend und sicherlich mit Bedacht an die 'Ritter der Tafelrunde' von König Artus anknüpfte." (S. 187)
Mit der Zeit fanden sich an den regelmäßigen Moots neue, ebenfalls einflußreiche Politiker und Gelehrte ein. Zum engeren Kreis der voll in die Ideen und Impulse Eingeweihten rechnet der bedeutende amerikanische Historiker Carrol Quigley folgende Personen: Lord Milner, Lord Esher, Earl Albert Grey, A. J. Balfour, W. T. Stead, Philip Kerr, Lionel Curtis und weitere 9 Mitglieder.
Um sie herum bestand ein weiterer Kreis, der nicht mit allen Aspekten der Sache vertraut gewesen sein dürfte. Dann kam noch ein äußerer Kreis von Helfern hinzu, der eine relativ große Zahl von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens umfaßte, zu denen auch Sir Edward Grey gehörte. "Zur geistigen Heimat des Kreises wurde die Universität Oxford, speziell die Colleges Balliol und New College sowie die beispiellose Einrichtung des All Souls College, das Leo Amery einmal als den geistigen Kern des Britischen Empire bezeichnet hat." (S. 892 f.)

Methoden des Wirkens

"Milner übte ... seinen Einfluß nach englischer Manier indirekt aus, freilassend, der Initiative des einzelnen vertrauend, aber doch mit gewaltiger Suggestionskraft, verborgen hinter der beiläufigen Betonung eines Wortes oder der bloßen Erwähnung eines Gedankens, mit der ganzen Macht seines geistigen Potentials wie seiner moralischen und gesellschaftlichen Stellung. Der Einfluß wurde dadurch verstärkt, daß in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens 'loyale' Fellows und Logenbrüder wirkten, die scheinbar unabhängig voneinander zur selben Zeit den gleichen Impuls in die Welt setzten." (Osterrieder, S. 896)
Beispielsweise verkündet ein Staatsmann (und Mitglied der Gruppe) eine politische Entscheidung. Ungefähr zur selben Zeit veröffentlicht das Royal Institute of International Affairs eine Studie über dasselbe Thema, und ein führender Akademiker aus Oxford, ein Fellow aus All Souls (und Mitglied der Gruppe) veröffentlicht ebenfalls einen Band über das Thema ... Die politische Entscheidung des Staatsmanns wird in einem Leitartikel von 'The Times' einer kritischen Analyse unterzogen und schließlich gutgeheißen, während die beiden Bücher in einer einzigen Rezension in 'The Times Literary Supplement' besprochen werden.
Sowohl der Leitartikel wie die Buchbesprechung sind anonym, aber von Mitgliedern der Gruppe verfaßt. Und schließlich tritt, ungefähr gleichzeitig, ein anonymer Artikel in (der eigenen Hauszeitschrift)´The Round Table' für die gleiche politische Entscheidung ein." (Carrol Quigley, zitiert von Osterrieder, S. 896 f.)
Die Einflußnahme auf das englische Pressewesen zur Prägung des öffentlichen Bewußtseins war vielfältig. Das Mitglied Geoffrey Dawson war Herausgeber der Times und damit der führende Zeitungsmann in Großbritannien geworden. Philip Kerr (Lord Lothian) schrieb in der Times, in Christian Science Monitor, Spectator, Nation and Athenaeum, International Conciliation und Contemporary Review. Edward Grigg publizierte in den National und Fortnightly Reviews sowie im Observer. Vier Round Tablers gehörten zu den Direktoren der Nachrichtenagentur Reuters.
Auf diese Weise gelang es der Round-Table-Gruppe immer mehr, wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der britischen Außenpolitik zu nehmen. Bereits in der ersten Nummer der

Hauszeitschrift The Round Table im Herbst 1910 "wurde deutlich, daß der Kreis einen Krieg gegen Deutschland für wahrscheinlich hielt, ja daß die Eindämmung des deutschen Einflusses zum Kernprogramm des Round Table gehörte." Der 1905 Außenminister gewordene Insider Edward Grey war das geeignete ausführende Organ. Einen Tag nach der Kriegserklärung Englands an Deutschland, am 5.8.1914, schrieb F. S. Oliver an seinen Freund Milner: "Was für eine Erlösung ist Montagabend gewesen!" (Osterrieder, S. 903)

Schon in einer preisgekrönten Untersuchung des Schweizer Historikers Jacob Ruchti von 1916 *Zur Geschichte des Kriegsausbruches* (Neuauflage Basel 2005) wird gezeigt, wie Andreas Bracher in der Schweizer Monatsschrift Europäer Juli/August 2014 resümiert, "daß die behauptete Friedensliebe und selbstlosen Vermittlungsversuche der englischen Regierung in den Tagen vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine Maske waren, hinter der sich bei den entscheidenden Akteuren Kriegswille und eine fixierte Feindschaft gegen das Deutsche Reich verbanden."

Ruchti weist z.B. nach, daß der deutsche Botschafter Lichnowsky noch am 1. August 1914 den englischen Außenminister Grey nach dessen eigener Notiz eindringlich gefragt hat, "ob, im Falle Deutschland verspräche, die Neutralität Belgiens nicht zu verletzen, Großbritannien seinerseits das Versprechen, neutral zu bleiben, geben würde." Doch Grey lehnte das ab. "Der Botschafter", so berichtet Grey weiter, "drang in mich, ob ich die Bedingungen, unter welchen wir neutral bleiben würden, nennen könne.

Er meinte sogar, daß es möglich wär, die Integrität Frankreichs und seines Kolonialgebiets zu gewährleisten." Grey sagte nur, "daß wir unsere Hände frei behalten müßten." Ruchti zieht das Fazit, "daß England im Sinne hatte, unter allen Umständen an einem Kriege gegen den deutschen Rivalen teilzunehmen." Dazu brauchte es die deutsche Neutralitätsverletzung Belgiens als eigenen Kriegsvorwand vor der britischen Öffentlichkeit, der Grey die deutschen Angebote verschwieg (a.a.O. S.78 f.).

Die wahren Vorgänge werden, führt Bracher weiter aus, in einem bemerkenswerten Buch des Briten John P. Cafferky: *Lord Milners Sekond War* bestätigt, das 2013 erschienen ist:

In Cafferkys Band ist der Erste Weltkrieg das Produkt einer Intrige einer Clique britisch-englischer Politiker, die seit ca. 1902 darauf hinarbeiteten, ... Deutschland im internationalen System zu isolieren, eine anti-deutsche Koalition zu schmieden und diese … auf einen Krieg gegen das Deutsche Reich vorzubereiten. Diese Politik wurde in der britischen Regierung von einigen Kabinettsmitgliedern getragen, die ein ganzes Jahrzehnt lang das weitere Kabinett und die britische Öffentlichkeit über die Reichweite und eigentliche Natur dieser Politik betrogen und belogen.

Abgestützt wurde sie aber auch durch eine Pressepolitik, mit der ein zunehmend anti-deutsches Klima in Großbritannien und im weiteren Europa geschaffen wurde. Wichtig dafür war besonders die Londoner Times, die damals angesehenste Zeitung der Welt, deren europäische Korrespondenten nach Maßgabe dieses anti-deutschen Kurses ausgewählt wurden.

2013 erschien eine weitere erstaunliche englische Publikation von Gerry Docherty und Jim MacGregor: Hidden History - The Secret Origins oft he First World War, die ebenfalls im genannten Europäer-Heft besprochen wird. Der Rezensent, der Engländer Terry Boardman, zitiert aus der Einleitung:

Ein sorgfältig gefälschtes Geschichtsbild wurde nur zum Zweck verbreitet, um die Tatsache, daß England und nicht Deutschland für den Krieg verantwortlich war, zu kaschieren. Wäre nämlich die Wahrheit nach 1918 in weiten Kreisen bekannt geworden, wären die Folgen für die herrschende englische Klasse verheerend gewesen. ...

Wir zeigen, wie die unvorbereitete Welt - weit entfernt von schlafwandlerischem Hineintappen in den Weltkrieg - von unerkannt bleibenden Kriegstreibern in London in eine Falle gelockt wurde.

Wir entlarven die Absicht, Deutschland eines heimtückischen Verbrechens an der Menschheit zu bezichtigen oder die Meinung, daß Belgien eine unschuldige, neutrale Nation war, die vom deutschen Militarismus überrascht wurde.
Wir belegen klar, daß der deutsche Überfall auf Belgien nicht ein unüberlegter und willkürlicher Angriff, sondern eine Reaktion darauf war, daß Deutschland kurz vor der Vernichtung stand. ... Dieses Buch will beweisen, wie skrupellose Engländer einen Krieg ausdachten und die dazu nötigen Schritte einleiteten, um Deutschland zu zerstören.
Die britische Regierung erklärte am 4. August 1914, heute vor 100 Jahren, Deutschland den Krieg.
Gerry Docherty/Jim Macgregor: Verborgene Geschichte. "Wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte", Kopp Verlag. …<<
Der Hörfunksender "Deutschlandradio Kultur" berichtete am 23. September 2013 über das Buch "Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog": >>Der Historiker Christopher Clark nimmt die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges von Neuem unter die Lupe. Indem er nach dem "wie" und nicht so sehr nach dem "warum" fragt, erzählt er eine altbekannte Geschichte auf überraschende Weise neu. … Wenn es für Clark Politiker gibt, die besondere Verantwortung tragen, sind es die Hardliner in Paris und Moskau: Als sie im Frühjahr 1914 ihr Militärbündnis an die Entwicklung in Serbien banden, konstruierten sie einen "geopolitischen Zündmechanismus", wie Clark es nennt. ...<<
Der schottische Autor Dr. Jim Macgregor schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/16-17): >>… Auch wenn Clarks Prämisse für einige Deutsche eine Erleichterung darstellen mag - sie ist fehlerhaft und lenkt von der tatsächlichen Wahrheit ab. Wie so oft bei reaktionären Mainstream-Historikern gibt sich Clark als jemand, der tapfer unbequeme Wahrheiten ausspricht, während er tatsächlich jedoch historische Unwahrheiten wiederkäut.
Die Welt ist keineswegs so ahnungslos in die globale Tragödie geschlafwandelt, wie es Clark behauptet, statt dessen wurde sie von einem Geheimbund kriegstreiberischer englischer Bankiers, Industrieller und Blaublüter in einen Hinterhalt gelockt.
Diese Bande hatte den Krieg seit über einem Jahrzehnt vorbereitet, und die Männer wußten, es würde deutlich mehr als einige militärische Erfolge auf dem Schlachtfeld oder einige Gefechte zu See erfordern, um zu gewährleisten, daß Deutschlands Zeiten als moderne, blühende Wirtschafts- und Industriemacht vorüber wären. Von Anfang an war in London auf einen langen, harten Zermürbungskrieg hingearbeitet worden, an dessen Ende das florierende Deutschland in eine ländliche Einöde verwandelt sein sollte. ...<<
Der nordirische Autor Dr. Patrick Walsh schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/20-25): >>**Schlafwandler? Von wegen!**
Wie Großbritannien seinen Krieg gegen Deutschland plante
Rund um den 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs hat kein Buch so viel Lob eingeheimst wie *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* von Christopher Clark. Wie der Titel schon andeutet, erläutert Clark in dem Werk seine These, daß die Nationen Europas wie Schlafwandler in den Krieg hineinstolperten.
Für England gilt das allerdings nicht. Dort war der Krieg über ein Jahrzehnt hinweg geplant und gründlich vorbereitet worden. Und um das herauszufinden, muß man auch nicht extra in irgendwelche Geheimarchive steigen. Allein in den veröffentlichten Schriften und Unterlagen von Lord Hankey, Lord Esher und Henry Wilson - Männern, die im Mittelpunkt der Vorbereitungen und Planungen standen - sowie in den Werken von Archibald Colquhoun Bell, dem

offiziellen Historiker der Royal Navy, finden sich hinlänglich Beweise.
Hätte jemand gegenüber diesen Männern erklärt, daß Großbritannien völlig unvorbereitet in den Ersten Weltkrieg geschlafwandelt sei, wären sie vermutlich zutiefst beleidigt gewesen und hätten es als unberechtigten Vorwurf empfunden, sie hätten ihre Pflichten vernachlässigt.
Seiner Frau schrieb Lord Esher (Reginald Baliol Brett) am 26. Februar 1923: "Ich sehe all meine Papiere bezüglich der Vorbereitungen für den Großen Krieg durch. Begonnen hat das 1905/1906. 1908 konnten wir bereits große Fortschritte vorweisen. Das kann ich anhand von Dokumenten belegen."
Nachfolgend ein Auszug aus Lord Eshers Tagebuch vom 4. Oktober 1911. Als Ständiges Mitglied im Committee of Imperial Defence erklärte er Premierminister Herbert Asquith, wie der Staat in den Großen Krieg zu ziehen gedenkt:
"Heute Morgen kam der Premierminister in mein Zimmer, um über die Admiralität zu sprechen. … Dann sprachen wir über die Pläne des Generalstabs, eine Armee in Frankreich anzulanden. Der Premier ist gegen diesen Plan. Er will nichts davon hören, mehr als vier Divisionen zu entsenden. Das hat er (Kriegsminister Richard) Haldane auch so gesagt.
Ich erinnerte ihn daran, daß allein schon die Tatsache, daß der Plan des Kriegsministeriums im Detail mit dem französischen Generalstab ausgearbeitet wurde (was ja auch stimmt), uns doch gewiß zum Kampf verpflichtet, egal, ob es dem Kabinett gefällt, und daß sich der kombinierte Plan der beiden Generalstäbe behauptet. Es ist schon eine ungewöhnliche Sache, daß unseren Offizieren erlaubt wurde, alle Details zu arrangieren, die Züge, die Landungen, die Aufmarschgebiete usw., wiewohl das Kabinett niemals hinzugezogen wurde.
Ich fragte den Premierminister, ob es seiner Meinung nach möglich wäre, innerhalb von sieben Tagen nach Kriegsausbruch eine britische Streitmacht in Frankreich stehen zu haben angesichts der Tatsache, daß das Kabinett (die Mehrheit seiner Mitglieder) noch niemals von dem Vorhaben gehört hat. Er hält es für unmöglich! … Alles in allem zeigte der Premierminister, daß er sehr viel über diese Probleme nachgedacht hatte."
An diesem Punkt wurden zwei unterschiedliche Kriegspläne der Admiralität und des Kriegsministeriums verknüpft und miteinander verschmolzen. Außerdem mußten sie zum rechten Zeitpunkt dem Kabinett und dem Parlament enthüllt werden.
Der Premierminister mag seine Zweifel gehabt haben, daß im entscheidenden Augenblick ein derartig geheim vorbereitetes Projekt durch die Maschinerie des parlamentarischen Systems geschleust werden könnte. Aber Esher hatte recht: Alles lief nach Plan, und die Strukturen der britischen Demokratie stellten sich hinter die Vorkehrungen, die diejenigen Teile des Staats, die niemandem Rechenschaft schuldig waren, im Verlauf des vorangegangenen Jahrzehnts getroffen hatten.
Auf der ersten Seite von Band III der Tagebücher und Briefe von Lord Esher prangt ein Zitat von Lord Beaconsfield (Benjamin Disraeli): "Die mächtigsten Männer sind nicht diejenigen, die in der Öffentlichkeit stehen. Die öffentlichen Männer sind verantwortungsbewußt, und ein verantwortungsbewußter Mann ist ein Sklave. Es ist das Privatleben, das die Geschicke der Welt bestimmt." Im August 1914, als Großbritannien ankündigte, für die Demokratie in den Krieg zu ziehen, hat sich das definitiv als zutreffend erwiesen.

Das Committee of Imperial Defence

Der Verteidigungsrat Committee of Imperial Defence (CID) war das Organ, in dem die Planungen für Großbritanniens Feldzug gegen Deutschland erfolgten. Gegründet worden war der Ausschuß von Premierminister Arthur Balfour auf einen Vorschlag von Lord Esher hin.
Im September 1903 bot der Premier Esher die Position des Kriegsministers an, die dieser (wie es seine Art war) ablehnte. Die beiden Männer führten dann einen Schriftwechsel, in dem Esher dem Premierminister Empfehlungen gab, wie er nach dem Schock über den Verlauf des Burenkriegs den Kriegsapparat reformieren könnte.

Daraus entwickelte sich die Idee, das Committee of Imperial Defence ins Leben zu rufen. So übte Esher eine allgemeine Kontrolle auf das Kriegsministerium aus, da ihn sowohl der Premierminister mit vertraulichen Informationen versorgte als auch Sir George Clarke, der erste Sekretär des CID.
Der erste Bericht des Komitees wurde im Januar 1904 abgefaßt, damals noch unter dem Eindruck der Erfahrungen, die man im Krieg gegen die Buren gemacht hatte. Gefordert wurde, daß künftig "eine definitive und auf soliden Daten beruhende Kriegspolitik formuliert werden kann". Offiziell schloß sich Lord Esher dem CID, der in Whitehall Gardens zusammenkam, im Oktober 1905 an.
Das CID wurde vom National Efficiency Movement gefördert. Diese liberal-imperialistische Gruppe setzte sich dafür ein, daß "Spezialisten" die politischen Entscheidungen fällen, denn den gewählten Politikern unterstellte man, aufgrund der Kapriolen der Demokratie nur wenig Fachkenntnisse der Themen zu besitzen, die in ihre Zuständigkeit fallen.
Präsident des CID sollte der Premierminister sein, der "absolut freie Hand bei der Auswahl und Zusammensetzung der Mitglieder" haben sollte. Die wichtigsten Kabinettsmitglieder waren beteiligt, darunter der Schatzkanzler, der Außenminister, der Kriegsminister, der Erste Seelord, der Leiter des Marineaufklärungsdienstes und der Chef des Generalstabs. Aufgrund der Demokratisierungsprozesse in England mußten auch Politiker beteiligt werden.
Nachdem das Komitee anderthalb Jahre lang nur im Embryonalstadium existiert hatte, wurde das CID am 4. Mai 1904 offiziell zum Leben erweckt. Balfour machte das CID zu einer regulären Behörde des Staates mit einem permanenten Sekretariat, in dem Vertreter von Armee und Marine saßen. Sie konnten dafür sorgen, daß eine einheitliche Politik verfolgt wurde.
Ursprünglich sollte dieser Ansatz dazu dienen, das CID vor Liberalen zu schützen, die eine Kursänderung herbeiführen oder das Gremium einschränken wollten. Aber Balfour hätte sich in dieser Hinsicht keinerlei Sorgen machen müssen, denn als 1905/1906 die Regierungsgewalt wechselte, erhielten im neuen Kabinett von Henry Campbell-Bannerman die Liberalimperialisten Richard Haldane und Edward Grey die Schlüsselposten des Kriegsministers und Außenministers. Wahlprozeß und Regierungsbildung zogen sich in die Länge, so daß der Staat ohne politische Einmischung beginnen konnte, sich für dieses Projekt in Stellung zu bringen.
Dabei scheint insbesondere Esher die treibende Kraft gewesen zu sein, und im Zuge der weiteren Treffen war er auch an den politischen Winkelzügen beteiligt, die die "richtigen" Leute (das heißt: diejenigen, die das Projekt guthießen) in die "richtigen" Ämter hievten, von wo aus sie die Dinge vorantreiben konnten.
Balfour mag das CID begründet haben, aber es waren die liberalen Imperialisten, die dem gesamten Vorhaben Sinn und Richtung gaben. Zum Zeitpunkt der Gründung galt Frankreich als der größte Rivale, den Großbritannien in Europa hatte. Das Komitee mußte erst neu auf Deutschland als Widersacher eingestimmt werden. Für diese Sichtweise waren die Liberalimperialisten bereits in der Opposition eingetreten.
Wie die Zukunft aussehen würde, stand Esher klar vor Augen. Am 7. September 1906 schrieb er der Duchess of Sutherland: "… machen es die Gesetze der historischen und ethnographischen Evolution erforderlich, … daß wir gegen eines der mächtigsten militärischen Imperien kämpfen, das je existierte. Das ist gewiß, und uns bleibt für die Vorbereitung nur sehr wenig Zeit."
Über die Rolle des CID schrieb Esher, es handele sich um ein "Organ, das zu Friedenszeiten die herrschende Obrigkeit über die für eine voraussichtliche Kriegsführung bestmögliche Vorbereitung berät. Es erfüllt die Aufgaben, die nach allgemeiner Auffassung Carnot für Napoleon leistete." (Graf Lazare Carnot war Frankreichs Kriegsminister unter Napoleon Bonaparte, Anmerkung des Übersetzers)
Die Entente cordiale von 1904 war kaum ein Jahr alt, da hatte sich das Committee of Imperial

Defence bereits für die Vorstellung erwärmt, das britische Heer an der Seite des ehemaligen Feindes kämpfen zu lassen. Die Franzosen begriffen die Vereinbarung natürlich als Türöffner für eine militärische Übereinkunft, in deren Mittelpunkt Krieg gegen Deutschland stand. Frankreich wollte auf diesem Weg die Provinzen zurückerlangen, die man nach dem Angriffskrieg von 1870 verloren hatte. …<<

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Am 6. Juli 1914 sicherte die deutsche Reichsregierung Österreich-Ungarn die unbedingte Bündnistreue des Deutschen Reiches zu (x041/58).

Der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg telegrafierte am 6. Juli 1914 an den deutschen Botschafter Tschirschky in Wien (x073/30): >>Was Serbien anbelangt, so könne Seine Majestät (der deutsche Kaiser) zu den zwischen Österreich-Ungarn und diesem Lande schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen. ... Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß seine Majestät im Einklang mit seinen Bündnisverpflichtungen und seiner alten Freundschaft treu an der Seite Österreich-Ungarns stehen werden.<<

Eine russisch-französische Delegation verhandelte vom 20. bis zum 23. Juli 1914 in Sankt Petersburg über die Zusicherung der Bündnistreue im Kriegsfall. Die Bündnisverpflichtungen wurden schließlich feierlich bestätigt.

US-Kardinal John Murphy Farley (1842-1918, seit 1902 Erzbischof von New York) erklärte während des Eucharistischen Weltkongresses vom 22. bis 26. Juli 1914 in Lourdes (x347/83): >>Der Krieg, der in Vorbereitung ist, wird ein Kampf zwischen dem internationalen Kapital und den regierenden Dynastien sein. Das Kapital wünscht niemanden über sich zu haben; kennt keinen Gott oder Herrn und möchte alle Staaten als große Bankgeschäfte regieren lassen. Ihr Gewinn soll zur alleinigen Richtschnur der Regierenden werden … Business - einzig und allein …<<

Die österreichisch-ungarische Regierung stellte Serbien am 23. Juli 1914 absichtlich ein fast unannehmbares Ultimatum, ohne sich mit dem Deutschen Reich abzustimmen. Die deutsche Regierung wurde erst nach der Übergabe des Ultimatums informiert (x063/478).

Nach französischer Bestätigung vom 23. Juli 1914, alle Verpflichtungen des französisch-russischen Bündnisses zu erfüllen, war der russische Zar noch fester zum Krieg entschlossen. Angesichts der großen innenpolitischen Schwierigkeiten konnte sich der Zar kein Zeichen von Schwäche leisten.

Der russische Kronrat sicherte Serbien am 25. Juli 1914 die "volle russische Unterstützung" zu, falls österreichische Truppen die serbische Grenze überschreiten sollten (x041/58).

Serbien ordnete daraufhin schon vor der Beantwortung des österreichischen Ultimatums die Mobilmachung an.

Obgleich Serbien die meisten Forderungen erfüllt hatte, ordnete Österreich-Ungarn noch am Abend die Teilmobilmachung an.

Ein ehemaliger Leiter des serbischen Außenministeriums berichtete am 26. Juli 1914 aus St. Petersburg (x307/601): >>Meiner Meinung nach bietet uns dies eine ausgezeichnete Gelegenheit, das Ereignis klug auszunutzen und eine volle Vereinigung der Serben zu erreichen. Deshalb ist es wünschenswert, daß Österreich-Ungarn uns angreift. In diesem Falle vorwärts im Namen des Herrn! ...<<

Anstatt Österreich-Ungarn zu beraten und zu überwachen, hielt sich die deutsche Regierung, trotz der akuten Kriegsgefahr, größtenteils im Sommerurlaub auf. Der deutsche Kaiser erhielt die serbische Antwort damals verspätet, weil er erst am 27. Juli 1914 von einer Nordlandreise zurückkehrte.

Wilhelm II. reagierte sichtlich erleichtert über die halb entgegenkommende serbische Antwort (x063/480): >>... Das ist mehr, als man erwarten konnte! ... Ein großer moralischer Erfolg für

Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und der österreichische Gesandte Giesel hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung empfohlen!<<
Kaiser Wilhelm II. wies am 28. Juli 1914 den deutschen Diplomaten Gottlieb von Jagow an, den Österreichern klarzumachen, daß nach seiner Meinung kein Kriegsgrund mehr bestehen würde.
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über diese längst überfällige Maßnahme des deutschen Kaisers (x307/667): >>... Noch am ... Morgen des 28. Juli um 10 Uhr schickte er eilends einen Brief an Jagow, in dem er erklärte, daß nun, da Serbien "eine Kapitulation demütigster Art" hingenommen habe, "jeder Grund zum Kriege" entfalle. Statt sofort in das Land einzumarschieren, sollten die Österreicher, so Wilhelm weiter, eine vorübergehende Besetzung der evakuierten Stadt Belgrad als Faustpfand für ein künftiges Entgegenkommen in Erwägung ziehen.
Noch wichtiger: Wilhelm wies Jagow an, den Österreichern mitzuteilen, daß nach seiner Einschätzung "ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden sei" und daß Wilhelm persönlich bereit sei, den Frieden in Österreich zu vermitteln. ... Das werde ich tun auf Meine Manier, und so schonend für das österreichische Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee als möglich."
Außerdem teilte er Generalstabschef Moltke mit, daß wenn Serbien seine Garantien für Österreich-Ungarn einhalte, in seinen Augen kein Kriegsgrund mehr vorliege. Im Laufe des Tages hielt er laut Angaben des Kriegsministers Falkenhayn "wirre Reden, aus denen nur klar hervorgeht, daß er den Krieg jetzt nicht mehr will und entschlossen ist, um diesen Preis selbst Österreich-Ungarn sitzen zu lassen.<<
Ungeachtet der deutschen Vermittlungsversuche erklärte Österreich-Ungarn am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg.
Die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien lautete wie folgt (x307/602): >>An meine Völker!
Es war Mein sehnlichster Wunsch, die Jahre die Mir durch Gottes Gnade noch beschieden sind, Werken des Friedens zu weihen und Meine Völker vor den schweren Opfern und Lasten des Krieges zu bewahren. Im Rate der Vorsehung ward es anders beschlossen. Die Umtriebe eines haßerfüllten Gegners zwingen Mich, zur Wahrung der Ehre Meiner Monarchie, zum Schutze ihres Ansehens und ihrer Machtstellung, zur Sicherheit ihres Besitzstandes nach langen Jahren des Friedens zum Schwerte zu greifen.<<
Jetzt war die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten. Die Sympathien der Weltöffentlichkeit waren nun plötzlich eindeutig auf der Seite des "kleinen, schwachen serbischen Volkes".
Pilsudski, der eine Niederlage der Russen erwartete, rief die Polen am 28. Juli 1914 zum Kampf gegen Rußland auf (x064/124). Nach dem russisch-deutsch-österreichischen Krieg hoffte bzw. erwartete man in Polen die Wiederherstellung der polnischen Eigenständigkeit.
Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schrieb am 28. Juli 1914 an seine Frau (x307/706): >>... Alles treibt auf eine Katastrophe und Zusammenbruch zu. ... Ich bin interessiert, gerüstet und glücklich. ...<<
Reichkanzler Bethmann-Hollweg teilte der britischen Regierung am Abend des 29. Juli 1914 mit, daß man keinen Gebietserwerb auf Kosten Frankreichs anstrebte, falls England neutral bleiben würde (x063/481).
In der Nacht zum 29. Juli 1914 beschossen österreichisch-ungarische Einheiten der Marine und der Artillerie die serbische Hauptstadt Belgrad (x175/115).
Der russische Zar ordnete noch am selben Tag die Teilmobilmachung an, die jedoch nach einem Telegramm Kaiser Wilhelms noch einmal gestoppt wurde.
Der deutsche Botschafter in London meldete am 29. Juli 1914 dem Auswärtigen Amt (x056/316): >>Die britische Regierung wünscht, ... solange sich der Konflikt auf Österreich

und Rußland beschränke, abseits zu stehen. Würden (Deutschland) aber und Frankreich hineingezogen, so sei die Lage sofort eine andere.<<
Die deutsche Reichsregierung forderte am 30. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien auf, die österreichische Reichsregregierung erstmalig - aber leider viel zu spät - mit allem Nachdruck zur Mäßigung zu bewegen (x058/284): >>... Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Auch in italienischer Frage scheint Wien unsere Ratschläge zu mißachten. …<<
Obwohl die österreichisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, ordnete Zar Nikolaus II. auf Betreiben des russischen Außenministers, des Kriegsministers und des Generalstabschefs überraschend am 30. Juli 1914 die Generalmobilmachung an. Zar Nikolaus II. gab damit endgültig das Signal zum Kriegsbeginn.
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die russische Generalmobilmachung vom 30. Juli 1914 (x307/651-652): >>Die russische Generalmobilmachung zählte zu den schwerwiegendsten Entscheidungen während der Julikrise. Es war bislang die erste Generalmobilmachung. Sie kam zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Regierung noch nicht einmal den Status der drohenden Kriegsgefahr ausgerufen hatte, das deutsche Pendant zur russischen Kriegsvorbereitungsperiode, die seit dem 26. Juli in Kraft war.
Österreich-Ungarn steckte seinerseits noch mitten in einer Teilmobilmachung mit dem Ziel, Serbien niederzuwerfen. Später herrschte unter französischen und russischen Politikern wegen dieser Abfolge der Ereignisse ein gewisses Unbehagen.
In dem Orangebuch, das die russische Regierung nach Kriegsausbruch veröffentlichte, um die eigenen Aktionen während der Krise zu rechtfertigen, datierten die Herausgeber den österreichischen Befehl zur Generalmobilmachung zurück, so daß der russische Schritt als reine Reaktion auf andere Entwicklungen erschien. …
Das französische Gelbbuch ging noch abenteuerlicher mit den Quellen um, indem kurzerhand ein fiktives Kommuniqué des Botschafters … vom 31. Juli eingefügt wurde, das erklärte, der russische Befehl sei "als Folge der Generalmobilmachung Österreichs" und der "Mobilmachungsmaßnahmen, welche das Deutsche Reich in den vergangenen sechs Tagen heimlich, aber kontinuierlich getroffen" habe, erteilt worden. In Wirklichkeit war Deutschland aus militärischer Sicht während der gesamten Krise eine Insel relativer Ruhe gewesen. ...<<
Die britische Regierung lehnte am 30. Juli 1914 den deutschen Wunsch nach einer Neutralitätsgarantie ab (x175/113).
Kaiser Wilhelm II. erklärte am 31. Juli 1914 den "Zustand der drohenden Kriegsgefahr" und forderte Rußland ultimativ auf, die Mobilmachung der russischen Armeen aufzuheben. Frankreich wurde aufgefordert neutral zu bleiben.
Der belgische Gesandte in Paris schrieb am 31. Juli 1914 (x307/607): >>Der französische Generalstab ist für den Krieg. ... Der französische Generalstab will den Krieg, weil er den Augenblick für günstig hält und weil man endlich einmal Schluß machen müsse.<<
Da Rußland das deutsche Ultimatum nicht beantwortete, schickte Kaiser Wilhelm II. am 1. August 1914 ein letztes, persönliches Telegramm an den russischen Zaren, um die Katastrophe doch noch zu verhindern (x063/481).
Weil der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhielt, erfolgte am 1. August 1914, um 17.00 Uhr, die deutsche Mobilmachung. Gegen 19.00 Uhr wurde die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg begann als deutsch-russischer Krieg.
Der russische Außenminister Alexander Iswolski (1856-1919) schickte am 1. August 1914 ein Telegramm aus Paris nach Sankt Petersburg (x352/27): >>Frankreichs Kriegsminister, in herzlicher und bester Laune, informierte mich, daß die Regierung sich verbindlich zum Krieg

entschieden habe. Er bat mich, der Hoffnung des französischen Generalstabs Ausdruck zu verleihen, daß alle Bemühungen gegen Deutschland gerichtet sein werden. ...<<
Die französische Regierung beantwortete am 1. August 1914 das deutsche Ultimatum mit dem Hinweis, daß man sich durch seine eigenen Interessen leiten lassen werde (x063/482). Um 16.55 Uhr ordnete Frankreich die allgemeine Mobilmachung an (x056/315).
Der britische Marineminister Churchill ließ am 1. August 1914 ohne Genehmigung des britischen Kabinetts - nur mit Billigung des Premierministers - die britische Flotte mobilisieren (x307/691).
Der deutsche Reichskanzler beauftragte am 3. August 1914 den deutschen Botschafter in London (x056/317): >>Bitte dem britischen Außenminister Edward Grey zu sagen, daß, wenn wir zur Neutralitätsverletzung Belgiens schritten, wir dazu durch die Pflicht der Selbsterhaltung gezwungen würden ... Wir befänden uns in einer militärischen Zwangslage.
Die unselige russische Mobilmachung hätte uns, die wir bis dahin militärisch uns auf ... Defensivmaßregeln beschränkt hätten, plötzlich in Gefahr gesetzt, nachdem auch Frankreich schon vorher stark gerüstet hätte, von den Fluten von Ost und West verschlungen zu werden ...
Jetzt müßten wir, eingekeilt zwischen Ost und West, zu jedem Mittel greifen, um uns unserer Haut zu wehren.
Es liege keinerlei absichtliche Verletzung des Völkerrechts vor, sondern die Tat eines Menschen, der um sein Leben kämpft ... Rußland habe durch verbrecherisches Spielen mit dem Feuer den Frieden zu erhalten durchkreuzt ...<<
Wesentliche Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren:
1. Nationalitätenprobleme und weltweiter Imperialismus: Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hatten sich infolge der großen sozialen und wirtschaftliche Veränderungen dramatische Nationalitätenprobleme (Zeitalter des Nationalismus) und globale imperialistische Machtinteressen entwickelt, die man mit den damaligen politischen Mitteln und Gesellschaftsordnungen nicht mehr lösen konnte.
2. Der nordamerikanisch-deutsch-englisch-französische Kampf um die wirtschaftliche Vormachtstellung: Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte während des Krieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.
3. Der verhängnisvolle Automatismus bzw. die Eigendynamik der Bündnissysteme erzwangen später zwangsläufig die Mobilmachungen und setzten die durchorganisierte Kriegsmaschine unaufhaltsam in Gang.
Das rasante Wirtschaftswachstum und die großartigen Exporterfolge des Deutschen Reiches entschieden schließlich das Schicksal der Deutschen, denn die damaligen Großmächte duldeten keinen weiteren Konkurrenten.
Der Erste und der Zweite Weltkrieg waren nicht die Folge unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle. Diese Kriege entstanden nicht unbeabsichtigt, sondern sie wurden von den späteren Siegermächten bewußt im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert, um das Deutsche Reich zu beseitigen. Nur weil die damaligen Großmächte damals nicht bereit waren, das neugegründete Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren, mußten infolge des Ersten Weltkrieges (1,8 Millionen Soldaten und 1,1 Millionen Zivilisten) und während des Zweiten Weltkrieges (5,9 Millionen Soldaten und 8,0 Millionen Zivilisten) schließlich **mindestens 16,8 Millionen Deutsche** sterben.
Der deutsche Historiker Theodor Schieder schrieb später über die Ursachen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x058/287-288): >>Die Julikrise von 1914, ausgelöst durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajewo, war kein Ereignis, das eine stabile Ordnung unerwartet störte, sondern ein Vorgang, der inmitten einer Serie von

Krisen stand, inmitten eines Prozesses, der einen allgemeinen Zusammenstoß von Tag zu Tag bedrohlicher werden ließ. ...
Im Juli 1914 hatten alle Mächte Ziele allgemeiner und besonderer Art, aber bei keiner läßt sich feststellen, daß sie an sich entschlossen war, um eines dieser Ziele willen einen großen Krieg zu beginnen. Alle Bündnisse und bündnisartigen Verabredungen waren auf den Defensivfall eingestellt. Das bedeutet indessen nicht, daß nicht ein vermeintlich kalkulierbares Risiko ausgespielt wurde, wenn man innerhalb der Gesamtkonstellation der Mächte einen entscheidenden Vorteil zu erringen hoffte.
So hat Österreich-Ungarn durch sein Ultimatum an Serbien vom 23.7.1914 mindestens das Risiko eines lokalen Krieges bewußt auf sich genommen. Es besaß dabei die Zusicherung Deutschlands, daß es selbst im Falle einer ernsten europäischen Komplikation auf die volle Unterstützung des Reiches rechnen könne.
Das Deutsche Reich ging mit diesem "Blankoscheck" seinerseits sehenden Auges das Risiko eines umfassenderen kontinentalen Krieges ein.
Es tat dies nicht mit der Absicht, einen Krieg um imperialistischer Ziele willen zu entfesseln, sondern um eine im letzten defensive Strategie anzuwenden, die sich allerdings präventiver Mittel bediente. ...
Der kriegerische Ausgang der Krise ist aber nicht allein durch diese deutsche Haltung, sondern ebenso durch die Entschlossenheit Rußlands, Serbien nicht fallen zu lassen, und die Entschlossenheit Frankreichs, alle Verpflichtungen seiner Allianz mit Rußland zu erfüllen, entschieden worden. ...<<
Der deutsche Historiker Walther Hubatsch schrieb später über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x056/320): >>Der Ausbruch dieses gewaltigen Ringens stellt sich als ein Bündel von vielerlei Ursachen dar: die großserbische Idee und die innere Schwäche Österreich-Ungarns; der Panslawismus und die alten Expansionsziele Rußlands auf dem Balkan; die Gelegenheit für Frankreich, seine 1870 eingebüßte Position europäisch wieder zu begründen; die englische Sorge vor einer Hegemonialstellung Deutschlands auf dem Kontinent und die Sicherung Belgiens.
Hinzu trat die Furcht der Deutschen, die Bundesgenossenschaften zu verlieren und dann in der Krise isoliert zu sein; alles dieses bremste die Friedensbemühungen, die zu spät einsetzten und durch die Technik der einander bedingenden Mobilmachung rasch wirkungslos wurden. ...<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete am 30. Juli 1994 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x887/...): >>**Vor 80 Jahren begann der "Zweite Dreißigjährige Krieg" Europas**
In Europa gingen die Lichter aus
Am 1. August 1914, nach einer dramatischen Zuspitzung der durch das Attentat von Sarajewo ausgelösten Lage in der "Julikrise", ist der Weltkrieg da.
... Alle fünf involvierten Mächte sahen in der kriegerischen Auseinandersetzung Chancen für politischen und nationalen Gewinn oder doch zumindest eine Abwehr drohender Gefahren für ihren Bestand.
Die Donaumonarchie versprach sich mit einem militärischen Schlag gegen Serbien eine "Bereinigung der balkanischen Zustände" und so das Abbiegen gefährlicher panslawistischer Tendenzen. Deutschland erhoffte sich vom baldigen Waffengang gegen Rußland und Frankreich ein Aufbrechen des Einschließungsringes um das Reich - und dies mit dem verbündeten Österreich und Italien an seiner Seite. Frankreich erblickte im Krieg gegen Deutschland die lang herbeigesehnte Gelegenheit, sich für die Niederlage von 1871 zu revanchieren und das damals rückerstattete Elsaß-Lothringen erneut zu annektieren. Rußland erwartete sich von einem erfolgreichen Waffengang gegen Deutschland und Österreich eine Ausdehnung seiner Macht nach dem Westen, eine Steigerung seines Einflusses auf dem Balkan und wohl auch

die Chance zu einer Zerschlagung der Donaumonarchie.
Und Großbritannien sah die Chance zur Zerstörung der zu mächtig gewordenen Kontinentalmacht Deutsches Reich gekommen, die auch auf den Weltmeeren Flagge zu zeigen begonnen hatte. Optimismus herrschte auf allen Seiten. Entsprechend gedachten die deutschen Frontfreiwilligen "Weihnachten in Paris" zu verbringen und die Briten das Deutsche Reich durch ihre kriegsrechtswidrige Seeblockade alsbald in die Knie zu zwingen. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x283/198-200): >>... Auslöser für den Weltkrieg war das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 durch serbische Nationalisten in Sarajewo. ...
Wie sie eingestanden, wollten sie damit den Feind der Slawen töten, das Habsburgerreich auflösen und einen "Weltenbrand" entfachen. Mit dieser Prognose verrieten sie mehr Weitblick als die Staatsmänner der Zeit.
Trotz allem hätte die Tat noch nicht zum Kriege führen müssen. Wäre Wien sofort in Belgrad einmarschiert – die Manövertruppen standen ja Gewehr bei Fuß -, und hätte es Genugtuung gefordert und erhalten, dann hätte sich der Konflikt vielleicht nicht hochgeschaukelt. Freilich hätte man ihn wirklich fürchten und nicht heimlich wünschen müssen. ...
Und es kam, wie es kam. Wien stellte Belgrad Forderungen, deren Erfüllung man nicht ernsthaft erwarten konnte und die dort im Vertrauen auf Rückendeckung von Rußland nicht geleistet wurden. Wien erklärte Serbien den Rachekrieg, und Zar Nikolaus sah jetzt seine slawischen Brüder bedroht, er machte mobil.
Der Krieg Rußlands gegen die Mittelmächte stand bevor. Denn Kanzler Bülow in Berlin hatte die Österreicher 1909 der "Nibelungentreue" versichert. Hätte sich das Beistandsversprechen Berlins auf die Verteidigung Deutsch-Österreichs beschränkt, so wäre der nationalen Gefühlspolitik Genüge geleistet gewesen und Petersburg hätte keinen Anlaß gehabt, gegen Deutschland mobil zu machen.
Bismarck hatte dem Frieden mit Rußland den Vorrang eingeräumt; er wollte, so sagte er auf dem Berliner Kongreß 1878, den Balkaninteressen Wiens die gesunden Knochen nicht eines einzigen pommerschen Musketiers opfern.
Ohne den Krieg mit Deutschland und die Niederlage bei Tannenberg im August 1914 wäre es den Russen vermutlich gelungen, die West- und Südslawen zu befreien, am Ende gar die heißbegehrten Meerengen zu gewinnen.
Hätte eine siegreiche russische Armee die Revolution der Bolschewiki hingenommen? Wohl kaum. Deren Sieg war in dreifacher Hinsicht eine Folge deutscher Politik: zum einen durch die Zermürbung der russischen Armee, sodann durch den Transport Lenins mit der Reichsbahn aus der Schweiz durch Deutschland nach dem damals russischen Finnland; und zum dritten durch die fehlende Hilfeleistung 1918 für die "Weißen", als nach dem Urteil von Kurt Riezler, dem Botschaftsrat in Moskau, der Bürgerkrieg gegen die "Roten" auf der Kippe stand und durch Eingreifen Deutschlands hätte gewonnen werden können.
Ein Vorstoß der Russen ans Mittelmeer hätte London alarmiert und die Kriegsbereitschaft gegen Deutschland vermindert, zumal ein fortdauernder Friede mit Rußland die gesamte deutsche Wehrmacht an der Westgrenze verfügbar gemacht hätte. Frankreich allein hätte keinen Angriff riskiert. Der Konflikt zwischen England und Deutschland wäre vertagt worden und hätte sich am Ende mit der sich abzeichnenden Veränderung der weltpolitischen Gesamtsituation überhaupt erübrigt. Denn der wahre Konkurrent der Briten auf See war ja nicht Deutschland, sondern Amerika. Die USA befanden sich bereits damals auf dem Wege zur führenden Weltmacht. Hat man das in London nicht gesehen oder im Zeichen angloamerikanischer Solidarität in Kauf genommen?
Aber der in Deutschland ebenso gefühlsbestimmte Pakt mit der Donaumonarchie veranlaßte,

daß die Nibelungentreue ein zweites Mal zum Untergang führte, wie Kriemhilds Rache lehrt.
Als der Angriff der Russen auf Österreich bevorstand, erklärte Berlin dem Zaren und dann auch Frankreich den Krieg, nachdem dort gleichfalls die Mobilmachung angelaufen war. Die höchst unerwünschte Kriegserklärung aus London folgte. Sie war nicht unbedingt vorauszusehen, da England seit dem Krimkrieg als Gegner Rußlands galt und zwischen Paris und London ein förmlicher Beistandspakt ebensowenig bekannt war wie ein solcher zwischen London und Washington. Es gab eine Kettenreaktion. Jeder Schritt hätte, anders gewählt, den Ausbruch der Feindseligkeiten verzögert, wo nicht verhindert. Das aber war hüben und drüben nicht gewollt. ...<<

Die Kriegsbegeisterung im August 1914

Kaiser Wilhelm II. rief "sein Volk" am 4. August 1914 öffentlich zu den Waffen und erklärte feierlich (x073/31): >>... So muß denn das Schwert entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind. Drum auf! Zu den Waffen! Jedes Schwanken, jedes Zögern wäre Verrat am Vaterlande ...
Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat. In aufgedrungener Notwehr, mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert. An die Völker und Stämme des Deutschen Reiches ergeht mein Ruf, zu verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben.
Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche! Zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Standes- und Konfessionsunterschied mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir dies in die Hand zu geloben.<<
Der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg erklärte am 4. August 1914 im Reichstag (x245/72): >>Wir sind jetzt in der Notwehr; und Not kennt kein Gebot! Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, und vielleicht schon belgisches Gebiet betreten.
Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Das Unrecht - ich spreche offen -, das Unrecht, das wir tun, werden wir wiedergutzumachen versuchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! ...<<
Die Bevölkerungen der kriegsführenden Staaten wurden damals von einem regelrechten Kriegsfieber erfaßt. In den großen europäischen Hauptstädten Berlin, London, Moskau, Paris und Wien begrüßten Tausende von kriegsbegeisterten Menschen den "gerechten Krieg". Nirgends zeigte sich offener Widerstand gegen den Krieg, denn jedes kriegsbeteiligte Land kämpfte angeblich für eine gerechte Sache.
In Berlin und in Wien sangen die Deutschen patriotische Lieder und meldeten sich in Massen freiwillig zum Kriegseinsatz. Alle Klassen der deutschen Bevölkerung - auch die Sozialdemokraten und sogar der linksradikale Karl Liebknecht - waren damals für diesen vermeintlich gerechten Verteidigungskrieg und zogen bereitwillig für das Vaterland in den Krieg. Die Geistlichen segneten die eingezogenen Soldaten und die Waffen.
Die ausrückenden deutschen Truppen sangen forsche, fröhliche Lieder, als ob man nur in ein kurzes Manöver ziehen würde. Die blumengeschmückten Züge wurden von begeisterten Menschenmassen verabschiedet. Überall herrschte damals eine unglaubliche Mischung aus Jubel und großer Zuversicht, daß der Krieg schon bald zu Ende sein würde: "Wieder zu Hause, ehe das Laub fällt ...", "Weihnachten sind wir schon zurück!" ...
Der spätere britische Kriegsminister David Lloyd George berichtete damals über die Stimmung der europäischen und der englischen Bevölkerung (x041/10): >>Die Bevölkerung wurde vom Kriegsfieber gepackt. In sämtlichen Hauptstädten schrie sie nach Krieg. Die älteren Staatsmänner bemühten sich mit schwachen Kräften, den Krieg zu verhindern, während die

Jugend der untereinander rivalisierenden Länder vor ihren Türen ungeduldig nach dem sofortigen Krieg verlangte. ...
Ich werde nie die kriegslustigen Massen vergessen, die sich in Whitehall versammelten, während das Kabinett über die Alternative Frieden oder Krieg beriet ... Es fanden sich zahllose Scharen junger Menschen in Westminster ein, um für den Krieg gegen Deutschland zu demonstrieren.<<
Schlußbemerkungen: Durch die verhängnisvolle "Blankovollmacht" der deutschen Reichsregierung vom 6. Juli 1914 wurden Art und Zeitpunkt aller Entscheidungen über "Krieg oder Frieden" den Österreichern überlassen. Das militärisch schwache Österreich-Ungarn wurde durch diese bedingungslose, unverantwortliche Zusage der deutschen Reichsregierung eigentlich erst ermutigt, mit Serbien abzurechnen.

Der "totale Krieg"
Der Erste Weltkrieg war mit dem letzten französisch-deutschen Krieg von 1870/71 nicht zu vergleichen, denn es entwickelte sich kein "gerechter, heiliger Volkskrieg" mit kurzen Feldschlachten alten Stils. Dieser Krieg wurde kein kurzer Waffengang, sondern ein unerwartet grausamer und mörderischer Grabenkampf, der länger als 4 Jahre dauern sollte. Die naiven, romantischen Vorstellungen der Menschen erfüllten sich leider nicht, denn im Verlauf des Ersten Weltkrieges entfaltete sich sehr schnell eine neue, völlig unbekannte Kriegsart - der "totale Krieg".
Mit der "Hurrastimmung" - "Jeder Schuß ein Rus", "Jeder Stoß: ein Franzos" ... - und den patriotischen Liedern war es vor allem im Westen schnell vorbei, denn an der Westfront fanden fast nur erbitterte Stellungskämpfe statt.
Im Ersten Weltkrieg entstand außerdem eine neuartige Kriegsberichterstattung. Um die Kampfkraft der eigenen Soldaten zu erhöhen, verbreiteten die Engländer und teilweise auch die Nordamerikaner zahlreiche Propagandaberichte über die angebliche Grausamkeit der Deutschen. Die Berichte von vermeintlich geschändeten Nonnen und Säuglingen mit abgehackten Händen in Belgien wurden von Historikern zwar nachträglich als eindeutige Lügen entlarvt, aber während des Ersten Weltkrieges glaubte fast jeder Engländer diese bösartigen Propagandageschichten, die fast täglich in den Zeitungen veröffentlicht wurden.
93 führende deutsche Wissenschaftler und Intellektuelle veröffentlichten im September 1914 ein Manifest gegen die einseitige Greuelpropaganda der Alliierten (x972/…): >>**Der Aufruf der 93 "An die Kulturwelt!"**
Wir als Vertreter deutscher Wissenschaft und Kunst erheben vor der gesamten Kulturwelt Protest gegen die Lügen und Verleumdungen, mit denen unsere Feinde Deutschlands reine Sache in dem ihm aufgezwungenen schweren Daseinskampfe zu beschmutzen trachten. Der eherne Mund der Ereignisse hat die Ausstreuung erdichteter deutscher Niederlagen widerlegt. Um so eifriger arbeitet man jetzt mit Entstellungen und Verdächtigungen. Gegen sie erheben wir laut unsere Stimme. Sie soll die Verkünderin der Wahrheit sein.
Es ist nicht wahr, daß Deutschland diesen Krieg verschuldet hat. Weder das Volk hat ihn gewollt noch die Regierung noch der Kaiser. Von deutscher Seite ist das Äußerste geschehen, ihn abzuwenden. Dafür liegen der Welt die urkundlichen Beweise vor. Oft genug hat Wilhelm II. in den 26 Jahren seiner Regierung sich als Schirmherr des Weltfriedens erwiesen; oft genug haben selbst unsere Gegner dies anerkannt. Ja, dieser nämliche Kaiser, den sie jetzt einen Attila zu nennen wagen, ist jahrzehntelang wegen seiner unerschütterlichen Friedensliebe von ihnen verspottet worden. Erst als eine schon lange an den Grenzen lauernde Übermacht von drei Seiten über unser Volk herfiel, hat es sich erhoben wie ein Mann.
Es ist nicht wahr, daß wir freventlich die Neutralität Belgiens verletzt haben. Nachweislich waren Frankreich und England zu ihrer Verletzung entschlossen. Nachweislich war Belgien

damit einverstanden. Selbstvernichtung wäre es gewesen, ihnen nicht zuvorzukommen.
Es ist nicht wahr, daß eines einzigen belgischen Bürgers Leben und Eigentum von unseren Soldaten angetastet worden ist, ohne daß die bitterste Notwehr es gebot. Denn wieder und immer wieder, allen Mahnungen zum Trotz, hat die Bevölkerung sie aus dem Hinterhalt beschossen, Verwundete verstümmelt, Ärzte bei der Ausübung ihres Samariterwerkes ermordet. Man kann nicht niederträchtiger fälschen, als wenn man die Verbrechen dieser Meuchelmörder verschweigt, um die gerechte Strafe, die sie erlitten haben, den Deutschen zum Verbrechen zu machen.
Es ist nicht wahr, daß unsere Truppen brutal gegen Löwen gewütet haben. An einer rasenden Einwohnerschaft, die sie im Quartier heimtückisch überfiel, haben sie durch Beschießung eines Teils der Stadt schweren Herzens Vergeltung üben müssen. Der größte Teil von Löwen ist erhalten geblieben. Das berühmte Rathaus steht gänzlich unversehrt. Mit Selbstaufopferung haben unsere Soldaten es vor den Flammen bewahrt. - Sollten in diesem furchtbaren Kriege Kunstwerke zerstört worden sein oder noch zerstört werden, so würde jeder Deutsche es beklagen. Aber so wenig wir uns in der Liebe zur Kunst von irgend jemand übertreffen lassen, so entschieden lehnen wir es ab, die Erhaltung eines Kunstwerks mit einer deutschen Niederlage zu erkaufen.
Es ist nicht wahr, daß unsere Kriegführung die Gesetze des Völkerrechts mißachtet. Sie kennt keine zuchtlose Grausamkeit. Im Osten aber tränkt das Blut der von russischen Horden hingeschlachteten Frauen und Kinder die Erde, und im Westen zerreißen Dumdumgeschosse unseren Kriegern die Brust. Sich als Verteidiger europäischer Zivilisation zu gebärden, haben die am wenigsten das Recht, die sich mit Russen und Serben verbünden und der Welt das schmachvolle Schauspiel bieten, Mongolen und Neger auf die weiße Rasse zu hetzen.
Es ist nicht wahr, daß der Kampf gegen unseren sogenannten Militarismus kein Kampf gegen unsere Kultur ist, wie unsere Feinde heuchlerisch vorgeben. Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt. Zu ihrem Schutze ist er aus ihr hervorgegangen in einem Lande, das jahrhundertelang von Raubzügen heimgesucht wurde wie kein zweites. Deutsches Heer und deutsches Volk sind eins. Dieses Bewußtsein verbrüdert heute 70 Millionen Deutsche ohne Unterschied der Bildung, des Standes und der Partei.
Wir können die vergifteten Waffen der Lüge unseren Feinden nicht entwinden. Wir können nur in alle Welt hinausrufen, daß sie falsches Zeugnis ablegen wider uns. Euch, die Ihr uns kennt, die Ihr bisher gemeinsam mit uns den höchsten Besitz der Menschheit gehütet habt, Euch rufen wir zu:
Glaubt uns! Glaubt, daß wir diesen Kampf zu Ende kämpfen werden als ein Kulturvolk, dem das Vermächtnis eines Goethe, eines Beethoven, eines Kant ebenso heilig ist wie sein Herd und seine Scholle.
Dafür stehen wir Euch ein mit unserem Namen und mit unserer Ehre!<<
Die Greuelgeschichte vom kanadischen Soldaten, den die Deutschen angeblich an einem Scheunentor kreuzigten, bezeichnete der kanadische Kriegsminister … später während einer Parlamentsrede als "glänzend geglücktes Garn", daß von ihm damals gebilligt wurde, um Kriegsfreiwillige anzuwerben (x063/490). Rachsucht, Gewinnstreben, gegenseitige Schmähungen und unwahre Propagandaberichte belasteten noch lange nach Kriegsende die Bemühungen um eine ehrliche Versöhnung und Völkerverständigung.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Greuelpropaganda" (x051/225): >>Greuelpropaganda (-hetze, -märchen), Bezeichnung für bewußte Falschmeldungen über Verbrechen des Gegners im Krieg.
Im Prinzip schon immer ein Mittel der psychologischen Kriegführung, wurde Greuelpropaganda im Ersten Weltkrieg insbesondere auf alliierter Seite so massiert eingesetzt, daß die Glaubwürdigkeit erheblich litt und damit die beabsichtigte Wirkung ausblieb oder gar in das

Gegenteil umschlug, wenn offenkundige Lügen entlarvt wurden.
Bekannteste Beispiele waren die Behauptung, deutsche Soldaten hätten – auf ausdrückliche und detaillierte Anweisung Kaiser Wilhelms II. – belgischen Kindern die Hände abgehackt, sie vergewaltigt und gefoltert, oder z.B. die Meldung des "Daily Telegraph" vom März 16, Österreicher hätten 700.000 Serben vergast (sic!).
Diese Greuelpropaganda sollte sich im Zweiten Weltkrieg als beste Tarnung der SS für den Völkermord der Endlösung erweisen. Noch im Sommer 44 weigerten sich höchste alliierte Stellen (u.a. J. Pehle, Direktor des US-Kriegskomitees für Flüchtlinge) mit Hinweis auf die Greuelpropaganda, Meldungen über Gaskammern in Auschwitz zu glauben. Verzweifelte Zeugen wie Gerstein stießen auf eine Mauer des Unglaubens, die durch die Ungeheuerlichkeit der Berichte nur stabiler wurde; deutsche Dementis waren wesentlich erfolgreicher. Die verhängnisvollen Folgen der Greuelpropaganda sind bis in die neonazistische Szene zu spüren (Auschwitzlüge).<<
Schlußbemerkungen: Der erste große Krieg des 20. Jahrhunderts wurde hauptsächlich durch ungeheure Materialschlachten, Schützengräben, Stacheldrahtverhaue, endlose Artillerie- und Handgranatengefechte, blutige Nahkämpfe sowie durch den erstmaligen Großeinsatz von Massenheeren, Giftgas, Minen, Maschinengewehren, Flammenwerfern, Panzern, Kampfflugzeugen und U-Booten geprägt.

"Mittelmächte" und "Alliierte Mächte"
Den "Mittelmächten", Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien, mit rd. 155 Millionen Einwohnern, standen die "Alliierten Mächte", 30 Länder mit rd. 1.365 Millionen Einwohnern, gegenüber (x038/1.915/1.916).
Weder Österreich-Ungarn noch das Deutsche Reich waren militärisch und wirtschaftlich auf einen längeren Krieg vorbereitet. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn besaßen höchstens Lebensmittelvorräte für 1 Jahr und wurden nach dem Kriegsbeginn schnell von kriegswichtigen Rohstoffen abgeschnitten.
Da die deutsche Heeresleitung zwangsläufig den gefürchteten Zweifrontenkrieg führen mußte, entschied man sich nach alter preußischer Tradition für eine offensive Kriegsführung, um schnelle Entscheidungen zu erzwingen. Das Deutsche Reich mußte vom Kriegsausbruch bis zum Ende die militärische Hauptlast des Krieges tragen. Österreich-Ungarn konnte sich vielfach nicht auf seine Truppen verlassen, die aus vielen Völkerschaften bestanden. Auch die Türken und Bulgaren waren ständig auf deutsche Unterstützung angewiesen. Die deutschen Truppen waren zwar stärker als jeder einzelne europäische Gegner, aber trotz der Allianz mit den Mittelmächten viel zu schwach, um alle Feinde gleichzeitig zu schlagen.
Während die britischen und französischen Armeen der politischen Führung unterstellt wurden, gab es im Deutschen Reich keine einheitliche Führung. Kaiser Wilhelm II., der zwischen den Politikern und der deutschen Heeresleitung vermitteln sollte, scheiterte.

Die US-Neutralität während des Ersten Weltkrieges
Die US-Wirtschaft belieferte die Westmächte bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte würde angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg (x068/175-176): >>... Die Gelegenheit war nun einmal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.
Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel aus-

gemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. Auch andere Vielvermögende in den Staaten dachten so. Schon 1915 bilden sich deshalb nationale Verteidigungsorganisationen ...
Dazu paßt, daß Wilson zunächst den Banken verbietet, den Alliierten Geld zu leihen, im Herbst 1915 den Bankiers aber mitteilt, er könne Anleihen offiziell zwar nicht billigen, werde aber nichts gegen sie unternehmen – nachdem US-Banken schon seit September über eine 500 Millionen Dollar-Anleihe an England und Frankreich verhandeln.
Dazu paßt, daß Oberst House, Wilsons Graue Eminenz, nach einer Unterredung mit Aristide Briand am 9. Februar 1916 an Präsident Wilson schreibt. Wir einigten uns schließlich dahin, daß sie nicht intervenieren würden, wenn die Alliierten im Frühjahr und Sommer nennenswerte Erfolge hätten. Wenn dagegen die Flut des Krieges gegen sie ginge oder sich nicht veränderte, würden sie intervenieren."
Dazu paßt, daß Bryan-Nachfolger Außenminister Lansing um die Jahreswende 1916/17 im Gespräch mit dem französischen Botschafter Jusserand die Alliierten zu einer verschärften Ablehnung des Friedens zu veranlassen sucht.
Dazu paßt, daß bereits damals in der Mitte des Krieges, der US-Handel mit den Mittelmächten gegenüber 1914 auf weniger als ein Drittel gesunken, der mit den Alliierten aber um das Vierfache gestiegen ist, von 800 Millionen auf 3 Milliarden Dollar.
Ganz klar, daß Deutschland sich gegen die enormen amerikanischen Lieferungen an seine Kriegsgegner wehren muß. Es erklärt im Februar 1915 die See um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet und kündigt die Versenkung feindlicher Handelschiffe an. Bald darauf werden amerikanische Reisende durch Deutschland in einer New Yorker Zeitung ausdrücklich vor Fahrten in britischen Gewässern gewarnt.
Die USA verstehen dies als eine Verletzung der Neutralität – aber natürlich nicht ihre Kriegslieferungen an Deutschlands Gegner. Und nachdem bis März 1917 deutsche U-Boote 5 US-Schiffe versenkt haben, betreibt Wilson im Kongreß die Kriegserklärung an Deutschland.<<

Friedensangebot der Mittelmächte

Anstatt Frieden mit Rußland zu schließen, der damals durchaus möglich war, aber von der deutschen Heeresleitung abgelehnt wurde, gründeten die Mittelmächte am 5. November 1916 das Königreich Polen. Diese politisch und militärisch völlig falsche und sinnlose Entscheidung führte zum Abbruch der deutsch-russischen Friedensverhandlungen, denn Rußland war nicht bereit, Polen aufzugeben.
Nach der Eroberung Rumäniens gab die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab.
Gleichzeitig ersuchte die deutsche Regierung den nordamerikanischen Präsidenten Thomas W. Wilson, einen allgemeinen Frieden zu vermitteln (x092/752): >>Der furchtbarste Krieg den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit 2 ½ Jahren in einem großen Teile der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, bringt die Menschheit um ihre wertvollsten Errungenschaften. ...
Deutschland und seine Verbündeten Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. ...
Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und politischen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, gleichfalls aber auch von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. ...<<
Das Deutsche Reich verzichtete am 26. Dezember 1916 auf die Nennung von konkreten Friedensbedingungen, weil die französisch-britischen Bedingungen für das Deutsche Reich und

Österreich-Ungarn unannehmbar waren.
Die Entente lehnte am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt wurden. Angesichts der "Bedrohung der Freiheit" hielt der französische Außenminister Aristide Briand allein schon das Wort Frieden für frevelhaft (x041/68). Briand, der im Jahre 1926 mit Gustav Stresemann den Friedensnobelpreis erhielt, strebte eigentlich erst ab 1925 eine Verständigung mit Deutschland an.
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die deutschen Friedensangebote seit 1916 (x057/194): >>Nachdem schon 1916 ein deutsches Friedensangebot von den Gegnern abgelehnt worden war, erfolgte unter Führung des Zentrumsabgeordneten Erzberger 1917 die Friedensresolution des Reichstages. Darin wurde ein "Frieden der Verständigung ohne Annexionen" angeboten, aber ohne Erfolg.
Anfang 1918 hatte der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, in seinen "Vierzehn Punkten" die Grundlage eines Friedens aufgestellt. Die von Prinz Max von Baden gebildete Regierung rief Wilson als Vermittler an und bat im Oktober 1918 um Waffenstillstand und Einleitung von Friedensverhandlungen auf Grund der "Vierzehn Punkte".<<
Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über die Ablehnung der deutschen Friedensvorschläge (x340/11-12): >>… Alle deutschen Angebote zwecks eines Ausgleichsfriedens wurden von den verantwortlichen Entente-Politikern umgehend abgelehnt. Sie konnten nicht anders, denn um die Blüte ihrer Jugend für die wirtschaftlichen Interessen weniger auf die Schlachtfelder treiben zu können, hatten sich Frankreichs und Englands Politiker bis zum letzten Penny bei amerikanischen Banken und Investoren verschulden müssen.
Ihnen drohte im Falle eines deutschen Sieges oder eines Ausgleichsfriedens der Bankrott. Die USA waren deshalb 1917 in den Weltkrieg auf Seiten der Gegner Deutschlands eingetreten, um ihre Investitionen zu retten.<<

Kriegseintritt der USA
Die deutsche Reichsregierung informierte die USA am 31. Januar 1917 über den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges - ab 1. Februar 1917. Obwohl der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg ausdrücklich vor den Folgen eines unbeschränkten U-Boot-Krieges warnte, setzten sich die Befehlshaber der deutschen Kriegmarine und hauptsächlich General Ludendorff durch. Danach wurde ab 1. Februar 1917 jedes Schiff angegriffen, das sich der britischen und französischen Küste näherte. Die Rechnung der deutschen Heeresleitung ging jedoch nicht auf, denn nach der Versenkung mehrerer US-Schiffe führte der verhängnisvolle deutsche U-Boot-Krieg schließlich am 6. April 1917 zum nordamerikanischen Kriegseintritt.
Nordamerika griff in erster Linie aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg ein.
US-Botschafter Walter Hines Page (1855-1918) telegraphierte am 5. März 1917 aus London an US-Präsident Wilson (x243/10, x340/61): >>... Vielleicht ist unser Eingreifen in den Krieg der einzige Weg, auf dem unsere hervorragende geschäftliche Lage erhalten und eine Panik (US-Rezession bzw. US-Depression) abgewendet werden kann. Das Unterseeboot hat den letzten Ausschlag gegeben für die Gefahr eines Weltfinanzkrachs. ...<<
>>Der Druck der herannahenden Finanzkrise übersteigt nunmehr die Leistungsfähigkeit des Hauses Morgan für die britische und die französische Regierung. … Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der einzige Weg, um unsere hervorragende Handelslage aufrechtzuerhalten und eine Panik zu vermeiden, die Kriegserklärung an Deutschland darstellt.<<
Der Kriegseintritt Nordamerikas am 6. April 1917 brachte endgültig die Wende des Ersten

Weltkrieges. Die US-Wirtschaftsmacht führte den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Ententemächte von Tag zu Tag größer wurde. Die großen US-Geleitzüge brachten jetzt noch mehr schwere Waffen, vor allem Panzer, Versorgungsgüter und ausgeruhte Truppen nach Europa. Ununterbrochen trafen neue Waffen-, Munitions- und Truppentransporte in England und Frankreich ein.

Winston S. Churchill, während des Ersten Weltkrieges britischer Marineminister, berichtete später über den Kriegseintritt der USA im Jahre 1917 (x068/199): >>Amerikas Kriegseintritt 1917 war ein unseliger Schritt. Wäret Ihr zu Hause geblieben und Euren eigenen Geschäften nachgegangen, dann hätten wir im Frühjahr 1917 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den Kriegseintritt der USA im Jahre 1917 (x068/183-187): >>... Eine wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle für den Kriegseintritt der USA - wovon man freilich nur sehr selten etwas liest - spielt das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., genauer ein Bankkollektiv unter seinen Leitern Jakob H. Schiff, den besonders bedeutsamen Brüdern Paul M. Warburg und Felix M. Warburg, der u.a. an den europäischen Rothschildbanken beteiligt war, den Bankiers Otto H. Kahn, Mortimer Schiff, Jerome H. Hanauer sowie einem Mitglied der Guggenheim-Familie, an deren Spitze der "Kupferkönig" stand.

Das Bankhaus, im späten 19. Jahrhundert von jüdischen Einwanderern aus Deutschland gegründet, war mit seinen führenden Köpfen den durchschnittlichen Politikern weit überlegen, teilweise sogar hochgebildet, was besonders für die Warburgs gilt, die auch namhafte Vertreter des geistigen Lebens stellten …

Die Bankiers des Kapitalkollektivs waren Großspekulanten, vielleicht ein bißchen "bescheidener" sogar als andere, aber sicher auch ein bißchen klüger und glücklicher. Im Schatten der Topfiguren des Metiers machten sie zunächst ihre Manöver, Transaktionen. Im dubiosen, undurchsichtigen Bereich des großen Geldes entwickelten sie Strategien, Spekulationen, verfolgten sie … ihren Vorteil, schnappten die Beute und verschlangen sie.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts rivalisierte Jakob H. Schiff, samt den Harrimans, mittels einer "berühmten" Aktienspekulation auf Eisenbahnen scharf mit dem "Finanzkönig" John Piermont Morgan I. Es wurde ein zwar unentschieden bleibender Fischzug, bei dem nur das breite Publikum verlor, aber Jakob H. Schiff hatte den Star aller Spekulanten beeindruckt. In künftigen Pokerrunden der Spitzenbanker rückten er und sein Kollektiv dem Riesen näher; bis 1917 der entscheidende Coup gelang, die dauernde Verbindung mit Morgan & Co., dem größten Finanzkonzern der Welt, wodurch man selbst einen Giganten wie Rockefeller mit der Standard Oil, die bisher größte globale Vermögensakkumulation, hinter sich ließ.

Trotz seiner gewaltigen Geldmacht war Morgan in der Vorkriegszeit, wie so viele, in zunehmende Schwierigkeiten geraten, in Prestigeverlust, vor allem durch das Fiasko einer Kartellierung diverser Eisenbahnunternehmen, das ungezählte Tausende um ihr Geld gebracht hatte, eine groß angelegte Gaunerei, für die jetzt der Kriegsausbruch in Europa verantwortlich gemacht worden ist. Auch sonst erwies sich das Gemetzel jenseits des Ozeans als großes Glück für den US-Geldhai, der als "offizieller Finanzagent der Alliierten" die Millionen nur so scheffelte.

Als aber die vermittelten Kredite bis auf eineinhalb Milliarden geklettert waren und die deutschen Kriegserfolge schwindelnde Summen in Rauch aufzulösen schienen, … da mußte Morgan handeln.

Er akzeptierte jetzt die Partnerschaft seines zähen Konkurrenten Kuhn, Loeb & Co., wobei Jakob H. Schiff zur Erreichung seines Zieles die eventuelle Finanzierung Deutschlands bei Wilson ins Spiel gebracht hatte und mit dem Präsidenten umgesprungen war "wie mit einer

Figur auf dem Schachbrett". Und den nächsten Zug sozusagen machte dann Schiffs Partner Morgan oder, genauer, der von diesem für ein Jahressalär von 25.000 Dollar gekaufte amerikanische Gesandte in London, Walter Hines Page.
Der bestochene Diplomat schickte seinem Präsidenten am 5. März 1917, einen Monat vor der Kriegserklärung an Deutschland, aus London jene berüchtigte Depesche, worin er den Kriegseintritt der USA für unerläßlich hielt zur Rettung der Alliierten, des amerikanischen Geldes und der amerikanischen Wirtschaft; andernfalls folge der augenblickliche Zusammenbruch.
Nun verlangten seinerzeit die USA - die ja ohnedies das größte Geschäft, bei weitaus geringsten Verlusten, durch das allgemeine Schlachten machten und gerade dadurch zur Weltmacht aufstiegen und England entthronten - für ihre Hilfe noch einen ganz speziellen Preis. Und dieser spezielle Preis, den man von Großbritannien für die amerikanische Kriegsbeteiligung forderte, bestand in der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina.
Nach Absprache mit Chaim Weizmann, dem nachmaligen Staatspräsidenten Israels, sicherte der britische Außenminister Earl of Balfour ein "national home" in Palästina zu, wobei freilich alle politischen, rechtlichen, rassischen und religiösen Interessen der dortigen nichtjüdischen Bevölkerung strikt gewahrt werden sollten. Am 2. November 1917 wurde die Balfourdeklaration veröffentlicht.
Hinter diesem ganzen so folgenschweren Projekt aber standen Männer und Mächte, die zu den einflußreichsten Beratern des amerikanischen Präsidenten zählten. Eine so markante Figur etwa im Obersten Gericht wie Louis Dembitz Brandeis. Oder Amerikas früherer Botschafter in der Türkei, Henry A. Morgenthau.
Vor allem aber das Bankhaus Kuhn, Loeb und seine Partner, besonders der Finanzmagnat Bernard M. Baruch, an den zu erinnern auch in anderem Zusammenhang nützlich ist. ...
Der Wallstreet-Bankier Bernard M. Baruch gehörte zum Kreis der Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. Er war zugleich aber mit dem "Kupferkönig" Guggenheim verbunden, dem Mitglied einer von St. Gallen nach den USA ausgewanderten jüdischen Familie. Und er war ein enger Freund und Berater Präsident Wilsons. Seit Amerikas Kriegseintritt leitete Baruch das Kriegsindustrieamt … und war damit verantwortlich für alle wirtschaftlichen Leistungen der Kriegsindustrie, natürlich auch für den Kauf von Kriegsmaterial. Er hat von sich selbst gesagt, mehr Macht besessen zu haben als je eine Einzelpersönlichkeit in der Geschichte, und später vor dem Senat bekannt, daß 10 Milliarden Dollar zur Finanzierung des Sieges über Deutschland durch seine Hand gegangen seien. …
… Von kriegsentscheidender Bedeutung war neben dem Stahl vor allem das Kupfer - im Zweiten Weltkrieg errechnete man, daß ein einziges Schlachtschiff 1.000 Tonnen Kupfer benötigte. Baruch aber hatte schon vor dem Kriegseintritt der USA ein Syndikat von Kupferproduzenten gebildet, dem drei Guggenheim angehörten, die gleichsam über das Kupferkönigtum der Welt fast allein geboten. Und so kauften die USA während des Ersten Weltkrieges von Kupferlieferanten durch Baruch, den Chef des Kriegsindustrieamtes und Schatzkanzler der Guggenheim, mehr als 660 Millionen Pfund Kupfer; zunächst, gegenüber den Gestehungskosten, für die Verkäufer mit hundert-, dann mit zweihundertprozentigem Gewinn.
Die Stahlerzeugung aber war durch raffinierte Transaktionen großenteils in den Besitz von Morgan & Co. gelangt und, zumal im Krieg, ebenfalls eine märchenhafte Geldquelle. Es ist klar, daß die US-Finanzgiganten gar kein Interesse an einer raschen Niederlage Deutschlands hatten. Je länger es blutete, desto mehr verdienten sie. In diesem Sinn animierte denn auch Morgans maßgeblicher Mann, Thomas Lamont, die Präsidenten der Wallstreet-Banken, den Krieg zu verlängern.
Eben damit war ihnen aber einer bereits zuvorgekommen: Jakob H. Schiff, dessen Interesse im Besonderen dem deutsch-russischen Konflikt galt. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Dezember 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/58,60): >>**Händler des Todes**

_ von *Sven Reuth*

Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson sicherte sich seine Wiederwahl 1916 mit dem Slogan: "Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten". Eine glatte Lüge - denn die US-Hochfinanz hatte Deutschland längst ins Visier genommen.

… **Kapitalistische Revolutionäre**

Sowohl das Deutsche Reich als auch Kreise der New Yorker Hochfinanz versuchten, die Russische Revolution zu beeinflussen. In Berlin sah man im Frühjahr 1917 nach dem US-Kriegseintritt nur noch die Möglichkeit, den Krieg im Osten schnell zu beenden, um Kräfte für den Westen freizubekommen.

Da nach dem Sturz des Zaren im März 1917 auch die neue bürgerliche Regierung unter Alexander Kerenski den Krieg fortsetzen wollte, setzte man auf die bolschewistische Karte. Der Schweizer Exilant Lenin wurde in einem plombierten Eisenbahnwaggon über das deutsche Reichsgebiet und Skandinavien nach Rußland gebracht. Die Bolschewiki erhielten dort über den Hamburger Bankier Max M. Warburg insgesamt sechs Millionen Dollar in Gold. Aber auch jüdische Bankiers in New York wie Jakob Schiff wünschten den Sturz des Zaren, da es in seinem Land immer wieder zu antisemitischen Pogromen kam. So unterstützte Schiff schon vor der Februarrevolution revolutionäre Aktivitäten in der russischen Armee und finanzierte auch Trotzkis Rückkehr aus dem US-Exil nach Rußland.

Geburt einer Weltmacht

Als an der Jahreswende 1916/17 nach der deutschen Eroberung Rumäniens mit seinen wichtigen Ölfeldern und den gescheiterten und ungeheuer verlustreichen britischen Offensiven an der Somme ein deutscher Sieg möglich zu werden schien, brauchte der US-Präsident dann auch nicht lange, um auf militärische Parolen umzuschalten. Den Kriegseintritt der USA am 6. April 1917 bezeichnete er als "Kreuzzug für die Demokratie". Die ungeheuren materiellen und personellen Ressourcen, die die Vereinigten Staaten in den Krieg warfen, wendeten das Blatt schließlich für die Entente-Mächte.

"Die alliierte Sache ist auf einer Woge von Öl zum Sieg geschwommen."

Lord Curzon

Die USA waren innerhalb von vier Jahren endgültig zu einer Weltmacht aufgestiegen und hatten ungeheure ökonomische Gewinne realisiert. Betrugen die US-amerikanischen Exportüberschüsse zum Ende des dortigen Fiskaljahrs am 30. Juni 1914 noch eine Milliarde Dollar, so waren sie drei Jahre später auf 82 Milliarden Dollar gestiegen.

Ein unter dem Vorsitz des republikanischen Senators Gerald P. Nye zwischen 1934 und 1936 tagender Untersuchungsausschuß stellte fest, daß die Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkriegs alleine an Großbritannien 2,3 Milliarden Dollar an Krediten vergeben hatten, an das Deutsche Reich aber nur 27 Millionen Dollar. Die von dem konservativen Politiker daraufhin aufgestellte Forderung, das Land dürfe sich nie mehr von den "Merchants of Death", den "Händlern des Todes", lenken lassen, hat sich bislang als frommer Wunsch erwiesen. <<

Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtete später (am 3. Juni 2022) über die US-Außenpolitik (x1.144/…): >>**Die Amerikanisierung Europas und ihr notwendiges Ende - Warum die EU und vor allem Deutschland sich von "America First" befreien müssen**

Ein Artikel von *Werner Rügemer*

Der Krieg in der Ukraine und die europäischen Reaktionen darauf zeigen einmal mehr, wie sehr Europas Politik die Interessen der USA priorisiert - sie scheinen sogar wichtiger zu sein als die eigenen europäischen Interessen. Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen, sondern Folge einer langen und sehr erfolgreichen Einflußpolitik der USA.

Werner Rügemer hat diese Entwicklung in einem vor der russischen Invasion geschriebenen Beitrag für den neu erschienenen Sammelband "Fortschritt in neuen Farben? Umbrüche, Machtverschiebungen und ungelöste Krisen der Gegenwart" skizziert, den die NachDenkSeiten heute ihren Lesern vorstellen wollen.
Führende EU-PolitikerInnen fordern seit einigen Jahren immer stärker eine "größere Unabhängigkeit Europas". Doch in Wirklichkeit wächst die Gefolgschaft der EU gegenüber den USA in mehrfacher Hinsicht: militärisch, investiv, außenpolitisch, finanziell, kulturell, geheimdienstlich. Das hat eine hundertjährige Vorgeschichte, die vielen Europäern, auch Linken gerade in Deutschland, immer noch weitgehend unbekannt ist. Es gehört im 21. Jahrhundert zu den Existenzfragen der Menschheit, ob und wie sich Europa und Deutschland auf friedenspolitischer Grundlage von einer imperialen Politik lösen kann, die seit Jahrzehnten US-dominiert ist.

Umkehrung des Verhältnisses durch den Ersten Weltkrieg

Bis Anfang des 20. Jahrhunderts waren US-Unternehmen auf Kredite europäischer Banken, insbesondere aus Frankreich und England, angewiesen. Auch die Nord- wie die Südstaaten wurden für den Bürgerkrieg von europäischen Banken und Börsenplätzen mitfinanziert, vor allem aus London, Paris, Frankfurt und Amsterdam. Ab den 1870er Jahren war etwa die Deutsche Bank an der Elektrifizierung des Landes beteiligt.
Die Wall Street war durch eingewanderte Bankiers aufgebaut worden. Die Gründung der US-Zentralbank Federal Reserve 1913 durch Wall-Street-Banken markiert einen Einschnitt: Die Kreditmöglichkeiten für die Banken selbst wie für den Staat wurden enorm ausgeweitet. So finanzierten nun v.a. US-Banken den Krieg in Europa, insbesondere finanzierten sie Frankreich und England.
Durch den unter Führung von US-Präsident Woodrow Wilson abgeschlossenen Versailler Vertrag wurde das Deutsche Reich der Hauptschuldner und, um auch die Kriegsreparationen zahlen zu können, Hauptempfänger von US-Krediten: Sie gingen an die Deutsche Reichsbank, an deutsche Unternehmen, aber auch an US-Unternehmen:
Sie kauften in Westeuropa Unternehmen oder Unternehmensanteile und errichteten Tochterfirmen, so etwa Ford, General Motors, IBM, ITT, General Electric, International Harvester, Coca-Cola und Hollywood-Firmen wie Paramount. Dabei spielten der Dawes-Plan (1924) und der Young-Plan (1929) eine wichtige Rolle.
Auch in faschistischen Regimen wie unter Benito Mussolini in Italien oder Francisco Franco in Spanien, von den USA schnell diplomatisch anerkannt, wurde kräftig investiert. Schwerpunkt war allerdings der technologisch führende Standort Deutschland, hier waren Anfang der 1930er Jahre einige hundert der wichtigsten US-Unternehmen präsent.
So entstand auch mit Hilfe der USA in Hitler-Deutschland die modernste Militärmaschine Europas - und keineswegs unterbrochen im Zweiten Weltkrieg. Trotz militärischer Feinderklärung durch die US-Regierung produzierten Ford, General Motors, IBM, Hollywood und Co. auch im Krieg für das NS-System, für die Wehrmacht und auch für die KZ-Verwaltung.
Die von der Wall Street 1930 in Basel/Schweiz gegründete Bank for International Settlements (BIS, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich/BIZ, Zentralbank der Zentralbanken auch heute) wusch Raubgold und Raubaktien, die die Wehrmacht aus den besetzten Staaten herausholte, und verschaffte dem Deutschen Reich international notwendige Devisen für die Beschaffung von Rohstoffen und Kriegsmaterial.
In der BIS kooperierten auch während des Krieges die Zentralbanken der militärisch verfeindeten Staaten, also USA und Deutschland, Japan, Frankreich, Belgien, Italien, Schweden usw. Nur die Sowjetunion war nicht vertreten, die Leitung hatte der Wall-Street-Banker Thomas McKittrick.

US-Neuordnung (West)Europas I: Marshall-Plan

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die USA die neue westliche Supermacht. Nicht nur (West-)Deutschland war wesentlich geschwächt, sondern auch die anderen imperialistischen und kolonialistischen Staaten Europas, insbesondere Großbritannien und Frankreich, aber auch die kleineren Staaten Italien, Belgien, Portugal und die Niederlande. Vor allem Großbritannien war bei den USA tief verschuldet.

USA nach dem Krieg: Den Wirtschaftsboom fortsetzen

Die USA hatten sich durch den Zweiten Weltkrieg endlich aus der tiefen Produktionskrise, die 1928 begonnen hatte, befreit. Den Kriegsboom, den größten Wirtschaftsboom, den die USA bis dahin erlebt hatten, wollten sie nach dem Krieg fortführen. Nach dem Dawes-Plan folgte der viel umfangreichere Marshall-Plan (1947).

Das treibende Motiv des Plans war nicht die vielbeschworene "Hilfe" für das zerstörte Europa - denn zum einen war nur das kapitalistische Westeuropa gemeint, nicht die am meisten zerstörte Sowjetunion und andere von den Nazis verwüstete osteuropäische Staaten. Zum anderen galt die Hilfe vorrangig den USA, ihren Unternehmen und Banken selbst.

Das Marshall-Programm wurde von denen geleitet, die schon die transatlantischen Beziehungen zwischen US-Unternehmen und europäischen, insbesondere deutschen Konzernen vor und während des Krieges gestaltet hatten. So etwa war McKittrick, von 1940 bis 1945 Chef der u. a. als NS-Finanzier fungierenden BIS, in der Pariser Zentrale des Marshall-Plans zuständig für die Finanzabwicklung. So wurde der Wall-Street-Anwalt, dann stellvertretende Kriegsminister ("Assistant Secretary of War"), dann Präsident der Weltbank, John McCloy, zum Marshall-Plan-Beauftragten für die neu gegründete Bundesrepublik Deutschland und ab 1949 auch zu deren US-Hochkommissar.

Ausschluß sozialistischer Parteien und Staaten

Für den Erhalt von Marshall-Hilfen mußten die Empfänger das Politik-, Parteien- und Gewerkschaftssystem antikommunistisch säubern. Kein Kommunist durfte Regierungsmitglied werden. Sozialisten und Sozialdemokraten durften sich nur dann an einer Regierung beteiligen, wenn sie zugleich antikommunistisch waren. Sogar der konservative Charles de Gaulle, der mit "Freies Frankreich" gegen die Nazis gekämpft hatte, wurde von den USA schon 1946 aus der Regierung verdrängt.

Sozialistische Staaten wollten und konnten sich dem Marshall-Regelsystem nicht anschließen. Das hatten die USA von vornherein geplant und schlossen die Sowjetunion schon 1944 bei der Gründung des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank aus.

Öffnung für den Marshall-Plan: Krieg der USA in Griechenland

Wenn es nötig schien, verschärften die USA auch Bürgerkriege. Sie wurden dann anders entschieden als es nach den Kräfteverhältnissen im Land gekommen wäre. 300 CIA-Agenten, 450 US-Militär- und 1.200 US-Wirtschaftsberater wurden 1947 als American Mission for Aid to Greece (AMAG) eingesetzt. Sie unterstützten nationalistische und monarchistische Militärs in Griechenland (die teilweise mit den Nazi-Besatzern kooperiert hatten) durch Geld, Sturzkampfbomber und Napalmbomben. Reiche griechische Unternehmerfamilien, darunter Reeder wie Aristoteles Onassis, wurden subventioniert.

Die schwächelnde Kolonialmacht Großbritannien zog sich aus ihrem traditionellen Einflußbereich zurück und überließ der neuen Supermacht das Feld. So wurde die demokratische und antifaschistische Befreiungsbewegung mitten in "Friedenszeiten" vernichtet: Zwischen 1948 und 1952 wurden zehntausende Kommunisten und Linke eingesperrt, über 1.500 wurden hingerichtet. Dann flossen auch die Gelder des Marshall-Plans. Zum "Kalten Krieg" gehörten für die USA immer auch "heiße" Kriege.

Antikommunistische Steuerung der Gewerkschaften

Der mit der CIA verbundene US-Gewerkschafts-Dachverband AFL-CIO infiltrierte, finanzierte, spaltete, erpreßte ab 1945 Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien und Funktionäre in allen westeuropäischen Staaten, so in Frankreich, Italien, Großbritannien, Westdeutschland, aber auch etwa in den skandinavischen Staaten.

Antifaschismus und Kapitalismus-Kritik wurden weitgehend ausgetrieben. Gegen den 1945 gegründeten überparteilichen Welt-Gewerkschaftsbund initiierten die USA über den AFL-CIO den antikommunistischen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, in den der DGB, der englische TUC usw. aufgenommen wurden.

Noch in den 1970er Jahren war z.B. der hauptamtliche DGB-Funktionär Walter Boehm gleichzeitig Gehaltsempfänger des US-Geheimdienstes.

Seit den 1980er Jahren: Noch mehr transatlantische Investitionen

Der Marshall-Plan löste eine dauerhafte US-Investitionswelle aus, die weit über den Umfang der Plan-Hilfen hinausging: Während die US-Investitionen zwischen 1950 und 1970 in Lateinamerika auf das Dreifache stiegen, in Asien (einschließlich Japan) auf das Fünffache, im traditionellen Nachbarschaftsmarkt Kanada um das Sechsfache, stiegen sie in Westeuropa um das Vierzehnfache. Aber das war nicht das Ende.

US-Berater: Für DDR-Verkauf, Privatisierung, Rüstungsbeschaffung … Ab den 1980er Jahren wurden Wall-Street-Investmentbanken wie JP Morgan und Goldman Sachs, teilweise vermittelt über die Europäische Kommission, in EU-Staaten für die Privatisierung der großen staatlichen Unternehmen wie Post, Bahn, Medien und deren Börsengänge herangezogen, zuerst in Großbritannien durch die Tory-Regierung von Thatcher, dann auch etwa durch die von Bundeskanzler Kohl geführte Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP:

Sie holte ab 1990 JP Morgan, McKinsey, PricewaterhouseCoopers (PwC) usw. als Berater in die Treuhand-Anstalt, um die Betriebe der Ex-DDR möglichst schnell und billig zu privatisieren.

McKinsey, PwC, Ernst&Young, Freshfields, Fleishman Hillard und Accenture - die "zivile Privatarmee des transatlantischen Kapitals" - sind zu Dauer-Beratern nicht nur der großen privaten Unternehmen in der EU geworden, etwa bei Bilanzen, Übernahmen, Fusionen und Börsengängen, sondern auch der EU-Regierungen wie der deutschen und auch der Europäischen Kommission, so bei Flüchtlingspolitik, Rüstungsbeschaffung oder Jobcenter-Umgestaltung.

Und die drei großen US-Ratingagenturen Standard&Poor's, Moody's und Fitch beherrschen auch in der EU die Bonitätsbewertung nicht nur der Unternehmen, sondern auch der EU-Staaten und legen deren Kreditkonditionen fest, für den griechischen genauso wie für den deutschen Staat.

Weitere US-Interventionen: De-Industrialisierung der EU

Trotz der verstärkten Investitionen westeuropäischer Banken und Unternehmen seit den 1980er Jahren in den USA blieb die US-Dominanz nicht nur erhalten, sondern wurde seit Beginn des 21. Jahrhunderts weiter ausgebaut.

Dabei haben die US-Akteure die EU-Staaten Irland, Luxemburg, die Niederlande und auch die City of London zu besonders willigen Finanzoasen ausgebaut - mit Hilfe und aktiver Duldung der EU. Die strukturelle Verarmung der staatlichen Haushalte in der EU sind die Folge, Verfall oder teure Privatisierung der Infrastruktur inbegriffen.

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts förderte die deutsche Regierung aus SPD/Grünen unter Kanzler Gerhard Schröder mit dem Programm "Entflechtung der Deutschland AG" durch Deregulierungen und Steuerbegünstigungen den Kauf deutscher Mittelstandsunternehmen und öffentlicher Wohnungsbestände durch Private-Equity-Investoren ("Heuschrecken") wie Blackstone und KKR - Vorbild für die ganze EU.

Verwertung der Substanz, De-Industrialisierung

Das Prinzip: Die vorhandene wirtschaftliche Substanz verwerten, Arbeitseinkommen senken, Gewinne rausziehen, keine Zukunftsinvestitionen. Ergebnis: Investive Entmächtigung der EU, De-Industrialisierung, Absturz gegenüber den USA und v. a. der Volksrepublik China.
Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 drangen dann die größeren Kapital-Organisatoren der Ersten Liga ein, wieder v. a. aus den USA: BlackRock, State Street, Vanguard und Co., neben vereinzelten Staatsinvestoren wie Norges (Norwegen), Temasek (Singapur) oder solchen aus den Golfstaaten. Sie sind nun die führenden und gleichzeitigen Eigentümer der wichtigsten Banken und Konzerne in Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Großbritannien usw., auch in der Schweiz.
Und der gegenwärtig größte Kapital-Organisator, BlackRock, ist nicht nur gleichzeitig Aktionär in allen DAX- und weiteren hunderten deutschen Unternehmen - auch in den fünf größten Wohnungskonzernen - und in den bedeutendsten Unternehmen der wichtigsten EU-Staaten, sondern ist auch mit drei Managern in der US-Regierung von Joe Biden vertreten. Er ist gleichzeitig Berater der Federal Reserve, der Europäischen Kommission und der EZB, auch für die Umsetzung des Corona-Wiederaufbau-Programms der EU.
Arbeitsverhältnisse und die Umdeutung der Menschenrechte Die International Labour Organization (ILO) konkretisiert die Universellen Menschenrechte der UNO im Bereich der Arbeitsbeziehungen: Recht auf Arbeit, Recht auf freie Gewerkschaften und Streik, Recht auf Kranken-, Arbeitslosigkeits- und Rentenversicherung, gerechtes Arbeitsentgelt, Kündigungsschutz, Arbeits- und Ruhezeiten, bezahlter Urlaub, Verbot der Zwangs- und Sklavenarbeit, Schutz der Wanderarbeit usw. Die westlichen EU-Staaten haben in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg eine Vielzahl der knapp 200 ILO-Konventionen ratifiziert.
Aber: Von 1948 bis ins Jahr 1970 war David Abner Morse Generalsekretär der ILO, länger als jemals ein anderer Generalsekretär vor oder nach ihm. Er war zuvor Vize-Arbeitsminister der US-Regierung und Arbeits-Berater der US-Militärregierung in Westdeutschland.
Die USA haben bis heute nur ein Dutzend der Konventionen ratifiziert, und schon gar nicht die wichtigsten - und stehen damit weltweit an vorletzter Stelle, weniger sind es noch bei Katar. Ein Hinweis darauf, warum die USA stets danach trachtete, daß einer der ihren, ob nun US-Bürger oder nicht, die ILO führt und neutralisiert. Unter der Regie von Morse wurden die ILO-Arbeitsrechte völkerrechtswidrig verdrängt, praktisch außer Kraft gesetzt, gezielt auch bei den Vorläufern der EU. Dies wirkt bis heute fort, etwa auch bei internationalen Freihandelsverträgen.
Dies steht im Kontext der US-geführten Umdeutung der Menschenrechte: Arbeits- und Sozialrechte raus, Individualrechte bleiben übrig, heute zugespitzt auf Diversität.

Working poor, working sick, migrantische Arbeit von legal bis illegal

US-Konzerne wie McDonald's und UPS waren in Westeuropa ab den 1970er Jahren die Vorreiter für gewerkschaftsfeindliche prekäre Arbeitsverhältnisse. Working poor, zudem verbunden mit working sick, breitete sich von den USA kommend auch in der EU aus. Sie fördert den Ersatz des regulierten Voll- und Dauerarbeitsplatzes durch den hochflexiblen Job nach US-Vorbild. Die Situation der abhängig Beschäftigten in der EU gleicht sich den US-Verhältnissen immer mehr an, auch mit der Nutzung legaler wie illegaler migrantischer Arbeit.
Seit Beginn der 2000er Jahre wurde die in den USA entwickelte Dienstleistung des Union Busting auch in der EU installiert: Professionelle Bekämpfung von unabhängigen Belegschaftsvertretungen. Wie in den USA besteht die Klasse der abhängig Beschäftigten heute aus vielfältigsten Gruppen, die nach Nationalität und Ethnie, rechtlichem Status, Arbeitsumfang und Legalität/Illegalität hochgradig und kaum organisierbar zersplittert sind und wo schon erste Ansätze einer Organisierung bekämpft werden.

Ost-Erweiterung und Digitalisierung

Mit der Osterweiterung der EU wurden und werden die neuen Mitglieds- und Anwärterstaaten zweifach genutzt: 1. für selektive Investitionen einzelner v. a. westlicher Unternehmen, ohne die Volkswirtschaft und die Infrastruktur zu fördern, 2. als Reservoir für millionenfache, befristete migrantische Arbeit in den Sektoren Bau, Logistik, Gesundheit, Landwirtschaft (Saisonarbeit), häusliche und Alten-Pflege, Gastronomie und auch Prostitution.

US-Konzerne wie Uber, Amazon, Facebook/Meta sind mit ihren EU-weiten Subunternehmerketten die Vorreiter der digitalisierten und durch Künstliche Intelligenz beschleunigten Prekarität (gig und crowd working, oft vertragslos, oft einseitiges anonymes Anweisungsverhältnis), zusätzlich befördert durch die Pandemie(-Politik).

US-Neuordnung (West-)Europas II: NATO

Im Vorfeld der NATO-Gründung wußten die Verantwortlichen in den USA: Die Sowjetunion bedeutet keine militärische Gefahr. Einen Angriff auf Westeuropa konnte die geschwächte Macht, selbst wenn sie wollte, nicht durchhalten: Die Wirtschaft der Sowjetunion war zu schwach; ihr Transportsystem zu unausgereift; ihre Ölindustrie ist viel zu leicht anzugreifen. Die Männer im Kreml sind kluge Tyrannen, urteilte der Chefplaner im State Department, George Kennan, die ihre innere Macht nicht durch militärische Abenteuer im Ausland aufs Spiel setzen. Dies hielt Kennan ab 1948 für Außenminister Marshall, Präsident Truman und die US-Botschafter in diversen Memoranden wiederholt fest.

Die Gründungslüge

Die tieferen Gründe für die militärische Besetzung Europas waren andere. Im März 1943 machte es der neoliberale Geostratege Walter Lippmann offiziell: Nach der Eroberung Nordamerikas, Mittelamerikas, der Karibik, der Philippinen und Inseln im Pazifik (Wake Islands, Guam, Hawaii …) seien die USA bisher gezwungen gewesen, "zwei Drittel der Erdoberfläche von unserer kontinentalen Basis in Nordamerika aus zu verteidigen."

Jetzt aber eröffne sich mit der absehbaren Niederlage der Achsenmächte Deutschland, Japan, Italien eine neue Möglichkeit: Die USA können jetzt ihre "Verteidigungslinie" entscheidend erweitern, "indem wir unsere Außenpolitik auf zuverlässige Bündnisse in der alten Welt gründen."

1947: Vom Department of War zum Department of Defense

Von 1776 an, seit ihrer Gründung, hatten die USA faktengemäß ein Kriegsministerium (Department of War). Aber gerade jetzt, 1947, auf der erweiterten Stufe ihrer globalen Expansion, wurde das Kriegsministerium als Verteidigungsministerium (Department of Defense) deklariert. Dies war durchaus ein internationaler Trend, der es dem Kriegsbündnis NATO leichter machte, unter "Verteidigungsbündnis" zu firmieren.

Die 1949 gegründete NATO war Zwillingsgeschöpf des Marshall-Plans. Das verkörperte George Marshall selbst: Während des Zweiten Weltkriegs koordinierte er als Chief of Staff das US-Militär auf allen Kriegsschauplätzen zwischen Nordafrika und Japan. Nach dem Krieg organisierte er als Außenminister von 1947 bis 1949 den nach ihm benannten Plan. Und 1950 organisierte er als US-Verteidigungsminister die im Jahr zuvor aus der Taufe gehobene NATO mit.

Die Fortsetzungslüge: EU-Osterweiterung mit NATO

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die ins Feld geführte Legitimation für die NATO weggefallen. Aber für die USA als "einzige Weltmacht" war und ist die Beherrschung ganz Eurasiens "von Lissabon bis Wladiwostok" das Ziel, so 1996 der führende Berater mehrerer US-Präsidenten, Brzezinski.

Der unter dem Deckmantel der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker - bis hin zur Behauptung, "ein neues Auschwitz" müsse verhindert werden -, geführte Krieg gegen Jugoslawien war ein Einschnitt. Heute ist man weiter: Rußland muß erobert werden,

auch um die großen Ressourcen nicht China zu überlassen; dafür ist die Ukraine der wichtigste Zwischenschritt, so das geostrategische Konzept.
Alle osteuropäischen Staaten, ob Ungarn, Polen, Tschechien, Kroatien, Litauen usw. wurden und werden zuerst Mitglieder der NATO, bevor sie nach einigen Jahren auch EU-Mitglied werden dürfen. Der Kosovo wurde völkerrechtswidrig von Serbien abgetrennt und zum Staat erklärt (bis Ende 2021 von gut 100 Ländern, darunter 22 der 27 EU-Staaten, anerkannt), um dort, umgeben von Armut und Korruption, den neuen US-Militärstützpunkt Bond Steel zu betreiben.
So sind zwar die britischen, französischen, belgischen und niederländischen Besatzungstruppen aus der Bundesrepublik abgezogen, aber nicht die US Army und nicht die US-Atombomben - im Gegenteil: Die etwa drei Dutzend US-Militärstützpunkte und Operationsbasen werden umgebaut, erweitert, modernisiert, für Kriege in Asien, "Operationen" in Afrika und den Aufmarsch gegen Rußland. Kein größerer Staat der Welt ist so dicht mit ausländischem, also US-Militär, besetzt wie der "mächtigste" EU-Staat, und dies verschärft in den 16 Regierungsjahren der "mächtigsten Frau der Welt".

Befreiung von "America First"!

Die deutsche Bundeskanzlerin ließ sich und ihre Regierungsmitglieder von US-Geheimdiensten ausspionieren. Aber selbst als dieses Mal zufällig und kurzzeitig bekannt wurde - Frau Merkel unternahm nichts dagegen. Das gehört seit Bundeskanzler Adenauer zum Standard dieser besonders tiefen transatlantischen "Freundschaft". Ergebnis: Die Macht Deutschlands und der EU erodiert, auf allen technologischen und geostrategischen Gebieten, so der außenpolitische Thinktank European Council on Foreign Relations.

"Machtlos gegen Big Tech"

Die EU hat seit einem Jahrzehnt auf strategisch wichtigen Feldern immer wieder versucht, die US-Vorherrschaft zumindest etwas zu begrenzen: Bei der organisierten Steuerflucht von US-Unternehmen, bei der Einschränkung des Wettbewerbs durch die großen fünf US-Digitalkonzerne Google, Apple, Microsoft, Facebook und Amazon (GAMFA), bei der Abschöpfung von Bürger- und Unternehmensdaten und deren Transfer in die USA, bei der Abhängigkeit der EU im Bereich der Software, der Chip-Produktion und der Clouds.
Es wurden schon mal ein paar Milliarden Bußgelder eingetrieben - aber die Strukturabhängigkeit von den Digitalkonzernen wächst, noch beschleunigt mit der Pandemie-Politik. Dabei werden die dreistelligen Millionenbeträge nicht einmal thematisiert, mit denen die GAMFA mitunter Lehrstühle finanzieren und über häufige und große Anzeigen auch Abhängigkeiten der sogenannten Leitmedien in der EU schaffen, in Deutschland von taz bis FAZ.
Da bilanziert die FAZ: "Verzweifelte Aufholjagd einer Schlüsselindustrie. Brüssel will die Chip-Branche in der EU vor dem Niedergang retten. Der aber ist längst im Gange." Und das Handelsblatt bilanziert: "Machtlos gegen Big Tech". Deshalb schlägt die US-lastige Unternehmer-Postille als "Lösung" offen vor: "Mit Apple und Google verbünden"!

Noch mehr Unterwerfung trotz wachsender Zweifel an der Supermacht

Zwei Jahrzehnte haben die wichtigsten und auch kleine EU-Staaten und ebenso ihre Neutralität zelebrierende Staaten wie die Schweiz den US- und NATO-Krieg in Afghanistan mitgetragen: militärisch, finanziell, propagandistisch, geheimdienstlich und übrigens auch mit christlich-kirchlicher Beweihräucherung vor Ort.
Ergebnis: Millionen Menschen auf der Flucht, hunderttausende Tote, ein destabilisiertes und verarmtes Land, mit vielgestaltig korrumpierten Marionettenregierungen, Oligarchen, Warlords, einheimischen "Menschenrechtlern" und "Ortskräften" sowie eine wieder zur Macht gekommene Taliban-Regierung. Das nur als ein Beispiel, ein aktuelles, für die menschenrechtlich, moralisch, politisch, finanziell und sogar noch militärisch desaströse US- und NATO--Gefolgschaft.

Selbst ein transatlantisches Flaggschiff wie die "Zeitung für Deutschland" konstatiert die technisch-finanzielle Dominanz der USA, und auch die sich vertiefenden Zweifel an der "einzigen Weltmacht": Durch "strukturellen Rassismus, Waffengewalt auf den Straßen, zehntausende Drogentote, rechten Populismus - die Krisensymptome sind nicht mehr zu leugnen und reichen weit in das liberale Bürgertum", so die FAZ in ihrer immer noch beschönigenden Krisenanalyse, in der z.B. der Afghanistan-Krieg fehlt.
Aber solange Rußland und China uns bedrohen, so das von Facebook und Google mittels Inseraten reichlich bedachte Leitmedium, "muß Europa sein Mißtrauen Washington gegenüber überwinden und auf Amerika setzen."

Militärische Budgets weiter erhöhen

Derlei herrschende Meinungsmache erreicht, in Übereinstimmung mit der Bundesregierung und der Europäischen Kommission, in der gegenwärtigen Feindbild-Konstruktion, in der Haß- und Hetzeproduktion gegen Rußland und die Volksrepublik China "Weltniveau".
Die EU erweitert die "eigenen" militärischen Instrumente, aber die NATO-Führung bleibt, und die EU-Staaten erfüllen schrittweise die dem US-Präsidenten Barack Obama verbindlich zugesagte Forderung der Supermacht, die Rüstungsetats mindestens auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen.
Die USA schrumpfen sich und die besten Alliierten volkswirtschaftlich, ihre wichtigsten internationalen Instrumente sind Boykotte und Sanktionen - und haben als wichtigstes Alleinstellungsmerkmal nur noch den weltweit größten Destruktionsapparat zu bieten: Militär zu Land, zur See, in der Luft, im Weltraum; die mit riesigem Abstand meisten Militärstützpunkte rund um den Planeten; die größten Rüstungskonzerne und den größten Rüstungsexport, die meisten Kriege, offene und verdeckte.

Die notwendige Befreiung von "America First"

Nach dem bisher größten Weltkrieg wurden die Konsequenzen gezogen: UN-Völkerrecht und Universelle Menschenrechte. Um den nächsten, noch größeren Weltkrieg zu verhindern - und auch seine teils geifernd begrüßten Vorstufen zu entschärfen -, muß die Menschheit zu diesem Völkerrecht und diesen Menschenrechten zurück: Globalisierung ohne militärische Begleitung. Befreiung der UNO und ihrer Unterorganisationen aus dem Zugriff der USA. Austritt aus der NATO, statt dessen gemeinsame Sicherheitsarchitektur für das ganze Europa - jenseits von "America First". ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Rolle der USA während des Ersten Weltkrieges (x283/202-203): >>... Schon die Versenkung der britischen Lusitania am 7. Mai 1915 – sie hatte Passagiere und, wie die seit 1986 einsehbaren Ladelisten bestätigen, Munition für England an Bord – durch ein deutsches U-Boot ließ die deutschfeindliche Stimmung hochkochen, die seit Kriegsbeginn in den Staaten vorherrschte.
Der Propaganda-Effekt der Lusitania-Episode war enorm. Der aus Kursänderungsbefehlen abgeleitete Verdacht, daß die britische Admiralität die Versenkung bewußt in Kauf genommen, vielleicht sogar provoziert hat, um Deutschland in der Welt anzuprangern, wird dadurch genährt, daß die Unterlagen … noch immer geheimgehalten werden.
Danach drohte Präsident Wilson mit der Kriegserklärung, falls der uneingeschränkte U-Boot-Krieg nicht eingestellt würde. Daraufhin gab Kanzler Bethmann-Hollweg im September 1915 nach. Aus Furcht vor Amerika wurde die Schlinge um den Hals der Briten gelockert.
Das aber scheint nach der Analyse von Robert O'Connel ein Fehler gewesen zu sein. Er hat 2001 gezeigt, daß die USA damals auf einen Kriegseintritt noch nicht vorbereitet waren, England hingegen, von der Zufuhr über See abgeschnitten, vor der Hungerkatastrophe stand. Bevor die USA wirksam hätten eingreifen können, wäre durch einen nachhaltigen Einsatz der Torpedowaffe London 1916 gezwungen gewesen, Frieden zu schließen, der dann auch den Eingriff Washingtons erübrigt hätte. …

Ohne die massive moralische, materielle und zuletzt auch militärische Unterstützung der Entente durch Washington wäre es vermutlich so wie mit den Russen im Osten bei Brest-Litowsk auch mit den Gegnern im Westen nach der Schlacht um Verdun zu einem Erschöpfungsfrieden gekommen.
Das im Dezember 1916 unterbreitete Friedensangebot von Bethmann-Hollweg wäre angenommen worden – so meinte jedenfalls später Churchill. Man hätte im wesentlichen die Vorkriegslage wiederhergestellt, aber einräumen müssen, daß die Kriegsopfer nichts gebracht haben. Die Verluste durch eine Fortsetzung des Krieges, Versailles und alle Folgen wären unterblieben. ...<<
US-Senator George Norris aus Nebraska gab im Jahre 1917 folgende Stellungnahme ab (x056/137): >>... Nach meiner Meinung hätten wir von Anfang an die strikteste Neutralität wahren sollen. Wenn wir das getan hätten, stünden wir jetzt nicht am Rande des Krieges. ... Der Krieg bringt Reichtum für die Spekulanten der Wall Street ... Sie wollen Geld verdienen durch den Krieg und die Vorbereitung des Krieges ... Wir gehen in den Krieg auf den Befehl des Goldes ...
Die Folgen könnten sein, daß Millionen unserer Brüder ihr Blut vergießen müssen, daß Millionen Frauen weinen müssen, daß Millionen Kinder frieren müssen und Millionen Säuglinge verhungern müssen – und alles nur, weil wir das Recht amerikanischer Bürger wahren wollen, Waffen an kriegsführende Staaten zu liefern.<<
Der deutsche Historiker Christian Zentner schrieb später über die Gründe bzw. Folgen der nordamerikanischen Kriegsbeteiligung (x065/329-330): >>... Der Druck der industriellen und landwirtschaftlichen Überproduktion, der in den Vorkriegsjahren so schwer auf den USA gelastet hatte, verschwand im Laufe des Ersten Weltkrieges in zunehmenden Maß als die USA zum Lieferanten der kriegsführenden Alliierten wurden.
Von etwa 40 Millionen Dollar im Jahre 1914 stieg der Wert der nordamerikanischen Ausfuhr 1915 auf 210 Millionen und 1916 auf 1,29 Milliarden Dollar. 1915 betrugen die englisch-französischen Schulden in den USA bereits 500 Millionen Dollar. Diese wirtschaftlichen Tatsachen gewannen mehr und mehr an Gewicht. Sie waren zwar nicht das einzige, vielleicht nicht einmal das ausschlaggebende, aber ein höchst bedeutsames Motiv für den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg ...<<
Schlußbemerkungen: Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika am 6. April 1917 nicht aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg eingemischt hätten, wäre es angesichts der unentschiedenen militärischen Lage und der hohen Verluste (allein während der strategisch völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun von Februar bis Dezember 1916 fielen mindestens 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen) noch im Dezember 1916 oder im Januar 1917 zu einem Waffenstillstand ("Erschöpfungsfrieden") im Osten und Westen gekommen.
Die europäischen Kriegsparteien hätten sich danach notgedrungen auf einen maßvollen Verständigungsfrieden - Wiederherstellung der Vorkriegslage und angemessene Entschädigungen für Sachschäden in den Kampfgebieten - geeinigt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hätte sicherlich einen völlig anderen Verlauf genommen.
Aufgrund des "Erschöpfungsfriedens" im Dezember 1916 oder im Januar 1917 wären z.B. folgende Ereignisse vermieden worden:
In den Jahren 1917 bis 1918 wären Millionen von Soldaten nicht mehr gefallen oder verwundet worden.
Die bolschewistische Revolution in Rußland wäre im Jahre 1917 gescheitert und es hätte kein gewaltsames Ende des Zarentums, keinen verlustreichen Bürgerkrieg, keine Gründung der UdSSR sowie keine stalinistische Gewaltherrschaft gegeben.
Im Deutschen Reich wäre die konstitutionelle Monarchie vermutlich durch eine parlamentari-

sche Monarchie ersetzt worden.
Die Donaumonarchie hätte die slawischen Völker nach und nach in die Unabhängigkeit entlassen müssen.
Im Verlauf der "Hungerblockade" von November 1918 bis Juli 1919 wären nicht mehr als 300.000 deutsche Zivilisten verhungert.
Die völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" der "Pariser Vorortverträge" hätte Deutschland und viele andere europäische Staaten nicht ins wirtschaftliche und politische Chaos gestürzt.
Die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse hätten sich nicht schlagartig grundlegend geändert, so daß die Vereinigten Staaten von Amerika erst wesentlich später eine Superwirtschafts- und Militärweltmacht geworden wäre.
Der Siegeszug der Diktaturen, der ab 1920 in fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern erfolgte, hätte in diesem Umfang nicht stattgefunden.
Hitlers nationalsozialistische Bewegung, den Zweiten Weltkrieg, die Ermordung der europäischen Juden und die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa hätte es ebenfalls nicht gegeben.
Erneute Konflikte wären vermutlich auch nach einem vorzeitigen Ende des Ersten Weltkrieges entstanden, aber sie hätten sicherlich nicht die Ausmaße des späteren Zweiten Weltkrieges von 1939-45 erreicht.

Die Balfourdeklaration

Herzl fordert die Heimkehr des jüdischen Volkes nach Palästina

Der österreichische Journalist Theodor Herzl (1860-1904) veröffentlichte im Jahre 1896 sein Buch "Der Judenstaat". In diesem Buch forderte Herzl die Heimkehr des jüdischen Volkes nach Palästina. Der Judenstaat (Palästina) sollte den verstreuten Juden endlich wieder eine Heimat geben und damit die eigentlichen Wurzeln des Antisemitismus beseitigen.
Theodor Herzl schrieb in seinem Buch "Der Judenstaat" (x243/250, x261/158): >>... Es ist merkwürdig, daß wir Juden diesen königlichen Traum (einer Wiedererrichtung des Judenstaates) während der langen Nacht unserer Geschichte geträumt haben. Jetzt bricht der Tag an. ...
Ich halte die Judenfrage weder für eine soziale noch für eine religiöse. ... Sie ist eine nationale Frage, und um sie zu lösen, müssen wir sie vor allem zu einer politischen Weltfrage machen, die im Rate der Kulturvölker zu lösen sein wird. ...<<
>>... Wir haben überall ehrlich versucht, in der uns umgebenden Volksgemeinschaft unterzugehen und nur den Glauben unserer Väter zu bewahren. Man läßt es nicht zu. Vergebens sind wir treue und an manchen Orten sogar überschwengliche Patrioten, vergebens bringen wir dieselben Opfer an Gut und Blut wie unsere Mitbürger, vergebens mühen wir uns, den Ruhm unserer Vaterländer in Künsten und Wissenschaft, ihren Reichtum in Handel und Verkehr zu erhöhen ...
Man wird uns nicht in Ruhe lassen. Nach kurzer Periode der Duldsamkeit erwacht immer und immer wieder die Feindseligkeit gegen uns. Unser Wohlergehen scheint etwas Aufreizendes zu enthalten, weil die Welt seit vielen Jahrhunderten gewohnt war, in uns die Verächtlichsten unter den Armen zu sehen. Dabei bemerkt man aus Unwissenheit und Engherzigkeit nicht, daß unser Wohlergehen uns als Juden schwächt und unsere Besonderheiten auslöscht. Nur der Druck preßt uns wieder an den alten Stamm, nur der Haß unserer Umgebung macht uns wieder zu Fremden.
So sind und bleiben wir denn, ob wir es wollen oder nicht, eine erkennbare Gruppe von historischer Zusammengehörigkeit, Wir sind ein Volk – der Feind macht uns ohne unseren Willen dazu, wie das immer in der Geschichte so war. In der Bedrängnis stehen wir zusammen, und da entdecken wir plötzlich unsere Kraft. Ja, wir haben die Kraft, einen Staat und zwar einen Musterstaat zu bilden. Wir haben alle menschlichen und sachlichen Mittel, die dazu nötig

sind. ...
... Palästina ist unsere unvergeßliche historische Heimstatt. Dieser Name allein wäre ein gewaltig ergreifender Sammelruf für unser Volk. ...<<
Der österreichische Journalist Theodor Herzl schrieb später über die Arbeiten an seinem Buch "Der Judenstaat" (x043/345): >>... Während der letzten zwei Monate meines Aufenthaltes in Paris schrieb ich das Buch DER JUDENSTAAT. Ich erinnere mich nicht, je etwas in so erhobener Stimmung wie dieses Buch geschrieben zu haben".
Heine sagt, daß er die Schwingen eines Adlers über seinem Haupte rauschen hörte, als er gewisse Verse niederschrieb. Ich glaubte auch an so etwas wie ein Rauschen über meinem Haupte, als ich dieses Buch schrieb. ...
Als ich mein Buch beendigt hatte, bat ich einen meiner ältesten und besten Freunde, das Manuskript zu lesen. Während er las, fing er plötzlich zu weinen an. Ich fand diese Erregung ganz natürlich, da er ein Jude war, ich hatte ja auch manchmal beim Schreiben geweint.
Aber zu meiner Bestürzung gab er einen ganz anderen Grund für seine Tränen an. Er dachte ich wäre irrsinnig geworden, und da er mein Freund war, machte ihn mein Unglück sehr traurig.<<

Der Weltkongreß der Zionisten im Jahre 1897
Am 29. August 1897 fand in Basel der erste Weltkongreß der Zionisten statt. Anwesend waren über 200 Delegierte aus 16 Ländern. Während dieses ersten Weltkongresses der Zionisten wurde offiziell die Gründung einer "Heimstätte in Palästina" verkündet. In diesem Judenstaat sollten die Juden endlich vor den ewig wiederkehrenden Verfolgungen geschützt werden.
Beim 1. Zionistenkongreß (1897) schilderte Max Nordau eindringlich die geistige und sittliche Not der Juden (x081/23): >>... Der Jude des Westens hat Brot, aber man lebt nicht von Brot allein. Der Jude des Westens sieht Leib und Leben kaum mehr vom Pöbelhaß gefährdet, aber die Wunden des Fleisches sind nicht die einzigen, die schmerzen und an denen man sich verblutet. ...<<
Ein späterer israelischer General schrieb über den ersten Weltkongreß der Zionisten (x043/-346): >>Was zunächst wie ein Gerücht erschien, wurde schließlich zur Tatsache. In Basel sollten sich Juden aus aller Welt treffen – zum erstenmal in ihrer leidvollen Geschichte!
In unseren Jugendgruppen, in allen jüdischen Familien gab es kein anderes Gesprächsthema mehr. Ein Weltkongreß der Zionisten, auf dem beraten werden sollte, wie ein jüdischer Staat zu verwirklichen sei, ja viele von uns glaubten fest daran, daß in Basel dieser langersehnte Staat bereits gegründet würde! "Morgen in Jerusalem" – dieser alte jüdische Gruß – wurde in "Morgen in Basel" umgewandelt.
Morgen in Basel – doch wie sollten wir hinkommen? Woher das Geld für die lange Reise nehmen? Wie sollte man sich einen Paß beschaffen? Es gab so viele Schwierigkeiten, die unüberwindbar schienen, daß die meisten von den Reisewilligen vor ihnen kapitulieren mußten. Doch einige von uns waren fest entschlossen, allen Schwierigkeiten zum Trotz nach Basel zu reisen – und wenn es sein mußte, zu Fuß! ...<<
David Wolffsohn (1856-1914, ab 1896 Herzls Mitarbeiter, seit 1907 Präsident der zionistischen Bewegung) berichtete später über den ersten Weltkongreß der Zionisten im Jahre 1897 (x043/387): >>Im Auftrag von Herzl kam ich nach Basel zur Durchführung von Kongreßvorbereitungen. Unter vielen Fragen, die mich beschäftigten, war auch die: Was für eine Fahne soll unseren Kongreßsaal schmücken? Welche Farbe soll sie haben?
Wir haben ja keine Fahne – dieser Gedanke schmerzte mich. Wir müssen also eine Fahne schaffen. Aber welche Farbe sollen wir wählen? Kann unser Volk überhaupt Farben unterscheiden, dieses Volk, das seine Augen vor jeder Statue, von jedem Bild ferngehalten hatte?
Da kam mir plötzlich ein Gedanke! Wir haben ja doch eine Fahne, und sie ist blau-weiß. Der

Talit, in den wir uns beim Gebet hüllen – dieser Gebetsmantel ist unser Symbol. Nehmen wir ihn aus seiner Hülle und lassen ihn vor den Augen der Juden und vor den Augen der Völker wehen.
Ich bestelle also eine blau-weiße Fahne mit einem Davidstern in der Mitte.<<
Während des ersten Weltkongresses der Zionisten wurde offiziell beschlossen, eine "Heimstätte in Palästina" zu gründen (x043/387): >>Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. Zur Erreichung dieses Zieles sieht der Kongreß folgende Maßnahmen vor:
1. Die zweckdienliche Besiedlung Palästinas mit jüdischen Ackerbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden.
2. Gliederung und Zusammenfassung der gesamten Judenschaft durch geeignete örtliche und allgemeine Veranstaltungen nach den Landesgesetzen.
3. Die Stärkung des jüdischen Volksgefühls.
4. Vorbereitende Schritte zur Erlangung der Regierungszustimmungen, die nötig sind, um das Ziel des Zionismus zu erreichen.<<
Dr. Horst Heidtmann schrieb später über den "Zionismus" (x051/658): >>Zionismus, politische und soziale Bewegung, die auf die Errichtung eines eigenen jüdischen Staates in Palästina zielte als "nationale Heimstätte" der in aller Welt zerstreuten Juden.
Der Zionismus entstand zusammen mit nationalistischen Bewegungen und als Reaktion auf neue Formen des Antisemitismus im Europa des späten 19. Jahrhunderts als eine Art jüdischer Nationalismus, in dem sich religiöse Vorstellungen (vom verheißenen Land Israel) und politische Ziele verbanden.
Als eigentlicher Begründer des Zionismus berief Herzl ab 1897 die ersten Zionistenkongresse ein, in deren Folge langsam eine Einwanderung von Juden in das vorwiegend von Arabern bewohnte Palästina einsetzte.
In Deutschland führten die nationalsozialistische Machtübernahme und das damit verbundene Scheitern einer Assimilation der Juden zur Stärkung der zionistischen Organisationen. Sie antworteten auf die antisemitischen Diffamierungen mit bewußter Betonung der "Hoheit" ihres Judentums und verwarfen alle Hoffnungen auf ein Arrangement mit Hitler: "Kein Schlupfwinkel birgt uns mehr. Wir wünschen an die Stelle der Assimilation das Neue gesetzt: das Bekenntnis zur jüdischen Nation und jüdischen Rasse" (Rabbiner J. Prinz).
Auch in der SS wurde als "Lösung der Judenfrage" zunächst die Abschiebung der jüdischen Bürger ins Ausland angestrebt und die zionistische Auswanderungspropaganda unterstützt. Im angeschlossenen Österreich baute Eichmann 1938 eine "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" auf, später in Berlin eine entsprechende "Reichszentrale", die (mit Hilfe der Reichsvertretung der deutschen Juden) bis zum Auswanderungsverbot vom 23.10.41 Hunderttausende aus dem Reich, Österreich, Böhmen und Mähren ausschleuste.
Die sprunghaft zunehmende Einwanderung in Palästina führte zwar zu wachsendem arabischen Widerstand und zu erheblichen Restriktionen seitens der britischen Mandatsmacht, doch fanden nach 1945 unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Völkermordes zionistische Gruppierungen besonders in den USA Unterstützung, so daß schließlich die vom Zionismus proklamierte "Gründung eines Judenstaates" am 14.5.48 durch Ausrufung des Staates Israel erreicht wurde.<<
Der wichtigste Mitbegründer Palästinas war die Rothschild-Dynastie, die seit Ende des 19. Jahrhunderts fast allein die jüdische Siedlungsbewegung finanzierte. Um die uralte jüdische Heimat wieder aufzubauen, schenkte die Familie Rothschild der jüdischen Siedlungsbewegung riesige Geldbeträge, mit denen die jüdischen Siedler Land kauften und Gemeinschaftssiedlungen gründeten. Seit 1897 wanderten vor allem verfolgte russische Juden nach Palästina.

Die Araber (rd. 615.000) und die Juden (rd. 85.000) lebten zunächst relativ entspannt und friedlich nebeneinander. Dieser Zustand änderte sich jedoch grundlegend, als etwa ab 1900 der islamische Einfluß ständig größer wurde.

Balfourerklärung

Am 2. November 1917 erteilte der britische Außenminister Arthur James Balfour (1848-1930, 1902-1905 Ministerpräsident, 1916-1919 Außenminister) dem Lord Rothschild bzw. dem jüdischen Politiker Chaim B. Weizmann (1874-1952, ein Führer der zionistischen Organisation) eine offizielle Zusage, in Palästina eine nationale Heimstätte der Juden bzw. einen Judenstaat zu errichten.

In der sog. Balfourerklärung hieß es (x128/361):

>>Mein Lieber Lord Rothschild!,

zu meiner großen Genugtuung übermittle ich ihnen namens Seiner Majestät Regierung die folgende Sympathie-Erklärung für die jüdisch-nationalen Bestrebungen, die vom Kabinett geprüft und gebilligt worden ist.

Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden wird, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.

Ich bitte Sie, diese Erklärung zur Kenntnis der zionistischen Föderation zu bringen.<<

Diese Erklärung wurde später zur Grundlage des jüdischen Anspruches auf Westpalästina (x073/71).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Balfour-Deklaration" (x051/57): >>Balfour-Deklaration, Erklärung des britischen Außenministers Balfour (1848-1930) in einem Brief vom 2.11.17 an den Zionistischen Weltkongreß, die "Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina" nach Kräften zu erleichtern.

Die Balfour-Deklaration wurde von den Zionisten als verbindliche Zusage zur Bildung eines jüdischen Staates auf dem Boden des britischen Mandatsgebiets interpretiert, von den Gegnern nur als Zusicherung des Wohn- und Lebensrechts. Mit Berufung auf die Balfour-Deklaration versuchten v.a. die im Dritten Reich verfolgten deutschen Juden Einwanderungsgenehmigungen zu erzwingen.

Aus Rücksicht auf die arabische Bevölkerung aber legten die Briten die Balfour-Deklaration sehr eng aus und lehnten in einem Weißbuch vom Mai 39 ausdrücklich eine jüdische Staatsbildung ab.<<

Die Briten übernahmen wegen der ständigen arabisch-jüdischen Unruhen am 19. Januar 1920 die Regierungsgewalt in Palästina. Die im Jahre 1917 vereinbarte Balfour-Deklaration wurde jedoch nicht verwirklicht.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über "Palästina" (x051/435): >>Palästina, seit 1920 britisches Mandatsgebiet im Nahen Osten, gebildet aus den bis dahin türkischen Verwaltungsbezirken Akko, Nablus und Jerusalem mit 26.300 qkm und 647.500 Einwohnern (1919).

Palästina sollte nach der Balfour-Deklaration (1917) den Juden eine "Heimstätte" bieten und wurde daher zum Ziel einer ständigen jüdischen Einwanderungswelle, die mit der einsetzenden nationalsozialistischen Judenverfolgung weiter anschwoll.

Machten die Juden 1919 nur etwa 10 % der Bevölkerung aus, so stellten sie 1948 bereits ein Drittel. Gegen diese Tendenz kam es immer wieder schon seit 1920 zu arabischen Aufständen und terroristischer Gegenwehr. Weder die Abtrennung Transjordaniens als rein arabisches

Gebiet von Palästina noch Einschränkungen für jüdische Einwanderung und Bodenkäufe brachten Ruhe in das Land.
Im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges aber brauchte Großbritannien diese Ruhe und verordnete die Begrenzung der jüdischen Neusiedler auf 10.000 jährlich und insgesamt 75.000, von denen die 1933-39 bereits eingewanderten 33.339 Juden aus dem Deutschen Reich abgezogen wurden.
Der arabische Widerstand ging dennoch weiter und führte zur Bildung des jüdischen Schutzbundes Haganah und zu Gegenterror. Von den verfolgten europäischen Juden konnten sich bei unverminderter britischer Haltung gegen weitere Einwanderung nur wenige nach Palästina retten. Vielen erging es wie den Passagieren der "Struma".
Erst als das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Endlösung bei Kriegsende offenbar wurde, öffneten sich die Grenzen von Palästina den Überlebenden. Trotz jüdischer Staatsbildung in Palästina blieb die Region ein Krisenherd der Weltpolitik.<<
Schlußbemerkungen: Die USA verlangten von Großbritannien für die amerikanische Kriegsbeteiligung u.a. auch die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina. Der britische Außenminister Earl of Balfour sicherte danach dem späteren Staatspräsidenten Israels, Chaim Weizmann, am 2. November 1917 in der sogenannten Balfourdeklaration die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina zu.
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Dezember 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/17-18): >>**Das Haus zum Roten Schild**
_von Daniell Pföhringer
Sie gelten als erfolgreichste Dynastie aller Zeiten und dienten den Nazis als Beleg für ihre antisemitische Theorie einer "jüdischen Weltverschwörung". Kennzeichnend war von Anfang an ihre Nähe zur Macht - und das Wissen um entscheidende Entwicklungen. …
Der Erste Weltkrieg markierte einen Wendepunkt für die Dynastie. Nathans Sohn Lionel hatte mittlerweile die Geschäfte in London übernommen, während der 1885 als Lord Rothschild of Tring geadelte Nathaniel - als Baron damit erstes jüdisches Mitglied des Oberhauses in der Geschichte Englands - den englischen Adelszweig begründete. Der historisch bedeutendste Sohn Nathaniels war der Zoologe und Politiker Lionel Walter Rothschild (1868-1937), der als Mitglied der Führung der Zionistischen Internationale offizieller Empfänger des Briefes von Großbritanniens Außenminister Lord Balfour vom 2. November 1917, der sogenannten Balfour-Deklaration, war.
Darin hieß es, die britische Regierung betrachte "die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen" und werde "die größten Anstrengungen unternehmen, um die Erreichung dieses Ziels zu unterstützen". Chaim Weizmann, Präsident der zionistischen Weltbewegung und eng mit den Rothschilds verbunden, war zu jener Zeit Berater von Lord Balfour.
Nathaniels Enkel, der 1936 geborene Lord Jacob Rothschild, ist bis heute das Oberhaupt des britischen Zweiges der Familie. 1980 aus dem Bankgeschäft ausgestiegen, gründete er fünf Jahre später die Rothschild Holdings und verdiente Unsummen als Spekulant. Sein Cousin Evelyn Robert de Rothschild beriet als Chef des Londoner Bankhauses in den 1980er Jahren die britische Premierministerin Margret Thatcher bei der ihrer umfassenden Privatisierung von Staatskonzernen und strich dafür Provisionen ein.
Der wohl bekannteste Vertreter des französischen Zweigs der Rothschild-Familie war der Bankier und Industrielle Baron Guy de Rothschild (1909-2007). Nachdem die damals in Paris regierenden Sozialisten 1937 bereits einen Teil des Rothschild-Imperiums verstaatlicht hatten, beschlagnahmte nach der deutschen Besetzung 1940 die mit Hitler kollaborierende Vichy-Regierung unter Marschall Pétain sämtliche Besitztümer der Familie in Frankreich.
Ab 1941 hielt sich Guy de Rothschild in den USA auf, wo auch sein Sohn David geboren

wurde. Nachdem er 1944 im Troß Charles de Gaulles nach Frankreich zurückgekehrt war, übernahm er 1949 die wieder ins Eigentum der Familie überführte Rothschild-Bank in Paris, damals größte Privatbank Frankreichs, und gründete die Paris-Orléans Holding (P.O.). Einer seiner Mitarbeiter war der spätere französische Staatspräsident Georges Pompidou. Die Satire-Zeitung Canard enchainé erlaubte sich zu dessen Regierungszeit sogar den Scherz, die Abkürzung RF (République francaise) stehe in Wirklichkeit für Rothschild Frères - so der Name der Bank des französischen Zweigs bis 1982.
1981 löste die neue sozialistische Regierung unter François Mitterrand eines ihrer Wahlkampfversprechen ein und verstaatlichte verschiedene Industriekonzerne und Großbanken, darunter auch die Rothschild-Bank. Die Familie erhielt eine Entschädigung in Höhe von 100 Millionen Francs und durfte ihre Anteile an internationalen Rothschild-Finanzgruppen, darunter auch die P.O., behalten. Aus Protest gegen die Maßnahme ging Guy de Rothschild erneut nach New York, wo er die Investmentbank Rothschild Inc. gründete.
Später kehrte er wieder nach Paris zurück, da seine Söhne David und Édouard die Rothschild-Bank unter neuem Namen wiedergründen konnten. Der 1942 in New York geborene David de Rothschild führt die Pariser Familienbank, an der er mit 50 Prozent beteiligt ist, bis heute. Seine Cousins Elie und Alain halten die restlichen Anteile. Seit 2008 ist er auch Vorstandschef der Londoner Rothschild-Bank. …
Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts war den Rotschilds eine mächtige Konkurrenz in den USA erwachsen. Die Einflußsphären der beiden Finanzdynastien blieben Jahrzehnte voneinander getrennt, bis sich die französische Rothschild-Tochter RIT Partners Capital 2017 mit 37 Prozent in das Vermögensmanagement der Amerikaner einkaufte. Deren 2017 verstorbener Patriarch galt als einflußreichster Strippenzieher hinter den Kulissen der Macht - und der Name der Familie ist bis heute der Inbegriff des US-Kapitalismus: Rockefeller.<<

Kriegsverluste des Ersten Weltkrieges

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges von 1914-18 fielen rd. 8.551.000 Soldaten (davon waren rd. 1.809.000 Deutsche) und 19.536.000 wurden verwundet - davon waren 4.247.000 Deutsche - (x041/77, x056/319, x061/404).

Die deutsche Zivilbevölkerung blieb im Ersten Weltkrieg zwar größtenteils von direkten Kriegseinwirkungen - Kampfhandlungen, Luftangriffe etc. - verschont, aber die jahrelange Hungerblockade der Ententemächte verursachte unermeßliche Leiden, Not und Entbehrungen. Während der Kriegsjahre 1914 bis 1918 erhielten die Deutschen nur unzureichende tägliche Nahrungsmittelzuteilungen, so daß in den Kriegsjahren mehr als 750.000 deutsche Zivilisten verhungerten (x049/15, x267/329).

Kriegsverluste des Ersten Weltkrieges (vom 28.07.1914 bis zum 11.11.1918)

Kriegsparteien, Truppenstärke, Gefallene, Verwundete und Gefangene des Ersten Weltkrieges (x041/60,77, x056/319, x061/404):

Kriegsparteien	**Truppenstärke 1914**	**Truppenstärke 1918**	**Gefallene**	**Verwundete**	**Kriegsgefangene**
Deutsches Reich	4.500.000	11.000.000	1.809.000	4.247.000	618.000
Österreich-Ungarn	3.000.000	7.800.000	1.200.000	3.620.000	2.200.000
Osmanisches Reich	-	2.800.000	325.000	400.000	.
Bulgarien	-	1.200.000	.	.	.
Mittelmächte	**7.500.000**	**22.800.000**	**3.334.000**	**8.267.000**	**2.818.000**
Rußland	5.970.000	12.000.000	1.700.000	4.950.000	2.500.000
Frankreich	4.020.000	7.900.000	1.280.000	2.813.000	446.000
Französische Kolonien	-	600.000	105.000	231.000	.
Großbritannien	980.000	6.704.000	705.000	1.395.000	192.000
Britisches Weltreich	-	2.296.000	242.000	727.000	.
Serbien	200.000	700.000	360.000	.	.
Italien	-	5.500.000	460.000	947.000	530.000
Rumänien	-	750.000	250.000	.	.
USA	-	1.400.000	115.000	206.000	5.000
Ententemächte	**11.170.000**	**37.850.000**	**5.217.000**	**11.269.000**	**3.673.000**
Gesamt	**18.670.000**	**60.650.000**	**8.551.000**	**19.536.000**	**6.491.000**

Schlußbemerkungen: Der Erste Weltkrieg war mit Abstand der verlustreichste Krieg der damaligen Weltgeschichte. Die Zahl der Kriegstoten und Verwundeten erreichte noch nicht gekannte, nie für möglich gehaltene Ausmaße. Europa ging regelrecht in Blut und Tränen unter.

Der "Frieden" von Versailles

> Das Recht ist kostbarer als der Friede, und wir werden für die Dinge kämpfen, die unseren Herzen immer am nächsten waren - für die Demokratie, ... für die Rechte und Freiheiten kleiner Nationen, für eine weltumspannende Herrschaft des Rechts ...
> *Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, nordamerikanischer Politiker)*

Das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918

Da die drohende Niederlage unabwendbar und die Fortführung des Krieges aussichtslos war, drängte die Oberste Heeresleitung den Kaiser und die deutsche Reichsregierung am 14. August 1918, Friedensverhandlungen einzuleiten (x099/44).

Kaiser Wilhelm II. erklärte danach am 14. August 1918 vor hohen Generälen und Beamten (x059/26): >>Der Krieg muß beendet werden! ...<<

Das Protokoll der Sitzung des Kronrats vom 14. August 1918 lautete wie folgt (x237/239): >>Der Reichskanzler ausführt die innere Lage. Stimmung kriegsmüde – Ernährung unzureichend, noch schlimmer Bekleidungsmangel, Wahlrechtsreform ...

Der Außenminister äußert sich über die äußere Lage. Die Siegeszuversicht des Feindes und sein Kriegswille seien zur Zeit gehobener denn je.

Der Grund seien zum Teil die letzten militärischen Erfolge im Westen; der Hauptpunkt aber sei die ursprüngliche und stets zunehmende Überzeugung, daß die Alliierten mit ihren vergleichsweise unerschöpflichen Reserven an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten allein mit der Zeit die verbündeten Zentralmächte zerschmettern müßten. Nach Ansicht unserer Feinde arbeitet die Zeit für sie. ...

Verbündete: Österreich erklärt, ... daß es am Ende seiner Kräfte angelangt sei. ...

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen. ...<<

US-Präsident Wilson warb am 27. September 1918 in einer Rede in New York für einen dauerhaften Frieden (x149/6): >>Wenn es wirklich und wahrhaftig das gemeinsame Ziel der gegen Deutschland verbündeten Regierungen und der Länder, die sie regieren, ist, durch die kommenden Regelungen ... einen sicheren und dauerhaften Frieden zu erzielen, wird es notwendig sein, daß alle ... bereit und gewillt sind, den Preis zu bezahlen, den einzigen Preis, der den Frieden herbeiführt ...

Dieser Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkt der Regelungen, ganz gleich, wessen Interessen berührt werden, und ... die Zustimmung der einzelnen Völker, deren Schicksal betroffen ist.<<

Die deutsche Regierung berichtete über ein Telegramm der deutschen Heeresleitung vom 1. Oktober 1918 (x243/10): >>General Ludendorff bat, ... seine dringende Bitte zu übermitteln, daß unser Friedensangebot sofort hinausgehe.

Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen. ...<<

Die deutsche Heeresleitung teilte der deutschen Regierung am 3. Oktober 1918 per Telegramm den bevorstehenden Zusammenbruch mit (x191/21-22): >>Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, dem 29. September 1918, gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedenangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge ... der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feind den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke

und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.<<
Der letzte Reichskanzler des deutschen Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, unterbreitete in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1918 ein deutsches Waffenstillstandsangebot, auf der Grundlage des 14–Punkte-Programms, an US-Präsident Wilson (x243/12): >>Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen. ...
Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen ... aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. ...<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den Vierzehn-Punkte-Friedensplan (x051/606): >>Vierzehn-Punkte, aus 14 Punkten bestehendes Programm von US-Präsident Wilson zur Beendigung des Ersten Weltkrieges und zur Gestaltung einer zukünftigen Friedensordnung, am 8.1.18 im Kongreß verkündet:
Öffentliche Friedensverhandlungen und Abschaffung der Geheimdiplomatie;
Freiheit der Meere;
Freiheit des internationalen Handels;
Einschränkung der staatlichen Rüstungen und deren Garantie;
"unparteiische" Regelung der kolonialen Ansprüche;
Räumung Rußlands durch die Mittelmächte;
Wiederherstellung der Souveränität Belgiens;
Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich;
Festlegung der Grenzen Italiens nach dem nationalen Prinzip;
Autonomie für die Völker der Donaumonarchie;
Räumung Rumäniens, Serbiens und Montenegros durch die Mittelmächte;
Unabhängigkeit des türkischen Staates,
Autonomie für seine nichttürkischen Nationalitäten und Öffnung der Meerengen;
Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates;
Gründung eines Völkerbundes.
Bei den Friedensverhandlungen konnte sich Wilson gegen seine Verbündeten aber nicht durchsetzen; der Versailler Vertrag und die anderen Pariser Vorortverträge widersprachen in wesentlichen Teilen und dem Geist nach den Vierzehn Punkten.<<
Wilson dachte bei der "Zusicherung eines freien und sicheren Zugangs zum Meer" nur an "Wegerechte", während die polnischen Parteien die ehemaligen Grenzen von 1772 anstrebten (x041/71, x064/125).
Später warf man mehrere Millionen Druckschriften des "14 Punkte-Friedens-Programms" mit Flugzeugen über dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn ab, um den Widerstandswillen der Bevölkerung und der Truppen zu schwächen (x177/85).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" (x051/535): >>Selbstbestimmungsrecht der Völker, völkerrechtlicher Grundsatz, nach dem einerseits jeder Staat seine innere Organisationsform frei bestimmen kann und nach dem andererseits jedes Volk das Recht auf staatliche Verwirklichung hat.
Auf die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Völker gingen die Einigungsbewegungen des 19. Jahrhunderts zurück, das Selbstbestimmungsrecht sollte u.a. nach den Vierzehn Punkten des US-Präsidenten Wilson Grundlage der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg werden.
Die Chance war günstig, weil das dem Selbstbestimmungsrecht der Völker oft entgegenstehende Souveränitätsprinzip zumindest hinsichtlich der Verliererstaaten wenig wog. So wurden die Vielvölkerstaaten Rußland, Osmanisches Reich und Österreich-Ungarn konsequenterweise

aufgelöst oder stark beschnitten, doch ließ sich das Selbstbestimmungsprinzip in der ethnischen Gemengelage v.a. Südosteuropas aus sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht ohne Kompromisse durchhalten, so daß neue Minderheiten entstanden.
Auch Interessen der Siegermächte standen einer durchgängigen Anwendung des Selbstbestimmungsrechts entgegen: So mußte das Deutsche Reich zahlreiche Gebiete ohne Befragung der Bevölkerung abtreten und die Abstimmungsgebiete wurden nicht immer gerecht abgegrenzt; Österreich verlor Südtirol zu Gunsten der dennoch unzufriedenen italienischen Siegermacht; das Sudetengebiet wurde zur Sicherung des neuen Staates der Tschechoslowakei zugeschlagen; der Anschluß Österreichs an Deutschland wurde untersagt usw.
Zwar versuchte man, durch Etablierung eines Rechts der Minderheiten auf Autonomie die programmierten Konflikte zu entschärfen, doch diskreditierte die gewaltsame Behandlung des Selbstbestimmungsrechts die Friedensverträge nachhaltig. Daher wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu einem der wirksamsten Argumente der Revisionspolitik, wie sie v.a. Hitler erfolgreich handhabte.
Nach Abschluß dieser ersten Phase seiner Außenpolitik, als das Selbstbestimmungsrecht die weitere Expansion behinderte, wurde es zu einem bloßen Recht auf Heimat ohne staatliche Option oder doch mit eingeschränkter Souveränität herabgestuft. Schließlich verschwand es ganz aus der deutschen politischen Argumentation. Auch die alliierte Antwort auf die so entstandenen neuen territorialen und ethnischen Probleme orientierte sich auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam nur begrenzt am Selbstbestimmungsrecht, das Entschädigungsregelungen und Sicherheitserwägungen behindert hätte.
Zwar beruft sich das Grundgesetz bei seinem Wiedervereinigungsgebot ebenso auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie die Vertriebenenverbände das Recht auf Heimat darin verankert sehen, doch konnten diese Forderungen bei der ganz anderen Machtkonstellation nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa nicht mehr die politische Sprengkraft entwickeln wie 1918. Das Selbstbestimmungsrecht wurde aber in der Nachkriegszeit Motor der Entkolonialisierung und fand Eingang in die UN-Charta.<<
US-Präsident Wilson lehnte am 8. Oktober 1918 das deutsche Waffenstillstandsangebot und jegliche Friedensverhandlungen ab (x243/12): >>... Kein Waffenstillstand ... solange die fremden Heere auf fremdem Boden stehen. ...<<
Trotz der ausweglosen militärischen Lage weigerte sich die deutsche Heeresleitung am 14. Oktober 1918, eine Kapitulation ohne verbindliche Zusagen abzuschließen.
Wilson forderte am 14. Oktober 1918, mit äußerster Schärfe gegen die Kriegsverursacher vorzugehen (x063/502): >>...Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht. ...<<
US-Präsident Wilson forderte in der dritten Note vom 23. Oktober 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen (x243/12): >>Der Waffenstillstand muß ... eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschland unmöglich ... machen. ...
Die ... Vereinigten Staaten werden nur ... mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. ...
Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, ... kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. ...<<
Matrosen der Kriegsmarine riefen am 3. November 1918 in Kiel zum Aufstand auf, der in den folgenden Tagen auch auf viele große deutsche Städte übergriff.
Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schrieb später über die deutsche Revolution im November 1918 (x337/147): >>Warum also fand die Revolution statt? Weil sie in Gang ge-

setzt wurde.
Die gleichen Kräfte, die das russische Reich im Februar und Oktober (1917) zu Boden warfen, standen nun bereit, seinen zweiten geopolitischen Rivalen zu begraben - das Reich Kaiser Wilhelms. Und begraben haben sie es! Der künstliche Zusammenbruch Deutschlands schuf den fruchtbaren Boden für die Nazis. …<<
Am 7. November 1918 trat der bayerische König als erster Fürst des Deutschen Reiches widerstandslos zurück.
Die deutsche Waffenstillstandskommission verhandelte vom 8. bis zum 11. November 1918 … über die Waffenstillstandsbedingungen. Der französische Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte, Marschall Foch lehnte während der rücksichtslosen Verhandlungen fast alle Änderungswünsche der Deutschen ab.
Am Morgen des 9. Novembers 1918 rief der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhielt das Militär um 13 Uhr Schießverbot.
Reichskanzler Prinz Max von Baden gab später am 9. November 1918 eigenmächtig, ohne die Zustimmung des Kaisers, den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und trat danach ebenfalls zurück.
Der SPD-Politiker und Mitglied des Reichstages Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25).
Die deutsche Heeresleitung telegrafierte am 10. November 1918 an die Deutsche Waffenstillstandskommission (x243/10): >>In den Waffenstillstandsbedingungen muß versucht werden, Erleichterungen ... zu erreichen. ... Gelingt Durchsetzung ... nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. ... Flammenden Protest unter Berufung auf Wilson ... erheben. ...<<
Kaiser Wilhelm II. floh am 10. November 1918 nach Holland.
Am 28. November 1918 dankte Kaiser Wilhelm II. im holländischen Exil ab, um anständige, gerechte Friedensverhandlungen nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons zu ermöglichen.
Die handschriftlich unterzeichnete Abdankungsurkunde des Kaisers vom 28. November 1918 lautete wie folgt (x979/…): >>Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone.
Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueeides, den sie Mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben.
Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.<<
Der deutsche Philosoph Erik Lehnert berichtet später über die Abdankung des Kaisers Wilhelm II. (x1.035/…): >>**Friede oder Hohenzollern?**
Deutschland im Herbst 1918
Die Ereignisse, die im Herbst 1918 zum Thronverzicht und schließlich zur Abdankung von Kaiser Wilhelm II. führten, sind in der geschichtspolitischen Propaganda der letzten 100 Jahre zu einem Prozeß umgedeutet worden, der etwas längst Überfälliges vollzogen hätte.
Da der Kaiser und das kaiserliche Deutschland im Versailler Vertrag als Alleinschuldige am Ersten Weltkrieg benannt wurden, konnte es keinen anderen Weg geben. Das Kaiserreich habe sich als historischer Irrweg erwiesen, den die Deutschen im November 1918 endlich verlassen hatten.
Dabei tritt in den Hintergrund, daß das Kaiserreich am Vorabend des Weltkrieges glänzend dastand, und daß es auch am Ende des Weltkriegs - anders als in Rußland - kaum ernsthafte

Bestrebungen gab, den Kaiser zu beseitigen, wenn Deutschland nicht vor die Alternative gestellt worden wäre: Friede oder Hohenzollern?

Das Schicksal Wilhelms II. war längst mit dem Kriegsausgang verknüpft

Durch den Ersten Weltkrieg hatte sich die öffentliche Wahrnehmung des Kaisers zweifellos geändert. War er vor dem Krieg die anerkannte Instanz über dem Parteienstreit gewesen, mußte er sich jetzt praktisch als Führer in der Not bewähren. Hatte man ihm damals harmlose Marotten lächelnd nachgesehen, wog jetzt jede kleinste Verfehlung doppelt schwer.

Kaiser Wilhelm II. 1918

Die von ihm ausgewählten und durchgesetzten Heerführer versagten, und es entstand ihm in der Person des Feldmarschalls Paul von Hindenburg ein Konkurrent, der dem Kaiser in der Öffentlichkeit allmählich den Rang ablief. Bereits durch den Sieg bei Tannenberg Ende August 1914 war Hindenburg von der Aura des Siegers umgeben. Die Geländegewinne im Osten schrieb man ihm gut, während der - zunehmend als sinnlose Schlächterei empfundene - Stellungskrieg im Westen das Konto des Kaisers belastete.

Daher war dem Kaiser schon im April 1917 klar, daß es in diesem Krieg auch um seine Krone gehen würde. Auch in der nächsten Umgebung des Kaisers und bei ihm durchaus gewogenen Leuten gab es diese Auffassung.

Der Bankier und Staatssekretär Karl Helfferich glaubte nach dem Zeugnis von Admiral von Müller, dem Chef des Marinekabinetts beim Kaiser, schon am 2. Oktober 1918 nicht mehr, daß der Kaiser "noch über Weihnachten hinaus regieren werde, und über den Kronprinzen (den ältesten Sohn Wilhelms II. als dessen Nachfolger] würde das Volk erst recht hinweggehen. Es sei gar nicht unwahrscheinlich, daß die Entente das Abtreten Wilhelms II. als Friedensbedingung fordern werde…"

Zuspitzung der Ereignisse im Oktober 1918: der Notenwechsel mit US-Präsident Wilson

Für die Abdankung des Kaisers ist dann tatsächlich der Notenwechsel mit dem amerikanischen Präsidenten Wilson entscheidend geworden. Er hat sich im nachhinein als Sargnagel der Monarchie erwiesen.

Vorausgegangen war dem Notenwechsel das Eingeständnis der Obersten Heeresleitung um Hindenburg und Ludendorff, daß das Halten der Front nicht länger garantiert werden könne. Über die wirkliche Lage an der Front und auch über den Zustand der alliierten Truppen ist viel gestritten worden. Offenbar schätzten die Alliierten den Kampfwert der deutschen Truppen wesentlich höher ein und rechneten nicht mehr damit, daß der Krieg 1918 beendet werden würde. Da auf deutscher Seite in der Annahme gehandelt wurde, daß Gefahr im Verzug sei, sind diese Spekulationen für die Anbahnung des Friedens letztlich unwichtig. Sie werden erst später wieder interessant, als es um die Frage des "Dolchstoßes" ging.

US-Präsident Woodrow Wilson 1918

In Bezugnahme auf die 14 Punkte des US-Präsidenten Wilson, die dieser am 8. Januar 1918 verkündet und in der Folge immer weiter ausgebaut hatte, richtete der neue Reichskanzler Max von Baden, der extra deshalb ins Amt gekommen war, am 5. Oktober 1918 das Ersuchen an Wilson, die Herstellung eines Friedens in die Hand zu nehmen. Die Berufung auf die 14 Punkte war nicht unproblematisch, da sie so vage gehalten waren, daß sich daraus fast jede Forderung, insbesondere die sofortige Räumung der von den Deutschen besetzen Gebiete, ableiten ließ. Wilson ließ seinen Staatssekretär Robert Lansing am 8. Oktober daraufhin drei Fragen bzw. Bedingungen übermitteln.

Er ließ fragen, ob die Bitte um Frieden die Annahme der Bedingungen beinhalte, so daß im Anschluß nur noch Formalien zu klären seien und forderte als Bedingung die Räumung der besetzten Gebiete im Westen. Den entscheidenden Hinweis auf die Stoßrichtung, die sich in der Folge immer deutlicher herausstellen sollte, gibt die abschließende Frage, "ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben".

In ihrer Antwortnote, die nicht mehr vom Reichskanzler, sondern vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, dem Außenminister, Wilhelm Solf, unterzeichnet war, bejahte die deutsche Regierung am 12. Oktober die erste Frage mit dem Zusatz, daß man davon ausginge, daß sich auch die Feinde an die 14 Punkte Wilsons halten würden, und versprach den Räumungsvorschlägen zu entsprechen. Zum heiklen letzten Punkt heißt es:
"Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes."

US-Regierung: "Regime Change" in Deutschland als Friedensbedingung

Diese viel- und nichtssagende Versicherung genügte der amerikanischen Seite nicht, da die neue Regierung zwar auf parlamentarischer Basis gebildet, der Kanzler jedoch vom Kaiser bestimmt worden war. In der Note vom 14. Oktober wurde man daher deutlicher, indem man die Friedensbedingungen, denen sich das Deutsche Reich zu unterwerfen habe, mit dem Zitat einer Rede Wilsons vom 4. Juli 1918 präzisierte.
Die Forderung lautete: "Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit." Weiter heißt es in der Note: "Und die Macht, die bisher die deutsche Nation beherrscht, ist von der hier beschriebenen Art. Es liegt innerhalb der Wahl der deutschen Nation, das zu ändern." Ausdrücklich nennt die Note diesen Sachverhalt als die Bedingung, die dem Friedensschluß vorausgehen muß. Daher verlangte der US-Präsident entsprechende Bürgschaften in dieser "grundsätzlichen Frage".
Am 21. Oktober antwortete Solf mit dem Hinweis auf die auf den Weg gebrachten Gesetze, die das Deutsche Reich in eine konstitutionelle Monarchie verwandeln würden und betonte den grundsätzlichen Wandel, der sich bereits vollzogen habe. Die Mitwirkung des Reichstags sei sichergestellt, und die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber dem Reichstag werde ausgebaut.
"Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahingehend beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes."
Nachdem bislang der deutsche Kaiser nicht ausdrücklich erwähnt worden war, obwohl jedem Leser klar sein mußte, wessen Kopf hier gefordert wurde, ging die amerikanische Seite in ihrer Note vom 23. Oktober noch einen Schritt weiter. Da diese entscheidenden Passagen oft nur erwähnt werden, seien sie hier ausführlich zitiert:
"Der Präsident (Wilson) fühlt, daß er nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht - und zwar in möglichst klarer Form - betonen würde, warum außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Äußeren in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so erscheint es doch nicht, daß die Grundsätze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind, oder daß eine Bürgschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein werden.
Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Frage getroffen worden ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind, aber der gegenwärtige Krieg war es nicht und es handelt sich um den gegenwärtigen Krieg, mit dem wir es jetzt zu tun haben. Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen, daß die

Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten, noch unzerstörbar ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.
In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als eine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte, die als schroff gelten können, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und ebenfalls zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuche, die endlosen Leiden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeschehen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem anderen als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten, als die bisherigen Beherrscher Deutschlands.
Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, kann und muß es nur die Aussicht haben, daß wir später auch mit ihnen bei der Regelung der internationalen Verpflichtungen des deutschen Reiches zu tun haben werden. Dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß es sich ergeben. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben."

Konstitutionelle Monarchie nur als Zwischenschritt

Auch wenn diese hinterhältigen Forderungen von der Obersten Heeresleitung abgelehnt wurden, liefen die politischen Konsequenzen doch auf deren Erfüllung hinaus. Die Regierung hatte schon Anfang Oktober eine zaghafte Verfassungsänderungsinitiative gestartet, die Mitte Oktober um eine weitergehende ergänzt worden war, um die konstitutionelle Monarchie Realität werden zu lassen. Beide Gesetze wurden nach Änderung durch den Reichstag von diesem in seiner letzten Sitzung am 25. und 26. Oktober angenommen.
Am 26. Oktober war Ludendorff entlassen und Groener zu seinem Nachfolger berufen worden. Dementsprechend konnte Solf in einer abschließenden Note an Wilson Vollzug melden: "Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt." Formellen Abschluß fand diese Verfassungsänderung durch die Zustimmung des Bundesrates und die Unterzeichnung des Kaisers am 28. Oktober 1918.
Die Spekulationen über die konkreten Forderungen der Alliierten schossen in der öffentlichen Debatte ins Kraut, weil es in jedem Land eine gemäßigte und eine radikale Seite gab, von denen unklar war, wer sich durchsetzen würde. In Deutschland war man sich einig, daß man nicht jede Forderung akzeptieren würde. Beispielsweise erklärte selbst der radikale Sozialist Georg Ledebour im Reichstag, daß man niemals auf Danzig verzichten würde.
Wenn der Preis der Kaiser war, wollte man diesen allerdings zahlen, weil die Deutschen hungerten und Ruhe brauchten. "Durch alle Bevölkerungsschichten hindurch zog sich der eine gemeinsame Wunsch nach Frieden, und das hieß zum einen: Abdankung des Kaisers, der dem Frieden im Weg zu stehen schien (bedingt durch die amerikanischen Forderungen); und zum anderen: parlamentarische Demokratie, denn nichts war im Augenblick der Niederlage gewisser als die Schuld das alten Systems", so der Historiker Hagen Schulze.

Der Kaiser verläßt Deutschland

Dieser Situation war der Kaiser nicht gewachsen. Er entzog sich diesen Forderungen, indem er Berlin verließ und sich ins Große Hauptquartier, nach Spa in Belgien, begab. Er ist offenbar der Überzeugung gewesen, daß er sich auf das Heer weiter verlassen würde können und mit ihm gemeinsam Gegenmaßnahmen ergreifen könne. Die Möglichkeiten, die erwogen wurden, reichen vom Gedanken, die Heimat durch eine Operation des Feldheeres wieder zu erobern,

bis hin zu der Überlegung, sich an der Spitze seiner Truppen im Kampf gegen den Feind zu opfern.
Die erste Variante verwarf der Kaiser, weil er Deutschland den Bürgerkrieg ersparen wollte. Die zweite Variante wurde ihm, wie auch die Überlegung, nach geschlossenem Waffenstillstand an der Spitze des Heeres in die Heimat zurückzukehren, von General Groener mit den berühmten Worten ausgeredet: "Das Heer wird unter seinen Führern und kommandierenden Generälen in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter dem Befehl Euerer Majestät, denn es steht nicht mehr hinter Euer Majestät!"

9. November: das Ende der Monarchie in Deutschland

Diese realitätsferne Debatte dringt gerüchteweise nach Berlin und heizt die Stimmung dort, wo die Mehrheitssozialisten noch versuchen, die Abdankungsdebatte klein zu halten, noch zusätzlich an. Max Weber, der allerdings immer zu den Gegnern Wilhelm II. zählte, war sogar der Meinung, daß der Kaiser "durch die Desertion aus der Hauptstadt und Spielen mit dem Staatsstreich die Revolution geradezu provoziert" habe.
Schließlich begann am 8. November das Waffenstillstandsdiktat in Compiègne; am nächsten Tag erreichte die Revolution, die zunächst nur in Kiel und Bayern ausgebrochen war, Berlin. Der Reichskanzler Max von Baden erklärte ohne Rücksprache mit Wilhelm dessen Thronverzicht. Mit den Worten: "Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die deutsche Republik!", rief der Staatssekretär und Sozialist Philip Scheidemann die Republik aus. Der Kaiser floh auf Anraten Hindenburgs in die neutralen Niederlande.
Daß die Deutschen den Kaiser für den Frieden opferten, kann man ihnen in der damaligen Situation nicht verdenken. Allerdings muß man aus der heutigen Perspektive zwei Dinge ergänzen. Zum einen bedeutete die Lossagung vom Kaiser für alle Beamten und Offiziere einen Bruch des Treueeids, was für die Weimarer Republik eine nicht zu unterschätzende Hypothek darstellte. Zum anderen führte die Abdankung des Kaisers, die nach dem überstürzten Thronverzicht am 28. November formal nachgeholt wurde, keineswegs zum Frieden.
Schließlich blieb die Hungerblockade der Alliierten bestehen, Deutschland war den Feinden hilflos ausgeliefert, mußte im Osten gegen den Bolschewismus kämpfen und fand erst nach einem Bürgerkrieg zu einem fragilen Frieden, der durch einen neuen Weltkrieg, der schon im Versailler Vertrag angelegt war, sein Ende fand. Es war also nicht nur Naivität, sondern auch Hilflosigkeit, die zu den Ereignissen von 1918 führte.

Der Krieg zweier Weltanschauungen

Zum Schluß bleibt die Frage, warum die Alliierten, insbesondere Wilson, unbedingt die Abdankung des Kaisers wollten. Die Amerikaner brauchten ein Symbol für den Sieg des Guten, und das war die Demokratisierung Deutschlands. Der Reeder und Kaiservertraute Albert Ballin hatte Anfang September gegenüber dem Kaiser den "brennenden Wunsch Wilsons (der allein heute, weil die Arbeiterparteien der Westmächte ihn als Sachwalter betrachten, den Schlüssel zum Haustempel hat), den Krieg nicht militärisch, sondern ideologisch zu enden", noch als Trumpf Deutschlands bezeichnet, dabei aber unterschätzt, zu welch harten Konsequenzen vor allem ein Ideologe vom Schlage Wilsons fähig sein würde.
Der Krieg war kein "normaler" Krieg mehr, in dem man den Unterlegenen weiterleben läßt, sondern einer, in dem der Feind von alliierter Seite nicht als Gegner, sondern als Krimineller, den es unschädlich zu machen und zu bestrafen gilt, betrachtet wurde. Die Amerikaner waren, insbesondere in der Person des außenpolitischen Beraters von Wilson, Oberst House, zudem der Überzeugung, daß dieser Krieg zwischen Demokratien und Autokratien ausgefochten wurde. Allerdings waren die Regierungssysteme ganz offensichtlich nicht entscheidend.
Auch wenn heute die Ansicht verbreitet ist, daß der Erste Weltkrieg zwischen den Monarchien in Deutschland und Österreich-Ungarn auf der einen und den alliierten Demokratien auf

der anderen Seite geführt wurde, war das jeweilige Regierungssystem kein Grund für Koalitionen. Das demokratische Frankreich war mit dem zaristischen Rußland verbündet, das aus Sicht der Alliierten viel besser zu Deutschland gepaßt hätte.
"Die Sanduhr läuft ab."
Daß es um grundsätzlicheres ging, hatte der Kaiser ebenfalls erkannt, wenngleich er es anläßlich seines 30jährigen Regierungsjubiläums anders zuspitzte. Es handelte sich bei dem Weltkrieg in seinen Worten "nicht um einen strategischen Feldzug, es handelte sich um den Kampf von zwei Weltanschauungen. Entweder soll die preußisch-deutsch-germanische Weltanschauung, Recht, Freiheit, Ehre und Sitte, in Ehre bleiben, oder die angelsächsische, das bedeutet: dem Götzendienste des Geldes verfallen. Die Völker der Welt arbeiten als Sklaven für die angelsächsische Herrenrasse, die sie unterjocht. Die beiden Anschauungen ringen miteinander, und da muß die eine unbedingt überwunden werden…"
Auch wenn Max Weber in dieser Zuspitzung die Ursache für die alliierten Forderungen nach Abdankung sehen wollte, weil Wilhelm den Krieg zu seiner persönlichen Fehde gemacht habe, handelt es sich bei diesen Worten um eine richtige Einsicht.
Es ging um einen Weltanschauungskrieg, der entsprechend geführt wurde. Das Symbol für "Recht, Freiheit, Ehre und Sitte" mußte daher abdanken. Es war nur unklug, diese Gedanken so offen zu äußern. Über sein Schicksal haben diese Worte sicherlich nicht entschieden. Sie stehen aber symptomatisch für ein Problem, das letztendlich ursächlich für die Abdankung gewesen ist.
Der Kaiser und die Deutschen waren der alliierten Propaganda, die den Gegner verteufelte und selbst für die gute Sache der Menschenrechte zu streiten vorgab, nicht gewachsen. Die Deutschen lernten im Laufe der vier Jahre am eigenen Leib kennen, was sich hinter der alliierten Heuchelei verbarg, z.B. durch die englische Hungerblockade. Der Kaiser lebte zunehmend in seiner eigenen Welt und verlor damit die Verbindung zur Wirklichkeit, die sich gerade in diesen Jahren grundlegend wandelte. …<<

Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918
Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.
Die Note der Vereinigten Staaten vom 5. November 1918 enthielt die völkerrechtlich verbindliche Zusage, nach einem Waffenstillstand einen Friedensvertrag zu schließen, der dem 14-Punkte-Programm Wilsons vom 8. Januar 1918 und den ergänzenden Äußerungen vom 11. Februar 1918, 4. Juli 1918 und 27. September 1918 entsprach. Die Deutschen Truppen standen beim Waffenstillstand noch weit in Feindesland. Die deutsche Heeresleitung und die Reichsregierung sahen zu diesem Zeitpunkt jedoch keine Aussicht mehr, diesen Krieg siegreich zu beenden.
Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schrieb später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x321/41-42): >>Am 5. November 1918 übermittelte der Präsident (Wilson) Deutschland die Antwort, die er von den mit ihm verbündeten Regierungen bekommen hatte, und fügte hinzu, daß Marschall Foch bevollmächtigt sei, gehörig beglaubigten Vertretern die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen. In dieser Antwort "erklärten die verbündeten Regierungen mit … Einschränkungen ihre Bereitwilligkeit zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung aufgrund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind". …
Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten, die sich aus diesem No-

tenwechsel ergibt, ist klar und unzweideutig.
Die Friedensbedingungen sollen den Ansprachen des Präsidenten gemäß sein, und der Zweck der Friedenskonferenz ist, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu erörtern".
Die Umstände des Abkommens trugen ein ungewöhnlich feierliches und verpflichtendes Gepräge, denn eine dieser Bedingungen war, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen annehmen sollte, die es wehrlos machen würden.
Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf das Abkommen wehrlos gemacht hatte, erforderte es die Ehre der Verbündeten, auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen und wenn es Zweideutigkeiten enthielt, aus ihrer Lage keinen Vorteil zu ziehen.<<
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Wilsons Friedensangebote (x320/17): >>Das deutsche Drama nach dem Ersten Weltkrieg beginnt damit, daß US-Präsident Wilson der deutschen Seite noch während des Krieges einen Friedensschluß anbietet, den die Sieger später ignorieren. Wilsons Friedensangebot - die sogenannten 14 Punkte - endet mit den Sätzen:
"Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe, und es ist nichts in diesem Angebot, das sie verringert. ... Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu hemmen. ... Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt, statt eines Platzes der Vorherrschaft."
Dem US-Angebot folgen außerdem fünf Notenwechsel zwischen Deutschland und den USA, in denen beide Seiten die 14 Punkte als verbindlich anerkennen. Sie hatten damit den Charakter eines Vorvertrags. Die einzige Abtrennung deutsch besiedelten Gebietes, die schon dort vereinbart wird, ist die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich. Mit der Zusicherung "Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt" legt Deutschland seine Waffen nieder und beginnt, seine Truppen aufzulösen. …<<
Der deutsche Historiker Karlheinz Weißmann berichtete später über Abschluß des Waffenstillstands vom 11. November 1918 (x1.035/…): >>**Der Beginn unserer Katastrophe**
Das deutsche Unglück begann mit dem Jahr 1918
Wenn die ehemaligen Siegermächte des Ersten Weltkriegs den 11. November feierlich begehen, so hat das seinen Grund nicht nur darin, daß man am "Waffenstillstandstag" oder "Tag des Sieges und des Friedens" der Gefallenen gedenken will, sondern auch darin, daß das Erinnerungsbild von Briten und Franzosen ein anderes ist als das der Deutschen.
Um genau zu sein: ein anderes war als das der Deutschen. Denn hierzulande verliert sich im Zeichen gelungener Verwestlichung allmählich das Bewußtsein, daß die Deutschen nichts zu feiern haben, wenn es um das Datum 1918 geht, noch weniger, als im Hinblick auf das Datum 1945.
Das deutsche Unglück begann mit dem Jahr 1918,
weil die Politik der Sieger von Anfang an auf Irreführung beruhte und die deutsche auf Illusion, weil die Verhetzung der Briten, Franzosen, Italiener und Belgier, denen man die Deutschen als "Menschheitsfeinde", "Hunnen" und "Schweine" präsentiert hatte, nicht rückgängig zu machen war,
weil der Krieg gegen Deutschland nach dem Abschluß des Waffenstillstands fortgesetzt wurde, "alle gegen einen, wenn auch ohne Sprengstoffe" (Walther Rathenau),
weil man die Entwaffnung der Deutschen betrieb, um sie jeder Forderung unterwerfen zu können,
weil die von Großbritannien gegen Deutschland bis zum Juni 1919 aufrechterhaltene Hungerblockade 1 Million Ziviltote forderte - vor allem Kinder, Frauen, Alte und Kranke,

weil die Alliierten die ersten großen Vertreibungen in Mitteleuropa ins Werk setzten oder duldeten,
weil man unsere Nation demütigte und ihr alle Rechte vorenthielt, die großartig als "universal" und "ewig" deklariert worden waren,
weil man Deutschland den Versailler Vertrag - diese "Friedensvertrag genannte Kriegserklärung" (Gustav Bauer) - aufzwang,
weil man damit ein tiefes Mißtrauen gegen die westliche Demokratie einpflanzte, die offenbar nur ein Herrschaftsmittel wie alle anderen war.
Der 11. November 1918 beendete das Sterben an den Fronten im Westen, der Kampf im Osten dauerte an und wurde von deutschen Soldaten getragen, die unter Befehl der Entente gegen bolschewistische Truppen zu fechten hatten, er begann neu in den Gebieten, die fremden Herren ausgeliefert wurden, und an den inneren Fronten eines Bürgerkrieges, den die Sieger wesentlich mitverursacht hatten.
Zwischen dem Waffenstillstand und dem Inkrafttreten des Versailler Vertrags stand Deutschland unter der dauernden Drohung eines alliierten Einmarschs, mußte mit schwächer werdenden Kräften Aufstands- und Separationsversuche abwehren, die mit fremdem Geld finanziert wurden, und einen vollständigen Kollaps der inneren Ordnung verhindern. Das alles in dem Bewußtsein, daß die Sieger - so oder so - den Vorwand deutscher Alleinkriegsschuld nutzen würden, um das Land wirtschaftlich auszubluten.
Ein Amerikaner, der Ölmagnat Paul Getty, hat geurteilt: Der Vertrag von Versailles "war rachsüchtig, er legte Deutschland unbezahlbare Reparationen auf, der dümmste Student der Wirtschaftswissenschaften sah sogleich, daß eine nur notdürftig funktionierende deutsche Wirtschaft auf diese Weise total zerrüttet werden mußte. Die als Strafe gedachten Artikel dieses Vertrags mußten in Deutschland eine heftige nationalistische Reaktion in Gang setzen. Ein vernünftigerer und gerechterer Friede an Stelle des Vertrages von Versailles hätte zwischen 1919 und 1932 in Deutschland ein demokratisches System befestigt."

Fazit

Der 11. November mag Deutsche an eine nationale Katastrophe erinnern, auch an die erste Phase des "Dreißigjährigen Krieges" zwischen 1914-1945. Zu feiern gibt es nichts. Wer das verkennt, hat - gegen jede Beteuerung - nichts verstanden vom Besonderen unserer Geschichte im 20. Jahrhundert. …<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über Wilsons berühmtes "Vierzehn-Punkte-Programm" (x068/194-195): >>**Heil Wilson, dem Gerechten!**

Am 8. Januar 1918 gab Wilson in einer Rede vor dem Kongreß sein berühmtes Vierzehn-Punkte-Programm für den Frieden bekannt. Es enthielt die Forderung öffentlicher Verhandlungen ohne Geheimverträge, allgemeine Grundsätze wie Freiheit der Meere, Beschränkung der Rüstung, Aufhebung wirtschaftlicher Barrieren, unparteiische Lösung des Kolonialproblems sowie gerechte und maßvolle Regelung territorialer Fragen. …
Bevor Deutschland 1918 aufgab, gelang es seiner Führung, den Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich auf der Grundlage der 14 Punkte und der "Prinzipien" Wilsons abzuschließen, was auch Franzosen und Briten, mit drei unbedeutenden Einschränkungen akzeptierten.
Als Wilson am 5. Dezember 1918, labil, krank, doch hochgradig von sich überzeugt, an Bord des Riesendampfers George Washington unter Salutschüssen, begleitenden Flugzeugen das Flaggenmeer des New Yorker Hafens verließ, wartete Europa auf ihn wie auf einen Erlöser. Wo immer er dann einzog, in Paris, London, in Rom, überall erlebte er sagenhafte Triumphe, Ovationen der Massen, die sich da und dort zu Anbetungen steigerten, geradezu hysterische Formen annahmen. In Polen grüßten einander Gebildete mit dem Ruf "Wilson!"
In Italien entzündeten Bauern Opferkerzen vor seinem Bild. … Woodrow Wilson, der 13 für seine Glückszahl hielt, war am 13. Dezember 1918, einem Freitag, auf französischem Boden

gelandet. Ob in guter, in böser Absicht, wer weiß es. Wer weiß, ob er mit seiner Friedensordnung die Mittelmächte von Anfang an getäuscht, bewußt in Sicherheit gewogen, ob er ihr Vertrauen in den zu schließenden Vertrag arglistig erschlichen hat.
Nach außen zumindest tat er, als ginge es ihm nicht um Vernichtung, nicht einmal um Sieg, hielt er doch an seiner Formel "Frieden ohne Sieg" anscheinend fest, an den hehrsten Zielen, den höchsten Idealen Amerikas.
Tatsächlich aber trat er nicht mehr dafür ein, nachdem der Gegner gefallen war. Ganz bewußt hatte das Deutsche Reich sein Waffenstillstandsgesuch nicht an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, sondern an den höchsten Repräsentanten der USA, der freilich in Paris jeder Kraftprobe, die er, wie die Dinge standen, hätte bestehen können und müssen, bald mehr und mehr aus dem Weg ging. ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 19. September 2008 über den Bruch der Waffenstillstandsvereinbarungen: >>**Deutschlands große Illusion**
Die 14 Punkte Wilsons am Ende des Ersten Weltkrieges und die enttäuschte Hoffnung auf einen gerechten Friedensschluß
Von Dag Krienen
Am 8. Januar 1918 stellte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson in einer Botschaft an den Kongreß eine Reihe von Grundsätzen vor, die er als unabdingbare Grundlagen für einen gerechten Friedensschluß zur Beendigung des Weltkrieges bezeichnete. Unter den insgesamt 14 Punkten fanden sich zunächst fünf allgemeine Prinzipien, die nicht nur das feindliche Deutschland und seine Verbündeten, sondern auch deren Gegner inklusive der USA binden sollten.
Erst dann schlossen sich eine Reihe von Forderungen an, die zu Lasten der Mittelmächte gingen wie die Räumung aller von ihnen besetzten Gebiete, die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich und die Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer. In Punkt 14 forderte Wilson schließlich die Errichtung eines Völkerbundes "zu dem Zweck, großen und kleinen Staaten gleichermaßen gegenseitige Garantien ihrer politischen Unabhängigkeit und territorialen Unverletzlichkeit zu verschaffen."
Wilsons Friedensprogramm kombinierte geschickt den Grundentwurf einer neuen liberaldemokratischen Weltfriedensordnung mit einer Reihe von konkreten, insgesamt recht gemäßigt klingenden Kriegszielforderungen an die Mittelmächte. Doch Anfang 1918 war der Krieg militärisch noch nicht entschieden. Nach dem praktischen Ausscheiden Rußlands als ernstzunehmendem Gegner Ende 1917 existierte eine letzte deutsche Chance, im Westen offensiv die militärische Entscheidung des Krieges zu suchen, bevor kampfbereite amerikanische Truppen in größerem Umfang in Frankreich standen.
Nicht nur die Oberste Heeresleitung (OHL) setzte noch einmal alles auf diese Karte, sondern auch die zivile Reichsleitung, fast alle Reichstagsparteien und die Mehrheit des Volkes. Die Reaktionen in Deutschland auf die 14 Punkte Wilsons waren unter diesen Umständen zurückhaltend. Reichskanzler Georg Graf von Hertling anerkannte zwar, daß die darin enthaltenen allgemeinen Grundsätze sowie der Völkerbundsgedanke "Ausgangs- und Zielpunkte für Verhandlungen bilden könnten", wies jedoch alle einseitig Deutschland treffenden Forderungen zurück.
Ähnlich argumentierten aber auch SPD, Zentrum und Linksliberale sowie die ihnen zuneigenden Presseorgane. Eines der wichtigsten politischen Ziele von Wilsons Proklamation, zwischen der in seinen Augen "autokratischen" Führung und dem deutschen Volk, insbesondere den linken und liberalen Kräften, einen Keil zu treiben, wurde verfehlt. Dieses Ziel, das der Präsident, in dieser Frage vom Deutschlandexperten des US-Außenministeriums, William C. Bullitt beraten (JF 36/05), in seinen öffentlichen Reden zur Friedensfrage hartnäckig weiterverfolgte, vermochte er auch in der Folgezeit nicht zu erreichen.

Als den Deutschen im Spätsommer 1918 allmählich klar wurde, daß trotz aller Teilerfolge ein entscheidender deutscher Sieg im Westen unmöglich geworden war und sich die Gesamtlage auch angesichts der Niederlagen anderer Mittelmächte (Zusammenbruch der Bulgarienfront am 15. September 1918) zusehends verschlechterte, gewannen in der Truppe und in der Heimat rasch die allgemeine Kriegsmüdigkeit und der Wunsch, schnell zu einem erträglichen Frieden zu gelangen, die Oberhand.
In dieser Lage bot Wilson am 27. September erneut, auf der Basis eines Konzeptes Bullitts, einen "Frieden auf der Basis unparteiischer Gerechtigkeit" an, allerdings nur einem "geläuterten" Deutschland mit einer parlamentarisch kontrollierten Regierung. Zur gleichen Zeit gelangten aber auch Reichsregierung und OHL zu der Einsicht, daß der Krieg militärisch für Deutschland definitiv verloren war und nur eine Regierung mit dem Vertrauen des Reichstags einen glimpflichen Frieden würde erhalten können.
Nüchtern stellte sich das Auswärtige Amt auf den Standpunkt, daß in der gegebenen Lage das am wenigsten schlechte von allen schlechten Angeboten immer noch das beste war. Und allein der US-Präsident hatte bis dato überhaupt ein einigermaßen ausformuliertes Friedensprogramm vorgelegt, das zudem günstigere Bedingungen zu enthalten schien als alles, was Deutschland von Briten und Franzosen erwarten konnte.
Am 3. Oktober wandte sich die neugebildete Regierung unter dem Prinzen Max von Baden an Wilson mit der Bitte, einen Waffenstillstand auf der Basis seines seit dem 8. Januar entwickelten Programms herbeizuführen, als Grundlage späterer Friedensverhandlungen. Nach einem Notenaustausch mit Wilsons Außenminister Robert Lansing akzeptierte sie auch, daß nur ein Waffenstillstand in Frage kam, der Deutschland keine Möglichkeiten zu einer späteren Wiederaufnahme des Kampfes ließ, und daß es für die zivilen Kriegsschäden Ersatz zu leisten habe.
Nach Rücksprache mit den europäischen Verbündeten teilte Lansing am 5. November den Deutschen "die Bereitschaft (der verbündeten Regierungen) zum Friedensschlusse mit der deutschen Regierung (mit), auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie den Grundsätzen, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind". Auf dieser Basis wurde dann am 11. November 1918 der Waffenstillstand abgeschlossen.
Die deutsche Regierung vertrat in den folgenden Monaten stets den Standpunkt, daß die in den Notenwechseln mit Wilson/Lansing im Oktober und November formulierten Bedingungen einen beide Seiten bindenden Vorvertrag (pactum de contrahendo) darstellten, der den Inhalt des zukünftigen Friedensvertrages präjudiziere. Entsprach dies ursprünglich noch dem nüchternen Kalkül, auf dieser Rechtsbasis harte alliierte Friedensbedingungen zurückweisen zu können, gewannen bei den neuen, durch die Revolution vom November 1918 ins Amt gekommenen politischen Kräften die Hoffnungen, daß Wilson für Deutschland einen milden Kompromißfrieden herbeiführen würde, zeitweise die Oberhand über eine nüchterne Einschätzung der Lage.
Aufgrund der nun hergestellten demokratisch-antiimperialistischen Übereinstimmung hegte man illusionäre Hoffnungen. Ende November 1918 erklärte Außenstaatssekretär Wilhelm Solf vor Vertretern der neuen republikanischen Landesregierungen gar, daß man durch das Festhalten an Wilsons pazifistischem Programm mit Amerika gegen den Imperialismus der Entente würde Front machen können.
Insgesamt wurde so eine öffentliche Erwartungshaltung erzeugt, die man aufgrund der krisenhaften Lage der Republik später nicht mehr korrigieren konnte. Die Hoffnung auf einen "Wilson-Frieden" im Sinne eines glimpflichen Kompromißfriedens ohne Diskriminierung Deutschlands stellte einen der wenigen Lichtblicke für die vom Schock der Niederlage, der Härte des Waffenstillstandes, dem plötzlichen revolutionären Umbruch und den anhaltenden

inneren Unruhen desorientierten und in Bedrängnis gebrachten Deutschen dar.
Als der amerikanische Präsident im Dezember 1918 nach Europa kam, erreichte die Wilson-Begeisterung nicht nur in Westeuropa ihren Höhepunkt. Auch in Deutschland wurde er als unparteiischer Schiedsrichter, als Beschützer vor dem Imperialismus der Entente-Mächte und als Garant eines Friedens der Versöhnung gefeiert. Amerikanische Beobachter konstatierten, daß das deutsche Volk unbeirrt zu Wilson aufblicke und auch in politischen Kreisen ein großes Vertrauen in den amerikanischen Präsidenten vorherrsche.
In den besser informierten politischen Kreisen kühlte diese Begeisterung, die von unzähligen Broschüren mit Wilsons Reden sowie Darstellungen seiner weltpolitischen Maximen genährt wurde, zwar allmählich ab, doch konnten nur die wenigsten alle Illusionen und Hoffnungen ablegen. Die meisten Deutschen lebten, wie der Theologe und Historiker Ernst Troeltsch 1919 festhielt, bis zum Mai 1919 im "Traumland der Waffenstillstandsperiode". Als den Deutschen in diesem Monat die Versailler Friedensbedingungen präsentiert wurden, war der Schock um so größer.
Was nun publik wurde, entsprach in keiner Weise den Erwartungen der deutschen Öffentlichkeit an einen "Wilson-Frieden", von dem man erhofft hatte, daß er, wenn auch mit territorialen und wirtschaftlichen Verlusten verbunden, die Souveränität, Integrität und Selbstachtung der Nation nicht beinträchtigen würde. Der schließlich nach einem alliierten Ultimatum von den deutschen Bevollmächtigten am 28. Juni unterzeichnete Friedensvertrag tat in den Augen der meisten Deutschen aber genau dies.
Da von deutscher Seite das beim Waffenstillstand gegebene Versprechen der Sieger, einen Frieden auf Basis von Wilsons Programm abzuschließen, stets als bindender Vorvertrag aufgefaßt worden war, sahen sie sich durch den "Schmachfrieden" als im großen Stile "betrogen" an. Zum Teil beruhte dies auf ihren zuvor sorgsam gepflegten Illusionen über Wilson.
Der amerikanische Präsident hatte während der Verhandlungen zwar einige der Forderungen der europäischen Siegermächte - mit eher geringem Erfolg - auszubremsen versucht, aber stets das Gesamtkonzept des entstehenden Vertragswerkes und eine harte Behandlung Deutschlands als Schuldigen am Krieg bejaht. Soweit überhaupt, hat er sich vor allem auf wirtschaftlichem Feld, insbesondere in der Reparationsfrage, für mehr Rücksicht auf deutsche Interessen eingesetzt, aber kaum bei den Gebietsabtretungen, wo er von Expertenstäben abhängig war, die vor allem die Ansprüche der jeweiligen Siegerstaaten im Auge hatten.
Auch wenn am Ende viele Berater der amerikanischen Delegation vom Gesamtpaket entsetzt waren und Bullitt sogar demissionierte, hielt Wilson selbst damals und später stets daran fest, daß das Versailler Vertragswerk einen insgesamt "gerechten Frieden" darstelle. Ja, um das Gegenteil nicht eingestehen zu müssen, griff er vermehrt auf eine moralisierende Interpretation des Versailler Friedens als einer einem "Verbrecher" auferlegten gerechten Strafe zurück.
Das Ansehen Wilsons, auf den sich zuvor so viele illusionäre Hoffnungen konzentriert hatten, fiel im Sommer 1918 in Deutschland ins Bodenlose.
Jene, die der Völkerbundidee weiterhin etwas abgewinnen konnten, versuchten gelegentlich noch, ihn als weltfremden, von den durchtriebenen europäischen Siegermächten "getäuschten Professor" zu entschuldigen. Doch für sehr viele Deutsche, nicht nur auf der rechten Seite des politischen Spektrums, galt er fortan als politischer Heuchler par excellence.
Mit dem Ansehensverlust Wilsons verbunden war zudem nicht nur die Diskreditierung seiner Person, sondern auch die seines Programms einer neuen, von einem Völkerbund stabilisierten demokratischen Weltordnung. Verziehen wurde Wilson der "große Betrug" von deutscher Seite nie: Bei seinem Tode 1924 unterließ es die deutsche Botschaft in Washington ostentativ, halbmast zu flaggen.<<
Der nordamerikanische Journalist Oswald G. Villard, der sich nach dem Waffenstillstand in Deutschland aufhielt, schrieb damals über die allgemeine Stimmung (x063/521-522): >>...

Man hörte keine Haßgesänge, keine Revanchereden; weder Engländer noch Franzosen ... waren unbeliebt; Amerikaner wurden als die besten Freunde willkommen geheißen ...<<
Nach dem Waffenstillstand bekam die deutsche Bevölkerung nur noch eine tägliche Nahrungsmittelzuteilung von etwa 1.000 Kalorien, obgleich der tägliche Mindestbedarf eines Erwachsenen damals etwa 2.600 bis 3.000 Kalorien betrug. Die nach den langen Kriegsjahren ausgehungerte deutsche Bevölkerung streckte damals z.B. das Brot, indem man Getreide- und Holzmehl vermischte.
Winston Churchill erklärte am 3. März 1919 vor dem britischen Unterhaus (x063/520): >>Wir halten unsere gesamte Waffenmacht in vollem Gange oder in unmittelbarer Einsatzbereitschaft. Wir führen die Blockade mit äußerster Schärfe durch. Wir haben starke Heere, die jederzeit bereit sind vorzurücken.
Deutschland ist dem Verhungern nahe. Die Berichte von Offizieren, die das Kriegsministerium in ganz Deutschland umhergesandt hat, geben Zeugnis erstens von harten Entbehrungen, die das deutsche Volk erleidet, und zweitens von der großen Gefahr eines Zusammenbruchs des gesamten sozialen und nationalen Lebens unter der Wirkung des Hungers und der Unterernährung.
Jetzt ist der rechte Augenblick gekommen, den Vertrag durchzusetzen! ...<<
Im Verlauf der "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919, die eindeutig gegen die Grundsätze des Völkerrechts verstießen, verhungerten etwa 300.000 deutsche Zivilisten (x063/521), bis die Siegermächte ihren sogenannten "Friedensplan von Versailles" schließlich durchsetzen konnten. In den anderen "Mittelmächten" starben ebenfalls Tausende den Hungertod.
General J. F. Fuller schrieb später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515): >>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<
Schlußbemerkungen: Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten. Die deutschen Truppen waren zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand konnten fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen waren bereits von französischen Truppen besetzt.
Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt. Nach dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.
Die Deutschen mußten innerhalb von 15 Tagen alle besetzten Gebiete sowie Elsaß-Lothringen räumen und sämtliche Waffen abliefern (x041/78). Der Rückzug der riesigen deutschen Truppenverbände wurde termingerecht durchgeführt. Nach dieser erstaunlichen Leistung des deutschen Heeres befanden sich Ende November 1918 alle deutschen Truppen 50 km östlich des Rheins. Das Deutsche Reich mußte alle Kriegsgefangenen entlassen, während die deutschen Kriegsgefangenen zunächst nicht heimkehren durften.
Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt hatten, verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um die Bevölkerung des Deutschen Reiches systematisch auszuhungern.
Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt

und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt.
Die folgenden Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte waren ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Auch die unmenschliche Hungerblockade blieb weiterhin in Kraft. Bei der von den alliierten Siegermächten durchgeführten "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 handelte es sich gemäß Haager Landkriegsordnung - "Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges" - vom 18.10.1907 um ein Kriegsverbrechen.
Der Waffenstillstand wurde monatlich erneuert, so daß die Sieger jeweils neue Forderungen durchsetzen konnten (x054/186). Für die mehrmalige Verlängerung des Waffenstillstandes mußte das ausgehungerte Deutsche Reich später z.B. 140.000 Milchkühe, 120.000 Schafe, eine Unmenge Pferde, landwirtschaftliche Maschinen und den größten Teil der Handelsflotte an die Siegermächte abliefern (x069/114).
Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber blieb (x340/216-217): >>… Die Kriegstreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungsgroßkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital.
Es gibt also erneut Warnungen, Wetterleuchten und Vorbeben vor einem Unglück, das sich wie schon einmal vor 1914 kaum jemand vorstellen kann. Das Ereignis ist nicht unvermeidlich, dennoch ist es wahrscheinlich.
Die endlosen Kriege der infrastrukturell und ökonomisch weitgehend verkommenen USA haben jetzt im 21. Jahrhundert nach den Worten von Willy Wimmer, einst Staatssekretär des bundesdeutschen Verteidigungsministerium, zu einer Flut von zurückkehrenden Särgen geführt, die Fragen aufwerfen. …
Dabei deckte er eine interessante Parallele auf: Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-Vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.
Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.
Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

"Friedensverhandlungen"

Der französische Marschall Ferdinand Foch schrieb am 10. Januar 1919 an die Bevollmächtigten der alliierten Mächte (x243/12): >>Deutschland bleibt noch für lange Zeit, bis zu einer völligen Wandlung seiner Politik und seiner Weltanschauung, eine furchtbare Bedrohung für die Zivilisation. ...
Die Natur hat nur eine Schranke über den Weg des einbrechenden Feindes gezogen: den Rhein. Er muß ... schon im Frieden besetzt und befestigt werden. ...<<
Am 18. Januar 1919 wurden in Paris die "Friedensverhandlungen" für den Ersten Weltkrieg eröffnet. An den Verhandlungen, die von Januar bis April 1919 geführt wurden, nahmen zwar die Vertreter aus 27 Siegermächten teil, aber die Entscheidungen fällte schließlich nur der "Rat der Großen Vier", der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der britische Premierminister David Lloyd George, US-Präsident Thomas W. Wilson und der italienische

Ministerpräsident Vittorio E. Orlando bzw. der "Rat der Großen Drei" - ohne Orlando. Die besiegten Staaten der "Mittelmächte" - Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien - und Sowjet-Rußland schloß man von allen Verhandlungen aus.
Obgleich das Deutsche Reich den besiegten Franzosen in den Jahren 1814/15 und 1871 äußerst maßvolle Forderungen und faire Friedensbedingungen gestellt hatte, erwiesen sich vor allem die Franzosen nach dem Ersten Weltkrieg als besonders ungerechte und rachsüchtige Sieger.
Georges Clemenceau, der den Vorsitz der "Friedensverhandlungen" übernahm, setzte alle französischen Forderungen unerbittlich durch. Clemenceau - Beiname: "Der Tiger", prägte damals z.B. den Ausspruch: "Frieden ist nur die Fortsetzung des Krieges" - war ein unnachgiebiger, rachsüchtiger Greis, der besonders durch die bittere französische Niederlage von 1870/71 geprägt worden war.
Der französische Minister- und Kriegspräsident Clemenceau, der die Zerschlagung des Deutschen Reiches und Errichtung von kleinen Teilstaaten sowie die Abtrennung des Rheinlandes anstrebte, erklärte später (x063/521): >>... Je mehr einzelne und unabhängige Republiken in Deutschland errichtet werden, desto glücklicher werde er sein ...<<
Der britische Ministerpräsident Lloyd George, der den Engländern bereits während des Krieges versprach: "Deutschland zahlt alles!", versuchte nach dem Kriegsende vergeblich, die rachsüchtigen Franzosen zu stoppen.
Lloyd George erklärte damals in Versailles (x059/30): >>Wir müssen uns bemühen, eine Ordnung des Friedens zu entwerfen, als wären wir unparteiische Schiedsrichter, die die Leidenschaften des Krieges vergessen haben. ...<<
Frankreich, England und Nordamerika wollten zwar angeblich nur den "preußischen Militarismus" und die ständige "deutsche Bedrohung" ausmerzen, aber tatsächlich beabsichtigte man vor allem die Zerschlagung der mächtigen bzw. lästigen deutschen Industrie- und Handelsmacht.
Die maßgeblichen westeuropäischen Siegermächte beschlossen schließlich in Versailles, die deutsche Militär- und Wirtschaftsmacht endgültig auszuschalten. Bei diesen Verhandlungen ging es den Siegerstaaten Frankreich und England nicht um einen gerechten Frieden - ohne "Sieger und Besiegten". In erster Linie wollte man das Deutsche Reich - wie z.B. 1648 - vollständig kontrollieren und langfristig schwächen, um die französisch-englische Vormachtstellung in Europa zu sichern. Die getreuen Verbündeten sollten außerdem die zugesagten Belohnungen erhalten. Die ungerechten Vorverurteilungen des deutschen Kriegsgegners verdeckten eigentlich nur die wahren machtpolitischen Interessen der Siegermächte.
Der britische Politiker David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x321/80): >>Die internationalen Bankiers diktierten die Reparationsübereinkommen. Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit dem gebieterischen Wesen absolutistischer Monarchen, die wußten, daß es gegen die grausamen Dekrete keinen Einspruch gab. …<<
Die Londoner "Times" schrieb im Jahre 1919 (x063/527): >>... Sollte Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnen, so haben wir diesen Krieg umsonst geführt.<<
Die führenden Ententemächte hielten ihre geheimen Absprachen und Verträge konsequent ein. Während der erbitterten Kämpfe um die Kriegsbeute wurde das "14 Punkte-Programm" des nordamerikanischen Präsidenten entweder überhaupt nicht beachtet oder nur in abgeänderten Formen übernommen.
Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Die wirtschaftlichen Bestim-

mungen des Vertrages waren so bösartig und töricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten.<<
Der damalige italienische Ministerpräsident Francesco Nitti (1868-1953) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten Volkes gegründet worden.<<
Als US-Präsident Wilson, der vermeintliche "Apostel des Friedens" bzw. Verteidiger der Völker- und Menschenrechte, seine Friedensvorstellungen nicht durchsetzen konnte, opferte er schließlich den "gerechten Frieden" für die Schaffung des Völkerbundes. Wilson, der 1919 den Friedensnobelpreis erhielt, zog sich schließlich kampflos und verbittert in die bisherige nordamerikanische Isolationspolitik zurück und kümmerte sich während seiner restlichen Amtszeit nicht mehr um die wirren Nachkriegsverhältnisse in Europa-
Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über US-Präsident Wilson (x340/112): >>… Manchen der führenden deutschen Verantwortlichen dürfte bekannt gewesen sein, daß US-Präsident nichts anderes war als ein willfähriger Interessenvertreter der Wall-Street-Banken, besonders aber von J. P. Morgan.
Schon 1912 hatte der Geldadel Wilsons Wahlkampfhauptquartier gestellt; mehr als zwei Drittel seiner Wahlkampfmittel stammten direkt von den Finanziers der Wall Street.
Man hatte sicherheitshalber dafür gesorgt, daß sich Wilson als Graue Eminenz den Vertrauensmann der Banker und überzeugten Deutschenfeind Edward Mandel House als erste Hand zur Seite stellte. "Colonel" House kontrollierte jeden Schritt Wilsons, so daß die Regierungsgewalt in Amerika Zug um Zug in die Hände der Investmentbanker um J. P. Morgan fiel.
Für diese Leute wäre ein 1918 durchaus möglicher Ausgleichsfrieden zwischen Deutschland und den Alliierten gleichbedeutend mit dem eigenen Ruin gewesen. …
Deutschland wäre in diesem Fall zwar wirtschaftlich geschwächt gewesen, England aber bankrott und die amerikanische Wirtschaft in einer Depression; ganz davon abgesehen, daß Deutschland seine der angloamerikanischen Elite verhaßte Führungsposition in Europa behalten hätte. Genau darum ging es! Man wollte ungestört herrschen und Geschäfte machen.
Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger bestätigte in der *Welt am Sonntag* vom 13. November 1994: "Letztlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eine dominante Rolle Deutschlands zu verhindern." …<<
Robert Lansing (1864-1928, von 1915-20 US-Außenminister) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar erscheinen.<<
Ein anderer US-Konferenzteilnehmer berichtete später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x243/12): >>Der Präsident Wilson hatte die Ärmel hochgekrempelt. Es gab keinen, dem er Vertrauen durfte. ... Als erstes begann er ein zähes Ringen um die Minderung der französischen Forderungen nach dem linken Rheinufer, einer rheinischen Republik und nach den Kohlengruben der Saar.
Keiner dieser Ansprüche ließ sich mit der in den Vierzehn Punkten enthaltenen Zusicherung von der Selbstbestimmung in Einklang bringen. Ende März gipfelte die Konferenz in einem persönlichen Streit mit Clemenceau. ...
Nach einer Erkrankung Wilsons, 10 Tage später.
Wilson bewilligt Frankreich die Saar und das linke Rheinufer. ... Er stimmt der Forderung nach unbegrenzten Reparationszahlungen Deutschlands zu. ...
In den Staaten sind die Mitglieder des Senats und ... das Komitee für auswärtige Fragen em-

pört, weil niemand daran gedacht hatte, ihnen den offiziellen Wortlaut des Vertrages zugehen zu lassen. Sie müssen die Einzelheiten aus den Zeitungen entnehmen. Die weiterblickenden Amerikaner in Paris nehmen den Vertrag beinahe mit der gleichen Bestürzung auf wie die Deutschen. ...<<

Die Vermischung der europäischen und nordamerikanischen Vorstellungen wirkte sich für das Deutsche Reich bzw. für die verhaßten "deutschen Hunnen" ausgesprochen verhängnisvoll aus. Fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben unberücksichtigt. Die Siegermächte ignorierten ferner Völker- und Menschenrechte, die sie angeblich bewahren und schützen wollten. Vor allem für die Deutschen in Ost-Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" besonders verheerend auswirken.

Die nordamerikanische Weltkriegsteilnahme und die erstmalige Beteiligung an der Europa- und Weltpolitik veränderten die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse grundlegend. Durch die nordamerikanische Intervention in Westeuropa und nach der bolschewistischen Revolution in Osteuropa wurde spätestens im Jahre 1917 ein neues Zeitalter der Ideologien eröffnet: "Mission gegen Mission" - "Macht gegen Macht".

Nordamerika war zwar schon seit der Jahrhundertwende eine Wirtschafts- und Militärweltmacht, aber politisch waren die Vereinigten Staaten von Amerika alles andere als eine Supermacht. Im Jahre 1909 verfügte das US-Außenministerium lediglich über 35 Beamte, die mit den äußerst schwierigen europäischen Verhältnissen meistens überhaupt nicht vertraut waren (x041/178). Aufgrund der gleichgültigen und naiven US-Außenpolitik wurden in Europa letzten Endes chaotische Verhältnisse geschaffen, die Hitlers und Stalins Terrorsysteme nachweislich erheblich förderten.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein berichtete später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x063/522): >>Ende Januar 1918 hatte die große New Yorker Zeitung "Evening Post", die im Besitz Villards war, die Geheimverträge der Alliierten veröffentlicht, die die Engländer und Franzosen ängstlich vor Amerika zu verstecken suchten. Sie waren der kommunistischen Regierung bei der Öffnung der russischen Staatsarchive in die Hände gefallen und erreichten Villard durch eine Kette glücklicher Umstände. Die Echtheit ist nie bestritten worden. Diese Geheimverträge enthüllten die imperialistischen Pläne Frankreichs und sind ein Beweis, daß die Annahme der Vierzehn Punkte Wilsons durch Frankreich unaufrichtig war.

Im September 1916 hatte die französische Regierung … beschlossen, das gesamte linksrheinische Gebiet loszubrechen. Es sollten unter französischer Besatzung "autonome Republiken" gebildet werden. Rußlands Zustimmung zu diesem Plane wurde durch die Einräumung völliger Handlungsfreiheit in Ostdeutschland gewonnen.

Marschall Fochs Memorandum vom 27. November 1918 liegt durchaus auf der Linie dieser Verträge. Es zielte auf die Auslöschung der deutschen Souveränität westlich des Rheines hin. Eine oder mehrere autonome rheinische Republiken sollten errichtet und die männliche Bevölkerung zum Militärdienst eingezogen werden, um im Kriegsfall gegen Deutschland zu kämpfen. Die dauernde Besetzung der rechtsrheinischen Brückköpfe war gleichfalls vorgesehen. ...<<

Der deutsche Historiker Jost Dülffer schrieb später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x106/7): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg fing es an, und Georg Kennans Kennzeichnung, er sei die "Urkatastrophe" unseres Jahrhunderts gewesen, trifft den Kern. Hier entluden sich lange aufgestaute innergesellschaftliche Spannungen und zwischenstaatliche Konflikte in einem neuartigen Massenmorden. Er wurde aber auch deswegen als "Krieg, der alle Kriege beenden sollte" proklamiert, und genau das erwies sich als schwierig.

Gewiß gingen die Friedensmacher nach Kriegsende mit der Absicht ans Werk, eine dauerhafte

Weltordnung zu schaffen. Aber sie scheiterten damit in längerer Sicht.
Der Keim dazu, der den Zweiten Weltkrieg brachte, war in der Saat des Friedensvertrages von Versailles 1919 bereits enthalten. Man hat den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, den britischen Premierminister David Lloyd George und den französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau heftig gescholten, hat gesagt, ihnen sei die Kunst des Friedensschlusses abhanden gekommen. ...<<
Der deutsche Historiker Peter März berichtete später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x312/216): >>... Die Friedenskonferenz von Versailles wurde am 18. Januar 1919 eröffnet, pikanterweise exakt 48 Jahre nach der Proklamation des deutschen Kaiserreiches am selben Ort.
Aber es gab keine deutsche Beteiligung. Die Entscheidungen fielen zwischen den großen drei, dem amerikanischen Präsidenten Wilson, dem britischen Premierminister Lloyd George und dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau.
Als man sich geeinigt hatte, wurden die deutschen Delegierten einbestellt und erhielten am 7. Mai 1919 den Entwurf des Friedensvertrages. Sie konnten schriftlich Stellung nehmen und daraus ergab sich dann ein Notenwechsel mit einigen für Deutschland günstigen Modifikationen. Aber es gab keinerlei Aussprache.
Diese Kommunikationsverweigerung war ein Novum. Sie zeigte aber auch deutlich, wie weit die emotionalen Verhärtungen gingen. Naturgemäß stimmen sich bei Friedenskongressen die diversen Parteien und Allianzgruppen untereinander ab und gehen nicht unvorbereitet und ohne Konzept in die Verhandlungen mit der Gegenseite. Aber selbst eine solche Form der präparierten und dosierten mündlichen Aussprache war Deutschland nicht zugestanden worden.
Das Zweite, was man sehen muß, ist der schiere Umfang des Vertrages: Die vom Auswärtigen Amt 1919 herausgegebene, dreisprachige englische, französische und deutsche Ausgabe wiegt 1.140 Gramm (!), sie umfaßt 440 Artikel und 455 Seiten. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x068/195-196,199): >>... Mündliche Auseinandersetzungen wurden den Deutschen verweigert, ihre schriftlichen Gegenvorschläge weitgehend abgelehnt. Wilson hatte wenigstens Verhandlungen im vollen Licht der Öffentlichkeit zugesagt – gleich der erste seiner 14 Punkte. ...
Entschieden aber wurde im geheimen Komitee der fünf Großmächte, gewöhnlich durch ihre Regierungschefs und Außenminister. Als sich Japan zurückzog, konferierten im Rat der Vier nur noch Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando, wobei die letzten Entscheidungen zwischen Wilson und Clemenceau gefällt worden sind. ...
Zwar verhinderte Wilson Deutschlands Zerstückelung durch Etablierung eines linksrheinischen Pufferstaates, womit der lebenslange Opportunist Konrad Adenauer durchaus einverstanden war; doch auch Lloyd George verwarf, wie Wilson, die von Frankreich geforderte Abspaltung einer "Rheinischen Republik". Beide wollten unter keinen Umständen eine weitere Verstärkung Frankreichs, sondern Deutschland als Gegenspieler auf dem Kontinent.
Im übrigen aber machte Wilson Franzosen und Briten eine Konzession nach der anderen. Er war mit der Beschlagnahme des deutschen Auslandsguthabens von rund 10 Milliarden Goldmark ebenso einverstanden wie mit der Überführung der saarländischen Kohlenbergwerke in französisches Eigentum. Und er billigte auch die Ausdehnung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtung von den zivilen Schäden auf alle Kriegskosten, was die dem Waffenstillstand vorangegangenen Vereinbarungen eindeutig verletzte.
Überhaupt hielt Wilson den Vertrag von Versailles zwar für hart, doch für gerecht. Dabei wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker völlig preisgegeben. Millionen Deutsche – kamen gegen ihren Willen – unter französische, tschechische, polnische Herrschaft. ...<<

>>... Mit Deutschland wurde 1919 nicht einmal verhandelt. Man präsentierte am 28. Juni - dem Jahrestag von Sarajewo - im Spiegelsaal von Versailles einfach den fertigen Vertrag. Und der war ein rückhaltloser Bruch des Waffenstillstandsabkommens.
Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, der Führer der deutschen Delegation in Versailles, verweigerte seine Unterschrift und demissionierte. Johann Giesberts, Reichsminister seit 1919, rief beim Lesen der langen Anklageschrift: "Dieser schamlose Vertrag, ... ich habe bis heute an Wilson geglaubt. Ich hielt ihn für einen Ehrenmann und jetzt schickt uns dieser Schurke einen solchen Vertrag". ...<<
Der deutsche Gymnasiallehrer Matthias Schickel schrieb am 21. Juni 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung über den Versailler Vertrag (x887/...): >>**"Laßt uns den Frieden diktieren"**
Wie die US-amerikanischen Republikaner den Versailler Vertrag beeinflußten
Ein "Buch des Friedens", wie der französische Premierminister George Clemenceau in seiner Ansprache an die deutsche Delegation in Versailles am 7. Mai 1919 den Vertragstext genannt hatte, ist das Werk der Siegermächte des Ersten Weltkriegs bekanntlich nicht geworden. Um so mehr scheint es daher geboten, das Werk der alliierten und assoziierten Mächte einer sachlich-nüchternen Würdigung zu unterziehen und die Schwierigkeiten, die sich aus der Beendigung des Krieges und der Herstellung eines Friedenszustandes ergeben haben, nicht zu unterschlagen.
Das Dilemma der Siegermächte brachte der spätere 31. US-amerikanische Präsident Herbert Hoover (1929-1933) auf den Punkt:
"Wenn die Welt Frieden haben will, dann muß sie sich zwischen zwei Möglichkeiten entscheiden: Deutschland entweder in eine solche Armut und politische Entmachtung stürzen, daß jegliche Fähigkeit zur Initiative verlorengeht und der deutsche Genius ausgelöscht wird; oder aber man gewährt Deutschland Friedensbedingungen, die einer demokratischen Regierung unter Präsident Ebert die Möglichkeit einräumen, als friedliebende Nation in die Menschheitsfamilie zurückzukehren. Wenn dies jedoch nicht getan wird, dann werden zwangsläufig entweder die finsteren Militaristen zurückkehren oder die ebenso gefährlichen Kommunisten die Macht übernehmen - beide mit Aggression in den Herzen."
In der aufgeheizten Atmosphäre der Friedenskonferenz hatten sich allerdings nur wenige alliierte Staatsmänner und Diplomaten einen von Emotionen weitgehend ungetrübten Blick bewahren können - zu groß waren die während des Krieges geweckten Leidenschaften und die an den Frieden gerichteten Erwartungen gewesen. So betrachtete man dann schließlich nicht nur in Deutschland den Friedensvertrag zu Recht vielfach als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln.
Was war aber geblieben von der Vorstellung eines gerechten Friedens ohne Sieger und Besiegte, von den liberalen Prinzipien, die der auf den ersten Blick wohl mächtigste Mann der Welt, der 28. US-amerikanischen Präsident Thomas Woodrow Wilson (1913-1921), in seinen bekannten 14 Punkten am 8. Januar 1918 verkündet hatte?
Die Hoffnungen der Reichsdeutschen und Österreicher waren 1918/19 in erster Linie auf diese Friedensbotschaft Wilsons gerichtet gewesen. Und bis heute existiert zumindest unterschwellig das Gefühl, daß die Vereinigten Staaten dem Deutschen Reich einen gerechteren und milderen Frieden gewährt hätten. Nicht zuletzt speist sich diese Auffassung aus der Tatsache, daß die USA den Versailler Vertrag bekanntlich nicht ratifiziert hatten. Doch diese wohlwollende Annahme läßt sich so nicht aufrechterhalten.
Zwar führte Präsident Wilson die stärkste - und kriegsentscheidende - Macht des Weltkrieges an der Seite der Entente zum Sieg über die Mittelmächte, doch diese Stärke war innenpolitisch nach den Kongreßwahlen vom November 1918 bereits in Frage gestellt: "Unsere Verbündeten und unsere Feinde und Herr Wilson selbst sollten sich alle klar darüber sein, daß Herr Wilson

gegenwärtig keinerlei Autorität besitzt, im Namen des US-amerikanischen Volkes zu sprechen. Sein Anspruch auf die Führerschaft ist gerade nachdrücklich zurückgewiesen worden", - so der vormalige 26. US-amerikanische Präsident Theodore Roosevelt (1901-1909) am 27. November 1918. Damit seien auch die 14 Punkte des Präsidenten, so Roosevelt weiter, hinfällig geworden, ja sie hätten jeden Anspruch verloren, "Ausdruck des Willens des amerikanischen Volkes zu sein".

Der vormalige Präsident schwächte mit dieser Aussage nicht nur die Position Wilsons bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen, er signalisierte damit den alliierten Partnern in Paris auch, daß die aus den Kongreßwahlen im November 1918 hervorgegangene neue republikanische Mehrheit in beiden Häusern einen möglichst harten Frieden im Sinne der Franzosen befürworten und unterstützen werde. Bereits im Oktober hatte Roosevelt in einem Telegramm an den einflußreichen Senator Henry Cabot Lodge seine Vorstellungen von Friedensverhandlungen mit Deutschland dargelegt: "Let us dictate peace by the hammering gun" (Laßt uns den Frieden mit einem hämmernden Geschütz diktieren).

Die Mehrheit der Republikaner war zwar keineswegs überwältigend - im Senat standen 47 Demokraten 49 Republikanern gegenüber - doch sie genügte, um die entscheidenden Ausschüsse des Senats in republikanische Hände zu bringen. In besonderem Maße war dies für die US-amerikanische Außenpolitik von Bedeutung, denn jeder Vertrag zwischen den USA und einer dritten Macht bedarf der Ratifizierung mit Zweidrittelmehrheit durch den Senat. Als daher der US-amerikanische Präsident am 3. Dezember 1918 auf der "George Washington" zu den Friedensverhandlungen nach Europa aufbrach, lag das Schicksal des Friedenswerkes bereits in den Händen des US-amerikanischen Senats.

Zudem mußte sich in Paris erst einmal erweisen, ob Wilsons Konzept einer neuen und besseren Weltordnung den Realitäten einer Friedenskonferenz gewachsen war. Als zentrales Anliegen betrachtete der Präsident die Schaffung einer "League of Nations", eines Völkerbundes, der eine radikale Abkehr von den Erfahrungen und den Regeln der Alten Welt darstellte. Das neue System sollte auf den von Wilson für richtig und für universell gültig erachteten US-amerikanischen Prinzipien von Freiheit und Menschenrechten beruhen. Eine Staatengemeinschaft, unterworfen der Herrschaft des Rechts und der Moral, würde in Zukunft die Sicherheit und die Freiheit ihrer Mitglieder achten und wahren.

Die Einführung der Demokratie und die Durchsetzung des Prinzips der Selbstbestimmung könnten jeden Konflikt entschärfen und, da es für die Völker der Welt kein höheres Gut als den Frieden gebe, Kriege für die Zukunft ausschließen. Die europäischen Verbündeten, allen voran die Franzosen, standen dem missionarischen Idealismus Wilsons jedoch skeptisch gegenüber.

Nach dem Waffenstillstand am 11. November 1918 traten die Bedenken der Alliierten gegenüber der von Wilson so vehement vertretenen Idee der kollektiven Sicherheit offen zu Tage. Die Franzosen, traumatisiert nach den Kriegen 1870/71 und 1914-18 gegen Deutschland, sahen die Gefahr, ihre nationale Sicherheit auf dem Altar allgemeiner und unverbindlich scheinender Prinzipien des Völkerbundes opfern zu müssen. Für sie konnte daher nur ein Völkerbund in Frage kommen, der ihren Sicherheitsvorstellungen Rechnung trug - und das hieß, den Völkerbund zu einem Instrument der Sieger umzubauen, mit dem Ziel, das Deutsche Reich dauerhaft niederzuhalten.

Die Machtverhältnisse am Ende des Krieges sollten mit Hilfe der internationalen Völkergemeinschaft zementiert werden. Die Stärkung des Völkerbundes bedeutete daher keinesfalls eine Stärkung des Gedankens einer internationalen Zusammenarbeit, sondern die Aufrechterhaltung der Frontstellungen des Weltkriegs.

Die Briten, vor allem aber die US-Amerikaner waren allerdings nicht willens, sich durch einen "französischen" Völkerbund dauerhaft außenpolitisch binden zu lassen und damit wesent-

liche Teile ihrer nationalen Souveränität aufzugeben.
Die US-amerikanischen Republikaner um Henry Cabot Lodge hatten frühzeitig deutlich gemacht, daß sie nicht bereit wären, einen Völkerbund mitzutragen, der entscheidende Rechte des US-amerikanischen Kongresses berühren und mit den Traditionen der US-amerikanischen Außenpolitik brechen würde: Neben der grundsätzlichen Empfehlung George Washingtons, sich "verstrickender Allianzen" mit den Europäern zu enthalten, war es vor allem die sogenannte Monroe-Doktrin aus dem Jahr 1823, die den Einfluß der europäischen Kolonialmächte zurückdrängen und gleichzeitig die Hegemonie der Vereinigten Staaten über Nord- und Südamerika ermöglichen sollte, welche die Republikaner in Gefahr sahen.
Am 28. Februar 1919 ergriff Henry Cabot Lodge im Senat das Wort und warf Präsident Wilson vor, hektisch auf die Installation eines Völkerbundes zu dringen, wo es doch viel wichtiger sei, einen Frieden mit Deutschland zu schließen, der "solche Bedingungen enthalten müsse, daß Deutschland gehindert werden würde, jemals wieder einen Weltkrieg vom Zaun zu brechen".
Da sich Frankreich so mutig den "deutschen Horden" gestellt und die Last des Kriegs weitgehend allein getragen habe, sollte Frankreichs Sicherheit unbedingt garantiert werden. So müßten die "barrier states" der Polen, der Tschechen und der Jugoslawen unterstützt werden und Frankreich Elsaß-Lothringen erhalten. Dies sei um so wichtiger, als Deutschland bereits wieder sein Haupt erhebe: "Deutschland ist schon wieder eine Bedrohung, und der einzige Grund für einen großen Krieg liegt in der Geschichte und in der Zukunft Deutschlands. Es muß jetzt so angekettet und gefesselt werden, daß es nie wieder eine Bedrohung für den Weltfrieden werden kann."
Wenige Tage nach der Rede von Lodge brachten die Republikaner in den Senat eine Resolution mit der Aufforderung ein, der Völkerbundsatzung in der vorliegenden Form die Zustimmung zu verweigern. Die einflußreichsten Männer der republikanischen Partei, Lodge, Knox und Harding hatten diesen sogenannten "round robin", eine Erklärung, bei der alle Unterschriften kreisförmig angeordnet werden, unterschrieben.
Von den 96 Senatoren unterstützten insgesamt 37 diesen Antrag und sprachen sich gegen die Völkerbundsatzung aus. Damit verfehlte Präsident Wilson eindeutig die für die Ratifikation nötige Zweidrittelmehrheit im Senat.
Der Präsident war zum Nachverhandeln in Paris gezwungen und stand vor dem fast unlösbaren Dilemma, den Franzosen eine Schwächung des Völkerbundes zuzumuten, die ohnehin die Kraftlosigkeit des Völkerbundes fürchteten. In dieser Phase war Wilson notgedrungen bereit, deutliche Abstriche an seinem ursprünglichen Friedensprogramm hinzunehmen, um nur ja die Zustimmung der Alliierten zum Völkerbund zu erhalten.
Die "dunkle Periode" der Friedensverhandlungen begann: Die Frage nach den Grenzen Deutschlands und damit auch die Klärung des Schicksals Ostpreußens, Danzigs, der Saar und des Rheinlandes, die Festlegung der von Deutschland zu leistenden Reparationen, die Abrüstungsbestimmungen, die künftige Politik gegenüber Sowjetrußland sowie die Berücksichtigung der italienischen und japanischen Ansprüche - all diese Probleme gerieten jetzt zwangsläufig in das Gravitationsfeld der Verhandlungen um eine überarbeitete Völkerbundsatzung.
Vor allem Clemenceau versteifte sich nun unerbittlich auf die Umsetzung der territorialen Ansprüche Frankreichs und seiner Verbündeten in Osteuropa:
"Die Deutschen sind ein serviles Volk, das den Zwang braucht … Es gibt zwar in Deutschland den heftigsten Widerstand gegen die Übergabe Danzigs an Polen, doch um das historische Verbrechen, das an Polen begangen worden ist, wiedergutzumachen, sind wir verpflichtet, diese Nation auferstehen zu lassen und ihr auch die Möglichkeiten zu geben, selbständig zu leben."
Das Dilemma des gesamten Friedens von Versailles lag offen da. Ein Frieden, wie er Clemen-

ceau vorschwebte, bedeutete notgedrungen nicht nur die Abkehr von den Prinzipien Wilsons, sondern mußte sich zudem auch noch auf die Bajonette der Alliierten stützen, um Deutschland dauerhaft niederzuhalten. Ein System aus territorialer Amputation in Ost und West, wirtschaftliche und militärische Schwächung sowie politische Isolierung des Deutschen Reiches sollten den Rahmen der Friedensordnung bilden.
Zugleich würde Deutschland, wie der südafrikanische General Smuts meinte, trotz eines harten Friedens "ein dominanter Faktor in Europa bleiben, und es wäre närrisch zu glauben, man könne die Welt ohne seine Mithilfe neu errichten".
Doch diese Lektion mußte Europa noch lernen. Angesichts der innen- und außenpolitischen Zwänge, denen die Akteure unterlagen - Angst vor einem übermächtigen Nachbarn und Angst vor Souveränitätsverlust - könnte man den Versailler Vertrag fast einen "tragischen Frieden" nennen.
Das Schlußwort, das in seiner Weitsicht prophetisch anmutet, soll dem jungen US-amerikanischen Diplomaten William Christian Bullitt überlassen bleiben, welcher der US-amerikanischen Friedensdelegation angehört hatte und der am 17. Mai 1919 dem Präsidenten seinen Rücktritt als Delegierter mit den Worten erklärte:
"Unsere Regierung hat zugestimmt, daß die leidenden Völker dieser Welt neuen Unterdrükkungen, Ausbeutungen und Teilungen unterworfen werden … Ungerechte Entscheidungen der Konferenz hinsichtlich Tsingtaus/Schantungs, Tirols, Ungarns, Ostpreußens, Danzigs und der Saar machen neue internationale Konflikte unausweichlich - ein neues Jahrhundert des Krieges steht uns bevor."<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete später über die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen des deutschen Politikers Matthias Erzberger (x878/...): >>... Hatte doch US-Präsident Wilson im letzten seiner 14 Punkte zum Friedensprogramm vom 8. Januar 1918 die Errichtung eines Völkerbundes gefordert. ...
Es kam anders, wie man im Nachhinein weiß. Die Alliierten hörten niemand an und ließen keinerlei Argumente gelten. Der Waffenstillstand, dem - um das zu wiederholen, die Oberste Heeresleitung zustimmte, um dann den Anschein zu erwecken, als hätte sie mit der Sache nichts zu tun - hatte aus der Sicht der Alliierten vor allem den Zweck, ein deutsches Aufbegehren, einen erneuten Widerstand nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen zu verhindern. …
Der Waffenstillstand war ein einseitiges Diktat. Beim Versailler Frieden war es genauso. Die deutsche Delegation, die zu Verhandlungen erst gar nicht zugelassen wurde, wurde außerhalb von Versailles festgehalten und festgesetzt - hinter Stacheldraht! … Die Entente war nicht bereit, Deutschland einen maßvollen Frieden zu gewähren, wie etwa Frankreich 1815.
Ein maßvoller Frieden wäre theoretisch die eine Möglichkeit gewesen. Aber Deutschland, das im Krieg 4 Jahre lang gegen den Rest Europas standgehalten hatte und erst durch das Eintreten der außereuropäischen Macht USA niedergerungen werden konnte, war schlicht zu mächtig. Das europäische Gleichgewicht war nachhaltig gestört. Dieses geballte Potential mitten in Europa mußte aus Sicht der Entente-Mächte und Rußlands bis 1917 irgendwie entschärft, der Kraftklotz gebändigt werden. Ein Verständigungsfrieden hätte aus Sicht der Entente tendenziell eine deutsche Hegemonie in Europa bedeutet. Das wollten weder Frankreich noch England - unter gar keinen Umständen.
Die andere Möglichkeit war, Deutschland so zu schwächen, daß es auf absehbare Zeit kein entscheidender Machtfaktor mehr werden konnte. Das konnte am besten durch eine Teilung des Deutschen Reiches erreicht werden, das ja erst knapp ein halbes Jahrhundert zuvor geschaffen worden war. Die Teilung war die politische Logik, eigentlich Notwendigkeit, wenn ein Verständigungsfrieden nicht möglich war. Das hat mit politischer Moral, angeblicher Bösartigkeit der Deutschen, Kriegslüsternheit und Militarismus, deutscher Kriegsschuld etc. über-

haupt nichts zu tun.
Wie wir heute wissen, gab es solche Teilungspläne bei den Entente-Mächten. Verwirklicht wurden sie dann nach dem 2. Weltkrieg mit dem insgeheimen Einverständnis der europäischen Mächte. Man denke nur an den Widerstand von Frau Thatcher und anderer gegen die Wiedervereinigung 1990! ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Januar 2009 über die Pariser Friedenskonferenz (x887/...): >>**Keim des Zweiten Weltkriegs**
Vor 90 Jahren begann die Pariser Friedenskonferenz
Nachdem die Mittelmächte im November 1918 ihre Kriegsgegner um Waffenstillstand und Frieden gebeten hatten, trat am 18. Januar 1919 in Paris eine Friedenskonferenz zusammen. 32 Staaten, die sich als Sieger fühlten, kamen zusammen, um ihre Forderungen nach Reparationen und wohl auch Kriegsbeute gegen die unglücklichen Verlierer zu beraten. Die Verliererstaaten, Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, waren zu den Beratungen nicht zugelassen, weswegen man auch von einer Konferenz der Siegermächte statt von einer Friedenskonferenz sprechen könnte.
Die Ergebnisse sollten den Verlierern später diktiert werden. Friedensdiktate sind für den Sieger immer etwas Schönes. Allerdings sind sie historisch betrachtet auch wieder unbequem, weil demaskierend. Sie decken nämlich für die Nachwelt ungeschminkt die Kriegsziele auf - auch solche, die politisch unklug oder gar völkerrechtswidrig waren. Die wichtigsten waren damals:
1. Die Zerschlagung Deutschlands als Wirtschaftsmacht. Von Spitzentechnologie über die Schwerindustrie bis zu den Kuckucksuhren sollten die ungeliebten deutschen Konkurrenten verschwinden.
2. Die Ausschaltung der deutschen Dominanz auf dem europäischen Festland.
3. Territoriale Veränderungen und Einlösung der Versprechen an die Vasallen und Helfer. Hierzu war die Zerschlagung der Türkei und Österreich-Ungarns vorgesehen.
4. Die Auslieferung von 859 angeblichen Kriegsverbrechern, darunter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Kaiser Wilhelm II. höchstselbst.
5. Schließlich sollte das besiegte Deutschland auch noch seine alleinige Kriegsschuld anerkennen.
Daneben standen noch die Einzelinteressen der "Siegermächte".
Großbritannien wollte die deutsche Handels- und Kriegsflotte liquidieren. Es wollte allerdings auch keinesfalls eine französische gegen die so mühsam beseitigte deutsche Festlandsdominanz eintauschen. Die britischen Kriegsschulden in den USA wollte man auf Deutschland abwälzen.
Frankreich stand hier im Gegensatz zu Großbritannien, weil es genau die 1814/1815 beziehungsweise 1871 verlorene Festlandsdominanz zurückerwerben wollte. Gleich England wollte man die französischen Kriegsschulden in den USA an Deutschland "weiterreichen". ...
Einigkeit konnten die Alliierten bald über die finanziellen Forderungen erzielen. Die Summe der Forderungen wurde immer weiter angehoben, um alle zu befriedigen.<<

Bekanntgabe der "Friedensbedingungen"
Am 7. Mai 1919 empfing Clemenceau die deutsche Friedensdelegation erstmals im Verhandlungssaal in Versailles (x073/69): >>Meine Herren Delegierte des Deutschen Reiches!
Es ist hier weder der Ort noch die Stunde für überflüssige Worte. Sie haben vor sich die Versammlung der Bevollmächtigten der kleinen und großen Mächte, die sich vereinigt haben, um den fürchterlichsten Krieg auszufechten, der ihnen aufgezwungen worden ist.
Die Stunde der Abrechnung ist da. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren. ... Wir sind aber einmütig entschlossen, sämtliche uns zu Gebote stehen-

den Mittel anzuwenden, um jede uns geschuldete berechtigte Genugtuung zu erlangen. ...<<
Der deutsche Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, Sprecher der deutschen Delegation, antwortete daraufhin (x069/119): >>Wir wissen, daß die Macht der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen das Übermaß des Hasses, der uns entgegenspringt. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Mund eine Lüge.
Wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist. Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Personen der Tragödie zu Wort kommen, der alle Archive geöffnet werden.<<
Nach der Veröffentlichung der "Friedensbedingungen" war die gesamte deutsche Nation tief bestürzt und restlos erschüttert, denn dieser "Friedensvertrag" sollte offensichtlich keinen Frieden einleiten. Obgleich alle Beteiligten genau wußten, daß die Deutschen den Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht bewußt bzw. nicht vorsätzlich verschuldet hatten, wurde in Paris hauptsächlich das Deutsche Reich für den Kriegsausbruch verantwortlich gemacht.
Der SPD-Vorstand rief am 9. Mai 1919 die Sozialisten aller Länder um Hilfe (x034/48): >>Proletarier aller Länder! Vereinigt Eure Kraft um einen Gewaltfrieden zu verhindern, der Europa nicht zur Ruhe kommen lassen wird. ...<<
Reichsminister Erzberger erklärte am 9. Mai 1919 (x069/119): >>... Mit dem Revolver kann man von mir das Versprechen erzwingen, auf den Mond zu klettern. Deshalb fühle ich mich nicht verpflichtet, es auch zu tun.<<
Der nordamerikanische Journalist Villard berichtete über die damalige deutsche Nachkriegsstimmung (x063/522): >>In gutem Glauben hatten sie sich übergeben; sie hatten die Bedingungen des Waffenstillstands angenommen, weil die Vereinigten Staaten ihre Ehre zum Pfand gaben, daß der Friede auf den 14 Punkten ruhen werde. Sie waren bereit, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen. Hatten sie nicht den Preis gezahlt? Und schließlich, waren sie nicht auch Menschen?
Rasch wurde diese glorreiche Gelegenheit, Europa auf edlen und dauernden Grundlagen wiederaufzubauen, über Bord geworfen. Auch der ungeübteste Beobachter konnte sehen, wie die deutsche Nachkriegsstimmung sich änderte, hinwegschmolz und verflog, vielleicht um nie wiederzukehren ...<<
Während einer Sitzung der deutschen Nationalversammlung lehnte die SPD-Fraktion am 12. Mai 1919 die Friedensbedingungen als unannehmbar ab.
Ministerpräsident Philipp Scheidemann erklärte im Namen der deutschen Reichsregierung (x092/780): >>Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" veröffentlichte am 28. Juni 2009 den vollständigen Text der Rede, die der Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann (SPD) als "Erklärung der Regierung über die Friedensbedingungen" vor der 39. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung in der Neuen Aula der Universität Berlin am 12. Mai 1919 hielt. In den Protokollen der Nationalversammlung trug jene Sitzung den Namen "Kundgebung gegen den Gewaltfrieden": >>**Dieser Vertrag ist unannehmbar!"**
von Philipp Scheidemann
Meine Damen und Herren! Die Deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten, um am Wendepunkte im Dasein unseres Volkes gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen zu dem, was unsere Gegner Friedensbedingungen nennen.
In fremden Räumen, in einem Notquartier, in dem wir allerdings soeben herzlich willkommen geheißen wurden, hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine letzte

Schar Getreuer sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist.
Alle sind erschienen bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man das Recht, hier vertreten zu sein, jetzt schon ebenso genommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll, in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben.
Wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, von Danzig und Memel, neben den Abgeordneten der unbedrohten die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die, wenn der Wille unserer Gegner zum Gesetz wird, zum letzten Male als Deutsche unter Deutschen tagen sollen, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen in der Schwere und Weihe dieser Stunde, über der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören zusammen! (*Lebhaftes Bravo!*)
Wir müssen beieinander bleiben. (*Erneuter lebhafter Beifall*) Wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes. (*Wiederholter stürmischer Beifall*) Unser Volk am Leben zu erhalten, das ist unsere höchste Pflicht.
Wir jagen keinen nationalistischen Traumbildern nach; keine Prestigefrage und kein Machthunger haben Anteil an unseren Beratungen. Das Leben, das nackte, arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erdrosselnde Hand an der Gurgel fühlt.
"Dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden!"
Lassen Sie mich ganz ohne taktisches Erwägen reden: was unseren Beratungen zugrunde liegt, dieses dicke Buch (auf die Friedensbedingungen weisend), in dem hundert Absätze beginnen: "Deutschland verzichtet - verzichtet - verzichtet", dieser schauerliche und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll (*sehr wahr!*) - dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden! (*Stürmischer Beifall*)
Ich habe die zuerst uns übermittelten Bedingungen unserer Gegner vor ein paar Tagen in Vergleich gesetzt mit den entsprechenden Programmpunkten des Präsidenten Wilson. Darauf will ich heute verzichten. Seit ich die Forderungen in ihrer Gesamtheit kenne, käme es mir wie Lästerung vor, das Wilson-Programm, diese Grundlage des ersten Waffenstillstands, mit ihnen auch nur vergleichen zu wollen! (*Lebhafte Zustimmung*)
Aber eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden. (*Sehr wahr!*) Die Völker haben in dieser an Idealen armen Zeit wieder einmal einen Glauben verloren. Welcher Name ist auf tausend blutigen Schlachtfeldern, in tausend Schützengräben, in verwaisten Familien, bei Verzweifelten und Verlassenen während der blutigen Jahre andächtiger und gläubiger genannt worden als der Name Wilson?
Heute verbleicht das Bild des Friedensbringers - wie die Welt ihn sah und hoffte - hinter der finsteren Gestalt der Kerkermeister, an deren einen, an Clemenceau, dieser Tage ein Franzose schrieb: Die wilde Bestie ist bei Wasser und Brot in den Käfig gesteckt und geprügelt worden. Man hat ihr aber noch die Zähne gelassen und kaum die Krallen beschnitten. (*Rufe: Pfui!*)
Meine Damen und Herren! Überall in Berlin hängt das Plakat, das für unsere armen Brüder in der Gefangenschaft werktätige Liebe wachrufen will: traurige, hoffnungslose Gesichter hinter Gefängnisgittern.
Das ist das richtige Titelbild für diesen sogenannten Friedensvertrag (*lebhafte Zustimmung*); das ist das getreue Abbild von der Zukunft Deutschlands! Sechzig Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergittern, sechzig Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefangenenlager machen!
Ich kann Ihnen aus dem unglaublich feinen Gitterwerk, mit dem uns Luft und Licht, mit dem uns jeder Ausblick auf Erlösung verhängt und versagt werden soll, - ich kann Ihnen aus die-

sem Gitterwerk nicht jedes Stäbchen vorführen. Bei genauerem Zusehen entdeckt man immer wieder eine Schlinge, in der sich die Hand verfängt, die sich in die Freiheit hinausstrecken will. Sie haben nichts vergessen und wohl nur hinzugelernt, was Vernichtung, was Zerstörung heißt.

Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!

Lassen Sie mich außerhalb unserer Grenzen beginnen: Deutschland wird, wenn die Bedingungen angenommen würden, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser seiner verengten Grenzen liegt. Die Kolonien verschwinden; alle Rechte aus staatlichen oder privaten Verträgen, alle Konzessionen und Kapitulationen, alle Abkommen über Konsulargerichtsbarkeit oder ähnliches, - alles, alles verschwindet! Deutschland hat im Ausland aufgehört zu existieren!

Aber das genügt noch nicht: Deutschland hat Kabel - sie werden ihm weggenommen. Deutschland hat Funkstationen - drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages dürfen diese Stationen nur noch Handelstelegramme versenden und nur unter Kontrolle der Alliierten! Also heraus aus der Außenwelt und Abschneidung von der Außenwelt! Denn was für Geschäfte zu machen sind unter der Kontrolle des Konkurrenten oder Vertragsgegners, das braucht nicht ausgemalt zu werden.

"Deutschland aus der Welt wegzuradieren"

Aber noch lange nicht genug: es könnte doch noch eine deutsche Beziehung zum Ausland bestehen. Also bestimmte der Rat der Vier: "Verträge zwischen Feinden gelten als aufgehoben …, ausgenommen solche Verträge, deren Ausführung eine Regierung der alliierten oder assoziierten Mächte zu Gunsten eines ihrer Staatsangehörigen binnen sechs Monaten verlangt."

Wie sagt Wilson so zutreffend: "Der erste Grundsatz des Friedens selbst ist Gleichheit und gleiche Teilnahme am gemeinsamen Vorteil!"

O, ein Grundsatz, den die Entente bis ins kleinste verwirklicht sehen will; denn den Schlußpunkt unter die ihr genehme Art, Deutschland aus der Welt wegzuradieren, setzt sie durch diese Bestimmungen: "Kriegsmaßnahmen Deutschlands in bezug auf die Liquidation feindlichen Eigentums sind sofort einzustellen oder wiedergutzumachen."

Hingegen behalten sich die alliierten und assoziierten Regierungen das Recht vor, alles Eigentum, Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger auf ihrem Gebiet zurückzubehalten und zu liquidieren. (*Hört! Hört!*)

Das ist das Kerkerbild nach der einen Seite, dem Ausland zu: ohne Schiffe - denn unsere Handelsflotte geht in die Hände der Entente über -, ohne Kabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtsschutz, ja selbst ohne das Recht, mitzuwirken bei der Festsetzung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernden Waren, für Kohle, pharmazeutische Artikel und so weiter, - ich frage Sie: Wer kann als ehrlicher Mann - ich will gar nicht sagen als Deutscher - nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen?

Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? (*Lebhafter Beifall*) Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital, Frondienste für die ganze Welt leisten? Den Handel im Ausland, die einstige Quelle unseres Wohlstandes, zerschlägt man und macht man uns unmöglich.

Und im Inland? Die lothringischen Erze, die oberschlesische Kohle, das elsässische Kali, die Saargruben, die billigen Nahrungsmittel Polens und Westpreußens, alles soll außerhalb unserer Grenzen liegen, um die wir keinen höheren Zollschutz ziehen dürfen, als er am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner ganz nach Belieben und ganz zu unserer Erdrosselung.

Im Innern müssen alle deutschen Einkünfte, in erster Reihe Bezahlungen für die Verzollungen zur Verfügung stehen. Nichts für unser Volk, nichts für Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen, alles ein Frondienst, für dessen Produkte die Preise vom Abnehmer festgesetzt werden. Wie, das hat Frankreich ahnen lassen, das uns die im Saarbecken geförderte Kohle mit 40 Mark pro Tonne zahlte und sie im eigenen Land und nach der Schweiz mit 100 Francs verkauft hat. (*Hört! Hört!*)

Ich will Ihnen nicht alle die großen und kleinen Schlingen nachweisen, in deren Gesamtheit sich ein großes Volk zu Tode verstricken soll, getreu dem Worte der Times: "Wenn Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden." (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Pfui!)

Was soll ein Volk machen, dem das Gebot auferlegt wird: "Deutschland ist für alle Verluste, alle Schäden, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Nationen infolge des Krieges erlitten, verantwortlich."

Was soll ein Volk machen, das bei Festsetzung seiner Verpflichtungen nicht mitreden darf, sondern dem man billig Gelegenheit gibt, sich zu äußern, ohne daß es an den Entscheidungen beteiligt würde? Auf dessen eigene Bedürfnisse kein Mensch Rücksicht nimmt und dessen Ansprüche man mit der Handbewegung wegstreicht: "Deutschland verpflichtet sich, keiner der alliierten und assoziierten Regierungen direkt und indirekt irgendwelche Geldforderung für irgendwelches Ereignis, das vor Inkraftsetzung dieses Vertrages fällt, vorzulegen."

Und weil vielleicht all dieses Maß von Fesselung und Demütigung und Ausraubung noch nicht ausreicht, um jede günstige Vernichtungsmöglichkeit in Zukunft auszunützen, schließlich und endlich offen den Fuß in den Nacken und den Daumen aufs Aug', - offen die erbärmliche Versklavung für Kind und Kindeskind: "Deutschland verpflichtet sich, alle Akte der Gesetzgebung, alle Bestimmungen und Verordnungen einzuführen, in Kraft zu setzen und zu veröffentlichen, die nötig sein könnten, um die vollständige Ausführung der oben erwähnten Festsetzungen zu sichern." (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört!*)

Und nun genug! Übergenug!

Das, meine Damen und Herren, sind einige Beispiele der Vertragsbestimmungen, bei deren Festsetzung, wie Herr Clemenceau gestern unserer Delegation mitteilte, die Entente sich ständig von den Grundsätzen habe leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Zurufe*)

"Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe"

Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

Wir haben Gegenvorschläge gemacht. Wir werden noch weitere machen. Wir sehen, mit Ihrem Einverständnis, unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar! (*Minutenlanger brausender Beifall im Hause und auf den Tribünen. - Die Versammlung erhebt sich. - Erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen.*)

Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! (*Lebhafte Zustimmung*)

Da und dort regt sich schon die Einsicht und die gemeinsame Menschheitsverpflichtung. In den neutralen Ländern, in Italien und England, vor allem auch - und das ist uns ein Trost in diesem letzten furchtbarsten Auflodern chauvinistischer Gewaltpolitik -, vor allem auch im sozialistischen Frankreich werden die Stimmen laut, an denen die Historiker einst den Stand der Menschlichkeit nach vierjährigem Morden messen werden.

Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und Gewissen spricht, ich danke vor allem und erwidere in unvergänglicher Anhänglichkeit das Gelöbnis der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns herüberschallt. (*Stürmische Bravo und Händeklatschen*) Brüder in Deutsch-Österreich, die auch in der dunkelsten Stunde den Weg zum Gesamtvolk nicht vergessen: wir grüßen euch, wir danken euch, und wir halten zu euch! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*)
Ich rechte nicht mit den anderen, denen der Käfig noch nicht dicht genug geflochten, noch nicht eng, noch nicht martervoll genug ist, der Käfig, in welchen das "deutsche Tier" gesperrt werden soll. Wir kennen unsern Weg. Über diese Bedingungen darf er nicht führen! Es hieße, nicht an Deutschlands Zukunft zweifeln, sondern diese Zukunft opfern (*lebhafte Zustimmung*), wenn wir anders denken und fühlen wollten. (*Beifall*)
Stehen Sie uns bei bei der Anbahnung der Verhandlungen, lassen Sie niemand in der Welt darüber im Zweifel, daß Sie eins mit uns sind, das ganze Volk ein Wächter vor der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder!
Ein einiges Volk vermag viel, ganz besonders, wenn es, wie wir heute, nicht für uns selbst, sondern für die Gesellschaft der Nationen dagegen protestiert, daß Haß verewigt, daß Fluch für immer verankert werde! Ihnen, den Mitgliedern der Deutschen Nationalversammlung, gilt heute das Wort: Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben! Bewahret sie!
Würde dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so wäre es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfelde von Versailles liegenbliebe. Daneben würden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue! (*Lebhafte Zustimmung*)
Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, feiger, die Nation das mörderische Opfer der Nation, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

"Das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk"

Wir wissen es und wollen es ehrlich tragen, daß dieser kommende Friede für uns ein harter sein wird. Wir weichen nicht um Fadensbreite von dem zurück, was unsere Pflicht ist, was wir zugesagt haben, was wir ertragen müssen. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, ein Vertrag, der uns am Leben läßt, der uns das Leben als unser einziges Kapital zur Arbeit und zur Wiedergutmachung läßt, nur ein solcher Vertrag kann die Welt wieder aufbauen. (*Lebhafter Beifall und Zustimmung*) Solchem Vertrag unsere Unterschrift! Seinen Bestimmungen unsere Treue! Seinen Auflagen all unsere Kraft und Arbeit!
Nicht der Krieg, sondern dieser harte, kasteiende Arbeitsfriede wird das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk sein! (*Lebhafte Zustimmung*) Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung. Durch ihn können wir den berechtigten Forderungen unserer Gegner gerecht werden, durch ihn allein aber auch unser Volk wieder zu völliger Gesundung führen. Wir müssen von der Niederlage und den Krankheiten der Niederlage gesunden, ebenso wie unsere Gegner von den Krankheiten des Sieges!
Heute sieht es fast so aus, als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften Gespenster über all den Leichenhügeln noch einen letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung.
Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Wir sehen mit Grausen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schaudernd von dem jahrelangen Mord.
Gewiß: Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal wehe über die, die heute einen wahrhaften Frieden auch nur um einen Tag verzögern! (*Stürmischer Beifall und*

Händeklatschen)<<
Der deutsche Zentrumspolitiker Konstantin Fehrenbach erklärte am 12. Mai 1919 während einer Sitzung der deutschen Nationalversammlung (x063/527): >>... Wir hatten einen Frieden erhofft der Völkerbündnisse und der Völkervereinigung. Das ist keine Einleitung eines solchen Friedens, das ist die Verewigung des Krieges. Wenn die Feinde es mit ihren Kindern und Enkeln gut meinen, dann besinnen sie sich noch einmal!<<
Der britische Politiker Philip Snowden schrieb am 22. Mai 1919 im "Labour Leader" (x063/491-492): >>Mehr als alle anderen Staatsmänner, die für den Friedensvertrag verantwortlich sind, ist Präsident Wilson aufs äußerste diskreditiert. Er hat nicht darauf bestanden, daß auch nur eine einzige der Friedensbedingungen, die er aufstellte, gehalten wurde ...
Sein Eingreifen in den europäischen Krieg war von jedem Standpunkt aus verhängnisvoll. Hätte er Amerika nicht in den Krieg gebracht, so wäre wahrscheinlich ein anständiger Frieden zustande gekommen. Sein Eingreifen hat die europäische Lage außerordentlich verschärft und brodelnde Eifersucht, Haß, bösen Willen und die Gewißheit zurückgelassen, daß ein Menschenalter von Krieg und Blutvergießen vor uns liegt.
Je eher er nach Amerika zurückkehrt und aufhört, sich in die internationale Politik einzumischen, für die er offensichtlich weder den Mut noch das Wissen besitzt, desto besser für den Frieden der Welt.<<
Aufgrund der französisch-britischen Friedensbedingungen traten am 26. Mai 1919 neun Mitglieder der US-Friedensdelegation bestürzt zurück.
US-Attaché William Bullitt, der ebenfalls vorzeitig die Pariser Verhandlungen verließ, schrieb am 26. Mai 1919 an den nordamerikanischen Präsidenten (x063/526): >>... Ich bin einer von den Millionen, die ihrer Führung blindlings vertrauten und glaubten, Sie würden wirklich auf einem "dauerhaften, auf selbstloser, vorurteilsfreier Gerechtigkeit begründeten Frieden" bestehen.
Aber jetzt hat die Regierung eingewilligt, die leidenden Völker der Welt neuem Zwang, neuer Bedrückung und Aufteilung zu überantworten - einem neuen Jahrhundert des Krieges. Das Unrecht in Schantung, Tirol, Thrazien, Ungarn, Ostpreußen, Danzig und dem Saarland und die Aufgabe des Grundsatzes der Freiheit der Meere machen neue internationale Konflikte zur Gewißheit. ...
Ich bedauere es, daß sie unseren Kampf nicht zu Ende kämpften und daß Sie so wenig Vertrauen zu den Millionen aller Völker hatten, die Ihnen, wie ich, ihr ganzes Vertrauen schenkten.<<
Der südafrikanische Ministerpräsident Jan Smuts schrieb am 30. Mai 1919 an US-Präsident Wilson (x068/197-198): >>... daß wir gegenüber den Deutschen unter einer feierlichen Verpflichtung stehen, einen Wilsonfrieden zu schließen, einen Frieden in Übereinstimmung mit ihren 14 Punkten und anderen 1918 verkündeten Grundsätzen. Es besteht nach meiner Ansicht absolut kein Zweifel, daß dem so ist ... Wir sind verpflichtet, einen Frieden zu schließen im Rahmen der 4 Eckpfeiler Ihrer Punkte und Prinzipien ...
Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen, daß wir keinen Wilsonfrieden schließen, daß wir der Welt nicht unsere Versprechungen und der Öffentlichkeit nicht die Treue halten ... und wir werden mit der schwersten Schande überschüttet werden und dieser Frieden könnte dann wohl sogar noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war.<<
Der spätere Außenminister Walther Rathenau schrieb am 31. Mai 1919 in der Berliner Zeitschrift "Zukunft" über die Versailler Friedenverhandlungen (x1.142): >>**Das Ende**
Was soll also geschehen? In Versailles muß das Äußerste darangesetzt werden, den Vertrag entscheidend zu verbessern. Gelingt es, gut. Dann unterschreiben. Gelingt es nicht, was dann? Dann darf weder aktiver noch passiver Widerstand versucht werden. Dann hat der Unterhänd-

ler, Graf Brockdorff-Rantzau, das vollzogene Auflösungsdekret der Nationalversammlung, die Demission des Reichspräsidenten und aller Reichsminister den gegen uns vereinten Regierungen zu übergeben und sie aufzufordern, unverzüglich alle Souveränitätsrechte des Deutschen Reiches und die gesamte Regierungsgewalt zu übernehmen.
Damit fällt die Verantwortung für den Frieden, für die Verwaltung und für alle Leistungen Deutschlands den Feinden zu; und sie haben vor der Welt, der Geschichte und vor ihren eigenen Völkern die Pflicht, für das Dasein von 60 Millionen zu sorgen. Ein Fall ohnegleichen, unerhörter Sturz eines Staates; doch Wahrung der Ehrlichkeit und des Gewissens. Für das Weitere sorgt das unveräußerliche Recht der Menschheit - und der klar vorauszusehende Gang der Ereignisse. …<<
Als die deutsche Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigerte, forderten die Siegermächte am 16. Juni 1919 ultimativ innerhalb von 5 Tagen die bedingungslose Anerkennung des Vertrages und drohten mit der sofortigen Besetzung des gesamten Deutschen Reiches sowie Fortsetzung der Hungerblockade.
In dieser Note der Siegermächte hieß es (x056/315, x243/10): >>... Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt. Sie haben getrachtet, ... ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten. ...
Sie haben ... beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen. Sobald ihre Vorbereitungen vollendet waren, haben sie einen in Abhängigkeit gehaltenen Bundesgenossen dazu ermuntert, Serbien innerhalb von 48 Stunden den Krieg zu erklären. Von diesem Kriege ... wußten sie recht wohl, er könne nicht lokalisiert werden und würde den allgemeinen Krieg entfesseln. ... Sie haben sich jedem Versuche der Versöhnung und Beratung entzogen, bis es zu spät war; und der Weltkrieg ist unvermeidlich geworden, ... den sie angezettelt hatten und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig ... vorbereitet war. ...<<
>>... Deshalb haben die alliierten ... Mächte nachdrücklichst erklärt, Deutschland müsse als grundlegende Bedingung des Vertrags ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Fähigkeit unternehmen; ist doch die Wiedergutmachung des Unrechts, das man verursacht hat, das eigentliche Wesen der Gerechtigkeit. ...<<
Da der Reichskanzler und der Reichsaußenminister sowie alle DDP-Minister die Anerkennung der ungerechten Friedensbedingungen entschieden ablehnten, trat die deutsche Reichsregierung am 20. Juni 1919 zurück. Reichspräsident Ebert blieb trotz seiner ablehnenden Haltung im Amt. Die SPD-Fraktion beschloß danach am 20. Juni 1919, die Versailler Friedensbedingungen anzunehmen.
Die Mehrheit der Nationalversammlung war am 22. Juni 1919 unter Vorbehalten - Kriegsschuldfrage und Auslieferung von Deutschen an die Siegermächte - bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. DNVP, DVP und die meisten DDP-Abgeordneten lehnten den Friedensvertrag ab (x149/38).
Vor der entscheidenden Abstimmung der deutschen Nationalversammlung erklärte Reichskanzler Gustav Bauer (1870-1944) am 22. Juni 1919 (x063/528, x191/31): >>Am Montagabend soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht unser Ja in Versailles ist!
Ein Krieg, kaltblütig auf Stunde und Minute angesagt, ein Vormarsch zu dem jedes Mordinstrument tausendfach schon am Rhein bereitsteht, gegen ein wehrloses, waffenloses Volk. ...
Ich rufe auf zum Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes, gegen die Verknechtung eines großen und guten Volkes, gegen die neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines feierlichen Friedensvertrages! ...
Die Regierung der Deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen! ...<<

>>... Wir stehen hier aus Pflichtgefühl, in dem Bewußtsein, daß es unsere verdammte Schuldigkeit ist, zu retten zu suchen, was zu retten ist. ...
Wenn die Regierung unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzlicher Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen.<<
Der SPD-Politiker Paul Löbe erklärte vor der Nationalversammlung (x256/72): >>Wenn wir die Annahme des Friedensvertrages billigen, so sind wir bereit, alles zu tun, um die Bedingungen bis an die Grenze des Möglichen durchzuführen. Das ist die unvermeidliche Folge des Kriegsausgangs.
Was aber undurchführbar ist, bleibt auch nach unserer Unterschrift undurchführbar. Ein entrechtetes, verhungertes Volk ist arbeitsunfähig, ein vergewaltigtes Volk ist nicht nur um sein eigenes Lebensglück betrogen, es betrügt auch seine Vergewaltiger.
Deshalb muß, was an den Friedensbedingungen unmöglich ist, in friedlicher Verhandlung durch verständiges Entgegenkommen beseitigt werden. ...<<
Vor der Unterzeichnung erklärten Hermann Müller (1876-1931, deutscher Außenminister, SPD-Politiker und späterer Reichskanzler) und Johannes Bell (1868-1949, deutscher Reichsminister und Zentrumspolitiker) am 28. Juni 1919 (x065/371): >>Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit ... aufzugeben, erklärt die (deutsche) Regierung, daß sie bereit ist, die ... Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.<<
Oberst Edward M. House, ein Berater des US-Präsidenten, berichtete später über die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal von Versailles (x068/199): >>Ich hatte ein Gefühl der Sympathie mit den Deutschen, die stoisch dasaßen. Es war dem ähnlich, was man in alten Zeiten tat: der Sieger schleifte den Besiegten hinter seinem Wagen her ...<<
Abgeordnete der Zentrumsfraktion rechtfertigten am 9. Juli 1919 die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles (x149/38): >>... Es geschieht nicht aus freiem Willen oder innerer Überzeugung, es geschieht lediglich unter dem harten Zwang der Tatsache, daß es keinen anderen Weg gibt, das Reich vor Anarchie und Zerfall zu retten und Volk und Vaterland vor dem sicheren Untergang zu bewahren.
Das Reich wird nach besten Kräften suchen, den Vertrag zu erfüllen; aber binnen kurzem wird sich zeigen, daß er in vielen oder wesentlichen Teilen unerfüllbar ist. Schon deshalb ist eine baldige Revision eine unabweisbare Notwendigkeit.<<
Die Nationalversammlung bestätigte am 9. Juli 1919 mit 208 gegen 115 Stimmen (DNVP, DVP und die Mehrheit der DDP) die Versailler Friedensbedingungen. Die Urkunde wurde danach von Reichspräsident Ebert unterzeichnet und nach Paris geschickt.
Am 12. Juli 1919 hoben die Alliierten die Hungerblockade gegen das Deutsche Reich auf. Im Verlauf der planmäßigen Hungerblockade von November 1918 bis Juli 1919 verhungerten mindestens 300.000 wehrlose deutsche Zivilisten (x063/521).
Der US-Senat weigerte sich am 18. November 1919, den gewaltsam erpreßten Versailler Vertrag zu ratifizieren.
US-Senator William E. Borah erklärte während dieser Senatsdebatte (x065/372-373): >>... Ihr Vertrag bedeutet nicht Frieden. Wenn wir die Zukunft an Hand der Vergangenheit beurteilen, bedeutet er Krieg ...<<
Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner (1887-1980, 1930-33 Mitglied des Reichstages, emigriert 1933 in die Schweiz) schrieb später über den Versailler Friedensvertrag (x321/8): >>Das Vertragswerk von Versailles war nur das Werkzeug zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. … Das was nicht der Friede der 14 Punkte Wilsons, der mit der Note des

amerikanischen Staatssekretärs Lansing vom 3. November 1918 feierlich zur Rechtsgrundlage der Friedensverhandlungen geworden war. Im Vertrauen auf die Heiligkeit der Verträge hatte Deutschland damals die Waffen niedergelegt und die unerhört harten Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Jetzt sah es sich in seinem Vertrauen getäuscht, den Vorfriedensvertrag von den Siegermächten schnöde gebrochen und damit die zwischenstaatliche Ordnung für alle Zukunft erschüttert, Gewalt an die Stelle des Rechtes gesetzt.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete im Jahre 1999 über die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages (x887/...): >>**Der Krieg ging weiter**

"Folterung eines ganzen Volkes": Das Menetekel des 20. Jahrhunderts wird 80

Am 28. Juni jährt es sich zum 80. Male, daß der erste Abschnitt des - um eine Diktion der britischen Premierminister Winston Churchill und John Major aufzugreifen - "Dreißigjährigen Krieges" gegen Deutschland mit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages abgeschlossen wurde.

Im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles, den die Sieger ausgesucht hatten als historischen Ort, an dem 1871 das Deutsche Reich proklamiert worden war, mußten Reichsaußenminister Hermann Müller und Reichsjustizminister Johannes Bell den Vertrag unterschreiben, der, da es keinerlei Verhandlung gab, sondern die Deutschen nur zum Befehlsempfang antreten durften, gemeinhin und korrekt als "Diktat" bezeichnet werden muß.

Die Bedingungen, welche die Alliierten in 440 Artikeln bis ins Penibelste festgelegt hatten, waren teilweise von absurder Rigorosität, ja Brutalität. ...

Das Friedensdiktat von Versailles war in damaliger Zeit einmalig. Dergleichen Friedensverträge hatte es jedenfalls in der Neuzeit noch nie gegeben. ...

Zwar unterbreitete die Reichsregierung den in Versailles versammelten Siegermächten Gegenvorschläge, doch gab es keinerlei Verhandlungsspielraum. Sie wurden vom Tisch gewischt. Deutschland wurde eine kurze Frist gesetzt, um den Vertrag unverändert zu unterschreiben. Andernfalls wurden schärfste Strafmaßnahmen angedroht.

Als der Inhalt des Versailler Vertrages in Deutschland bekannt wird, schlagen die Wellen der Erregung hoch, und zwar in allen politischen Lagern, von ganz links bis ganz rechts. ...

Die Deutsche Nationalversammlung trat am 12. Mai 1919 zu einer besonderen Sitzung zusammen, um mit einer einmütigen Kundgebung aller Parteien, also auch der linken, gegen die "Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln", als die sie das Versailler Diktat ansahen, in schärfster Form zu protestieren. Sie wies die Zumutung, dem Diktat freiwillig zuzustimmen, als "feige und ehrlos" zurück. Und Philipp Scheidemann, SPD, erster Ministerpräsident der Weimarer Republik, erklärte namens der Reichsregierung:

"Der schauerlichste und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll, dieser Friedensvertrag darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden. ... Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt. ... Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Regierung unannehmbar."

Das Protokoll verzeichnet: "Minutenlanger brausender Beifall im Haus und auf den Tribünen; die Versammlung erhebt sich; erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen."

Der liberale Abgeordnete Hausmann rief: "Dieser Vertrag ist eine neue Form langsamer Folterung eines ganzen Volkes."

Der Zentrumspolitiker Fehrenbach sagte am Ende der Sitzung: "Der heutige Tag ist eine machtvolle, einheitliche, geschlossene Kundgebung der ganzen deutschen Volksvertretung gegen den Gewaltfrieden, den man uns diktieren will. ... Den Frieden können wir nicht annehmen!"

Und er prophezeite hellsichtig, würde das Deutsche Reich gezwungen, den Vertrag zu unterschreiben, dann werden "unsere Kinder mit dem Willen erzogen werden, nicht nur die Hand

zur Faust zu ballen, sondern die Sklavenketten zu brechen, die Schmach abzuwaschen". ...
Die Reichsregierung unter dem Sozialdemokraten Scheidemann trat aus Protest zurück. Die neu gewählte Regierung aber sah sich gezwungen, die Unterschrift zu leisten.
Das änderte nichts daran, daß sich in Deutschland alle politischen Kräfte in der Abwehr der Vertragsbedingungen einig waren. Vor allem der "Kriegsschuldparagraph" stieß auf wütende Ablehnung. ...
Am 29. August 1924 widerrief die deutsche Reichsregierung die erzwungene Kriegsschuld-Anerkennung.
Am 30. Januar 1925 erklärte der liberale Reichskanzler Hans Luther: "Die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern kann nicht vollendet werden, solange ein einzelnes Land zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird und sich nicht das ganze Ausland von der Unrichtigkeit der Anklagen überzeugt, das deutsche Volk habe durch seinen Angriff den Weltkrieg entfesselt."
Die Reihe solcher Stimmen ließe sich beliebig verlängern; alle deutschen Regierungen, alle Parteien waren sich einig in der Ablehnung. Weil aber Deutschland politisch und militärisch ohnmächtig war, konnte niemand die Revision des Vertrages durchsetzen. ...
Diese Demokratie brach schließlich nicht zuletzt unter der Last der Reparationen und der permanenten Beschuldigungen zusammen.
Inzwischen ist es Allgemeingut bei allen Klarsichtigen geworden, daß es ohne den Versailler Vertrag in dieser Form keinen Zweiten Weltkrieg gegeben hätte.<<
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Wilsons Friedensangebote und die Versailler Friedensverhandlungen (x320/17-18): >>**Die Konferenz**
Es kommt zum Waffenstillstand und der Konferenz von Versailles, die in fataler Weise Geschichte schreiben wird. Die Versammlung leitet der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der die 14 Wilson-Punkte nicht anerkennt und die deutsche und die österreichische Konferenzdelegation von den Verhandlungen ausschließt. So verhandeln Briten, Franzosen, Amerikaner, Belgier, Polen und weitere 22 Siegerstaaten geschlossen unter sich. Sie beschließen die Abtrennung deutscher Gebiete und die Geld- und Sachreparationen, die Deutschland an sie abtreten, zahlen oder leisten soll. Sie legen die nach Versailles benannte Nachkriegsordnung für Europa zu alleinigen Lasten der Besiegten fest.
Am 7. Mai 1919 werden die von den 27 Siegerstaaten festgelegten Bedingungen erstmals der deutschen Delegation eröffnet. Clemenceau überreicht sie mit den Worten: "Die Stunde der Abrechnung ist da." Die Bitte der deutschen Delegation, den "Vertrag", den sie nun unterschreiben soll, vorher verhandeln zu können, wird abgelehnt. Um dem Ausmaß ihrer Forderungen den Anschein von Berechtigung zu geben, versteigen sich die Sieger darauf, Deutschland und seinen Kriegsverbündeten die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zuzuschreiben.
Der Vertrag verlangt von Deutschland eine große Zahl an Land- und Bevölkerungsabtretungen: das zu 88 Prozent deutschsprachige Elsaß-Lothringen an Frankreich, die Provinzen Posen, fast das ganze, zu 70 Prozent deutschsprachige Westpreußen und das oberschlesische Industriegebiet an Polen, das Memelgebiet an den Völkerbund, das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei, Nordschleswig an Dänemark, das Gebiet um die Städte Eupen und Malmedy an Belgien sowie Danzig und Umland als Freistaat unter die Hoheit des Völkerbundes. Der Vertrag stellt außerdem das Saargebiet für 15 Jahre unter Frankreichs Herrschaft.
Mehr als die Landverluste schmerzen die erzwungenen Bevölkerungsabtretungen. Die Ausgliederung von sieben Millionen Menschen aus dem Deutschen Reich und die Grenzen neuer Staaten trennen Millionen von Familien auf unbestimmte Dauer. Mit dem Vertrag verliert Deutschland seine Kolonien, zumeist an England. Die Streitkräfte werden auf 100.000 Mann

im Heer und 15.000 in der Marine reduziert. Das Deutsche Reich muß den größten Teil der Handelsflotte und seiner Goldreserven an die Sieger übergeben, dazu einen Großteil seiner jährlichen Eisenerz- und Kohleförderung, Unmengen von Nutzvieh sowie Landwirtschaftsmaschinen, 150.000 Eisenbahnwaggons und viele tausend Lokomotiven und Lastkraftwagen. Das gesamte private Auslandsvermögen und unzählige Industriepatente werden konfisziert. Die Geldzahlungen sind exorbitant und über 70 Jahre zu begleichen.
Deutschland wird diese, wie sich später zeigen wird, nie in voller Höhe zahlen können. …<<
Der Vertrag von Versailles trat am 10. Januar 1920, um 4.15 Uhr, in Kraft, obwohl sich die Siegermacht USA weiterhin weigerte, den Vertrag zu unterzeichnen.
Da der US-Senat den Versailler Vertrag und den Beitritt zum Völkerbund später beharrlich ablehnte, verlangte vor allem die beleidigte französische Regierung nur noch unnachgiebiger die Erfüllung der astronomischen, unbezahlbaren Reparationsverpflichtungen.
Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges verlor das Deutsche Reich insgesamt 70.580,4 Quadratkilometer bzw. 13 % seiner bisherigen Gebiete sowie 6,5 Millionen Einwohner bzw. 10 % der Bevölkerung und hatte riesige Wiedergutmachungsleistungen zu erbringen.
Bei den Gebietsabtretungen spielte Frankreich eine besonders unrühmliche Führungsrolle und befürwortete speziell den polnischen und tschechischen Expansionsdrang nach Westen. Die Polen und Tschechen sollten nach den französischen Wunschvorstellungen die bisherige Aufgabe der Deutschen als sogenannte "Pufferzone" zwischen Ost- und Westeuropa übernehmen und wichtige Eckpfeiler gegen Rußland werden. Diese kurzsichtige und menschenverachtende Politik änderte nicht nur die Landkarten Ost-Mitteleuropas grundlegend, sondern sie bedeutete letztlich auch den ersten Schritt zur Liquidation der jahrhundertealten deutschen Ostsiedlung.
Nach dem Versailler Vertrag mußte das Deutsche Reich zwangsweise auf folgende Gebiete verzichten:
<u>Gebietsabtretungen (ohne Volksabstimmung):</u>
1. Frankreich übernahm Elsaß-Lothringen.
2. Eupen und Malmedy mußten an Belgien abgetreten werden.
3. Polen erhielt nahezu die gesamte Provinz Posen und rd. 75 % der Provinz Westpreußen. Der "Polnische Korridor" trennte die preußische Provinz Ostpreußen danach wieder, wie in den Jahren 1466-1772, vom übrigen Deutschen Reich.
4. Danzig wurde als "Freie Stadt" dem Schutz des Völkerbundes unterstellt.
5. Das Memelland erhielt am 4. Oktober 1920 zwar eine französische Besatzungsmacht, wurde später aber gewaltsam durch Litauen besetzt und nach Zustimmung des Völkerbundes annektiert.
6. Teile Niederschlesiens - das Hultschiner Ländchen mit seinen großen Kohlevorkommen - mußte man der Tschechoslowakei überlassen.
<u>Abtretungsgebiete mit Volksabstimmung:</u>
1. Nordschleswig fiel an Dänemark - 75 % der Bevölkerung stimmten gegen das Deutsche Reich.
2. Oberschlesien fiel an Polen, obgleich sich 59,6 % der Oberschlesier für den Verbleib beim Deutschen Reich entschieden. Oberschlesien wurde nach der Volksabstimmung kurzerhand gewaltsam durch polnische Truppen besetzt und das Deutsche Reich mußte gemäß Entscheidung des Völkerbundes vom 20. Oktober 1921 die wertvollsten Teile der östlichen oberschlesischen Industriegebiete abtreten. Diese ungerechte Entscheidung stellte ebenfalls einen schwerwiegenden Vertragsbruch der Siegermächte dar.
Durch die Abtretung der östlichen Teile des oberschlesischen Industriegebietes - Kattowitz, Königshütte, Lublinitz, Myslowitz, Pleß, Rybnik, Tarnowitz und von anderen wichtigen Industriestandorten - verloren die Deutschen unersetzliches Volksvermögen und riesige, erschlos-

sene sowie leicht abbaubare Steinkohlevorkommen - die mächtigen Flöze waren häufig bis zu 15 m stark. Von den 62 oberschlesischen Kohlebergwerken übernahm Polen 49! Das Deutsche Reich mußte den Polen außerdem alle 23 Zinkwerke und 11 oberschlesische Zinkminen, die damals ca. 18 % der gesamten Zink-Weltproduktion erzeugten, ohne Entschädigung überlassen (x019/95).

Ausbeutung von deutschen Kohlengruben

Frankreich erhielt das Recht, die wertvollen Kohlevorkommen an der Saar auszubeuten. Die linksrheinischen Gebiete der preußischen Rheinprovinzen dienten als "Bürgschaft" und wurden in 3 Besatzungszonen mit 7,2 Millionen Einwohnern eingeteilt. Die linksrheinischen Gebiete sollten bei pünktlicher Vertragserfüllung nach 5-15 Jahren Militärbesatzung geräumt werden (x041/82). Das Deutsche Reich mußte selbstverständlich auch die gesamten Besatzungskosten tragen.

Sonstige Enteignungen

Das Deutsche Reich mußte auf alle deutschen Kolonien und die deutschen Rechte im Ausland - Patente, Überseekabel etc. - verzichten und verlor sein gesamtes Auslandsvermögen in Höhe von etwa 24,0 Milliarden Mark (x074/1.015).
Die Siegermächte beschlagnahmten bzw. liquidierten ferner zahlreiche deutsche Privatvermögen.
Der Erste Weltkrieg kostete dem Deutschen Reich etwa 1/3 seiner Kohlen-, 1/2 seiner Blei-, 2/3 seiner Zinkerz- und 3/4 seiner gesamten Eisenerzvorkommen (x054/188). Die Abtretung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete in den Provinzen Posen und Westpreußen sowie die Zwangsenteignung der wertvollen oberschlesischen Kohlenvorräte und modernen Schwerindustriebetriebe stellten das Deutsche Reich bereits ohne die noch zusätzlich zu erbringenden Wiedergutmachungsleistungen vor gewaltige, fast unlösbare wirtschaftliche Nachkriegsprobleme. Von 1914-22 verminderte sich das gesamte deutsche Volksvermögen von 310,0 Milliarden um 150,0-200,0 Milliarden Mark (x063/524).

Militärische Bestimmungen

Die personelle Stärke des deutschen Heeres wurde auf 100.000 Berufssoldaten reduziert, die Marine verfügte nur noch über 15.000 Mann. Die schwache Reichswehr konnte danach nirgends die Sicherung der Landesgrenzen gewährleisten, denn sie besaß keine schweren Waffen und keine Luftstreitkräfte. Diese Entwaffnungsbestimmungen wurden durch Militärkontrollkommissionen der Alliierten regelmäßig überprüft. Das linke Rheinufer wurde für 15 Jahre durch alliierte Truppen besetzt und das Rheinland entmilitarisiert. Den von beiden deutschen Staaten angestrebten Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich untersagte man.
Die Forderung, eine Armee aus langfristig dienenden Berufssoldaten aufzustellen, hatte später verhängnisvolle Konsequenzen. Die "Reichswehr" kapselte sich als Berufsheer schon bald von der Weimarer Republik ab und bildete einen "Staat im Staate". Die Reichswehr blieb zwar unpolitisch, entwickelte aber auch keine innere Bindung an die demokratische Republik.

Kriegsschuld und Reparationen

Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld mußte das Deutsche Reich riesige Wiedergutmachungsleistungen erbringen.
Der Artikel 231 des Vertrages erläuterte die Reparationen wie folgt (x061/411): >>Die verbündeten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krie-

ges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.<<
Die Höhe der Geldleistungen sollte erst später festgelegt werden, aber das Deutsche Reich wurde zum Schluß gezwungen, innerhalb von 30 Jahren für alle Schäden und Verluste der Siegerstaaten - einschließlich der hohen britischen und französischen Schulden gegenüber Nordamerika - aufzukommen. Das Deutsche Reich mußte sofort eine 1. Teilzahlung von 10,0 Milliarden Goldmark leisten und hatte zusätzlich gewaltige Sachleistungen zu erbringen: Alle Handelsschiffe über 1.600 BRT, 25 % der gesamten Fischfangflotte, 8.000 Lokomotiven, 230.000 Eisenbahnwaggons, 5.000 Kraftfahrzeuge, Fabrikeinrichtungen, Maschinen, Kohle, Vieh usw. mußten an die Sieger abgeliefert werden (x061/411, x090/259, x175/154).

Sonstige Bestimmungen
Aufhebung aller Handelsverträge und Anerkennung von Verträgen, die von den Alliierten in Zukunft ohne Mitwirkung Deutschlands geschlossen werden. Alle deutschen Häfen, Wasserstraßen, Eisenbahnen und Flüsse wurden zu "internationalen Einrichtungen" erklärt (x041/83). Das entmündigte und gedemütigte Deutsche Reich mußte danach allen Nationen freie Durchfahrt und Nutzung gewähren.
Schlußbemerkungen: Aufgrund der ultimativen Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichneten die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag".
Infolge der gnadenlosen Methoden der Siegermächte mußte sich die deutsche Regierung - wie nach dem Ende des 30jährigen Krieges im Jahre 1648 - der menschenverachtenden Gewalt beugen. Der deutsche Staat mußte letzten Endes in Versailles nicht nur ein politisches und militärisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Todesurteil akzeptieren.
Die erzwungene Unterzeichnung des "Versailler Friedensvertrages" und die erpreßte Anerkennung der deutschen Kriegsschuld erfolgten am 28. Juni 1919, dem 5. Jahrestag des Mordes von Sarajevo, im Schloß von Versailles (zusätzliche Demütigung für die deutsche Kaiserproklamation im Jahre 1871).
Der gewaltsam erpreßte Versailler Friedensvertrag war eigentlich ein Racheakt der Siegermächte Frankreich, Großbritannien und USA. Ohne die heimtückischen Maßnahmen und katastrophalen Folgen dieses vermeintlichen "Friedensvertrages" hätte es sicherlich keinen Zweiten Weltkrieg gegeben.

Die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges
Die Schuld der späteren Siegermächte, die eindeutige Kriegsziele, wie z.B. die Zerschlagung des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches, verfolgten und den Krieg wollten, war nachweislich wesentlich größer, als die Schuld der späteren Verliererstaaten, die nicht vorsichtig genug oder zu naiv waren, um die Katastrophe des Ersten Weltkrieges zu verhindern.
Serbien: Der slawische Nationalismus förderte nachweislich die radikalen Unabhängigkeitsbestrebungen im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn. Die radikalen serbischen Geheimbünde verursachten vorsätzlich den Kriegsausbruch, um die Donaumonarchie Österreich-Ungarn zu vernichten.
Österreich-Ungarn: Die geschwächte Großmacht Österreich-Ungarn war unfähig, die jahrzehntelangen Nationalitätenprobleme rechtzeitig und umfassend zu lösen. Österreich nahm schließlich die Ermordung des österreichischen Thronfolgers zum Anlaß, um endgültig mit Serbien abzurechnen. Die Habsburger kämpften verzweifelt um ihre europäische Großmachtstellung, deshalb wollten sie den slawischen Nationalismus zerschlagen und versuchten nicht,

den Krieg zu verhindern. Der Balkankonflikt war für die Habsburger Monarchie letzten Endes ein Kampf um Sein oder Nichtsein.
Rußland: Aufgrund der traditionellen russischen Expansionspolitik unterstützte der Zar Serbien und verhinderte durch die russische Generalmobilmachung alle deutschen Vermittlungsversuche. Obgleich die russischen Lebensinteressen in keinster Weise bedroht wurden, trieb die russische Regierung das friedlich gesinnte russische Volk in einen verlustreichen Krieg. Die russische Expansionspolitik auf dem Balkan und der verzweifelte Kampf um die innenpolitische Machtstellung des Zarenreiches führten schließlich zum Untergang Rußlands (bolschewistische Revolution im Jahre 1917).
Frankreich: Aufgrund des russisch-französischen Bündnisses geriet Frankreich zwangsläufig in den Krieg. Die französische Regierung unternahm nachweislich nichts, um den drohenden Krieg zu vermeiden, denn man wollte diese Gelegenheit unbedingt zur Rache für die militärische Niederlage von 1870/71 und Rückeroberung von Elsaß-Lothringen nutzen.
Deutsches Reich: Die außenpolitische Unfähigkeit des Deutschen Reiches - unüberlegte Bündnisvereinbarungen und leichtsinnige Überheblichkeit - führten schließlich zur völligen Isolierung des Landes. Die leichtfertigen deutschen Bündniszusagen - sogenannte "Blankoschecks" - förderten schließlich die österreichisch-ungarische Kriegserklärung und rissen das Deutsche Reich in den ungewollten verhängnisvollen Krieg. Das Deutsche Reich ging ursprünglich von einem Verteidigungskrieg aus. Angesichts der frühzeitigen russisch-französischen Mobilmachung entschloß sich die deutsche Heeresführung jedoch notgedrungen zur offensiven Kriegsführung.
Großbritannien: Die Briten bemühten sich zwar redlich, um den Krieg zu verhindern, aber sie traten nach dem Kriegsausbruch erstaunlich schnell gegen das Deutsche Reich an, um die angeblichen deutschen Expansionsbestrebungen zu verhindern. Der britische Außenminister Sir Edward Grey lehnte z.B. die erbetene Neutralität Großbritanniens kommentarlos ab, obwohl das Deutsche Reich die europäischen Gebietsstände des Jahres 1914 zusicherten (x090/245).
USA: Nordamerika griff im Jahre 1917 in erster Linie aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg ein. Die US-Wirtschaft lieferte den Briten und Franzosen bereits vor dem nordamerikanischen Kriegseintritt erhebliche Kriegsgüter.
Die Kriegsschuldfrage wurde noch jahrzehntelang nach dem Kriegsende gewissenhaft geprüft und ausführlich diskutiert. Im Verlauf dieser historischen Untersuchungen mußten die Behauptungen der Siegermächte schließlich korrigiert werden, daß das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg vorsätzlich verursacht hätte (x063/474).
Nach fairen und objektiven Nachforschungen setzte sich bei anglo-amerikanischen Geschichtsforschern, westeuropäischen Staatsmännern und Historikern schließlich die Auffassung durch, daß alle beteiligten europäischen Großmächte eigentlich nur durch unglückliche Umstände in den Ersten Weltkrieg geraten seien, und keiner den Krieg vorsätzlich und planmäßig angestrebt hätte.
In den Nachkriegsjahren stellten nordamerikanische, britische und deutsche Geschichtsforscher jedenfalls übereinstimmend fest, daß von einer deutschen Alleinschuld nicht gesprochen werden kann (x059/32). Nach der Devise: "Die Regierungen haben zwar den Krieg, aber auch den Frieden nicht gewollt", klärte man damals die historischen Zusammenhänge auf und ermittelte die Schuldigen bzw. die Unschuldigen.
Die Frage nach der Kriegsschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges wird heute trotzdem immer noch kontrovers diskutiert, denn ohne den Ersten Weltkrieg hätte es sicherlich nicht die späteren Katastrophen, wie z.B. den Siegeszug der Links- und Rechtsradikalen, den Zweiten Weltkrieg, die Endlösung und die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa gegeben.
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete im Jahre 1955 über die Kriegsschuldfrage

des Ersten Weltkrieges (x057/194): >>Die alleinige Kriegsschuld wurde von Deutschlands Gegnern den Mittelmächten, besonders dem Deutsch Reich, zugeschoben und als Propaganda in der ganzen Welt verbreitet. Diese vom deutschen Volk als Kriegsschuldlüge empfundene Behauptung diente später als Begründung für die harten Friedensbedingungen.
Weder moralisch noch juristisch oder politisch konnte von einer Alleinschuld Deutschlands die Rede sein. Die Entwicklung von 1871 bis 1914 hatte gelehrt, daß sowohl Bismarck als auch Wilhelm II. ehrlich auf den Frieden bedacht waren. Weder die Regierung, noch das Volk hielten einen Krieg für die geeignete Lösung der europäischen Krisen. Wohl gab es auch in Deutschland einige wenige radikale Kreise, die einen Krieg für notwendig hielten. Der überwiegende Teil des deutschen Volkes war jedoch ebenso friedliebend gesinnt wie die Völker der übrigen Welt.
Dagegen hat sich der Kriegswille einiger ausländischer Staatsmänner, besonders der russischen, als aktenmäßig feststehend erwiesen …
Aber die Entente hatte es verstanden, der Welt gegenüber Deutschland als Friedensbrecher hinzustellen. Hierin wurde sie unterstützt durch das diplomatisch ungeschickte Verhalten Deutschlands und Österreichs bei Kriegsausbruch.<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Oktober 2008 über die Kriegsschuld und die Kriegsverbrechen des Ersten Weltkrieges (x878/...): >>… Die Alleinschuld am Ausbruch des 1. Weltkriegs wurde von den Siegermächten Deutschland angelastet. Die deutsche Geschichtsforschung und Publizistik hat dies bis Anfang 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts mehrheitlich zurückgewiesen.
Mit Fritz Fischers Werk "Der Griff nach der Weltmacht" fand in den 60er Jahren eine Umkehrung statt. Mittlerweile wird Fischer in der deutschen Forschung überwiegend wieder revidiert und lediglich eine deutsche Mitverantwortung angenommen. In den maßgebenden deutschen Medien ist letzteres meist noch nicht angekommen und es wird für das große Publikum gedankenlos von deutschen Angriffskriegen 1914 und 1939 berichtet. Das ist falsch, aber relativ belanglos.
Das Deutsche Reich war vor 1914 ohne Zweifel eine aufstrebende Macht, die das europäische Gleichgewicht ökonomisch und demographisch in Frage stellte. Etablierte Mächte wie Großbritannien und das zaristische Rußland, die ihre Weltreiche in zahllosen Kriegen schon zusammengerafft und erobert hatten: die Briten das Empire rund um den Globus, die Russen ein gigantisches Territorium von Warschau bis Wladiwostok, von Helsinki bis Tiflis, fühlten sich herausgefordert.
Ähnliches gilt für Frankreich, das nach Afrika und Indochina ausgegriffen hatte, sich aber mit dem Verlust Elsaß-Lothringens nicht abfinden wollte. Das Deutsche Reich entwickelte Anfang des 20. Jahrhunderts eine derartige Potenz, daß das übrige Europa mit vereinten Kräften diese neue Macht im Herzen des Kontinents im 1. Weltkrieg nicht niederzwingen konnte. Es bedurfte des Eingreifens der außereuropäischen Macht der USA, um Deutschland 1918 zu besiegen. …
Schon aus heutiger Sicht war die deutsche Politik unter Wilhelm II nicht imperialistischer als die britische, russische oder französische und auch die der USA. … Die europäischen Staaten und die USA expandierten in die Welt und gerieten untereinander in Streit um Teile des Kuchens. Die etablierten Mächte schlossen sich zusammen, um den deutschen Neuankömmling nicht hoch kommen zu lassen, denn sie hatten etwas zu verteidigen und zu verlieren.
Insbesondere die britische Propaganda denunzierte das Deutsche Reich als imperialistisch und süchtig nach Weltherrschaft. Denn das weltumspannende "Imperium" beanspruchten die Briten nicht nur selbst, sie hatten es in ihrem Selbstverständnis mit ihrem Empire auch inne. …
London wollte vor 1914 das ungeschmälerte Empire nicht nur um jeden Preis behalten sondern nach Möglichkeit noch ausbauen. Es war schlicht der Kampf von Rivalen. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2009 über die Kontinuität der deutschen außenpolitischen Interessen nach dem Ersten Weltkrieg (x878/...): >>… Im Versailler Vertrag von 1919 wurde Deutschland so geschwächt, daß - so die Absicht der Entente-Mächte - eine tendenzielle deutsche Hegemonie in Kontinentaleuropa auf überschaubare Zeit ausgeschlossen war. Eine Zerschlagung des Deutschen Reiches war 1918/1919 unmöglich, weil der russische Kriegsalliierte durch die Revolution ausgefallen war. Die deutsche Politik begann schon in den zwanziger Jahren an der Revision von Versailles zu arbeiten. Im Dritten Reich mündete diese Politik in den Zweiten Weltkrieg. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. November 2013 (x887/...): >>**Wider die Alleinschuldthese**

Historiker belegt, daß Deutschland nicht den Ersten Weltkrieg angezettelt hat und es sogar Friedensgespräche suchte

Der 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges ist der Grund, daß zwei Bücher über den Ersten Weltkrieg erschienen sind, die die größte Aufmerksamkeit besonders in Deutschland verdienen. Da ist zum einen das voluminöse Werk des australischen Historikers Christopher Clark, das den Titel "Die Schlafwandler" trägt … Und da ist zum anderen das schmale, aber inhaltsreiche Buch des emeritierten Professors für Neue und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg im Breisgau Hans Fenske "Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914 bis 1918".

Beide Autoren widersprechen den Behauptungen politisch angepaßter Historiker und Journalisten, die allein Deutschland die Schuld am Ersten Weltkrieg zuschieben. Davon könne keine Rede sein, meinen unabhängig voneinander die beiden Historiker.

Obwohl Fenskes Hauptthema die Bemühungen der Reichsregierung während des Krieges sind, mit den Gegnern in Verhandlungen über ein Kriegsende einzutreten, schaltet er ein Kapitel vor, in dem er knapp, aber faktenreich über den Beginn des Krieges berichtet und beweist, daß Behauptungen von einer deutschen Alleinschuld nichts anderes sind als beflissene Übernahme alliierter Propagandathesen. Dann zählt er sachlich die Versuche auf, die es während des Krieges mit dem Ziel gegeben hat, die Kriegführenden zu Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeit zu bewegen. Und solche Versuche gab es fast nur von deutscher Seite. Sie erfuhren eine schroffe Ablehnung vor allem von englischer Seite, die sogar beleidigende Formen annahm.

Die Friedensinitiative des Papstes vom 1. August 1917 wurde zwar von der deutschen Regierung begrüßt, von den Alliierten aber sofort abgelehnt. Nach der bolschewistischen Revolution in Rußland schlug der kommunistische Volkskommissar für Auswärtiges, Leo Trotzki, den Westmächten vor, sich an Friedensverhandlungen zu beteiligen. Er blieb ohne Antwort.

Als Ursachen für die strikten Ablehnungen vor allem durch Großbritannien führt Fenske die Kriegsziele der Westalliierten an. Sie wollten den unter der politischen Führung Bismarcks vier Jahrzehnte zuvor gegründeten kleindeutschen Nationalstaat zerschlagen, um in Mitteleuropa wieder einen Flickenteppich von Kleinstaaten - wie vor 1871 - zu schaffen, die sich jederzeit den Einmischungen der sie umgebenden Länder beugen sollten.

London beobachtete Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung mit zunehmender Ablehnung, entwickelte sich das Deutsche Reich doch zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Der britische Premierminister Lloyd George erklärte, England werde kämpfen, "bis der preußische Militarismus auf ewig zerstört" sei, eine geradezu absurde Behauptung angesichts der Tatsache, daß England seit dem 17. Jahrhundert weitaus mehr Kriege geführt hatte als Preußen/Deutschland und sich damit ein Viertel der Erdoberfläche untertan gemacht hatte.

Die haßerfüllte Haltung setzte sich durch, als 1918 Deutschland unter der Übermacht zusammenbrach und die Sieger im Versailler Vertrag, den Fenske einen Gewaltfrieden nennt, die

Bedingungen diktierten. Jede Verhandlung lehnten die Siegermächte, an der Spitze Frankreich und England, ab und sie drohten, die Kämpfe wieder aufzunehmen, wenn Deutschland nicht bedingungslos unterzeichnete. Alle deutschen Parteien von links bis rechts lehnten ab, die Sieger-Behauptung durch Unterschrift zu bestätigen, Deutschland trage am Krieg die Alleinschuld. Aber die Drohungen der Sieger ließen keine Wahl: Berlin mußte unterschreiben.
Die Folgen spüren wir bis heute. Fenske führt auf, welche Gebiete Deutschland an die Sieger abtreten mußte, was Deutschland abzuliefern und zu zahlen hatte - eine wichtige Zusammenstellung, weiß doch heute kaum noch ein Deutscher, was das Land damals zu erleiden hatte. Sein Buch schließt mit der Bemerkung, daß er das Manuskript am 12. Oktober 2010 abgeschlossen habe, "zwölf Tage, nachdem die Bundesrepublik Deutschland die letzte Zahlung im Zusammenhang mit den dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen geleistet hatte" - 92 Jahre nach Unterzeichnung des Diktats. ...<<
Schlußbemerkungen: Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Schuldklausel des Versailler Vertrages (x063/478): >>... Daß ... die Schuldklausel des Versailler Vertrages, der Artikel 231, ein Fehlurteil gegen besseres Wissen war, stand allgemein fest, als die Untaten des Nationalsozialismus und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die klare Sachlage wie mit rückwirkender Kraft wieder zu verschleiern begannen. …
Rußland und die Kriegspartei … konnten die politischen Ziele im Westen nur durch die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Türkei verwirklichen. Der Weg nach Konstantinopel und zur Herrschaft über die slawische Welt, führte, wie der russische Kronrat vom 21. Februar 1914 feststellte, zwingend über den europäischen Krieg.
Der nie erloschene Revanchewille in Frankreich begrüßte einen solchen Krieg, der die Hoffnung auf die Eroberung von Elsaß-Lothringen vor Augen stellte.
Nach der Ermordung des Thronfolgers gewannen die Kräfte in der österreichischen Regierung, die auf Abrechnung mit Serbien drängten, notwendigerweise die Oberhand. Aber man hoffte auf einen "lokalisierten" Konflikt und war überzeugt, daß Rußland, wenn man nicht sofort mit äußerster Entschiedenheit vorgehe, Serbien schließlich zu Hilfe kommen werde. ..."<<
Bis zum heutigen Tag behauptet das Meinungskartell der Mainstream-Historiker, daß Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges tragen würde. Wer die wesentlichen historischen Fakten kennt, die zum Ersten und später zum Zweiten Weltkrieg führten, stößt jedoch schon bald auf die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund. Nicht Zufälle, sondern langfristige Planungen der maßgeblichen NWO-Strategen führten tatsächlich zur Entstehung beider Weltkriege.
Der US-Schriftsteller Richard K. Moore berichtete später (am 2. Februar 2009) in seinem Artikel "A brief history of the New World Order" ("Eine kurze Geschichte der Neuen Weltordnung") über das NWO-Projekt Erster und Zweiter Weltkrieg (x337/117,148-149): >>Der Erste Weltkrieg war das epochale Ereignis, das ein feststellbares Programm zur Errichtung einer neuen Weltordnung einer einzigen globalen Hierarchie … unter der Kontrolle der Finanzierselite in Gang gesetzt hat. …
Großbritannien war nicht mehr die offensichtlich erste Wahl als Grundlage für eine solche globale Machtergreifung. Daher wurde die Entscheidung gefällt, die Hegemonie von London nach Washington zu verlagern. Der Erste Weltkrieg brachte den Aufbau Amerikas als Weltmacht. … Während sich Europäer und Briten millionenfach abschlachteten, erlebten die Amerikaner die Aufbruchzeiten, die zu den Goldenen Zwanziger Jahren führten. … Die Verbündeten wurden mit astronomischen Schulden beim amerikanischen Finanzministerium und der Bankenelite belastet. …
Man kann sagen, Amerika hat den Ersten Weltkrieg gewonnen, und ganz Europa hat ihn verloren - und zwar in großem Umfang. Die Europäer waren verpflichtet, Amerika gewaltige

Summen für das Privileg zu zahlen, sich gegenseitig verwüstet zu haben. …
Großbritannien hat eine Zeit lang den Kampf um Europa gewonnen. Amerika hat auf lange Zeit den Kampf um die stärkste Nation der Welt für sich entschieden - doch war es die Bankenelite, die den Krieg um die Gestaltungsmacht des künftigen Kurses der Weltpolitik gewonnen hat. …<<
>>… Der Erste Weltkrieg war ein so erfolgreiches Projekt, daß sofort die Planung für eine noch größere Fortsetzung einsetzte - ein weiterer großer Schritt in Richtung auf eine neue Weltordnung. …
Hitler war ein Projekt der angloamerikanischen Bankiers. Seine charismatische Brillanz war früh erkannt worden … und mit Investitionen in die deutsche Wiederaufrüstung wurden immense Gewinne gemacht. …
Das Projekt Zweiter Weltkrieg erreichte alle seine Ziele auf bewundernswerte Weise. Während sie nur verhalten kämpften und - im Vergleich zu den anderen großen Kriegsparteien - nur vernachlässigbare Verluste erlitten, gingen die USA mit einer intakten Infrastruktur, 40 % des Reichtums und der Industriekapazität der Welt, der Kontrolle über die sieben Weltmeere, einem Monopol auf Atomwaffen, strategischen Stützpunkten in den Öl-Scheichtümern des Nahen Ostens und mit der allgemein verbreiteten Anerkennung als heroischer Vorkämpfer der Demokratie aus dem Krieg hervor.
Ganz von allein richteten sich die Augen der Welt auf Washington als Führung bei der Gestaltung der Nachkriegswelt.
Und Amerika hatte bereits einen fertigen Entwurf vorliegen. Die Bankiers hatten einen Ausschuß ausgewählt, das Council on Foreign Relations (Rat für auswärtige Beziehungen), und ihn ins Weiße Haus hinübergeschickt, um die Architektur für die Nachkriegszeit zu entwerfen. Man hatte sich Amerika als hegemoniale Operationsbasis gesichert, die für diese Rolle geeigneter war als Großbritannien, und es war an der Zeit, sich an die nächste Phase im Projekt Neue Weltordnung zu machen.
So wurden sofort nach dem Kriegsende die Bretton-Woods-Institutionen der Globalisten - UNO, IWF und Weltbank - ins Leben gerufen, die ersten Grundsteine für eine mögliche Eine-Welt-Regierung.<<
Der niederländische Autor Mees Baaijen schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die arglistigen Machenschaften des globalen Terrorimperiums (x337/156-157): >>… Nun stehen solide Beweise zur Verfügung, um die Arbeit der versteckten Hände hinter dem Ersten Weltkrieg und den begleitenden Machenschaften für eine neue Weltordnung nachzuweisen. ...
Die gleichen Leute - House, Baruch, Wilson, Milner, Schiff, Hoover, die Brüder Warburg, die Rothschilds und Rockefellers und viele andere, die hier nicht erwähnt wurden - tauchen immer wieder in führenden Rollen auf all den entscheidenden Schauplätzen auf, an denen sich dieses in Szene gesetzte böse Spiel entfaltet hat: bei der Störung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa; bei der Destabilisierung und Zerschlagung von Imperien; bei den finanziellen, politischen, militärischen, logistischen und propagandistischen Kriegsvorbereitungen und Operationen; bei der Übernahme oder Schaffung der zionistischen und kommunistischen "Basis-Bewegungen", um sie in der gewaltsamen Teile- und Herrsche-Politik zu verwenden; bei der Versailler "Friedenkonferenz", um weitere Kriege sicherzustellen; beim Projekt Weltordnungspolitik im Rahmen des Völkerbundes und hinter regionalen und globalen Organisationen zur Zentralisierung der Regierung.
All das wird listigerweise als die einzige Lösung ausgegeben, um regionales oder globales Chaos und Krieg durch "Frieden, Demokratie und Wohlstand" zu ersetzen - und zwar unter der verdeckten Kontrolle der internationalen Bankiers.
… Zigtausende an Publikationen wurden nach den Vorgaben der falschen amtlichen Darstel-

lung geschrieben, in der unglückliche Zufälle die hauptsächliche und unbedarfte Erklärung für das ganze Gemetzel und Blutvergießen abgeben. Uns allen wurden die gleichen Geschichten in der Schule oder an der Universität, bei feierlichen Gedenkfeiern und auf Mahnmalen, im Fernsehen und im Kino und über unzählige reißerische und seriöse Bücher eingetrichtert. Die großen Lügen wurden so in unserem Geist als die Wahrheit eingeprägt, daß sie zum Teil unserer Identität geworden sind. …

Diese Tatsache ist den von den Bankiers eingesetzten "Managern der Wahrnehmung" natürlich wohlbekannt. Wenn uns also die Wahrheit erzählt wird - die Briten und Amerikaner hätten das Blutbad des Ersten Weltkrieges vorbereitet und betrieben, und der Zionismus und Kommunismus in Rußland und anderswo seien von den internationalen Bankiers zu Gunsten ihres Projekts Neue Weltordnung finanziert und aufgebaut worden -, dann lehnen wir den Berichterstatter sofort als irrationalen, paranoiden, verrückten und wahrscheinlich gewalttätigen "Verschwörungstheoretiker" ab.

Im Jahr 2018 werden 100 Jahre seit dem Ende des Ersten Weltkriegs vergangen sein, und ebenso lange gibt es die Schachzüge der Bankiers für eine Weltregierung im Stil von *1984* oder *Schöne Neue Welt.* 2018 könnte das geeignete Jahr sein, um ein Gerichtstribunal wegen des Ersten Weltkriegs zu organisieren, in dem alle verfügbaren Beweise vorgelegt würden, um posthum die Architekten des Völkermords zu verurteilen und um ein für alle Mal der Öffentlichkeit und den Politkern klarzumachen, daß "alle Kriege Bankierskriege sind", auch die heutigen.

Es ist zu spät, um Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, aber ein solches Ereignis könnte für Menschen auf der ganzen Welt als Augenöffner dienen und dazu beitragen, das Projekt Neue Weltordnung der Bankiers mit seiner Angst- und Kriegsstrategie zu verstehen. Es ist heute immer noch in Gang und wird weitergehen, wenn wir, das Volk, es nicht verhindern.<<

Der deutsche Autor Dr. Helmut Roewer schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/227): >>… Die vorsätzliche nunmehr 100-jährige Falschinformation über diese Dinge war sehr erfolgreich. Noch heute wird das Märchen von den deutschen Welteroberungsplänen, die angeblich den Krieg auslösten, für bare Münze genommen. Es soll ein barbarisches Hohenzollern-Regime hierfür die Verantwortung tragen. Dem hätten sich die friedfertigen demokratischen Staaten widersetzen müssen, um nicht unterzugehen. Das Für-wahr-Halten solcher Lügen beruht auf einem einfachen Mechanismus, den man als "Propaganda" bezeichnet.

Es geht bei der Propaganda um die stete Wiederholung einer Falschinformation, bis der Zuhörer sie für eine nicht hinterfragbare Tatsache hält. …<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 27. Juni 2019) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angebliche Kriegsschuld der Deutschen (x940/…): >>**Versailles 1919 - Die Unterwerfung Deutschlands unter das Kriegsschuld-Diktat**

Am 28. Juni 2019 jährte sich zum 100. Mal der Tag, an dem die Vertreter Deutschlands erpreßt wurden, das Versailler Diktat zu unterzeichnen und die Lüge von der deutschen Kriegsschuld zu akzeptieren - ein folgenschweres Ereignis, das die weitere äußere und innere Zerstörung Mitteleuropas bis heute bestimmt hat. Um so wichtiger ist es, die wahren Kriegstreiber aufzuzeigen, wie sie heute nachgewiesen werden können. Der Deutsch-Franzose Cyril Moog stellt aufgrund der Forschungen schottischer Historiker übersichtlich das Netzwerk dar, das gegen Mitteleuropa geknüpft wurde (Herbert Ludwig).

Ein Gastbeitrag von Cyril Moog

"Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des

Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."
So lautet der Artikel 231 des "Friedensvertrages" von Versailles, den die deutsche Delegation am 28. Juni 1919 im Schloß von Versailles unterzeichnen mußte, um nicht zu riskieren, daß Deutschland besetzt und die britische Seeblockade, die zu Hunderttausenden von zivilen Toten in Deutschland und Österreich-Ungarn, aber auch in neutralen Staaten wie Dänemark führte, weiterhin aufrecht erhalten werden würde.
Dagegen vertritt der australische Historiker Christopher Clark die These, daß die "Schuld" für den Ersten Weltkrieg keineswegs bei einem einzigen Akteur zu finden sei. Vielmehr sieht er die Ursache in einer verhängnisvollen Kette von Entscheidungen verschiedener Akteure, die zum Krieg geführt haben sollen.
Mit seinem Titel *The Sleepwalkers* (deutsch: *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, 2012) greift Clark das scheinbar versöhnliche Diktum des ehemaligen britischen Premiers David Lloyd George aus den 1920er Jahren auf, demzufolge keine der europäischen Mächte den großen Krieg wirklich gewollt habe. Vielmehr seien sie alle mehr oder weniger schlafwandelnd blind in die Katastrophe "hineingeschlittert".
Was, wenn es einen solchen Kriegswunsch eben doch gegeben hat? Was, wenn der Krieg erwünscht und von langer Hand geplant gewesen ist - allerdings nicht von deutscher Seite? In ihrem 2013 erschienenen Buch *Hidden History: The Secret Origins of the First World War* offenbaren Gerry Docherty und Jim Macgregor, wie unser Bild von den damaligen Ereignissen in einem ganzen Netz vorsätzlicher Lügen besteht, das die damaligen Siegermächte sorgfältig gestrickt haben, damit es sich tief in der Psyche festsetzt.
Die beiden schottischen Historiker stützen sich dabei auf Fakten und Indizien, die im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ans Tageslicht gekommen sind: Tatsächlich habe nicht Deutschland den Ersten Weltkrieg zu verantworten, sondern ein einflußreicher Zirkel in Großbritannien, der lange vor Beginn des Krieges die militärische Niederwerfung Deutschlands angestrebt habe.

Am Anfang war die Angst

Die bislang weitgehend unbekannte Geschichte, wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte, beginnt mit der Angst: der gemeinsamen Furcht einiger Angehöriger der englischen Oberschicht, daß eine Wachablösung anstehen würde, sollte nicht sehr bald etwas äußerst Radikales geschehen. Deutschland war drauf und dran, in wichtigen Bereichen wie Technik und Forschung, Industrie und Handel an England vorbeizuziehen.
Daraufhin wurde im Jahr 1891 in London von Mitgliedern der englischen Herrscherklasse eine Geheimgesellschaft gegründet, deren Ziel nichts Geringeres als die Weltherrschaft war. Zu diesem Zweck sollte das *British Empire* reformiert und auch die engen Verbindungen zwischen Großbritannien und den USA erneuert werden. *"Im innersten Kreis des von Cecil Rhodes gegründeten und finanzierten Geheimbundes stand eine handverlesene Gruppe von Männern, die heimlich die britische Kolonial- und Außenpolitik kontrollierte."*
Dazu gehörten William T. Stead, einer der einflußreichsten Journalisten seiner Zeit, und Lord Esher, der in den letzten Regierungsjahren Queen Victorias die Interessen des Königshauses vertrat und sowohl unter König Edward VII. als auch unter König George V. die imperiale Politik steuerte. Die Gesellschaft konnte zudem auf den großen Einfluß zurückgreifen, den die Familien Salisbury und Rosebury schon seit Langem in der britischen Politik innehatten. Auch King Edward VII. und die dem britischen Establishment sehr nahestehende internationale Bankiersfamilie der Rothschilds konnte miteingebunden werden. …

Südafrika

Mithilfe massiver Investitionen seitens der Familie Rothschild war Cecil Rhodes in der Lage, mit Gold und Diamanten in Südafrika ein enormes Vermögen anzuhäufen. Hinzu kam, daß

die Krone ihm die Erlaubnis erteilte, die *British South Africa Company* zu gründen, durch die er in den Genuß einer eigenen privaten Polizei und einer Armee kam, mit deren Hilfe den Eingeborenen auf brutale Weise mehr und mehr Land abgenommen wurde.
Als der Geheimbund um Rhodes den Entschluß gefaßt hatte, sich das Transvaal-Gold zu sichern, wurde ein unausgegorener Plan für eine Invasion entwickelt, die dann auf peinliche Weise scheiterte. Daraufhin übernahm Alfred Milner, ein enger Vertrauter von Cecil Rhodes, die Leitung. Es gelang ihm, zum Hochkommissar der Kapkolonie ernannt zu werden, nur um anschließend einen erneuten Krieg gegen die Buren vom Zaun zu brechen.
Während der Kampfhandlungen wurden den Briten jedoch mehrere schwere Niederlagen zugefügt. *"Das britische Heer brauchte nicht lange, um eindrucksvoll zu beweisen, daß es für den Krieg in Südafrika nicht geeignet war."*
Das Blatt wendete sich erst am Anfang des Jahres 1900, nachdem Feldmarschall Lord Roberts und dessen Stabschef General Lord Kitchener mit 60.000 Mann Verstärkung in Südafrika eingetroffen waren.
Als die Buren zu einem für die Briten äußerst verlustreichen Guerillakrieg übergingen, wandte Kitchener eine Strategie der "verbrannten Erde" an: Die Farmen in den Guerillagebieten wurden zerstört, die Ernten vernichtet und an die 120.000 Farmbewohner, vor allem Frauen und Kinder, in von Alfred Milner abgesegnete Konzentrationslagern interniert. Aufgrund katastrophaler Lebensbedingungen starben 26.000 Frauen und Kinder an Hunger und Krankheiten.
1905 kehrte Milner dann nach Großbritannien zurück, von wo er das nächste Ziel besser anvisieren konnte: das deutsche Kaiserreich.

Deutschland wird ins Visier genommen

Deutschlands wirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Aufstieg wertete die Geheime Soziopathen-Elite um Alfred Milner - Cecil Rhodes war bereits im Jahr 1902 verstorben - als direkte Bedrohung für ihre Weltherrschaftspläne. Zunächst würde man Verbündete für den Waffengang gewinnen müssen, die marode Armee mußte generalüberholt werden und auch die Royal Navy würde ihren historischen Vorsprung nicht einbüßen dürfen.
Außerdem mußte man mit propagandistischen Methoden auch die Öffentlichkeit auf deutschfeindlichen Kurs bringen. König Edward VII., seit 1874 Großmeister der Vereinigten Großloge von England und Protektor der britischen Freimaurerei, ließ sich in die Pläne einbinden und wurde zum Architekten der *Entente Cordiale*, Lord Esher zum Dreh- und Angelpunkt der Bemühungen, die Armee zu modernisieren.

Marokko - der erste Versuch

In der bereits 1904 von London und Paris unterzeichneten *Entente Cordiale* wurden die britische Kontrolle über Ägypten und das Interesse Frankreichs an Marokko bekräftigt. Als Frankreich dazu ermutigt wurde, ein internationales Abkommen mit Marokko zu brechen, um Deutschland damit zum Krieg anzustacheln, schlug Kaiser Wilhelm II. jedoch vor, das Thema einfach auf einer Konferenz mit internationaler Beteiligung zu klären. Unterdessen lehnte das französische Parlament die Kriegstreiberei des französischen Außenministers Théophile Delcassé ab, der die volle Rückendeckung durch König Edward VII. genoß, und zwang ihn zum Rücktritt. Die Geheime Elite erkannte, daß man die französische Regierung erst noch viel gründlicher würde korrumpieren müsse.

Ein weiterer Verbündeter - das Zarenreich

Auch das Zarenreich sollte zu einem Bündnispartner gegen Deutschland gemacht werden. Mit Hilfe des russischen Außenministers Alexander Iswolski, der von der Geheimen Elite finanziert wurde und fortan einen Bündniskurs mit Großbritannien verfolgte, wurde 1907 ein Abkommen unterzeichnet, das Streitfragen zwischen den beiden Mächten in Afghanistan, Persien und Tibet löste.
Um Rußland schließlich in die *Entente Cordiale* einzubinden, wurde King Edward VII. 1908

nach Reval entsendet, wo er sich mit dem Zaren traf. Edward ließ sich zu dem Treffen von seinen Beratern aus der Geheimen Elite und Mitgliedern des *Committee of Imperial Defence* begleiten, der Zar vor allem von Außenminister Alexander Iswolski, der nicht damit aufhörte, die Balkanstaaten gegen Deutschland und Österreich-Ungarn aufzustacheln. Die Bewegung für ein Groß-Serbien wurde dabei ermutigt, ihre Rachepläne nicht aufzugeben und sich auf spätere Einsätze vorzubereiten.

Eine neue Regierung in England

Noch während sich die Regierungszeit der Konservativen dem Ende näherte, hatten die Konservativen unter Balfour und Landsowne einen geheimen Unterausschuß ins Leben gerufen: das *Committee of Imperial Defence*. Das Gremium nahm geheime Militärgespräche mit Frankreich und Belgien auf. Das Thema: Wie würde man bei einem Krieg gegen Deutschland vorgehen? Als schließlich ein Regierungswechsel anstand, konnte die geheime Elite H. H. Asquith zum Premierminister machen, Richard Haldane zum Kriegsminister und Edward Grey zum Außenminister, so daß die Außenpolitik nahtlos fortgesetzt werden konnte.

Alle drei waren enge Freunde und Bewunderer Alfred Milners, mit dem sie regelmäßig in Kontakt standen. Sämtliche Informationen zu ihren Aktivitäten verheimlichten sie vor dem liberalen Kabinett, um in aller Ruhe weiter auf einen Krieg mit dem Deutschen Reich zuzusteuern. Während Außenminister Grey die Pläne für den Krieg weiter vorantrieb, gab Kriegsminister Haldane der Armee eine neue Struktur. Admiral Sir John Fisher wiederum verpaßte der Flotte eine radikale Modernisierung: die Kriegsschiffe sollten fortan mit Öl befeuert werden. Später übernahm Winston Churchill diese Aufgabe.

Die Reihen schließen sich

Die Geheime Elite wollte in der Öffentlichkeit das Gefühl vermitteln, daß Deutschlands Flottenbauaktivitäten eine Bedrohung für Großbritannien darstellten. Zu diesem Zweck förderte Lord Northcliffe in seinen Blättern ausgedachte Schauergeschichten über eine deutsche Invasion in England, ebenso über zahlreiche deutsche Spione, die angeblich verdeckt im Land agierten. Währenddessen wurden überall im Empire Ableger der Geheimgesellschaft gegründet, um die "Dominions" stärker zu einer Einheit zu verschmelzen und auf den Krieg vorzubereiten; auch die USA sollten stärker eingebunden werden.

Schon Cecil Rhodes hatte erkannt, daß die USA eine zentrale Rolle würden spielen müssen, wenn man eine Welt anstrebe, die von der "angelsächsischen Rasse" dominiert werden solle. In den USA sammelte sich die wirtschaftliche Macht immer stärker in einigen New Yorker Familiendynastien, darunter die Häuser Morgan und Rockefeller.

Auch die Rothschilds waren eng mit Morgan sowie mit anderen aufstrebenden Kreditinstituten wie etwa Kuhn, Loeb & Co., Jacob Schiff und Paul Warburg verbunden. Der Geldadel in den USA wirkte massiv auf die Präsidentschaftswahlen von 1912 ein, damit seine Marionette Woodrow Wilson zum Präsidenten gewählt wurde. Wilson ermöglichte anschließend die Gründung des Federal Reserve Systems im Jahre 1913, das US-amerikanische Zentralbankensystem, mit dem maßgeblich der Erste Weltkrieg finanziert werden konnte.

Der zweite Versuch - Fes und Agadir

1911 wurden Gerüchte einer Rebellion in Fes gestreut. Daraufhin setzte Frankreich ein großes Truppenkontingent in Marsch, das sich dann als Besetzungsarmee entpuppte. Deutschland protestierte lediglich, indem es ein kleines Kanonenboot nach Agadir entsandte. Dies wurde allerdings von der Geheimen Elite maßlos übertrieben: Man behauptete, Deutschland wolle in Agadir einen Marinestützpunkt errichten und von dort aus die Seefahrtswege bedrohen.

In Frankreich selbst widersetzte sich der neu gewählte Ministerpräsident Joseph Caillaux den Kriegshetzern und nahm Verhandlungen mit dem Deutschen Reich auf. Erneut also gingen die Deutschen nicht in die Falle und handelten schon wieder eine diplomatische Lösung aus. Die Geheime Elite würde die vollständige Kontrolle über die französische Regierung übernehmen

müssen.
In ganz Europa, in Großbritannien und im Empire suchte sich die Geheime Elite Politiker und Diplomaten, die sie nach ihrem Willen formen konnte. In Paris setzte sie Alexander Iswolski, inzwischen russischer Botschafter in Paris, darauf an, den amtierenden französischen Ministerpräsidenten Caillaux zu schwächen, und ihn durch Raymond Poincaré ersetzen zu lassen, einen überzeugten Revanchisten.
Unter Poincaré verwandelte sich das französisch-russische Bündnis von einem Verteidigungsabkommen hin zum Kriegsabkommen. 1914 hielten französische Banken über 80 Prozent der russischen Staatsschulden: Poincaré und seine Förderer koppelten die Darlehen an die Bedingung, daß Rußland sein Militär ausbaue und das Eisenbahnnetz so modernisiere, daß sich die Truppen schneller gegen Deutschland in Stellung bringen lassen könnten. Die Rothschild-Häuser in London und Paris arbeiteten Hand in Hand daran, Rußland über verschlungene Kanäle mit dem notwendigen Kapital zu versorgen.

Pulverfaß Balkan

Als das Jahr 1912 anbrach, war es der Geheimen Elite bereits zweimal mißlungen, das Deutsche Reich zu einem Krieg anzustacheln. Marokko schien sich also dafür nicht zu eignen, so daß Agenten der Geheimen Elite die schwelenden nationalistischen Spannungen auf dem Balkan anfachten mit dem Ziel, die ganze Region in einen Brandherd zu verwandeln.
Die Kommandokette lief vom Foreign Office zu Iswolski in Paris, weiter zu Außenminister Sergei Dmitrijewitsch Sasonow in Rußland und schließlich zum russischen Botschafter in Belgrad Nikolaus Hartwig, der als Panslawist die expansionistischen Bestrebungen Serbiens gegen Österreich-Ungarn unterstützte.
Außenminister Sasonow meldete dem Zaren, daß sich die Briten insgeheim verpflichtet hatten, Frankreich bei einem Krieg mit Deutschland zu unterstützen. Entsprechend ermutigt, taten sich die Russen mit dem serbischen Nationalisten Oberst Apis und dessen Organisation "Schwarze Hand" zusammen, um das Attentat gegen den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand vorzubereiten.
Als seine Ermordung gelungen war, sorgte die Geheime Elite dafür, daß sich die Morde in Sarajewo zu einer umfassenden Krise auswuchsen. Dabei erhielt Österreich-Ungarn zunächst eine Menge geheuchelter Unterstützung; auch Deutschland wurde mit Freundschaftsbekundungen und Sympathiebeteuerungen hinters Licht geführt.
Auf diese Weise wurde Graf Berchtold, seit 1912 österreichischer Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern, schließlich zu einer kühnen Reaktion ermutigt: Er würde der serbischen Aggression ein für alle Mal ein Ende bereiten. Mit anderen Worten: Er würde in die britische Falle tappen und Deutschland getreulich folgen. Wie bereits 1912 reiste der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré nach Sankt Petersburg und bekräftigte sein Versprechen, daß Frankreich, sollte Deutschland Österreich beistehen, an der Seite Rußlands in den Krieg ziehen würde.
Im Parlament, in der Presse und in Diplomatenkreisen wurde Deutschland unterdessen vorgelogen, daß sich die Beziehungen zu Großbritannien deutlich gebessert hätten. Dabei trieben die Agenten der Geheimen Elite ihre Vorbereitungen für die Zerstörung des Kaiserreiches immer weiter voran.
Serbiens Antwort auf Österreichs Forderungen setzte schließlich die Falle in Kraft, die man Graf Berchtold gestellt hatte. Während der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg noch verzweifelt nach Wegen suchte, den Frieden zu wahren, und auch Graf Bechthold nun bereit war, "einen Schritt vom Abgrund" wegzutreten, genehmigte der Zar am 26. Juli eine Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte. Daß die Generalmobilmachung durch eine Großmacht die erste Kriegshandlung war, galt als allgemein akzeptierte Tatsache.
Am 1. August sandte der russische Botschafter Alexander Iswolski ein Telegramm aus Paris

nach Sankt Petersburg: "Frankreichs Kriegsminister, in herzlicher und bester Laune, informierte mich, daß die Regierung sich verbindlich zum Krieg entschieden habe." Also fast 24 Stunden bevor Deutschland die Generalmobilmachung verkündet und Rußland den Krieg erklärt hatte. Um 16 Uhr gingen aus dem zentralen Telegrafenamt in Paris Telegramme mit dem Befehl der Geheimmobilmachung ab.
Zu diesem Zeitpunkt hatten auch Serbien, Österreich, Rußland, Frankreich und Großbritannien auf die eine oder andere Weise damit begonnen, ihr Militär vorzubereiten. Einzig das Deutsche Reich hatte noch nichts unternommen. Erst nachdem der Kaiser 24 Stunden lang vergeblich auf eine Antwort seiner telegrafischen Forderung gewartet hatte, Rußland solle sämtliche Truppenbewegungen entlang der Grenze einstellen, befahl er die Generalmobilmachung.
So entschloß sich das Deutsche Reich als letzte der europäischen Großmächte zu diesem unwiderruflichen Schritt, der ihm von der Entente Cordiale aufgenötigt wurde. "*Wie*", fragen Docherty und Macgregor, *"paßt das zu der Behauptung, Deutschland habe den Ersten Weltkrieg begonnen? … Was sonst hätte Deutschland tun können? Entweder geduldig die eigene Vernichtung abwarten oder zuschlagen, um sich zu verteidigen. Damit die deutschen Streitkräfte bei einem Zweifrontenkrieg überhaupt eine Chance hatten, mußten sie blitzartig Erfolge einfahren."*

Eine gerechte Sache

Der britische Außenminister Edward Grey wußte mittlerweile, daß die britische Öffentlichkeit nicht zum Krieg bereit wäre, wenn Deutschland nicht klar als Aggressor hingestellt werden könnte. Also benötigte er noch unbedingt eine vermeintlich gerechte Sache, um die Briten mit in den Krieg zu reißen: Man fand sie im "tapferen kleinen Belgien", das man vor den verachtenswerten "Hunnen" beschützen müsse.
Als der deutsche Botschafter in London den Vorschlag unterbreitete, daß Belgiens Souveränität gewahrt bliebe, insofern Großbritannien dafür seine Neutralität versprechen würde, bekam er von Außenminister Grey keine aufrichtige Antwort. Statt dessen log er, daß es vorläufig nicht die geringste Absicht gebe, feindlich gegen Deutschland vorzugehen. Auf diese Weise sorgte Grey dafür, daß jedes Angebot von Frieden und Neutralität aus Berlin abgelehnt oder zurückgehalten wurde.
Gleichzeitig zeigte er sich über das deutsche Verhalten überaus empört: Angeblich habe das Kaiserreich alle Bemühungen um Einigung abgetan, um stetig auf den Krieg zuzumarschieren. Dabei wußte er nur zu gut, daß Deutschland notwendigerweise durch Belgien würde marschieren müssen, um sich gegen Frankreich zur Wehr zu setzen.
Am Abend des 2. August übergab der deutsche Botschafter in Brüssel den versiegelten Brief, den Generaloberst Moltke, der Chef des deutschen Generalstabs, ihm vorher zur Aufbewahrung zugestellt hatte. In dem Schreiben hieß es, Deutschland habe verläßliche Informationen, daß Frankreich durch Belgien marschieren und das Kaiserreich angreifen wolle.
Deutschland sei als Reaktion darauf seinerseits gezwungen, in Belgien einzumarschieren. Wenn sich Belgien nicht in den Weg stelle, verspreche Deutschland, nach Ende des Krieges und mit Friedensbeginn das Territorium zu räumen, für alle entstandenen Schäden aufzukommen und die Lebensmittel zu bezahlen, welche von den deutschen Truppen verbraucht würden.
Sollte Belgien die deutschen Einheiten dagegen nicht widerstandslos passieren lassen, sehe Deutschland sich leider gezwungen, Belgien als Feind zu betrachten. Der belgischen Regierung wurden zwölf Stunden Zeit für eine Antwort gegeben, also bis 7 Uhr am Morgen des 3. August. König Albert I. von Belgien schickte Sir Edward Grey eine Botschaft: Belgien werde das deutsche Ansinnen ablehnen, man bitte um die Hilfe Großbritanniens.
Als nun endlich feststand, daß Deutschland die belgische Neutralität definitiv verletzen wür-

de, ließ Außenminister Grey seine heuchlerische Maske fallen und *"machte sein Engagement für eine Sache öffentlich, die nicht benannt werden konnte - den Vernichtungskrieg, den die Geheime Elite gegen Deutschland führen wollte"*.
Im Kabinett ging es nun schlagartig um die Loyalität gegenüber Belgien. Sollten die Briten einfach tatenlos mit ansehen, wie Belgien unter die Räder kommt, wäre der Ruf des Empire auf ewig beschädigt. In Wirklichkeit hatte es bereits seit 1906 streng geheime Militärabkommen zwischen Belgien und Großbritannien gegeben: bis in die kleinsten Details hatten Briten und Belgier ihre Militärtaktik geplant und aufeinander abgestimmt.
Die Neutralität Belgiens war also nichts weiter als eine weitere Lüge, eine Täuschung, die man psychologisch sehr geschickt aufrechterhalten hatte, um die Briten vom Krieg gegen Deutschland zu überzeugen und die Deutschen als Bösewichter darstellen zu können. Nun erklärte Grey im Unterhaus, daß Großbritannien nicht tatenlos zusehen würde, sollte es zu einer Invasion Belgiens kommen, daß man Frankreich auf See unterstützen und Deutschland davon in Kenntnis setzen würde.
Am 3. August 1914 hielt Sir Edward Grey vor dem Unterhaus eine Rede, in der er noch einmal betonte, wie sehr er sich und seine Kollegen vom Foreign Office darum bemüht hätten, den Frieden in Europa zu bewahren. Er sprach vom furchtbarsten Verbrechen, das je die Seiten der Geschichtsbücher besudelte, dann eilte er aus dem Parlament, um Deutschland das schicksalhafte Ultimatum zu stellen - wohlwissend, daß die Besetzung Belgiens bereits im Gange war, die zentrale britische Forderung also nicht mehr zu erfüllen war. "Das Ultimatum war somit im Grunde eine Kriegserklärung."
Dann unterschrieb König George V. am Abend des 4. August 1914 im Buckingham Palace die offizielle Kriegserklärung. So bekam die Geheime Elite endlich ihren Krieg gegen Deutschland, den sie seit so vielen Jahren angestrebt und geplant hatte. Kaum begonnen, wurde das Kaiserreich auch schon propagandistisch mit Schuld überhäuft.
Vier Jahre später, am 11. November 1918, wurde nördlich von Paris, im Wald von Compiègne, in dem Eisenbahnwagon von General Foch der Waffenstillstand mit Deutschland unterzeichnet. *"Der Vertrag besagte, der deutsche Kaiser habe einen Expansionskrieg geführt und Europa tyrannisiert, während Großbritannien, Frankreich und Rußland alles getan hätten, um dies zu verhindern. Deutschland habe sich der schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Freiheit, die je eine Nation beging, die sich selbst als zivilisiert bezeichnet, schuldig gemacht. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln - Universitäten, Presse, Kirchenkanzeln und dem gesamten Staatsapparat - trug die Geheime Elite diese falsche Schuldzuweisung in die Welt hinaus. Sie diffamierte den Kaiser und Deutschland und glorifizierte die Entente-Mächte."*
Gleichzeitig mußte die tatsächliche Verantwortung der britischen Elite für den Krieg vertuscht werden: die wahren Hintergründe sollte auch die Nachwelt niemals erfahren.
Tatsächlich waren diese Leute auch in der Lage, die für sie relevante Geschichtsschreibung zu kontrollieren - und zwar *"von der kleinsten Dorfschule bis hinauf zu den Elfenbeintürmen der akademischen Welt"*. Regierungsunterlagen wurden sorgfältig darauf überprüft, ob sie in die offizielle Version der Geschichte des Ersten Weltkrieges einfließen durften oder nicht. Potentiell belastende Unterlagen wurden verbrannt, aus den offiziellen Registern getilgt, vernichtet, gefälscht oder umgeschrieben.

Geschichte als Immunsystem

Wir können davon ausgehen, daß eine solche Betrachtung der Geschichte - ganz besonders, wenn es sich nun um die wahre Beschreibung historischer Tatsachen handelt - auch heute noch politisch mehr als unerwünscht ist; mit anderen Worten: "volkspädagogisch wertlos", weil eine solche Geschichte wohl nicht dazu beiträgt, die Deutschen "in Schach zu halten". Viele Menschen im In- und Ausland scheinen immer noch eine tief verankerte Angst davor zu

haben, daß die Deutschen - sobald sie keine Schuld, oder auch nur weniger Schuld und Gewissensbisse verspürten, jene mörderische Bestie in sich wieder aufsteigen lassen könnten, die für einen Großteil der Greuel des 20. Jahrhunderts verantwortlich gemacht wird.
Dabei sollte man nicht vergessen, daß gerade die offensichtlich ungerechtfertigte Schuldzuweisung in Bezug auf den Ersten Weltkrieg selbst nicht ganz unverantwortlich war am Erstarken des Nationalsozialismus. Schließlich diente sie als Rechtfertigung für die Kriegsreparationen, die von den Nationalsozialisten propagandistisch ausgeschlachtet wurden, um gegen die Weimarer Republik, um gegen Freiheit, Demokratie, ja gegen das sogenannte "internationale Judentum" zu wettern.
Selbst die Bundesrepublik wurde noch in die Pflicht genommen und mußte bis etwa 1983 14 Mrd. DM an Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg zurückzahlen. Eine stolze Summe, wenn man davon ausgeht, daß die Schuldzuweisungen auf Lügen beruhten. Hinzu kamen Zinsen in einer Höhe von 251 Millionen Mark aus den Jahren 1945 bis 1952, die bis zur Wiedervereinigung Deutschlands ausgesetzt und schließlich ab dem 3. Oktober 1990 wieder fällig wurden, und schließlich am 3. Oktober 2010 getilgt wurden. Wichtiger ist jedoch die Frage, welche Wirkung dieses Schuldbewußtsein im Bereich des Seelisch-Geistigen hat.
Wenn es nun wirklich so ist, daß im deutschen Volk - im Sinne einer "*historisch gewachsenen Kulturgemeinschaft, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen"*, wenn in dieser deutschen Kulturgemeinschaft "*das tiefe Streben veranlagt ist, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen und die Erkenntnis auf die hinter der Oberfläche wirkenden geistigen Kräfte zu erweitern, die den Erscheinungen zugrunde liegen*", daß "der Deutsche", wie Friedrich Hebbel 1860 schrieb, "*alle Eigenschaften hat, sich den Himmel zu erwerben"*, so kann man sich fragen, welche Folgen dieses Schuldbewußtsein für das Streben nach den geistigen Quellen des Daseins haben könnte.
Könnte es nicht sein, daß die Deutschen vor der eigenen inwendigen Hölle eine solche Angst haben, daß sie wie programmiert davor zurückschrecken, nach den Sternen zu greifen?
Womöglich wirkt das deutsche Schuldbewußtsein, das mit einer Dämonisierung der deutschen Kultur einhergeht, in allen seinen Facetten wie eine Art geistiges Immunsystem.
Betrachtet man nun all die Geschehnisse, die zu den zwei Weltkriegen geführt haben, aus einer geistigen Perspektive, dann können diese Weltkriege als diabolische Inszenierungen erscheinen, die u.a. auch dazu geführt haben, daß die Deutschen so sehr an sich selbst verzweifeln, daß sie keinen Gebrauch mehr von ihren spirituellen Eigenschaften machen, daß ihr Streben, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen, aufgeben, um sich nur noch rein weltlichen Dingen zu widmen.
Möge der Tag kommen, da die Deutschen und alle, die mit der deutschen Kultur auf die eine oder andere Weise verbunden sind, bei klarem Wissen um die grauenhaften Taten der Nationalsozialisten - Taten, die tatsächlich auch im Namen des deutschen Volkes begangen wurden - zurückfinden zu den lichten Quellen ihrer eigenen Kultur.
… Der Artikel wurde zuerst veröffentlicht in "Der Europäer" Februar 2019.
Von Cyril Moog ist ein neuer Roman erschienen: *Der neue Mensch - 1917-1923* …<<

Die Folgen des Versailler Vertrages

Alle gutgläubigen Menschen, die den Versprechungen der Siegermächte bedingungslos geglaubt hatten, wurden bitter enttäuscht. Nach der Entwaffnung des deutschen Heeres begann für die Deutschen eine endlose Tragödie. Fast niemand war bereit, den Deutschen zu helfen. Die ungerechtfertigten Demütigungen der "rachsüchtigen Greise von Versailles" provozierten naturgemäß neue Konflikte und die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Deutschen Reiches begünstigten nachweislich Hitlers Aufstieg.

Die willkürlichen Gebietsabtretungen im Osten und die Tatsache, daß mehreren Millionen Deutschen die Selbstbestimmungsrechte sowie wesentliche Menschenrechte vorenthalten wurden, waren bei der deutschen Bevölkerung ungemein verhaßt und erleichterten letzten Endes Hitlers Weg zur gewaltsamen Machtübernahme.
Der Versailler Friedensvertrag traf das Deutsche Reich äußerst schwer und belastete die "Weimarer Republik" mit einer verhängnisvollen Hypothek. Aufgrund der im Versailler Vertrag festgelegten alleinigen Kriegsschuld Deutschlands wurde der "Friedensvertrag" von allen deutschen Parteien als "Diktat- und Schandfrieden" abgelehnt. Der Vertrag von Versailles galt im Deutschen Reich allgemein als "Schandvertrag", heimtückischer Verrat und arglistiger Vertrauensbruch.
Die meisten Deutschen lehnten damals die Unterzeichnung des Vertrages entschieden ab, denn man verweigerte den Deutschen damals nicht nur das völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht, sondern das Land war außerdem fast schutzlos und sollte unfaßbare Reparationen zahlen. Die deutschen Unterzeichner des Versailler Vertrages wurden später unentwegt als Volksverräter bzw. "Novemberverbrecher" beschimpft und verunglimpft.
Der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland Theodor Heuss schrieb im Jahre 1932 in seinem Buch "Hitlers Weg" - eine Studie über das Werden des Nationalsozialismus - über den Versailler Vertrag (x024/35): >>... Die Geburtsstunde der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den Versailler Vertrag (x063/526): >>Artikel 231 des Versailler Vertrages, die "Kriegsschuld-Klausel", hat politisch und psychologisch besonders verhängnisvoll gewirkt. Es war im Lichte der Tatsachen eine grobe Geschichtslüge und wurde als eine schwere Beleidigung des deutschen Volkes empfunden. Eine deutsche Regierung, die dazu ihre Zustimmung gab, mußte jedes Ansehen verlieren. ...<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x057/201,203): >>Entgegen der Zusicherung eines Friedens der Gerechtigkeit legte die Entente dem Deutschen Reich einen Diktatfrieden vor. Die erste republikanische Regierung, die sich nach den Wahlen der Nationalversammlung im Januar 1919 gebildet hatte, unterzeichnete den Vertrag von Versailles am 28. Juni 1919, um den drohenden Einmarsch feindlicher Truppen zu vermeiden. ...<<
>>... Das Deutsche Reich erlebte nach 1648 und 1806/07 einen neuen tiefen Sturz im Verlauf seiner tausendjährigen Geschichte. Durch Hunger zermürbt, von einer feindlichen Übermacht erdrückt, von seinen Bundesgenossen verlassen, von der Führung enttäuscht, innenpolitisch erschüttert, war das deutsche Volk gezwungen, den Kampf aufzugeben.
In ungezählten Gruppen und Parteien zerrissen, wirtschaftlich völlig erschöpft und seelisch gebrochen, mußte Deutschland seinen zerschlagenen Staat neu aufrichten, seine zerstörte Wirtschaft wieder aufbauen und neue Kraft sammeln zum Leben. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über den "Versailler Vertrag" (x283/204): >>... Washington hat zwar den Krieg entschieden, sich dann aber aus der Verantwortung für den Frieden gestohlen. Der Kongreß hat den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet.
Immerhin unterblieben die von der französischen Generalität geforderte Aufteilung Deutschlands in seine Bundesstaaten, die Auslieferung der Generale als "Kriegsverbrecher" und die Deportation Kaiser Wilhelms nach Curacao, wo das Quartier für ihn bereitstand.
Das Reizwort "Versailles" war die zugkräftigste Wahl- und Kriegsparole Hitlers. Die unbezahlbaren Reparationen überforderten nicht nur die Wirtschaft, sondern, schlimmer noch, sie belasteten die Regierung und das Weimarer System überhaupt, das in den Augen seiner Gegner von rechts wie von links zum schändlichen Erfüllungsgehilfen Frankreichs wurde. So

stand die Demokratie auf schwachen Füßen ... So ist die Weimarer Republik gekennzeichnet durch die doppelte Spannung einerseits zwischen Links- und Rechtsextremisten, die sich allerdings im Kampf gegen Versailles einig waren, und andererseits in der Ablehnung der parlamentarischen Demokratie durch die Aktivisten auf beiden Flügeln des politischen Spektrums und die kaisertreuen Konservativen. ...<<

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schrieb später über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedensvertrages (x320/19): >>… Denn wenn wir bewußt auf die Verarmung Mitteleuropas hinarbeiten, dann wird - das wage ich vorherzusagen - die Rache nicht auf sich warten lassen. Nichts kann dann mehr lange den letzten Bürgerkrieg zwischen den Mächten der Reaktion und den verzweifelten Zuckungen der Revolution aufhalten, jenen Bürgerkrieg angesichts dessen die Schrecken des Krieges mit Deutschland ein Nichts scheinen werden, jenen Krieg, der, ganz gleich wer siegt, die Zivilisation und den Fortschritt unserer Generation vernichten wird.<<

Churchill kritisierte später die verhängnisvolle Reparationspolitik der Ententemächte (x069/-146): >>Diese Diktate drücken sowohl die Wut der Sieger aus wie den Irrtum der Völker, die nicht begriffen, daß keine Nation die Kosten des modernen Krieges ersetzen kann. Die breiten Massen hatten von den einfachsten wirtschaftlichen Tatsachen keine Ahnung, und die Parteiführer wagten mit Rücksicht auf die Wähler nicht, sie darüber aufzuklären

Nur wenige Stimmen erhoben sich, um darzulegen, daß Reparationszahlungen lediglich auf dem Wege von Dienstleistungen oder durch den Transport von Waren möglich seien, und daß diese Waren die Industrie der Gläubiger aus dem Gleise bringen müßten.

Die siegreichen Alliierten versicherten nach wie vor, sie würden die Deutschen "ausquetschen, bis die Kerne krachen". Das alles übte auf das Gedeihen der Welt und auf die Stimmung des deutschen Volkes gewaltigen Einfluß aus. ...<<

Der französische Historiker Jacques Bainville schrieb später über den Versailler Friedensvertrag (x243/13): >>Der Friede ist mild, für das, was er an Härten enthält. ... Der Vertrag nimmt Deutschland alles, außer der Hauptsache, dem politischen Dasein als Staat. ...

Und was die Leidenschaften angeht, ... so enthält der Friedensvertrag alles, wessen es bedarf, um die Deutschen aufs äußerste zu reizen. ...

Der Friedensvertrag hat die deutsche Einheit bewahrt. ... Darin liegt das, was wir seine Milde nannten. ...

Der Vertrag ... häuft Schwierigkeiten auf mit Deutschland ... und zwischen den Alliierten. ...

Der Friedensvertrag hat uns nicht einmal in ... günstige Bedingungen versetzt, wenn wir Krieg führen müssen. ... Die Meinung der Heerführer, die eine strategische Grenze forderten, ist nicht berücksichtigt worden. ...<<

General Charles de Gaulle sprach im Jahre 1944 von dem "Dreißigjährigen Krieg unseres Jahrhunderts". De Gaulle deutet damit an, daß die 20er und 30er Jahre tatsächlich nur Pausen bzw. nur Zwischenkriegszeit gewesen seien (x098/41).

Der französische Politiker Maurice Thorez (1900-1964) berichtete später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x321/7): >>… Der letzte Krieg war ein Raubkrieg und der Vertrag, der ihn beendete, war ein Raubvertrag, geheiligt von der Sozialdemokratie, die seine Durchführung unterstützte. …

Der Vertrag von Versailles bedeutet die Hegemonie Frankreichs, bedeutet die Unterwerfung Deutschlands unter ein brutales Joch, bedeutet die Unterdrückung Elsaß-Lothringens durch unseren Imperialismus, so wie es zuvor durch den Imperialismus Deutschlands unterjocht worden war. Versailles bedeutet die Unterdrückung der nationalen Minderheiten Europas, bedeutet die Balkanisierung Europas; es bedeutet die Reparationslast, die auf den Werktätigen der besiegten Länder lastet; es bedeutet ein System, in dem Frankreich dank seiner Bündnisse, dank der Länder, die es zu seinen Vasallen gemacht hat, vorherrschend ist. Ein derartiger Ver-

trag ist daher die größte Kriegsquelle der gegenwärtigen Stunde. …
Eine der Hauptwaffen der Hitler-Propaganda ist die heftige Kritik an den Folgen des Artikels 231 des Vertrages, der sich auf die einseitige Verantwortung des Volkes Deutschlands im letzten Krieg bezieht.<<
Der französische Schriftsteller und Kritiker Anatole France (1844-1924, eigentlich Jacques-Anatole Thibault) schrieb später über den Versailler Vertrag (x340/198): >>… Der fürchterlichste aller Kriege hatte einen Friedensvertrag zur Folge, der kein Vertrag des Friedens ist, sondern die Fortsetzung des Krieges. Europa wird daran zugrunde gehen, wenn es nicht die Vernunft zu seinem Ratgeber wählt.<<
Der russische Politiker Lenin (1870-1924, eigentlich Wladimir I. Uljanow) schrieb später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x321/7): >>… Als Ergebnis dieses Krieges haben wir eine unvergleichlich schärfere Zuspitzung aller kapitalistischen Gegensätze. Der Krieg versetzt mit einem Schlage etwa eine Viertelmilliarde der Weltbevölkerung in eine Lage, die mit der von Kolonien gleichbedeutend ist, nämlich Rußland, das mit 130 Millionen zu veranschlagen ist. Österreich-Ungarn, Deutschland und Bulgarien mit nicht weniger als 120 Millionen. Eine Viertelmilliarde von Menschen in Ländern, die teilweise wie Deutschland, zu den fortgeschrittensten, aufgeklärtesten, kultiviertesten gehören und technisch auf der Höhe des modernsten Fortschritts stehen.
Der Krieg zwang ihnen durch den Versailler Vertrag solche Bedingungen auf, das fortgeschrittene Völker in koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit gerieten. Sie sind durch diesen Vertrag auf viele Generationen hinaus gebunden und in Verhältnisse versetzt, unter denen noch nie ein zivilisiertes Volk gelebt hat. …
Der Versailler Vertrag hat für Deutschland und eine ganze Reihe der besiegten Länder Verhältnisse geschaffen, die eine materielle Unmöglichkeit der wirtschaftlichen Existenz bedeuten, hat sie in Bedingungen völliger Rechtlosigkeit und Erniedrigung versetzt.<<
Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schrieb später über die Folgen des Versailler Vertrages (x337/148): >>Nach Versailles unterstand Deutschland tatsächlich einer dezenten Besetzung. Deutschlands Unabhängigkeit war damals so vorgetäuscht wie zum Beispiel heute diejenige des Irak.
Eine Regierung, eine Flagge und eine Nationalhymne, das alles hat es gegeben, aber nicht die Fähigkeit, eigenständige Lösungen zu entwickeln. England und die USA konnten in Deutschland tun und lassen, was sie wollten, und wir können das Ergebnis sehen: endlose Wahlen, Hitlers vorzeitige Entlassung aus der Haft und dann seine Ernennung zum Kanzler. Zwischen 1918 und 1933 geschah in Deutschland nichts auf Geheiß der Deutschen selbst. …<<
In einem "Spiegel-Interview" vom 25. Januar 1971 erklärte der damalige US-Gouverneur des US-Bundesstaates Alabama, George Wallace: >>... Amerika ist in gewisser Weise mitverantwortlich für den Zweiten Weltkrieg. Denn dieser Krieg hätte sich vermeiden lassen ... Der Vertrag von Versailles war ein Racheakt. Man hat den Deutschen diesen Vertrag aufgezwungen, was wirklich unfair war. Hätte es diesen Vertrag nicht gegeben, dann hätte es auch keinen Hitler gegeben ...<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die Versailler Friedenskonferenz (x364/127-131): >>**VI. Verrat in Versailles**
Als sich der Erste Weltkrieg, der "Krieg zur Beendigung aller Kriege", zähflüssig einem Stillstand näherte und "Frieden" sich unbehaglich über die dezimierten und ausgelaugten Völker Europas legte, blieb eine Frage von übergeordneter Dringlichkeit in den Köpfen der monopolistischen Weltverteiler offen: wie sollten sie das Geschehen zwischen den führenden Mächten so manipulieren, daß ein weiteres universales Blutbad, mit all seinen möglichen Gewinnen

und Fortschritten auf dem Weg zu ihrem Endziel in der nahen Zukunft mit tödlicher Wut ausbrechen würde?
Sofort nach dem Krieg belegte die englische Regierung auf Geheiß ihrer heimlichen Meister aus der City, Deutschland mit einer Blockade. Am 14. März 1919 erklärte Winston Churchill vor dem englischen Unterhaus, daß England "die Blockade mit Nachdruck durchsetze. Diese Waffe des Aushungerns ist vornehmlich auf die Frauen und Kinder gerichtet, die Alten, die Kranken und die Armen."

Der Mann, der die Würfel rollen ließ

Während die London "Daily News" Augenzeugenberichten aus Deutschland über "viele entsetzliche Dinge … Babies zu Hauf, vom Fieber aus Mangel an Nahrung geschüttelt, von Hunger derart verzehrt, daß ihre kleinen Glieder wie dünne Stöckchen aussehen, ihre Gesichter hoffnungslos und ihre Augen voller Qual" brachte, berichtete, die "Associated Press" aus Paris am 24. Juli, daß "Deutschland 500 Hengste, 3.000 Fohlen, 90.000 Milchkühe, 100.000 Schafe und 10 000 Ziegen an Frankreich abliefern muß. Des weiteren hat Deutschland 200 Hengste, 5.000 Stuten, 5.000 Fohlen, 50.000 Kühe und 40.000 Säue an Belgien abzuliefern."
Wie uns Professor Quigley in seinem Buch "Tragedy and Hope" mitteilt, war "der Ausgang der Blockade verheerend. In den neun Monaten nach dem Waffenstillstand hat sie den Tod von 800.000 Menschen bewirkt." In den vier Kriegsjahren hatte Deutschland l ,6 Millionen Menschen verloren. Die Sterblichkeitsrate in Deutschland während der Blockade war fünfeinhalbmal so groß wie im Krieg.
Als sich die Führer der "siegreichen " Nationen in Versailles, Frankreich, versammelten, um über das Schicksal Europas zu beschließen, waren auch die Rothschilds und ihre Agenten mit von der Partie, um sicherzustellen, daß die Dinge in die Bahn gelenkt wurden, die ihren Interessen nützlich sein würde.
Die Delegation der Vereinigten Staaten wurde nach außen hin von Woodrow Wilson angeführt, aber es bestanden bei den anderen führenden Teilnehmern keinerlei gedankliche Zweifel daran, daß House der Mann war, der die Würfel rollen ließ. Er war der Mann, der die Entscheidungen traf. Ohne seine Billigung ging nichts.

Berater waren die Banker

Der dritte im Führungsbunde der amerikanischen Delegation, der die Rolle eines "Beraters" spielte, war Bernard Baruch. In seiner Zeit als despotischer Leiter des Amtes für Kriegsindustrie im Ersten Weltkriege hatte Baruch es verstanden, sich ein Vermögen von rund 200 Millionen US-Dollar zu erwerben, indem er lukrative Regierungsaufträge an die "richtigen" Stellen vergab. Baruch hatte für Wilsons Wahlkampagne 1912 und 1916 sein privates Vermögen investiert. Es hatte sich nett bezahlt gemacht!
England wurde durch seinen Premier David Lloyd George vertreten.
An seiner Seite befand sich Sir Philip Sassoon, ein direkter Nachfahre von Amschel Rothschild und ein Mitglied des englischen Privy Council (geheimer Staatsrat). Auf der Friedenskonferenz agierte Sassoon als Lloyd Georges Privatsekretär und konnte damit an allen supergeheimen Sitzungen teilnehmen.
Bei den Franzosen wurde Premierminister Clemenceau von einem Mann "beraten", der den Namen "Georges Mandel" trug. Es war kein neuer Job, den dieser spitznasige, untersetzte kleine Chemiker ausführte, der während des Krieges das französische Innenministerium geleitet und die Zivilbevölkerung zum Mut ermahnt hatte. Mandel, geborener Louis Georges Rothschild, ist oft als der Disraeli Frankreichs bezeichnet worden. Er war ein Superpolitiker in einem Land der Politiker.
"Colonel" House war auf der europäischen Politszene kein Fremdling. Seit 1912 - insbesondere während der Kriegsjahre - hatte er regelmäßig die Kanzlerämter Europas besucht. "House fühlte sich immer ganz zu Hause, ob er mit König Georg im Buckingham Palast dinierte, mit

dem Kaiser in Potsdam plauderte oder im Elysée Palast zu Mittag aß, genauso wie in den Zeiten, als seine Bibliothek in Austin der Treffpunkt der Männer war, die Texas regierten".
Zur Zeit der Versailler Friedenskonferenz befand sich House auf dem Höhepunkt seiner Macht. Er war dort der gefragteste Mann. Premiers, Botschafter und Delegierte belagerten ihn in seinem Hotel Carlton. An einem einzigen Tag gewährte er an solch einflußreichen Männern 49 Audienzen. Einmal traf der französische Regierungschef, Clemenceau, ein, als der Präsident Wilson bei House weilte.
Der Präsident mußte das Zimmer verlassen, während House und der französische Premier sich unter vier Augen unterhielten. Wilson war nur ein Bauer in dem Spiel - ein austauschbarer Bauer in dem tödlichen Spiel der internationalen Macht.

Wilson ein gebrochener Mann

Es liegen erhebliche Beweise vor, daß Woodrow Wilson bereits 1914 zu der furchterregenden Einsicht gelangt war, er habe, seine "Seele dem Teufel verkauft" im Austausch für einen flüchtigen Moment des "Ruhmes" auf der nationalen und internationalen Bühne.
Diese Tatsache hat offensichtlich das Gewissen des Präsidenten in den späteren Jahren mehr und mehr belastet. House vertraute seinem Tagebuch später an, daß er "damals (1914) und auch mehrmals danach dachte, der Präsident habe den Wunsch zu sterben; zweifellos war an seiner Haltung und seiner Gemütsverfassung abzulesen, daß er dem Leben keine Freude abgewann."
Einige Monate nach Wilsons zweiter Amtseinführung schrieb der englische Botschafter, Sir Horace Plunkett, an House: "Ich habe dem Präsidenten meine Aufwartung gemacht und war über sein abgehärmtes Aussehen erschrocken; die seit Januar eingetretene Veränderung ist entsetzlich deutlich."
Zur Zeit der Versailler Konferenz, 1919, äußerte ein englischer Regierungsbeamter, Sir William Wiseman zu House, daß er erschrocken sei "über sein Aussehen. Sein Gesicht war angespannt und hatte eine graue Farbe …
Offenbar hatte der Marionettenpräsident eine längere Zeit der geistigen Tortur durchgemacht, die ihm seine Einsicht verursacht hatte, daß die verborgenen Mächte ihn als ihr Instrument bei ihrem Komplott zur Zerstörung der Vereinigten Staaten benutzten.
In Versailles wurde Woodrow Wilson von dem Betrug und den Schikanen der internationalen Machtpolitik vernichtet. Schwindel befiel ihn, als er herausfand, daß Amerika für den Erfolg eines Geheimabkommens gekämpft hatte, von dem die Vereinigten Staaten nichts gewußt hatten und welches gegen die ersten Interessen dieser Nation verstieß.
In Versailles verhandelten die Großmächte hinter verschlossenen Türen, die kleinen Nationen hatten in den Entscheidungen nichts mitzureden. Nachdem er seinem von House inspirierten Vorschlag über die Liga der Nationen durchgebracht hatte, brach Wilson unwiderruflich mit seinem "alter ego" und fuhr heim. Bei seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten wurde Wilson vom amerikanischen Volk verstoßen. Innerhalb von zwei Wochen erlitt er zwei Schlaganfälle und war halb gelähmt. Nur wenige Menschen sahen ihn in den nächsten Monaten. Er starb 1924 in Washington.

Die Erklärung eines weiteren Krieges

- Großbritannien - oder richtig die Krone - war mehr noch als Frankreich der eigentliche Nutznießer des Versailler Vertrages. -
"Dem sogenannten gesättigten Imperium gelang es, in Form von Mandaten, die Mehrzahl der deutschen Kolonien zusätzlich zu einem fetten Stück von den Ottomanischen Besitzungen zu verschlingen. Die Kapitulation der deutschen Flotte beseitigte eine schwere Drohung und ließ England unangefochten als Seemacht vom Nordkap bis Gibraltar und von Gibraltar bis zu den Dardanellen zurück" (Nicholas Spykman "America's Strategy in World Politics").

Der endgültige "Vertrag", den man mit stillschweigendem Einverständnis der internationalen Banker geschlossen hatte, ist von vielen Beobachtern als eine grausame Farce erkannt worden. Philip Snowden, der später ein Mitglied des englischen Parlaments war, hat eine zutreffende Bewertung geliefert: "Der Vertrag dürfte Briganten, Imperialisten und Militaristen zufriedenstellen. Er ist ein Todesstoß für alle diejenigen, die gehofft hatten, das Ende des Krieges werde den Frieden bringen. Es ist kein Friedensvertrag, sondern eine Erklärung für einen weiteren Krieg. Es ist der Verrat an der Demokratie und an den Gefallenen des Krieges. Der Vertrag bringt die wahren Ziele der Verbündeten an den Tag".
Lord Curzon erklärte, der in Versailles erreichte Vertrag sei "kein Friedensvertrag, er ist einfach eine Unterbrechung der Feindhandlungen."
Später hat Lloyd George dazu bemerkt: "Wir haben ein schriftliches Dokument, das uns Krieg in zwanzig Jahren garantiert. Wenn Sie einem Volk (Deutschland) Bedingungen auferlegen, die es unmöglich erfüllen kann, dann zwingen Sie es dazu, entweder den Vertrag zu brechen oder Krieg zu führen. Entweder wir modifizieren diesen Vertrag und machen ihn für das deutsche Volk erträglich oder es wird, wenn die neue Generation herangewachsen ist, es wieder versuchen."
Noel F. Busch, Wirtschaftsberater im englischen Finanzministerium, deckt in einem in "Life" veröffentlichten Artikel am 17. September 1945 auf, daß John Maynard Keynes (später Lord Keynes), der neben Lord Rotschild in Cambridge wohnte und ein Direktor der Rotschild-kontrollierten Bank of England war, der Chefberater der englischen Regierung zu der Zeit war, als die finanziellen Klauseln des Versailler Vertrages entworfen wurden. So ist es nur natürlich, daß die Ergebnisse der wie auch immer gearteten "Vereinbarungen", die in Versailles getroffen wurden, sich in den folgenden Jahren als höchst gewinnbringend für die Banker und ihre Freunde erweisen würden. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtete später (im Oktober 2019) über den Versailler Vertrag (x358/16): >>**Die Rache Frankreichs**
_ von Rüdiger Lenhoff
Die empörendsten Bestimmungen des Versailler Vertrages trugen die Handschrift der Pariser Politik. Auch nach Einstellung der Kampfhandlungen gingen die Franzosen systematisch gegen Deutsche vor.
Nicht nur die Ruhrbesetzung 1923, sondern auch die Vertreibung der Deutschen aus dem Reichsland Elsaß-Lothringen 1918/19, das durch Versailles wieder an Frankreich gefallen war, zeigte, daß die feindselige Haltung der französischen Regierung gegenüber Berlin nach dem Krieg fortbestand.
Paris verfolgte entsprechend dem Dreiklang "purifier, centraliser, assimiler" eine Politik der ethnischen Säuberung, zentralistischen Erfassung und Zwangsassimilation. Die Behörden wurden von örtlichen Komitees unterstützt, die willkürlich gegen Deutsche in ihrer Nachbarschaft vorgingen und im Windschatten der großen Politik oft persönliche Rechnungen beglichen. Viele französische Aktivisten trieb auch ein allgemeines Rachegefühl wegen der Kriegsniederlage von 1871, in deren Folge vor allem deutschsprachige Teile Elsaß-Lothringens ans Deutsche Kaiserreich gefallen war.
Nachdem sich die Ausweisungspolitik zunächst nur gegen Angehörige der deutschen Funktionselite gerichtet hatte, traf es bald auch ganz normale Bürger. Die Behörden teilten die Bevölkerung nach Abstammungskriterien in vier Gruppen ein und etablierten damit ein Apartheidsystem. Besondere Repressionen mußten diejenigen über sich ergehen lassen, die zwischen 1871 und 1918 aus dem Inneren des Deutschen Reiches nach Elsaß-Lothringen gekommen waren.
In weniger als zwei Jahren wurden mehr als 100.000 Menschen teils mit roher Gewalt, teils mit anderen Methoden vertrieben und mußten dabei meist allen Besitz zurücklassen. Bloß mit

Handgepäck flüchteten vor allem die sogenannten Altdeutschen zu Fuß in Richtung Rheinlinie bei Kehl. Zu den Begleiterscheinungen gehörten Boykottaufrufe, Enteignungen, Stigmatisierungen und maßlose Hetze. Deutsche Geschäfte wurden mit Schildern bestückt, auf denen "Maison d'un sale Boche" ("Haus eines dreckigen Deutschen") stand, Flugblätter forderten "Kauft nur bei Elsässern" und französische Zeitungen sprachen vom germanischen "Ungeziefer", das auszutilgen sei.

Besatzung an Rhein und Ruhr

Diese Wortwahl dürften viele der französischen Soldaten im Hinterkopf gehabt haben, die ab dem 11. Januar 1923 unter Befehl des französischen Generals Jean-Marie Degoutte zusammen mit belgischen Truppen das Ruhrgebiet besetzten. Der Vorwand: Deutschland hatte die horrenden Reparationsforderungen des Versailler Vertrages - ein Gesamtbetrag von 132 Milliarden Goldmark - zwischenzeitlich nicht bedienen können.

Gegen die 30.000 bis 40.000 Besatzungssoldaten entwickelte sich eine Bewegung des passiven Widerstandes, die Kumpels legten die Arbeit nieder. Als am 31. März 1923 Arbeiter gegen die Beschlagnahmung von LKWs protestierten, eröffneten die französischen Soldaten das Feuer. Die Beisetzung der 13 Toten erfolgte am 10. April 1923 unter großer Anteilnahme der Bevölkerung.

Der volkswirtschaftliche Gesamtschaden der französischen Okkupation wurde mit etwa vier bis fünf Milliarden Goldmark beziffert. Kein Wunder, daß die Reichsmark im Verlauf des Jahres 1923 durch eine Hyperinflation zerstört wurde und die Deutschen alle Ersparnisse verloren.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete am 30. Juli 1994 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über den Versailler "Friedensvertrag" (x887/...): >>**Vor 80 Jahren begann der "Zweite Dreißigjährige Krieg" Europas**

... Der Ausschluß Deutschlands und seiner ehemaligen Verbündeten von den Pariser Friedenskonferenzen taugte für den Abschluß eines wirklichen Friedensvertrages ebenso wenig wie die diktatorische Zuweisung der Alleinschuld am Kriege. So qualifizierten Vertreter der Siegermächte freimütig den Versailler Vertrag als einen "Waffenstillstand für zwanzig Jahre", wie Marschall Foch am Vorabend der Unterzeichnung, bzw. "ein Diktat, in dem elf neue Kriege enthalten sind", wie der amerikanische Spitzendiplomat William C. Bullitt nach der Lektüre des 440 Artikel umfassenden Vertragswerkes meinte.

Nachdem dann im Sommer 1919 die Annahme des Versailler Vertrages durch Deutschland erfolgreich erzwungen werden konnte, setzten die Franzosen diese Politik der Nötigung auch in den nachfolgenden Jahren fort und ließen beispielsweise im Januar 1923 das Ruhrgebiet besetzen, als das Reich geringfügig in Verzug seiner Reparationszahlungen geraten war. Daß sich im Schatten dieser ... Siegerpolitik diesseits des Rheins eine radikale politische Kraft etabliert hatte, die im November desselben Jahres bereits nach der Staatsführung griff und in ihrem "Kampf gegen Versailles" über das Scheitern des November-Putsches hinaus eine bedrohliche Bewegung blieb, schien den Pariser Macht- und Revanche-Politikern weitgehend gleichgültig. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Oktober 2008 über Vertragsbedingungen von Versailles (x878/...): >>... Mit der Niederlage 1918 und den Vertragsbedingungen von Versailles 1919 waren bereits alle Würfel gegen Deutschland gefallen. Die Entente-Mächte taten alles, damit Deutschland niemals zu gleicher politisch-historischer Größe wie Großbritannien oder Frankreich würde aufsteigen können. Am liebsten hätten sie schon damals das Deutsche Reich, das ja erst knapp 50 Jahre bestand, wieder zerschlagen. Deutschland war als Nation, um ein Bild zu gebrauchen, gewissermaßen im Jünglingsalter gestoppt worden. Etwaige Entfaltungsmöglichkeiten wurden abgewürgt. Von den Entente-Mächten war das auch so gemeint und ist in Deutschland so angekommen.

Was dann nach 1918/1919 aus Deutschland kam, war ein Aufbegehren, die kleinbürgerliche Radikalisierung der Nazis, die alles nochmals mit unzulänglichen geistig-politischen und materiellen Mitteln auf eine Karte setzten und verloren. Das Bürgertum zog weitgehend mit, weil es den Nazis gelang, seine nationalen Ambitionen und Frustrationen zu bedienen. Der bürgerliche Ehrgeiz war noch da, auch wenn ihm die politischen Grundlagen und die Erfahrung fehlten. Gläubigkeit und/oder Treue ersetzen nun mal nicht den politischen Verstand. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 27. Juni 2009) über den Vertrag von Versailles (x887/...): >>**Waffenstillstand für 20 Jahre**

Vor 90 Jahren wurde der Vertrag von Versailles unterzeichnet

Gerne wird alles Unrecht und Unglück auf die "Machtergreifung" von 1933 in Deutschland zurückgeführt. Dabei wird die Bedeutung des Ersten Weltkrieges einschließlich der durch ihn in Versailles geschaffenen Friedensordnung geflissentlich übersehen.

"Ohne Versailles kein Hitler." Diese Kritik Martin Walsers an das den Ersten Weltkrieg beendende Friedensdiktat ist hart, aber gerecht. Geradezu prophetisch kritisierte der französische Marschall Ferdinand Foch nach dem Ersten Weltkrieg, Versailles sei weniger ein Frieden als ein "Waffenstillstand für 20 Jahre". …

Der Versailler Frieden war zu hart, als daß die Deutschen ihn als gerecht hätten akzeptieren können, aber er war zu weich, um sie längerfristig von einem Versuch der Revision abhalten zu können. …

In diesem Zusammenhang sind aber auch die deutschen Politiker der Weimarer Koalition nicht frei von Verantwortung für das Scheitern der Demokratie. Durch eine zu starke Fixierung auf die Erfüllungspolitik trieben sie deren Gegner in die Hände der nicht am Westen orientierten extremen Parteien - übrigens auch der Kommunisten.

Wenn bundesrepublikanische Geschichtspolitiker wie Hans Mommsen den kausalen Zusammenhang zwischen dem von den ehemaligen Besatzungsmächten und heutigen Freunden der Bundesrepublik verfaßten Versailler Vertrag und der "Machtergreifung" auch bestreiten, so ist doch immerhin der Zusammenhang zwischen Weltwirtschaftskrise und dem Ende Weimars Konsens. Diese Krise ging von den Vereinigten Staaten von Amerika aus und traf vor allem deshalb Deutschland so schwer, weil US-Gläubiger ihre meist kurzfristigen Kredite schlagartig kündigten und Unsummen aus der deutschen Wirtschaft herauszogen.

Hauptgrund dieser Kredite wiederum war aber der gravierende Kapitalmangel in Deutschland infolge der immensen Reparationsverpflichtungen und auch Exportbehinderungen durch den Versailler Vertrag. Und da schließt sich der Kreis. Der kausale Zusammenhang zwischen Versailles und Hitler ist zwar eben leugbar, aber nicht wegzudiskutieren.<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später über den Versailler Vertrag (x313/334-335): >>... Nie war Deutschland so gedemütigt worden, nie zuvor hatte man seinen Stolz so verletzt.

Im Artikel 231 des Versailler Vertrages wurde Deutschland und seinen Verbündeten überdies die gesamte Schuld aufgebürdet ...

Empörung flackerte an allen Orten auf. Der Versailler Friedensvertrag schuf in Deutschland einen unaussprechlichen Haß auf die Siegermächte.

Der Ursatz gilt:

Wenn ein Volk in einem "Frieden" zu sehr gedemütigt und sein Stolz verletzt wird, wird es eines Tages zurückschlagen wollen. …<<

Der Schriftsteller Karl Bruno Leder schrieb später in seinem Buch "Nie wieder Krieg?" über die Entstehung von Kriegen (x024/45-46): >>... Krieg und Frieden auf der Welt hängen von der subjektiven Gefühlslage der Nationen ab.

Fühlt sich eine Nation in ihrem Selbstwertgefühl entscheidend verletzt, so wird sie nicht ruhen, bis diese Kränkung aufgehoben und durch einen Triumph kompensiert ist. Je tiefer die

Demütigung geht, je schwerer das Selbstwertgefühl verletzt ist, desto bedingungsloser wird der Drang nach dessen Rehabilitierung.
Einem Volk in solcher Lage kann man nicht kommen mit Bedenken und Einwänden; man kann ihm nicht einmal mit dem Untergang der Welt oder der Menschheit drohen.
Ein solches Volk ist ohnehin bereit, auch den eigenen Untergang einzukalkulieren; was soll ihm da der Untergang der Menschheit! Im Gegenteil: Diese Aussicht stellt eher eine heimliche Verlockung dar; damit kann man die anderen Völker erpressen: Sollen sie gefälligst Partei ergreifen, und zwar die des Gedemütigten, wenn sie Katastrophen vermeiden wollen! Man denke etwa an die Vietnamesen; auf sie hätte auch eine Drohung mit der Atombombe keinen Eindruck gemacht. ... Dasselbe gilt für die Palästinenser und für viele andere Beispiele.
Das alte Wort "lieber tot als Sklav" drückt am eindeutigsten das subjektive Bewußtsein eines gedemütigten Volkes aus. Gegen dieses Wort kann man nicht rational argumentieren.<<
Der deutsche Historiker Jan von Flocken schrieb später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x319/80-81): >>… Das stolze, hochfahrende Deutschland sah sich 1919 als Paria (Ausgestoßener) unter den europäischen Nationen, verarmt und ausgeblutet durch die vier Jahre Krieg gegen eine übermächtige Koalition und deren Hungerblockade. Im Versailler Vertrag hatte man ein ganzes Volk schuldig gesprochen, ohne ihm die geringste Möglichkeit zur Verteidigung einzuräumen. Der Kriegschuldartikel 231 lud auf Deutschland die Bürde alleiniger Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Auf diesen Paragraphen stützten sich auch sämtliche unsinnig hohen Reparationsforderungen von zunächst 226 Milliarden Reichsmark.
Derartige ökonomische Unvernunft fand ihre Ergänzung durch politisch-moralischen Irrsinn. Frankreich verabreichte seinem Nachbarn eine Ohrfeige nach der anderen, die militärische Besetzung des Ruhrgebietes 1923 war der Höhepunkt. Ost-Oberschlesien mit Kattowitz wurde von Deutschland getrennt, obwohl sich 60 Prozent der Einwohner in einer Volksabstimmung dagegen erklärt hatten.
In Westpreußen, Memelland und der Provinz Posen fragte man die Bevölkerung sicherheitshalber gar nicht erst und schlug das Gebiet den Polen und Litauern zu. Danzig wurde zum anachronistischen Gebilde einer "Freien Stadt". Es ergab sich die einmalig groteske Situation, daß Deutschland aus zwei voneinander isolierten Teilen bestand. Ostpreußen als Insel mitten im polnischen Ländermeer. Konflikte waren dadurch schon vorprogrammiert.
Was der SPD-Vorsitzende und Reichspräsident Friedrich Ebert über den "Gewaltfrieden von Versailles im Mai 1919 sagte, sollte manchem sozialdemokratisch angehauchten Historiker in den Ohren klingen: "Gewalt ohne Maß und Grenzen soll dem deutschen Volk angetan werden. Aus solchem aufgezwungenen Frieden müßte neuer Haß zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen". Der Mann war ein Prophet.<<
Schlußbemerkungen: Der Bruch der Waffenstillstandsvereinbarungen, die unmenschliche Hungerblockade, die ungerechte Verurteilung, die monatelange Erpressung und die gewaltsame Durchsetzung des Versailler Friedensvertrages säten nicht nur grimmigen Haß und tiefe Verbitterung, sondern dieser ungerechte Frieden erschütterte außerdem nachhaltig die Moralvorstellungen und Ideale des gesamten Volkes.
Dieser unsägliche Vertrag wurde nach dem Ersten Weltkrieg zur "Wiege" der europäischen Diktaturen und war zweifellos die eigentliche "Geburtsstunde des NS-Regimes". Die unheilvollen Friedensverhandlungen, bei denen man die Besiegten kurzerhand für "schuldig" erklärte, als politische Gesprächspartner ablehnte und von allen Verhandlungen ausschloß, wurden später wesentliche Bestandteile der radikalen NS-Propaganda.
Hitler wäre ohne die von den meisten Deutschen als ungerecht empfundenen "Erniedrigungen und Fesseln von Versailles" mit großer Sicherheit niemals an die Macht gekommen.
Ohne diesen vermeintlichen "Friedensvertrag" hätte es außerdem keinen Zweiten Weltkrieg,

keine Ermordung der europäischen Juden und keine Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa gegeben.
Der "Kalte Krieg", die Spaltung und Zwangsverwaltung des Deutschen Reiches sowie die jahrzehntelange Ausplünderung, Umerziehung bzw. politische Entmündigung wäre den Deutschen ebenfalls erspart geblieben.
Der Versailler Vertrag war ein völkerrechtswidriges Unterdrückungsinstrument gegen das Deutsche Reich und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Das Deutsche Reich wurde nach der Ablehnung des Versailler Vertrages nachweislich durch Ultimaten - Gewaltanwendung: "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 und Gewaltandrohung: sofortige Besetzung des gesamten Deutschen Reiches - unter Druck gesetzt.
Der Versailler Friedensvertrag verstieß zweifelsfrei gegen die damals geltenden Grundsätze des Völkergewohnheitsrechts, denn ein durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungener Vertrag stellte einen derart eklatanten und schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar, daß er von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden mußte.
Infolge der Tatsache, daß die Anerkennung des Versailler Friedensvertrages gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, waren sämtliche "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, Wiedergutmachungsleistungen etc.) unwirksam. Die Grenzen des Deutschen Reiches blieben demnach völkerrechtlich unverändert.

Die Sieger des Ersten Weltkrieges
Die Vereinigten Staaten von Amerika, die vor dem Ersten Weltkrieg noch Schuldner der traditionellen europäischen Kapitalexportländer Deutsches Reich, Frankreich und England waren, entwickelten sich nach 1919 zum größten Kreditgeber bzw. "Weltgläubiger". Nach den "Friedensverträgen" trieb Nordamerika die britischen und französischen Kriegsschulden rücksichtslos ein, die letzten Endes das Deutsche Reich zahlen mußte.
Durch die konsequente Eintreibung der Kriegsschulden - nur Sowjet-Rußland lehnte alle Schuldentilgungen erfolgreich ab - übernahmen die Vereinigten Staaten von Amerika schon bald den größten Teil der Weltgold-Vorräte. Das finanzielle Zentrum der Welt verlagerte sich von London nach New York. Europa verlor danach seine bisherige Vormachtstellung, während sich die Vereinigten Staaten von Amerika zur Superweltmacht entwickelten und bis 1937 strikt an der US-Isolationspolitik festhielten.
In den Nachkriegsjahren stieg die industrielle Produktion in Nordamerika und Japan von 1913-29 um 100 %, während die europäischen Volkswirtschaften regelrecht gelähmt reagierten und nur noch 50 % der bisher produzierten Fertigwaren herstellten. Die US-Wirtschaft exportierte danach jahrelang riesige Warenmengen, ohne entsprechende Handelsgüter zu importieren. Von 1919-39 steigerte Nordamerika seinen Export um 150 % (Europa: nur um 40 %).
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Siegermächte des Ersten Weltkrieges (x057/202-203,210): >>England erzielte eine große Bereicherung seines Kolonialbesitzes in Afrika und Ostasien. Aber überall in seinen Kolonien regten sich Selbständigkeitsbestrebungen. Anstelle des deutschen Wettbewerbs in Industrie und Handel waren die bedeutend mächtigeren Vereinigten Staaten getreten, die durch ihre Anleihepolitik zum Gläubigerstaat ganz Europas geworden waren und den Schwerpunkt der Hochfinanz von London nach New York gezogen hatten.
Frankreich hatte gehofft, in Versailles seine alten Ziele gegen Deutschland durchzusetzen: das ganze Rheinland, das Saargebiet und womöglich die Auflösung Deutschlands. Aber der Versailler Vertrag erfüllte seine Wünsche nicht, infolge des Widerspruchs seiner Verbündeten. Doch erreichte es durch den Erwerb Elsaß-Lothringens und durch Vergrößerung seines Kolo-

nialreiches einen großen Gebietszuwachs. Gestützt auf die deutsche Ohnmacht und ein enges Bündnis mit den Randstaaten im Osten Deutschlands, gewann Frankreich eine europäische Machtstellung. Diese war aber durch das britische und amerikanische Weltreich bedroht, und deshalb suchte Frankreich seine politische Macht besonders Deutschland gegenüber zu verankern. ...<<

>>... Die USA erlebten nach dem großen Krieg zunächst einen ungeheuren Aufschwung der Technik und Wirtschaft, von dem Bestreben geleitet, Absatzgebiete für die gewaltige Produktion zu finden. Tatsächlich wurde ein großer Teil der Weltproduktion von den Vereinigten Staaten gedeckt … Überall war man zu einer rationellen Serienproduktion übergegangen, die in fast allen Teilen der Welt Nachahmung fand ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den größten Gewinner des Ersten Weltkrieges (x068/170-172): >>... Noch unmittelbar vor Kriegsbeginn stecken die USA in einer wirtschaftlichen Rezession, die in eine größere Krise auszuarten droht. Ein Streik von 150.000 Textilarbeitern in New York City im Januar 1913 dauert Monate und greift nach Boston über. ... Im September desselben Jahres beginnen auch Bergleute in Colorado einen Arbeitskampf, der 16 Monate anhält ...

Alle bedrohlichen, seit der industriellen Revolution ohnedies stets wiederkehrenden Schwierigkeiten aber löst der große europäische Krieg. Zunächst zwar bestürzt die US-Exporteure der mögliche Verlust ihrer Überseemärkte. Doch rasch beruhigen, ja berauschen sie die Einkäufe der Europäer, die kaum glaubhaft in die Höhe schnellen.

Das große Blutvergießen beschert den Yankees einen ungeahnten monetären Aufschwung, Aufträge über Aufträge, ein gigantisches Geschäft, zumal sie nahezu ihr gesamtes ökonomisches Potential für den Krieg mobilisieren und der Arbeiter nun fest zum Fabrikanten steht, im Schweiße seines Angesichtes dessen Konten füllt, ja … jetzt sogar, gegen Anerkennung des Achtstundentages, auf das Streikrecht verzichten.

Während sich die Europäer zerfleischen, reibt man sich in den USA die Hände über den buchstäblich ungeheuren Nachfrageschub, wobei zuerst die Metall-, dann die chemische Industrie profitieren. Und da der Krieg immer mehr mechanisiert, industrialisiert wird, da man 1918 auch die Feindaufklärung und Feindverfolgung mit Flugzeugen und Tanks betreibt statt, wie bisher mit Pferden, mit Kavallerie, steigt der Bedarf an Material aller Art enorm. Ja, die USA sind derart dem großen Kriegsgewinn ergeben, daß ihr schließlicher Eintritt in das Gemetzel weder militärisch noch technisch recht vorbereitet ist. Und dann werden sie mit Aufträgen ihrer eigenen Streitmacht zusätzlich überschwemmt.

Die Zahl der Werften beispielsweise steigt allein in den beiden letzten Kriegsjahren von 61 auf 314 ... US-Reedereien, die im Ersten Weltkrieg für ihre Regierung produzierten, machten 90 % Gewinn.

Nun erzeugten die USA aber nicht nur Kriegsausrüstung, lieferten sie nicht nur Waffen nach Europa, sondern auch Nahrung. Wer schießen, wer erschießen, wer sogar erschossen werden soll, muß erst satt gemacht werden. So gingen von 1914 bis 1924 nicht weniger als 8,42 Millionen Tonnen Nahrungsmittel nach Frankreich, und zwar 1918 doppelt soviel wie 1914, und dies trotz schlechter Ernte. Der Getreidepreis verdreifachte sich in den ersten 5 Jahren, der Baumwollpreis vervierfachte sich.

Der Exportüberschuß verdoppelte sich von Kriegsjahr zu Kriegsjahr und erreichte 1917 über 3,5 Milliarden Dollar. Und da die alliierten Gold- und Devisenreserven gefährlich schrumpften, da Briten und Franzosen, obwohl sie ihre vielen US-Wertpapiere so schnell wie möglich verkauften, ... um Bargeld zu haben, da eben dies Bargeld trotz allem ausging, mußten sie Schulden machen, gaben ihnen amerikanische Banken Kredite zur Finanzierung der Kriegsaufträge – bis zum Frühjahr 1917 bereits 2,3 Milliarden Dollar. ... Natürlich waren gerade diese New Yorker Banken 1917 an einem Sieg der Alliierten äußerst interessiert.

Nun vergrößerten aber nicht nur die Lieferungen an Waffen, Ausrüstung, Nahrung für die Entente den Reichtum der USA, auch die neutralen Länder tätigten ihre Einkäufe bei den Vereinigten Staaten. Insbesondere kamen noch jene früher vorwiegend von deutschen und britischen Firmen belieferten Exportmärkte hinzu, die während des Krieges durch den Ausfall der europäischen Mächte den USA zufielen. ...
Die Gesamtproduktion der USA wächst so während des Ersten Weltkrieges um 15 Prozent, der Export steigt um das Dreifache, der Exportüberschuß um das Achtfache. ...
Zwischen 1900 und 1920 verzehnfacht sich beinah – vor allem infolge des Ersten Weltkrieges – das Budget der US-Regierung. ... Das "Volkseinkommen" wächst in diesem Zeitraum von 28 auf mehr als 61 Milliarden Dollar, es schnellt allein in den Jahren, in denen Europa sich zu Tode windet, auf fast das Doppelte – "ein Boom von ungewöhnlichen Ausmaßen" ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Gewinner und Verlierer des Ersten Weltkrieges (x281/53,71-73): >>... Die Vereinigten Staaten standen nach dem Ersten Weltkrieg besser da als vorher. Schon 1913 dürften die USA rund ein Drittel der Weltindustrieprodukte hergestellt haben; nur fünf Jahre später, der Krieg hatte Europa in eine Zone der Verwüstung verwandelt, waren es über 50 Prozent. ...<<
>>... Aus dem Schuldnerstaat USA war im Laufe der Kriegsjahre ein Gläubigerland geworden, was den unschätzbaren Vorteil hatte, daß man an den Zinszahlungen anderer Völker kräftig verdiente. Von den knapp 13 Milliarden Dollar, die sich andere Staaten in Amerika geliehen hatten, stammten allein 10 Milliarden aus Kriegsanleihen. Noch Jahrzehnte nach Ende der Kampfhandlungen profitierten die Vereinigten Staaten von ihrem Einsatz.
Der Erste Weltkrieg war der Katalysator, mit dessen Hilfe aus einer Regionalmacht eine Weltmacht geworden war. "Wir sind nicht länger Bewohner einer Provinz", rief Präsident Wilson nun den Kongreßabgeordneten zu. Der Krieg habe die Amerikaner "zu Bürgern der Welt" gemacht, sagte er, was im Grunde eine Untertreibung war. Die USA waren nicht Bürger der Welt, sie waren ihr Bürgermeister geworden. ...<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete später (am 26. Mai 2015): >>**Wie die USA zur Weltmacht aufstiegen**
Am Ende des Ersten Weltkriegs spülte die Sintflut aus Krieg und Revolution die von Europa dominierte Weltordnung hinweg. …
Daß die USA 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, im Jahr der grauenhaften Schlachten bei Verdun und an der Somme, das britische Empire als größte Volkswirtschaft der Welt ablösten, war weit mehr als nur eine ökonomische Entwicklung. Die Geschichte des amerikanischen Aufstiegs zu einer globalen Machtposition ist schon oft erzählt worden.
Gerade mit Blick auf den Ersten Weltkrieg wurde sie verknüpft mit der Geschichte des Sieges der westlichen Alliierten über das kaiserliche Deutschland und seine Verbündeten, aber auch mit der Geschichte der idealistischen Visionen des amerikanischen Präsidenten Wilson von einer friedlichen Weltordnung demokratisch selbstbestimmter Staaten. …
Der amerikanische Präsident, der 1918 nach Europa reiste, um der entstehenden Friedensordnung nicht zuletzt durch die Errichtung eines "Völkerbunds" seinen Stempel aufzudrücken, war sich des ökonomisch begründeten Machtpotentials der USA klar bewußt.
Aber noch zögerte die aufsteigende Weltmacht. Der Kongreß, in dem Wilsons Gegner seit Ende 1918 eine Mehrheit hatten, verweigerte nicht nur die Ratifizierung des Versailler Vertrags, sondern lehnte damit auch einen amerikanischen Beitritt zum Völkerbund ab. …
Statt dessen gelangte nun eine neue, eine globale Ordnung technisch-industrieller Modernität zum Durchbruch, demonstriert, getragen und vertreten von den USA, deren gewaltige Dynamik den Zeitgenossen unaufhaltsam erschien …<<
Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete später (am 9. Januar 2020) über die britische Außenpolitik gegenüber Deutschland seit dem 19. Jahrhundert (x1.114/…):

>>**Die Zerstörung Deutschlands - Wie es den führenden Briten gelang, die Deutschen für sie kämpfen zu lassen**

Ein Gastbeitrag von *Angelika Eberl*

"Menschlichkeit, Friede und Freiheit ist immer ihr Vorwand … In Wahrheit aber schrieben die Times und die Königin im Interesse von England, das mit dem unsern nichts gemein hat. Das Interesse Englands ist, daß das Deutsche Reich mit Rußland schlecht steht, unser Interesse, daß wir mit ihm so gut stehen, als es der Sachlage nach möglich ist."

Otto von Bismarck, 7. April 1888

Das deutsche Volk ist umgeben von zahlreichen Nachbarvölkern. Ein deutscher Staat in der Mitte Europas hat somit das fundamentale Interesse, mit seinen Nachbarstaaten ein gutes Verhältnis zu pflegen, bis hin zu freundschaftlichen Bündnis-Beziehungen - auch und vor allem mit dem größten Nachbarn Rußland. Doch vor einem solchen freundschaftlichen Bündnis zwischen Deutschland und Rußland hatte bereit 1904 der britische Geograph und Geostratege Sir Halford Mackinder die Eliten Englands gewarnt.

Er sagte vor der Königlich Geographischen Gesellschaft:

"Die Neuordnung des Gleichgewichts der Kräfte zugunsten des Drehpunktstaates (damit ist Rußland gemeint. A. E.), die seine Expansion über die am Rande gelegenen Staaten Eurasiens zur Folge hätte, würde den Einsatz seiner ungeheuren kontinentalen Ressourcen zum Flottenbau ermöglichen und ein Weltimperium hervorbringen. Dazu könnte es beispielsweise kommen, sollte Deutschland ein Bündnis mit Rußland eingehen."

Keine andere Menschengruppe erscheint so geschickt in Diplomatie und Politik, wie die britische politische Oberschicht. Nicht von ungefähr hatte sie sich ein Weltreich erobert: das British Empire. In Bezug auf Europa bestand ihre Strategie stets darin, dafür zu sorgen, daß kein übermächtiger Hegemon auf dem Kontinent entstehe. Großbritannien verbündete sich in einem solchen Fall mit den Zweitstärksten, um den allzu mächtig werdenden Staat einzudämmen. "Balance of Power" nannte man diese Politik - und sie ermöglichte ihnen die weitgehend ungestörte Eroberung ihrer Kolonien. Sie waren "Schachspieler" - sie spielten mit Staaten, als ob sie Spielfiguren wären.

Gegenüber dem Geschick der britischen politischen Führenden waren und sind die Deutschen und ihre politischen Eliten ein sehr unpolitisches Volk, bei dem die Begabung des strategischen Denkens nur bei sehr wenigen entwickelt zu sein scheint. Durch eine gewisse Leichtgläubigkeit, die annimmt, daß, das was gesagt wird, auch tatsächlich so gemeint sei und durch eine gewisse Übertölpelbarkeit eignet sich das deutsche Volk hervorragend als Strategie-Objekt. Strategisch denkende Briten setzten die Deutschen schon seit Jahrhunderten für ihre Zwecke ein, z.B. durch eine Politik, die sich aus Anregungen und "Geschenken" an die Deutschen zusammensetzte.

Die britische Außenpolitik gegenüber Deutschland im 18./19. Jahrhundert

Großbritannien benutzte im 18. Jahrhundert Friedrich II von Preußen. Er sollte durch Krieg das französische Heer auf dem Kontinent binden, so daß es beschäftigt war und Großbritannien somit kaum beim Ausbau seiner nordamerikanischen Kolonien behindern konnte.

Nach den Napoleonischen Kriegen wurde Preußen auf dem Wiener Kongreß ein Gebiet zugesprochen, das rechts vom Rhein lag - und wieder hatte ein britischer Politiker die Finger im Spiel: Lord Castlereagh, der damalige British Foreign Secretary. Er hatte diese strategische Idee ursprünglich von William Pitt, dem Jüngeren: Preußen sollte neben Frankreich plaziert werden, um Letzteres, den traditionellen Rivalen Großbritanniens, in Schach zu halten.

Damals war Preußen den britischen Eliten also schon recht. Was ihnen allerdings nicht recht war, das war ein geschlossener deutschsprachiger Raum unter einem Staatsgebilde, also die sogenannte "großdeutsche Lösung." Während des Ersten und Zweiten Weltkriegs waren

Deutschland und Österreich enge Verbündete. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von den Siegermächten verfügt, daß Deutschland und Österreich dauerhaft getrennt bleiben müssen.
Auch Österreich-Ungarn wurde von einem bedeutenden britischen Staatsmann "bedacht": Auf dem Berliner Kongreß 1878 schlug Lord Salisbury vor, Österreich-Ungarn solle doch, zum Heile Europas, Bosnien-Herzegowina okkupieren. Österreich-Ungarn bekam damals zwar nur das Verwaltungsmandat - doch selbst das reichte aus, es dem Russischen Zarenreich zu entfremden.
Und als der österreich-ungarische Außenminister Aehrenthal nach mannigfaltigen Manipulationen von britischer Seite und von Seiten des russischen Außenministers Alexander Iswolski im Jahre 1908 schließlich die Annexion Bosnien-Herzegowinas vorantrieb, war der Bruch mit dem Zarenreich nicht mehr aufzuhalten.
Österreich-Ungarn galt fortan als "bedrohlich-aggressive" Macht, und Serben und Russen waren ihm spinnefeind geworden. Langfristige Manipulation geglückt.
Kaiser Wilhelm II. wurde ebenfalls von einem Mitglied der britischen Elite ein "Floh ins Ohr" gesetzt: Im März 1899 war es kein Geringerer als der britische Super-Imperialist Cecil Rhodes, der ihm während einer persönlichen Unterredung vermittelte, daß auf das Deutsche Kaiserreich im Nahen Osten große Aufgaben warteten: "Mesopotamien, der Euphrat und der Tigris, Bagdad, die Kalifenstadt, dort läge seine Zukunft." Er müsse schließlich "den Landweg nach Indien" bauen. Rhodes selbst stachelte den naiven Kaiser sozusagen zu einem expansiven Programm an - und 15 Jahre später zieht dann das Empire gegen den "expansiven" Kaiser unter anderem wegen der Bagdad-Bahn gegen ihn in den Krieg.
Auch beim Boxeraufstand 1899 war es wieder ein britischer Lord, Admiral Sir Edward Hobart Seymour, der gesagt haben soll: "The Germans to the front." Wahrscheinlich fand er, daß das deutsche Kaiserreich zu wenige Kriege geführt hatte, nämlich seit 1871 gar keine mehr. Das British Empire hingegen hatte allein zwischen 1871 und dem Boxeraufstand acht Kriege geführt, den Zulukrieg (1879), den Ersten Burenkrieg (1880/81), den Anglo-Ägyptischen Krieg (1882), den Mahdi-Aufstand (1881-1898), die Gordon Relief Expedition (1884/85), den Britisch-Sansibarischen Krieg (1896), den Zweiten Matabelekrieg (1896) und den Malakand Field Force (1897).
Da wundert man sich schon, wie es gelang, dieses deutsche Kaiserreich so stark zu diskreditieren. Doch Großbritannien besaß ein Weltreich und London war praktisch die Presse-Hauptstadt des Empire. Die Zeitung "The Saturday Review" brachte zum Beispiel in den späten 1890er Jahren drei deutschfeindliche Artikel heraus. Am 11.9.1897 endete ein Artikel mit dem Titel: "England and Germany" mit dem Aufruf: "Germania est delenda" - Deutschland muß zerstört werden.
Ab 1910 gab es heftige antideutsche Presse- Kampagnen in "The Times" und in der Empire-Zeitschrift "The Round Table", beides sehr wichtige Zeitungen, die Einfluß auf die Multiplikatoren im gesamten Empire ausübten. Schon die erste Ausgabe der Zeitschrift "The Round Table" vom November 1910 beinhaltete einen gegen Deutschland gerichteten Propaganda-Artikel mit dem Titel "Anglo-German Rivalry".
Der Artikel erschien anonym, doch der Autor war Philip Kerr, der spätere Lord Lothian. In diesem Artikel unterstellte er dem deutschen Kaiserreich "eine unerbittlich aggressive Politik, die weder Recht noch Gerechtigkeit jenseits des Orbits der deutschen nationalen Existenz anerkennt." Vom Britischen Empire hingegen schrieb er: "… das(britische) Empire … ist kein Imperium, sondern ein Regierungssystem, das einem Viertel der Menschheit Frieden und Hunderten von Millionen rückständiger Völker eine bessere Regierung gibt, als sie auf andere Weise bekommen könnten …"
Diese antideutsche Propaganda von damals wirkt bis heute.

Doch wieso hatte man im Empire ab einem gewissen Zeitpunkt das Deutsche Kaiserreich im Visier, während man doch bis in das 19. Jahrhundert hinein Zweckbündnisse mit deutschsprachigen Ländern abgeschlossen hatte? Wo hatte der neue, außenpolitische Kurs seine Wurzeln?

Beginn eines neuen, außenpolitischen Kurses in Großbritannien

Es war im Jahr 1885, da überlegte sich Lord Salisbury, der aus der einflußreichen Cecil-Familie stammte, wie der damalige Rivale des British Empire, das Russische Zarenreich, in Schach gehalten werden konnte und entwickelte folgende drei Langzeit-Strategien, die heute, mehr als hundert Jahre später, alle zur Anwendung gekommen sind:

1. Schwächung des russischen Gegners durch Hineintreiben in Zahlungsunfähigkeit und danach Entfachen von Revolutionen,
2. Wiederbelebung des Islams an Rußlands Rändern,
3. ein verlustreicher Ausblutungskrieg zwischen dem Zarenreich und Deutschland.

Doch obgleich er Rußland als eigentlichen imperialen Langzeit-Gegenspieler des angelsächsischen Weltreichs ansah, ging es Lord Salisbury zunächst darum, die deutschsprachigen Staaten einzukreisen und dazu ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland voranzutreiben, dem sich dann später auch England in einer lockeren "Entente" anschließen würde. Lord Salisbury sah Staaten ebenfalls als Figuren auf einem Schachbrett an - und er fand höchstrangige, unterstützende "Mitspieler": Kronprinz Edward von England, Papst Leo XIII., und - den russischen Diplomaten Alexander Petrowitsch Iswolski, dessen Rolle bei der "Schaffung der österreichischen Bedrohung" oben schon erwähnt wurde.

Wie ging Salisbury vor: Anfang 1887 traf er in Dieppe den französischen Diplomaten Graf Chaudordy und erörterte mit ihm die Grundlinien der späteren Ententepolitik, wobei die Frage entstand, wie man Rußland und Frankreich einander annähern könnte.

Bei dieser Annäherung spielte der Heilige Stuhl (!) eine wichtige Rolle: Ein enger Freund von Lord Salisbury, der katholische Herzog von Norfolk, reiste nach Rom und berichtete Papst Leo XIII. von den Bündnisplänen. Es kam daraufhin zu einem Politikwechsel des Heiligen Stuhls, indem Papst Leo XIII. den französischen Katholiken befahl, sich der laizistischen französischen Republik zu fügen. Den polnischen Katholiken wiederum befahl er, sich der russisch-orthodoxen Zarenherrschaft zu fügen. So arbeitete er daran, ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland zu ermöglichen - unterstützt vom russischen Diplomaten Alexander Petrowitsch Iswolski, der ab 1888 Botschafter Rußlands (!) am Heiligen Stuhl wurde.

Nachdem der britische Kronprinz schließlich als Edward VII. den Thron bestiegen hatte, machte er im Frühjahr 1903 einen "Überraschungsbesuch" in Paris und leitete damit die "Entente Cordiale" ein, das "herzliche Einvernehmen" zwischen England und Frankreich. …

Zerstörungstechniken

- Man kreiste Deutschland und Österreich-Ungarn ein und lockte Deutschland in einen Drei-Fronten-Krieg.
- Man zerstückelte das Gebiet des deutschen Kaiserreichs und Österreich-Ungarns in machtlose kleine Staaten, in denen die Deutschen und viele andere Völkerschaften zu diskriminierten Minderheiten wurden.
- Man drückte dem besiegten Deutschland irrsinnig hohe Reparationszahlungen auf.
- Man suchte einen "hervorragenden Demagogen", den man mit heimlichen Spenden, geheimdienstlicher Förderung und durch eine künstlich herbeigeführte Weltwirtschaftskrise auf den Posten des deutschen Reichskanzlers hieven half. Dann sorgte man durch Kredite, Propaganda und Appeasement dafür, daß er zunächst auf unblutige Weise außenpolitische Erfolge haben konnte. Danach lockte man ihn in eine Falle und schlug wieder mit einer weltweiten Bündniskoalition zu, um Deutschland endgültig zu entmachten, zu dezimieren und zu helotisieren.
- Nach dem endgültigen Sieg und der dauerhaften Besetzung Deutschlands ließ man die Deutschen, zunächst in Westdeutschland, eine föderale Demokratie errichten, sorgte aber dafür,

daß die Bundeskanzler und die wichtigsten Regierungspolitiker stramme Transatlantiker waren und sind und die Interessen der angloamerikanischen Kreise vertraten und immer noch vertreten. Gleichzeitig suggerierte man den Deutschen, daß man es gut mit ihnen meine und ein guter Freund sei. Heute suggeriert man diesen deutschen Eliten, daß sie frei seien und zum Westen gehören und daß sie sich somit auch verhalten dürften, wie westliche Staaten. Und ein westlicher Staat müsse sich selbst verteidigen können.
- Durch Umerziehung, Indoktrination und Einflößen von Schuldgefühlen sorgt man dafür, daß das deutsche Volk sich selbst und seine großen Geister verabscheut. Man suggeriert ihm, daß das Böse in ihm stecke und daß es daher nie mehr "Alleingänge" machen dürfe, sondern praktisch immer unter der Kontrolle (Vormundschaft) der Angloamerikaner gehalten werden müsse.

Die Implantierung eines bösen Diktators zur dauerhaften Diskreditierung

Nach dem russischen Historiker Nikolay Starikov soll sich Hitler in seinem Pamphlet "Mein Kampf" den Briten angedient haben. Auf Seite 697 heiße es in "Mein Kampf": "Wer von dem obigen Gesichtspunkt aus eine Prüfung der heutigen Bündnismöglichkeiten für Deutschland vornimmt, muß zu der Überzeugung gelangen, daß als letzte durchführbare Bindung nur eine Anlehnung an England übrigbleibt." Hitler machte klar, daß er bereit sei, gegen die Sowjetunion vorzugehen. Starikov schreibt:
"Der Schlüssel zum Erfolg für das schwache und zerschlagene Deutschland ist das Bündnis mit den Siegermächten, weil sie an seiner weiteren Schwächung nicht interessiert sind! An dieser Stelle habe ich es begriffen: Nicht für die deutschen Bürger, … nicht für die wohlgenährten SA-Leute und nicht für die … SS hat Adolf Hitler sein Buch geschrieben. Die Seiten seines Buches 'Mein Kampf' gaben ihm die hervorragende Möglichkeit, sich an den Herrscher der damaligen Welt - an die Briten - zu wenden, um ihnen mit einfachen und klaren Worten seine Gedanken und seine Vorschläge zu unterbreiten."
Und auf S. 61 schreibt Starikov: "Ohne Zweifel lauteten die Fragen des britischen Geheimdienstes: Warum sollten wir einen derartigen Patrioten nicht unterstützen? Warum sollten wir ihm kein Geld geben? Warum sollen wir einen derartigen Freund von Großbritannien nicht helfen, an die Macht zu gelangen?"
Starikov weist auch auf die dubiose Rolle des amerikanischen Geheimdienst-Mannes (?) Ernst Hanfstaengl hin, der Hitler unterstützte, indem er ihm z.B. ihm im März 1923 ein Darlehen von 1.000 Dollar gab, was in der damals galoppierende Inflation sehr viel Geld war. Die Nazis kauften dafür zwei neue Druckmaschinen für den "Völkischen Beobachter", so daß ihr Propagandablatt künftig großformatig und täglich erscheinen konnte.
Des weiteren engagierte Hanfstaengl einen Karikaturisten dafür und gab Ratschläge für die Gestaltung des Blattes. Er beriet Hitler auch bei der Auswahl der Melodie von Marschmusik und komponierte selbst einige davon für die SA. Starikov beschreibt auch, wie Hanfstaengl sich für Hitlers Bücherregal eingehend interessierte. Offenbar hatte er die Aufgabe, Informationen über den künftigen "Führer" zu sammeln.
Hier könnte das Motiv liegen, weshalb Montague Norman, der Chef der Bank of England, die Union Banking Corporation in New York und die Harriman-Clique, die Rockefeller-Verbindungen, die Chase-Bank, die britischen Appeaser um Philip Kerr und andere angloamerikanische Gruppen den Nazismus politisch, wirtschaftlich und finanziell unterstützten und ihm somit halfen, auch militärisch wieder hochzurüsten, wie es Historiker in ihren Werken darlegen, z.B. Antony Sutton in "Wall Street und der Aufstieg Hitlers" und in "America's Secret Establishment - An Introduction to the Order of Skull & Bones" und Guido Giacomo Preparata in "Wer Hitler mächtig machte", Gian Trepp in "Bankgeschäfte mit dem Feind" und Andrea Bosco in "The Round Table Movement and the Fall of the "Second" British Empire".

Boscos und Preparatas Forschungen machen deutlich, daß die britische außenpolitische Elite, die von Alfred Milner und dem Round Table und später von Philip Kerr und Lionel Curtis geleitet wurde, Fallen für Deutschland ausgelegt hatte, in die die Deutschen 1914 und 1939 zweimal bereitwillig hineingetappt sind. Diese Fallen waren Teil des herbeigeführten Prozesses, Deutschland als Konkurrenzmacht auszuschalten und als "Rammbock" gegen die Sowjetunion zu benutzen. Deutschland und die Sowjetunion sollten sich in einem Vernichtungskrieg gegenseitig ausbluten - und dieser machiavellistische Plan ist im Zweiten Weltkrieg auch gelungen. …<<

Schlußbemerkungen: Nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg verlor Europa nicht nur die mächtigen Kaiserreiche Deutsches Reich, Rußland und Österreich-Ungarn, sondern auch seine wirtschaftliche Vormachtstellung an Nordamerika. Die meisten europäischen Länder verarmten durch den Ersten Weltkrieg. Die Siegermächte England und Frankreich waren ebenfalls hochverschuldet und kämpften vergeblich gegen die nordamerikanische Vormachtstellung, obwohl Frankreich nach der Zerschlagung des Osmanischen Reiches Syrien und den Libanon erhielt und England die wichtigsten Ölquellen im Nahen Osten ausbeuten durfte - außer Saudi-Arabien - dort gingen die Nordamerikaner auf Ölsuche.

Siegeszug der europäischen Diktaturen nach dem Ersten Weltkrieg

Die "Friedensverträge" mit dem Deutschen Reich, Österreich, Bulgarien, Ungarn und mit dem Osmanischen Reich veränderten das politische System Ost-Mitteleuropas entscheidend, denn sie zertrümmerten z.T. jahrhundertealte Strukturen.

Nach diesen "Friedensverhandlungen", die ohne die Besiegten abgewickelt wurden, entstanden insgesamt 9 neue europäische Staaten: Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, das Königreich Jugoslawien sowie Armenien.

In fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern, die während des Ersten Weltkrieges ruiniert wurden, setzten sich schon bald radikale Nationalisten durch. Die "Pariser Vorortfriedensverträge" schwächten zusätzlich die politischen und wirtschaftlichen Kräfte Europas und bereiteten nachweislich auch den Untergang der demokratischen Weimarer Republik vor.

Nach dem Ersten Weltkrieg folgte sehr schnell ein regelrechter Siegeszug der Diktaturen. In folgenden Ländern wurden totalitäre Diktaturen errichtet, die alle politischen Gegner verfolgten und meistens jede Art von Presse-, Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit gewaltsam unterdrückten: Sowjetunion (1917/21), Ungarn (1920), Italien (1922), Bulgarien, Spanien und Türkei (1923), Albanien (1925), Polen, Portugal und Litauen (1926), Jugoslawien (1929), Rumänien (1930), Deutschland und Österreich (1933) Estland und Lettland (1934) sowie Griechenland (1936).

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrirte Zeitung" schrieb im Jahre 1923 über die "Krankheiten Europas" (x269/223-224): >>... Die ganze Familie ist krank, einer immer vom anderen angesteckt. Die robusten unter ihnen, die Neutralen, siechen an Geld- und Goldverstopfung, an völliger Geschäftsstille, an Konkurrenzunfähigkeit durch zu hohe Löhne und Preise.

Die Balkanländer sind schon wieder in die Intrigen der ewigen Balkankonflikte verstrickt, dazu finanziell sehr schlecht stabilisiert, Griechenland ist in einem übermütigen Krieg gegen die Türken ganz zusammengebrochen und in die Krallen einer Militärrevolution geraten, während die Türken, nahezu ausgeblutet durch 14jährige Kriege, sich in den hysterischen Krämpfen politischer und religiöser Umwälzungen winden.

Die Ostlandstaaten wissen noch nicht recht, ob ihre neue Selbständigkeit nicht viel eher eine wirtschaftliche Amputation war, und sehen in eine noch durchaus dunkle, weil vom Schicksal Rußlands abhängige politische Zukunft. Von diesem Rußland weiß man nicht, liegt es nur in der ... Ohnmacht einer riesenhaften Konstitution oder ist es nur noch eine durch theoretischen

Starrsinn galvanisierte Leiche.
Die Krankheiten der Tschechoslowakei, Industriekrise und bitterster Nationalitätenhader, zeigen sich zehnfach verschärft in Polen, wo der Haß eben auch in politischen Mord ausgeartet ist. Dafür, für seine völlig sinnlose, Nachbarhaß erregende Zusammensetzung kann es sich bei Frankreich bedanken, dessen aussterbendes Volk seinen imperialistischen Ehrgeiz durch fremde und miserabel bezahlte Söldner befriedigen lassen will.
In der Mitte dieser Epidemien aber liegt der Krankheitsherd Deutschland - von Österreich ganz zu schweigen.
Dem Lebenszentrum Europas hat man den Pestbazillus des Versailler Vertrages eingeimpft, weigert sich jedoch, das Serum der Revision zu verabreichen, und wundert sich dann, daß noch immer durch ganz Europa ein Todesröcheln zu hören ist.<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die außenpolitische Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg (x057/209): >>Die außenpolitischen Wesenszüge der "Zwischenzeit" waren zunächst gekennzeichnet durch das Bestreben der Siegermächte des Ersten Weltkrieges, die Friedensverträge und den Erfolg des Krieges sicherzustellen, während die Besiegten von Anfang an eine Revision erstrebten. Besonders das deutsche Volk empfand einmütig den Diktatfrieden, hauptsächlich die Gebietsverluste, als ungerecht.
Statt einer Befriedung der Nationen entstanden neue Spannungen. Der Völkerbund – errichtet zur Aufrechterhaltung des Friedens – erwies sich damals ... am Anfang als Instrument der Sieger, zumal die Urheber-Nation, die USA, sich lange Zeit aus der Europa-Politik zurückzog, und den Versailler Vertrag nicht ratifizierte.
Dagegen blieben die besiegten Staaten, ebenso zunächst die Sowjetunion ausgeschlossen. Auf der anderen Seite festigte sich im Osten allmählich die Herrschaft der Bolschewiken in der UdSSR, während gleichzeitig Japans Imperialismus in ... Erscheinung trat. Den gleichen Expansionsdrang entfalteten in Europa auch das von Versailles enttäuschte faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland.
Hieraus entstand 20 Jahre nach Beendigung des ersten ein zweiter Weltkrieg, der die Welt über ein halbes Jahrzehnt erschütterte, mit dem völligen Zusammenbruch des Deutschen Reiches endete und schließlich die Welt in noch größere gegensätzliche Gruppen – USA, UdSSR – aufspalten sollte, um die sich je nach Lage und politischer Einstellung die übrigen Mächte des Westens gruppierten, so daß erneut eine Bedrohung des Weltfriedens auftauchen sollte.<<
Schlußbemerkungen: Julius Leber erklärte im Jahre 1925, daß die Pariser Vorortfriedensverträge den Zustand Europas nicht gebessert, sondern die europäische Krankheit - den Nationalismus –in ein chronisches Leiden verwandeln hätten (x084/117).
Angesichts dieser historischen Tatsachen muß der Zweite Weltkrieg grundsätzlich im inneren Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg und den verhängnisvollen Friedensverträgen von 1919/20 gesehen werden.

Die "Weimarer Republik"

> Um die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören, muß man ihr Geldwesen verwüsten.
> *Lenin, eigentlich Wladimir I. Uljanow (1870-1924, russischer Politiker)*

Gründung der "Weimarer Republik"

In Berlin brach am 9. November 1918 eine Revolution aus. Am Morgen rief der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhielt das Militär um 13 Uhr Schießverbot.

Reichskanzler Prinz Max von Baden gab später am 9. November 1918 eigenmächtig, ohne die Zustimmung des Kaisers, den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und trat danach ebenfalls zurück.

Der SPD-Politiker Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25).

Die Unabhängigen Sozialdemokraten - der Spartakusbund und andere radikale Gruppen - verlangten am 9. November 1918 die Errichtung eines Rätestaates nach dem Vorbild Sowjet-Rußlands. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Radek, die tatkräftigen und zielbewußten Anführer der Spartakisten, forderten die sofortige Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft.

Am 10. November 1918 floh Kaiser Wilhelm II. nach Holland. Alle deutschen Landesfürsten traten anschließend widerstandslos zurück.

Das "Berliner Tageblatt" berichtete am 10. November 1918 über das unrühmliche Ende der Monarchie (x191/26): >>Eine riesige Militärorganisation schien alles zu umfassen, in den Ämtern und Ministerien thronte eine scheinbar unbesiegbare Bürokratie. Gestern früh war das alles noch da, gestern nachmittag existierte nichts mehr davon. ...<<

Die Deutschen fühlten sich von der Staatsführung hintergangen. Besonders in der Arbeiterschaft regte sich offene Feindschaft gegen den Kaiser. Der Adel und das Großbürgertum, die größtenteils ebenfalls nicht informiert waren, reagierten ratlos und verwirrt.

Die Spartakisten riefen am 10. November 1918 in Berlin zum Sturz der "Deutschen Republik" auf (x073/100-101).

General Wilhelm Groener, seit Oktober 1918 Nachfolger Ludendorffs als Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, leitete nach dem Kriegsende die Rückführung und Demobilisierung des deutschen Heeres, führte am 10. November 1918 geheime Verhandlungen mit Friedrich Ebert.

Am 19. Dezember 1918 stimmte der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin über die Streitfrage ab: "Rätestaat oder demokratische Republik?" Der Kongreß entschied sich schließlich am 19. Dezember 1918 mit 400 gegen 50 Stimmen für die Einberufung einer Nationalversammlung (x059/49).

Nach der Abstimmungsniederlage versuchten die Spartakisten, ihren diktatorischen Rätestaat gewaltsam durchzusetzen. Unter Leitung des deutsch-sowjetischen Politikers Karl Radek beschlossen die Delegierten des Spartakusbundes am 30. Dezember 1918 die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Den KPD-Vorsitz übernahm Wilhelm Pieck, später Präsident der DDR.

Die KPD verfolgte von Anfang das Ziel, jegliche parlamentarische Ordnung zu zerstören. Naturgemäß nutzte man das bestehende Chaos und die große Massenverelendung konsequent aus. Mit ihren bekannten Parolen, wie z.B. "Proletarier aller Länder, vereinigt euch", gaukelten die Kommunisten den verzweifelten Deutschen ein "Arbeiter- und Bauernparadies" vor, daß angeblich mit Lenins Hilfe im Deutschen Reich entstehen sollte.

Am 5. Januar 1919 entschlossen sich die russisch-sowjetisch gelenkten Kommunisten schließlich, unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die proletarische Diktatur gewaltsam zu erzwingen. Als die Kommunisten nach heftigen Straßenkämpfen die Berliner Reichskanzlei angriffen, ließ der SPD-Politiker Gustav Noske, 1918/1919 Oberbefehlshaber der Freikorps, Freiwilligenverbände des deutschen Heeres in Berlin einrücken, um den bewaffneten Aufstand des linksradikalen Spartakusbundes vom 5.01. bis zum 15.01.1919 blutig niederzuschlagen.
Im Deutschen Reich, daß bisher fast keine politischen Morde kannte, ereigneten sich während des Spartakusaufstandes erstmalig politische Morde. Die KPD-Führer Liebknecht und Luxemburg wurden am 15. Januar 1919 in Berlin verhaftet und von Regierungssoldaten ermordet. Im Verlauf des Spartakusaufstandes kamen etwa 1.200 Menschen um (x122/433). Karl Radek und andere deutsche Kommunisten flohen später nach Rußland. Während Stalins "Säuberungen" wurde der Trotzkist Radek 1933 nach Sibirien verbannt und wahrscheinlich im Jahre 1937 liquidiert.
Am 19. Januar 1919 fand die Wahl zur Nationalversammlung statt. Bei dieser Wahl, bei der erstmals auch Frauen wählen durften, erhielten SPD, Zentrum und DDP mit 341 von 423 Sitzen mehr als 80 % der Mandate (x059/49, x149/36).
Am 11. Februar 1919 wählten die republikanischen Parteien - Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratische Partei - Friedrich Ebert in Weimar zum Reichspräsidenten. Die Nationalversammlung tagte damals in Weimar, weil in Berlin vielerorts noch schwere Unruhen herrschten.
Reichspräsident Friedrich Ebert erklärte während seiner Antrittsrede am 11. Februar 1919 (x073/97): >>... Freiheit und Recht sind Zwillingsschwestern. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie angetastet wird, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch kommt, werden wir bekämpfen bis zum Äußersten. ...
Den Frieden zu erringen, der der deutschen Nation das Selbstbestimmungsrecht sichert, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht Bettlerfreiheit, sondern Kulturfreiheit werde, das sei unseres Strebens Ziel.<<
SPD, Zentrum und DDP bildeten am 13. Februar 1919 in Weimar eine Koalitionsregierung. Die sogenannte Weimarer Koalition wählte danach Philipp Scheidemann zum Ministerpräsident.
Am 8. März 1919 wurde der Generalstreik in Berlin und in Thüringen nach erbitterten Kämpfen abgebrochen. Die gnadenlosen Kämpfe forderten etwa 1.000 Todesopfer (x034/38).
Nach monatelangen schweren Kämpfen - mit über 3.000 Toten - setzten sich die bayerischen Freikorps im Mai 1919 durch und schlugen den Aufstand der Kommunisten in München nieder (x090/258).
Die bayerische Landesregierung mußte damals Freikorps - ehemalige Offiziere und Soldaten der deutschen Wehrmacht - einsetzen, weil die Reichswehr nicht über genügend schlagkräftige Truppen verfügte. Die Freikorps wurden damals an vielen Orten des Deutschen Reiches und im Baltikum zur Unterdrückung von kommunistischen Umsturzversuchen oder zur Verteidigung von deutschen Siedlungsgebieten eingesetzt. Diese Freikorps entwickelten sich in den folgenden Jahren zur Belastung für den demokratischen Staat, denn hier sammelten sich zunehmend "verbitterte Landsknechte" und radikale Rechtsradikale, die sich später der rechtsradikalen NSDAP anschlossen und zahlreiche "Fememorde" begingen.
Am 31. Juli 1919 beschloß die deutsche Nationalversammlung bzw. die Weimarer Koalition der Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumspartei nach langen Beratungen in Weimar

mit 262 gegen 75 Stimmen die neue Verfassung der "Weimarer Republik" (x034/60-61).
Die Nationalversammlung verkündete nach 5monatiger Beratung am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung. Die Weimarer Verfassung wurde danach von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet.
Die Weimarer Verfassung wurde am 14. August 1919 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und die neue Verfassung des Deutschen Reiches trat damit in Kraft.
Die Einleitung der Weimarer Verfassung lautete (x842/...):
>>Präambel:
Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.<<
Die bisherigen deutschen Bundesstaaten blieben als Länder erhalten, aber sie verloren wesentliche Rechte. Die Finanzverwaltung, Zoll, Post, Verkehr, das Heer und die Marine wurden direkt der deutschen Reichsregierung unterstellt.
Alle Bewohner des Reiches waren gemäß der Weimarer Verfassung vor dem Gesetz gleich. Sie hatten das Recht, ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern. Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten, besaßen das Wahlrecht. Sie wählten den Reichstag, der Gesetze beschloß.
Der Reichspräsident, der für 7 Jahre vom Volk gewählt wurde, hatte den Oberbefehl über die Armee und besaß gemäß Artikel 48 herausragende Rechte. Falls es die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderte, konnte der Reichspräsident z.B. gemäß Verfassung des Deutschen Reiches eigenmächtig den Reichskanzler abberufen bzw. ernennen, die Reichswehr einsetzen und vorübergehend sogar einen Teil der Grundrechte außer Kraft setzen (sogenannte "Notverordnungen").
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Notverordnungen" (x051/422): >>Notverordnungen, nach § 48 der Weimarer Verfassung Anordnungen des Reichspräsidenten mit Gesetzeskraft, die auf Verlangen der Reichstagsmehrheit zurückgenommen werden mußten.
Durch Notverordnungen konnte der Reichspräsident mit der Reichswehr gegen verfassungswidrig verfahrende Landesregierungen vorgehen und Grundrechte außer Kraft setzen. Die Notverordnungen sollten allerdings auf "nötige Maßnahmen" beschränkt bleiben, deren beabsichtigte gesetzliche Definition aber unterblieb.
So konnten sich die Notverordnungen in der Krise der Republik ab 1930 zum Ersatz für die Gesetzgebung des blockierten Reichstages entwickeln, der auch sein Aufhebungsrecht nicht nutzen konnte, weil die erforderlichen Mehrheiten fehlten und zudem das Gegenmittel des Reichspräsidenten, nämlich die Parlamentsauflösung nach § 25, drohte.
Die Präsidialkabinette regierten nach Verlust auch der Tolerierungsmehrheit weitgehend mit Notverordnungen. 1932 wurden nur noch fünf Gesetze bei 66 Notverordnungen erlassen. Sie ebneten auch den Weg zur Diktatur Hitlers, der mit der "Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28.2.33. die Liquidierung der Republik einleitete.<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Gründung der Weimarer Republik (x057/224-225): >>Die Nationalversammlung wählte Ebert zum Reichspräsidenten, bildete die Regierung der Weimarer Koalition mit Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum und schuf nach den Plänen von Hugo Preuß am 11. August 1919 die Verfassung des Deutschen Reiches. Sie beruhte auf dem Gedanken der Demokratie und machte Deutschland zu einer parlamentarischen Republik mit einem Reichspräsidenten als Staatsoberhaupt, der, vom Volk gewählt, das Reich nach außen vertrat.
Er hatte den Oberbefehl über die Wehrmacht, konnte den Reichstag auflösen, ferner einen

Volksentscheid nach erfolgtem Volksbegehren herbeiführen und besaß nach Paragraph 48 das Recht, die Grundrechte und Grundpflichten teilweise aufzuheben, falls "die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird". Nach diesem Notverordnungsrecht durfte er ohne den Reichstag Gesetze erlassen.
Der Reichstag war die gesetzgebende Körperschaft, nach allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlen aller Männer und Frauen von über 20 Jahren gewählt. Die Reichsregierung bedurfte der Mehrheit des Parlaments und stand unter der Leitung des Reichskanzlers.
Der Reichsrat umfaßte die Vertreter der Länder mit eigenen Landtagen und Landesregierungen. So war das Deutsche Reich ein dezentralisierter Einheitsstaat mit den Reichsfarben schwarz-rot-gold von 1848 und der Nationalhymne "Deutschland über alles" und hielt die Mitte zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat. Der in der Verfassung enthaltene Anschluß Österreichs - ebenfalls in der österreichischen Verfassung enthalten - mußte auf Grund des Versailler Vertrages wieder fallen gelassen werden. ...<<
Dr. Hans Joachim Berbig schrieb später über die Gründung der Weimarer Republik (x287/170-173): >>... Im Auftrag des deutschen Volkes verabschiedete die Weimarer Nationalversammlung im August 1919 eine neue Verfassung für das territorial verkleinerte Deutsche Reich, das laut Artikel 1 eine Republik war, in der die Staatsgewalt vom souveränen Volk ausging.
Der Wille des Volkes äußerte sich in der Wahl des Reichstags, wobei durch das Frauenwahlrecht eine staatsbürgerliche Gleichstellung von Männern und Frauen erfolgte. Die nunmehr als Länder bezeichneten Gliedstaaten des Reiches – das reichsunmittelbare Gebiet Elsaß-Lothringen war verlorengegangen – waren im Reichsrat vertreten, der aber als Vertretung der Länderregierungen nur ein beschränktes Mitwirkungsrecht bei der Reichsgesetzgebung besaß. Ein Zweikammersystem sah die Weimarer Verfassung eben nicht vor!
Dem direkt vom Volke gewählten Reichspräsidenten war eine fast monarchische Stellung eingeräumt worden, doch unterschied ihn von einem konstitutionellen Monarchen, daß er unter Anklage gestellt werden konnte. Wie allerdings die nationale Tradition mit der monarchischen noch verknüpft war, zeigte nicht nur die Rolle Hindenburgs als Ersatzkaiser, sondern auch die schwarz-weiß-rote Gesinnung Gustav Stresemanns, der als Reichskanzler und mehrfacher Außenminister der Republik nicht nur an den Idealen der schwarz-rot-goldenen Paulskirche orientiert war, sondern weiterhin Kaiser und König treu bleiben wollte und den Kronprinzen laufend über seine Politik unterrichtete.
Mit der Formulierung von Grundrechten knüpfte die Weimarer Verfassung ausdrücklich an die Frankfurter Verfassung der Paulskirche an. Gleichfalls wie 1849 waren 1919 die Reichsfarben schwarz-rot-gold; 1922 führte Reichspräsident Ebert das Deutschlandlied als offizielle Nationalhymne ein.
Scheidemann, den Ebert zum Ministerpräsidenten eines Kabinetts der "Weimarer Koalition" ernannt hatte, trat bereits im Juni 1919 zurück, da er den Versailler Friedensvertrag nicht unterzeichnen wollte. Die Hypothek des Ersten Weltkrieges, von der Rechten mit der Dolchstoßlegende abgetan, lastete schwer auf der ersten deutschen Republik und konfrontierte sie mit schwierigen außenpolitischen Fragen.
So sah Artikel 61 der Weimarer Verfassung den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich vor, den die provisorische Nationalversammlung Deutsch-Österreichs schon am 12. November 1918 verkündet hatte.
Die deutschsprachigen Bewohner des alten Österreichs hatten sich auch noch nach 1866 als Deutsche gefühlt. Wenn es nur nach dem Willen des Volkes gegangen wäre, wäre eine Entwicklung zu einem demokratisch-republikanischen Großdeutschland möglich gewesen. Denn nach dem politischen Zerfall des habsburgischen Vielvölkerstaates hätten die deutschen Österreicher Deutsche werden können.

Obwohl ... Wilson eine Grenzziehung nach klar erkennbaren Sprachgrenzen im Sinn des Selbstbestimmungsrechtes der Völker versprochen hatte, wurde weder auf die deutsche Volks- und Sprachzugehörigkeit der Südtiroler Rücksicht genommen noch auf die der Sudetendeutschen, die sich vielmehr als nationale Minderheit in einem Staate wiederfanden, in dem sich die Tschechen die Rechte eines Mehrheitsvolkes anmaßten.
... Am 6. September 1919 erklärte der Staatskanzler Renner in seinem Bericht über die Ergebnisse von St. Germain vor der Nationalversammlung in Wien: "Deutsch-Österreich wird niemals darauf verzichten, die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich als das Ziel seiner friedlichen Politik zu betrachten."
In der gleichen Sitzung legte die Konstituierende Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich gegen die Einbeziehung der Deutschen Böhmens und Mährens, deren Siedlungsgebiet von Deutsch-Österreich als eigenes Bundesland reklamiert worden war, in die neue CSR Verwahrung ein. Die Siegermächte von Versailles setzten sich über die Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechtes durch die Deutschen hinweg.
Dennoch blieben die dem Versailler Friedensvertrag entgegenstehenden Bestimmungen in Artikel 61 Abs. 2 der Weimarer Verfassung als Bekenntnis zum Ziele der nationalen Weiterentwicklung formell stehen, wurden also nicht aufgehoben, sondern ruhten nur, d.h. sie blieben infolge des Nichtigkeitsprotokolls vom 23. September 1919 unwirksam.
In der Zweiten Republik Österreich, dem Beispiel für das Wiedererstehen eines untergegangenen Staatswesens, hießen die Bewohner nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings nicht mehr Deutsche, sondern Österreicher. Lediglich die deutschsprachigen Bewohner Südtirols, das politisch bis 1919 zu Österreich gehörte, bezeichnen sich heute noch als Deutsche, nicht als Österreicher. ...<<
Schlußbemerkungen: Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat und verfügte nicht über die klassischen Merkmale eines Staates (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt). Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen, Teilauflösung des deutschen Heeres etc.) zählte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten in politischen Kontakt zu treten.
Die Weimarer Verfassung war keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes, denn Deutschland wurde damals von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert.

Die ersten Jahre der Weimarer Republik
Während der österreichisch-ungarische Staat nach dem Ersten Weltkrieg auseinanderbrach, blieb die Einheit des Deutschen Reiches trotz des militärischen und politischen Zusammenbruchs erhalten. Die große Not und das Elend der Kriegs- und Hungerjahre festigten sogar noch den Zusammenhalt des deutschen Volkes. Fast alle bisherigen "Staatsdiener" erfüllten weiterhin pflichtgemäß ihre Arbeit, um die "Weimarer Republik" zu unterstützen.
In den ersten Jahren der Weimarer Republik gab es fortwährend große außen- und innenpolitische Schwierigkeiten, so daß die Regierungen unentwegt scheiterten und wechselten. Von 1919-23 kämpften die schwachen deutschen Regierungen fast ständig gegen linksradikale Kommunisten und rechtsradikale Nationalsozialisten um ihre Existenz.
Als der kommunistische Terrorismus stärker wurde, entwickelte sich schnell eine nationalsozialistische Gegenbewegung, die den "roten Terror" mit dem "braunen Terror" bekämpfte. Die Kommunisten und Nationalsozialisten kämpften zwar angeblich gegen den Nationalsozialismus bzw. gegen den Kommunismus, aber beide Gruppen verfolgten letztlich die gleichen radikalen diktatorischen Ziele. Sowohl die KPD als auch die NSDAP strebten bereits frühzeitig die gewaltsame Terrorherrschaft und Vernichtung der deutschen Demokratie an.

Trotz der fast hoffnungslosen Lage stellten sich mutige, pflichtbewußte deutsche Politiker den gewaltigen Aufgaben der Nachkriegsjahre. Oftmals gelang es den deutschen Regierungen nur mit letzter Kraft die äußeren Grenzen zu schützen, den Terror der Kommunisten und Nationalisten zu bekämpfen sowie die Reparationszahlungen und die Bewahrung der Staatseinheit in den Griff zu bekommen.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die innenpolitische Entwicklung der Weimarer Republik (x057/225-227): >>... Häufige Regierungs- und Koalitionswechsel verschärften das innerparlamentarische Leben, zumal die rechts- und linksradikalen Gruppen und Parteien in steter Opposition zu Regierung und Staat ständig anwuchsen. Nach den Aufständen linksradikaler Elemente in Berlin und München und nach Putschversuchen von rechts, erschütterten zahlreiche politische Morde den neuen Staat: die Kommunistenführer Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Reichsminister Erzberger und Rathenau.

Ende 1923 kam es zu einer Krise zwischen dem Reich und Sachsen sowie Bayern, wo "nationale Kräfte" sich vom Reich lösen wollten und ein Putschversuch des Führers der neuen nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, gegen das Reich scheiterte beim Hitlerputsch am 9. November 1923.

Diese Unruhen waren weitgehend bedingt durch die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten hervorgerufen durch die Folgen des Krieges und die Belastung des Versailler Friedens. Die Reparationsschuld war ursprünglich auf 226 Milliarden Mark und dann im Jahre 1921 auf 132 Milliarden Mark festgesetzt worden. Über die Durchführung entstanden besonders mit Frankreich wachsende Spannungen. Auf zahlreichen Konferenzen der Alliierten verhandelte man über die Reparationen. Die deutschen Regierungen bemühten sich vergebens, ein für das Wirtschaftsleben und die Zukunft des deutschen Volkes erträgliches Maß zu erreichen. Unter dem drohenden Einmarsch alliierter Truppen mußte man schließlich das Londoner Ultimatum annehmen.

Um dieselbe Zeit begann im Mai 1921 der Währungsverfall: 1 Goldmark = 15 Papiermark, so daß Deutschland eine Stundung beantragte. Diese Stundung scheiterte schließlich an der Haltung Frankreichs, das schließlich im Widerspruch zu England, unterstützt von Italien und Belgien, auf Grund von geringfügigen deutschen Lieferungsrückständen den verhängnisvollen "Weg der produktiven Pfänder" beschritt und das Ruhrgebiet militärisch besetzte.

Der von der deutschen Regierung Cuno durchgeführte "passive Widerstand", begleitet von Sabotageakten einzelner Deutscher und separatistischen Versuchen, durch Frankreich unterstützt, führte zu keinem Erfolg. Aber auch die französische Politik war gescheitert. ...

Nachdem die Diktaturversuche von links in Sachsen und rechts in Bayern gescheitert waren, galt es die Währung zu stabilisieren, da der Markkurs im November 1923 völlig zusammengebrochen war: 1 Goldmark = 1 Billion Papiermark.

So drohte neben der innerpolitischen eine soziale und wirtschaftliche Krise, die das Leben in Deutschland zum Erlahmen brachte und die nackte Existenz des Volkes bedrohte.

Nach den Plänen von Helfferich, Luther und Schacht wurde im November die Rentenmark geschaffen, deren Ausgabe auf 3.200 Millionen beschränkt blieb und die sich auf eine Belastung von Grundbesitz, Industrie, Handel und Banken stützte. So gelang es durch das "Wunder der Rentenmark", die Währung zu stabilisieren und damit die gelähmte Wirtschaft aus eigener Kraft wieder zu beleben.

Die Stabilisierung war aber mit der Zerrüttung des deutschen Volksvermögens verbunden, da die alten Guthaben nur zu einem geringen Prozentsatz "aufgewertet" wurden, was die kleinen Sparer um ihre Erträge brachte und den Mittelstand vernichtete. Damit vollzog sich eine Umbildung der sozialen Struktur, wie sie die Geschichte des deutschen Volkes noch nicht aufzuweisen hatte.

Dennoch bewährte sich in der Not die Lebenskraft des Volkes, das seit einem Jahrzehnt un-

ermeßliche Leiden durch Krieg, Revolution und Inflation hatte erdulden müssen.<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den Anfang und die ersten Jahre der Weimarer Republik (x192/428): >>... Drei Monate lang versuchten beide Seiten, die Oberhand zu gewinnen, doch als die Kommunisten im Januar 1919 einen offenen Aufstand in Berlin begannen, gab es den Republikanern die Möglichkeit, die Armee zur Niederschlagung der Revolte zu Hilfe zu rufen. Bald danach trat in Weimar - da die Hauptstadt Berlin nicht sicher schien - eine Nationalversammlung zusammen, die eine Verfassung für den jungen Staat ausarbeitete.
Das Überleben der "Weimarer Republik", wie der neue Staat genannt wurde, war jedoch nie wirklich gesichert. Während ihres kurzen Bestehens mußte sie sich gegen die – häufig gewaltsamen – Attacken extremer Gruppen der Rechten und Linken zur Wehr setzen. 1920 unternahmen Monarchisten einen Umsturzversuch; 1923 versuchte eine eigenartige Koalition aus unzufriedenen Offizieren unter Führung Ludendorffs und der rechtsextremen Partei Adolf Hitlers, durch einen Putsch in München die Regierungsgewalt in Bayern an sich zu reißen. Auch sie mußte sich geschlagen geben.
Solange die deutsche Wirtschaft ein einigermaßen hohes Beschäftigungsniveau halten konnte, funktionierte das Weimarer Experiment relativ gut. Doch als sich die materiellen Umstände verschlechterten, stieg die Attraktivität jener Gruppen, die versprachen, mit "fester Hand" und stärkeren staatlichen Eingriffen den Wohlstand zurückzubringen.
Letzten Endes waren es die Siegermächte, welche die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft verursachten. …
1921 verkündete eine Reparationskommission nach langen Beratungen, daß insgesamt eine Summe von 132 Milliarden Goldmark an die Siegermächte zu zahlen sei. Das war für Deutschland, dessen Wirtschaft durch den Krieg ebenfalls stark geschädigt worden war, eine groteske Forderung, doch katastrophale Dimensionen erreichte das Problem durch den Zusammenbruch der deutschen Währung: Die Mark, die 1914 bei 25 US-Cents stand, fiel bis Juli 1922 auf 2 Cents und wurde danach praktisch wertlos: 4,2 Billionen Papiermark waren Ende 1923 für einen Dollar zu zahlen. Das Bürgertum, das durch Anleihen den Krieg finanziert hatte, war ruiniert.
Großbritannien war der Ansicht, daß der Zusammenbruch der Mark auf die Reparationslasten zurückzuführen sei, und schlug ein Einfrieren der Zahlungen vor. Gleichzeitig forderten die Briten jedoch, daß auch ihre eigenen Schulden und die anderer europäischer Mächte gegenüber den Vereinigten Staaten gestrichen werden sollten. Die Amerikaner lehnten ab.
Statt dessen setzte einen Sachverständigenausschuß unter der Leitung des amerikanischen Bankiers Charles L. Dawes 1924 einen fixen Zeitplan für die Zahlung der vereinbarten Reparationen fest, und das Geld begann schneller denn je in die USA zu fließen. Da immer mehr Reserven aus Europa für die Rückzahlung von Schulden und den Zinsendienst verwendet werden mußten, schrumpfte der Markt für Industriegüter, es entstand ein massives Ungleichgewicht in der internationalen Wirtschaft.
Damit war die Bühne bereitet für die Weltwirtschaftskrise, die schließlich den vom Ersten Weltkrieg begonnenen Prozeß vollenden sollte: die Zerstörung der alten Ordnung Europas.<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Entstehung und Geschichte der "Weimarer Republik" (x051/627-628): >>… Die Geschichte der Weimarer Republik läßt sich in drei Abschnitte einteilen:
1. Die Krisenjahre 1919-23: Revolutionäre Unruhen und Aufstände von "links", so in Berlin - Spartakus-Aufstand 1919, im Ruhrgebiet 1919 und 20, in Bayern - wo 1919 vorübergehend eine Räterepublik bestand, in Mitteldeutschland und Hamburg 1921 und 23, in Sachsen und Thüringen 1923; Putschversuche von "rechts" - Kapp-Putsch 1920, Hitlerputsch 1923 und die rechtsradikale Agitation gegen die Republik - Dolchstoßlegende, Novemberverbrecher; polni-

sche Aufstandsversuche in Oberschlesien 1919, 20 und 21; Auseinandersetzungen zwischen Reichsregierung und Reichswehrführung; Konflikte zwischen dem Reich und einzelnen Ländern, insbesondere Bayern 1923; der sogenannte Ruhrkampf; zahlreiche politische Morde - z.B. 1919 an den KPD-Führern R. Luxemburg und K. Liebknecht, 1921 an Erzberger, 1922 an Rathenau - und nicht zuletzt die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges, vor allem die Zahlung von Reparationen an die Alliierten, die wesentlich zur seit Mitte 22 galoppierenden Inflation beitrugen, belasteten die junge Republik schwer und gefährdeten ihren Bestand.
2. Die Konsolidierung 1924-29. Der Abbruch des Ruhrkampfes im August 23, die Beendigung der Inflation durch die Einführung der Rentenmark im November 23 und die Beilegung des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich im Februar 24 leiteten eine Phase der wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung und Stabilisierung der Weimarer Republik ein. Der Dawesplan von 1924 und noch mehr der diesen ablösende Youngplan von 1929 erleichterten die deutschen Reparationslasten.
Die von Stresemann 1923-29 geleitete Außenpolitik normalisierte die Beziehungen Deutschlands zu seinen ehemaligen Kriegsgegnern: 1925 Verträge von Locarno, 1926 Berliner Vertrag mit der UdSSR, dem schon 1922 der Rapallo-Vertrag vorausgegangen war, 1925-30 Räumung des Rheinlands durch die Alliierten, 1926 Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund. Das wohl wichtigste innenpolitische Ereignis dieser Phase war die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 26.4.1925.
3. Die Auflösung 1929-33. Dieser letzte Abschnitt der Weimarer Republik war gekennzeichnet durch die Weltwirtschaftskrise, den Übergang vom parlamentarischen zum präsidialen Regierungssystem und das Anwachsen des politischen Extremismus von links und noch mehr von rechts. Am 25.10.29 leitete der Schwarze Freitag an der New Yorker Börse die Weltwirtschaftskrise ein, die Deutschland besonders schwer traf und … Anfang 32 zu einer massenhaften Arbeitslosigkeit von über sechs Millionen Arbeitslosen führte. ...<<
Schlußbemerkungen: Die Erste Deutsche Republik kämpfte unentwegt gegen die verhängnisvollen Folgen der Versailler Verträge, denn das deutsche Volk wurde nach dem Ersten Weltkrieg gewissenlos ausgebeutet, gedemütigt, entrechtet und mehrfach in die nationale Verelendung gestürzt. Der unsägliche Versailler "Friedensvertrag" brachte nicht nur die erste demokratische Republik in Mißkredit, sondern die ungerechten "Friedensbedingungen" der Siegermächte ließen auch erhebliche Zweifel an der Gerechtigkeit und den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts aufkommen.

Die Besetzung des Ruhrgebietes
Als das Deutsche Reich nicht rechtzeitig genügend Holz und Kohlen lieferte, marschierten am 11. Januar 1923 französisch-belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein - später hielten sich dort insgesamt rund 100.000 Besatzungssoldaten auf.
Die empörte Bevölkerung des Ruhrgebietes reagierte vielerorts mit passiven Widerstandshandlungen. Im Deutschen Reich brach nach der Besetzung des Ruhrgebietes ein Sturm der Entrüstung los.
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die Inflation im Deutschen Reich und die Besetzung des Ruhrgebietes (x364/131-134): >>… **Der Vertrag zinkte die Karten**
In "Empire of The City" schreibt E. C. Knuth: "Die finanziellen Bestimmungen des Vertrages sind vielleicht der überhaupt unglaublichste Teil dieses absolut perfiden Papierwerkes, das jemals zustandegebracht wurde und das im Sinne praktischer Durchführbarkeit den reinsten Blödsinn enthielt."

Der in dem "Vertrag" enthaltene "Blödsinn" zinkte die Karten zugunsten der internationalen Banker und ebnete ihnen den Weg, um ihre weltweiten Ambitionen ein gutes Stück voranzutreiben.
Im Anschluß an die von der City bei Einstellung des Feuers kaltblütig verhängte, mörderische Blockade Deutschlands - 800.000 Deutsche starben vor Hunger und Krankheit in nur neun Monaten - wurden dem deutschen Volk untragbare Reparationsleistungen als Ergebnis des Versailler Vertrages auferlegt. Eine erste Zahlung in Höhe von 20.000 Millionen Mark sollte bis Mai 1921 erfolgen. Als zu diesem Zeitpunkt etwas weniger als die Hälfte davon tatsächlich bezahlt worden war, drohten die Franzosen mit der Besetzung des Ruhrgebietes, um dadurch die Bezahlung zu erzwingen.
Diese Krise ging vorüber, nachdem Deutschland, von einem weiteren Ultimatum unter Druck gesetzt, eine Reparationsrechnung von insgesamt 132.000 Millionen Mark annahm und den Siegern Schuldscheine in dieser Höhe ausstellte. Davon wurden 83 Milliarden beiseite gelassen und vergessen. Aber Deutschland sollte auf die restlichen 50 Milliarden jährliche Zinsen in Höhe von 2,5 Milliarden sowie 0,5 Milliarden pro Jahr zahlen, um die Gesamtschuld zu verringern.
"Deutschland konnte diesen Verpflichtungen nur unter zwei Voraussetzungen nachkommen:
1. wenn es einen Haushaltsüberschuß hätte und 2. wenn es mehr exportieren als importieren könnte - das heißt eine positive Handelsbilanz hätte."
Die "Mächte der Zukunft" sorgten dafür, daß diese Ziele nicht erreicht werden konnten, ohne daß dabei der Lebensstandard in Deutschland auf eine Stufe gedrückt werden mußte, auf der die deutschen Arbeiter kaum mehr als geknechtete Sklaven ausländischer Herren sein würden.
Zum Beispiel belegte 1921 England sämtliche Importe aus Deutschland mit einer 26prozentigen Steuer. Außerdem weigerte sich England, deutsche Waren in ausreichenden Mengen einzuführen.
Daß Deutschland die Reparationszahlungen in Waren und Dienstleistungen hätte begleichen können, wenn seine Gläubiger den Willen gehabt hätten, diese Waren- und Dienstleistungen anzunehmen, wird durch die Tatsache veranschaulicht, daß das reale pro-Kopf-Einkommen des deutschen Durchschnittsarbeiters zu Beginn der 20er Jahre um 18 Prozent höher lag als in der Wirtschaftsblüte des Jahres 1913.

Chronische Inflation

Anstatt den Lebensstandard drastisch zu senken und gewaltige Steuererhöhungen vorzunehmen, ließ die deutsche Regierung mehrere Jahre lang einen unausgeglichenen Haushalt zu. Die Riesendefizite werden in dem von der Zentralbank (Reichsbank) geliehenen Geld bezahlt, die den internationalen Banken unterstand. Das Ende war leicht vorherzusehen: chronische Inflation! Im Jähe 1920 erhielt man für 20 Mark ein englisches Pfund. Zum August 1921 brauchte man bereits 300 Mark, um ein Pfund zu kaufen.
Drei Monate später war der Wechselkurs 1.000 : 1. Danach verschlechterte sich die Lage rasant. Zum Januar 1923 mußten 80.000 Mark für ein englisches Pfund bezahlt werden. Sieben Monate später lag der Kurs bei 20 Millionen für ein Pfund. Und am Jahresende brauchte man 20 Milliarden Mark, um ein englisches Pfund zu kaufen.
Der Wert des deutschen Papiergeldes verflüchtigte sich mit so alarmierendem Tempo, daß am Schluß die Bank nur noch eine Seite des Scheins bedruckte. Damit das Papier, auf das die Banknoten gedruckt wurden, nicht am Ende mehr wert war als der darauf genannte Betrag, gab die Reichsbank nur Scheine in astronomischen Beträgen heraus.
Viele Arbeiter wurden zweimal am Tag bezahlt, zu Mittag und bei Feierabend. Die Ehefrauen kamen zu ihren Männern vor die Fabriktore, holten die Bündel Geld und rannten zum nächsten Laden, um Lebensmittel und sonst Notwendiges noch vor der nächsten Preiserhöhung einzukaufen. Furcht und Verzweiflung bemächtigte sich des Landes.

Die Mittelklasse war praktisch ausradiert. Wer Immobilien besaß - Gebäude, Land, Fabriken - profitierte von der Panik: er konnte seine Schulden mit Inflationsmark abbezahlen.
In diesem Chaos stellte Deutschland den Antrag auf ein Moratorium für sämtliche Bargeldzahlungen für die Reparationen, und zwar für die nächsten zwei Jahre. Die siegreichen Mächte lehnten den Antrag ab und am 9. Januar 1923 stimmte die Reparationskommission mit drei zu eins dafür (auf Geheiß der City stimmte England mit "Nein". Man wollte lieber die Ausländer die schmutzige Arbeit für einen machen lassen), daß Deutschland mit seinen Zahlungen in Verzug sei.
Zwei Tage später marschierten die Streitkräfte Frankreichs, Belgiens und Italiens in das Ruhrgebiet ein und besetzten Fabriken, Bergwerke, Wälder und sonstige wertvolle Plätze, aus denen sich Geld zwecks Reparationszahlungen herausholen ließ. Die deutschen Arbeiter an der Ruhr riefen zu einem Generalstreik auf, weigerten sich, die Wiedergutmachungszahlungen vorzunehmen und begannen ein Programm des passiven Widerstandes. Die Regierung stellte sich hinter die Streikenden.
Das besetzte Gebiet war relativ klein (rund 100 mal 50 km), enthielt aber 10 Prozent der Bevölkerung und erzeugte 80 Prozent der deutschen Kohle, Eisen und Stahl und stellte 70 Prozent des Gütertransportes. Die Besetzung erwies sich als ein Mißerfolg. Die Besatzer, (12.500 Mann stark und 2.000 Kollaborateure) versuchten vergebens, die Funktionsfähigkeit des Gebietes aufrecht zu erhalten.



"So, jetzt haben wir den Völkerbund". Alle gegen Einen, gegen den nackt auf dem Boden liegenden deutschen Michel.

Die Ereignisse an der Ruhr stellten eine ungeheure Belastung für die … deutsche Wirtschaft dar. Nicht nur, daß dadurch die Mark kaputt gemacht wurde, sondern auch die Besatzungsmächte erhielten nicht die von ihnen gewünschten Reparationen.<<

Nach der Besetzung des Ruhrgebietes verkündete Reichskanzler Wilhelm Cuno am 13. Januar 1923 den "passiven Widerstand". Die deutschen Botschafter verließen Paris und Brüssel. Im Ruhrgebiet versenkte man später vielerorts Schiffe, um Kanäle zu blockieren und sprengte Bahnstrecken, um den Abtransport der Kohle zu verhindern. Sämtliche Kohlenlieferungen wurden eingestellt. Bei den erbitterten Auseinandersetzungen kamen später mindestens 132 Deutsche um. Die Besatzer verhängten außerdem 11 Todesurteile und 5 lebenslange Zuchthausstrafen (x034/204).

Während einer Demonstration gegen die französischen Besatzungstruppen wurden am 31.

März 1923 in Essen 13 deutsche Demonstranten erschossen (x034/192).
Am 6. Mai 1923 lehnten die französischen und belgischen Besatzungsmächte ein deutsches Reparationsangebot ab.
Bei einem Sprengstoffattentat auf der Duisburger Rheinbrücke starben am 30. Juni 1923 neun belgische Soldaten.
Am 30. Juni 1923 verurteilte in Mainz die französische Besatzungsmacht 7 Deutsche wegen Sabotage zum Tod.
Im besetzten Ruhrgebiet wurden am 11. Juli 1923 etwa 80.000 französische und 7.000 belgische Soldaten sowie 10.000 französische und 1.000 belgische Eisenbahner eingesetzt (x034/199).
Nach der Massenausweisung von rund 150.000 Deutschen und erfolglosen deutsch-französischen Verhandlungen brach die deutsche Reichsregierung am 26. September 1923 den Generalstreik wegen völliger Zerrüttung der Wirtschaft ab. DNVP und KPD lehnten diese Entscheidung ab.
Als der deutsche Reichskanzler Gustav Stresemann den Widerstand abbrechen ließ, protestierte die bayerische Regierung gegen den Abbruch des passiven Widerstandes. Der bayerische Ministerpräsident Gustav Ritter von Kahr forderte, den Versailler Vertrag sofort zu kündigen.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Besetzung des Ruhrgebietes (x063/540-541): >>... Den Vorwand gab ein unbedeutender deutscher Verzug in der Lieferung von Kohle und Telegrafenstangen. Dahinter stand die Absicht, die französischen Rheinlandpläne, die Amerika 1919 verhindert hatte, wiederaufzunehmen. Die englischen Kronjuristen erklärten Frankreichs Vorgehen sofort als unbegründet und rechtswidrig. ...
Das deutsche Volk antwortete mit dem passiven Widerstand, und die Reichsregierung ordnete die Einstellung aller Reparationslieferungen für Belgien und Frankreich an.
Die Ruhrbesetzung brachte das deutsche Wirtschaftsleben nahezu zum Stillstand. Um die beschäftigungslosen Massen am Leben zu erhalten, mußten schließlich 30 Druckereien Tag und Nacht Noten drucken. 1923 stieg der amerikanische Dollar auf 4,2 Billionen Mark.
Da ... die deutschen Gerichte bis gegen Ende der Inflation den Grundsatz "Mark ist Mark" aufrechterhielten, konnten ungeheure Vermögen neu erworben werden, während die Ersparnisse vieler Generationen hinwegschmolzen. Mit wenig ausländischem Gelde konnte man Fabriken, Aktien, Schmuck oder ganze Häuserblocks kaufen. Fremdenhaß und Antisemitismus breiteten sich bei den verarmten Mittelschichten aus und der Rechtsradikalismus kam immer mehr auf seine Rechnung.
Die Völkerversöhnung hatte offensichtlich Schiffbruch erlitten. Deutschland sah sich der Willkür von Feinden preisgegeben, für die der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln war. Am verhängnisvollsten sollte sich die Proletarisierung der Mittelklasse auswirken. Ihr sozialer Absturz verband sich mit dem verletzten Nationalgefühl zu Gunsten aller antidemokratischen Kräfte.
Die Ruhrbesetzung ... war als Triumph der rohen Gewalt ein Unglück für ganz Europa. Ein Sieg des passiven Widerstandes dagegen hätte der Gewalt als Mittel der Politik im Bewußtsein der Völker eine entscheidende Niederlage beibringen können.<<
Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtete später über die Besetzung des Ruhrgebietes durch französisch-belgische Truppen (x291/66-68): >>... Im Laufe des Jahres 1921 rückte eine Revision des Versailler Vertrages zu Gunsten Deutschlands immer näher: Die Deutschen drohten seit dem Vertrag von Rapallo im April mit einer engeren Verbindung mit der Sowjetunion und brachten zugleich unter Hinweis auf ihren Währungsverfall, den sie selbst aktiv förderten, ein Moratoriumsersuchen nach dem anderen vor.
Als im November in Berlin eine Regierung gebildet wurde, die offensichtlich entschlossen

war, überhaupt nicht zu zahlen, rang sich das französische Kabinett … dazu durch, die unter Briand schon einmal vorbereitete Ruhrbesetzung doch noch vorzunehmen: Nur so schien es ihm möglich, den Trend zur allgemeinen Revision noch einmal umzukehren und an die zur Lösung der eigenen Finanzprobleme dringend benötigten Gelder heranzukommen.
Nach einigen diplomatischen Scharmützeln, die nur deutlich machten, daß auch die Deutschen entschlossen waren, die Kraftprobe zu wagen, rückten am 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein. Die Briten blieben abseits, ließen ihre Verbündeten aber vorerst gewähren.
Die Kraftprobe mündete zunächst in einen Sieg der französischen Seite. Die Reichsregierung inszenierte zwar einen "passiven Widerstand der Ruhrbevölkerung", der das wirtschaftliche Leben in den besetzten Gebieten fürs erste lahmlegte, konnte die Besatzer damit aber nicht zum Aufgeben zwingen und mußte die Finanzierung des Widerstands zudem mit der völligen Zerrüttung der deutschen Währung bezahlen.
Im Sommer begann die Streikfront abzubröckeln; die Unternehmer fanden sich allmählich bereit, mit der Interalliierten Kontrollkommission Verhandlungen über Reparationslieferungen aufzunehmen. Außerdem geriet die Reichseinheit ins Wanken: Die Wirtschaftsgrenzen, die die Besatzer errichtet hatten, wirkten auf eine Umorientierung der Ruhrwirtschaft zum Westen hin, die massenhafte Ausweisung preußischer Beamter schwächte den administrativen Zusammenhalt; und die Ermunterung separatistischer Aktivitäten durch die Besatzungsbehörden fand unter diesen Umständen verstärkt Resonanz.
Der deutschen Seite blieb schließlich nichts anderes übrig als zu kapitulieren: Am 26. September gab der neue Reichskanzler Gustav Stresemann offiziell das Ende des "passiven Widerstands" bekannt und erklärte sich zu neuen Verhandlungen über ein Reparationsabkommen bereit.
Der französische Ministerpräsident … wollte sich mit diesem Erfolg aber noch nicht zufriedengeben. Einerseits verfügte er noch nicht über sichere Garantien für künftiges deutsches Wohlverhalten; und andererseits schien sich ihm durch die Lockerung der Bindungen der besetzten Gebiete an das Reich doch noch die Gelegenheit zu ergeben, in der Rheinlandpolitik weiterzukommen, als dies 1919 möglich gewesen war.
So schlug er die deutschen Verhandlungsofferten aus, ließ die Besatzungstruppen weiter separatistische Aktivitäten fördern und verhandelte schließlich im November mit Adenauer und dessen Freunden, die sich dazu von der Reichsregierung hatten ermächtigen lassen, über die Bildung einer Rheinischen Republik.
Damit aber ging er über Frankreichs Möglichkeiten hinaus: Während Adenauer die Verhandlungen in die Länge zog, bis sich die Finanzen des Reiches nach der Einführung der Rentenmark wieder erholten, nahm der Kursverfall des Franc, der durch die Kraftanstrengung an der Ruhr ebenfalls mitgenommen war, dramatische Ausmaße an. Im Januar 1924 kamen die Banken der Londoner City den Deutschen zu Hilfe; die Franzosen aber mußten, um ebenfalls finanzielle Unterstützung von britischer und amerikanischer Seite zu erlangen, ihre Separierungspläne aufgeben. ...<<
Schlußbemerkungen: Oswald G. Villard schrieb im Oktober 1923 über die Ruhrgebietsbesetzung (x063/541): >>... daß der passive Widerstand zusammenbrach, war ein Unglück für die ganze Welt, denn nichts ist heute nötiger als der Beweis, daß es noch einen anderen Weg gibt als den Weg der Gewalt, um Despoten und Tyrannen in die Knie zu zwingen.<<

Die Inflation nach dem Ersten Weltkrieg
Infolge der ungerechtfertigten Ruhrgebietsbesetzung, die Kosten in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Goldmark verursachte, brach im September/Oktober 1923 fast die gesamte deutsche Wirtschaft völlig zusammen und verstärkte die dramatische Inflation. Die Druckereien und

Papierfabriken stellten pausenlos neue Banknoten her und die Preise kletterten auf astronomische Höhen. Die Inflation führte schließlich zu einer völligen Entwertung der deutschen Währung. Im September 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich 100,0 % (x149/-42).
Im November 1923 erreichten die Preise unfaßbare Summen und stiegen immer rasanter (1 Brot kostete z.B. 1917 = 50 Pfennig, 1921 = 5 Mark und im November 1923 = 500 Milliarden Mark.
1919 kostete 1 US-Dollar = 8,57 Mark. Im November 1923 kostete 1 US-Dollar = 4,2 Billionen Mark.
Die Einführung der Rentenmark im November 1923 machte der Inflation zwar ein Ende, beendete aber nicht die Armut. Während der Inflation wurde das gesamte deutsche Geldvermögen wertlos, denn im November 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 immer noch 100 % (x149/42).
Die Eigentümer von Sachwerten wurden damals entschuldet, während die Eigentümer von Sparguthaben ihre gesamten Ersparnisse verloren. Der wirtschaftliche und soziale Abstieg erfaßte große Bevölkerungsschichten. Die deutsche Regierung entließ damals auch über 372.000 ihrer rund 1,59 Millionen Beamten und Angestellten (x090/264).
Die Massenverelendung förderte naturgemäß auch den Einfluß der linksradikalen Kommunisten und rechtsradikalen Nationalsozialisten. Infolge der Inflation und der Massenarbeitslosigkeit herrschten überall Aufruhr und Chaos. In Sachsen und Thüringen stellten sogenannte "sozialdemokratisch-kommunistische Regierungen" proletarische Kampfverbände auf. In Hamburg und in Küstrin mußten bewaffnete Aufstände der linksradikalen Kommunisten und der rechtsradikalen "Schwarzen Reichswehr" niedergeschlagen werden.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Inflation" (x051/276-277): >>Inflation, allgemeine Bezeichnung für anhaltende Zunahme des Preisniveaus in einer Volkswirtschaft, insbesondere die durch Kreditfinanzierung des Krieges, Reparationen, Kriegsfolgelasten, Geldschöpfung, Devisenspekulationen, Kapitalflucht u.a. ausgelöste Entwertung der Reichsmark in den ersten Jahren der Weimarer Republik.
Aus schleichender Inflation 1918-21 wurde 1922 trabende und 1923 galoppierende, weil die Belastung des Ruhrkampfes die Wirkung der auslösenden Faktoren potenzierte und Regierung wie Reichsbank den Entschuldungseffekt der Inflation begrüßten.
Der Dollar, der 1914 mit 4,20 RM bewertet wurde, kostete im Juli 19 schon 14,0 RM, im Juli 21 76,7 RM, im Juli 22 fast 500 RM, ein Jahr später 353.412 RM und erreichte mit 4,2 Billionen RM am 15.11.23 den Gipfel.
Diese Inflation vernichtete sämtliche Sparguthaben und große Teile der Betriebskapitalien, begünstigte Verschuldung und Sachwertbesitz und führte zu einer tiefgreifenden Umverteilung der Vermögen und zur Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in der deutschen Wirtschaft. Für weite Kreise, insbesondere des Mittelstands, bedeutete die Inflation Deklassierung, ja Proletarisierung, und wurde zum traumatischen Erlebnis, das später in der Weltwirtschaftskrise die politische Radikalisierung förderte und den Boden für die Agitation des Nationalsozialismus bereitete. …<<
Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg berichtete später über die Auswirkungen der Inflation (x243/26): >>Die Nutznießer der Inflation, die Finanzspekulanten, Großindustriellen und Großgrundbesitzer, hatten goldene Zeiten. Da die deutschen Unternehmen mit ... geringen Unkosten produzieren konnten, waren auf dem Weltmarkt die deutschen Preise niedriger als die Angebote jeder Konkurrenz. Darum wurde in Deutschland im Jahre 1923 ziemlich viel produziert. ...
Die Opfer der Inflation waren die deutschen Mittelschichten, die Lohn- und Gehaltsempfänger. Die deutschen Sparer verloren nun das Letzte. ...<<

Der britische Botschafter in Berlin … berichtete am 31. Dezember 1923 (x256/82): >>Nun geht das Krisenjahr zu Ende. Die inneren und äußeren Gefahren waren so groß, daß sie Deutschlands ganze Zukunft bedrohten. Eine bloße Aufzählung der Prüfungen, die das Land zu bestehen hatte, wird einen Begriff davon geben, wie schwer die Gefahr, wie ernst der Sturm war. ...
In zwölf Monaten, von Januar bis heute, hat Deutschland die folgenden Gefahren überstanden:
die Ruhrinvasion,
den kommunistischen Aufstand in Sachsen und Thüringen,
den Hitlerputsch in Bayern,
eine Wirtschaftskrise ohnegleichen,
die separatistische Bewegung im Rheinland.
Jeder einzelne dieser Faktoren, falls er sich ausgewirkt hätte, würde eine grundlegende Veränderung entweder in der inneren Struktur des Landes oder in seinen Beziehungen nach außen herbeigeführt haben. Jeder dieser Gefahrenmomente, falls er nicht abgewendet worden wäre, hätte jede Hoffnung auf eine allgemeine Befriedung vernichtet.
Politische Führer in Deutschland sind nicht gewohnt, daß ihnen die Öffentlichkeit Lorbeeren spendet, und doch haben diejenigen, die das Land durch diese Gefahren hindurchgesteuert haben, mehr Anerkennung verdient, als ihnen zuteil werden wird. ...<<
Schlußbemerkungen: Die Inflation zertrümmerte innerhalb von einigen Monaten das gesamte Sozialgefüge des Deutschen Reiches, so daß sich überall Feindschaft und Mißtrauen gegenüber dem Staat ausbreiteten. Im Deutschen Reich gab es schon bald über 2,0 Millionen Arbeitslose. Millionen von Deutschen verloren bei dieser Währungskatastrophe ihr mühsam erspartes Geld und wurden mit einem Schlag bettelarm. Gleichzeitig erwarben viele ausländische Investoren, deutsche Spekulanten (darunter waren auch zahlreiche Juden) und gewissenlose Geschäftemacher äußerst günstig riesige Vermögenswerte (Fabrikanlagen, Wohnblocks, Grundstücke usw.), so daß sich im Deutschen Reich vor allem bei den Arbeitslosen und der verarmten Mittelschicht eine gefährliche Radikalisierung, Antisemitismus und Fremdenhaß ausbreiteten.

Hitlers Weg zur Macht
Im Oktober 1918 geriet Hitler in einen britischen Gasangriff und erblindete vorübergehend. Hitler beendete den Ersten Weltkrieg als Gefreiter in einem Lazarett in Pasewalk/Pommern.
Der deutsche Historiker Harald Steffahn schrieb später über Adolf Hitler in den Jahren 1918-1933" (x051/260-262): >>(Hitler, Adolf) ... In Pasewalk erlebte Hitler das Kriegsende und faßte den Entschluß, "Politiker zu werden", um die "Schmach" der Kapitulation zu rächen ("Mein Kampf"); er glaubte fest an den "Dolchstoß" der marxistisch verseuchten Heimat in den Rücken der unbesiegten Front.
Im Mai 19 stellte sich Hitler der Reichswehr zur Verfügung und fiel Vorgesetzten als "national zuverlässig" auf. Erste Rednererfolge hatte er im Lager Lechfeld vor heimgekehrten Kriegsgefangenen, die revolutionär anfällig waren.
12.9.19: Hitler sollte über eine der zahllosen Münchner Rechtsparteien und -gruppen, die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), aus eigener Anschauung berichten. Er fiel dort durch einen leidenschaftlichen Diskussionsbeitrag auf und trat nach einiger Bedenkzeit dieser Partei als 55. Mitglied bei; Funktion: Werbeobmann. In einer noch ganz unbekannten Partei sah er ein formbares Instrument für seine Zwecke - statt des Hochdienens in einer der altetablierten. Dies war der Beginn von Hitlers Karriere.
Sofort entfaltete er eine lärmende Öffentlichkeitsarbeit. Organisatorisch einfallsreich, demagogisch geschickt, rednerisch aufhetzend in radikaler Schwarz-Weiß-Manier, alle Übel auf einfache Formeln und klare Schuldzuweisung verdichtend ("Novemberverbrecher", "Schand-

vertrag von Versailles", "internationales Judentum"), zog er wachsende Zuhörerscharen an die DAP heran. Deren Umbenennung in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) erfolgte im Februar 20. Zugleich wurde das 25-Punkte-Programm der NSDAP verkündet - ohne wesentliche Beteiligung Hitlers.
Inhaltlich aber war das Programm seinem Weltbild gemäß, besonders hinsichtlich der Punkte 1 (Großdeutsches Reich), 2 (Ausschluß der Juden besonders aus öffentlichen Ämtern und der Presse). Im Juli 21 riß er die Parteiführung an sich. Ergebene Anhänger leiteten den Führerkult ein, die NSDAP verbreitete sich organisatorisch in ganz Deutschland.
Der nationalistische Konfrontationskurs der bayerischen Landesregierung (Ritter von Kahr) gegen die Reichsregierung, unter deutlich hochverräterischen Tendenzen, ließ Hitler die Kräfteverhältnisse im Reich falsch einschätzen. Er hielt die Zeit reif für den Umsturz, wollte dabei Kahrs mutmaßliche eigene Absichten - ihm zuvorkommend - für sich nutzen, ihn also "rechts überholen".
So kam es am 8./9.11.23, übereilt und mangelhaft vorbereitet, zum Hitlerputsch. Der nachfolgende Prozeß glich streckenweise einer Farce, da die Richter Hitler weltanschaulich nahestanden und ihm ausgiebige Selbstdarstellung erlaubten. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Festungshaft mit Aussicht auf vorzeitige Entlassung.
In Landsberg am Lech diktierte der Vorzugshäftling den 1. Band von "Mein Kampf". Zur Rassenfrage heißt es darin, die nationalsozialistische Bewegung müsse das Judentum, "den bösen Feind der Menschheit, als den wirklichen Urheber allen Leides, dem allgemeinen Zorne weihen"; die künftige "Lebensraum-Politik" wird vorgezeichnet mit dem Satz: "Wenn wir heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken." Unbeirrt also von seiner politischen Niederlage und ohne jede Erfolgsaussicht entwarf Hitler selbstbewußt sein Zukunftsprogramm (Weltanschauung Hitlers).
Nach neun Monaten freigelassen, gründete er die zerfallene nationalsozialistische Bewegung 1925 neu. Richtungskämpfe zwischen Nord und Süd entschied er gegen Gregor Strasser und Joseph Goebbels in Bamberg mit klarem Sieg für sich (Februar 26).
Hitler gewann danach Goebbels als Parteigänger und schickte den fähigen Organisator und Demagogen als Gauleiter nach Berlin. Insgesamt waren diese Jahre infolge relativer wirtschaftlicher Erholung Deutschlands die politisch erfolglosesten für Hitler.
Dies erweist: Die NSDAP war eine Krisenpartei. Sie warb weniger durch überzeugendes Ideengut für sich als durch radikale Absage an das "System" von Weimar, war Ausdruck gebündelten Unmuts.
Erst die Weltwirtschaftskrise ab Herbst 29 brachte ihr die zweite, entscheidende Aufschwungphase mit sprunghaften Zuwachsraten an Mitgliedern und Wählern: all jene, die zweifelten, daß die parlamentarische Demokratie die Not meistern könne. Hitler, der aus dem ersten Fehlschlag gelernt hatte, wollte die Republik mit ihrem eigenen Instrumentarium - legal - erobern (Legalitätseid 1930). Er wurde erst jetzt über einen fiktiven Posten als Regierungsrat in Braunschweig deutscher Staatsbürger und errang im Frühjahr 32 bei der Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten einen Achtungserfolg (über 13 Millionen Stimmen) gegen den siegreichen Hindenburg.
1932 wurde die Republik unregierbar. Gegen die NSDAP als stärkste Reichstagsfraktion und gegen die gleichfalls total verneinende KPD war keine gesetzesfähige Mehrheit aufzubringen; und dies vor dem Hintergrund von sechs Millionen Arbeitslosen.
Reichspräsident Hindenburg, nach zwei glücklosen Kanzlerernennungen (Papen, Schleicher), überwand unter dem Einfluß engster Berater (Machtergreifung) sein Zögern gegenüber Hitler, dessen Person und Zielen er mißtraute, dessen nationalem Vokabular und soldatischer Gesinnung er andererseits nahe stand. Am 30.1.33 ernannte er Hitler zum Reichskanzler. ...<<

Am 18. September 1919 wurde Hitler DAP-Mitglied (Nr. 55) und fiel schon bald durch sein erstaunliches Rednertalent auf. Hitler verfügte über ein äußerst jähzorniges Temperament. Oft steigerte er sich während seiner hemmungslosen Reden und Diskussionen in einen regelrechten Rauschzustand. Gegner und Kritiker, die Hitlers Meinung nicht akzeptierten, schrie der maßlose, selbstherrliche Egozentriker nicht selten regelrecht nieder. Der begabte, fanatische Volksverführer, der unter krankhaften Minderwertigkeitskomplexen litt, feilte ständig besessen an seinen dramatischen, leidenschaftlichen und hetzerischen Reden.
Da Hitler nichts dem Zufall überließ, trainierte er in den folgenden Jahren, mit Hilfe seines Fotografen (Hoffmann), unentwegt neue Rednerposen.
Am 24. Februar 1920 wurde die DAP in München in NSDAP umbenannt. Hitler zählte damals bereits zu den unentbehrlichen Organisatoren und führenden Propagandarednern der DAP bzw. NSDAP. In Österreich gab es schon seit Mai 1918 eine Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (Parteisymbol = Hakenkreuz).
Mathias Forster berichtete später über die "Deutsche Arbeiterpartei" (x051/113-114): >>Deutsche Arbeiterpartei (DAP), am 5.1.19 in München, das während der Nachkriegswirren das Zentrum gegenrevolutionärer Vereinigungen war, von dem Werkzeugschlosser Drexler, 2. Vorsitzender, und dem Sportjournalisten Harrer, 1. Vorsitzender, ins Leben gerufene Partei.
Das politische Leitmotiv war die Beseitigung der Entfremdung zwischen radikaler Rechten und den Massen, Ziehmutter der Partei war die sich im Hintergrund haltende Thulegesellschaft, ein völkisch-antisemitischer Geheimbund mit ca. 1.500 einflußreichen Mitgliedern, die die DAP als Plattform ihrer politischen Propaganda ansah (Symbol: das Hakenkreuz, Organ: "Münchner Beobachter", Vorläufer des "Völkischen Beobachters").
Die DAP entwickelte sich zu einem Sammelbecken nationalistischer, antibolschewistischer und rassistischer Ideen (insbesondere von Eckart eingebracht) sowie sozialrevolutionärer Strömungen (die von Feder, später auch von Röhm repräsentiert wurden), vermochte sich aber nicht aus dem Dunstkreis eines Bierkeller-Debattiervereins zu lösen.
Statt eines Programms gab es von Drexler erlassene Richtlinien: Neben konkreten Forderungen (Begrenzung der Jahresgehälter auf 10.000 Mark, paritätisch landsmannschaftliche Besetzung des Auswärtigen Amtes, Erweiterung des Mittelstands um die gelernten Arbeiter) waren weltanschauliche Gemeinplätze (klassenloser Führerstaat, Versöhnung von Nation und Sozialismus) und unverbindliche Versprechungen formuliert ("gute Arbeit", "voller Kochtopf", "vorwärts kommende Kinder").
Der nationale Sozialismus der DAP war der Ausdruck einer Sehnsucht nach umfassender Geborgenheit: Statt Klassenkampf wurde die Versöhnung aller Schichten in der Volksgemeinschaft beschworen, als Feindbild von globalem Format diente das Judentum, das die Klammer zwischen Internationalistischem Bolschewismus (= "Demütigung der Nation") und Kapitalismus (= "Demütigung der Person") herstellte.
Der Anspruch der Partei, keine einzelnen Schichten oder Klassen zu vertreten (sondern das Volk), fand taktisch, manche Parole (z.B. "Brechung der Zinsknechtschaft") programmatisch Eingang in die NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei).
Von historischer Bedeutung ist die DAP als Vorläuferin der NSDAP und Sprungbrett der Karriere Hitlers. Am 12.9.19 besuchte Hitler auf Anordnung von Hauptmann Mayr, seinem Vorgesetzten, als V-Mann der Reichswehr eine Versammlung der DAP im "Sterneckerbräu". Nach seinem ersten spontanen Auftritt als Redner (verbürgt ein Zitat Drexlers: "Mensch, der hat a Gosch'n, den könnt ma braucha!") wurde Hitler in die Partei (Mitgliedsnummer 555 = 55, die Hunderter sind aus Prestigegründen davor gestellt) und in den siebenköpfigen Parteiausschuß (Nummer 7) aufgenommen.
Zuständig für Propaganda, baute er im Hinterzimmer des "Sterneckerbräu" die Parteibürokratie auf, gewann den bayerischen Presseoffizier der Reichswehr Röhm und ging daran, die

DAP zu einer publikumswirksamen Kampforganisation zu machen, die den Protest gegen den Versailler Vertrag und gegen den zunehmenden Einfluß des Judentums ins Zentrum ihrer Agitation rückte.
Am 16.10.19 fand vor 111 Personen die erste öffentliche Versammlung statt, auf der Hitler sein Schlüsselerlebnis hatte, zum Redner geboren zu sein: "Ich konnte reden!" ("Mein Kampf").
Die Partei trug der Hitlerschen Strategie Rechnung und löste Harrer im Vorsitz durch Drexler ab. Die erste Großveranstaltung der DAP am 24.2.20 im Festsaal des Hofbräuhauses nahm Hitler zum Anlaß, ein ausgearbeitetes Programm vorzustellen, das neben den bekannten antikapitalistischen, antimarxistischen und antisemitischen Thesen einige neue Punkte enthielt, die den sozialistischen Charakter der Partei betonten: Einziehung aller nicht durch Arbeit erworbenen Einkommen, Konfiszierung der Kriegsgewinne, Verbot der Bodenspekulation, Gewinnbeteiligung der Arbeiter in Großbetrieben; in der Parteilegende wurde diese Rede Hitlers mit dem Thesenanschlag Luthers verglichen.
Dabei ist Hitlers persönlicher Einfluß auf die Formulierung der einzelnen Programmpunkte nicht genau auszumachen. Eine Woche später wurde die DAP in NSDAP umbenannt, am 29.6.21 übernahm Hitler den Parteivorsitz.<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (x051/407-408): >>Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), Staatspartei in der nationalsozialistischen Diktatur.
Am 5.1.19 gründeten Drexler und K. Harrer in München die Deutsche Arbeiterpartei (DAP). Am 24.2.20 wurde sie in NSDAP unbenannt. Am 29.7.21 wählte sie Hitler, der sich ihr im September 19 angeschlossen hatte, zu ihrem mit fast unbeschränkten Vollmachten ausgestatteten Vorsitzenden (u.a. Recht zur Ernennung aller Parteifunktionäre).
Nach dem von ihr (mit-)getragenen Hitlerputsch (8./9.11.23) wurde die NSDAP verboten, bestand aber in Form der "Großdeutschen Volksgemeinschaft" und der "Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands" weiter und wurde am 27.2.25 neu gegründet.
Parteiemblem der NSDAP war ab Frühjahr 20 das Hakenkreuz, ihr Organ ab Dezember 20 der "Völkische Beobachter".
Die NSDAP war eine rechtsradikale Partei mit einer im "25-Punkte-Programm" (Parteiprogramm) vom 24.2.20 enthaltenen nationalistischen und großdeutschen, imperialistischen und militaristischen, völkischen und antisemitischen, antiliberalen und antiparlamentarischen, mittelständischen und antikapitalistischen Programmatik (Nationalsozialismus). In gewollter Abgrenzung von den "Systemparteien" der Weimarer Republik verstand sich die NSDAP als Partei "neuen Typs", "Sammlungspartei" und "Bewegung".
Ihre Struktur und Organisation war antidemokratisch, zentralistisch und autoritär, ganz ausgerichtet auf den (ab 1922 so bezeichneten) "Führer" Hitler (Führerprinzip).
Oberstes Organ der Partei war die Reichsleitung mit dem Führer und der Kanzlei des Führers bzw. (ab 1941) der Parteikanzlei an der Spitze und den einzelnen Reichsleitern: dem Stellvertreter des Führers (1925-32 G. Strasser, 1933-41 Heß) bzw. (ab 1941) dem Sekretär des Führers (Bormann), dem Reichspropagandaleiter, dem Reichsschatzmeister, dem Reichspressechef u.a.
Als Hauptämter bestanden die Reichsorganisationsleitung, die Reichspropagandaleitung (ab 1929 unter Goebbels), das Außenpolitische Amt (unter Rosenberg), das Kolonialpolitische Amt, die Reichsleitung für die Presse (unter Amann) sowie von 1931 an die Auslandsabteilung der NSDAP.
Regional war die NSDAP in Gaue (1935: 35, 1940: 41), Kreise, Ortsgruppen, Zellen und Blocks gegliedert; ihre Leiter (Gau-, Kreis-, Ortsgruppen-, Zellenleiter und Blockwarte) bildeten zusammen das "Korps der Politischen Leiter". Angeschlossen waren der Partei die parami-

litärischen Verbände der Sturmabteilung (SA), der Schutzstaffel (SS), des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) und des Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK), die Hitler-Jugend (HJ) und die Nationalsozialistische Frauenschaft (NSF) sowie zahlreiche berufsständische Organisationen; die Deutsche Arbeitsfront (DAF) galt als "betreute Organisation".
Nach ihrer Mitgliederstruktur war die NSDAP eine mittelständische, (klein-)bürgerliche Partei, in der Angestellte, Selbständige (Handwerker, Gewerbetreibende) und Beamte überproportional vertreten waren.
In den 20er Jahren war die NSDAP, trotz steigender Mitgliederzahlen (1922: 6.000, 1923: 55.000), eine politisch unbedeutende Splitterpartei: Bei den Reichstagswahlen 1924 erhielt die "Nationalsozialistische Freiheitsbewegung" nur 3,0 %, 1928 die NSDAP nur 2,6 % der Stimmen. Erst in der Endphase der Republik erwies sich Hitlers Legalitätstaktik (Erringung der Macht nicht durch Revolution oder Putsch, sondern auf legalem, parlamentarischem Weg), mit der er sich gegen seine "linke" innerparteiliche Opposition (um die Brüder O. und G. Strasser) durchsetzte, als wirkungsvoll:
Bei den Reichstagswahlen vom 14.9.30 erhielt die NSDAP 6,4 Millionen (= 18,3 %) Stimmen und 107 Sitze, am 31.7.32 schon 13,8 Millionen (= 37,4 %) und 230 Sitze, war damit die mit Abstand stärkste deutsche Partei und blieb dies, trotz Stimmverlusten bei den Wahlen vom 17.11.32 (11,7 Millionen = 33,1 % und 196 Sitze).
Schon im Januar 30 war Frick als erster Nationalsozialist Mitglied einer Landesregierung (in Thüringen) geworden. Im Mai 1932 hatte die NSDAP erstmals bei einer Landtagswahl (in Oldenburg) die absolute Mehrheit errungen.
Gleichzeitig stieg auch die Zahl ihrer Mitglieder: von rund 400.000 (1930) über rund 800.000 (1931) auf knapp eine Million (Januar 33). Diese Erfolge hatte die NSDAP weniger ihrer Programmatik zu verdanken (v.a. ihre antikapitalistischen Programmpunkte gerieten völlig in den Hintergrund) als - nebst den Schwächen und Fehlern ihrer politischen Gegner - ihrer massenpsychologisch äußerst geschickten und wirkungsvollen Propaganda, dem die politischen Gegner einschüchternden Terror der SA und nicht zuletzt ihrem Bündnis mit der "nationalen" Rechten (Harzburger Front). ...<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Nationalsozialismus" (x051/403-405):
>>Nationalsozialismus, der Begriff Nationalsozialismus meint sowohl die Ideologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) als auch ihr Herrschaftssystem in Deutschland 1933-45.
Das Wort stammt aus (dem damals zu Österreich gehörenden) Böhmen; dort hatten sich 1904 mehrere politische Vereinigungen mit zugleich deutsch-nationaler und sozialistischer Programmatik zur "Deutschen Arbeiterpartei" zusammengeschlossen, die sich im Mai 18 in "Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei" umbenannte. Von ihr übernahm die am 5.1.19 in München gegründete Deutsche Arbeiterpartei ihre Parteisymbole (u.a. Hakenkreuz) und ihren Namen: Ab dem 24.2.20 nannte sie sich NSDAP. In der Bezeichnung Nationalsozialismus kommt der Anspruch zum Ausdruck, eine Synthese der beiden bestimmenden Ideologien und politischen Kräfte des 19. Jahrhunderts, des Nationalismus und des Sozialismus, verwirklichen zu können.
Der Nationalsozialismus ist eine Form des Faschismus. Wie andere faschistische Organisationen in Europa begriff sich auch die NSDAP nicht als politische Partei im herkömmlichen Sinn, sondern als eine neue soziale und politische "Bewegung". Und wie jene fand sie ihre gesellschaftliche Basis v.a. im mittelständischen Kleinbürgertum: Dieses war durch die Industrialisierung und deren gerade nach Ende des Ersten Weltkrieges negativ deutlich gewordenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgeerscheinungen sozial verunsichert und ökonomisch in ihrer Existenz gefährdet.

Dazu durch den Sturz der Monarchie ihrer traditionellen politischen Bindung beraubt, sah dieses Kleinbürgertum im Nationalismus eine neue politische Heimat.
Denn wie der gesamte Faschismus war auch der Nationalsozialismus eine antimodernistische Protestbewegung: gegen die Repräsentative Demokratie und ihre politischen Institutionen (Parteien, Parlamente, Bürokratien), gegen die moderne Gesellschaft und ihre pluralistische Struktur, gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine großindustrielle Produktionsweise und gegen die Ideologie des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus; in Deutschland darüber hinaus gegen die Niederlage des Deutschen Reiches im Weltkrieg, das Ende einer europäischen Großmachtstellung und Weltmachtpläne und den als "nationale Schande" empfundenen Versailler Vertrag.
Anders als der Kommunismus, die andere große antidemokratische Bewegung des 20. Jahrhunderts, vermochte der Faschismus aber keine geschlossene, in sich folgerichtige Ideologie zu entwickeln.
Auch die "Ideologie" des Nationalsozialismus besteht vielmehr aus einem Konglomerat weltanschaulicher Überzeugungen, sozialer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Vorstellungen und Forderungen, die zum Großteil im Irrationalismus des 19. Jahrhunderts wurzeln, wie das Anknüpfen an vordemokratische, autoritäre Staats- und Gesellschaftstheorien ebenso zeigt wie das Aufgreifen irrationaler Mythen (z.B. von der weltweiten "Verschwörung" des Judentums), der Gebrauch mythischer Symbole (z.B. des Hakenkreuzes) und die Entfaltung pseudoreligiöser Rituale (etwa auf Parteitagen) und Kulte.
Die gemeinhin als seine "Ideologie" bezeichnete politische Programmatik des Nationalsozialismus, die teilweise schon im "25-Punkte-Programm" der NSDAP vom 24.2.20 (Parteiprogramm), v.a. aber in zahlreichen nationalsozialistischen Schriften, insbesondere in Hitlers "Mein Kampf" (1925), enthalten ist, weist folgende Bestandteile auf:
1) Antiliberalismus und Antiparlamentarismus: Auf der Grundlage ihrer Gegnerschaft gegen die liberale parlamentarische Demokratie opponierte die NSDAP prinzipiell gegen die Ergebnisse der Novemberrevolution und die angeblich für diese Verantwortlichen (die "Novemberverbrecher"), gegen die Weimarer Republik (die "Novemberdemokratie"), ihr parlamentarisches "System" und ihre politischen Institutionen, v.a. die "Systemparteien".
Der Kampf der NSDAP gegen den "Irrsinn der Demokratie" (Hitler 1928) schloß freilich nicht aus, daß sie sich nach dem gescheiterten Hitlerputsch von 1923 der politischen Verfahren der parlamentarischen Demokratie bediente (sogenannte Legalitätstaktik). "Die nationalsozialistische Bewegung ist antiparlamentarisch, und selbst ihre Beteiligung an einer parlamentarischen Institution kann nur den Sinn einer Tätigkeit zu deren Zertrümmerung besitzen" ("Mein Kampf").
Der Antiliberalismus des Nationalsozialismus richtete sich auch gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem; doch spielte die antikapitalistische, v.a. gegen die Großindustrie gerichtete Programmatik der NSDAP, die im Parteiprogramm von 1920 noch erheblichen Raum einnahm, spätestens ab 1926, als sich Hitler gegen die "Linke" der Partei (um die Brüder Otto und Gregor Strasser) durchsetzte, in ihrer politischen Praxis keine Rolle mehr; sie hinderte weder Teile der Industrie daran, die NSDAP schon vor 1933 finanziell zu unterstützen, noch stand sie nach 1933 einer engen Zusammenarbeit zwischen der nationalsozialistischen Diktatur und der Großindustrie, v.a. der Produktionsmittel- und der Rüstungsindustrie, und deren Privilegierung im Weg. Den Anspruch, eine zugleich nationale und sozialistische Politik zu betreiben, hat der Nationalsozialismus zu keiner Zeit verwirklicht. -
2) Antikommunismus und Antisozialismus: Von Anfang an war die Programmatik und noch mehr die Propaganda des Nationalsozialismus von einem aggressiven Antikommunismus und Antisozialismus geprägt, der sich sowohl gegen die KPD, die SPD und die Gewerkschaften richtete, als auch gegen die Sowjetunion und den von ihr geführten Bolschewismus und

"Weltkommunismus". Doch ordnete die NSDAP das Ziel der "Vernichtung des Marxismus" (Hitler in einem Aufruf am 10.3.33) ihren politischen Hauptzielen unter: Zur Zerstörung der Republik arbeitete sie vor 1933 zeitweilig auch mit der KPD zusammen; zur Vorbereitung eines Eroberungskrieges schloß die nationalsozialistische Diktatur 1939 den Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag ab. -
3) Das Führerprinzip: Der Nationalsozialismus wollte die parlamentarische Demokratie durch eine hierarchisch aufgebaute, straff autoritär geführte, auf den Grundsätzen von Führer und Gefolgschaft, Befehl und Gehorsam beruhende Diktatur ersetzen, mit einem Führer an der Spitze, der, ausgestattet mit umfassender Herrschaftsgewalt, unterstützt von der Staatspartei (der NSDAP) als politische Elite und (schein-)demokratisch legitimiert durch die plebiszitäre Zustimmung des Volks, die Gesellschaft total erfassen, in einer "Volksgemeinschaft" einen und völlig auf die von ihm autoritär gesetzten politischen Ziele ausrichten und für sie mobilisieren sollte. -
4) Nationalismus: Wie alle Weimarer Parteien forderte auch die NSDAP die Revision des Versailler Vertrages, darüber hinaus aber die Schaffung eines "großdeutschen" Nationalstaates, der über die Grenzen des Deutschen Reiches von 1914 hinausreichen und "alle deutschen Stämme" umfassen sollte. -
5) Rassismus: Der traditionelle großdeutsche Nationalismus ist in der Programmatik des Nationalismus "völkisch" geprägt und zum Rassismus gesteigert. Die nationalsozialistische Rassenlehre griff Rassentheorien auf, wie sie insbesonders Gobineau und H. S. Chamberlain im 19. Jahrhundert entwickelt hatten, und ist außer in "Mein Kampf" v.a. in Rosenbergs "Der Mythus des 20. Jahrhunderts" (1930) enthalten. Sie behauptete eine Stufenleiter der menschlichen Rassen mit der "nordisch-arisch-germanischen" Rasse als der "Herrenrasse" und einzig "kulturschaffenden" Rasse auf der obersten und der "kulturzersetzenden" jüdischen Rasse, die kein Lebensrecht habe, auf der untersten Stufe.
Oberstes Ziel der deutschen Innenpolitik müsse die "Reinhaltung" der "arischen" Rasse sein und die Durchsetzung und Sicherung ihrer Herrschaft über die anderen, minderwertigen Rassen; Hauptziel der deutschen Außenpolitik die Vorherrschaft der "arischen" Rasse und ihres deutschen "Vorvolkes" zumindest in Europa, letztlich aber deren Weltherrschaft. -
6) Antisemitismus: Der rassistisch begründete Antisemitismus stand im Mittelpunkt der Weltanschauung Hitlers. Sein Judenhaß bildete die wohl entscheidende Antriebskraft seines politischen Wollens und Handelns, den zentralen Bestandteil der nationalsozialistischen "Ideologie" und ab 1933 gleichsam die Staatsdoktrin des Dritten Reiches.
Der Nationalsozialismus verband, propagandistisch äußerst wirksam, den Antisemitismus mit dem Antikommunismus (weil Marx Jude war!), den Mythos vom jüdischen "Rassenfeind" mit dem vom bolschewistischen Klassenfeind, die in der deutschen politischen Kultur traditionell verwurzelte Judenfeindschaft mit der in Deutschland verbreiteten Kommunistenfurcht - eine Verbindung, die in der These von der angeblich weltweiten "Verschwörung" des vom bolschewistischen Rußland unterstützten "Weltjudentums" ihren Ausdruck fand und durch Fälschungen wie die der "Protokolle der Weisen von Zion" untermauert wurde.
Hauptziel der nationalsozialistischen Politik war nicht nur die völlige Entrechtung der deutschen Juden, sondern darüber hinaus die physische "Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" (Hitler am 30.1.39). -
7) Imperialismus: Aus dem Rassismus des Nationalsozialismus folgt sein Imperialismus, die Forderung nach Schaffung eines weit über die Grenzen der deutschen Nation hinausreichenden deutschen Großstaates, der dem deutschen Volk den angeblich für sein Überleben notwendigen "Lebensraum" bieten sollte. Ziel der deutschen Außenpolitik müsse "Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk" sein, wobei "wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken" ("Mein Kampf").

Dieses Ziel, daran ließen Hitler und andere Nationalsozialisten keinen Zweifel, konnte nur durch einen Krieg verwirklicht werden. Überhaupt gehörte zum Rassismus des Nationalsozialismus ein primitiver Darwinismus, die Vorstellung, "das allgemeinste unerbittliche Gesetz des Lebens" sei der "Kampf (eines Volkes) um sein Dasein, ... wenn es sein muß, mit anderen Völkern, die der eigenen völkischen Lebensentfaltung entgegenstehen". Der Eroberungskrieg zur Gewinnung von Lebensraum für das deutsche Volk sollte darüber hinaus zur Erringung der Herrschaft des "arischen" deutschen Volkes und seines Staates über die rassisch angeblich minderwertigen slawischen Völker und Staaten Ost- und Ostmitteleuropas, letztlich zur Errichtung einer deutschen Weltherrschaft führen. -
8. Militarismus: Voraussetzung für eine imperialistische Politik war die Militarisierung der deutschen Gesellschaft, ihre psychologische Vorbereitung auf einen Krieg, die Erziehung v.a. der Jugend nach den militärischen Grundsätzen von Befehl und Gehorsam und zur Hochschätzung der Gewalt als (angeblich) notwendiges Mittel politischer Auseinandersetzungen im Innern wie nach außen und die Bekämpfung tatsächlicher oder vermeintlicher pazifistischer Gesinnungen und Haltungen.
Jahrelang war die NSDAP nur eine politisch unbedeutende, über Bayern hinaus kaum bekannte Splitterpartei. Erst seit 1929, während und in ursächlichem Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise, konnte sie die zur Erringung der staatlichen Macht notwendige "Massenbasis" gewinnen. ...<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über den Antisemitismus der NSDAP (x051/289): >>Judenverfolgung. Die Geschichte der Juden in der Diaspora ist eine Geschichte der Verfolgung. Religiöser Fanatismus und wirtschaftliche Motive führten immer wieder zu judenfeindlichen Aktionen, die nicht selten mit Massakern endeten.
Unter dem Toleranzgedanken der Aufklärung vollzog sich seit Ende des 18. Jahrhunderts eine Emanzipation, die im Laufe des 19. Jahrhunderts schließlich zur politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung führte.
Mit der Emanzipation war jedoch die Feindschaft gegen die Juden - der Antisemitismus - nicht beseitigt; er lebte in seinen verschiedenen Erscheinungsformen und Betätigungsgraden fort. Darüber hinaus entwickelte sich eine weitere Richtung der Judenfeindschaft: der Rassenantisemitismus. Er erreichte seinen Höhepunkt im nationalsozialistischen Deutschland mit der sogenannten Endlösung der Judenfrage.
Die Judenverfolgung stellte einen der Kernpunkte nationalsozialistischer Weltanschauung dar. Bereits im Parteiprogramm der NSDAP vom 24.2.20 war festgestellt worden, daß Volksgenosse nur sein kann, wer "deutschen Blutes" ist.
Es wurde gefordert, die Juden unter Fremdengesetzgebung zu stellen. Die erste offizielle Attacke findet sich in einer Gesetzesinitiative der Reichstagsfraktion der NSDAP vom 13.3.30, mit der diese (ohne Erfolg) anregte, denjenigen wegen "Rasseverrat" mit Zuchthaus oder in besonders schweren Fällen mit dem Tod zu bestrafen, "der durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft (oder farbigen Rassen) zur rassischen Verschlechterung und Verletzung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht".
Nach der Machtergreifung begannen die Nationalsozialisten alsbald ihre Pläne zur Judenverfolgung in die Tat umzusetzen. Zunächst stand ihrem Vorhaben allerdings Artikel 109 der Weimarer Verfassung entgegen, nach dem alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich waren. Ausnahmegesetze gegen die Juden wären demnach verfassungswidrig gewesen.
Der Weg dafür wurde erst durch das Ermächtigungsgesetz (24.3.33) geebnet. Eine Woche später folgte das sogenannte 1. Gleichschaltungsgesetz, nach dem auch die Regierungen der deutschen Länder ohne vorherige Beschlußfassung der Landtage Gesetze erlassen konnten. ...<<
Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete

im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über den Antisemitismus in den USA (x318/52-53): >>… Die nordamerikanische Republik ist vor allem eines der Länder, das am meisten zur Verbreitung eines Motivs beiträgt, das später in der ideologischen Vorbereitung der "Endlösung" eine fatale Rolle spielen wird. Schon vor den Naziideologen und –agitatoren ist die These von einer geheimen jüdischen Steuerung der revolutionären Bewegung, die den Westen erschüttert, den US-Ideologen der white supremacy geläufig. Madison Grant unterstreicht die "semitische Führung" des "Bolschewismus", und Lothrop Stoddard brandmarkt das "bolschewistische Regime Sowjetrußlands" als "weitgehend jüdisch".

Doch in diesem Zusammenhang sollte unsere Aufmerksamkeit besonders der Figur von Henry Ford gelten. Sofort nach dem Oktober 1917 bemüht sich der Magnat der Autoindustrie darum, die bolschewistische Revolution als das Resultat eines jüdischen Komplotts zu denunzieren, und gründet 1919 zu diesem Zweck eine in hoher Auflage gedruckte Zeitschrift, den Dearborn Independent. Die dort abgedruckten Artikel werden im November 1920 in Buchform mit dem Titel "Der internationale Jude" veröffentlicht, das sofort zum Bezugspunkt für den internationalen Antisemitismus wird.

Dort kann man Thesen nachlesen, die eine zentrale Rolle innerhalb der Naziideologie spielen "die russische Revolution ist rassischen (jüdischen), nicht politischen Ursprunges", sie bediente sich humanitärer und sozialistischer Schlagworte, bringe in Wirklichkeit aber ein "rassisches Weltherrschaftsstreben" zum Ausdruck. Fords Buch trägt außerdem stark dazu bei, den – im Umkreis der zaristischen Geheimpolizei gefälschten und 1903 zuerst in St. Petersburg auf russisch veröffentlichten – Protokollen der Weisen von Zion Glaubwürdigkeit und Verbreitung zu verschaffen.

Später werden prominente Nazibonzen wie Baldur von Schirach und sogar Heinrich Himmler erklären, von Ford inspiriert worden oder von ihm ausgegangen zu sein. Besonders Himmler behauptet, erst nach der Lektüre des Buches von Henry Ford "die ganze Gefährlichkeit des Judentums" erkannt zu haben: "Es war für uns Nationalsozialisten die Offenbarung". Darauf folgte die Lektüre der Protokolle. "Diese beiden Bücher wiesen uns den Weg, den wir zu beschreiten hatten, um die gequälte Menschheit von dem größten Feinde aller Zeiten, dem internationalen Juden, zu befreien".

Im übrigen hätte – nach Himmler – das Buch von Ford zusammen mit den Protokollen sowohl für seine als auch für die Formierung des Führers eine "ausschlaggebende" Rolle gespielt. Sicher ist, daß "Der Internationale Jude" im Dritten Reich weiterhin mit großen Ehren und mit Vorworten veröffentlicht wird, die das entscheidende historische Verdienst des amerikanischen Autors und Industriellen hinsichtlich der Klärung der "Judenfrage" hervorheben und eine Art Kontinuität von Henry Ford zu Adolf Hitler herausstreichen. …<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 29. Juli 2008 über den US-Unternehmer Henry Ford:

>>**Henry Ford und die Nazis - Der Diktator von Detroit**

Unternehmer, Wohltäter - und Hitlers Vorbild: Der amerikanische Autofabrikant Henry Ford revolutionierte nicht nur die Fließbandproduktion, mit seinem antijüdischen Thesen inspirierte er auch den deutschen Diktator - und erhielt dafür 1938 eine besondere Auszeichnung der Nazis. …

Gute Beziehungen zu Deutschland pflegte Henry Ford schon seit den zwanziger und dreißiger Jahren, als seine Firma mit General Motors um den lukrativen deutschen Markt konkurrierte. Hitler selbst bewunderte die amerikanische Art der Massenproduktion, und besonders bewunderte er Henry Ford, der ihm mit seinen antisemitischen Schriften eine Inspiration war, wie er 1931 einem Reporter aus Detroit erzählte. Der spätere Reichskanzler hatte zu diesem Zeitpunkt bereits ein Porträt des Fabrikanten neben seinen Schreibtisch gehängt.

Antisemitische Thesen

Henry Ford lenkte die Ford Motor Company von Anfang an wie ein Diktator. Es war wohl dieser Führungsstil, der 1928 die "New York Times" veranlasste, ihn als "Mussolini of Highland Park" zu bezeichnen. So war Ford vielleicht ein Wohltäter - aber mit eigenem Überwachungsstaat.

Ford gebar sich indes nicht nur wie ein Diktator, wie Hitler war auch er ein überzeugter Antisemit. Ausdruck dessen: der "Dearborn Independent", eine Zeitung, die Ford von 1919 bis 1927 herausgab. In seinen Artikeln unterstellte der Autor "den Juden" beispielsweise Faulheit und Raffgier: "Mehr als jede andere Rasse zeigt er (der Jude - Anm. d. Red.) eine ausgeprägte Abneigung gegen körperliche gewerbliche Arbeit, gleicht dies durch seine ebenso entschiedene Eignung zum Handel aus." Mehrere gerichtliche Klagen gegen solche Inhalte zwangen Ford schließlich, die Zeitung einzustellen.

1920 veröffentlichte Ford mit seinem Buch "The International Jew: The World's Problem" eine Sammlung antisemitischer Pamphlete, die zuvor im "Dearborn Independent" erschienen waren. Die These des Buchs lautete, das "Weltjudentum" habe sich zusammengeschlossen, um mit Hilfe seiner Macht im Wirtschaftssektor die Weltherrschaft zu erlangen.

Hitler hatte das Buch bereits in den zwanziger Jahren gelesen und bezeichnete es als große Inspiration. Die 1921 erschienene deutsche Übersetzung war später in NSDAP-Kreisen äußerst beliebt. Im gleichen Jahr finanzierte Ford auch die Übersetzung und Veröffentlichung der "Protokolle der Weisen von Zion" in den USA. Die Sammlung fiktiver Protokolle, die eine Weltverschwörung des "internationalen Judentums" beweisen sollten, ist die wahrscheinlich erste weitverbreitete Verschwörungstheorie. …<<

Deutsche Ostpolitik (1919-1933)

Das Deutsche Reich konnte zwar aufgrund der langjährigen Trennung die Abtretung Elsaß-Lothringens hinnehmen, aber keine deutsche Regierung der Weimarer Republik war bereit, die willkürlichen "neuen Ostgrenzen" anzuerkennen. Angesichts der größtenteils ungerechten Gebietsabtretungen waren die deutschen Regierungen grundsätzlich nicht bereit, auf die mühevoll kultivierten, kostbaren preußischen Ostprovinzen zu verzichten, um die man z.T. jahrhundertelang erbittert gekämpft hatte.

Obgleich das entwaffnete Deutsche Reich gegenüber den hochgerüsteten europäischen Nachbarn fast wehrlos war, bemühten sich fast alle deutschen Politiker der Weimarer Republik beharrlich, um eine Revision der deutschen Ostgrenzen zu erreichen. Die preußischen Außenpolitiker waren mit dieser Einstellung nicht allein, denn auch die große Mehrheit des deutschen Volkes wollte die "neuen Volksdeutschen" nicht im Stich lassen.

Stanislaw Grabski, ein führender nationaldemokratischer Politiker, forderte im September 1919 eine extrem nationale Minderheitenpolitik. In den neuerworbenen polnischen Gebieten müßte man die fremden Elemente auf 1,5 % herabdrücken - die Deutschen stellten damals in den ehemaligen preußischen Provinzen 35,4 % der gesamten Bevölkerung (x025/42).

Der polnische Staatsrechtler Kutrzeba schloß Vertreibungen nicht aus, denn die Vertreibung derjenigen, die von den Besatzern ins Land gebracht wurden, um ihm ein fremdes Aussehen zu geben, würde nur den alten Rechtszustand wieder herstellen (x025/179).

Polnische Truppen besetzten am 20. März 1919 Danzig. Bei den Danziger Kommunalwahlen am 14. Dezember 1919 erhielten die polnischen Parteien lediglich 8 % der Stimmen (x034/-79).

Der tschechische Jurist Josef Stehule (1875-1946) schrieb im Jahre 1919 über die Sudetendeutschen (x320/32): >>Der Deutsche als Feind der Menschheit kann das Recht auf Selbstbestimmung nicht nach seinen egoistischen Bedürfnissen wahrnehmen … Es sind die Slawen, auf deren Kosten sich der Deutsche ausgebreitet hat und dieses Unrecht muß nach Meinung

der Menschheit wiedergutgemacht werden, das heißt das deutsche Volk muß dieses Territorium seinen rechtmäßigen Eigentümern herausgeben. … Die in unserem Staat lebenden Deutschen bilden keine historisch-politische Individualität, welche allein die Träger des Rechtes auf Selbstbestimmung sein kann. Es sind dies ursprünglich Kolonisten. …<<
Alle Regierungen der Weimarer Republik bemühten sich seit 1919 konsequent und unermüdlich, um in den ostdeutschen Abtretungsgebieten starke deutsche Volksgruppen zu erhalten, denn die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes war äußerst wichtig, wenn man irgendwann Grenzrevisionen erreichen wollte. Die deutsche Regierung mußte außerdem wegen der gewaltigen finanziellen Probleme mit allen politischen Mitteln versuchen, Massenabwanderungen der Volksdeutschen zu vermeiden. Nach dem Ersten Weltkrieg war das ruinierte und hochverschuldete Deutsche Reich wirtschaftlich nicht in der Lage, mehrere Millionen vertriebene Volksdeutsche zu integrieren.
Das Deutsche Reich konnte den harten Existenzkampf der Volksdeutschen in Posen, Westpreußen, Polen und Oberschlesien nur inoffiziell bzw. verdeckt unterstützen, denn nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg waren direkte bzw. offene Unterstützungsmaßnahmen aus politischen Gründen völlig unmöglich.
Da die staatlichen Stellen keine offiziellen Hilfsmaßnahmen durchführen konnten, gründete die deutsche Regierung private Organisationen, die diese Aufgaben übernahmen. Die deutsche Reichsregierung gründete 1919 den "Ostausschuß", der 1920 von den privaten Organisationen "Deutsche Stiftung" und "Konkordia Literarische GmbH" abgelöst wurde. Diese Organisationen waren wie eingetragene Vereine organisiert und unterstützten die deutsche Industrie, das Bankwesen, die Presse, Schulen, Büchereien, Vereine und sonstige kulturelle Einrichtungen, die in den Abtretungsgebieten um ihre Existenz kämpften.
Der "Deutschtumsbund" förderte überwiegend die deutschen Bauern und Handwerksbetriebe durch zinslose Kredite. Weitere Beihilfen, Subventionen und Beistand gewährten außerdem verschiedene deutsche Wirtschaftsverbände, die Kirchen und Gewerkschaften, die auch für die gesamte Abwicklung der Arbeitslosenunterstützung zuständig waren.
Im April 1920 begann der polnisch-russische Krieg, da Marschall Pilsudski die polnischen Ostgrenzen von 1772 durchsetzen wollte. Nach einer großangelegten sowjetischen Gegenoffensive wurden die polnischen Truppen jedoch schnell zurückgedrängt. Im Juli 1920 stand die Rote Armee bereits vor Warschau. Hier konnte man die Russen jedoch mit französischer Waffenhilfe bzw. wegen Streitigkeiten der sowjetrussischen Armeeführer Tuchatschewski und Budjonny stoppen und zurückschlagen. Nach dem völlig überraschenden polnischen Sieg über die abgekämpften Truppen der Roten Armee erfolgte die östliche Verlagerung der polnisch-russischen Grenze.
Nach dem Sieg über Sowjet-Rußland im polnisch-russischen Krieg von April bis Oktober 1920 verlagerte Polen die bisherigen Grenze um ca. 250 km östlich der von England empfohlenen Volkstumsgrenze (Curzon Linie).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Curzon-Linie" (x051/-105): >>Curzon-Linie, nach dem britischen Außenminister Curzon benannte und von ihm am 11.7.20 vorgeschlagene Demarkationslinie zwischen Polen und der Sowjetunion: Dünaburg - Wilna - Grodno - Brest, dann dem Bug folgend und Galizien durchschneidend bis Przemysl.
Polen lehnte die Curzon-Linie nach dem Sieg über die Rote Armee bei Warschau ab und verlegte die Grenze 250 km weiter nach Osten. 1939 diente die Curzon-Linie zur Orientierung bei der Abgrenzung der Interessensphären im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag und 1945 bei der polnisch-sowjetischen Grenzziehung.<<
Am 3. Mai 1921 drangen polnische Milizen gewaltsam in Oberschlesien ein - die Milizen wurden inoffiziell von der polnischen Regierung unterstützt. Bei diesem "3. polnischen Aufstand" verübten die "Freischärler" schwere Gewalttaten und ermordeten zahlreiche deutsche

Zivilisten (x025/43).
Schlesische Selbstschutzverbände erstürmten am 21. Mai 1921 den Annaberg in Oberschlesien und schlugen die polnischen "Freischärler" nach schweren Kämpfen zurück.
Der Völkerbund verhinderte am 5. September 1921 die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... Polen hat hinsichtlich der Eisenbahn keine souveränen Rechte im Gebiet der Freien Stadt Danzig. ...<<
Trotz eindeutiger Volksabstimmung für das Deutsche Reich mußte die deutsche Reichsregierung nach einer Entscheidung der Hohen Alliierten Kommission am 20. Oktober 1921 die oberschlesischen Industriegebiete an Polen abtreten. Oberschlesien wurde danach durch polnische Truppen besetzt (x041/84).
Der Völkerbund verhinderte am 17. Dezember 1921 wieder die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... Polen hat nicht das Recht, Danzig zu einer bestimmten auswärtigen Politik zu veranlassen. ...<<
Der Völkerbund verhinderte am 22. Juni 1922 wieder die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... Nicht Polen, sondern der Völkerbund ist der militärische Schutzherr Danzigs. ...<<
Reichskanzler Wirth teilte dem deutschen Botschafter in Moskau im Juli 1922 mit (x149/45): >>... Polen muß erledigt werden ... Ich schließe keine Verträge, durch die Polen gestärkt werden könnte.<<
Die ungeschützten Ost-Grenzen des Deutschen Reiches wurden damals ständig durch polnische Nationalisten bedroht. Vor allem in den preußischen Provinzen Ostpreußen und Schlesien rechnete man im Winter 1922/23 mit dem polnischen Einmarsch.
Am 10. Januar 1923 drangen litauische Truppen in das unter französischer Besatzung stehende Memelland ein und besetzten gewaltsam diese ostpreußischen Gebiete, denn die hilflose deutsche Republik war nicht in der Lage, die schwachen Freikorpsverbände der Litauer (verkleidete Soldaten der litauischen Armee) zu vertreiben (x090/262).
Stanislaw Grabski, ein führender nationaldemokratischer Politiker, erklärte im Jahre 1923 in seiner Schrift "Bemerkungen über den gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt in der Entwicklung Polens" (x309/209-210): >>... Wegen der Ostseeküste aber wird früher oder später Polen mit Deutschland zusammenstoßen. Denn selbst wenn wir unsererseits unsere Pflicht gegenüber Ermland und Preußisch-Masuren vergessen würden – die Deutschen werden niemals ihre Ansprüche auf Pommerellen vergessen, denn sie werden ihre Pflichten gegenüber Königsberg nicht vergessen, zu dem der Weg durch unseren Pommerellen Korridor führt.
Bei diesem Zusammenstoß aber wird Polen nur dann den Sieg davontragen, wenn es dafür nicht nur durch die nötige Organisation und die nötige Ausrüstung seiner Armee technisch vorbereitet ist, sondern auch politisch durch die Weckung eines polnischen Nationalbewußtseins innerhalb der polnischen Bevölkerung Ostpreußens. ...
Von der Energie, die wir in dieser Richtung entwickeln, hängt nicht nur die Größe und die Macht Polens ab, sondern nahezu seine Existenz. Denn in der Tat, der Bestand der Republik Polen wird erst dann dauernd gesichert sein, wenn wir in dem mit Deutschland unabwendbaren Kriege siegen, in den sich Deutschland stürzen wird, sobald es sich von der im Weltkrieg davongetragenen Niederlage erholt hat.<<
Der deutsche Zentrumspolitiker Joseph Wirth berichtete später über die ungeschützten Grenzen des Deutschen Reiches (x309/83-84): >>Alle deutschen Regierungen zwischen 1918 und 1933 und die deutsche Heeresleitung waren von der Sorge um den Bestand des Reiches beseelt, den sie innen- und außenpolitisch bedroht sahen.
Bereits in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg hatte Polen wiederholt versucht, Teile des Reichsgebiets gewaltsam vom Reich abzutrennen. Die Furcht vor weiteren Angriffen war nicht unbegründet. Nationalistische polnische Kreise forderten weitere Gebietsabtrennungen.

... Dabei war die Bewaffnung unserer Reichswehr kläglich. ... Reichskanzler Dr. Brüning und Reichswehrminister Gröner beschlossen daher Anfang 1930, bei einem Angriff der Polen Schlesien zu räumen. ...<<
In den Jahren 1923/24 gründete man mehrere ostdeutsche Jugendbewegungen, wie z.B. die "Ostlandscharen", die die ukrainischen und polnischen Saisonarbeiter in Ostpreußen, Ostpommern und in Ostbrandenburg verdrängen sollten. Bei diesen "Ostaktivitäten" handelte es sich in erster Linie um die "Wiedereroberung der deutschen Scholle" und um die Sicherung der "deutschen Ostlandzukunft".
Der polnische Staatspräsident Stanislaw Wojciechowski erklärte am 29. April 1924 während der Eröffnung der Posener Messe (x309/38): >>Um als Großmacht existieren zu können, muß Polen die Vereinigung aller polnischen Länder haben. Man muß sagen, daß wir noch nicht alles erreicht haben, daß noch nicht alle polnischen Länder, nicht alle für die Vollkommenheit unseres Lebens unerläßlichen Zentren mit der Mutter vereinigt sind. Ich glaube aber an die große Macht polnischer Arbeit und polnischer Kultur, die uns erlauben wird, mit der Zeit das zu erreichen, was wir bisher nicht erreicht haben. ...<<
Aufrechte Vorkämpfer für Völkergemeinschaft und Frieden, wie z.B. der französische Politiker Leon Blum und viele andere französische Politiker, Schriftsteller und Wissenschaftler kritisierten im Jahre 1924 die völkerrechtswidrige Behandlung der Minderheiten in Polen.
Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann erklärte am 12. März 1925 in der "Kölnischen Zeitung" (x064/132): >>Es gibt keine Partei in Deutschland von den Deutschvölkischen bis zu den Kommunisten, die von ihrem Gewissen anerkennen könnte, daß die Ziehung der deutschen Grenze im Osten dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker entspräche. Deutschland hat nicht die Gewalt, eine Änderung seiner Grenzen zu ertrotzen, und nicht den Willen, es zu tun.
Wenn aber Artikel 19 der Völkerbundsatzung ausdrücklich davon spricht, daß unabwendbare Verträge geändert werden können, so kann niemand von Deutschland erwarten, daß es endgültig darauf verzichtet, dieses Refugium einer Entwicklung in Zukunft in friedlichem Sinne auch seinerseits für sich in Anspruch zu nehmen.<<
Der Deutsche Ostbund verlangte am 29. November 1925 in Berlin eine friedliche Zurückgewinnung der verlorenen deutschen Ostgebiete.
Im Rahmen der polnischen "Agrarreform" wurden am 28. Dezember 1925 alle deutschen Großgrundbesitzer ohne Entschädigung enteignet. Die polnischen Großgrundbesitzer schonte man.
Der deutsch-polnische Streit um die Postverkehrs-Grenzlinie endete im Jahre 1925 mit der gewaltsamen Beschlagnahmung der Westerplatte - Landzunge im Norden des Danziger Hafens - durch polnische Truppen. Danach begann ein deutsch-polnischer Handelskrieg, der bis 1933 dauerte. Der deutsch-polnische Handel ging damals drastisch zurück und verursachte in Polen große wirtschaftliche Probleme (x064/132).
Die materielle Unterstützung und der seelische Beistand konnten die Abwanderung der zermürbten deutschen Minderheiten selbstverständlich nicht in allen Gebieten vermeiden, aber man verhinderte vielerorts massive Verdrängungen der Volksdeutschen. Obwohl in Polen fast ständig politische Prozesse gegen Volksdeutsche stattfanden, konnte man den Deutschtum-Organisationen nie antistaatliche Handlungen nachweisen.
Von 1919-25 kehrten insgesamt 873.000 Volksdeutsche "freiwillig" in das Deutsche Reich zurück. Diese Rückkehrer kamen aus Posen und Westpreußen = 700.000 (x001/124E), Ostoberschlesien = 90.000 und aus Kongreßpolen = 83.000 (x035/327).
Die Volksdeutschen, die mehrheitlich in geschlossenen Siedlungsgebieten lebten - wie im Sudetenland - und weiterhin über enge wirtschaftliche Verbindungen nach Österreich oder Deutschland verfügten, leisteten wesentlich stärkeren Widerstand. Obgleich sich die Lebens-

verhältnisse ständig verschlechterten, gaben viele Volksdeutsche die Hoffnung nicht auf. Gemäß der uralten "Ostsiedlermentalität" waren sie fest entschlossen, ihre jahrhundertealte Heimat bis zum bitteren Ende zu verteidigen.
Die deutschen Minderheiten kämpften ferner aufopferungsvoll und unermüdlich um den Bestand ihrer nationalen Eigenarten. Ungeachtet der zahllosen Gemeinheiten und Schikanen bemühten sie sich zäh und verbissen, um den kulturellen Charakter ihrer Dörfer, Kirchen, Schulen, Vereine sowie ihre alten deutschen Bräuche, Sitten und Lebensgewohnheiten zu erhalten.
Am 19. April 1926 informierte Außenminister Stresemann den deutschen Botschafter in London über die Problematik der deutsch-polnischen Grenze (x034/289, x243/31): >>... Nur ein uneingeschränkter Wiedergewinn der Souveränität über die in Rede stehenden Gebiete - der Korridor, Danzig, Oberschlesien - ... kann uns befriedigen. ...<<
>>... Eine friedliche Lösung der polnischen Grenzfrage, die unseren Forderungen wirklich gerecht wird, wird nicht zu erreichen sein, ohne daß die wirtschaftliche und finanzielle Notlage Polens den äußersten Grad erreicht und den gesamten polnischen Staatskörper in einen Zustand der Ohnmacht gebracht hat. ...<<
In den breitgefächerten Streusiedlungen und vor allem in den polnischen Städten gelang es verhältnismäßig rasch, die Widerstandskraft der deutschen Arbeiter, Angestellten und der Beamten zu brechen. Dort kamen die Abwanderungsbewegungen der entnervten Volksdeutschen trotz eindringlicher Durchhalteappelle nicht zum Stillstand. Viele Volksdeutsche konnten die systematischen Diskriminierungen nicht lange ertragen und kehrten in die deutschen Reichsgebiete zurück, so daß in den "neuen" polnischen Städten der deutsche Bevölkerungsanteil allmählich drastisch zurückging.
Eine monatlich erscheinende polnische Zeitschrift … berichtete im August 1930 (x309/71): >>Wir wissen, daß der Zusammenstoß Polens mit Deutschland unvermeidlich ist. Wir müssen uns für diesen großen Augenblick systematisch und mit Schwung vorbereiten. ... Die gegenwärtige Generation ist berufen, in die polnische Geschichte erneut den Namen Tannenberg einzutragen.
Dieser historische Sieg muß auf den Vorfeldern Berlins errungen werden, damit die Niederlage Germaniens das Zentrum des Preußentums lähmt! Unser Ziel ist, Polens Westgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße und Ostpreußen wieder den Grenzen der Republik einzuverleiben. Der Drang nach dem Westen, dies ist in diesem Augenblick das Gebot für das gesamte polnische Volk.<<
Von 1910-31 verminderte sich der deutsche Bevölkerungsanteil z.B. in Graudenz von 85 % auf 7,5 %, in Bromberg von 77,5 % auf 8,5 %,), in Thorn (von 66 % auf 4 %) und in Posen von 42 % auf 2 %.
Die polnische Presse stellte am 27. November 1931 befriedigt fest, daß infolge der erfolgreichen Polonisierung ein Rückgang des deutschen Stimmenanteiles im abgetretenen Teil Oberschlesiens von 44 % auf 18 % erfolgt wäre (x034/563).
Nach Abschluß des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes im Jahre 1932 sprach man in Polen bereits unverblümt über den "Marsch gegen das Deutsche Reich bzw. nach Berlin".
Der Streit um die Westerplatte führte 1932/33 zu gefährlichen polnisch-deutschen Spannungen. Staatschef Pilsudski schlug deshalb vor, polnisch-französisch-britische "Polizeiaktionen" gegen das Deutsche Reich durchzuführen.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Minderheiten" nach der europäischen Neuordnung (x051/385): >>Minderheiten, Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Staates, die sich von der Mehrheit der übrigen Staatsangehörigen durch ein auf ihrer Sprache, ihrer rassischen oder ethnischen Herkunft, ihrer kulturellen oder geschichtlichen Tradition beruhendes nationales Sonder- und Eigenbewußtsein unterscheiden.
Die Minderheiten bildeten bei der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg ein

erhebliches Problem, da die Eingliederung fremder Volksgruppen in die neuen oder erweiterten Staaten Ost- und Südosteuropas eigentlich dem schon in den Vierzehn Punkten Wilsons geforderten Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprach.
Die machtpolitischen (Gebietsabtretungen des geschlagenen Deutschen Reiches) und ökonomischen Zwänge (Lebensfähigkeit der Nachfolgestaaten der Donaumonarchie) wiesen jedoch keinen anderen Weg und führten 1919/20 zu multilateralen Minderheitenschutzverträgen zwischen den Siegermächten und Polen, Österreich, der Tschechoslowakei, Rumänien, Griechenland, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn und der Türkei. Hinzu kamen bilaterale Abmachungen wie etwa das Oberschlesienabkommen vom 15.5.22 zwischen Polen und Deutschland.
Der Schutz der Minderheiten wurde in erster Linie durch Garantie und Ausweitung der individuellen Grundrechte angestrebt: Gebrauch der Muttersprache, Meinungs- und Religionsfreiheit, kulturelle Koalitionsfreiheit, Zugang zu öffentlichen Ämtern u.a. Dagegen vermied man kollektive Volksgruppenregelungen, um den Integrationsprozeß in den jungen Staaten nicht zu belasten.
Appellationsinstanz für die Minderheiten war der Völkerbund, in dessen Satzung allerdings der Minderheitenschutz nicht verankert war. Wegen der divergierenden Interessen der Mitgliedsstaaten wurden Beschwerden meist schon im Vorfeld der Beratungen blockiert, so daß einzelne Staaten ungestraft die Minderheitenrechte aushöhlen konnten. Sie wurden daher zu einem wirksamen Hebel der nationalsozialistischen Außenpolitik, die in der ersten Phase auf eine Revision des Versailler Vertrages zielte und als ersten Schritt zur Destabilisierung der kleinen Randstaaten volksgruppenrechtliche Lösungen für die deutschen Minderheiten forderte.
Dahinter stand auch eine ideologische Stoßrichtung: Nach nationalsozialistischer Auffassung war der individualrechtliche Minderheitenschutz eine jüdische Erfindung, da er zur Umvolkung und damit Schwächung des Volkstums führe. Zudem begünstige er die Assimilation, die "das Judentum" zur Tarnung seiner Rolle als "Völkerparasit" brauche.
Die nationalsozialistische Minderheitenpolitik im Zweiten Weltkrieg war denn auch gekennzeichnet von Deportationen, Um- und Aussiedlung, Vertreibung und Vernichtung. Dies und die Völkerverschiebungen im Gefolge der deutschen Niederlage machten die ursprünglichen Schutzverträge für die nationalen Minderheiten nach 1945 in Europa gegenstandslos. Die Vereinten Nationen vermochten sich bisher auf keine neue Konvention zum Schutz der Minderheiten zu einigen.<<
Schlußbemerkungen: Julius Leber, führender Sozialdemokrat und späterer Widerstandskämpfer, erklärte im Jahre 1925 zu den deutschen Ostgrenzen (x084/117): >>... Nie werde es eine deutsche Regierung geben, die den polnischen Korridor freiwillig und feierlich als ewiges Recht anerkennen kann. Zu schmerzhaft steckt dieser Pfahl im Fleisch der deutschen Republik. Zu sinnlos zerschneidet er den deutschen Boden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT-Geschichte" Nr. 8 berichtete später (im Oktober 2019) über das Schicksal der Volksdeutschen bis 1933 in Polen (x358/12-15): >>**Das Leid im Osten**
_ von Rüdiger Lenhoff
Nach dem Diktatfrieden von Versailles waren zahlreiche Deutsche in Posen, Westpreußen und Oberschlesien Repressionen durch Polen ausgesetzt. Dabei kam es zu furchtbaren Verbrechen.
… **Polnische Chauvinisten**
Der Versailler Vertrag hatte bei der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze die Frage der Volkszugehörigkeit der ansässigen Bevölkerung weitgehend ignoriert. Ohne Referenden wurde der größte Teil Westpreußens, der Provinz Posen und ein kleiner Teil Ostpreußens (das Gebiet von Soldau) per Federstrich an Polen abgetreten. Unter Protest der deutschen Bevölke-

rung wurde Danzig als sogenannte Freie Stadt unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt und den Polen ein Katalog mit Sonderrechten gewährt.
Bei der Volkszählung 1923 hatten 97,6 Prozent der Danziger Deutsch als Muttersprache angegeben. Wo Volksabstimmungen stattfanden, stimmte die Mehrheit für die staatliche Zugehörigkeit zu Deutschland. So votierten am 11. Juli 1920 im ostpreußischen Abstimmungsbezirk Allenstein 97,9 Prozent und im westpreußischen Bezirk Marienwerder 92,8 Prozent für den Verbleib im Reich.
Schnell zeigte sich, daß die Regierung in Warschau den Minderheitenschutzvertrag mißachtete, den sie am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet hatte - und ohne dessen Annahme es die deutschen Gebiete nicht zugesprochen bekommen hätte. Selbst ein ausgewiesener Deutschenhasser wie Clemenceau sah sich daraufhin veranlaßt, den polnischen Ministerpräsidenten Ignacy Jan Paderewski auf die Bedeutung der Volksgruppenrechte hinzuweisen.
Trotz der Zusicherung ethnischer Minderheitenrechte und massiver Gebietszuwächse im Westen dachten viele Polen gar nicht daran, sich mit dem Status quo abzufinden. Es gab keine Spur von Dankbarkeit gegenüber Deutschland, das am 5. November 1916 zusammen mit Österreich-Ungarn ein selbständiges Polen ausgerufen hatte. Im November 1918 übernahm Jozef Pilsudski die vollziehende Gewalt in dem neu geschaffenen Staat, der zunächst aus dem historischen Kongreßpolen und Westgalizien bestand. Mit seiner Proklamation zum Staatsoberhaupt begann Pilsudskis erste Präsidentschaft.
Im Januar 1919 ernannte er Paderewski vom Polnischen Nationalkomitee zum Ministerpräsidenten. In dieser Funktion führte der Pianist zusammen mit dem deutschfeindlichen Nationalisten Roman Dmowski die polnische Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 und unterzeichnete den Versailler Vertrag.
Nach einer Rede Paderewskis in der deutschen Provinz Posen und einem Treffen mit dem chauvinistischen früheren Reichstagsabgeordneten Wojciech Korfanty begann dort am 27. Dezember 1918 der großpolnische Aufstand. Sein Ziel war die Abtrennung Posens vom Deutschen Reich. Bereits im Oktober hatte Korfanty im Parlament für den Anschluß deutscher Ostgebiete an Polen plädiert.
Der Aufstand der Separatisten konnte von deutschen Grenzschutzverbänden zwar gestoppt werden. Am 16. Februar 1919 verfügten die Westalliierten jedoch einen Waffenstillstand und legten eine Demarkationslinie zur Teilung der Provinz vor, die fast vollständig Polen zugeschlagen wurde.

Terror gegen Deutsche

Die deutsche Minderheit in Polen - zunächst gut zwei Millionen Menschen - nimmt bis 1923 auf 1,2 Millionen ab. Als erstes inhaftiert man 16.000 Deutsche als Staatsfeinde in zwei Konzentrationslagern im Posener Gebiet. Ab 1922 werden die Deutschen ausgewiesen, die nach 1908 ins Land gekommen sind. Die Geschehnisse in Posen 1918/19 boten einen Vorgeschmack auf den Alltagsterror gegen Deutsche in den Polen zugesprochenen Gebieten.
Der Jäger Friedrich Stümmels von der 1. Kompanie des Jäger-Bataillons 10 schilderte vor einem Amtsgericht unter Eid, was er nach seiner Gefangennahme beobachtete: "In einer Zelle befanden sich zwei Kriegsgefangene, der Uniform nach Artilleristen.
Am 26. Februar nachmittags hörte ich, wie die beiden aus ihren Zellen herausgebracht wurden. Bald darauf hörte ich sie sehr schreien. Der eine schrie: "Laßt mir meine Augen!", der andere schrie: "Mein Ohr!" Durch den Türspalt sah ich, daß etwa 15 polnische Soldaten sich in zwei Reihen aufgestellt hatten und bemerkte, daß der eine Gefangene mit bloßem Körper und am Ohr blutend durch die Reihe schnell hindurchlief. Er blutete sehr stark, das Blut lief ihm seitlich am Kopf herunter. Die beiden Gefangenen kamen nicht in die Zellen zurück. Ich nehme an, daß sie von den Polen getötet worden sind."

Selbst Zivilisten waren schwersten Mißhandlungen durch die Aufständischen ausgesetzt, die offenbar keinerlei Sanktionen der Westmächte fürchteten. Während des Posener Aufstandes waren Plünderungen, Eigentumszerstörungen, Vergewaltigungen, Erschießungen, Folterungen und Verschleppungen an der Tagesordnung.
Viele deutsche Gemeinden flehten die eigene Regierung per Telegramm um Hilfe an, so am 24. Januar 1919 auch diese: "Unsere rein deutsche Gemeinde Deutschhöhe, Kreis Meseritz, wird seit zwei Wochen ständig von polnischen Banditen heimgesucht. Sie stehlen Bekleidungsstücke, Lebensmittel, Kriegsanleihen und bares Geld, schleppen unschuldige Männer und Jünglinge fort und bedrohen grundlos Leben und Eigentum der Einwohner. Unschuldige Opfer sind schon zu beklagen.
Wir verzweifeln in unserer Lage. Niemand wagt sich heraus, Wahlen können nicht stattfinden, Lebensmittel nicht geliefert werden. Wir sind ganz verloren, wenn nicht militärische Hilfe sofort erfolgt. Reschke, Gemeindevorsteher."
Aufgrund des unerträglichen Assimilationsdrucks der Behörden und ständiger polnischer Übergriffe kam es in den Jahren zwischen 1919 und 1921 zu einem wahren Exodus der Deutschen aus Posen und Westpreußen. Viele fürchteten nicht nur um ihre wirtschaftliche Existenz, sondern auch um ihre körperliche Unversehrtheit.
Beispielhaft für die auswanderungsfördernden Gewaltausbrüche steht eine polnische Demonstration in Bromberg, in deren Folge im Februar 1921 deutsche Geschäfte und die Redaktionsräume der deutschen Lokalzeitung angegriffen wurden. Im Juni 1921 plünderte in Ostrowo unter den Augen einer untätigen Polizei ein polnischer Mob deutsche Geschäfte und Privathäuser.

Griff nach Oberschlesien

Der Chauvinist Korfanty hatte aber nicht nur die Polonisierung Posens und Westpreußens im Blick, sondern auch die gewaltsame Aneignung Oberschlesiens. In seinem Geist und mit seiner organisatorischen Hilfe versuchten polnische Aufständische insgesamt dreimal, Oberschlesien unter ihre Kontrolle zu bringen. Man hoffte auch dort - mit dem Segen der Siegermächte -, vollendete Tatsachen schaffen zu können.
Die erste Insurrektion brach am 17. August 1919 aus, konnte vom deutschen Militär aber schon nach einigen Tagen erstickt werden. In der Nacht vom 19. auf den 20. August 1920 kam es zur zweiten polnischen Rebellion, die von Gewalttaten begleitet war.
Volksdeutsche wurden getötet, gequält, verschleppt und vertrieben - alles mit Duldung der Interalliierten Kommission. Während die italienischen Besatzungstruppen den Gewaltexzessen Einhalt zu gebieten versuchten, wurden sie von den Franzosen teilweise gefördert.
Wilhelm Schellong aus Bittkow im Kreis Kattowitz gab am 9. September 1920 zu Protokoll: "In der Zelle, in die wir gebracht wurden, saßen die Lehrer Skrobek und Slowik und die vier Deutschösterreicher.
Nach einer Weile kamen ungefähr 30 Insurgenten herunter in den Keller. Dieselben nahmen sich einen Gefangenen nach dem anderen vor und bearbeiteten ihn mit Schlagringen, Gummiknüppeln, Eichenlatten, Eisenstäben und Gewehrkolben." Der zweite Überfall endete am 25. August, nachdem die Interalliierte Kommission der Entwaffnung der deutschen Sicherheitswehr und der polnischen Einflußnahme auf die Verwaltung zugestimmt hatte.
Ursprünglich sah der Versailler Vertrag auch die Überlassung Oberschlesiens an Polen vor. Nach scharfen Interventionen der deutschen Regierung wurde schließlich eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit der Region abgehalten. Am 20. März 1921 stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 97,5 Prozent 59,6 Prozent der Oberschlesier für den Verbleib im Reich und nur 40,4 Prozent für Polen.
Dabei waren der Wahl eine massive Stimmungsmache und Einschüchterungspolitik sowie das pro-polnische Agieren der französischen Besatzungstruppen vorausgegangen. Trotz des 60-

Prozent-Votums für Deutschland ordnete der Völkerbundrat die Teilung der traditionsreichen Provinz an. Polen bekam im Oktober 1921 vor allem das oberschlesische Industrie- und Kohlerevier und mehrheitlich deutsch besiedelte Städte wie Kattowitz und Königshütte zugeschlagen. Dabei hatten in der Stadt Kattowitz 85,4 Prozent und in Königshütte 74,5 Prozent der Wahlberechtigten für Deutschland votiert.
Obwohl er als polnischer Abstimmungskommissar alles auch noch so Rechtswidrige unternommen hatte, um einen deutschen Sieg zu verhindern, wollte sich Korfanty mit dem Wahlausgang nicht abfinden. In der Nacht zum 3. Mai 1921 zettelte er den dritten Annexionsversuch an, der am 5. Juli mit einem Waffenstillstand endete. Am 21. Mai 1921 hatten deutsche Selbstschutzeinheiten mit der Erstürmung des Annaberges die größte Schlacht des Aufstandes für sich entschieden.

Umvolkung

Maßgebliche Kreise forderten dennoch weitere Gebietszuwächse auf Kosten Deutschlands. Am 23. Mai 1922 war in der Warschauer Zeitung Die Republik Polen zu lesen: "Die Zerreißung Oberschlesiens ist, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, eine Ungeheuerlichkeit. Ein unabhängiges Danzig sperrt uns den Zugang zum Meere, der pommerellische Korridor ist von zwei Seiten bedroht. ... Alle unsere polnischen Vereine müssen sich zusammentun, um den Kampf gegen das Deutschtum zu führen. Die Seebrise belebt die Phantasie der polnischen Patrioten und polnischen Dichter, und diese Phantasie streckt die Arme aus nach den Westslawen an der Elbe und an der Oder."
Weil ohne einen neuen Krieg eine weitere Grenzrevision unmöglich war, verlegte man sich auf ethnokulturelle Zwangshomogenisierung der durch den Versailler Vertrag neu gewonnenen Gebiete. Schon 1919 begann die Vertreibung von Deutschen durch die Schließung ihrer Behörden und Garnisonen.
Beschlagnahmungen von Eigentum und die Auflösung von Pachtverträgen machten deutsche Gewerbetreibende und Bauern arbeitslos. Ziel des Agrarreformgesetzes vom 28. Dezember 1925 war die grundlegende Änderung der Bodenbesitzverhältnisse zu Lasten Deutscher. Besonderen wirtschaftlichen Repressionen war die Stadt Danzig ausgesetzt, die unter Bruch des Selbstbestimmungsrechtes vom Reich abgetrennt und zu einer Freien Staat mit polnischem Sondereinfluß gemacht worden war. Die dortigen Deutschen sollten wirtschaftlich stranguliert und durch Zermürbung wehrlos gegen die Polonisierung gemacht werden.
In Posen, Westpreußen, Danzig und Teilen Oberschlesiens drängte man zudem die deutsche Sprache zurück, indem die meisten deutschen Schulen geschlossen wurden und Deutsch keine Verwaltungssprache mehr war. Viele Volksdeutsche wurden Bürger zweiten Ranges, weil ihnen die Staatsbürgerschaft des Staates verwehrt wurde, auf dessen Territorium sie sich nun befanden. Ohne polnischen Paß galten sie plötzlich als Ausländer und mußten das Land vielfach verlassen, weil ihnen keine Aufenthaltsgenehmigungen erteilt wurden.
Nach dem Putsch des ehemaligen Staatschefs Jozef Pilsudski im Mai 1926 verschlechterte sich die Lage der deutschen Minderheit weiter. Der Staat ging von einer bislang vergleichsweise "planlosen" zu einer "planmäßigen Entdeutschung" über, wie der Historiker Albert Kotowski feststellte. Zwischen den beiden Weltkriegen wanderten mehr als eine Million Deutsche wegen der polnischen Schikanen aus ihrer jahrhundertealten Heimat aus und suchten Schutz im Reich.

Kriegsgefahr

1933 fordert Polen Frankreich dreimal zu einem Zweifrontenkrieg gegen Deutschland in ihrer Mitte auf, was Frankreich ablehnt, aber dennoch in Deutschland bekannt wird. Polen hat 1933 mit 298.000 Mann noch über dreimal so viel Militär wie Deutschland mit seinem 100.000-Mann-Heer. So wird Polen vor Hitlers Amtsantritt 1933 von allen demokratischen Parteien in Deutschland und auch von der Reichswehr als Bedrohung angesehen.<<

Die "Goldenen Zwanziger Jahre"

Die deutsche Wirtschaft erholte sich im Jahre 1925 zwar überraschend schnell, aber der Wiederaufbau wurde fast ausschließlich mit Fremdkapital des Auslands - überwiegend durch US-Anleihen - finanziert. Da die deutsche Reichsregierung nicht genügend Eigenkapital besaß, mußte sich der Staat zwangsweise immer höher verschulden. Damit man die jährlichen Reparationen zahlen konnte, mußte das Deutsche Reich notgedrungen ständig mehr ausländisches Fremdkapital aufnehmen.

Diese völlig unrealistischen Reparationszahlungen wirkten sich langfristig katastrophal aus, denn sie blockierten zwangsläufig den Wiederaufbau eines gefestigten Staates und verhinderten die Wiederherstellung der deutschen Kreditfähigkeit. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich später während der Weltwirtschaftskrise besonders verhängnisvoll aus.

Während sich die Schickeria der großen "Welle der Begierde" und "dem Tanz auf dem Vulkan" hingab, erhöhte man für den Arbeitnehmer die tägliche Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden. Die damalige Zeit der "Goldenen Zwanziger" war hauptsächlich eine Epoche der großen Bonzen, Schieber und Spekulanten sowie die große Zeit der ausschweifenden, oberflächlichen Vergnügungsindustrie.

Die NSDAP wurde im Jahre 1925 in den meisten deutschen Ländern wieder zugelassen und konsequent nach dem "Führerprinzip" ausgerichtet, aber der wirtschaftliche Aufschwung stoppte den Aufstieg der rechtsradikalen Partei zunächst nachhaltig.

Der deutsche Schriftsteller Leonhard Frank schrieb später über die "Goldenen Zwanziger" in Berlin (x149/50): >>Damals war die schöne Zeit. Von den Nachwirkungen des verlorenen Krieges war nichts mehr zu spüren. Die Wirtschaftsverhältnisse hätten nicht besser sein können, wenn Deutschland den Krieg gewonnen haben würde. ...

Ein neues Deutschland hatte sich herausgeschält. Eine Art Märchen von Aschenbrödel war für eine ganze Nation Wirklichkeit geworden.

Diese Zeit war der Beweis dafür, daß Wirtschaftskraft und –aufstieg auch das geistige und künstlerische Schaffen befruchten. ...

Die Bücherproduktion war größer als je. Die neue expressionistische Richtung, in Deutschland entstanden, beeinflußte die europäische Dichtung. Theater, Oper, Konzerthäuser waren überfüllt. Europäische Künstler aus Paris, London, Rom, die nach Berlin kamen, waren begeistert und wollten nicht mehr fort. Die Luft in Berlin war elektrisch geladen. ...<<

Außenminister Gustav Stresemann kritisierte am 27. August 1928 die zunehmende Amerikanisierung der Deutschen (x063/554-555): >>... Wir sind im gegenwärtigen Deutschland mehr amerikanisiert als irgendeine andere Nation in Europa. Wir arbeiten zu viel. Wir sind ein Volk der Hast und Unruhe der Großstädte geworden. Unsere Presse gibt die Sensationen wieder, die heute dem Menschen hundertfache Eindrücke übermitteln und ihm das Bild zeigen, das durch Amerika zunächst den Völkern der Welt vor Augen geführt wird. Im Innern aber lebt unbewußt der Gedanke, daß wir in diesem modernen Leben ein Stück unserer Seele verloren haben.

Wien und Österreich steht uns vor Augen als ein Land, das anders lebt als wir, das, wenigstens früher, ruhiger und beschaulicher war. Aus jener Stadt und jenem Land klingen uns die Namen Mozart und Schubert entgegen. Dort bedeutet Theater und Literatur noch mehr als Boxkampf. Im österreichischen Volke, das aus Menschen unseres Blutes besteht, suchen wir unsere eigene verlorene Seele ...<<

Schlußbemerkungen: Die sogenannten "Goldenen Zwanziger Jahre" waren nur kurze, "oberflächliche Träume" und spielten sich nur in einer relativ kleinen Bevölkerungsschicht ab. Es war eine Zeit, die besonders durch merkwürdige Übererregtheit, überschwengliche Lebensfreude, dramatisches, hektisches und lautstarkes Leben sowie dümmliche Selbsttäuschung

geprägt wurde.
In den Jahren 1925-29 gehörten Bestechungen, Korruptionsfälle, Skandale und Schiebungen von sagenhaften Ausmaßen zur allgemeinen Tagesordnung. Während skrupellose Betrüger, rücksichtslose Wucherer und andere Ganoven riesige Gewinne erzielten, kämpfte die große Mehrheit der verarmten deutschen Bevölkerung täglich um ihre Existenz. In jener Zeit lebten ungezählte hungernde Menschen in bitterer Not, am Rand des Existenzminimums, und hofften auf den Anfang eines besseren Zeitalters.

Reparationszahlungen nach dem Ersten Weltkrieg
Während der Konferenz von Paris im Januar 1921 forderten die Siegermächte eine Entschädigung von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten. Ferner verlangte man eine 42jährige Ausfuhrabgabe von jährlich etwa 1-2 Milliarden Goldmark (x041/85). Nach Bekanntgabe dieser unfaßbaren Forderung reagierte das deutsche Volk mit großer Empörung oder völliger Verzweiflung.
Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtete später über die nach dem Ersten Weltkrieg zu zahlenden Reparationen (x286/41-42): >>... Womit hätten die Deutschen zahlen sollen? Nachdem ihnen Land und der Rest ihrer Schätze, das Gold war im Krieg draufgegangen, genommen waren, konnten sie nur mit Hilfe von Waren leisten. Diese Waren aber wollten die Alliierten nicht abnehmen.
Deutschland hatte - wie immer – eine passive Handelsbilanz - importierte also mehr als es exportieren konnte. Wie sollte es aus einem Überschuß seine Schulden tilgen?
Der englische Ökonom John Maynard Keynes erkannte mit seinem in Cambridge und mit langer Lektüre der "Times" geschulten Intellekt, daß das nicht funktionieren konnte. Er wurde als Berater des englischen Schatzamtes Mitglied der Friedensdelegation und schrieb 1919 ein Buch über die "Wirtschaftlichen Folgen des Friedens". Sein Gedanke "Deutschland kann nicht bezahlen, da die Sieger ihm verwehren, Überschüsse zu erwirtschaften". Mit dem Buch wurde Keynes weltberühmt – ein Beweis, daß gesunder Menschenverstand damals noch in Ehren stand. Genutzt hat es nichts.
Die deutschen Reparationen wurden 1920 auf 226,4 Milliarden Goldmark festgesetzt. Das war 36mal soviel, wie die Deutschen im letzten großen Krieg, den gegen Frankreich 1871, als Kontribution kassiert hatten. ...
1921 wurden die Deutschen angewiesen, über 42 Jahre hin zu zahlen, und zwar in steigender Summe. Pro Jahr war das nun eine erträglichere Zahl. Aber der Denkfehler war der gleiche:
Deutschland konnte nicht zahlen, da es nichts hatte und es ihm verwehrt war, Geld zur Zahlung zu verdienen. Der Zahlmeister war gar keiner.
Es bleibt bis heute ein Rätsel, wieso das mit den Reparationen niemand früher durchschaut hatte. Immer hatte Deutschland mehr importiert als exportiert:
1900 war das Verhältnis Export zu Import: 4,6 zu 5,8 Milliarden, 1905: 5,7 zu 7,1 Milliarden, 1910: 7,5 zu 8,9 Milliarden. Nur 1913 glich sich die Handelsbilanz beinahe aus. Deutschland exportierte für 10,097 Milliarden und importierte für 10,770 Milliarden Mark. ...<<
Die deutsche Reichsregierung bat die US-Regierung am 20. April 1921 um Hilfe, da man die geforderten Reparationen nicht bewältigen konnte.
Die US-Regierung schlug am 21. April 1921 eine Reparationskonferenz - mit Beteiligung der USA - zur Lösung der deutschen Finanzierungsprobleme vor.
Am 29. August 1924 nahm der Reichsrat gemäß den Beschlüssen der deutschen Reichsregierung den Dawes-Plan an, um das Reparationsproblem zu bewältigen. Das Deutsche Reich sollte bis August 1928 jährlich 1,0-1,75 Milliarden Mark und danach ab September 1928 für unbestimmte Zeit jährlich 2,5 Milliarden Mark zahlen (x041/88). Als Starthilfe erhielt das zahlungsunfähige Deutsche Reich im Jahre 1924 erstmalig US-Darlehen in Höhe von 800

Millionen Goldmark, um fällige Reparationszahlungen zu leisten. Der Dawes-Plan sah vor, daß die vom Deutschen Reich zu leistenden Reparationen an die Alliierten vor allem durch Kredite aus den Vereinigten Staaten von Amerika zu finanzieren waren.
Mit Hilfe des Dawes-Planes sollten die deutsche Wirtschaft unterstützt und die Reparationszahlungen für die nächsten 5 Jahre gesichert werden. Das Deutsche Reich mußte die gesamten Zolleinnahmen und verschiedene Steuern an die alliierten Siegermächte verpfänden (x149/-44). Die deutsche Reichsbank wurde außerdem vom 4. Oktober 1924 bis zum Ende des Dawes-Planes (1929) unter internationale Aufsicht gestellt, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten (x175/212).
Charles G. Dawes (1865-1951, nordamerikanischer Bankier und Politiker, "Business, not politics") erhielt für die Leitung des internationalen Ausschusses im folgenden Jahr den Friedensnobelpreis.
Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtete später über den "Dawes-Plan" (x286/42-43): >>... Nach der großen Inflation von 1920/23 und einem Moratorium wurde 1924 ein neuer Plan ausgeheckt. Diesmal unter Federführung eines Profis, des amerikanischen Bankiers Charles Dawes. Der argumentierte wie ein Bankier: Erst die Sau mästen, bevor sie abgestochen wird. So bekam Deutschland gleich einen "Stabilisierungs-Kredit" über 800 Millionen, der zog weitere Gelder ins Land. Aus diesen Geldern konnten auch zunächst die Zahlungen geleistet werden: jährlich bloß noch 2,4 Milliarden Goldmark. Dawes bekam für sein Kunststück den Friedensnobelpreis.
Deutschland war Zahlmeister geworden, aber einer, der den Leuten nur jenes Geld wiedergab, das man dem Zahlmeister geliehen hatte.
Das ging schief ... Die deutsche Handelsbilanz war passiv wie eh und je. Zwischen 1924 und 1928 stiegen die Exporte von 10 auf 12,3 Milliarden Mark. Die Importe aber stiegen von 9 auf 14 Milliarden. 1929 sah es wieder mal nach einer ausgeglichenen Handelsbilanz aus – aber die Freude war kurz. Die Weltwirtschaftskrise startete, die deutsche Wirtschaft, basierend auf kurzfristigen Krediten, schrumpfte wie ein alter Apfel. Die bangen Fragen der Kreditgeber wurden drängender, die Kredite schließlich abgezogen. Das Ende war die Pleite.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den "Dawes-Plan" (x068/216): >>Die Amerikaner schätzten uns richtig ein durch das ganze Jahrhundert. Sie wußten auf die Deutschen ist Verlaß. Erst konnten sie die Nation 1917/18 kaputtschießen, danach, in den goldenen zwanziger, den braunen dreißiger Jahren, sie wieder auferstehen lassen, in den vierziger Jahren ihr erneut den Rest geben, recht kräftig sogar und endlich in den fünfziger Jahren sie abermals aufrüsten – ein wahrhaft wundervolles Geschäft, das Geschäft des Jahrtausends.
... Im ... Jahr 1924 ist es bezeichnenderweise ein Bankier, Charles G. Dawes, der … für eine Reorganisation der Deutschen Reichsbank und die Stabilisierung der deutschen Währung eintritt durch eine Anleihe von nicht weniger als 800 Millionen Goldmark.
Eine mildtätige Aktion? Ein karitativer Anflug? Ein Samariterdienst? Nun, man brauchte eine gewisse wirtschaftliche Gesundung, eine aktive Handelsbilanz, um weitere Reparationsleistungen zu bekommen, um Deutschland auch künftig auspowern zu können.
Dabei mußte es auf die endgültige Festsetzung der Höhe der Reparationen freilich verzichten. Doch ermöglichte die gewaltige Geldspritze die Rückkehr der deutschen Währung zum Goldstandard. Und da die deutsche Wirtschaft nun wieder in Schwung kommt, die deutsche Tüchtigkeit floriert, der innerdeutsche Markt sich förmlich bläht, zieht die erste Anleihe die nächste nach sich, dann immer neue mit hohen Zinssätzen natürlich, auch für langfristige Projekte, und bald sind die ausländischen, meist US-Anleihen auf 16 Milliarden geklettert.
Hatte Arthur Rosenberg, der marxistische Historiker, so unrecht, als er schrieb, Deutschland sei damals zu einer Kolonie der New Yorker Börse geworden? Jedenfalls wuchs Deutschlands

Verschuldung infolge dieser Kredite immer mehr. ...<<
Am 24. Februar 1928 machte der nordamerikanische Finanzpolitiker und US-Reparationsagent Parker Gilbert in seinem Bericht ausdrücklich auf die schnell wachsende deutsche Auslandsverschuldung aufmerksam und empfahl eine sofortige Überprüfung der Reparationspläne (x034/363).
Die deutsche Reichsregierung verlangte am 30. Oktober 1928 in London, Paris und Brüssel eine sofortige gründliche Überprüfung der geforderten Reparationszahlungen, da die finanziellen Möglichkeiten des Deutschen Reiches erschöpft seien.
Außenminister Gustav Stresemann warnte am 14. November 1928 während einer Pressekonferenz vor den Folgen der zu hohen Auslandsverschuldung (x149/51): >>Ich möchte Sie bitten, bei Ihren Beurteilungen der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und auch der anderen hiermit zusammenhängenden Fragen den Gedanken zugrunde zu legen, daß wir in Deutschland in den letzten Jahren von gepumptem Gelde gelebt haben. Wenn einmal eine Krise bei uns kommt und die Amerikaner ihre kurzfristigen Kredite abrufen, dann ist der Bankrott da. ...<<
Im Verlauf der Pariser Sachverständigenkonferenz wurde am 7. Juni 1929 der Young-Plan veröffentlicht. Das Deutsche Reich sollte danach noch Reparationen von 113,9 Milliarden RM in 68 Raten zahlen (x034/410).
Der Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan veröffentlichte am 11. August 1929 in Berlin den Entwurf des sogenannten "Freiheitsgesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes" (x034/418): >>Das Deutsche Volk hat auf Volksbegehren im Volksentscheid das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:
§ 1 Die Reichsregierung hat den auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß die erzwungene Kriegschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.
§ 2 Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, daß die Kriegsschuldanerkenntnis des Artikels 231 sowie die Artikel 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden.
Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos, sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz.
§ 3 Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf der Kriegsschuldanerkenntnis beruhen. …<<
Während der Konferenz in Den Haag kam es im August 1929 zu einer Festlegung der endgültigen Reparationen, Der Young-Plan sah eine Restzahlung von 34,5 Milliarden Reichsmark in 59 Jahren vor. Danach sollte die letzte Zahlung im Jahre 1988 erfolgen (x041/90).
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den "Young-Plan" (x068/216-219): >>... Man kam den Deutschen noch weiter entgegen durch eine Revision des Dawes-Planes, im sogenannten Young-Plan, benannt wiederum nach einem amerikanischen Finanzmagnaten, dem Industriellen und Direktor der New Yorker Federal Reserve Bank, Owen D. Young. Man reduzierte die deutschen Reparationszahlungen im Jahr 1929 auf 37 jährliche Zahlungen in Höhe von 2,05 Milliarden Reichsmark, danach noch auf 22 Jahresraten bis 1988 in Höhe von 1,65 Milliarden Reichsmark. Und zur Sicherung der Interessen des internationalen Finanzkapitals, besonders des amerikanischen, gründete man in Basel die "Bank für internationalen Zahlungsausgleich".
Freilich erwies sich auch der Young-Plan rasch als undurchführbar. So sah bereits das Hoover-Moratorium vom 20. Juni 1931, angeregt durch den Präsidenten Hoover, eine vorübergehende Schuldensistierung vor, eine einjährige Aussetzung interalliierter Kriegsschulden und

Reparationszahlungen im Interesse der US-Bankiers, die um die Sicherheit ihrer Investitionen in Deutschland bangten. Nicht genug. Im Juni/Juli 1932, ein halbes Jahr vor Hitlers Machtantritt, streicht man auf der Konferenz von Lausanne mehr als 90 % der noch im Young-Plan geforderten Zahlungen.
Nun war das Motiv für all diese ja in nur wenigen Jahren Deutschland gewährten Milliarden-Kredite selbstverständlich nichts als politische und vor allem wirtschaftliche Spekulation, nichts als nackte Profitsucht. Ausschließlich deshalb versuchte man den ruinierten Weltkriegsgegner vor einer zu starken Schwächung zu Gunsten Frankreichs, vor dem völligen finanziellen Fiasko, aber auch vor einer drohenden sozialistischen Revolution zu retten.
Eine gewisse Stärke Deutschlands, wirtschaftlich und sogar militärisch, hatte gerade Präsident Wilson seit der deutschen Niederlage angestrebt. Und länger als ein Jahrzehnt wurde diese "amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland" fortgesetzt. Noch 1931 sagte Außenminister Henry Stimson zu Präsident Hoover, daß "wir fest an die Situation Deutschlands gebunden sind".
Sofort nach dem Waffenstillstand begannen amerikanische Militärbeauftragte, "ein sehr enges und sogar herzliches Verhältnis zur deutschen Reichswehr aufzubauen, die uneingeschränkt pro-amerikanisch zu sein schien." Ebenfalls engagierten sich alsbald amerikanische Geschäftsleute in der Weimarer Republik und bauten "systematisch ihren Anteil an der deutschen Wirtschaft aus", durch Kredite, durch Fusionen. Und indem Amerika Deutschland stabilisieren half, "steigerte es natürlich dessen militärische Möglichkeiten".
Der ganze Geldfluß kam, gewollt oder nicht, auch der insgeheim betriebenen Wiederaufrüstung zugute. Denn schon lange vor Hitlers Machtergreifung war diese Wiederaufrüstung geplant, hatte das Militär projektiert, die Armee von sieben auf 21 Divisionen zu erweitern. Das dürfte den USA schwerlich unbekannt geblieben sein, zumal man es schon Ende der zwanziger Jahre relativ weit gebracht hatte.
Von 8 1/3 Millionen Reichsmark Gesamtausgaben des Deutschen Reiches - abzüglich der Überweisungen an die Länder - entfielen bereits 1928/29 nicht weniger als 63,5 % zur Dekkung der Folgen des letzten Krieges und zur Vorbereitung eines neuen, nämlich 5 1/3 Milliarden RM; während aus den restlichen 3 Milliarden RM sämtliche andere Ausgaben bestritten werden mußten.
Wenn sich Hitler 1931 von dem katholischen Reichskanzler Heinrich Brüning "tief beeindruckt" zeigte, so offenbar nicht wegen seines Glaubens, sondern wegen seines enormen Rüstungsprogramms. Betrieb der katholische Kanzler, ein im Weltkrieg mehrfach ausgezeichneter Infanterieoffizier, doch insgeheim die deutsche Wiederbewaffnung, besonders die Förderung der Luftstreitkräfte.
Die "Luftfahrtabteilung" seines Verkehrsministeriums leitete jener Hauptmann Brandenburg, der ein Jahrzehnt später maßgebend an der Leitung der Fliegerangriffe auf London beteiligt war. Flugzeugfirmen wie Junkers und Heinkel wurden bereits stark staatlich subventioniert. Militärflieger in 44 illegalen Ausbildungslagern geschult, und in den Tresoren lagen detaillierte Pläne für die Bombardierung von London, Paris und der Maginotlinie.
Die Staatsausgaben des Deutschen Reiches für Kriegsfolgen und Kriegsvorbereitungen betrugen damals, beispielsweise, das Hundertfache seiner Ausgaben für Bildung! Denn warum Leute bilden lassen, die man doch wieder - und immer wieder! - abschlachten läßt? Oder anders gesagt: Würden sich Menschen für Hasardeure und Gangster noch umbringen lassen, wären sie gebildet? Kritisch aufgeklärt?
Das Verfassungs- und Außenpolitische Ziel des katholischen Zentrumskanzlers Brüning war weniger Erhaltung der Demokratie als vielmehr die Wiederherstellung der Monarchie, und zwar in ihrer alten Machtfülle; nicht nur militärische Gleichberechtigung Deutschlands, sondern, visionäre Endziele freilich vorerst, Revision der deutschen Ostgrenze, vielleicht gar ei-

nes Tages, als Erbe der einstigen Donaumonarchie, die Führung Südosteuropas. "Diese Außenpolitik hat zur innerpolitischen Faschisierung Deutschlands, wenngleich ungewollt, einen kräftigen Beitrag geleistet, die internationalen Voraussetzungen für ein Kabinett Hitler geschaffen und die ersten außenpolitischen Schritte des nationalsozialistischen Deutschland ermöglicht".
Nun wurde Deutschland aber nicht nur offiziell von den Vereinigten Staaten unterstützt. Es gab eine zusätzliche inoffizielle, eine geheime Unterstützung, von der die deutsche Öffentlichkeit - und nicht nur sie - bis heute nichts ahnt. Diese Unterstützung leistete die internationale Hochfinanz, ganz besonders die der USA.<<
Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtete später über den "Young-Plan" (x286/43-44): >>... 1929 einigt man sich auf einen weiteren Reparationsplan, den der US-Manager Owen Young ausgeheckt hatte. Wieder gab es erstmal eine Anleihe, 300 Millionen $ zu 5,5 %. Danach sollte Deutschland weniger zahlen: 2 Milliarden Goldmark im Schnitt, und das länger gestreckt: auf 59 Jahre. Die letzte Rate wäre 1988 fällig gewesen.
Der Meister John Maynard Keynes meldete sich wieder zu Wort. Diesmal meinte er, Deutschland könne zahlen. Es müsse halt nur den Gürtel enger schnallen, Löhne kürzen, die Binnenkaufkraft vermindern. Dann würde genug übrig bleiben. Ein Exportüberschuß müßte automatisch entstehen, aus dem sich die Sieger bedienen könnten. Weder die Rückzahlung der Kredite noch die Bedienung der Reparationen sei dann noch ein Problem.
Was Keynes verzapfte, trat prompt ein. Deutschland schnallte den Gürtel enger und kriegte 6 Millionen Arbeitslose. Hitler kam und das Elend des Nationalsozialismus ...
Keynes hatte bewiesen, daß nichts leichter ist, als sich in wirtschaftlichen Debatten interessant zu machen. Dazu muß man nur alle paar Jahre das Gegenteil von dem behaupten, was man früher gesagt hat. Bekanntlich hat Keynes dann 1936 ein Buch zur Beschäftigungstheorie geschrieben, mit der er sich wieder einmal um 180 Grad drehte: Er favorisierte wieder Geldverplempern statt Gürtelschnallen und macht sich zum Anwalt von ausschweifender Staatsverschuldung, was genau das Gegenteil von Rückzahlung war. ...<<
Da das Volksbegehren gegen den Young-Plan bis zum 2. November 1929 die erforderliche Anzahl der Eintragungen erhielt (notwendig waren 10 % von 41.278.897 Wahlberechtigten), mußte der vorgeschlagene "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" durch den Reichstag geprüft werden.
Der Reichstag lehnte am 30. November 1929 im Verlauf der 2. Lesung den "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" nach einer Abstimmung ab.
Am 12. März 1930 stimmte der Reichstag mit 270 gegen 192 Stimmen für die Annahme des Young-Plans.
Die NS-Zeitung "Völkischer Beobachter" berichtete am 12. März 1930 über die Annahme des Young-Plans (x034/450): >>... Wir erklären als Spitzenorganisation des kommenden Reiches, daß wir nicht ruhen und rasten werden, bis mit den Novemberverbrechern auch die Verbrecher vom 12. März 1930 von einem deutschen Staatsgerichtshof abgeurteilt werden.<<
Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den Young-Plan (x364/136): >>**Der Young-Plan**
Der Dawes-Plan schlug fehl, als nämlich Deutschlands Reparationsverpflichtungen trotz der Milliardenbeträge, die bezahlt wurden, zunahmen.
Er wurde von dem Young-Plan abgelöst, der nach Owen Young - einem Morgan-Agenten - benannt wurde und der der Vorsitzende des Komitees war, das dieses neue Arrangement aufstellte. Zwecks besserer Plünderung gründeten die internationalen Banker in der Schweiz die Bank für Internationalen Zahlungsverkehr.
Damit konnte die Wiedergutmachungszahlungen einfach dadurch erfolgen, daß Guthaben von einem Konto eines Landes bei dieser Bank auf das eines anderen Landes gebucht wurden, das

ebenfalls bei der Bank geführt wurde. Auch hier machten die "Big Banker" den großen Reibach mit Gebühren und Provisionen.
Beachten Sie eine Anzahl entscheidender Faktoren: die internationalen Banker und ihre Agenten riefen die Zustände hervor, die zum Ersten Weltkrieg führten; sie schlugen finanzielle Beute aus dem Krieg; sie finanzierten die russische Revolution und ergriffen die Kontrolle über dieses weite Land; sie manipulierten die Geschehnisse in Europa nach dem Krieg in einer Weise, die "einen Zustand schafft" (nach Worten von Edward Stanton), infolgedessen sie finanziell "im Himmel saßen"; sie benutzten amerikanische Gelder, für die sie riesige Provisionen einstrichen, um Deutschlands Industrie "mit den neuesten technischen Einrichtungen auszurüsten" und "sie mit Abstand zur zweitbesten der Welt zu entwickeln"; bei ihren Manipulationen haben diese skrupellosen Monopolgeier die Deutschen benutzt und dermaßen ausgenutzt, daß sie sich deren unvergänglichen Haß verdient haben, und während sie die deutsche Industrie aufbauten, gleichzeitig aber die deutsche Bevölkerung bekämpften, haben sie den Weg vorbereitet, auf dem ein starker Mann die politische Bühne betreten konnte, der die Massen für seine "Sache" gewinnen würde, indem er ihnen Freiheit von den internationalen Finanzräubern verspricht. …<<
Als Reichspräsident Hindenburg den nordamerikanischen Präsidenten am 20. Juni 1931 telegrafisch um Hilfe bat, ließ US-Präsident Hoover am 6. Juli 1931 - nach zähen Verhandlungen zwischen USA und Frankreich - den größten Teil der Reparationszahlungen vorübergehend stoppen - Zahlungsaufschub für 1 Jahr. Durch die große Massenarbeitslosigkeit - April 1931 = 4,4 Millionen Arbeitslose, Dezember 1931 = 5,3 Millionen Arbeitslose - verschärfte sich die deutsche Wirtschaftskrise aber trotzdem weiter.
Am 18. Januar 1932 veröffentlichte die Reichsregierung die bisher gezahlten Reparationsleistungen. Danach zahlte das Deutsche Reich von 1921-1931 Sach- und Finanzleistungen (jedoch ohne Gebietsverluste) in Höhe von 53,155 Mrd. Gold- bzw. Reichsmark an die Siegermächte (x034/573).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Reparationen" (x051/-491): >>Reparationen, 1918/19 eingeführte Bezeichnung für Wiedergutmachungsleistungen, die nach einem Krieg dem Verlierer auferlegt werden.
Aus der Alleinschuld am Ersten Weltkrieg, wie sie der Versailler Vertrag in Artikel 231 dem Deutschen Reich anlastete, folgerten die Siegermächte auch die alleinige deutsche Verpflichtung zur Leistung von Reparationen für die alliierten Kriegskosten und -schäden. Diese Reparationen waren zugleich als Bestrafung gedacht und sollten Deutschland empfindlich schwächen, damit es nicht wieder zu den Waffen greifen könnte.
Über die Höhe der Reparationen bestand selbst unter den Siegern keine Einigkeit: Zunächst wurde eine vorläufige Leistung von 20 Milliarden Goldmark für die Jahre 1919-21 festgelegt, auf einer Reihe von Konferenzen ergab sich dann eine Gesamtforderung von 226 Milliarden Goldmark im Januar 21, dem von deutscher Seite nur ein Angebot von 30 Milliarden gegenüberstand. Der Konflikt eskalierte im Ruhrkampf und konnte auch durch ein alliiertes Ultimatum vom 5.5.21 auf der 2. Londoner Konferenz … nicht bereinigt werden. …
Am 1.7.31 trat das einjährige sogenannte Hoover-Moratorium für alle interalliierten Kriegsschulden wie für die Reparationen in Kraft, die dann mit dem Lausanner Abkommen vom 9.6.32 … ganz gestrichen wurden.
Nach deutschen Angaben hatte das Reich bis dahin Reparationsleistungen im Wert von 53 Milliarden Goldmark erbracht, ein Aderlaß, dessen politischer Preis eine wachsende Radikalisierung war. Die Reparationen als sichtbarste und schmerzhafteste Folge des Versailler Vertrages trugen damit wesentlich zur Ablehnung des republikanischen Systems in Deutschland bei und nährten insbesondere die nationalsozialistische Agitation.<<
Das "Handelsblatt" berichtete am 1. Oktober 2010 über die letzten deutschen Reparationszah-

lungen für den Ersten Weltkrieg: >>**Letzte Zahlungen**

Das späte Ende des Versailler Vertrags

Am 3. Oktober sind die letzten deutschen Reparationszahlungen für den 1919 geschlossenen Friedensvertrag fällig. Damit läßt das wiedervereinigte Deutschland die Schrecken der Vergangenheit hinter sich, ohne sie zu vergessen. ...

Am kommenden Sonntag enden die Zahlungen für den Versailler Vertrag. Die meisten Deutschen dürften davon nichts wissen, schließlich ist der Friedensvertrag von 1919 ein längst abgeschlossenes Kapitel. ...

Es ging dabei unter anderem auch um die Dawes- und Young-Anleihen, zwei Bonds, mit denen den Deutschen in den 20er-Jahren die Reparationszahlungen durch zeitliche Streckung etwas erleichtert werden sollten. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schrieb später über das Vorgehen der Wall Street bei der Reparationsfrage nach dem Ersten Weltkrieg (x321/81): >>... Der Unterschied zwischen der Politik der französischen Regierung und dem Vorgehen der Wall Street in der Reparationsfrage war der zwischen mittelalterlicher Brutalität und neuzeitlicher Raffinesse. Die Franzosen verhielten sich wie Raubritter, sie wollten ihr Territorium bis zum Rhein erweitern und alles konfiszieren, was nicht niet- und nagelfest war.

Diese Strategie führte in das Chaos des Jahres 1923: Mit der Besetzung des Ruhrgebietes erreichte Paris keine erhöhten Kohle- und Stahllieferungen - aber hätte beinahe die Machtergreifung von extrem links (in Mitteldeutschland) oder von extrem rechts (in Bayern) ermöglicht.

Die Wall Street setzte nach diesem Fiasko eine clevere Wende durch: Damit man die deutsche Kuh bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag melken konnte, mußte man sie durch kontrollierte Fütterung am Leben halten, wenn auch nur knapp über dem Existenzminimum und unter scharfer Bewachung. Der Dawes-Plan 1924 und der Young-Plan von 1929 waren die operative Umsetzung des neuen Kurses:

Deutschland erhielt amerikanische Kredite, mit denen es seine Schuldzinsen an Frankreich und Großbritannien bezahlen konnte, die damit wiederum ihre kriegsbedingten Außenstände an die Wall-Street-Banken abtrugen. Das ganze war ein perfekter Ringtausch, im Zuge dessen J. P. Morgan & Co. ihre Darlehenssummen umgehend zurückbekamen, ohne daß sich die deutsche Schuld verringerte - dafür sorgte das Zinseszins-System. …<<

Schlußbemerkungen: Im Verlauf der "Reparationskonferenz" von Lausanne im Juni/Juli 1932 erließen die Siegermächte dem Deutschen Reich schließlich die restlichen Reparationszahlungen - bis auf einen Restbetrag von 3,0 Milliarden Goldmark (x063/565). Der Forderungserlaß der Siegermächte war keine deutschfreundliche Geste, denn es handelte sich ausschließlich um wirtschaftliche Interessen. Nach 13 Jahren erkannten die Franzosen und Briten endlich, daß eine weitere Schwächung der deutschen Volkswirtschaft auch die meisten westeuropäischen Länder nachhaltig schädigen würde. Während dieser Reparationskonferenz wurde der berüchtigte Kriegsschuldparagraph nicht gestrichen.

Herbert Ludwig berichtete später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Reparationszahlungen und den Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie nach dem 1. Weltkrieg (x943/…): >>**Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise**

… Die Finanzelite formiert sich

Nach G. Preparata gingen wesentliche Impulse von Montagu Norman aus, dem Gouverneur der Bank von England, von Benjamin Strong, dem Gouverneur der Federal Reserve Bank von New York und den "Mandarinen des amerikanischen Bankennetzes" J. P. Morgan & Co. Deutscher Vermittler war Hjalmar Schacht, enger Freund Montagu Normans und auch von den Amerikanern sehr geschätztes Mitglied der internationalen Bruderschaft der Banker, der

1923 zum Reichswährungskommissar und Präsidenten der deutschen Reichsbank lanciert wurde.
Er wurde eingebettet in einen "Generalrat" der Reichsbank von vierzehn Mitgliedern, "*von denen die Länder der Alliierten die Hälfte stellten."* Die Reparationszahlungen von 132 Milliarden Goldmark, die das ausgeblutete Deutschland unmöglich leisten konnte, worauf die Alliierten aber bestanden, boten den Ansatzpunkt. Sie setzten voraus, daß die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kam.
Die dazu benötigten Kredite sollten aber ausschließlich angloamerikanische sein, um die Deutschen unter ihre vollständige Kontrolle zu bringen. Schacht sorgte im Zusammenhang mit der Währungsreform zur Stabilisierung der neuen Reichsmark für einen Kreditstopp im Inneren und stieß damit die Tür für die westliche Geldversorgung Deutschlands auf, in deren Verlauf schließlich kein einzelner Tropfen in Deutschlands Geldkreislauf dem Land gehörte.

Die Reparationszahlungen

Mit dem vom New Yorker Bankhaus Morgan & Co entwickelten Dawes-Plan, den der Plan des Morgan-Mann Owen Young modifizierte, flossen nach Deutschland ab 1924 jährlich Milliarden-Kredite, zumeist aus den USA, zum geringeren aus Großbritannien. Der Kreditfluß ging zum einen Teil zu überhöhten Zinsen an den Staat, zum anderen Teil an die Industrie, um die Wirtschaft anzukurbeln. Der Staat verwendete einiges für die Infrastruktur, das meiste für die Reparationen.
Über die Höhe differieren die Angaben der Experten. Nach Antony Sutton zahlte Deutschland zwischen 1924 und 1931 etwa 36 Milliarden Mark Reparationen und erhielt etwa 33 Milliarden Mark Kredit. Guido G. Preparata beziffert die Kredite bis 1930 auf 28 Milliarden Dollar und die Reparationszahlungen auf 10,3 Milliarden Dollar. Carroll Quigley nennt für die Zeit von 1924 bis 1931 Kredite an Deutschland von 18,6 Mrd. Mark und 10,5 Mrd. Mark Reparationen.
In jedem Fall konnten die Reparationen weitgehend oder ganz mit Krediten finanziert werden, so daß die gewünschte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands dadurch kaum belastet wurde. "Man erinnere sich daran, daß dieses System von den internationalen Bankern installiert wurde. Das Verleihen anderer Leute Geld (nämlich amerikanischer Investoren) an Deutschland war für diese Banker sehr profitabel.
Mit Hilfe dieser amerikanischen Anleihen konnte Deutschland seine Industrie neu aufbauen und mit großem Abstand nach unten zur zweitbesten der Welt machen. ... Mit Hilfe dieser Anleihen waren die (Reparations-)Gläubiger Deutschlands fähig, ohne Lieferung entsprechender Güter oder Dienstleistungen ihre (eigenen) Kriegsschulden an England und die Vereinigten Staaten zu bezahlen.
Devisen gingen als Anleihen an Deutschland, dann als Reparationen weiter an Italien, Belgien, Frankreich und Großbritannien und schließlich als Rückzahlung von Kriegsschulden zurück an die Vereinigten Staaten." Von dort wurde es dann, mit einer zusätzlichen Zinslast belegt, wieder nach Deutschland gelenkt - und so weiter.
"Was an dem System nicht stimmte, war nur,
a) daß es in sich zusammenfallen würde, wenn die Vereinigten Staaten aufhören würden zu leihen und b) daß in der Zwischenzeit die Schulden nur von einem Konto auf ein anderes verschoben wurden, aber niemand der Zahlungsfähigkeit wirklich näher kam. ... Dadurch wurde nichts wirklich geregelt, aber die internationalen Banker saßen im Himmel unter einem Dauerregen von Gebühren und Provisionen."
Dabei muß man bemerken, daß die Financiers periodisch ihre Bankiershüte ablegten und neue Hüte als Staatsmänner aufsetzten. Als Staatsmänner formulierten sie den Dawes und den Young-Plan aus, um das "Problem" der Reparationen zu "lösen", und als Bankiers legten sie die Darlehen auf.

Der Aufbau der Kartelle und der Rüstungsindustrie

Ein wesentlicher Teil der Operationen der angloamerikanischen Finanzwelt war der Aufbau eines industriellen Kartellsystems in Deutschland. "*Die drei größten Darlehen, die unter dem Dawes-Plan von den internationalen Bankern der Wall Street für deutsche Schuldner in den zwanziger Jahren gehandhabt wurden, kamen drei deutschen Kartellen zugute, die einige Jahre später Hitler und den Nazis zur Macht verhalfen."*

Es waren dies

1. die Vereinigte Stahlwerke AG, die 1926 durch die Fusion der Thyssen-, der Phönix-Gruppe, der Rheinischen Stahlwerke sowie der Rheinelbe-Unternehmen Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, Bochumer Verein und Gelsenkirchener Bergwerks-AG gebildet wurden. Der Zusammenschluß umfaßte damit einen Gutteil der deutschen Eisen-, Stahl- und Bergwerks-Gesellschaften in der Grundproduktion;
2. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), einer der weltweit größten Elektrokonzerne, stellte neben Produkten für die elektrische Energietechnik und den Haushaltsbedarf Geräte zur elektrischen Heizung, Straßenbahnen, Elektro- und Dampflokomotiven sowie im Tochterunternehmen NAG auch Kraftfahrzeuge her;
3. Die amerikanische Tochter der IG Farben, die American IG Chemical. IG Farben war das seinerzeit größte Chemieunternehmen der Welt mit Sitz in Frankfurt am Main, zu dem sich 1916 BASF, Bayer, Hoechst und andere zunächst locker verbunden und am 2. Dezember 1925 fusioniert hatten.

Nur eine Handvoll New Yorker Finanzhäuser waren an der Finanzierung der deutschen Reparationen und dem Aufbau insbesondere für die Rüstung grundlegender Industrien beteiligt. "Drei Häuser - *Dillon, Read & Co; Harris, Forbes & Co* und *National City Company* - legten fast drei Viertel des Gesamtbetrages der Anleihen auf und ernteten die meisten Gewinne."

Ab Mitte der zwanziger Jahre beherrschten die zwei großen deutschen Kombinate der IG Farben und der Vereinigten Stahlwerke das Kartellsystem der Chemie- und Stahlindustrie, das durch die Anleihen geschaffen wurde. IG Farben war der große Produzent chemischer Grundstoffe, die auch von anderen Chemiewerken gebraucht wurden, so daß sie fähig waren, dem gesamten Markt ihren Willen aufzudrücken. Ähnlich dominierten die Vereinigten Stahlwerke mit ihrer Roheisenkapazität, die größer war als die aller anderen deutschen Eisen- und Stahlhersteller zusammen, auch den Markt der halbfertigen Eisen- und Stahlprodukte.

"*Unter den Produkten, welche die IG Farben und die Vereinigten Stahlwerke zur wechselseitigen Zusammenarbeit zusammenbrachten, waren Steinkohleteer und chemischer Stickstoff, die beide von primärer Bedeutung für die Herstellung von Sprengstoffen sind."*

So erhielten die IG Farben-Tochtergesellschaften, die Sprengstoffe produzierten, ihre Teerkohleprodukte wie Benzol, Toluol usw. von den Vereinigten Stahlwerken, und deren Sprengstoff produzierende Tochterfirmen bezogen ihren Stickstoff von IG Farben.

"*Unter diesem System gegenseitiger Zusammenarbeit und untereinander verflochtener Abhängigkeit produzierten die beiden Kartelle IG Farben und Vereinigte Stahlwerke 95 % der deutschen Sprengstoffe in den Jahren 1937/38, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Diese Produktion war von ihrer Kapazität her durch amerikanische Anleihen aufgebaut worden und wurde bis zu einem gewissen Grad durch amerikanische Technologie ermöglicht.*

Von zentraler Bedeutung für ein industrielles Land ist der Flüssigkeitstreibstoff in ausreichender Menge, dessen Bedarf in einem Kriege ins Astronomische steigt. Deutschland hatte keine Ölquellen, aber reichliche Vorräte an Kohle. Chemiker der IG Farben hatten ein Verfahren entwickelt, das Hydrierung genannt wurde, mit dem Kohle in Öl umgewandelt werden konnte. Das Vorstands-Mitglied Carl Bosch unternahm es, Amerikas obersten Öl-Trust, Standard Oil (von John D. Rockefeller), dafür zu gewinnen, die Kosten für die weitere Forschung und Entwicklung synthetischen Treibstoffs mitzutragen.

"*Für die Weltrechte auf die Nutzung des Hydrierungsprozesses außerhalb Deutschlands trat Standard Oil der IG Farben 35 Mio. Dollar in Standard-Oil-Aktien ab."* 1928 wurden die amerikanischen Niederlassungen zur Holding IG Chemie zusammengefaßt und 1929 zur American IG Chemical Company verschmolzen, ein Tochterunternehmen der deutschen IG Farben, in dem die beiderseitigen Interessen von IG Farben und Standard Oil zur Herstellung synthetischen Öls verfolgt wurden. Die Zusammenarbeit der IG Farben und der Standard Oil gab IG Farben praktisch das Monopol über die deutsche Benzinproduktion während des Zweiten Weltkrieges.
Dabei ist nicht uninteressant: Im Aufsichtsrat der amerikanischen Tochter "*saßen einige der bedeutendsten Industrie- und Wirtschaftskapitäne Amerikas wie Edsel Ford von der Ford Motor Company, Walter Teagle, der Chef von Standard Oil und Direktor der Federal Reserve New York, C. E. Mitchell, Chef der National City Bank und ebenfalls Direktor der Federal Reserve New York, und Paul Warburg, Schöpfer und erster Vorsitzender des Aufsichtsrates der Federal Reserve und Vorsitzender der Manhattan Bank."*
Die Kontrolle der deutschen Produktion von synthetischem Benzin und Sprengstoffen, zwei der grundlegendsten Basisprodukte moderner Kriegsführung, lag also während des Zweiten Weltkrieges in den Händen zweier deutscher Konzerne, IG Farben und Vereinigte Stahlwerke, die mit Anleihen der Wall Street unter dem Dawes-Plan geschaffen worden waren.
Auch das große Kartell AEG erhielt Darlehen von mindestens 35. Mio. Dollar. Es war zu 30 % im Besitz des US-Konzerns General Electric, dessen leitender Angestellter Owen Young, auch Morgan-Banker, hinter dem Young-Plan stand und der dann einer der ausländischen Direktoren der AEG in Deutschland wurde.
Darüber hinaus fand amerikanische Rüstungshilfe für Deutschland auch in den Automobilwerken Opel und Ford statt, die gänzlich im Eigentum von General Motors, bzw. der Ford Motor Company Detroit waren. Sie waren nach Sutton die beiden größten Panzerhersteller Hitler-Deutschlands. In einem ARD-Film vom 29.1.2003 ist dagegen von einer vollen militärischen Produktion von Lastwagen und Kettenfahrzeugen die Rede.
"*Die Nazis gewährten Opel 1936 Steuerfreiheit, um General Motors zu ermöglichen, seine Produktion auszuweiten."*
Es war kein Versehen, daß Deutschland im Rahmen des Versailler Vertrags allmählich aufgerüstet wurde. "*Je gründlicher und moderner die Ausrüstung, desto zerstörerischer die deutsche Armee, desto blutiger der Krieg, desto gewaltiger der im Voraus feststehende Sieg der Alliierten ... und desto radikaler und nachhaltiger die Eroberungen der Angloamerikaner. Hinter dem Dawes-Plan stand weder Landesverrat noch Geldgier, sondern einzig das Fernziel, einen voraussichtlichen Feind hochzurüsten, um ihn in einer* (späteren) *kriegerischen Konfrontation … wieder niederzuwerfen."*
Dazu mußte aber auch direkt die erwachende *"religiöse, antisemitische Sekte in der Verkleidung einer politischen Partei (d.h. der NSDAP)"* gefördert werden, in deren Zentrum die geeignete fanatische Führungs-Posaune sichtbar wurde, gleichsam eine Art *"bösartiger Frankenstein, der aber in seinem Bewußtsein immer teilweise geblendet und abhängig von seinen ursprünglichen Schöpfern blieb." …*<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/38-39): >>**Das Netz der Dulles-Brüder**
_ von Karel Meissner
Die Schattenregierung (1920 bis 1945): Die feinsten Adressen der US-Hochfinanz kooperierten mit Hitler - bevor sie sich mit Präsident Roosevelt auf einen Pakt einigten.
Halbwegs gebildete Zeitgenossen erinnern sich an die Blutspuren auf der angeblich makellosen Weste der US-Demokratie: Die Morde an John F. Kennedy und seinem Bruder Bobby. Watergate und die Iran-Contra-Affäre. Die unzähligen Kriege mit den Höhepunkten in Korea,

Vietnam, Irak und Afghanistan. Attentate und Putsche in anderen Ländern. Operationen unter falscher Flagge wie der 11. September 2001.
Alle diese Ereignisse lassen sich auf ein Netzwerk zurückführen, das demokratiefeindliche Kreise in der US-Oligarchie schon in den 1920er Jahren knüpften und das später Teile des Geheimdienstes CIA und Spezialkommandos der US-Armee kontrollierte.

Profitmaschine Versailles

Die Schöpfer dieses Netzwerkes sind die Brüder Allen und John Foster Dulles. In den 1950er Jahren sollte der erstgenannte CIA-Chef, der andere US-Außenminister werden. Ihre Karriere begann aber bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg. Dabei half ihnen ihr familiärer Hintergrund: Ihr Großvater John Watson Foster hatte das State Department geleitet und ihr Onkel, Robert Lansing, war unter Präsident Woodrow Wilson (1913-1921) ebenfalls im Außenministerium gewesen.
John Foster Dulles war der juristische Berater der US-Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles 1919. Dort knüpfte er erste Kontakte zu den US-amerikanischen Großbanken, insbesondere zum führenden Geldhaus von J. P. Morgan. Ein Jahr später arbeitete sein Bruder Allen für das State Department in Berlin und lernte einen gewissen Hjalmar Schacht kennen. Drei Jahre später wurde dieser Schacht zum ersten Mal Reichsbankpräsident und schaffte das Kunststück, die Hyperinflation zu stoppen.
1924 handelte er mit US-Vertretern einen Modus zur Umschuldung der deutschen Reparationszahlungen aus, den sogenannten Dawes-Plan. Mit am Konferenztisch der Washingtoner Delegation saß der Versailles-erprobte John Foster Dulles. Kurz gesagt, sah der Dawes-Plan vor, daß US-Finanzhäuser Deutschland das Kapital leihen sollten, mit dem die Weimarer Demokratie die Kriegsschulden zurückzahlen könnte. So begann die Scheinblüte der Goldenen Zwanziger - eine gewaltige und für die Gläubiger hochprofitable Blase, die am Schwarzen Freitag 1929 platzen sollte.

"Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen."

US-Botschafter Dodd

Zur Schaltstelle der US-Kreditvergabe an Deutschland wurde die Anwaltskanzlei Sullivan & Cromwell, und an den entscheidenden Schaltern dieser Kanzlei saßen die Gebrüder Dulles. Über sie liefen die Geldströme zwischen der Wall Street und der Weimarer Republik. Zu ihren Kunden gehörten die feinsten Adressen: die Rockefellers mit ihrer Chase National Bank, der Eisenbahnkönig Averell Harriman sowie die Investmentbanken J. P. Morgan und Goldman Sachs.
Diese Geschäftsbeziehungen wurden auch nach der Machtergreifung der Nazis fortgeführt. "In den dreißiger Jahren hielten beide ihre schützende Hand über US-Unternehmen in Deutschland wie General Motors, ITT oder Standard Oil. ... Die IG Farben, die Dresdner Bank und die Vereinigten Stahlwerke von Flick und Thyssen gehörten zu ihren Klienten, dazu einige deutsche Provinzregierungen", faßt Mathias Bröckers in seinem Buch *Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.* zusammen.
War das business as usual - oder heimliche Sympathie für die Nazis? Zumindest bei John Foster Dulles sprechen Indizien für Letzteres. Im März 1936 trug er an der Universität Princeton vor, die Machtübernahme von Mussolini und Hitler sei Teil eines "unvermeidbaren Kampfes zwischen diesen neuen dynamischen Nationen und statischen Nationen wie England und Frankreich". Es sei besser, die Konterrevolutionen in beiden Ländern zu akzeptieren, als Krieg zu führen. Wenn man Hitler nachgebe, seien die derzeitigen Exzesse eine vorübergehende Phase. Nur folgerichtig war, daß John Foster im Weiteren die USA zur Zurückhaltung auf dem europäischen Kriegsschauplatz mahnte und öffentlich Präsident Franklin D. Roosevelt als "Kriegstreiber" beschimpfte.
Allen Dulles hatte Adolf Hitler zum ersten Mal bereits Mitte der 1920er Jahre getroffen, und

zwar auf Vermittlung von Konzernboß Fritz Thyssen. Dieser gehörte später zu den Geschäftspartnern, deren Interessen die Dulles-Brüder anwaltlich vertraten - auch dann noch, als Thyssen dem Nazi-Führer 1932 im Düsseldorfer Industrie-Club den Weg ins Kanzleramt geebnet hatte.
Im Laufe der Jahre wuchsen die US-Investitionen in Deutschland an - von 1929 bis 1940 um beinahe 50 Prozent. Der Berliner US-Botschafter William E. Dodd warnte bereits 1937 in der New York Times: "Ich hatte auf meinem Posten in Berlin oft Gelegenheit zu beobachten, wie nah einige unserer amerikanischen regierenden Familien dem Nazi-Regime sind. Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen, und sie sind darum bemüht, ihn dort zu halten."

Der Putsch von Morgan & Co.

Dodds Rede über die Versuche einer "Clique von US-Industriellen, unsere demokratische Regierung durch einen faschistischen Staat zu ersetzen", waren nicht metaphorisch gemeint. Am 4. März 1933 war tatsächlich ein Attentat auf den Präsidenten Franklin D. Roosevelt durchgeführt, 1934 ein faschistischer Putsch vorbereitet worden. Von dem Kongreß-Ausschuß für unamerikanische Umtriebe wurde der Umsturzversuch untersucht und ausführlich dokumentiert. Das politische Resümee lautete, daß einflußreiche Kreise mittels einer faschistischen Massenorganisation eine Diktatur in den USA errichten wollten.
Bei dieser Organisation handelte es sich um die im August 1934 gegründete American Liberty League (ALL). Im Vorstand dieser Organisation waren die Spitzen der Hochfinanz vertreten: J. P. Morgan, DuPont, Andrew Mellon, William S. Knudsen von General Motors, Joseph N. Pew jr. von Sun Oil. Mit der ALL waren mehrere Terrorgruppen assoziiert, die den Aufstand militärisch vorbereiteten. Dieser politische Eklat wurde heruntergespielt und - auch vom Präsidenten - unter den Teppich gekehrt. Roosevelt mußte sich mit seinen potentiellen Mördern arrangieren.

Der Großvater von George W. Bush wurde wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland verurteilt.

Einige der amerikanischen Nazi-Helfer gerieten immerhin nach dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 ins Visier der eigenen Justiz. Darunter John Prescott Bush, Vater des späteren 41. und Großvater des späteren 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten, damals Teilhaber des Eisenbahnkönigs Harriman. Wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland wurden nach dem Kriegseintritt der USA seine Anteile an der Union Banking Corporation vom Staat konfisziert.
Die Dulles-Brüder hingegen fielen nach oben. Sie stehen für die Pragmatiker unter der prodeutschen Fraktion des US-Establishments, die sich mit Präsident Roosevelt abfanden, nachdem der Putsch von 1934 gescheitert war. Ihr Zugeständnis bestand darin, sich nicht mehr gegen den populären Präsidenten zu stellen, sondern sich in die Kriegsanstrengungen einzuklinken. Roosevelt seinerseits mußte den beiden zugestehen, möglichst viel aus der Hinterlassenschaft der Nazis zu retten und für die US-Nachkriegspolitik nutzbar zu machen.<<

Die Weltwirtschaftskrise

Am 25. Oktober 1929 leitete der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Tausende von US-Aktionären verloren fast über Nacht den Kursgewinn von 3 Jahren - ca. 30,0 Milliarden US-Dollar.
Am folgenden Tag mußten bereits viele Banken ihre Schalter frühzeitig schließen, weil sie zahlungsunfähig waren. Danach begann die große Weltwirtschaftskrise am Ende der 20er Jahre.
Aufgrund der neuartigen Massenfertigung produzierte die US-Wirtschaft damals in immer kürzerer Zeit immer größere Warenmengen. Infolge der nordamerikanischen Überproduktion

war das Warenangebot wesentlich höher, als die Nachfrage, so daß vor allem die führende Industriemacht USA regelrecht am eigenen "Überfluß" erstickte. Alle US-Lagerhallen waren mit unverkäuflichen Maschinen, Lebensmitteln und anderen Produkten restlos überfüllt. Die Nachfrage fiel immer mehr und die Preise sowie Löhne stürzten unaufhörlich tiefer.
In Ostasien gewann gleichzeitig vor allem die japanische Industrie große Absatzgebiete für ihre billigen Waren, denn die japanischen Arbeitslöhne lagen weit unter den Löhnen der europäischen und nordamerikanischen Industrie.
Viele Länder schützten sich danach durch hohe Einfuhrzölle gegen fremde Erzeugnisse und importierten nur noch von Staaten, die Produkte im gleichen Wert abnahmen. Durch die "Große Depression" ereigneten sich in Nordamerika zahllose Unternehmenszusammenbrüche und es begann eine dramatische Massenarbeitslosigkeit. Danach entwickelte sich schnell eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Fast 10.000 Banken brachen zusammen (x067/18).
Die Weltwirtschaftskrise verursachte ungezählte Unternehmensbankrotte, große Nachfrage- und Investitionsrückgänge sowie jahrelange Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Infolge der Kündigung nordamerikanischer Anleihen und Termingelder griff die US-Wirtschaftskrise zwangsläufig auf Europa über und löste sofort schwere Wirtschaftskrisen aus.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x068/212-215): >>Die Schulden Europas waren während des Ersten Weltkrieges gewaltig gewachsen, die europäischen Alliierten bei Frankreich, mehr noch bei England verschuldet und diese beiden Länder wieder enorm bei den USA.
Die Union wurde dadurch zum Finanzzentrum, ja, zum größten Gläubigerland der Welt, das im Hunger nach immer mehr Profiten während der zwanziger Jahre, besonders in den späten zwanziger Jahren, europäischen Regierungen und Kommunalverwaltungen eine Menge kurzfristiger Kredite gab, die aber dann in langfristige Projekte flossen, worauf die Zinsen erschreckend kletterten und die Kredite durch Exporte nicht beglichen werden konnten.
Zudem waren seit 1927 die industrielle Produktion und die Investitionen in den Staaten selbst zurückgegangen. Vor allem Autos und Konsumgüter wurden weniger gekauft. ...
Seit Jahren taumelte Amerika in einem Spekulationsfieber ohnegleichen darauf hin. Wer es überhaupt vermochte, nahm Kredite auf, um ebenfalls zu kaufen. Kaufen, kaufen schien das Gebot der Stunde. Denn wer kaufte, war schon am nächsten Tag reicher als zuvor. Eine fabelhafte Sache. Und um sie anzuheizen liehen die Banken und Börsenmakler noch 3,5 Milliarden Dollar, um wieder die Kaufkraft ihrer Kunden zu stimulieren und zu stärken. Aktien und Börsenkurse beherrschten, beflügelten das Land. Sogar die Intellektuellen gerieten in den Geldsog – mehr, immer mehr!
Eine einmalige Euphorie beseelte und beseligte die halbe Nation, nein: "Ein ganzes Volk spitzte die Ohren: jede Plauderei wurde zu einem 'Tip'. Ein Viehzüchter aus Arizona kaufte Aktien von einem Bergwerk in Wyoming, ohne zu wissen, welches Metall dort gefördert wurde. War es überhaupt ein Metall? Unwichtig! Man mußte kaufen, kaufen, kaufen und dann auf den Papierstreifen des Ticker den köstlichen Anstieg der Kurse verfolgen. ...
Ein Narr, wer da nicht zugriff. Und wer wollte schon im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ein Narr sein? Wer wollte nicht Geld ohne jede Arbeit verdienen, so wie die ganz Reichen seit je? Ja, wirklich, ein neues Zeitalter schien angebrochen. ... Und trickreich animierten auch gewisse Finanzmagnaten zur Teilnahme an einem fast … einzigartigen Boom, der eher früher als später zum Fiasko führen mußte – aber nicht zu ihrem.
Im Herbst 1929 fallen plötzlich die Aktienkurse. Am 24. Oktober … stürzen gleich Dutzende der vorzüglichsten Aktien, werden über 13 Millionen Aktien plötzlich verkauft, am 29. Oktober sind es bereits 16 Millionen Aktien. 2 Wochen später ist der Verlust an Aktienwerten schon auf 26 Milliarden Dollar gestiegen. Ganze Reihen Ruinierter stürzen sich aus den Fenstern. Man müsse Schlage stehen, höhnte man und behauptete, der Empfangschef in den Ho-

tels frage Ankommende: "Wollen Sie ein Zimmer zum Schlafen oder zum Springen?" ...
Eine globale Depression setzt ein. Überall kollabieren Banken, Währungen. In Frankreich sinkt das Geld auf 20 % seines Wertes, in Deutschland die alte Reichsmark auf Null. Und die europäische Krise verstärkt noch die amerikanische, die den finanziellen Zusammenbruch maßgeblich herbeigeführt hatte.
Von Ende Oktober 1929 bis zum 8. Juli 1932 stürzten Industriewerte, deren Indexdurchschnitt noch Anfang September bei 452 gelegen, bis auf 58. Im selben Zeitraum produziert die Industrie fast nur noch halb so viel wie 1929 und sie exportiert nur noch ein Drittel des damaligen Exports. ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x281/73-74): >>... Die industriellen Kapazitäten wuchsen schneller als die Nachfrage. Dem ungestümen Aufbruch nach Kriegsende folgte bald schon eine tiefe Depression mit allem, was dazugehört: Konkurse tausendfach, Börsenabsturz und Massenarbeitslosigkeit peinigten die Gesellschaft im Hauptgeschoß und ärger noch im Kellergeschoß. Zweifel an der Überlegenheit des kapitalistischen Systems tauchten auf. Der Himmel über Amerika verfinsterte sich, die Blitze der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise erhellten den Blick auf ein Land, das seiner neuen Position als Weltmacht nicht gewachsen war.
Der Bürgermeister der Welt reagierte wie ein Provinzfürst. Die Weltwirtschaft war global, die amerikanischen Politiker waren es nicht. Sie schauten über den Tellerrand ihres Nationalstaates kaum hinaus. Auf die Überkapazitäten im eigenen Land reagierten sie mit rigoroser Abschottung gegenüber den europäischen Importen, was der Weltwirtschaft in dieser Phase schlecht bekam. Zumal im Inland die Kaufkraft zusammengesackt war wie eine erkaltete Eierspeise.
Die hohen Börsenverluste verdarben die Konsumlust. Viele hatten auf Kredit spekuliert und mußten nun kräftig abzahlen. Industrie und Konsumenten waren in Widerspruch zueinander geraten. Dort die Überproduktion der Fabriken, hier die schwindende Kaufkraft der Bürger, und schon krachte es. Die Elementarkräfte, die Amerika in die große Depression trieben, waren gewaltig.
Daß diese Krise jahrelang anhielt, war freilich von Menschenhand zu verantworten. Die Regierung unter Präsident Herbert Hoover reagierte zwar, aber sie reagierte falsch. Bisher hatte sie ihre Lieferanten in Europa, die noch vom Weltkrieg gezeichnet waren, mit Krediten versorgt. Nun forderte sie das Geld zurück. Und sie erhöhte die Einfuhrzölle, und zwar im Durchschnitt auf über 40 Prozent, was für ausländische Kaufleute praktisch ein Zutrittsverbot zum amerikanischen Markt bedeutete.
Binnen weniger Monate befand sich die Welt in einem veritablen Weltwirtschaftskrieg mit all seinen Begleiterscheinungen: Drohungen und Ultimaten, neuen Zöllen, Quoten und Kaufboykotten. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den "Schwarzen Freitag" im Jahre 1929 (x192/431, 433): >>Mit einem dramatischen Kurssturz an der New Yorker Börse, dem Bankenzusammenbrüche in ganz Amerika folgten, begann 1929 die Weltwirtschaftskrise. Von 1929 bis 1932 schlossen mehr als 5.000 Banken ihre Pforten, wobei sich die Ersparnisse zahlloser Anleger in Luft auflösten. Doch zuvor hatten die amerikanischen Banken noch ihre kurzfristigen Auslandkredite fällig gestellt; damit fanden die Auswirkungen des "Schwarzen Freitags" weit über die USA hinaus ihren Niederschlag.
Andere Bereiche der Wirtschaft wurden durch den Mangel an Kapital und Kredit schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der Welthandel ging um 60 Prozent zurück, die weltweite Industrieproduktion - ohne Berücksichtigung der Sowjetunion - um 40 Prozent. Das schrumpfende Produktions- und Handelsvolumen hatte eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge. ...<<
>>Die Weltwirtschaftskrise stürzte seit 1929 die westlichen Industrieländer ins Chaos. In bei-

nahe allen europäischen Staaten entstanden links- und rechtsgerichtete Protestbewegungen. Wo die demokratischen Institutionen wenig gefestigt waren, gewann meist die Rechte die Oberhand. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über die Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 (x364/68-71): >>… **Die Weltwirtschaftskrise und Roosevelt**

Während die Bankiers und Industriellen eifrig daran arbeiteten, das Sowjetregime aufzubauen, planten sie heimlich die Schröpfung des amerikanischen Volkes. Nach einem Probelauf im Jahr 1920 waren sie für den Zusammenbruch von 1929 und die "große Depression" der folgenden Jahre gut gerüstet.

Am 6. Februar traf Montagu Norman, Vorstand der Bank von England, in Washington ein, um mit dem amerikanischen Finanzminister Andrew Mellon zu konferieren. Kurz darauf änderte das Federal Reserve System seine Politik des leicht erhältlichen Geldes, die mehr als sechs Jahre lang in Kraft gewesen war, und begann, den Diskontsatz anzuheben.

An die "Aufgeklärten" erging am 9. März 1929 eine rechtzeitige Warnung. Paul Warburg wurde in der "Financial Chronical" wie folgt zitiert: "Wenn Orgien ungezügelter Spekulationen zu weit ausgedehnt werden dürfen, ist der endgültige Zusammenbruch sicher." In den nächsten sechs Monaten hatten die Eingeweihten Zeit, ihre Aktien zu hohen Preisen zu verkaufen und ihr Geld in Silber und Gold anzulegen.

"Als alles vorbereitet war, begannen die New Yorker Geldgeber, den Brokern die Tagesdarlehen zu kündigen. Das hatte zur Folge, daß die Börsenbroker ihre Aktien auf den Markt werfen mußten, um die Kredite zahlen zu können. Dadurch brach natürlich der Aktienmarkt zusammen, was wiederum den Kollaps vieler Banken im ganzen Land nach sich zog, da die nicht der Oligarchie gehörenden Banken fast nur mit Tagesdarlehen arbeiteten und schließen mußten, als der Run auf die Banken ihren Bargeldvorrat sehr bald erschöpft hatte. Das Federal Reserve System kam ihnen nicht zu Hilfe, obwohl es laut Gesetz genötigt war, eine elastische Währung aufrechtzuerhalten."

Es war kein Zufall, es war ein geplantes Ereignis

Der freimütige Vorsitzende des Banken- und Währungsausschusses im Kongreß, Louis T. McFadden, erkannte die Ursache für die große Depression: "Das war kein Zufall. Es war ein sorgfältig geplantes Ereignis. Die internationalen Bankiers legten es darauf an, hier eine allgemeine Verzweiflung zu wecken, aus der sie als die absoluten Herrscher hervorgehen wollten."

Nach dem Zusammenbruch war das Geschäftsleben ein einziges Chaos. Zehntausende Unternehmen mußten schließen. Millionen Menschen verloren ihren Job und mußten sich in die Essenausgabeschlangen einreihen. Einige Millionäre verloren alles, was sie hatten, und begingen verzweifelt Selbstmord.

1932 gab es eindeutige Anzeichen für eine wesentliche Verbesserung der Lage. Eine Brise der Hoffnung und des Vertrauens zog durch das Land. Obwohl die wirtschaftlichen Aussichten rosig waren, hatten die Insider andere Pläne mit dem amerikanischen Volk. Während des Präsidentenwahlkampfes von 1932 präsentierte sich Franklin D. Roosevelt den Wählern als außerordentlich konservativ. Aber bald hörte man überall im Land Gerüchte, daß seine Wahlplattform nicht seinen wirklichen Ansichten entsprach, und daß mit radikalen Änderungen der gesamten Wirtschafts-, Gesellschafts- und Regierungsstruktur zu rechnen sei.

Als Roosevelt im November gewählt war, nahmen diese Gerüchte immer mehr zu. Der gewählte Präsident nahm zu ihnen keine Stellung. Die 1932er Wahl war die letzte, nach der die eigentliche Amtseinführung des Präsidenten erst im folgenden März - statt im Januar - stattfand. Die lange Wartezeit und die wachsende öffentliche Unsicherheit führte zu einer - politisch herbeigeführten - "zweiten Depression", die stark lähmende Wirkung hatte. Die daraus

entstehende öffentliche Panik führte zu einem nationalweiten Run auf die Banken, von denen viele schließen mußten, als Roosevelt sein Amt antrat.
Roosevelt kam also in einer ausgeprägten Krisenatmosphäre zur Macht, die er und die hinter ihm stehenden Kräfte vorsätzlich geschaffen hatten. Sofort setzte er die lang erwarteten Veränderungen des gesamten amerikanischen Regierungssystems und des Lebensstils ins Werk. Bundeskommissionen und Ausführungsbehörden wurde die Macht verliehen, fast jede geschäftliche Transaktion in Amerika nach Belieben zu kontrollieren und ihren Willen mit Zivil- und Strafprozessen durchzudrücken. Verfassungsmäßige Einschränkungen derartiger Autoritätsübungen wurden weggewischt.
Der Kongreß wurde mehr als je zuvor in der amerikanischen Geschichte ein Werkzeug der Unterwürfigkeit und tat genau, was ihm der Präsident vorschrieb, weil die Krisenatmosphäre, die der Präsident selbst erzeugt hatte, ihn dazu zwang und weil die Fabier und die von ihnen geschulten Politiker, die der Präsident in so vielen Bundesministerien eingesetzt hatte, einen wohldosierten Druck ausübten.

Der Sieg der schmeichlerischen Brüder

Kurz, die Franklin D. Roosevelt-Administration versuchte, der amerikanischen Nation die letzte Phase von Clinton Roosevelts illuministischen Plan der Zerstörung von Verfassung und Regierung aufzubürden - unter dem Vorwand, eine "neue Gesellschaftsordnung" oder, wie sie es ironisch nannten, einen "New Deal" zu errichten.
Sie prägten sofort das Zeichen der Illuminaten auf die amerikanische Währung (die Ein-Dollar-Noten), womit sie offen erklärten, das Ziel ihrer Verschwörung - ihren "Novus Ordo Seclorum" oder New Deal - erreicht zu haben.
Dieses Zeichen wurde von Weishaupt übernommen, als er den Illuminatenorden am 1. Mai 1776 gründete. Auf dieses Ereignis wird durch die römischen Ziffern MDCCLXXVI am Fuß der Pyramide hingewiesen, nicht auf das Jahr der Unabhängigkeitserklärung, wie Uneingeweihte angenommen haben. Weiterhin muß man wissen, daß das Zeichen erst nach der Vereinigung der Illuminaten mit den Freimaurern auf dem Wilhelmsbader Kongreß von 1782 für die letzteren Bedeutung erlangte.
Von Bedeutung ist die Inschrift des Zeichens: "Annuit coeptis" bedeutet "unsere Unternehmung (Verschwörung) ist vom Erfolg gekrönt". Unter der Pyramide stehen die Worte "Novus Ordo Seclorum". Sie erklären die Natur der Unternehmung, die Schaffung einer "neuen Weltordnung" oder des New Deal. Es ist von Bedeutung, daß der "Grundeckstein", die Spitze der Pyramide fehlt. An ihrer Stelle erscheint das "allsehende Auge", das die terroristische Spionageagentur symbolisiert, die Weishaupt unter dem Namen der "Schmeichlerischen Brüder" einrichtete.
In der Bibel wird Jesus Christus als "Grundeckstein" bezeichnet. Er ist das Haupt der Kirche, die ebenfalls in pyramidischer Form organisiert ist.
Christus wird in Markus und Lukas der "Stein, den die Bauleute verworfen haben" genannt. Die Illuminatenführer, die Bauleute der neuen Weltordnung, verwarfen Jesus Christus und wählten Satan, den Teufel, als ihr Oberhaupt, ihren Chef. Kein Wunder, daß sie den "Grundeckstein" aus dem Zeichen entfernten und ihn durch das satanische allsehende Auge ersetzten.<<

Schlußbemerkungen: Für die Deutschen gab es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise riß natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen wurden urplötzlich zerstört.

Die Wall Street fördert Adolf Hitler

Agenten des preußischen Innenministers Severing berichteten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche nordamerikanische Großindustrielle finanziert wurden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP, durch US-Banken (x068/219-226): >>Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleichviel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist. Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen, doch längst nicht jedermann bekannt, selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat - die Firma Thyssen, die dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche Heeresverwaltung.

Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?

So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.

Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zutreffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte geringer veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regierenden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wieviel, woher und wofür.

"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt, der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert; und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist, es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".

Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O.M. Blessing will von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Währungsreformen".

Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner

aufeinander, verursachte sie Kriege mit, einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld.
Die etablierte Geschichtsschreibung, die mitunter so überheblich wie unlauter auf Objektivität insistiert, vernachlässigt noch immer gerade die wirtschaftlichen Komponenten im globalen Beziehungsgeflecht, die ökonomischen Faktoren als bestimmende Antriebskräfte, und spart die Manipulationen des multinationalen Geldgesindels gewöhnlich gänzlich aus. Sie dient meist mehr der Verschleierung geschichtsentscheidender Züge als deren Aufdeckung, dient mehr den herrschenden Strömungen und Potentaten als der echten Kritik.
Man denke doch nur an die deutsche Geschichtswissenschaft dieses Jahrhunderts! ...
Hitlers inländische Unterstützungen reichten in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 bei weitem nicht aus, auch nicht die Gelder, die für ihn der Bankier und spätere Parteigenosse SS-Brigadeführer Freiherr von Schröder und die Ruhrindustrie natürlich zu ihren Gunsten mobilisierten.
Auch ein weiterer Großkapitalist wurde zur Rettung Deutschlands aktiv. 1929 appellierte Alfred Hugenberg in einem Rundschreiben an 3.000 US-Millionäre, das drohende Chaos in Deutschland abzuwenden. Bis 1918 Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, dann eigener Konzernchef, eine Art Axel Springer der Weimarer Republik, kooperierte Hugenberg zeitweise eng mit Hitler, wurde 1933 Reichswirtschafts- und -ernährungsminister und blieb, bald zurückgetreten, bis 1945 Mitglied des Reichstags.
In seinem Brief an die US-Millionäre beschwor der Konzernherr bereits die Gefahr eines Krieges mit der Sowjetunion und machte klar, offenbar eigentliches Ziel der Agitation, daß man Geld brauchte für eine Partei, die wieder aufrüste. Er schloß seinen Appell: "Unsere Sache ist die Ihre".
Hugenbergs Aufruf verhallte jenseits des Atlantik nicht ungehört. Es war das Jahr der heraufziehenden großen Wirtschaftspanik, die US-Stahlkonzerne lagen darnieder. Wie hätte da nicht das mit einer deutschen Aufrüstung verbundene Geschäft verlocken sollen! Zwar hatte die Weimarer Republik die Remilitarisierung bereits eingeleitet, doch im großen Stil konnte man dies wohl erst von dem Heil- und Siegbringer aus Braunau erhoffen.
Daß Hitler die Mittel für seine äußerst intensiven Wahlfeldzüge in den frühen dreißiger Jahren weder aus den Beiträgen seiner Genossen noch von den Geldern der deutschen Industrie bestreiten konnte, hatten aufmerksame Beobachter bemerkt. Diese Finanzquellen waren nach Feststellungen der Preußischen Polizei im Sommer 1930 stark zurückgegangen. Doch gab es neben der Parteikasse noch einen Geheimfonds, und amtliche Stellen Berlins hatten auch Hitlers Finanzierung durch ausländische Geldgeber längst registriert.
Daß der deutsche "Führer" käuflich war, ist früh bekannt gewesen. Schon ein Prozeß im Sommer 1923 wegen der NSDAP-Finanzierung hatte ergeben, daß der Partei dreimal große Geldbeträge aus dem Saargebiet über die Deutsche Bank zugegangen waren. Nach Überzeugung des Gerichts stammten sie von amerikanischer Seite, dem Großindustriellen Henry Ford, der lebhaft eine deutsche Aufrüstung wünschte.
Agenten des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing … hatten seit 1929 aber auch Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon beobachtet, Verhandlungen, die dort bis 1933 stattfanden. …
Severing beauftragte Ende 1931 seinen Staatssekretär Dr. Abegg mit Nachforschungen über Hitlers Vorleben und seine ausländischen Finanzquellen. Dabei ergab sich, das Geld für die aufwendige Nazipropaganda stammte "nur aus dem Ausland, insbesondere aus den USA". - Übrigens hatte Hitler auch einen großen Teil der Waffen für SA und SS nicht von der Reichswehr, sondern vom Ausland erhalten.
An den Konferenzen im Hotel Adlon waren beteiligt: "Bankier Warburg als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz.

Auf deutscher Seite haben an den Verhandlungen teilgenommen Hitler, Göring, Georg Strasser, von Heydt, ein Berliner Rechtsanwalt L. ..."
Was aber bestimmte Warburg, den Treuhänder von Kuhn, Loeb & Co., von demselben Bankhaus also, das 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatte, nun Hitler zu finanzieren, und zwar mit der beträchtlichen Summe von 32 Millionen Dollar, 128 Millionen Reichsmark, die getarnt über verschiedene Banken, die Banca d'Italia, Rom, die Bank Mendelson & Co., Amsterdam u.a., in Hitlers Hand gelangten?
Nicht nur darüber hinterließ Unterhändler Warburg selbst Aufzeichnungen. Daraus ergibt sich, daß die US-Hochfinanz 1929 an ausländische Regierungen und Private Forderungen von etwa 85 Milliarden Dollar hatte, und daß sie, wie die US-Regierungen, den Frankreich zu sehr begünstigenden Versailler Vertrag mißbilligte.
Frankreich nämlich bestand auf Reparationen in Gold, nicht in Natura, und alle Deutschland-Kredite der USA seien über die Reparationen Frankreich zugute gekommen. Nur wenn es keine Reparationen mehr erhalte, könnten sich Deutschland und auch die USA wieder erholen. Zudem fürchteten die Amerikaner die seit dem Rapallo-Vertrag, dieser antiwestlichen Demonstration, sich entwickelnde Ost-Orientierung Deutschlands, dessen politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, ja, sie befürchteten einen bolschewistischen Umsturz im Land. Und während Frankreich aus Sicherheitsgründen ein schwaches Deutschland wünschte, wollten die USA ein starkes - wie nach 1945 wieder!
Bei Beratungen … des eigentlichen Finanzzentrums der Wallstreet, der fünf unabhängigen Banken, Vertreter der Royal Dutch, der Standard Oil, Rockefeller jun. u.a. im Sommer 1929 wurde Warburg schließlich gebeten zu prüfen, ob Hitler für amerikanisches Geld zugänglich sei. Als Gegenleistung hätte dieser gegenüber Frankreich eine aggressive Außenpolitik einzuleiten, sollte aber "in die wirklichen Motive der amerikanischen Unterstützung nicht eingeweiht werden".
Hitler seinerseits habe bei den Verhandlungen in Berlin betont, "daß er mit den Arbeitslosen alles machen könne, wenn er ihnen nur Uniformen und Verpflegung gebe ... Auf diese Weise werde er Frankreich schon klein bekommen ... Alles hinge vom Geld ab ... Die USA-Hochfinanz habe doch sicher ein Interesse daran, daß er, Hitler, an die Macht komme, denn sonst hätte sie ihm nicht bereits 10 Millionen Dollar übergeben ... Wenn er von der USA-Hochfinanz 500 Millionen Mark erhalte, sei er in sechs Monaten fertig."
Hitler habe auch die Kommunisten als erledigt bezeichnet und erklärt, er werde nun die Sozialdemokraten ausschalten, durch Wahlen oder mit Gewalt. Eventuell komme noch eine Verhaftung von Hindenburg, Schleicher, Papen, Brüning in Betracht, aber alles koste Geld, und das bisher aus den USA erhaltene sei verbraucht.
Kurz vor Hitlers überraschendem Wahlsieg 1930, errungen mit einem für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Propaganda-Aufwand, war das große Geld aus dem Ausland gekommen und floß weiter bis zu seiner Machtübernahme 1933. Die Summe von Kuhn, Loeb & Co., die ihm zwischen 1929 und 1933 den Weg zur Macht ebnete, war zwar sehr stattlich, doch nicht überdimensional, spielte aber die Rolle des "Züngleins an der Waage". Die Wallstreet-Bankiers hatten gut kalkuliert, nicht mehr gegeben als nötig, doch genau so viel. Sind sie ja wohl einem Mann wie Hitler, der das ihm wirklich Zugedachte kaum ahnen konnte, geistig weit überlegen gewesen, jedenfalls mehr als charakterlich.
Informiert über die Recherchen Abeggs waren zunächst Reichskanzler Brüning und General von Schleicher, seit 1929 Chef des neu errichteten Ministeramts im Reichswehrministerium und am 2. Dezember 1932 selber Reichskanzler.
Als sich Abegg dann im Frühjahr 1933 in die Schweiz absetzte, beschlagnahmte die SS bei einer Durchsuchung seiner Wohnung das Dossier Hitler. Das Duplikat sollte sie ein Jahr später bei einer Durchsuchung des Hauses von General Schleicher sicherstellen; der General, ein

intimer Kenner von Hitlers Auslandsfinanzierung, und seine Frau wurden bei dieser Gelegenheit im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet. Ebenfalls beseitigte man seinerzeit einen weiteren Mitwisser von Hitlers geheimen Geldquellen, Georg Strasser, der innerhalb der NSDAP antikapitalistische Ideen vertrat und als Führer der sozialistischen Opposition galt. Hitler hatte ihn gleichwohl 1925 zum Reichsorganisationsleiter der Partei ernannt, deren Finanzierung sowohl Strasser wie Schleicher genau bekannt war.
Selbstverständlich standen die Hitler so verhängnisvoll fördernden ausländischen Geldgeber nicht vor dem Nürnberger Tribunal. Selbstverständlich wurden die Dokumente des Abegg-Archives beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nicht zugelassen. Das heikle Thema der Hitler-Unterstützung durch die großen Finanzmächte der USA durfte unter keinen Umständen auch nur erwähnt werden. Als es der zunächst länger mit Hitler kooperierende Bankier und Politiker … Schacht, bis 1937 Reichswirtschaftsminister, bis 1939 Reichsbankpräsident, zur Sprache bringen wollte, wurde er rasch zum Schweigen gebracht.
"Als Schacht", meldete die "Neue Zürcher Zeitung" am 2. Mai 1946, "wiederum auf die Haltung ausländischer Mächte gegenüber der Nazi-Regierung und auf die Hilfe, die sie ihr angedeihen ließen, zu sprechen kam, entschied der Gerichtshof, daß diese Dinge mit der Sache nichts zu tun hätten und daher unzulässig seien ..."
Gegen die baden-württembergische Deutsche Gemeinschaft, die 1950 beweiskräftige Dokumente über die Finanzierung der Hitler-Wahlen von 1930 bis 1933 veröffentlicht hatte, wurde prozessiert. Diesen Prozeß, doch eine historische Sensation ersten Ranges, gewann die Deutsche Gemeinschaft auch, aber keine einzige deutsche Zeitung berichtete darüber zu einer Zeit, da die Remilitarisierung Deutschlands schon eingeleitet war. ...<<
Schlußbemerkungen: Obwohl Hitlers Kriegspläne bereits seit der Veröffentlichung des Buches "Mein Kampf" im Jahr 1925 bekannt waren, wurde die rechtsradikale NSDAP nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. und durch zahlreiche nordamerikanische Großindustrielle, finanziell unterstützt. Adolf Hitler wurde praktisch von der Wall Street gekauft, um als gehorsamer Erfüllungsgehilfe und Handlanger der Neuen Weltordnung den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren und die planmäßige totale Vernichtung des Deutschen Reiches einzuleiten.
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über Hitlers Rechenschafts- und Programmschrift "Mein Kampf" vom 18. Juli 1925 (x192/439): >>In seiner Programm- und Rechtfertigungsschrift "Mein Kampf" hatte Hitler die Zerstörung des Kommunismus, die Eroberung neuen Lebensraumes und die Vernichtung des Judentums zu den zentralen Zielen seiner Politik erklärt.
Das Buch erzielte seit 1933 riesige Auflagen, war fast in jedem deutschen Haushalt verfügbar, doch die wenigsten lasen es, und wer sich damit befaßte, nahm es nicht ernst. Mit diesem extremistischen Propagandageschwätz ließ sich doch keine Politik gestalten. Doch genau das geschah, auch wenn das Ganze in taktische Winkelzüge, Täuschungsmanöver und Friedensbeteuerungen eingebunden wurde.
Kein anderer Politiker hat je seine Kernziele im voraus so präzise und offen formuliert wie Adolf Hitler. ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schrieb später (im Jahre 2021) im COMPACT-Geschichte Nr. 9 über die Finanzierung Hitlers und das dunkle Geheimnis der Wall Street nach dem Ersten Weltkrieg (x361/12,16-19): >>**Die Guten, die Bösen und die Unsichtbaren**
Seit Jahrzehnten fetzt sich die Geschichtswissenschaft wegen der Finanzierung der NSDAP durch das Großkapital. Linke und bürgerliche Historiker stehen sich in erbitterter Feindschaft gegenüber - und keine der beiden Parteiungen will über den Elefanten sprechen, in dessen mächtigem Schatten die Kontroverse steht. …



Bereits vor 1933 wurde die Schuldfrage plakativ instrumentalisiert. Hier erscheint nicht mehr Hitler selbst, sondern die Großindustrie als hauptverantwortlich. Foto: picture-alliance/akg-images

Es ist vor allem das Verdienst des US-Amerikaners Antony C. Sutton und des Russen Nikolay Starikow, hier mit bahnbrechenden - und dennoch (oder gerade deswegen?) im Mainstream kaum beachteten - Recherchen für die Klarheit gesorgt zu haben, die den kommunistischen

wie den westlichen Historikern fehlt. Ihre Bücher *Wall Street und der Aufstieg Hitlers* (Erstveröffentlichung 1976, auf Deutsch im Schweizer Verlag Perseus 2009, Auszug auf Seite 50. ff.) beziehungsweise *Wer hat Hitler gezwungen, Stalin zu überfallen?* (auf Deutsch 2017 in einem kleinen baltischen Verlag erschienen, Auszug auf Seite 38 ff.) werden in der Fachwissenschaft ignoriert. Dritter im Bunde der Aufdecker ist der US-Professor Guido Giacomo Preparata mit seinem Buch *Wer Hitler mächtig machte: Wie britisch-amerikanische Finanzeliten dem Dritten Reich den Weg bereiteten* (2010 ebenfalls bei Perseus erschienen).

Die unsichtbare Hand

Sutton erklärt die Hinwendung der Wall Street zu den Nazis vor allem mit deren korporatistischem Wirtschaftsmodell, das im Unterschied zur freien Marktwirtschaft stabile Gewinnraten garantiere - aus demselben Grund unterstützten die Banker laut Sutton auch den US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt (1933-1945) und die Sowjetunion.

Im Unterschied zu ihm gehen Starikow und Preparata davon aus, daß nicht das korporatistische Wirtschaftsmodell, sondern die geostrategische Orientierung die angloamerikanischen Geldhaie zur Unterstützung Hitlers brachte: Washington und London zogen die NSDAP vor allem deswegen anderen nationalistischen Parteien und Strömungen vor, weil sich Hitler in *Mein Kampf* vehement für ein deutsch-britisches Bündnis gegen Rußland ausgesprochen hatte - das paßte zur Globalstrategie der angelsächsischen Seemächte.

Aus demselben Grund erfuhren Aktivisten im Umkreis der Konservativen Revolution keine Förderung: Sie waren zumeist anti-englisch eingestellt und damit trotz ihres Antikommunismus suspekt. Preparata nennt ein Beispiel: Als sich 1920 monarchistische Offiziere im sogenannten Kapp-Putsch gegen die Weimarer Demokratie erhoben, schleuste London seinen Agenten Ignatz Trebitsch-Lincoln in den inneren Kreis der Verschwörer ein und brachte den Umsturz zum Scheitern.

Die Obristen träumten von einem deutsch-russischen Bündnis, am liebsten mit den verbliebenen Anhängern des Zaren, zur Not aber auch mit den Bolschewiken - das mußte London unbedingt verhindern. Außenminister Walther Rathenau, der 1922 im Vertrag von Rapallo ein solches Bündnis tatsächlich in Angriff nahm, wurde übrigens im selben Jahr von der NSDAP-nahen Organisation Consul ermordet.

"Ein fabelhafter Demagoge."

Truman Smith über *Hitler*

Starikow recherchierte penibel die Kontakte, die US-Regierungskreise bereits 1921/22 zu Hitler knüpften - vor allem über den Militärattaché Truman Smith und den von ihm instruierten NSDAP-Spendensammler und Führer-Intimus Ernst "Putzi" Hanfstaengl, der auch für Sutton eine Schlüsselrolle spielte (siehe Seite 60 ff.). Der Börsenexperte Thorsten Schulte ("Silberjunge") präsentiert - von Starikow ausgehend - in seinem aktuellen Buch *Fremdbestimmt. 120 Jahre Lügen und Täuschung* weitere Beweise für Hitlers frühe Förderer im US-Establishment, so etwa die Begeisterung von Truman Smith nach einem Treffen am 20. November 1922: "Ein fabelhafter Demagoge. Ich habe kaum zuvor einem so konsequenten und fanatischen Mann zugehört."

Das Zitat, entnommen dem englischen Original des Standardwerks *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches* von William L. Shirer aus dem Jahr 1960, fehlt in der deutschen Ausgabe… Ein wichtiger Spendenvermittler war auch der Schriftsteller Dietrich Eckart, der den Kontakt zu Warren C. Anderson hielt, den Europa-Präsidenten des amerikanischen Autoproduzenten Henry Ford. 1924 fuhr der Nazi-Gigolo Kurt Lüdecke direkt zum Geldsammeln in die USA. Gerichtliche Untersuchungen ergaben, daß Ford bereits im Jahre 1923 drei Mal größere Geldbeträge für Hitler angewiesen hatte.

Ein erstes Fanal setzte die NSDAP am 9. November 1923 durch einen Putschversuch in München. "Das Verblüffendste und Rätselhafteste am Erfolg dieses Menschen (Hitlers) ist die Tat-

sache, daß er 1923, auf dem Höhepunkt des Inflationstaumels, über Devisen verfügte, über Dollars, Tschechenkronen, holländische Gulden, ja offenbar auch über französische Franken", schreibt Walter Görlitz in *Geldgeber der Macht* (Düsseldorf/Wien, 1976).

...

Der Durchbruch ab 1929

Hitler wurde im Dezember 1924 aus der Festungshaft in Landsberg entlassen, im Februar 1925 wurde die NSDAP neu gegründet. Trotz innerer Konsolidierung hatte die Partei in den folgenden Jahren keinen Erfolg. Bei den Reichstagswahlen 1928 wurden enttäuschende 2,6 Prozent erzielt. Den folgenden steilen Aufstieg verdankte die Hitler-Partei dem Young-Plan, der die 1919 in Versailles diktierten Reparationen neu regelte.

Im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien und der SPD, die den Plan als alternativlos darstellten, profilierte sich die NSDAP in scharfer Opposition gegen die "Young-Sklaverei" und fand dadurch zunehmend Unterstützung im Volk wie auch in jenen Teilen des Großkapitals, die sich vom Dollar-Imperialismus bedroht fühlten. Fritz Thyssen bekannte nach dem Zweiten Weltkrieg: "Ich wandte mich der Nationalsozialistischen Partei erst zu, als ich die Überzeugung gewann, daß der Kampf gegen den Young-Plan unvermeidlich war, wenn der völlige Zusammenbruch Deutschlands abgewendet werden sollte."

Reichskanzler Heinrich Brüning (1930-1932) schrieb am 28. August 1937 aus seinem Exil in einem privaten Brief an Winston Churchill: "Hitlers wirklicher Aufstieg begann erst 1929, als die deutschen Großindustriellen und andere es ablehnten, weiterhin Gelder an eine Menge patriotischer Organisationen auszuschütten, die bis dahin die ganze Arbeit für das deutsche Risorgimento (Wiederauferstehen) geleistet hatten."

Dazu muß man im Hinterkopf behalten, daß "deutsche Großindustrielle" zu diesem Zeitpunkt schon Überkreuzbeteiligungen mit amerikanischen Partnern hatten. Sutton nennt Einzelheiten (in dieser COMPACT-Ausgabe ab Seite 76) und resümiert: "Es ist bemerkenswert, daß die größten Spender ... mit Finanziers der Wall Street verbunden waren. Diese Wall-Street-Finanziers saßen im Herzen der Finanzelite und waren angesehen in der zeitgenössischen amerikanischen Politik."

Der an der Wall Street - vor allem vom größten Bankhaus J. P. Morgan - ersonnene Young-Plan wirkte wie ein Förderprogramm für die NSDAP: Er legte für Deutschland 37 Jahresraten von jeweils 2,05 Milliarden Goldmark sowie weitere 22 Jahresraten von jeweils 1,65 Milliarden Goldmark fest. Erst nach 59 Jahren - also 1988 - sollte die Schuld getilgt sein. Erschwerend kam hinzu, daß im Vergleich zum vorhergehenden Dawes-Plan aus dem Jahr 1924 die Modalitäten deutlich verschärft wurden: Statt Reparationszahlungen in Form von Gütern wie beim Dawes-Plan verlangte das neue Diktat explizit Geldzahlungen.

Das mußte, so Thyssen, "zwingend zum Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft des Reiches führen". Pikant: Für die Reichsbank verhandelte ihr Präsident Hjalmar Schacht den Dawes- sowie den Young-Plan mit - er sollte sich 1930 der NSDAP anschließen und dann von Hitler erneut an die Spitze der Notenbank gestellt werden. Und: Er bekannte sich zur Freimaurerei, auch nach deren Verbot durch die Nazis.

Entscheidend für den Durchbruch der NSDAP war das Volksbegehren gegen den Young-Plan, das im Juli 1929 im Wesentlichen von der DNVP lanciert wurde, die aber die Nationalsozialisten als Partner akzeptierte. Zwar scheiterte das Plebiszit - lediglich 5,8 Millionen oder knapp 14 Prozent der Wahlberechtigten stimmten zu -, aber der Schwung der Kampagne führte bei den folgenden Kommunal- und Regionalwahlen zu einer Vervielfachung der Stimmanteile der NSDAP. Die Reichstagswahlen im September 1930 führten zu einer erdrutschartigen Verschiebung: Die Nationalsozialisten gewannen 18,3 Prozent, hatten also ihr Ergebnis aus dem Jahr 1928 mehr als versiebenfacht - und die DNVP überrundet.

Noch höher hinaus ging es bei den Juli-Wahlen 1932: Mittlerweile hatte der Zusammenbruch

der Wall Street am Schwarzen Freitag 1929 auch deutsche Banken und Unternehmen in den Abgrund gerissen, über sechs Millionen Arbeitslose standen ohne jede staatliche Unterstützung da. Die Hitler-Partei gewann glatte 19 Prozent hinzu und wurde mit 37,3 Prozent mit weitem Abstand zur nächstplazierten SPD (21,2) stärkste Partei.
Wichtig: Ermittlungen des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Carl Severing (1928-1930) ergaben, daß seit 1929 Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon stattfanden. "Auf amerikanischer Seite waren eingeweiht: Bankier Warburg, als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Cie., sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz", berichtete ein Mitarbeiter des preußischen Staatssekretärs Wilhelm Abegg.
Brünings Reichskanzlei kam zum Schluß, daß "in den letzten zwölf Monaten" vor dem April 1932 zwischen 62 und 68 Millionen Reichsmark in die Kassen der NSDAP geflossen seien. Davon entfielen nach dieser Aufstellung 40 bis 45 Millionen Reichsmark auf "ausländische Geldgeber". …<<

Hitlers Aufstieg während der Weltwirtschaftskrise
Seit Ende 1929 herrschten im Deutschen Reich fast überall bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Straßen entwickelten sich zum politischen Schlachtfeld für die Kampfverbände der radikalen Gruppierungen. Vor allem die Schlägertruppen der SA und des Rotfrontkämpferbundes lieferten sich vielerorts mörderische Straßen- und Saalschlachten, bei denen es nicht selten Tote gab.
Reichsinnenminister Carl Severing berichtete im Herbst 1929 über den zunehmenden Straßenterror und die landesweite Rechtsunsicherheit (x092/837, x058/333): >>Seit der Nichterneuerung des Republikschutzgesetzes vergeht kaum ein Tag an dem nicht irgendwo in Deutschland, zumeist an mehreren Stellen, auf politisch Andersdenkende geschossen, eingeschlagen oder eingestochen wird.
Der Zustand staatsbürgerlicher Sicherheit hat einen beklagenswerten Zustand erreicht und sinkt täglich mehr. Die Ursache dieser betrübenden Erscheinungen ist die hemmungslose Verhetzung durch Wort und Schrift, die von den Gegnern der Republik auf der äußersten Rechten und äußersten Linken getrieben wird. ...<<
>>... Dieser ... Zustand politischer Verwilderung kann im Interesse der Staatsautorität, des Ansehens Deutschlands in der Welt, der Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers wie der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung gesunder Grundlagen des Staats- und Gesellschaftslebens nicht länger geduldet werden.<<
Obgleich die deutsche Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung fast zahlungsunfähig war, weigerten sich die Sozialdemokraten - aus Rücksicht auf die Einsprüche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Sozialleistungen zu kürzen bzw. die Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 3,75 % zu erhöhen (x034/454). Die letzte SPD-Regierung - unter Führung des Reichskanzlers Hermann Müller - trat daraufhin am 27. März 1930 trotz ausreichender Mehrheit wegen dieser ungelösten Finanzierungsprobleme zurück. Der völlig unnötige Rücktritt des Reichskabinetts Hermann Müller beschleunigte nachweislich den Untergang der Weimarer Republik.
Nach dem Rücktritt der letzten SPD-Regierung folgten nur noch Präsidialkabinette, die aufgrund fehlender Reichstagsmehrheit mit Hilfe von Notverordnungen regierten. Diese machtlosen Minderheitsregierungen schwächten die Autorität der demokratischen Reichsregierung entscheidend und erleichterten letzten Endes Hitlers "Machtübernahme" (x051/393).
Am 30. März 1930 wurde Heinrich Brüning zum Reichskanzler ernannt. Da die "Brüning-Regierung" - Kabinett der bürgerlichen Mitte, ohne Fraktionsbindung - über keine Reichstagsmehrheit verfügte, regierte man mit Hilfe von Notverordnungen gemäß Artikel 48 der Verfassung.

Der deutsche Publizist Hellmut von Gerlach schrieb am 2. Juni 1930 über die Folgen der Arbeitslosigkeit (x034/466): >>Das wachsende Mißvergnügen über die Fortdauer der Wirtschaftskrise füllt die Reihen der extremen Parteien, insbesondere der kommunistischen auf der Linken und der Rassisten auf der Rechten. ...<<
Als der Reichstag einem Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 16.07.1930 mit 236:221 Stimmen zustimmte, kündigte Reichskanzler Brüning am 18. Juli 1930 völlig überraschend die Auflösung des Reichstages an. Obwohl die deutsche Reichsregierung über eine arbeitsfähige, bürgerliche Mehrheit verfügte, mußte die Reichstagswahl vorgezogen werden (x063/562). Brüning unterstützte mit dieser katastrophalen Fehlentscheidung nachweislich Hitlers Aufstieg, denn angesichts der dramatischen Wirtschaftslage und der drastischen Sparmaßnahmen erhielten NSDAP und KPD zwangsläufig erhebliche Stimmenanteile der Protestwähler.
Die Zeitung "Der Mittag" berichtete am 20. August 1930 (x034/481): >>... Der Weg Hitlers würde unser Elend unermeßlich vergrößern, würde das erzielen, was selbst Versailles nicht erreichen konnte: Die Vernichtung Deutschlands ...<<
Infolge der dramatisch steigenden Massenarbeitslosigkeit und der weitverbreiteten Existenzangst erreichte die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 bereits 18,3 % und 107 Reichsmandate. Reichskanzler Brüning blieb zwar weiterhin im Amt, aber nach der schweren Wahlniederlage, fand er später oftmals keine Abstimmungsmehrheit.
Ein britischer Zeitungsverleger … schrieb am 25. September 1930 in der Londoner "Daily Mail" über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahl vom 14.09.1930 (x034/488): >>Der glänzende Erfolg der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ... wird heraustreten als der Anfang einer neuen Epoche. ...<<
Die "Welt am Montag" berichtete am 6. Oktober 1930 über die vorgezogenen Reichstagswahlen im September 1930 (x245/286): >>Dem Ausland waren die Ausmaße des Hitlerischen Wahlsieges natürlich eine noch größere Überraschung als dem Inland, da es auf ein starkes Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen gefaßt gewesen war. Die Welt zerbricht sich den Kopf darüber, worauf die Verneunfachung der Hitlerstimmen zurückzuführen ist. Die verschiedensten Deutungen kommen zum Vorschein.
Die Deutschland besonders wohlgesinnte Presse des Auslandes führt vielfach als Hauptgrund die riesige Arbeitslosigkeit an. "Deutschland hat drei Millionen Arbeitslose, sie haben fast sämtlich nationalsozialistisch gewählt. Ergo." So konnte man wörtlich in Paris und anderswo lesen. ...
Die Hitlerwähler setzen sich aus zwei Kategorien zusammen: einer kleinen Minderheit von Nationalsozialisten, die auf das Hakenkreuz eingeschworen sind, und einer riesigen Mehrheit von Mitläufern.
Keine andere deutsche Partei ist so labil wie die nationalsozialistische, d.h. bei keiner anderen ist das Mißverhältnis zwischen Stammkunden und Laufkunden ebenso groß. Sozialdemokratie, Kommunisten, Zentrum, Demokraten, Volkspartei – überall gibt es Schwankungen, recht erheblich vielleicht. Aber bei keiner anderen Partei ist es denkbar, daß eine plötzliche Verneunfachung erfolgt, die vielleicht bei der nächsten Wahl von einer Drittelung abgelöst wird.
Die Nationalsozialisten haben ja schon einmal den Wechsel von Hoch auf Tief erlebt. Aus den 32 Abgeordneten von 1924 wurden die 12 von 1928. Wieviel werden aus den 107 von 1930 werden?
Das hängt ganz von den Umständen ab. Scheint der deutschen Wirtschaft wieder einmal die Sonne, so schmelzen die Hitlerwähler wie Schnee dahin. Die 6 ½ Millionen werden ja durch kein inneres Band zusammengehalten. Sie sind zu neun Zehnteln nicht Wähler für, sondern nur Wähler gegen.
Dabei soll nicht verkannt werden, daß Hitler, der ein ausgezeichneter Organisator mit Sugge-

stivkraft ist, über eine ihm blind ergebene Kerntruppe von einigen hunderttausend Mann, meist recht jugendlichen Truppen verfügt. ...
Idealisten mit verwirrtem Kopf und Landsknechte ohne Kopf, insgesamt ein paar hunderttausend Mann, das ist Hitlers Kerntruppe. ...<<
Im Jahre 1930 forderte die britische Zeitung "Manchester Guardian" die Aufnahme der Nazis in die Regierung, da diese als zweitgrößte Partei ein moralisches bzw. verfassungsmäßiges Anrecht hätten (x025/129).
Die britische Zeitung "The Times" hielt die Nazis damals ebenfalls für normale, wenn auch etwas rauhe und unerfahrene Politiker, die durch Regierungsverantwortung automatisch zur Mäßigung gebracht würden (x025/129).
Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise geriet die deutsche Wirtschaft in immer größere Schwierigkeiten. Fast alle kurz- und mittelfristigen Auslandskredite wurden gekündigt und sofort zurückgefordert. Die große Deutsche Depression verursachte in wenigen Monaten Tausende von Firmenpleiten, leitete einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit ein und begünstigte die politische Radikalisierung innerhalb des Deutschen Reiches.
Von April 1930 bis Dezember 1930 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 2,9 Millionen auf 4,0 Millionen.
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Wahlerfolge der NSDAP (x051/405-406):
>>... Die Wahlerfolge 1930-33 verdankte die NSDAP weniger ihrer Programmatik, die sich inhaltlich nur wenig von der anderer rechtsradikaler Parteien unterschied, sondern, neben der Unterstützung durch die … Harzburger Front, vor allem der Art ihres politischen Kampfes und den Mitteln, die sie dabei einsetzte: ihrer Propaganda und ihrem Terror.
Die nationalsozialistische Propaganda appellierte an die Emotionen, Vorurteile und Ängste der Menschen, die sie nicht als Einzelne, sondern als Masse sah und erfaßte. Sie arbeitete, wie es Hitler schon in "Mein Kampf" gefordert hatte, mit wenigen einprägsamen, gefühlshaltigen Formeln, vereinfachenden Schlagworten und eingängigen Parolen und wiederholte diese ständig; sie manipulierte, statt zu argumentieren und zu informieren.
Dadurch und durch den geschickten Einsatz moderner technischer Mittel und Medien - Farbe, Musik, Fahnen, politische Symbole usw., durch Massenaufmärsche und -umzüge, die demagogischen Fähigkeiten v.a. Hitlers und Goebbels' und noch mehr durch deren skrupellosen Einsatz sowie den um Hitler und seine Person wirksam entfalteten Führerkult war die Propaganda des Nationalsozialismus der politischen Werbung der anderen Parteien weit überlegen.
Wirksam war die nationalsozialistische Propaganda v.a. beim Bürgertum, insbesondere beim mittelständischen Kleinbürgertum - selbständige Gewerbetreibende, Handwerker, Angestellte, Bauern.
Der republikanischen Staatsform von Anfang an ablehnend gegenüberstehend, weiterhin autoritär-obrigkeitsstaatlich, wenn nicht monarchistisch gesonnen, sahen diese Gesellschaftsgruppen durch die Weltwirtschaftskrise die ökonomischen Grundlagen ihrer Existenz gefährdet und sich von sozialem Abstieg bedroht.
Sie waren so allzu gerne bereit, den nationalsozialistischen Parolen von den jüdischen und marxistischen "Novemberverbrechern" … und von den unfähigen und "korrupten" demokratischen Parteien und Politikern Glauben zu schenken und ihrem Versprechen vom Wiederaufstieg Deutschlands zu nationaler Größe, von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Überwindung der Wirtschaftskrise.
War es Aufgabe der nationalsozialistischen Propaganda, dem Nationalsozialismus Anhänger zu gewinnen, diesen Siegeszuversicht einzuflößen und sie ständig neu für seine Ziele und gegen das "System" von Weimar zu mobilisieren, so hatte der vor allem von den paramilitärischen Verbänden der NSDAP, insbesondere von der Sturmabteilung, ausgeübte Terror die Funktion, in der Öffentlichkeit Schrecken zu verbreiten, die staatlichen Organe und politi-

schen Gegner einzuschüchtern und ihren Widerstand zu lähmen, zugleich aber auch den eigenen Mitgliedern und Anhängern ein Bild von der Geschlossenheit, Kraft und Willensstärke der nationalsozialistischen Bewegung zu vermitteln. Zahlreiche blutige, oft bürgerkriegsartige Straßenkämpfe, vor allem zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten und deren bewaffneten Verbänden, prägten so ab 1930 die politischen Auseinandersetzungen in Deutschland. …<<

Obgleich sich der "Stahlhelm", die NSDAP und die KPD in Preußen verbündeten, um den preußischen Landtag per Volksentscheid aufzulösen, erhielt man am 9. August 1931 nicht die erforderliche Mehrheit von 50 %, sondern lediglich 37,1 % (x034/545).

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die damalige Zusammenarbeit zwischen NSDAP und KPD (x063/563): >>Das Bündnis zwischen der Kommunistischen und der Nationalsozialistischen Partei trug zur Unterhöhlung der Republik bei. ... Dialektisch ... galt nicht der Nationalsozialismus als Hauptfeind, denn er bereitete ja den Weg für Sowjetrußland vor. Hauptfeind waren die Weimarer Republik und die Sozialdemokratie, weil sie die "Einheit der Arbeiterklasse" verhinderten.

Morde und blutige Straßenkämpfe haben die Kommunistische und die Nationalsozialistische Partei nicht abgehalten, zur Zerstörung der Republik zusammenzuarbeiten. Das wurde etwa am 9. August 1931 offenkundig, als beide Parteien im Bündnis mit den Deutschnationalen einen Volksentscheid zum Sturze der preußischen Regierung veranstalteten. ... Trotzdem schlug das Unternehmen fehl, weil viele der Kommunisten sich der morbiden Überlegung Moskaus versagten, das der Nationalsozialismus zur Macht kommen müsse, um Sowjetdeutschland zu gebären.<<

Reichsminister Gottfried R. Treviranus warnte am 22. August 1931 nach einem Gespräch mit Hitler (x034/547): >>... Gnade Deutschland, wenn dieser Führer zum Zuge kommt ...<<

Während der Tagung des Exekutivausschusses der Komintern legte der sowjetische Referent für Deutschlandfragen, Manuilsky, am 15. Dezember 1931 in Moskau die zukünftige Politik der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) fest (x063/564): >>Der Hauptfeind ist nicht Hitler, sondern der Hauptfeind ist das System Severing, Brüning, Hindenburg. ...

Mit seiner (Hitlers) Hilfe werden wir zunächst den sozialdemokratischen Parteiapparat und den Brüningschen Staatsapparat zertrümmern. ... Im gegenwärtigen Abschnitt der Entwicklung der deutschen Revolution ist Hitler unser unzweifelhafter Bundesgenosse.<<

Stalin war schon frühzeitig davon überzeugt, daß ein Sturz der Deutschen Republik und Hitlers Machtübernahme unweigerlich zum Zweiten Weltkrieg führen würde. Die geheimen Bündnisse der KPD und NSDAP förderten bzw. beschleunigten den Untergang der Weimarer Republik.

Hitler und das rechtsradikale NS-Regime waren für Stalin ein unglaublicher Glücksfall, denn ab 1933 zerschlug das NS-Regime alle demokratischen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen des Deutschen Reiches. Mit der gewaltsamen Auflösung sämtlicher demokratischen Einrichtungen und Verbände räumte Hitler frühzeitig alle natürlichen Feinde des linksradikalen Stalinismus aus dem Weg. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fiel es den Sowjets nicht besonders schwer, in Mitteldeutschland die sogenannte "Einheit der deutschen Arbeiterklasse" zu verwirklichen, denn eine ernstzunehmende Opposition gab es dank Hitlers "guter Vorarbeit" nicht mehr.

Stalin übernahm später z.B. auch Hitlers "Generalplan Ost". Der entscheidende Unterschied bestand nur darin, daß die deutschen Volkstumsgrenzen nicht um 500 km nach Osten, sondern" um 500 km nach Westen verlagert wurden.

1931 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos (x149/60). Die industrielle Produktion des Deutschen Reiches verminderte sich im Jahre 1931 gegenüber 1928 um 30 % und es ereigneten sich mehr als 17.000 Firmenpleiten und Konkur-

se. Infolge der Kündigung weiterer US-Kredite standen die deutschen Großbanken kurz vor dem Zusammenbruch.
Da der Staat zahlungsunfähig war, mußte die deutsche Regierung verstärkt Staatseigentum verschleudern. Obwohl im Deutschen Reich überall Hunger, Not und Elend herrschten, wurden die öffentlichen Ausgaben und sozialen Leistungen drastisch gekürzt.
Im Winter 1931/32 richtete man das sogenannte "Winterhilfswerk" ein, um die größte Not des riesigen Arbeitslosenheeres zu lindern. Die 1. Sammlung erbrachte Spenden im Wert von 42,0 Millionen Mark.
Nach der Inflation von 1922/23 büßten besonders die "kleinen Leute" abermals ihre mühselig erarbeiteten Sparguthaben ein. Die ratlosen, verzweifelten Deutschen fragten sich, wie sie aus dieser hoffnungslosen Lage kommen sollten. Spätestens jetzt verloren große Teile des deutschen Volkes endgültig das letzte Vertrauen und den Glauben an die demokratischen Politiker der Weimarer Republik. Die Tage der glücklosen Weimarer Republik waren danach gezählt.
Die "Leipziger Volkszeitung" verlangte am 6. Januar 1932 die Ausweisung des ausländischen Hochverräters Hitler.
Hindenburg erklärte sich am 15. Februar 1932 trotz seines Alters von 84 Jahren bereit, nochmals für den Posten des Reichspräsidenten zu kandidieren (x034/578): >>... (Er habe es) nicht für verantwortbar gehalten, ... seinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig zu verlassen! ...<<
Am 15. Februar 1932 waren im Deutschen Reich 6.127.000 Menschen arbeitslos.
Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann erklärte während der Plenartagung des Zentral-Komitees am 19. Februar 1932 (x243/34): >>Am klarsten hat Genosse Stalin schon im Jahre 1924 die beiden Flügel (SPD und NSDAP) gekennzeichnet, indem er von ihnen als Zwillingen sprach, die einander ergänzen. ...
Warum müssen wir den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie richten? ... Sie ist ... die gefährlichste Stütze der Feinde der Revolution, ... der aktivste Faktor der Faschisierung. ...
Die Sozialdemokratie schlagen, das ist gleichbedeutend damit, ... die proletarische Revolution zu schaffen. ... Verhandlungen der KPD mit der SPD ... darf es nicht geben. ...<<
Nach mehreren vergeblichen Versuchen erhielt der ehemalige Österreicher Hitler endlich die dringend erforderliche deutsche Staatsbürgerschaft. Am 25. Februar 1932 wurde der angebliche "Schriftsteller" Adolf Hitler durch das Braunschweigische Staatsministerium zum Regierungsrat des Landeskultur- und Vermessungsamtes der Stadt Braunschweig ernannt und als Sachbearbeiter bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beschäftigt.
Goebbels berichtete am 28. Mai 1932 über die damaligen Zustände im Preußischen Landtag (x191/52-53): >>Im Plenum kommt es zum Ausbruch der bis zur Siedehitze angespannten Erregung. Einer von uns wird von den Kommunisten als Mörder beschimpft. Der bolschewistische (!) Fraktionsführer Pieck provoziert auf das maßloseste von der Rednertribüne herab.
Ein Kommunist schlägt einem Parteigenossen mitten ins Gesicht. Das ist das Signal zur Abrechnung. Sie ist kurz, aber bündig, und wird mit Tintenfässern und Stühlen ausgefochten. In 3 Minuten sind wir allein im Saal. Die Kommunisten sind herausgeprügelt, während die Mittelparteien in der vorzeitigen Flucht ihr Heil gesucht haben.
Unsere Fraktion singt das Horst-Wessel-Lied. 8 Schwerverletzte aus verschiedenen Parteien. Das war ein warnendes Beispiel. So allein kann man sich Respekt verschaffen. Das Plenum bietet den Anblick einer grandiosen Verwüstung.
Wir stehen als Sieger auf den Trümmern. ...<<
Der deutsche Historiker Heinrich Bennecke schrieb später über eine Rede des deutschen Reichskanzlers Brüning vor ausländischen Journalisten vom 28. Mai 1932 (x245/289-290): >>Obgleich der deutsche Reichskanzler mit der Bemerkung begann, daß er allein "zu innerdeutschen Problemen Stellung nehmen" wolle, war klar, daß Brüning, der zugleich deutscher Außenminister war, mit seiner Rede außenpolitische Absichten verband.

Neue Reparationsverhandlungen standen bevor, und Presse und Diplomaten des Auslandes sollten auf die außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands eindringlich hingewiesen werden: "Das fundamentale Problem, das uns – fast wörtlich genommen – Tag und Nacht beschäftigt, ist das Problem der Arbeitslosen."
Diese "neue Plage der Menschheit" habe Deutschland mit einer "unheimlich drückenden Schwere" getroffen. Unter den 6 Millionen Arbeitslosen, "deren Geschick die gleiche Anzahl von Angehörigen" teile – also insgesamt ein Fünftel des deutschen Volkes – befänden sich 2 Millionen – also zwei Drittel der Arbeitslosen – die jünger als 25 Jahre seien. Das bedeute, daß diese jungen Menschen, "die das Leben vor sich haben", keine Arbeitsstätten finden könnten.
Seine Zuhörer fragte der deutsche Reichskanzler: "Wundert Sie, meine Damen und Herren, daß in den Herzen und Sinnen dieser Jugendlichen ein Radikalismus aufquillt, der nur von Untergang und der Zerschlagung alles Bestehenden Besserung erwartet und auf ihn ihre triebmäßigen Hoffnungen setzt?"
Zudem sei die Höhe der Unterstützung der Arbeitslosen innerhalb von 4 Jahren "pro Unterstützungsempfänger mit Familienzuschlägen" von annähernd 90 Mark auf fast die Hälfte, "etwa 50 Mark zurückgegangen". Dieser Satz stelle, angesichts der Notwendigkeit, "daß damit alle Ausgaben auch der Wohnung usw. bestritten werden müssen, in unserem Klima und bei den Lebensbedingungen in Deutschland einen erschreckenden Tiefstand dar."
Die Schlußfolgerung aus diesen bedrückenden Umständen lautet: "Bei einem gewissen Tiefstand der Lebenshaltung verschwindet mit psychologischer Zwangsläufigkeit die Geneigtheit, irgendwelcher Belehrung, irgendwelcher Argumente der Staatspolitik oder der Vernunft zugänglich zu sein. ...<<
Reichspräsident Hindenburg forderte Reichskanzler Brüning am 29. Mai 1932 in Berlin zum Rücktritt auf.
Hermann Pünder, Staatssekretär der Reichskanzlei, schrieb damals über dieses außerordentliche, erstaunliche Ereignis (x034/593): >>Der Vortrag hat stattgefunden. Das Spiel ist aus.<<
Reichskanzler Heinrich Brüning, der sich unermüdlich für die Wiederwahl Hindenburgs eingesetzt hatte, mußte am 30. Mai 1932 mit dem Kabinett der bürgerlichen Mitte zurücktreten, weil Hindenburg ihn nicht mehr unterstützte. Reichskanzler Brüning fiel letzten Endes den Intrigen der Berater des Reichspräsidenten, wie z.B. Franz von Papen, General von Schleicher, und dem Widerstand der ostdeutschen Großgrundbesitzer zum Opfer.
Reichspräsident Hindenburg führte nach Brünings Rücktritt umgehend Gespräche mit den SPD-Politikern Löbe, Wels und Breitscheid sowie Hitler und Göring von der NSDAP, um eine neue Regierung zu bilden.
Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 30. Mai 1932 über den Rücktritt des Reichskanzlers Brüning (x034/596): >>... Der heutige Tag bedeutet das vorläufige Ende der parlamentarischen Republik.<<
Reichspräsident Hindenburg ernannte am 1. Juni 1932 den rechten Zentrumspolitiker Franz von Papen zum neuen deutschen Reichskanzler. Papen, der höchstens von 10 % der Reichstagsabgeordneten unterstützt wurde, regierte zwangsläufig nur noch mit Notverordnungen.
Am 4. Juni 1932 genehmigte Hindenburg den Vorschlag des Reichskanzlers Papen, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.
Am 17. Juli 1932 ereigneten sich in Altona bei Hamburg gewaltsame Zusammenstöße zwischen SA und SS, Polizei und KPD. Bei den brutalen Gewalttaten kamen 18 Menschen zu Tode und 68 wurden verletzt (x034/603).
Reichskanzler Franz von Papen führte am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzer-

hand durch Reichspräsident von Hindenburg - mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung - beseitigen bzw. absetzen ließ.
Reichskanzler Franz von Papen begründete die widerrechtliche Amtsenthebung der preußischen Landesregierung später mit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit - Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten sowie Prügeleien, die während der preußischen Parlamentsdebatten von den Nationalsozialisten und Kommunisten provoziert wurden. Durch die Ausschaltung der seit jeher besonders verfassungstreuen preußischen Regierung und der äußerst disziplinierten preußischen Beamtenorganisationen wurden die letzten gefährlichen Gegner der NSDAP gewaltsam aus dem Weg geräumt.
Nach dem sogenannten "Preußenschlag" verhängte Reichskanzler von Papen den Ausnahmezustand über Berlin sowie die Provinz Brandenburg und übernahm als "Reichskommissar" die Führung des preußischen Ministerpräsidiums.
Anstatt diesen Staatsstreich gewaltsam niederzuschlagen, rief die preußische Regierung damals nur den deutschen Staatsgerichtshof an. In der Folgezeit wurden in Preußen ungezählte "unbequeme Mitarbeiter" aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der demokratischen Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".
Mit diesem Verfassungsbruch bzw. Hochverrat versuchte Reichskanzler von Papen jedoch vergeblich, Hitler zur Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen.
Joseph Goebbels berichtete am 20. Juli 1932 in seinem Tagebuch (x034/604): >>Alles rollt programmgemäß ab.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den "Preußenschlag" (x063/569-570): >>Der 20. Juli war der Schicksalstag der Deutschen Republik. Alles spätere baut folgerichtig darauf auf. Nur offener Widerstand unter Führung der preußischen Regierung hätte das Unheil abwenden können.
Die Regierung hätte sich auf die Gewerkschaften, die Arbeiterschaft, den überparteilichen Schutzbund zur Verteidigung der Republik, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die preußische Polizei und auf die Unterstützung anderer deutscher Länder verlassen können.
Die Staatsregierungen, mit denen sogleich Verhandlungen aufgenommen wurden, waren um so bereiter zur Zusammenarbeit, als sie erkannten, daß auch ihre Stellung durch Papens Staatsstreich gefährdet war. Der hessische Minister Wilhelm Leuschner lud ... die preußische Regierung nach Darmstadt ein. Die Stadt lag innerhalb der entmilitarisierten Zone, die die Regierung Papen damals zu verletzen nicht gewagt hätte.
Als eine Art von Exilregierung auf deutschem Boden sollte das preußische Kabinett von Darmstadt aus den Aufruf an alle deutschen Regierungen und verfassungstreuen Kräfte richten, sich gegen Papen zusammenzuschließen. Die bayerische Staatsregierung hatte ... bereits zugesichert, sie würde dann sofort ablehnen, die von Papen Ernannten im Reichsrat als rechtmäßige Vertreter Preußens anzuerkennen.
Den preußischen Ministern kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie das Unrecht kampflos hinnahmen. Sie wollten kein Blut vergießen, sagte Innenminister Carl Severing. Aber verhältnismäßig geringe Opfer zu jener Zeit hätten Deutschland und der ganzen Welt später Hekatomben von Blut erspart.
Die preußischen Minister haben in edlem, aber wirklichkeitsfremdem Vertrauen auf die Demokratie gemeint, die Reichstagswahlen vom 31. Juli würden die Regierung Papen wiederum in eine so hoffnungslose Minderheit versetzen, daß es mit ihrer Macht ganz von selber zu Ende sei. Das stellte sich bald als Illusion heraus. ...<<
Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wurde die NSDAP mit 37,3 % und 230 von 608 Reichsmandaten stärkste Partei. Die Kommunisten errangen 89 Mandate, die SPD 133, Zentrum 75, DNVP 37 und BVP 22 Mandate (x089/413).

Reichspräsident Hindenburg lehnte den "böhmischen Gefreiten", wie er Hitler geringschätzig nannte, jedoch weiterhin entschieden ab.
Trotz gewaltiger Arbeitslosigkeit, Not, Volksverhetzung, Ratlosigkeit und lähmender Verzweiflung endete die vorgezogene Reichstagswahl am 6. November 1932 mit Hitlers Niederlage. Die NSDAP verlor über 2,0 Millionen Stimmen bzw. 34 Mandate und erhielt nur noch 196 Mandate bzw. 33,1 % von 584 Sitzen.
Joseph Goebbels berichtete am 6. November 1932 in seinem Tagebuch (x034/620): >>Wir haben eine Schlappe erlitten.<<
Da die Neuwahl im November 1932 keine Mehrheit brachte und Hindenburg weitere diktatorische Vollmachten ablehnte, trat Reichskanzler Franz von Papen am 17. November 1932 mit seinem gesamten Kabinett zurück.
Reichspräsident Hindenburg sprach sich gegen Franz von Papen aus und beauftragte am 2. Dezember 1932 Kurt von Schleicher mit der Bildung einer neuen Regierung.
Reichspräsident Hindenburg ernannte Generalmajor Kurt von Schleicher, ein erfolgreicher, skrupelloser Intrigant mit guten Beziehungen, der nach Reichskanzler Brüning auch den unerwartet reaktionären Reichskanzler Papen zu Fall bringen konnte, am 3. Dezember 1932 zum letzten Reichskanzler der Weimarer Republik.
Im Reichstag fand am 7. Dezember 1932 eine Massenschlägerei zwischen NSDAP- und KPD-Anhängern statt.
Schleicher, der ständig einen gewaltsamen Umsturzversuch durch die NSDAP oder KPD befürchtete, versuchte damals den gemäßigten NSDAP-Politiker Gregor Strasser (1892-1934) zu überreden, eine Spaltung der NSDAP herbeizuführen. Gregor Strasser lehnte Schleichers Angebot jedoch ab. Schleichers Bemühungen, die deutschen Gewerkschaften zu gewinnen, scheiterten später ebenfalls wegen Ablehnung der SPD-Führung.
Im Jahre 1932 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 5.575.000 Personen arbeitslos (x149/60).
Die deutsche Historikerin Birgit Wulff schrieb später über die "Arbeitslosigkeit" vor der NS-Machtergreifung (x051/35-36): >>Arbeitslosigkeit ... Zum Zeitpunkt der Machtergreifung gab es im Deutschen Reich 6.013.612 Arbeitslose. Das entsprach einer Quote von rund 19 %. Damit hatte die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt vom Jahr 1932 bereits überschritten: Jahresgipfel: 6,2 Millionen, Durchschnitt: 5,5 Millionen.
Die wirtschaftliche Depression und die sie begleitende Massenarbeitslosigkeit waren durch die Weltwirtschaftskrise verursacht, die neben den USA vor allem Deutschland besonders hart getroffen hatte. Insbesondere kaufmännische Angestellte, ungelernte Arbeiter, Arbeiter in der Eisen- und Metallerzeugung sowie Baufacharbeiter litten unter der Krise.
In den Statistiken tauchten nur die bei den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern gemeldeten Arbeitslosen und Arbeitssuchenden auf, so daß die Zahlen in Wirklichkeit weit höher lagen. Wegen der geringen Vermittlungschancen meldeten sich im Lauf der Krise immer weniger Arbeitslose. Unter diesen "unsichtbaren" Arbeitslosen waren vor allem Frauen, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer. Rechnet man sie hinzu, dann lag die Arbeitslosigkeit im Frühjahr 33 bei ca. 7,8 Millionen.
Seit Gründung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1927 galt in der Versorgung der Arbeitslosen das Versicherungsprinzip. Ursprünglich war der Bezug von Arbeitslosenunterstützung auf 26 Wochen begrenzt, in Zeiten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit war eine sogenannte Krisenunterstützung vorgesehen. Höchstbezugsdauer für Arbeitslosen- und Krisenunterstützung für Arbeiter unter 40 Jahren 58 Wochen, sonst 71 Wochen.
Im Verlauf der Krise war eine Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt worden, die nach sechs Wochen einsetzte. Nach Ablauf dieser Fristen bezogen die Arbeitslosen die Wohlfahrtsunter-

stützung der Gemeinden, die den Belastungen durch die ständige Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen bald nicht mehr gewachsen waren. Im November 32 wurde die Aussteuerung aus der Krisenunterstützung aufgehoben. Diese Regelung wurde von den Nationalsozialisten beibehalten.
Die Unterstützungssätze bei Arbeitslosigkeit waren im Lauf der Krise mehrfach gekürzt worden. Sie errechneten sich nach dem vorhergehenden Lohn, der Ortsklasse und der Zahl der unterhaltsberechtigten Angehörigen. Für einen großstädtischen ledigen Arbeitslosen betrug die wöchentliche Unterstützung 5,10 RM, der Höchstsatz in dieser Klasse lag bei 11,70 RM. Auch die Wohlfahrtsunterstützung war laufend gekürzt worden. Die Sätze, die knapp über dem Existenzminimum lagen, wurden von den Nationalsozialisten übernommen. ...
Die Verelendung weiter Kreise durch die Weltwirtschaftskrise in den letzten Jahren der Weimarer Republik hatte viel zur Radikalisierung des politischen Spektrums beigetragen und insbesondere der NSDAP den entscheidenden Zulauf gebracht. ...<<
Die hohe Arbeitslosigkeit, der wirtschaftliche Abstieg und das soziale Elend förderten eine gefährliche Radikalisierung der Arbeiterschaft und sogenannten "bürgerlichen Mittelschicht". Die bisher völlig unbedeutenden antidemokratischen und radikalen Parteien des Deutschen Reiches erhielten durch die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise erstmalig eine Chance, Wahlerfolge zu erzielen.
Die deutschen Historiker Hans-Adolf Jacobsen und Werner Jochmann schrieben später über die Gewalttaten des NS-Regimes vor der Machtergreifung (x245/357): >>... Aus der Rückschau auf die innerdeutschen Ereignisse vor dem Jahre 1933 wird heute immer wieder gefragt, warum sich das deutsche Volk nicht entsetzt von den radikalen Methoden des Nationalsozialismus abgewandt und warum namentlich das Bürgertum nicht einhellig die Gewalttaten der Anhänger Hitlers verurteilt habe.
Zunächst läßt sich zeigen, daß bereits in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreiches und dann beschleunigt im Ersten Weltkrieg selbst humanitäre Haltungen abgebaut und zerstört worden waren. In der Revolution und in den Jahren danach hatten dann in Deutschland Kämpfe, Aufstände und Gewalttaten in großer Zahl stattgefunden. Eine weitere Abstumpfung in den humanen Gesinnungen war die Folge.
Wie zahlreiche Zeugnisse aus dieser Zeit zeigen, gab es nicht wenige sogenannte friedliche Bürger, die ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Träger der Revolution von 1918 forderten. Auf diese Stimmen konnte sich Hitler berufen, als er den Terror zum politischen Kampfmittel machte. Insbesondere verwies er auf die Kampfesweise der Radikalen und besonders der Kommunisten, bezeichnete sie als Herausforderung und fand, was die eigene Praxis anging, daraufhin bereitwilliges Entgegenkommen.
Hatte es nicht, so fragten viele Deutsche in vielen Städten und Provinzen, Terror gegeben, bevor die NSDAP dort Fuß gefaßt hatte? Waren die staatlichen Sicherheitsorgane nicht oft außerstande gewesen, Versammlungen bürgerlicher Partei zu schützen? Soweit diese Fragen mit einem eindeutigen Ja beantwortet wurden, umschloß die Antwort nahezu immer ein Lob für Hitler, der diesen "Elementen" rücksichtslos das Handwerk lege.
Eine Versammlung prominenter Hamburger Bürger, denen der Schrecken des kommunistischen Aufstandes vom Oktober 1923 noch lebhaft vor Augen stand, spendete Hitler zweieinhalb Jahre später bemerkenswerten Beifall, als er versprach, die Kommunisten ohne alle Rücksicht niederzwingen und "ausrotten" zu wollen. Immer wieder läßt sich feststellen, wie die Nationalsozialisten gerade in jenen Großstädten oder Stadtteilen besonderen Zulauf erhielten, in denen sie mit Fäusten und Schlagwerkzeugen die Durchführung ihrer Versammlungen erzwangen.
So erlag ein beträchtlicher Teil des deutschen Volkes in dem Glauben, Gewalt sei nur mit Gewalt zu brechen, eine Revolution lediglich durch eine revolutionäre Partei aufzuhalten oder

zu verhindern, einem folgenschweren Irrtum.
Selten nur wurde die Befürchtung laut, das Gesetz, nach dem die NSDAP zu ihrem Kampf angetreten war, könne auch dann noch fortwirken, wenn sie einmal an die Macht gelangt sei. ...<<
Der US-Journalist Hubert Renfro Knickerbocker berichtete im Jahre 1932 aus Berlin über die Erwartungen der Anhänger des NS-Regimes (x149/75): >>Außenpolitik: Hitler wird den Versailler Vertrag zerreißen. Hitler wird den Franzosen sagen, sie sollen sich die Reparationen in der Hölle holen gehen.
Hitler wird die allgemeine Militärdienstpflicht wieder einführen und das alte deutsche Heer mit mindestens 600.000 Mann wieder aufstellen. ...
Hitler wird den polnischen Korridor zwischen Ostpreußen und Pommern, den deutschen Teil Oberschlesiens und unsere Kolonien wieder holen ...
Innenpolitik: Hitler wird die Republik abschaffen.
Hitler wird allen Erwerbslosen Arbeit geben.
Hitler wird die Kommunistische Partei auflösen.
Hitler wird die Juden aus Deutschland vertreiben. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den Untergang der Weimarer Republik (x063/560-561): >>Während die Staatsmänner der Republik verwalteten, aber nicht herrschten, gingen die Rechten wie die Linken zielbewußt auf die ganze Herrschaft aus, um den Staat zu einem Werkzeug ihres eigenen Machtstrebens zu machen.
Wenn eine Staatsgesellschaft zu zerfallen droht, dann treibt die Furcht vor der Anarchie das Gemeinwesen dahin, wo die Ordnung, und sei es auch nur im formalen Sinne gewährleistet erscheint - selbst dann, wenn der Preis der Verlust der Freiheit ist. Versagt die politische Leitung, so gewinnen in solchen Zeiten die Führer des Heeres Einfluß.
Ihr Hervortreten zeigt an, daß der Staat abgedankt hat. Während der zivile Eingriff die Gesundung des Staates bewirken kann, führt die Herrschaft der Gewalt, sei es Militär, Polizei oder eine bewaffnete Partei, unweigerlich zu seiner Zerstörung. Die Flucht in eine solche Freiheit bedeutet, daß mit dem Recht und der Freiheit auch die Ordnung verloren geht. ...<<
Schlußbemerkungen: Infolge der dramatischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage war Hitlers Zeit endlich gekommen. Der skrupellose Volksverführer nutzte die "Gunst der Stunde" gewissenlos aus. Die NSDAP war damals äußerst gut vorbereitet und setzte in erster Linie einfache "volkstümliche" Propaganda-Methoden ein, um die hoffnungslosen Volksmassen zu gewinnen.
Aufgrund der verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise fielen Hitlers Versprechungen (Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die sogenannten "Novemberverbrecher" und die Kommunisten sowie die Beseitigung des "Versailler Schanddiktats") natürlich auf "fruchtbaren Boden". Einen wesentlichen Bestandteil der NS-Propaganda bildete außerdem der radikale Antisemitismus. Für Hitler gab es keine Zweifel, daß vor allem das Judentum maßgeblich für die Weltwirtschaftskrise verantwortlich war.
Hitlers "einfache" Propaganda-Methoden verfehlten ihre Wirkung nicht. Hitler versprach den Arbeitslosen Arbeit und Brot, den Bauern Erlaß der großen Schuldenlast, den Beamten höhere Gehälter, den Handwerks- und Industriebetrieben große Staatsaufträge und den Soldaten Ansehen und Ehre. Die jüngeren Leute, Langzeitarbeitslose, aber auch konservative und bürgerlichte Kreise (stellungslose Angestellte und Akademiker) wurden zur leichten Beute des NS-Radikalismus. Immer mehr verzweifelte Arbeitslose setzten ihre Hoffnung auf den vermeintlich "starken Führer" und schlossen sich der NSDAP an. Die meisten Deutschen wußten zwar, daß die Nationalsozialisten radikal waren, aber man hielt sie fälschlicherweise vor allem für patriotische und religiöse Nationalisten.

Die nationalsozialistische "Machtergreifung"

Die politisch-satirische Zeitschrift "Simplicissimus" meldete am 1. Januar 1933 voreilig (x034/629): >>... Eins nur läßt sich sicher sagen, und das freut uns rundherum: Hitler geht es an den Kragen. Dieses "Führers" Zeit ist um!<<

Die SPD-Zeitung "Vorwärts" berichtete am 20. Januar 1933 über die zahllosen politischen Intrigen (x034/632): >>... Hitler bei Papen, Strasser bei Schleicher, Hugenberg bei Hitler, Papen bei Hugenberg, Hugenberg bei Hindenburg, Alvensleben schiebt vorne, Thyssen schiebt hinten ... Wer findet sich noch zurecht in der Geheimpolitik, die ohne das deutsche Volk getrieben wird? ...<<

Joseph Goebbels berichtete am 21. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/632): >>Die Vorarbeiten für den Sturz Schleichers sind in vollem Gange.<<

Hitler führte am 22. Januar 1933 mit Franz von Papen und Oskar von Hindenburg wieder politische Sondierungsgespräche über die Regierungsbildung.

Reichskanzler Schleicher, der eine vorübergehende Militärdiktatur anstrebte, konnte die beantragte Auflösung des Reichstages nicht durchzusetzen, weil Reichspräsident Hindenburg am 23. Januar 1933 die erforderliche Zustimmung verweigerte.

Generaloberst Kurt von Hammerstein-Equord, seit 1930 Chef der deutschen Heeresleitung, forderte seinen Freund Reichskanzler Schleicher am 24. Januar 1933 zur gewaltsamen Machtübernahme auf, um Hitler mit Hilfe der Reichswehr zu stoppen. Schleicher lehnte jedoch einen Militärputsch ab, da er seinen geleisteten Eid nicht brechen wollte. Er weigerte sich außerdem weiterhin starrsinnig, die verbrecherische "preußische Notverordnung" aufzuheben, so daß Hitlers Machtergreifung nicht mehr zu stoppen war.

Der deutsche Unternehmer und Vorsitzende der DNVP Alfred Hugenberg verharmloste am 26. Januar 1933 während einer Besprechung mit Franz von Papen die Gefährlichkeit Hitlers (x034/633): >>... Wir rahmen ... Hitler ein. ...<<

Der Reichswehroffizier Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord, General und Chef der Heeresleitung, warnte Hindenburg am 27. Januar 1933 nochmals vor Hitler.

Der Reichspräsident beruhigte damals den Chef der Heeresleitung mit folgenden Worten (x034/633): >>... Sie werden mir doch nicht zutrauen, daß ich diesen österreichischen Gefreiten zum Reichskanzler berufe. ...<<

Als die letzten Verhandlungen mit den demokratischen Parteien und den Gewerkschaften scheiterten, trat Reichskanzler Schleicher am 28. Januar 1933 verbittert zurück.

Joseph Goebbels berichtete am 28. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/634): >>Schleicher ist endgültig erledigt. Jetzt bleibt nichts mehr übrig, als daß der Führer betraut wird. Wir sind alle noch sehr skeptisch und freuen uns nicht zu früh.<<

Von Papen, Oskar von Hindenburg und Staatssekretär Otto Meißner "bearbeiteten" am 29. Januar 1933 unentwegt den uralten Reichspräsidenten.

Papen, der ursprünglich nur durch Schleichers Fürsprache zum Reichskanzler ernannt wurde, war ein äußerst geltungsbedürftiger Mann. Er vertrat damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarteten. Obwohl von Papen Hitlers radikale Absichten längst kannte, machte er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen. Nach stundenlangen Gesprächen wurde der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Franz von Papen erklärte damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<

Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über Franz von Papen (x1.001/7): >>… Tatsächlich übertrug der Nachfolger Pius' XII., Jo-

hannes XXIII. (1881-1963), am 24. Juli des Jahres 1959 seinem persönlichen Freund Franz von Papen (1879-1969) den Ehrentitel eines päpstlichen Geheimkämmerers *(Finanzbeamten)*. Dieser Mann war während des ersten Weltkrieges Spion in den Vereinigten Staaten und einer der Verantwortlichen für Hitlers Diktatur und den "Anschluß". Man muß unter einer seltsamen Art von Blindheit leiden um solche klaren Fakten nicht zu sehen. …<<

Der "Völkische Beobachter" schrieb am 30. Januar 1933 vor dem angekündigten Treffen zwischen Reichspräsident Hindenburg und Hitler (x034/634): >>... Unsere Forderung nach Schleichers Sturz: Kanzlerschaft Hitlers.<<

Trotz aller Warnungen ernannte der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler.

Während der Vereidigung zum Reichskanzler gab sich der "Gefreite" noch als ergebener, unterwürfiger Diener aus. Hitler verneigte sich ehrfürchtig vor dem greisenhaften Staatsoberhaupt, gelobte feierlich die Verfassung zu achten und keine Diktatur anzustreben.

Für Hindenburg war Hitler, im Gegensatz zur drohenden Diktatur Papens bzw. Schleichers oder der "kommunistischen Gefahr", das "kleinere Übel". Der erfolgreichste deutsche Heerführer des Ersten Weltkrieges und "Volksheld" war anscheinend fest davon überzeugt, daß man den "böhmischen Gefreiten" leicht zähmen könnte.

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete er gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein.

Hindenburg erklärte damals vor der Presse (x034/634): >>... Und nun, meine Herren, vorwärts mit Gott! Nun Sie sich einig geworden sind, geht es mir gut! ...<<

Goebbels jubelte nach Hitlers Ernennung (x034/634): >>Es ist fast wie ein Traum. die Wilhelmstraße gehört uns. ... Der Führer ist zum Kanzler berufen. ... Deutschland steht vor einer historischen Wende. ...<<

Als Hitler am 30. Januar 1933 erstmalig in der Berliner Reichskanzlei eintraf, erklärte er (x034/634): >>Keine Macht der Welt wird mich jemals lebend hier wieder herausbringen ...<<

Der "Vorwärts" schrieb am 30. Januar 1933 (x034/634): >>Hitler-Papen-Kabinett: "Feine Leute" und drei Nazis - Kabinett des Großkapitals: Der Reichspräsident hat mit der Ernennung dieser Regierung die furchtbarste Verantwortung übernommen, die jemals ein Staatsoberhaupt übernommen hat.<<

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 30. Januar 1933 (x032/9): >>... Berlin ist heute nacht in einer reinen Faschingsstimmung.<<

Der DDP-Politiker Theodor Heuss erklärte am 30. Januar 1933 (x032/9): >>... Das wird für euch Juden eine schlimme Zeit werden.<<

Der deutsche Schauspieler, Kabarettist und Autor Werner Finck schrieb später über die NS-Massenaufmärsche in Berlin (x115/239): >>Dann aber kam auf den Straßen diese Unruhe. Es wurde doch sehr massiv in Berlin. Große Gruppen von Menschen lärmten auf den Straßen. Sie haben die Arme ausgestreckt und "Heil" gerufen. Immer so in Dreier-Reihen "Heil-Heil-Heil", daß es knallte. Welch eine Ironie des Schicksals: Gerade in dem Land, wo am meisten "Heil" gerufen wurde, ist am wenigsten Heil geblieben.

Ich kann sagen, ich habe gezittert, mir war es furchtbar unangenehm. Ich habe richtige Angst gehabt. Ich dachte, um Gottes willen, wie wird das enden. Wenn ich natürlich damals schon gewußt hätte, was man heute weiß, - daß das alles nur Mitläufer waren, dann hätte man doch nicht gezittert. Aber das ahnte man noch nicht. Das hat doch kein Mensch damals gesagt. ...<<

Der deutsche Maler und Graphiker Max Liebermann meinte beim Betrachten des Fackelzuges am 30. Januar 1933 (x844/...): >>Ich kann nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte. ...<<

Der französische Botschafter in Berlin berichtete damals in seinem Tagebuch über die chaotischen Verhältnisse im Deutschen Reich (x069/58): >>Das Reich scheint in das Chaos der Jah-

re 1918/19 und 1923 zurückzufallen und nochmals, ja noch ernsthafter von Anarchie bedroht zu werden. Man muß sich dieses Bild Deutschlands vor Augen halten, als die Straßen auf dem Land und in den Städten von rivalisierenden Umzügen des Stahlhelms, der Rotfront, der SA und SS durchschritten werden. Die Schlagzeilen der Zeitungen berichten täglich von neuen Unruhen, neuen Opfern.

Man muß sich jenes Deutschland vor Augen halten, in dem Unsicherheit und Unordnung herrschen und die Sorge um die nächste Zukunft und die Furcht vor einer bolschewistischen Revolution die Gemüter bedrücken, um zu begreifen, daß die nationalistischen Leidenschaften aufgepeitscht werden konnten mit der Behauptung, das Ausland sei an diesem ganzen Unglück schuld, um zu verstehen, mit welchen Gefühlen 1933 die Machtübernahme durch jenen Mann mit der eisernen Faust aufgenommen wurde, einen Mann, der so tapfer den Roten die Stirne bietet und sich anheischig macht, im Innern Ordnung und Freiheit, nach Außen Macht und Größe des Reiches wieder herzustellen.<<

Erich Ludendorff, ein berühmter deutscher General des Ersten Weltkrieges und aktiver "Hitlerputsch-Teilnehmer, schrieb am 31. Januar 1933 an den Ex-General und amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg (x034/635): >>... Ich prophezeie ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.<<

Für die meisten ausländischen Staaten ist Hitlers Regierungsübernahme vorerst nur "ein Sieg der nationalen Opposition".

In jener Zeit gab es natürlich auch Millionen von jungen Idealisten und Schwärmern, die irrtümlich an Hitlers NS-Regime glaubten. Nach den bitteren Kriegs- und Nachkriegsjahren träumten diese naiven Phantasten von der Verwirklichung einer wahren, gerechten Volksgemeinschaft. Die meisten Deutschen wollten lediglich alle Ungerechtigkeiten und früheren Feindschaften vergessen und gemeinsam die Folgen der Versailler Verträge beseitigen, aber der allgegenwärtige Terror des NS-Regimes zerstörte schon bald alle Hoffnungen und naiven Wunschträume.

Eine Anhängerin des NS-Regimes berichtete Anfang des Jahres 1933 über ihre Erwartungen (x149/75): >>Keine Parole hat mich je so fasziniert wie die Parole von der Volksgemeinschaft. ... Ich glaubte den Versprechungen der Nationalsozialisten, daß sie die Arbeitslosigkeit und damit die Not von 6 Millionen Menschen beseitigen würden. Ich glaubte ihnen, daß sie das deutsche Volk aus der Zersplitterung von über 40 politischen Parteien zu einer Einheit zusammenführen und daß sie die Folgen des Versailler Diktats überwinden würden. ...<<

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg berichtete später über das Ende der Weimarer Republik (x058/333): >>... Die sozialistischen Funktionäre sahen tatsächlich von 1929 bis 1933 vor lauter Bäumen den Wald nicht. Sie verstanden wohl alle Schwierigkeiten und Nöte des Augenblicks, aber sie übersahen die mächtige revolutionäre Welle, die damals durchs Land ging. Hinter all dem lauten Schimpfen auf das "System" steckte ein echter Volkshaß auf den kapitalistischen Staat. Nur weil die Sozialisten nicht fähig waren, sich an die Spitze der verzweifelnden Massen zu stellen, konnte die Gegenrevolution diese Bewegung ausnützen. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den Untergang der Weimarer Republik (x063/573-574): >>Die Republik, die ... zu Grabe getragen wurde, nimmt in der Geschichte einen ehrenvollen Platz ein. Mag man ihr nachsagen (wenn das ein Vorwurf ist), sie sei zu demokratisch gewesen und habe zu kritiklos vertraut, daß das Trachten des Menschen von Anbeginn gut sei. Aber sie hat das Reich gerettet, nicht nur 1918; das vorbildliche Werk ihrer sozialen Gesetzgebung legte im Volke die Grundlagen, die noch beim zweiten Sturz 1945 der erneuten Versuchung des Kommunismus widerstanden.

Die Tragik des Geschehens ist um so sinnfälliger, als der Höhepunkt der Staatskrise fast über-

schritten war, als der Reichspräsident die Republik ihren Feinden auslieferte. Die Wirtschaft hatte das ärgste überstanden, die Arbeitslosigkeit nahm nicht mehr zu, und Verzweiflung und Abenteurertum begannen, einer ruhigeren Stimmung zu weichen. Die Reparationen waren praktisch beseitigt, das Rheinland geräumt, die Rückkehr der Saar gesichert, der Widerstand gegen einen engeren Zusammenschluß mit Österreich hatte seit der Wirtschaftskrise nachgelassen, über Eupen und Malmédy konnte man verhandeln, und selbst eine friedliche Revision der unvernünftigen Ostgrenzen schien nicht für immer aussichtslos; man hätte Polen statt des Korridors durch eine exterritoriale Straßen- und Bahnverbindung den freien Zugang zum Meer vermitteln können.
Die Ernte der Republik, der Stresemannschen Politik der Völkerversöhnung fiel Hitler in den Schoß, aber er wußte sie nicht zu nutzen. Was friedliche Verhandlungen zu bleibendem Erfolg geführt hätten, verdarb seine Methode der Gewalt. Nichts, was Hitler durch Macht erreichte, hat den Zusammenbruch seiner Macht überdauert.
Daß Versailles liquidiert würde, war nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Anliegen. Daß es der Deutschen Republik versagt blieb, dieses Ziel zu erreichen, deutete eine Entwicklung an, die nunmehr von Versailles über den Untergang der deutschen Demokratie, zum Zweiten Weltkrieg führte. ...<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Hitlers Machtübernahme (x057/230-231): >>Die Umwandlung des Deutschen Reiches von einer demokratischen Republik zu einer Diktatur war das Werk des Führers ... Adolf Hitler. Er stammte aus Österreich, begann nach dem ersten Weltkrieg seine politische Laufbahn, die ihn im Verlauf von 14 Jahren durch Willenskraft, Fanatismus und eine nie gekannte Propaganda an die Spitze der Reichsregierung brachte.
In seinem Parteiprogramm und seinem Buch "Mein Kampf" hatte er die Grundfragen einer neuen politischen Idee, einer "nationalsozialistischen Weltanschauung", zu prägen versucht und sie als mitreißender Volksredner zuerst in seine Partei hineingetragen. Diese war in straffer Disziplin organisiert mit den Kampfformationen SA und SS. Eine arische Rassenlehre mit dem Symbol des Hakenkreuzes sollte eine Vereinigung von Nationalsozialismus und Sozialismus verkörpern mit einer mystischen Heldenverehrung seiner Person und einer bedingungslosen Gefolgschaftstreue.
Enttäuscht von der inneren und äußeren Lage Deutschlands strömten ihm im Laufe der dreißiger Jahre eine Unzahl von verbitterten oder hoffnungsvollen Menschen zu, um der neuen Bewegung zur Herrschaft im Staate zu verhelfen. Die Parolen wie "Brechung der Zinsknechtschaft", "Gemeinnutz vor Eigennutz", "Positives Christentum", "Führerprinzip", "Nationaler Sozialismus", "ein Volk, ein Reich" usw. wurden von der Masse oft mißverstanden oder so ausgelegt, wie man es selber wünschte.
Nach dem Willen des "Führers" sollte ein "Germanischer Staat deutscher Nation" geschaffen werden. Vieles war dem Ausland und anderen autoritären Organisationen nachgeahmt und fand nur schwer Eingang in die deutschen Volkskreise. Nur wenige ahnten die tragische Entwicklung des deutschen Volkes und Reiches, aber niemand, weder vom Ausland noch vom Inland, hatte etwas Entscheidendes gegen die Machtübernahme unternommen. So gelang es Hitler, als Reichskanzler einer Koalitionsregierung in der Weimarer Republik beginnend, allmählich eine Diktatur aufzurichten, wobei er mit wechselnden Mitteln, der Entfaltung mitreißender Begeisterung oder einer rücksichtslosen Gewalt vorging.<<
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher schrieb später über Hitlers Machtübernahme (x058/347): >>... Hitler hat konsequent die pseudolegale Taktik verfolgt, nachdem sein Putschversuch von 1923, wie schon der reaktionäre Kapp-Putsch von 1920 an der Abneigung gescheitert war, die gerade auch das obrigkeitsgläubige Bürger- und Beamtentum gegen offenen Staatsstreich und Revolution hegte.

Statt eines Putsches gegen die Republik nutzte Hitler die Möglichkeiten, die der Notstandsartikel der Weimarer Verfassung zur Beseitigung eben dieser Verfassung bot.
Der Weg über eine Präsidialdiktatur ist stets von konservativen Gegnern der parlamentarischen Demokratie propagiert und seit 1930 von dem autoritär-monarchistisch gesinnten Reichspräsidenten Feldmarschall Hindenburg gedeckt und gefördert worden. Er befreite schließlich die NSDAP aus dem Dilemma einer Minderheitspartei, die in freien Wahlen nie viel mehr als ein Drittel der Bevölkerung gewinnen konnte. Die Verkoppelung der Ausnahmegewalt mit dem Recht zur Auflösung des Reichstages und zur Ernennung des Reichskanzlers ermöglichte eine legale Diktatur des Reichspräsidenten; mit ihrer Hilfe und nicht als Führer einer Mehrheitsregierung ist Hitler an die Macht gelangt.<<
US-Präsident Hoover kritisierte damals das ungewöhnlich nachgiebige Verhalten der französischen Regierung nach Hitlers Machtübernahme (x069/165): >>Kaum war Hitler an die Macht gekommen, so nahm die französische Regierung eine völlig veränderte Haltung ein und machte eine Reihe von Vorschlägen, die, solange Brüning an der Macht war, mehr als ausreichend gewesen wären. Immer größere Zugeständnisse wurden von Frankreich angeboten und von Hitler zurückgewiesen.
Sogar in Frankreich hatte man in weiten Kreisen das Gefühl, daß Hitler nie die Regierung in seine Hand gebracht hätte, wenn man dem Reichskanzler Brüning in vernünftiger Weise entgegengekommen wäre und ihm geholfen hätte, das Gefühl des Unrechts und der Demütigung zu zerstreuen.<<
Schlußbemerkungen: Nach ungemein schweren Jahren, in denen von 1919-33 insgesamt 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627). Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde nicht belohnt, denn gerade als man die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes endlich überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.
Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance. Der Untergang der Weimarer Republik wurde durch den aggressiven Rechts- und Linksradikalismus beschleunigt, denn die radikalen Parteien NSDAP und KPD nutzten in den Jahren 1919 bis 1933 alle politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewissenlos aus, um die erste deutsche Republik zu vernichten.
Die Weimarer Republik scheiterte aber auch, weil es nach Stresemanns Tod keine überragenden deutschen Staatsmänner mehr gab, die in der Lage waren, die dringend erforderlichen Entscheidungen jener Zeit durchzusetzen.
Im Verlauf der "Großen Depression" wurden die Positionen der deutschen Regierungen nahezu aussichtslos, denn im Gegensatz zu den französischen Regierungen - von 1919-30 scheiterten z.B. auch 18 französische Regierungen - fehlten den deutschen Regierungen nach dem Ersten Weltkrieg schließlich die entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Grundlagen, um die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise zu überwinden. Angesichts der riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der fehlenden politischen Führungspersönlichkeiten mußten die gemäßigten Parteien der Weimarer Republik zwangsläufig scheitern.
Hitlers verhängnisvolle "Machtübernahme" begann im Grunde bereits 1919, denn nach dem Friedensvertrag von Versailles waren die Positionen der demokratischen Regierungen nahezu aussichtslos.
Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands begann nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg im Jahre 1918 und wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg im Jahre 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fort-

gesetzt. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden bzw. zu den Staaten ohne Selbstbestimmung.
Der Untergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Das NS-Regime

Aber wenn wir dann auch nicht siegen können, so werden wir selbst untergehend noch die halbe Welt mit uns in den Untergang reißen, und niemand wird seines Sieges über Deutschland froh sein. Ein 1918 gibt es nicht wieder. Wir kapitulieren nicht. Wir werden nicht kapitulieren, niemals! Wir können untergehen. Aber wir werden eine Welt mitnehmen, eine Welt in Flammen.
Adolf Hitler (1889-1945, NS-Führer, kündigte sein "Vernichtungsprogramm" bereits 1934 an)

Der NS-Staatsstreich

Hitler erklärte am 8. Februar 1933 vor leitenden Vertretern der deutschen Presse (x032/15): >>... In 10 Jahren wird es in Deutschland keinen Marxismus mehr geben.<<

Als der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe am 27. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude in Brand setzte, nutzte Hitler den Reichstagsbrand sofort als Vorwand, um die gefährlichsten "Staatsfeinde" auszuschalten. In der Nacht des Brandes und am nächsten Tag wurden ca. 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet und die KPD wegen angeblicher "kommunistischer Rebellion" indirekt verboten.

An der Brandstiftung war vermutlich auch der damalige preußische "Innenminister" Hermann Göring beteiligt.

Im Jahre 1946 erklärte Generaloberst Halder z.B. unter Eid (x059/73): >>Anläßlich eines Mittagessens beim Führer im Jahre 1942 kam das Gespräch auch auf das Reichstagsgebäude ... Ich habe mit eigenen Ohren gehört, wie Göring in das Gespräch hineinrief: "Der einzige, der den Reichstag wirklich kennt, bin ich. Ich habe ihn ja angezündet."<<

Joseph Goebbels berichtete am 27. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>Nun ist der entscheidende Augenblick gekommen. Göring ganz groß in Fahrt. Der Führer verliert nicht einen Augenblick seine Ruhe. ...

Sofort verbietet Göring die gesamte kommunistische und sozialdemokratische Presse. Die kommunistischen Funktionäre werden in der Nacht dingfest gemacht. Die SA wird alarmiert. ... Mitten in der Nacht noch erscheint Oberregierungsrat Diels vom preußischen Innenministerium und gibt mir eingehend Bericht über die bisherigen Maßnahmen. Die Verhaftungen sind reibungslos verlaufen. ...

Wenn Widerstand geleistet wird, dann Straße frei für die SA. ...<<

Am 28. Februar 1933 genehmigte Reichspräsident von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 eine ihm vorgelegte Notverordnung - sogenannte "Reichstagsbrandverordnung" bzw. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Diese scheinbar "legale Notverordnung" setzte wesentliche demokratische Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft, wie z.B. freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Brief- und Fernsprechgeheimnis, persönliche Freiheiten.

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Reichstagsbrandverordnung" (x051/486): >>Reichstagsbrandverordnung, am 28.2.33 unter der Bezeichnung "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" erlassene Notverordnung.

Vorausgegangen war ihr der Reichstagsbrand am 27.2., der von den Nationalsozialisten den Kommunisten zur Last gelegt wurde. "Zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" - so die Präambel - setzte die Reichstagsbrandverordnung die in Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Weimarer Verfassung verbrieften Grundrechte der persönlichen Freiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung und des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses, der Meinungsfreiheit, der Versammlungs- und der Vereinigungsfreiheit und der Garantie des Privateigentums außer Kraft, gab der Reichsregierung das Recht, "zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" in den Ländern die Befu-

gnisse der Landesregierung "vorübergehend wahrzunehmen", und verschärfte die Strafandrohungen für bestimmte Delikte, führte u.a. für Hochverrat und Brandstiftung die Todesstrafe ein.
Die Reichstagsbrandverordnung gab der von Hitler geführten Regierung eine scheinbar legale Grundlage zur Gleichschaltung der Länder und zur Verfolgung von tatsächlichen oder angeblichen Gegnern des Nationalsozialismus; allein 1933 kam es aufgrund der Reichstagsbrandverordnung zu 3.584 Strafverfahren mit 3.133 Verurteilungen. Vor allem aber beseitigte die Reichstagsbrandverordnung wesentliche Elemente des Rechtsstaates und bildete so zusammen mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24.3.33 die gesetzliche Grundlage der nationalsozialistischen Diktatur.<<
Mit Hilfe der "Reichstagsbrandverordnung" konnte das NS-Regime die demokratische Verfassung der Weimarer Republik zwar vermeintlich "legal" liquidieren, aber diese "Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat" war nicht durch Artikel 48 gedeckt und deshalb ungesetzlich, weil sie nicht vorübergehend erlassen wurde. Die "Reichstagsbrandverordnung" wurde zunächst auf 4 Jahre begrenzt und danach dreimal durch das NS-Regime verlängert, so daß sie schließlich bis zum Zusammenbruch des NS-Staates in Kraft blieb.
Mit Hilfe dieser "legalen Notverordnung" verhängte Hitler am 28. Februar 1933 den Ausnahmezustand im Deutschen Reich, schaltete bereits indirekt das Parlament aus und übernahm im Rahmen der "Nationalen Revolution" wesentliche Machtpositionen des Landes. Zahlreiche wichtige Ämter der Behörden, Polizei, Presse, des Rundfunks und sonstige wichtige Posten wurden unverzüglich durch die NSDAP besetzt.
Goebbels berichtete am 28. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>... Es erfolgen Verhaftungen über Verhaftungen. Nun wird die rote Pest mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Widerstand zeigt sich nirgendwo. Das gegnerische Lager scheint durch unser plötzliches und scharfes Durchgreifen so verblüfft zu sein, daß es sich gar nicht mehr zu wehren wagt.<<
Der "Daily Express" berichtete am 3. März 1933 (x023/71): >>Wenn die kommunistische Gefahr beseitigt ist, wird die normale Ordnung der Dinge zurückkehren.<<
Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit - fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter - "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" - DNVP = 8,0 % - die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte.
Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschten - Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA- Straßenterror etc., zählte die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.
Joseph Goebbels berichtete am 5. März 1933 (x032/25): >>Wir sind die Herren im Reich und in Preußen; alle anderen sind geschlagen zu Boden gesunken. Eine lange Arbeit wird mit letztem Erfolg gekrönt. Deutschland ist erwacht.<<
Seit dem 13. März 1933 kontrollierte, "säuberte" und dirigierte Josef Goebbels, NS-Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, sämtliche Informationsmedien (Presse, Buchwesen, Rundfunk, Film) und andere kulturelle Einrichtungen.
Goebbels schrieb später über die Aufgaben seines Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (x149/77): >>Es genügt nicht, die Menschen mit unserem Regiment mehr oder weniger auszusöhnen, sie zu bewegen, uns neutral gegenüber zu stehen, sondern wir wollen die Menschen so lange bearbeiten, bis sie uns verfallen sind. ...
Im Laufe der Zeit haben sich auf allen Gebieten, namentlich der Technik, revolutionäre Umwälzungen vollzogen. wir leben heute im Zeitalter des Rundfunks, der großen Massendemonstrationen; Massenaufmärsche von hundert-, zweihundert- oder dreihunderttausend Menschen sind für uns nichts Unerreichbares mehr. ...

Wir leben nun einmal in dem Zeitalter, wo Massen hinter einer Politik stehen müssen. ...<<
Am 17. März 1933 ließ Hitler zu seinem persönlichen Schutz die Leibstandarte SS Adolf Hitler in Berlin aufstellen. Es handelte sich bei dieser bewaffneten Leibwache Hitlers um eine militärische Elitetruppe.
Am 20. März 1933 ließ Himmler in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager in Süddeutschland errichten.
Am 21. März 1933 eröffnete das NS-Regime mit einem Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche den ersten Reichstag des "Dritten Reiches".
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das Dritte Reich (x051/134-135): >>Drittes Reich, anfängliche Eigenbezeichnung des nationalsozialistischen Staates, die als Epochenbegriff für die deutsche Geschichte 1933-45 in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen ist.
Die Nationalsozialisten entlehnten das Schlagwort in den 20er Jahren einem Buchtitel von Moeller van den Bruck und meinten damit zunächst nur die Fortzählung Erstes Reich = Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation von 962-1806, Zweites Reich = Hohenzollernreich von 1871-1918, Drittes Reich = kommende Herrschaft Hitlers - Weimar galt als Zwischenreich. Gleichzeitig aber knüpften sie an christliche Heilserwartungen des Mittelalters an, das nach dem ersten Reich des Vaters und dem zweiten des Sohnes ein drittes Reich des Heiligen Geistes als Vollendung der Welt- und Menschheitsgeschichte ersehnte. Es sollte die Epoche der Versöhnung von Ideen und Wirklichkeit werden.
Dieser prophetische Entwurf ist vielfach abgewandelt worden, etwa im Werk des norwegischen Dichters Ibsen in der Verschmelzung von Antike und Christentum. Ewigkeitshoffnung verband sich damit und der Ruf nach dem Messias, als der Hitler von der nationalsozialistischen Propaganda stilisiert wurde.
Doch so nützlich das Schlagwort Drittes Reich in der Phase des Machterwerbs war, so rasch nutzte es sich ab an der Wirklichkeit des real existierenden Nationalsozialismus und reizte zum Spott.
Am 10.7.39 verbot das Propagandaministerium der deutschen Presse die Benutzung des Begriffs und am 21.3.42 hieß es, wie die Briten mit dem Wort "Empire" müsse man künftig "mit dem Begriff 'Das Reich' das neue Deutschland in all seinen Besitzungen vor der Weltöffentlichkeit als geschlossene staatliche Einheit" aufzeigen. Mit dem imperialen Selbstverständnis des Nationalsozialismus als Vollender der deutschen Geschichte vertrug sich ein numeriertes Reich nicht mehr.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das Tausendjährige Reich (x051/574): >>Tausendjähriges Reich, in der christlichen mittelalterlichen Geschichtsphilosophie Herrschaft Christi nach der ersten "Auferstehung der Gerechten", erwartet als Drittes Reich des Heiligen Geistes.
Die nationalsozialistische Propaganda münzte den Begriff um zum Schlagwort für die angebliche Vollendung der deutschen Geschichte durch den Nationalsozialismus. Hitler lehnte den Ausdruck ab, verkündete aber selbst auf dem Reichsparteitag 1934, es werde "in den nächsten tausend Jahren keine Revolution mehr in Deutschland" geben, und sagte z.B. bei Beginn des Westfeldzuges am 10.5.40, dieser werde das deutsche Schicksal "für die nächsten tausend Jahre" bestimmen.
Trotz der Gewöhnung an inflationären Gebrauch großer Worte wurde der Begriff Tausendjähriges Reich in der Öffentlichkeit vielfach eher als lächerlich empfunden und bespöttelt.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. März 2008 über das Dritte Reich (x887/...): >>**Wann war das Dritte Reich?**
... Von wann bis wann existierte das Dritte Reich. Von 1933 bis 1945, werden viele sagen und vielleicht ergänzen, von der Machtergreifung am 30. Januar 1933 bis zur Kapitulation am 9.

Mai 1945. Leider unrichtig, wie zu zeigen ist. Außerdem ist Hitlers Bestellung zum Reichskanzler nicht "die Machtergreifung", denn die war ein Vorgang, der lange vor 1933 begonnen hatte und sich danach noch fortsetzte. Bis alle gleichgeschaltet oder ausgeschaltet waren. …
Woher stammen dann die Ausdrücke "Erstes Reich", "Zweites Reich", "Drittes Reich" und "Tausendjähriges Reich"? Sie kommen allesamt aus der Religion. Sie hängen zusammen mit dem … Glauben an die Wiederkunft des Messias. Für "Drittes Reich" steht auch "Tausendjähriges Reich" - wobei "tausendjährig" nach Ablauf des ersten Jahrtausends nicht mehr wörtlich genommen wurde, sondern soviel wie "ewig" bedeuten sollte.
Erstmals in politischem Sinn verwendete diese Ausdrücke der deutsche Kulturhistoriker und Politiktheoretiker Arthur Moeller van den Bruck 1923 in seinem Buch "Das dritte Reich". "Parteigenosse" war er keiner und er starb schon 1925. Ob man ihn als "Wegbereiter" bezeichnen kann, ist Geschmackssache, aber sicher erleichterte er die Arbeit nationalsozialistischer Ideologen.
"Drittes Reich" und "Tausendjähriges Reich" paßten trefflich in das mythisch-mystische Gedankengebäude, das der religionsartigen Überhöhung einer durchaus weltlichen Politik diente. "Drittes Reich" wird heute zwar pauschal für die NS-Zeit verwendet, war aber nicht mehr als ein Schlagwort der Propaganda. Es hatte nie ein Territorium und war nie ein Völkerrechtssubjekt. …<<
Am 23. März 1933 legte Reichskanzler Hitler während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" - sogenanntes "Ermächtigungsgesetz" - zur Abstimmung vor.
Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen konnte, ließ Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte (x063/579), ließ Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes zu erhalten.
Am 23. März 1933 stimmten die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten gegen die Annahme des verfassungswidrigen "Ermächtigungsgesetzes", obgleich der Berliner Reichstag von schwerbewaffneten SA- und SS-Wachen umstellt war und man die anwesenden Abgeordneten der Opposition während der Abstimmung unentwegt einschüchterte und massiv bedrohte.
Vor dem Berliner Reichstag drohten am 23. März 1933 die SA- und SS-Wachen (x059/76): >>Wir wollen das Gesetz - sonst (gibt es) Mord und Totschlag. ...<<
Während die 94 SPD-Abgeordneten das "Ermächtigungsgesetz" ablehnten, stimmten die 73 Abgeordneten des Zentrums wegen Hitlers mündlicher Zusagen, die er später jedoch nie einlöste, zu. Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit von 444:94 beschlossen. Nach Bekanntgabe der namentlichen Schlußabstimmung gab es im Deutschen Reich endgültig keine Demokratie mehr. Die gesetzlosen NS-Terroristen beendeten ihren erfolgreichen Staatstreich mit der sogenannten "NSDAP-Hymne", dem "Horst Wessel-Lied" (x049/102).
Goebbels berichtete am 30. März 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Der Rundfunk muß der Regierung die fehlenden 49 % zusammentrommeln, und haben wir sie dann, muß der Rundfunk die 100 % halten, muß sie verteidigen, muß sie innerlich durchtränken mit den geistigen Inhalten unserer Zeit, daß niemand mehr ausbrechen kann.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein berichtete später über den NS-Staatsstreich (x063/578-579): >>Schon nach wenigen Tagen wurde aus der Ernennung Hitlers

zum Reichskanzler eine "Nationale Revolution" konstruiert. Man wollte eine Massenpsychose schaffen, um kraft revolutionären Rechts die eben beschworene Verfassung totalitär zu verändern. Die Mittel der Propaganda, der Presse und des Rundfunks waren bereits in nationalsozialistischer Hand.
Der Reichstagsbrand vom 27. Februar, von ihnen selbst in Szene gesetzt, gab dann den Vorwand zum Verbot nicht nur der kommunistischen, sondern schließlich jeder Opposition. Der Terror wurde, um eine paradoxe Ausdrucksweise zu gebrauchen, zum Verfassungsgrundsatz erhoben. Daß dies nötig war, liefert zugleich für die Geschichte den Beweis, daß das Regime, das sich in frevelhafter Anmaßung mit Deutschland gleichzusetzen wagte, niemals auf dem Willen des Volkes ruhte.
Man sagt oft, die Reichstagwahlen vom 5. März 1933 seien die letzten freien Wahlen gewesen. Aber auch sie fanden schon unter ungemeinem Druck statt. Dennoch erhielten die Nationalsozialisten nur 44 %. Zusammen mit ihren Bundesgenossen in der "Kampffront Schwarz-weiß-rot" brachten sie es auf 52 % - genug, mit knapper Mehrheit eine Regierung zu bilden, aber bei weitem nicht für eine Änderung der Verfassung mit legalen Mitteln.
Also mußten sie mit anderen Kräften nachhelfen. Schon die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ging über alles hinaus, was der Artikel 48 decken konnte. Am 23. März nahm der Rumpfreichstag - die Kommunisten und einen Teil der Sozialdemokraten hatte man eingesperrt oder am Besuch des Reichstages gehindert - das sogenannte Ermächtigungsgesetz an; alle noch anwesenden Sozialdemokraten stimmten dagegen.
Dieses "Gesetz" übertrug der Reichsregierung legislative Befugnisse, auch unter Abweichung von den Bestimmungen der Verfassung. ... Verfassungsrechtlich war das "Gesetz", da bei der Abstimmung 81 Abgeordnete mit Gewalt ferngehalten wurden, ohnehin null und nichtig. ...<<
Schlußbemerkungen: Mit der gewaltsamen Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich nach dem gewaltsamen Staatsstreich praktisch besetzt.
Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit.
Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitlers NS-Verbrecherorganisation bzw. Gewalt und Terror.
Hitler wußte, daß eine Zwangsherrschaft grundsätzlich nicht der Mentalität des deutschen Volkes entsprach und daß er unter "normalen Bedingungen" niemals demokratische Abstimmungen und Wahlen gewonnen hätte, deshalb mußten sofort alle möglichen Gegner des NS-Regimes beseitigt werden (Einrichtung von Konzentratrationslagern etc.).
Der deutsche Philosoph Prof. Dr. Karl Jaspers schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein Verbrecherstaat gebildet wurde, also ein "Staat", der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

"Wilde SA- und SS-Lager" werden zu Konzentrationslagern

Der NS-Staat verfügte schon frühzeitig über Konzentrationslager, in denen "mißliebige Elemente" - Kommunisten, Sozialisten, Geistliche und andere "Volksschädlinge" - Zwangsarbeit leisten mußten. Im März 1933 ließ Himmler bei Dachau in Oberbayern und in Oranienburg in der Provinz Brandenburg die ersten Konzentrationslager sowie zahlreiche "wilde SA- und SS-Lager" in leerstehenden Fabriken oder Lagerhallen errichten.

Ein Zeitzeuge berichtete über die "Beschränkungen der persönlichen Freiheit" ab März 1933 (x191/59-60): >>In diesen Märztagen entstanden die Konzentrationslager ...
Nach den Berichten von Beamten und Freunden trat die SA mit eigenen "Vernehmungsstellen" in Berlin selbst in eine grauenvolle Tätigkeit ein. In den einzelnen Stadtteilen entstanden "Privatgefängnisse". – Dort waren die Fußböden einiger leerer Zimmer, in denen sich die Folterknechte betätigten, mit einer Strohschütte bedeckt worden.
Die Opfer, die wir vorfanden, waren dem Hungertode nahe. Sie waren tagelang stehend in enge Schränke gepreßt worden, um ihnen "Geständnisse" zu erpressen.
Die "Vernehmungen" hatten mit Prügeln begonnen und geendet; dabei hatte ein Dutzend Kerle in Abständen von Stunden mit Eisenstäben, Gummiknüppeln und Peitschen auf die Opfer eingedroschen.
... Es gab kein Stöhnen und Klagen mehr, nur starres Warten auf das Ende oder auf neue Prügel.<<
Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 4. April 1933 über das Konzentrationslager Heuberg (x243/47): >>... Großzügig angelegtes Militärlager - Das größte Konzentrationslager in Deutschland – Wundervolle Hanglage – Zur Zeit 1.750 Internierte und 450 Mann Bewachung – Gute Verpflegung und Behandlung – Hinter Stacheldraht – Nichts arbeiten den ganzen Tag ...
Absonderung der "Allerärgsten". Die Rädelsführer, die ganz Schlimmen, sind in einem besonderen Hause untergebracht. ...<<
Ein internierter Stadtrat berichtete später über die realen Zustände im Konzentrationslager Heuberg (x243/47): >>... Im (Strafbau stellte man sie) an die Wand – Nase und Fußspitzen mußten die Wand berühren -, bis die Leute rückwärts auf die scharfkantigen Steinbrocken fielen, die hinter ihnen aufgeschichtet waren. Das ... wurde so lange fortgesetzt, bis der Häftling liegen blieb. Darauf wurde er unter Knüppelschlägen weggeschleift. ...
Mein Freund, Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, ... sagte zu mir: "Ich kann nicht mehr, ich nehme mir das Leben!"
Bald nach seiner Entlassung starb er. ... Er war in den wenigen Wochen seiner KZ-Haft ruiniert worden. ...
Als ich entlassen wurde, mußte ich mich verpflichten, draußen kein Wort über meine Internierung zu sprechen, andernfalls hätte ich mit verschärfter Haft zu rechnen.<<
Später inhaftierte man auch Kriminelle, wie z.B. Berufs- und Gewohnheitsverbrecher, "Vorbeugungshäftlinge" und "Volksschädlinge", wie z.B. "Arbeitsscheue", Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Zigeuner und andere, in den NS-Konzentrationslagern. Politische Häftlinge und kriminelle Elemente wurden ab 1938 nicht mehr getrennt, sondern bewußt vermischt.
Bis 1937/38 löste die SS alle "wilden Lager" auf und internierte die Häftlinge in den neuen Konzentrationslagern. Die SS errichtete ab 1938 weitere Konzentrationslager für den Zwangsarbeitseinsatz in der deutschen Rüstungsindustrie und später als Übergangslager für die sogenannte "Endlösung".
Von 1938-44 entstanden im NS-Reich z.B. folgende Konzentrationslager "erster Ordnung": Stutthof bei Danzig, Neuengamme bei Hamburg, Ravensbrück bei Fürstenberg/Havel, ein Frauenlager, Bergen-Belsen bei Fallingbostel im Landkreis Celle, Buchenwald bei Weimar, Groß-Rosen in Niederschlesien, Flossenbürg im Landkreis Neustadt/Waldnaab, Natzweiler im Elsaß, Dachau bei München, Mauthausen bei Linz, Woltersdorf bei Wien.
Der deutsche Historiker Martin Broszat berichtete später über die Kenzeichnung der verschiedenen KZ-Häftlingsgruppen (x129/67): >>Die verschiedenen Häftlingskategorien wurden in den Lagern besonders gekennzeichnet. Das schon in den Jahren vor dem Krieg eingeführte einheitliche Schema bestand darin, daß das Stoffdreieck, das jedem Gefangenen auf die Häftlingskleidung aufgenäht wurde, je nach Häftlingskategorie in verschiedenen Farben angefer-

tigt wurde: für politische Gefangene = rot, Bibelforscher = lila, Asoziale = schwarz, Kriminelle = grün, Homosexuelle = rosa und für Emigranten = blau.
Jüdische Häftlinge mußten zusätzlich zu dem Farbdreieck ein gelbes Dreieck tragen, das so auf das Farbdreieck aufgenäht wurde, daß sich ein sechseckiger Zionsstern ergab. Ein zusätzliches Kennzeichen in Gestalt eines Querbalkens über dem Dreieck wurde für sogenannte rückfällige Häftlinge eingeführt. ...<<
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später über den "internen" NS-Terror im März 1933 (x075/73-74): >>... Die Sozialisten stimmten mit Nein, die Kommunisten waren bereits aus dem Reichstag ausgeschlossen worden. Die anderen sagten Ja, teilweise aus Angst. Wie so viele Vereine und Gruppierungen Ja sagen werden – entweder aus tatsächlicher Anhängerüberzeugung oder in der Hoffnung, verschont zu bleiben, wenn sie zulassen, daß der Nachbar verprügelt wird. ...
Aber dem Grauen geht der Terror voraus. Und kein beliebiger Polizeiterror. Die ersten, im Frühjahr 1933 eingerichteten Konzentrationslager dienten nicht nur dazu, die Regimegegner aus dem Verkehr zu ziehen – wie beispielsweise den jungen sozialdemokratischen Abgeordneten Kurt Schumacher, der im Reichstag den Nationalsozialismus als "Aufruf an den inneren Schweinehund im Menschen" charakterisiert hatte. Die Inhaftierung hatte auch die Erniedrigung, die Entwürdigung zum Ziel und bedeutete physische Qualen. So litten und starben Hunderttausende von Deutschen in Buchenwald und anderswo, noch bevor die ersten Deportationstransporte aus dem Ausland ankamen.
Die Brutalität im eigenen Land ging also der Brutalität eines Krieges voraus, in dem Abermillionen von Menschen sterben sollten ...<<
Schlußbemerkungen: Von 1933-39 inhaftierte die Gestapo ca. 750.000-1.200.000 "unbequeme Deutsche" (x063/580). Am 10. April 1939 waren etwa 300.000 politische Gefangene im Konzentrationslager (x050/167). In den Gestapo-Archiven lagerten etwa 2,0 Millionen Akten über verdächtige deutsche Staatsbürger (x063/580).

Die NS-Gleichschaltung
Am 7. April 1933 begannen großangelegte "NS-Gleichschaltungswellen", die mit Massenentlassungen aller mißliebigen Beamten endeten - gleichzeitige Einführung des NS-Berufsbeamtentums. In allen Ländern waren danach NS-Reichsstatthalter für die Durchführung der NS-Richtlinien verantwortlich. Beamte, die nichtarischer Abstammung oder politisch unzuverlässig waren, konnten sofort entlassen werden.
Die NSDAP übernahm am 10. April 1933 sämtliche Beamtenverbände und ernannte den 1. Mai per Gesetz zum "Feiertag der nationalen Arbeit".
Joseph Goebbels berichtete am 10. April 1933 (x032/43): >>Von da an beginnt dann die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften. Wir werden nicht eher Ruhe bekommen, bis sie restlos in unserer Hand sind.<<
In Berlin wurde am 26. April 1933 das Geheime Staatspolizeiamt - "Gestapa bzw. Gestapo" - gegründet.
Hans von Tschammer und Osten wurde am 28. April 1933 zum NS-Reichssportkommissar ernannt, um alle deutschen Sportvereine gleichzuschalten.
Bernhard Rust wurde am 30. April 1933 zum NS-Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ernannt.
Der nordamerikanische Historiker William S. Allen schrieb später über die "NS-Machtübernahme" in den deutschen Schulen (x129/54-55): >>Die Umwandlung der Schulen in ideologische Bastionen des neuen Staates war ein Prozeß, der fast sofort in Angriff genommen wurde. Neue Lehrbücher wurden im Jahr 1933 eingeführt. Aus den vorhandenen Schulbibliotheken entfernte man die "entartete" Literatur, dafür wurden sie mit Büchern vollgestopft, die

den Nationalismus und Militarismus verherrlichten.
Die Lehrer mußten an Kursen teilnehmen, in denen ihnen die Richtlinien dafür gegeben wurden, wie Geschichte und andere Fächer gelehrt werden sollten. Als neue Stoffe führte man "Rassenlehre" und "Germanische Vorgeschichte" ein. Die Arbeitsgemeinschaften und Schulungskurse für die Lehrer gingen unaufhörlich weiter. Häufig wurden die gleichen Themen in jedem Kurs wieder behandelt. Die Lehrer bemühten sich sehr, sich genau an die Richtlinien zu halten, da bald bekannt wurde, daß die HJ der NSDAP meldete, was die Lehrer im Unterricht taten.
Neben den neuen Themen und der neuen Einstellung zu alten Themen forderte man von den Schulen einen stärkeren Nachdruck auf Sport und körperliche Ertüchtigung, besonders Schießen und Wehrsport. Im naturwissenschaftlichen Unterricht sollten die Schüler beispielsweise Segelflugmodelle bauen. Nationalsozialistische Propagandafilme wurden ausgiebig eingesetzt und Radioapparate in den Klassenzimmern aufgestellt, damit die Schüler Propagandareden hören konnten. ...
Die Hitlerjugend spielte in all diesen Veränderungen eine aktive Rolle. Im Jahr 1934 wurde eine Werbeaktion unternommen, um jeden Schüler in die HJ oder den BDM hereinzuholen. Vorhandene Schulvereine wurden aufgelöst. Doch dadurch, daß der Einfluß der HJ verstärkt wurde, nahm die Autorität der Lehrer beträchtlich ab. Ein früherer Rektor sagte dazu: "Der Unterricht wurde fast unmöglich." ...<<
Der 1. Mai wurde im Jahre 1933 gesetzlicher Feiertag - "Tag der Nationalen Arbeit". Hitler erfüllte damit eine langjährige Forderung der freien Gewerkschaften und der linken Parteien.
Joseph Goebbels berichtete am 1. Mai 1933 (x032/50): >>Der große Tag des deutschen Volkes ist angebrochen ... richtiges Hitlerwetter.<<
Der französische Botschafter schrieb damals über diese Maifeier auf dem Tempelhofer Feld (x032/50): >>Ja, es ist wirklich ein schönes, ein wundervolles Fest! Die Deutschen und die Ausländer, die ihm beiwohnten, nehmen den Eindruck mit, daß ein Hauch der Versöhnung und der Einigkeit über das Dritte Reich weht! ...<<
Das preußische Innenministerium erteilte am 2. Mai 1933 folgende geheime Weisung (x243/-48): >>An alle Oberpräsidenten, Landräte, Regierungspräsidenten. – Der ... Aktion der NSDAP gegen die freien Gewerkschaften ist ... nicht entgegenzutreten. ...<<
Am 2. Mai 1933 ließ Hitler alle Führer der 36 Arbeitergewerkschaften und der 6 Angestelltenverbände in "Schutzhaft" nehmen. Die Gewerkschaftshäuser wurden durch SA-Verbände besetzt und sämtliche Gewerkschaften zerschlagen. Die Gewerkschaften wurden später 1934 in der NS-Zwangorganisation "Deutsche Arbeitsfront" zusammengefaßt. Danach übernahm die NSDAP auch die "gleichgeschalteten" 200 Arbeitgeberverbände und 48 Handelsvereinigungen.
Am 10. Mai 1933 ließ Göring alle SPD-Niederlassungen, Druckereien und Zeitungen sowie das gesamte Parteivermögen der SPD beschlagnahmen. Die Polizei- und SA-Einheiten umstellten damals vielerorts komplette Gebäudekomplexe und durchsuchten alle Räume nach Waffen und "staatsfeindlichen Schriften".
Bis Ende Juni 1933 ließ Hitler alle 32 Parteien des ehemaligen Deutschen Reichstages verbieten oder auflösen, wie z.B. die SPD am 22.06.1933.
Am 6. Juli 1933 informierte Hitler während einer öffentlichen Rede über die Ausschaltung und Auflösung aller demokratischen Parteien (x149/73): >>Die politischen Parteien sind jetzt endgültig beseitigt. Dies ist ein geschichtlicher Vorgang, dessen Bedeutung und Tragweite man sich vielleicht noch gar nicht bewußt geworden ist. Wir müssen jetzt die letzten Überreste der Demokratie beseitigen, insbesondere auch die Methoden der Abstimmung und der Mehrheitsbeschlüsse, wie sie bis heute noch vielfach bei den Kommunen, in wirtschaftlichen Organisationen und Arbeitsausschüssen vorkommen, und die Verantwortung der Einzelper-

sönlichkeit überall zur Geltung bringen.<<
Am 14. Juli 1933 erließ das NS-Regime ein "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien" (x032/72): >>... In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. ...<<
Das NS-Regime erließ am 14. Juli 1933 ferner ein "Gesetz über die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche", um die evangelische Kirche in das NS-System einzuordnen.
Das NS-Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 gewährleistete, daß nur noch rechtsradikale Journalisten leitende Positionen übernehmen durften (x023/133): >>Die im Hauptberuf oder auf Grund der Bestellung zum Hauptschriftleiter ausgeübte Mitwirkung an der Gestaltung des geistigen Inhalts der im Reichsgebiet herausgegebenen Zeitungen und politischen Zeitschriften durch Wort, Nachricht oder Bild ist eine in ihren beruflichen Pflichten und Rechten vom Staat durch dieses Gesetz geregelte öffentliche Aufgabe.
Niemand darf sich Schriftleiter nennen, der nicht nach diesem Gesetz dazu befugt ist. ...
Schriftleiter sind in Sonderheit verpflichtet, aus den Zeitungen alles fernzuhalten, was ... geeignet ist, die Kraft des Deutschen Reiches nach außen oder im Inneren ... zu schwächen ...<<
Alle wichtigen Verwaltungsposten wurden unverzüglich von "zuverlässigen" NSDAP-Leuten besetzt. Bürgermeister, die keine NS-Mitglieder werden wollten, mußten zurücktreten. Hitlers NS-Diktatur wurde später von 43 Gauleitern, 890 Kreisleitern, 30.801 Ortsgruppenleitern, 121.406 Zellenleitern und 539.445 Blockwarten organisiert und durchgesetzt (x090/275).
Der NS-Pöbel regierte im Namen des "Einheitsstaates". Amtsanmaßung, Korruption, Rechtlosigkeit, Vetternwirtschaft und Unterschlagung waren im gleichgeschalteten NS-Staat an der Tagesordnung. Unfähige Schreihälse und Mitläufer nutzten damals die einmalige Gelegenheit und erhielten verantwortungsvolle Machtpositionen. Zahlreiche Anführer der "SA-Knüppelgarde", die man während der Weimarer Republik mehrheitlich wegen Faulheit oder Dummheit zuerst entlassen hatte, besetzten jetzt vielerorts leitende Posten.
Viele NS-Führer waren gewöhnlich im Verwaltungsbereich hoffnungslos überfordert, so daß man weiterhin auf Berufsbeamte angewiesen war. Die Beamten, von denen im Jahre 1939 rd. 28 % Parteimitglieder waren, mußten grundsätzlich den Treueid auf den Führer leisten (x051/-63).
Ein NS-Flüsterwitz zum Thema "Gleichschaltung" lautete damals wie folgt:
>>Wie konjugiert man "gleichschalten"?
Ich schalte gleich,
du fliegst raus.
Er setzt sich rein!<<
Der deutsche SPD-Politiker Ernst Niekisch schrieb 1935/36 über die NS-Gleichschaltung (x129/34-35): >>Ein Taumel der Gleichschaltung erfaßte das ganze Volk. Alle öffentlichen und privaten Einrichtungen, Organisationen und Korporationen, alle wirtschaftlichen Betriebe und kulturellen Gesellschaften, alle Verbände und Vereine "schalteten sich gleich".
Zweck der Gleichschaltung war die Herstellung der "Volksgemeinschaft". Die "Volksgemeinschaft" ist kein gesellschaftlicher Ordnungszustand höherer Art. Nirgends trügt der Schein mehr, als er hier es tut. ...
In der "Volksgemeinschaft" soll das ganze Volk auf die formlos chaotische Existenzweise menschlichen Abschaums heruntergebracht werden. Sinn und Inhalt der Volksgemeinschaft ist lediglich die Solidarität des lumpenproletarischen Gesindels.
Irgendwelche untergeordnete Organe oder Angestellte zogen plötzlich ihr nationalsozialistisches Mitgliedsbuch, daß sie bisher sorgfältig verborgen hatten, aus der Tasche und trumpften damit auf; zuweilen war es der Portier, der sich überraschend als Vertrauensmann der nationalen Revolution entpuppte und sich über Nacht zum wichtigsten und ersten Mann emporschwang. Das Mitgliedsbuch und das braune Hemd waren Ausweise, durch welche sich die

Inhaber befugt hielten, nach den Zügeln zu greifen und die Leitung zu übernehmen.
Der Wille der Wähler, der bisher in der Zusammensetzung des Parlaments seinen Ausdruck gefunden hatte, galt nichts mehr; die Persönlichkeiten ihres Vertrauens räumten das Feld. Das Sprachrohr des Volkswillens war nur noch der Mann mit dem Mitgliedsbuch oder mit dem Braunhemd. ...
Die Gleichschaltung der nationalsozialistischen "Revolution" war die deutsche Spielart jener Gleichheit, welche durch die Französische Revolution 1789 verkündet worden war. Die Gleichheit war Gleichheit des Rechts; so blieb kein Platz mehr für feudale Vorrechte. Die Gleichschaltung ist Vereinheitlichung der Gesichtspunkte, Uniformierung der Gesinnung.
Sie ist wie ein technischer Prozeß: man drückt auf einen Hebel, und der ganze menschliche Bestand ist auf ein Einheitsmodell vereinfacht; niemand weicht vom Nächsten ab. Der Mensch verhält sich wie ein mechanisches Element, das von außen her ausgerichtet und in Form gebracht wird. Bis zum täglichen Gruß hin reagiert er nach obrigkeitlich verordnetem Schema: wer immer zur Tag- und Nachtzeit seinen Nächsten sieht, streckt den Arm in die Luft und schreit "Heil Hitler".
Der Punkt, an dem der Hebel ansetzt, welcher den Menschen gleichschaltet, ist die Existenzfrage. Wenn der Mann nicht richtig liegt, bekommt er kein Futter mehr. Unverhüllter wurde noch niemals auf den Magen gedrückt, um die richtige Gesinnung herauszupressen. Der Beamte zitterte um Gehalt und Versorgung: das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" brachte den festen Turm seiner "wohlerworbenen Rechte" zum Einsturz. ...
Die nationalsozialistische Empörung über marxistische "Parteibuchbeamte" entlarvte sich als purer Brotneid; die "Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" bestand darin, alle Ämter mit nationalsozialistischen Parteibuchbeamten zu überschwemmen. Die bürokratische Gleichschaltung war eine großangelegte Veranstaltung allgemeiner "Umbonzung".
Angestellten und Arbeitern erging es nicht besser; sie verloren die Arbeitsplätze, wenn ihr Eifer der Gleichschaltung enttäuschte. Entzog sich ein Arbeiter dem anbefohlenen Aufmarsch, wurde er fristlos entlassen: er war als "Staatsfeind" nicht würdig, wirtschaftlich geborgen zu sein. Der Organisationszwang, dem die Angehörigen der freien Berufe, Gewerbetreibende, Handwerker, Kaufleute, Unternehmer unterlagen, bot Handhaben, sie zu maßregeln; wurden sie aus ihrer "Berufskammer" entfernt, war ihnen das Recht auf Berufsausübung genommen; sie waren brotlos und ins wirtschaftliche Nichts verstoßen.
Die nationalsozialistische Weltanschauung zog ihre überzeugende Kraft aus der Sorge um den Futterplatz; weil der nationalsozialistische Herr den Brotkorb monopolisiert hatte, sang jedermann sein Lied. ...<<
Ab 1934 bestimmten und kontrollierten die NS-Gau-, Kreis-, Ortsgruppen- und Blockleiter sowie NS-Blockwarte - ca. 15-20 Personen bildeten jeweils einen Block - das gesamte Leben der deutschen Volksgenossen. Der Blockleiter - "Hoheitsgebiet" ca. 160-240 Personen - führte z.B. Karteien über alle Bewohner, kassierte Parteimitgliedsbeiträge und war verpflichtet, alle "schädigenden Gerüchte" zu melden.
Mit Hilfe der politischen "NS-Hoheitsträger", die ihre Machtpositionen häufig schamlos ausnutzten, reichte der Einfluß des NS-Regimes bis in jede Familie. Das kirchliche Leben wurde zwar erheblich eingeengt, aber Gottesdienste und die meisten Seelsorger blieben zunächst noch unbehelligt.
Seit 1934 wurden fast alle Deutschen allmählich planmäßig durch die zahlreichen NS-Organisationen "erfaßt", auch wenn sie keine Parteimitglieder waren. Es gab für die Deutschen praktisch kein Privatleben mehr. Alle Sport-, Gesangs-, Kegel- und Schützenvereine, Handwerks-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie sonstigen Gemeinschaften wurden von NS-Beauftragten überwacht und "gleichgeschaltet".
Wer im NS-Staat berufliche oder wirtschaftliche Erfolge erreichen wollte, wie z.B. Angestell-

te und Beamte des öffentlichen Dienstes oder Handwerker und Unternehmer, die Staatsaufträge benötigten, mußte zwangsläufig NSDAP-Mitglied werden.
Man begrüßte sich auch nicht mehr, wie bisher mit "Guten Tag", sondern in den Schulen, Geschäften und Behörden mußte man ab 1934/35 grundsätzlich mit dem sogenannten "Deutschen Gruß" (heben des ausgestreckten rechten Armes und den Worten "Heil Hitler") grüßen. Der "Deutsche Gruß" wurde auch beim Schriftverkehr verlangt - "Mit Deutschem Gruß Heil Hitler". Der persönliche "Deutsche Gruß" gegenüber Hitler lautete etwa seit 1925 "Heil, mein Führer".
Viele Deutsche, die sich weigerten, in eine der vielen NS-Organisationen einzutreten, mußten wenigstens als gutwillige Mitglieder der "Volksgemeinschaft" persönlich Spenden sammeln oder großzügige Spenden leisten.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Gleichschaltung" des NS-Regimes (x051/216-217): >>Gleichschaltung, Wort aus der Elektrotechnik; von der nationalsozialistischen Propaganda eingesetzt zur Bezeichnung der Ausrichtung von Verbänden, Organisationen, Parteien und schließlich jedes einzelnen Bürgers auf die Ziele der nationalsozialistischen Politik; geprägt von Reichsjustizminister Gürtner für die Formulierung des Gesetzes vom 31.3.33 zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich.
Erstes Opfer der Gleichschaltung wurde denn auch der Föderalismus: Nachdem schon in der Woche nach der Reichstagswahl vom 5.3.33 alle Länderparlamente auf Druck der NSDAP dem Reichsergebnis entsprechend zusammengesetzt worden waren, verfügte am 7.4.33 ein zweites Gleichschaltungsgesetz die Entsendung von Reichsstatthaltern. Sie wurden auf Vorschlag des Kanzlers vom Reichspräsidenten ernannt, hatten Ernennungsrecht für die Landesregierungen und deren Beamte und waren bis auf Epp Gauleiter der NSDAP.
… Mit Auflösung des Reichsrates am 14.2.34 und der Vereinheitlichung der Justizverwaltungen am 1.4.35 war die Gleichschaltung der Länder abgeschlossen.
Noch rascher verschwand die Parteienvielfalt: Auch ihre Gleichschaltung setzte schon im März 33 ein, als sich der Reichstag durch das Ermächtigungsgesetz selbst entmachtete. Die KPD war schon seit der Reichstagsbrandverordnung faktisch ausgeschaltet und wurde am 28.3.33 endgültig verboten; die SPD, die als einzige Widerstand gegen das Ermächtigungsgesetz geleistet hatte, wurde, eines Großteils ihrer Mitglieder durch Flucht und Verhaftung beraubt, am 22.6.33 verboten; die Mitglieder der bürgerlichen Parteien liefen in Scharen zur NSDAP über und lösten sich nach und nach selbst auf …
Nach dem "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien" vom 14.7.33 existierte nur noch die NSDAP, die per Gesetz am 1.12.33 zur Körperschaft öffentlichen Rechts aufstieg. Die Gleichschaltung des Parteienstaates vollendete das "Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches" vom 1.8.34, das die Ämter des Reichspräsidenten und des Regierungschefs verschmolz: Hitler wurde "Führer und Reichskanzler".
Instrumente der Gleichschaltung der Verbände wurden das Berufsbeamtengesetz und der Arierparagraph. Das Schema war immer dasselbe: Auf Druck von NSDAP-Mitgliedern wurden die Vorstände der Berufsverbände umgebildet und Nationalsozialisten aufgenommen. Die "säuberten" dann die Vorstände und führten die Verbände unter das Dach der Partei.
Wo das nicht half, griff die NS-Führung zur Gewalt: Am 2.5.33 wurden die Häuser und Büros der Gewerkschaften von SA und Polizei besetzt, ihre Akten beschlagnahmt, ihr Vermögen konfisziert und die Organisation in die Deutsche Arbeitsfront überführt. Ähnlich ging es den Bauernorganisationen, die sich am 15.9.33 alle zwangsvereinigt fanden im Reichsnährstand. Länger hielt sich die gewerbliche Wirtschaft, die aber auch im August 34 enger an den Staat gebunden wurde, indem sie in Reichsgruppen unter maßgeblichem Einfluß des Wirtschaftsministeriums gegliedert wurde; der Vierjahresplan verpflichtete sie dann am 15.10.36 ganz auf die … Ziele der NS-Führung.

Zur Gleichschaltung der Meinungen und der Kultur bestellte Hitler mit Goebbels am 13.3.33 eigens einen Minister für Volksaufklärung und Propaganda. Wer beruflich schreiben, musizieren, filmen, malen, schauspielern wollte, mußte spätestens vom 22.9.33 an Mitglied der entsprechenden Untergliederung der Reichskulturkammer sein. Die Aufnahmebedingungen, u.a. der Arierparagraph, sorgten dafür, daß Mißliebige fortan in Deutschland kein Gehör mehr fanden.
Nur die Gleichschaltung der Kirchen gelang nie ganz, obwohl im Kirchenkampf alles versucht wurde, diesen letzten Winkel möglicher Opposition zu beseitigen. Die Bestellung des Kirchenministers Kerrl am 16.7.35 oder der Kanzelparagraph konnten aber die Widersetzlichkeit der Bekennenden Kirche ebenso wenig brechen, wie die Priesterprozesse die katholische Kirche in die Knie zwangen.
Dennoch: Nach dem Sommer 34 gab es kaum einen Deutschen mehr, der nicht auf dem Umweg über seinen Beruf, seine Stellung oder seinen Verein in irgendeiner Weise mit der Partei verbunden war. Nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, Reichsarbeitsdienstpflicht und dem "Gesetz über die Staatsjugend" war die Einbindung der Heranwachsenden in den neuen Staat perfekt.
Hitler skizzierte seine Vision der totalen Erfassung des Volkes in einer Rede vor Kreisleitern im Jahr 1938: Mit zehn hole er die Kinder ins Jungvolk, mit 14 in die HJ, es folgen Partei, SA oder SS, dann Arbeitsdienst, Wehrmacht und wieder Parteigliederungen. Hitler schloß mit den Worten: "... und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben."<<
Schlußbemerkungen: Das NS-Regime jagte damals ungezählte anständige, unbescholtene Arbeiter, Angestellte und Beamte von ihren Arbeitsplätzen. Wer sich wehrte, protestierte, einer demokratischen Partei angehörte oder irgendwie verdächtig erschien, war ein "Staatsfeind" oder "Judenknecht". Hitlers Wille war in jener Zeit oberstes Gesetz.
Jeder Deutsche, der sich dem Willkürregime jedoch aktiv widersetzte, wurde sofort eingeschüchtert, verprügelt oder landete unverzüglich in den "Schutzhaftlagern" bzw. Konzentrationslagern. Die unorganisierte Machtlosigkeit der deutschen NS-Gegner hatte gegenüber der militärisch organisierten Gewalt des NS-Regimes naturgemäß keine Chance.

NS-Kirchenpolitik
Hitler erläuterte im März 1933 das Zusammenleben zwischen Kirche und der "NS-Regierung" (x149/82): >>... Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat. Der Kampf gegen eine materialistische Weltauffassung und für die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft dient ebenso den Interessen der deutschen Nation wie denen unseres christlichen Glaubens.<<
Die katholische Kirche war bis zur Machtübernahme Hitlers zwar ein entschiedener Gegner der NS-Bewegung, aber die Katholiken zeigten sich schon bald kompromißbereit. Am 20. Juli 1933 schlossen Papst Pius XI. und das NS-Regime in Rom ein feierliches Konkordat. In diesem Vertrag mit der katholischen Kirche garantierte der NS-Staat "die Freiheit des Bekenntnisses und die Ausübung der katholischen Religion".
Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über das Abkommen zwischen dem Vatikan und der NSDAP vom 20. Juli 1933 (x1.001/7): >>… Joseph Rovan (1918-2004, französischer Historiker und Journalist) … kommentiert das diplomatische Abkommen zwischen dem Vatikan und dem faschistischen (nach dem Führerprinzip organisierten, nationalistischen, antidemokratischen, rechtsradikal regierten) Deutschen Reich am 20. Juli 1933: "Das Konkordat (staatliches Abkommen mit dem Vatikan) brachte der, fast überall als aus Usurpatoren ("Thronräubern"), wenn nicht gar Banditen bestehend angesehenen, nationalsozialistischen Regierung die Zustimmung zu einem Vertrag mit der ältesten internationalen Macht (dem Vatikan). In gewisser Weise war es die Entsprechung

einer Urkunde über internationale Ehrenhaftigkeit (… Der politische Katholizismus in Deutschland, Paris 1956, S. 231 …)."
Somit unterstützte der Papst, nicht zufrieden mit seiner "persönlichen" Unterstützung Hitlers, auf diese Weise moralisch auch das faschistische Deutsche Reich!
Zur gleichen Zeit, als jenseits des Rheins der Terror zu regieren begann und stillschweigend akzeptiert und gebilligt wurde, hatten die sogenannten "Braunhemden" bereits 40.000 Personen in KZs gesteckt. Die Pogrome vermehrten sich, während der Nazimarsch: "Und wenn das Blut von den Messern spritzt, fühl' ich mich noch mal so gut." (Horst-Wessel-Lied) erklang.
In den folgenden Jahren sah Papst Pius XII. noch schlechter, ohne beunruhigt zu sein. Es ist nicht überraschend, daß die katholischen Oberhäupter Deutschlands in ihrer Unterwürfigkeit gegenüber dem NS-Regime miteinander wetteiferten, ermutigt wie sie durch ihren römischen "Meister" waren. …<<
Viele Pfarrer glaubten zunächst fest daran, daß Hitler die Kirchen unterstützen würde, denn der Nationalsozialismus war schließlich der Todfeind der christen- und religionsfeindlichen Kommunisten. Beide großen Kirchen schätzten den Nationalsozialismus deshalb zunächst als Bollwerk gegen den gottlosen Kommunismus.
Hitler, der sich in den ersten Wochen nach der "Machtergreifung" betont christlich gab, versicherte zwar, daß er das "positive, lebensbejahende Christentum" fördern wollte, aber im totalitären NS-Staat hatten unabhängige Kirchen zwangsläufig keinen Platz. Die Grundlehren des Christentums und die antichristlichen Absichten des NS-Regimes (Schaffung eines "germanischen Neuheidentums") waren unvereinbar.
Hitlers Absichtserklärungen dienten nur der Verschleierung, denn die NS-Kirchenpolitik kannte nur ein Ziel: Zerstörung der Verankerung der Kirchen im Volk, um das Volk von den hemmenden Fesseln der christlichen Moral zu entwöhnen ("das christliche Kreuz sollte dem Hakenkreuz weichen"). Nicht umsonst wurden in der HJ-Ausbildung antichristlichen Erziehungsmaßnahmen großgeschrieben (Reinigung des Liedgutes etc.), denn der NS-Staat beabsichtigte, die kirchliche Jugenderziehung systematisch auszuschalten.
Da Hitler den unberechenbaren Widerstand der Kirchengemeinden bzw. die mächtigen Kirchenorganisationen fürchtete, wagt er es jedoch nie, die Kirchen aufzulösen und erteilte bis zum Schluß auch keine offiziellen Kampfansagen an die Kirchen.
NS-Reichsleiter Martin Bormann (1900-1945) verkündete später in einem Geheimerlaß das Ziel der NS-Kirchenpolitik (x256/126): >>Nationalsozialistische und christliche Auffassungen sind unvereinbar. Die christlichen Kirchen bauen auf der Unwissenheit der Menschen auf und sind bemüht, die Unwissenheit möglichst weiter Teile der Bevölkerung zu erhalten; denn nur so können die christlichen Kirchen ihre Macht bewahren. Demgegenüber beruht der Nationalsozialismus auf wissenschaftlichen Fundamenten. ...
Wenn unsere Jugend einmal von diesem Christentum, dessen Lehren weit unter den unseren stehen, nichts mehr erfährt, wird das Christentum von selbst verschwinden. ... Ebenso wie die schädlichen Einflüsse der Astrologen, Wahrsager und sonstigen Schwindler ausgeschaltet und durch den Staat unterdrückt werden, muß auch die Einflußmöglichkeit der Kirchen restlos beseitigt werden.<<
Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über das Verhältnis zwischen der römisch-katholischen Kirche und der NSDAP im März 1933 (x1.001/7-8): >>... "Reich und Kirche ist eine Schriftenreihe, die dem Aufbau des Dritten Reiches aus den geeinten Kräften des nationalsozialistischen Staates und des katholischen Christentums dienen soll. … Ganz deutsch und ganz katholisch, in diesem Sinne will sie die Beziehungen und Begegnungen zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus prüfen, fördern und die Wege zu einem fruchtbaren Zusammenwirken zeigen, wie es sich in der grundlegenden Tatsache des Reichskonkordates abzeichnet. … Ich sehe nämlich in der nationalsozia-

listischen Bewegung den schärfsten und wuchtigsten Protest gegen die Geistigkeit des 19. und 20. Jahrhunderts. …
Der Nationalsozialismus stellt die Idee des aus Blut und Boden, Schicksal und Aufgabe gewachsenen Volkes in den Mittelpunkt seiner Weltanschauung. … Ein vorläufiges allgemeines Ja auf die Frage muß jeder Katholik geben, der sich an die Weisung der in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten deutschen Bischöfe vom 28. März 1933 hält. … Die Tafeln des nationalsozialistischen Sollens und die der katholischen Imperative stehen freilich in verschiedenen Ebenen des Seins, jene in der natürlichen, diese in der übernatürlichen Ebene, jene besorgt um die natürliche Gesundheit des Volkes, diese bemüht um das übernatürliche Heil, wie es dem Zwecke der beiden entspricht. Aber sie weisen in dieselbe Wegrichtung … (Michael Schmaus, 1897-1993, "Begegnungen zwischen katholischem Christentum und nationalsozialistischer Weltanschauung" … 1933)." …<<
Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über die Rolle des Jesuitenordens nach dem Ersten Weltkrieg (x1.001/95-108): >>… **Vorbereitungen auf den Zweiten Weltkrieg**
Die bitteren Früchte ihrer verbrecherischen Politik ernteten die Söhne Loyolas 1919. Frankreich hatte sich der "völligen Ausblutung" nicht ergeben. Das apostolische (vom Papst beauftragte) Reich der Habsburger, die von ihnen ermutigt worden waren, "die Serben zu bestrafen", war zerfallen und hatte so die orthodoxen Slawen vom Joch Roms befreit. Rußland war, statt in die römische Gemeinde zurückzukehren, marxistisch, kirchenfeindlich und offiziell atheistisch geworden. Und das unbesiegbare Deutschland, es versank im Chaos.
Eine Sünde aber zu bekennen, würde der stolzen Natur der Kompanie nie in den Sinn kommen. Als Benedikt XV. 1922 starb, war sie bereit, auf neuer Basis neu zu beginnen. War sie nicht in Rom allmächtig?
Lesen wir Pierre Dominique: "Der neue Papst Pius XI. (1857-1939), der, wie einige sagen, Jesuit sei, versucht, die Dinge wieder ins Lot zu bringen. Er bittet den Jesuitenpater d'Herbigny (1880-1957), nach Rußland zu gehen, in dem Versuch, alles zu sammeln, was vom Katholizismus übriggeblieben sei und vor allem zu schauen, was getan werden könne. Eine vage und große Hoffnung: die verfolgte orthodoxe Welt um den Pontifex zu sammeln.
In Rom gibt es neununddreißig kirchliche Hochschulen, deren Gründung die Zeitpunkte großer Gegenangriffe markiert; die meisten dieser Gegenangriffe waren in ihrer Wirkungsweise und Ausrichtung jesuitisch: Deutsch-Ungarisches Kolleg (1552), Englisches (1578), Irisches (1628, wiedergegründet 1826), Schottisches (1600), Nordamerikanisches (1859), Kanadisches (1888), Äthiopisches (1919, wiedereingerichtet 1930).
Pius XI. begründet das Russische Kolleg (päpstliches russisches Kolleg zur Hl. Theresia vom Jesuskind) und gibt es unter die Obhut der Jesuiten. Diese betreuen außerdem noch das Orientalische Institut, das Johannes-Damascenus-Institut, das Polnische und später das Litauische Kolleg. Sind dies Erinnerungen an Pater Possevin, Iwan den Schrecklichen und den falschen Dimitri? Das zweite der drei großen Ziele aus der Zeit des Ignatius rückt vor auf Platz eins. Einmal mehr sind die inspirierenden Agenten und Darsteller jenes großen Unternehmens die Jesuiten."
In ihrer gerade erlittenen Niederlage wird für die Söhne Loyolas der Ansatz eines Hoffnungsschimmers erkennbar. Hatte nicht die Russische Revolution durch die Beseitigung des Zaren, des Beschützers der orthodoxen Kirche, dem großen Rivalen den Kopf abgehauen und der römischen Kirche geholfen, einzudringen? Man soll das Eisen schmieden solange es heiß ist! Das berühmte "Russicum" wird gegründet und die frohe Botschaft von seinen heimlichen Missionaren in dieses schismatische Land gebracht. Ein Jahrhundert nach ihrer Ausweisung durch Zar Alexander den Ersten (1777-1825) werden sich die Jesuiten erneut an die Erobe-

rung der slawischen Welt machen. Ihr General war seit 1915 Halke von Ledochowski (1868-1942).
Und wieder Pierre Dominique: "Mancher mag sagen, ich sehe überall Jesuiten! Aber ich fühle mich gedrungen, ihre Anwesenheit und Aktivitäten zu betonen; zu sagen, daß sie hinter der Monarchie Alfons des XIII. König von Spanien, 1886-1941) standen, dessen Beichtvater Pater López war; daß, als die spanische Monarchie beendet und ihre Klöster und Kollegien niedergebrannt wurden, sie wiederum hinter Gil Robles Quinones (spanischer Politiker, 1898-1980) zu finden waren, später, als es zum Bürgerkrieg kam, hinter Franco. In Portugal unterstützten sie Salazar (António Oliveira Salazar; Politiker, 1889-1976) …
In Österreich und Ungarn Kaiser Karl, der dreimal abgesetzt wurde (Welche Rolle haben sie gespielt bei jenen Versuchen, die ungarische Krone wiederzuerlangen? Wer weiß!) …
Dollfuß (Engelbert Dollfuß; österreichischer Politiker, 1892-1934) und Schuschnigg (Kurt von Schuschnigg; österreichischer Politiker, 1897-1977) kommen aus ihren Reihen. Eine Zeitlang träumt man von einem Großdeutschland mit katholischer Mehrheit, zu dem notwendigerweise auch die Österreicher gehören würden: eine moderne Version der alten Allianz des 16. Jahrhunderts zwischen den Wittelsbachern und Habsburgern.
In Italien unterstützen sie zunächst Don Sturzo (Luigi Sturzo; katholischer Theologe und italienischer Politiker, 1871-1959), den Gründer der Volkspartei (der 1926 aufgelösten, ein klassenübergreifendes Reformprogramm auf der Basis der katholischen Soziallehre vertretenden italienischen Volkspartei Partito Popolare Italiano), dann Mussolini. … Der Jesuitenpater Tacchi Venturi (1861-1956), Generalsekretär (oberster Geschäftsführer) der Kompanie, fungierte als Mittelsmann zwischen Pius XI., dessen Beichtväter die Patres Alissiardi und Celebrano (Jesuiten) sind, und Mussolini.
Im Februar 1929, um die Zeit des Lateranvertrages (Abschluß der dreiteiligen Übereinkunft der nach ihrem Abschlußort, dem ehemaligen römischen Papstpalast Lateran, benannten Lateranverträge zum Zwecke der Lösung des Konflikts zwischen Kurie und italienischer Regierung), wird Mussolini vom Papst als "der Mann, den uns die Vorsehung hat treffen lassen", bezeichnet. Rom verurteilt, was gemeinhin der "Überfall auf Äthiopien" genannt wird, nicht und Mussolinis aufrichtiger Freund ist der Vatikan auch 1940 noch.
In ihm haben die Jesuiten ihren geheimen Aufenthaltsort. Von dort aus inspizieren sie die allumfassende Kirche mit dem kalten und berechnenden Auge des Politikers."
Das ist die perfekte Zusammenfassung der Jesuitentätigkeit zwischen den zwei Weltkriegen. Der "geheime Aufenthaltsort" der Söhne Loyolas ist das politische Gehirn des Vatikans. Die Beichtväter Pius' XI. sind Jesuiten; jene seines Nachfolgers, Pius des XII., werden ebenfalls Jesuiten sein und in nicht geringem Maße Deutsche. Egal ob so die Verschwörung offensichtlich wird: alles ist, wie es scheint, bereit zur Revanche.
Unter dem Pontifikat Pius' XI. aber läuft die Phase der Vorbereitung. Noch liegt das Schwert des besiegt wordenen deutschen "weltlichen Arms" am Boden. Darauf wartend, es wieder aufzunehmen, wird in Europa der seiner künftigen Großtaten würdige Boden bereitet und vor allem das bedrohliche Emporkommen der Demokratie zum Stillstand gebracht.
Erstes Betätigungsfeld wird Italien sein. Dort gibt es einen lautstarken Sozialistenführer, der Veteranen um sich schart. Dieser Mann verkündet eine offensichtlich kompromißlose Lehre, ist aber soweit ambitioniert und Herr der Lage, sich trotz seiner maßlosen Großtuerei seiner gefahrvollen Position bewußt zu werden. In Kürze wird er sich von der jesuitischen Diplomatie gewinnen lassen.
François Charles-Roux (1909-1999) vom Institut, der damals unser (d.h. französischer) Botschafter beim Vatikan war, sagt: "Zu der Zeit, als der spätere Duce noch ein einfacher Abgeordneter war, hatte Staatssekretär Kardinal Gasparri eine geheime Unterredung mit ihm. …

Der Faschistenführer hatte sich unverzüglich damit eins gemacht, daß der Papst über einen Teil Roms eine weltliche Herrschaft ausüben solle. …
Mir von jener Unterredung berichtend, folgerte Kardinal Gasparri: "Mit dieser Zusage war mir klar - käme dieser Mann an die Macht, so wäre der Erfolg unser."
Von dem Bericht über die Verhandlungen zwischen den Geheimagenten Pius' XI. und Mussolini ganz zu schweigen. …"
Besagte Geheimagenten - deren wichtigster der Jesuitenpater Tacchi Venturi - erfüllten ihre Mission außerordentlich gut. Dies verwundert nicht, wenn man weiß, daß er der Sekretär der Societas Jesu und zur gleichen Zeit Mussolinis Beichtvater war. In diese "Liebedienerei" des Faschistenführers wurde er letztlich vom General seines Ordens, Halke von Ledochowski, "hineingeleitet", wie uns Gaston Gaillard berichtet.
"Die im Jahre 1921 im Zeichen des nationalen Blocks gewählte Kammer sollte dann am 16. November 1922 mit dreihundertsechs gegen hundertsechzehn Stimmen Mussolini ihr Vertrauen aussprechen, und man erlebte bei dieser Sitzung, daß die Fraktion der katholischen Volkspartei (von Don Sturzo), die sich als christliche Demokratie ausgab, einstimmig für die erste faschistische Regierung stimmte."
Zehn Jahre später führte das gleiche Manöver zu einem ähnlichen Ergebnis in Deutschland. Die massive Stimmabgabe der katholischen Zentrumspartei von Monsignore Kaas (Ludwig Kaas, 1881-1952) sorgte für die Sicherstellung der Diktatur des Nationalsozialismus.
Im Grunde war Italien 1922 Versuchsfeld für die neue Formel des autoritären Konservatismus (autoritären, am Hergebrachten Festhaltenden, das sich nur ungern auf Neuerungen einläßt): bei Bedarf mit einem Schuß Pseudsozialismus verfeinerter Faschismus (nach dem Führerprinzip organisierter, nationalistischer, antidemokratischer, rechtsradikaler Regierungsstil) - je nach örtlicher Gegebenheit. Ab sofort richteten sich sämtliche Anstrengungen der Vatikanjesuiten auf die europaweite Verbreitung dieser neuen in ihrer Zweideutigkeit jesuitentypischen "Lehre".
Noch heute sind aus Sicht der italienischen Christdemokraten weder der Zusammenbruch des Mussoliniregimes, noch die Niederlage, noch die Ruinen hinreichend genug, den ihrem Lande vom Vatikan aufgezwungenen größenwahnsinnigen Diktator in Zweifel zu ziehen. Allein äußerlich verstoßen, bleibt in den Herzen der Geistlichen sein Ansehen unbeschadet. Folgendes konnte man in der Presse lesen:
"Wir haben uns entschieden: zu den Olympischen Spielen 1960 nach Rom kommende Besucher werden erleben können, wie der von Benito Mussolini zu seinen eigenen Ehren errichtete marmorne Obelisk vom Tiberufer aus das Olympiastadion dominiert. Dieses dreiunddreißig Meter hohe Denkmal trägt die Inschrift "Mussolini Dux" und wird geschmückt von - den Faschismus lobpreisenden - Mosaiken. Mehr als einhundertmal wird der Satz "Hoch lebe der Duce!" wiederholt und ebenfalls mehrere Male die Losung "Viel Feind, viel Ehr!"
Das Monument hat auf jeder Seite Marmorblöcke, die der wichtigsten Ereignisse des Faschismus gedenken, von der Gründung der Zeitschrift "Popolo d'Italia" durch Mussolini bis hin zur Errichtung des kurzlebigen faschistischen Staates und einschließlich des Krieges in Äthiopien. Als Krönung des Obelisken war ein gigantisches, Mussolini als fast einhundert Meter hohen nackten Athleten darstellendes Standbild geplant. Bevor aber dieses merkwürdige Projekt seine Realisierung erfuhr, brach das Regime zusammen.
Nach einjähriger Kontroverse hat die Regierung Segni (Antonio Segnis, 1891-1972) 1959 beschlossen, der Duce-Obelisk solle stehen bleiben."
Ungeachtet des Krieges, des Blutes, das in Strömen floß, der Tränen, der Ruinen. Sind es doch nur Kleinigkeiten, kleine Flecken an dem Monument, errichtet zu Ehren desjenigen, den Pius XI. als den "Mann, den uns die Vorsehung hat treffen lassen", beschreibt.

Kein Irren, Versagen oder Verbrechen, das dieses vordergründigste Verdienst auszulöschen vermag: die Tatsache nämlich, daß er die weltliche Macht des Papstes wiederherstellte, den römischen Katholizismus zur Staatsreligion erklärte und mittels Gesetzen, die immer noch in Kraft sind, dem Klerus die absolute Macht über das Leben der Nation verlieh.
Auf daß dies bezeugt würde, hatte Mussolinis Obelisk im Herzen von Rom Stand zu nehmen, zu Gunsten der ihn bewundernd oder ironisch betrachtenden Touristen und in der Hoffnung auf bessere Zeiten, in denen es schließlich möglich sein würde, ihn zu errichten - den einhundert Meter hohen "nackten Athleten" und symbolischen Vatikanverfechter.
Der Lateranvertrag, mit dem Mussolini dem Papsttum seine Dankbarkeit zeigte, brachte dem Heiligen Stuhl außer der Zahlung von 750 Millionen Lire (d.h. € 20.000.000 im Jahre 2006) auch die weltliche Herrschaft über das Gebiet der Vatikanstadt. Die Signifikanz dieses Ereignisses erklärt Monsignore Cristiani, Prälat Seiner Heiligkeit:
"Es steht außer Frage - für die Etablierung des Papsttums als politische Macht war die Gründung der Vatikanstadt eine Angelegenheit von vorderster Wichtigkeit."
Wir sparen uns die Zeit für den Versuch, dieses eindeutige Bekenntnis mit dem derart oft gehörten Satz "Die Kirche betätigt sich nicht in der Politik." in Einklang zu bringen. Betonen werden wir die einzigartige Weltstellung eines sowohl säkularen als auch geistlichen und somit in seinem Wesen doppeldeutigen Staates und die sich aus dieser Stellung ergebenden Folgen.
Welches sind die schlauen jesuitischen Kunstgriffe, eingesetzt von dieser Macht, die, um von sämtlichen durch internationale Gesetze festgelegten Regelungen ausgenommen zu sein, je nach den Umständen, in ihrer säkularen oder geistlichen Gestalt auftritt?
Bis zum heutigen Tage haben die Nationen ihrerseits dieser Trickserei die Hand gereicht und ihm so für das Eindringen in ihre Mitte Tür und Tor geöffnet - dem Trojanischen Pferd des Klerikalismus (des Bestrebens der katholischen Kirche, das gesamte öffentliche Leben zu beeinflussen).
"Zu sehr schien der Papst sich mit den Diktatoren zu identifizieren", schrieb der französische Botschafter beim Vatikan, François Charles-Roux. Aber wie hätte es anders sein können, wo der Heilige Stuhl diese Männer doch selbst erst an die Macht gebracht hatte?
Von jener Reihe der Männer der "Vorsehung", dieser Schwertträger, die die Revanche für 1918 vorbereiten würden, war Prototyp (Vorbild) Mussolini der Inaugurator (Wegbereiter). Von Italien aus, wo der Faschismus unter Pater Tacchi Venturi und seinen Helfershelfern derart gut gedieh, sollte er alsbald nach Deutschland exportiert werden. "Hitler erhält seinen Anstoß von Mussolini; das Ideal der Nazis ist dasselbe wie das in Italien. … Berlin werden sämtliche Sympathien zuteil, weil Mussolini an der Spitze steht,. … Der Nationalsozialismus des letzteren und der Faschismus gehen 1923 zusammen. Mussolini wird Hitlers Freund und versorgt diesen mit Waffen und Geld."
Zu jener Zeit ist Monsignore Pacelli, späterer Pius XII. und damaliger bester Diplomat der Kurie, Nuntius in München, der Hauptstadt des katholischen Bayern. Von dort aus beginnt der Stern des kommenden deutschen Diktators seinen Aufstieg; er ist katholisch wie die meisten seiner wichtigsten Vertrauten. Von jenem Lande … des Nazismus läßt uns Maurice Laporte wissen: "Seine zwei Feinde heißen Protestantismus und Demokratie."
Preußens Besorgtheit ist somit verständlich.
"Welche Art besonderer Fürsorge der Vatikan Bayern angedeihen läßt, das ihm mit seinem Hitlerschen Nationalsozialismus die stärksten Kontingente rekrutiert, ist leicht zu erraten."
Das "ketzerische" Preußen der Lenkung des "weltlichen Armes" entledigen und sie dem katholischen Bayern übertragen; was für ein Traum! Um ihn zu verwirklichen, tut Monsignore Pacelli in Zusammenarbeit mit dem Oberhaupt der Societas Jesu alles in seiner Macht Stehende.

Nach dem letzten Krieg (1914-1918) hatte sich Jesuitengeneral Halke von Ledochowski einen gewaltigen Plan zurechtgelegt: … die Schaffung einer Föderation katholischer Nationen in Mittel- und Osteuropa, mit oder ohne Habsburgerkaiser: Österreich, Slowakei, Böhmen, Polen, Ungarn, Kroatien und natürlich Bayern.
"Dieses neue Reich der Mitte hätte an zwei Fronten kämpfen müssen, im Osten gegen die Sowjetunion, im Westen gegen Preußen, das protestantische Großbritannien und das republikanische Frankreich. Monsignore Pacelli, späterer Pius XII., war damals Nuntius in München, danach in Berlin, und war enger Freund von Kardinal Faulhaber, von Ledochowskis wichtigstem Mitarbeiter. Der Ledochowskiplan war Pius' XII. Jugendtraum."
War es aber nur ein Jugendtraum? Abgesehen von dem Vorhandensein der nicht allzu gefährlichen Minderheit des lutherischen Preußens und den anerkannten Einflußzonen, die - vorübergehend vielleicht - zu Italien gehört hätten, kam das "Mitteleuropa", das Hitler zu organisieren versuchte, jenem Plan sehr nahe. Angepaßt an die Erfordernisse der Zeit, war es in der Tat der Ledochowskiplan, den der Führer unter der Schirmherrschaft des Heiligen Stuhls, mit Hilfe des päpstlichen Geheimkämmerers Franz von Papen und des Münchner, später Berliner, Nuntius Monsignore Pacelli, soeben versuchte, zu verwirklichen.
François Charles-Roux schreibt: "Während der Neuzeit hat die Weltpolitik das katholische Eingreifen nie stärker zu spüren bekommen wie in der Amtsperiode Monsignore Pacellis."
Und von Joseph Rovan: "Das katholische Bayern … macht sich also daran, all jene, die Unfrieden säen, sowie die Komplizen und Mörder der heiligen Feme (der heiligen geheimen, über die Ermordung politischer Gegner und Verräter in den eigenen Reihen entscheidenden Gerichtsversammlung) aufzunehmen und zu schützen."
Unter all diesen Agitatoren (Aufklärern) wird die Wahl für Deutschlands "Wohltäter" auf Hitler fallen, der dazu bestimmt ist, unter der Standarte des Heiligen Vaters den Sieg über die "demokratischen Irrtümer" zu erringen. Wie seine wichtigsten Mitarbeiter, ist er selbstverständlich katholisch.
"Das NS-Regime gleicht einer Wiederholung der Regierung Süddeutschlands. Name und Herkunft seiner führenden Köpfe beweisen es. Hitler ist sogar Österreicher, Göring (Hermann Göring; Politiker, 1893-1946) Bayer, Goebbels (Paul Joseph Goebbels; Politiker, 1897-1945) Rheinländer und so weiter und so fort."
1924 unterzeichnet der Heilige Stuhl ein Konkordat mit Bayern. 1927 können wir in der "Gazette de Cologne" lesen: "Pius XI. ist gewiß "der deutscheste" Papst, der je auf dem Stuhl Petri gesessen hat."
Sein Amtsnachfolger Pius XII. wird ihm diese Siegeslorbeeren abringen. Doch widmet sich jener fürs erste seiner Diplomaten- oder vielmehr politischen Laufbahn in diesem Deutschland, für das er, wie er Ribbentrop (Joachim von Ribbentrop; Diplomat und Politiker, 1883-1946) später wissen läßt, "immer eine besondere Zuneigung haben würde".
Zum Nuntius von Berlin aufgestiegen, arbeitet er mit Franz von Papen an der Zerstörung der Weimarer Republik. Am 20. Juli 1932 ruft man in Berlin den Belagerungszustand aus und vertreibt "manu militari" die Minister. Ein erster Schritt somit in Richtung Hitlerdiktatur. Man bereitet Neuwahlen vor, die den Erfolg der Nazis begründen werden.
"Unter Zustimmung Hitlers traten Göring und Strasser (Gregor Strasser; Politiker, 1892-1934) mit Monsignore Kaas, dem Chef der katholischen Zentrumspartei, in Verbindung."
Kardinal Bertram (Adolf Johannes Bertram, 1859-1945), Erzbischof von Breslau und Metropolit von Ostdeutschland (und Vorsteher der Kirchprovinz Ostdeutschland), erklärte: "Wir als Christen und Katholiken schauen weder auf Religion noch Rasse. ...". Mit vielen anderen Bischöfen versuchte er die Gläubigen vor "dem heidnischen Ideal der Nazis" zu warnen. Offensichtlich hatte dieser Prälat die päpstliche Politik nicht verstanden, doch sollte er alsbald belehrt werden.

1934 brachte der "Mercure de France" eine hervorragende Studie: "Den deutschen Katholiken war 1932 nicht klar, daß sie die Sache verloren hatten. Ihre Oberhäupter waren sich im Frühjahr anscheinend etwas unschlüssig. Sie hatten erfahren, daß der Papst Hitler persönlich zugetan wäre."
Daß Pius XI. mit Hitler sympathisierte, sollte uns nicht überraschen. … Für ihn hätte Europa nur über eine Vorherrschaft Deutschlands wieder zur Ruhe kommen können. … Schon seit langem dachte der Vatikan an eine Verlagerung des Reichsschwerpunktes mit Hilfe des "Anschlusses", und die Societas Jesu arbeitete jetzt öffentlich, insbesondere in Österreich, auf dieses Ziel (Ledochowskis Plan) hin. Wir wissen, wie Pius XI. auf Österreich baute, um, was er seine Politik nannte, zum Siege zu führen. Was verhindert werden mußte, war die Vorherrschaft des protestantischen Preußens, und da es das Reich war, das Europa beherrschen sollte … galt es, ein neues Reich zu schaffen, in dem die Katholiken das Sagen hätten. …
"Im März 1933 nutzten die in Fulda zusammenkommenden deutschen Bischöfe die Rede, die Hitler in Potsdam hielt, um zu erklären: Es ist nunmehr anzuerkennen, daß von dem höchsten Vertreter der Reichsregierung, der zugleich autoritärer Führer jener Bewegung ist, öffentlich und feierlich Erklärungen gegeben sind, durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderlichen Aufgaben und Rechten der Kirche Rechnung getragen, sowie die vollinhaltliche Geltung der von den einzelnen deutschen Ländern mit der Kirche abgeschlossenen Staatsverträge durch die Reichsregierung ausdrücklich zugesichert wird. …
Von Papen begibt sich nach Rom. Dieser Mann, dessen Vergangenheit derart himmelschreiend ist, wird zum frommen Pilger in der Mission, ein Konkordat (für ganz Deutschland) mit dem Papst abschließen. Und im Angebote machen an den Letzteren wird er Mussolini hinterher eifern."
Im Grunde geschieht in beiden Ländern das Gleiche: In Italien ist es die katholische Partei von Don Sturzo, die Mussolinis Machtübernahme absichert; in Deutschland tut dies für Hitler das "Zentrum" von Monsignore Kaas, und in beiden Fällen besiegelt den Pakt ein Konkordat.
Dies gibt Joseph Rovan wie folgt zu: "Dank von Papen, 1920 Zentrumsabgeordneter und Inhaber des Parteiorgans "Germania", kam Hitler am 30. Januar 1933 an die Macht. … Um Hitler am 26. März 1933 zu ermächtigen, wurde dieser nicht Christdemokrat, sondern der deutsche politische Katholizismus geschaffen. … Sollte die Abstimmung zu Gunsten der Ermächtigung ausfallen, so bedurfte es einer Zweidrittelmehrheit und war, um letztere zu erlangen, das "Zentrum" unverzichtbar." Selbiger Autor fährt fort: "Was wir in den Korrespondenzen und Erklärungen der kirchlichen Würdenträger unter dem NS-Regime stets finden werden, ist die inbrünstige Zustimmung der Bischöfe."
Diese Inbrunst ist unschwer erklärt, lesen wir im Folgenden von Papen:
"Zwischen dem Vatikan und dem Reich hatte es seit den Tagen der Reformation kein Konkordat mehr gegeben. Einige Länder mit überwiegend katholischer Bevölkerung hatten Länderkonkordate geschlossen, wie beispielsweise Bayern. Das überwiegend protestantische Preußen hatte trotz aller Bemühungen des Nuntius nur ein ziemlich dürftiges Abkommen mit dem Hl. Stuhl. Während der Weimarer Periode hatte das Zentrum wiederholt gesucht, zu einer Verständigung zu gelangen.
Die enge Partnerschaft und Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie hatten diese Bemühungen immer an der Schulfrage scheitern lassen. Die neue Lage in Deutschland schien nun günstig für die endgültige Regelung der kulturellen Frage. Gleichartige Abmachungen mit der evangelischen Kirche sollten folgen. …
Das Kernproblem christlicher Erziehung, die Schulfrage, war nun einheitlich geregelt, die Bekenntnisschule gewährleistet und den geistlichen Orden das Recht zur Führung von Privatschulen zuerkannt. Diese Rechtstitel, seit Jahrhunderten heiß umstritten, mußten für die christ-

liche Regeneration der europäischen Mitte von besonderer Bedeutung sein." und "Er (Hitler) beauftragte mich, dem Kardinalstaatssekretär (Pacelli) zu versichern, er würde alle Übergriffe rigoros unterbinden."
Das war kein leeres Versprechen. Neben dem antijüdischen Gemetzel und von Nazis begangenen Attentaten gab es in jenem Jahr (1933) in Deutschland bereits 45 Konzentrationslager mit 40.000 Gefangenen unterschiedlicher politischer Auffassungen, die meisten aber Liberale. Der päpstliche Geheimkämmerer Franz von Papen hat die tiefere Bedeutung des Paktes zwischen dem Vatikan und Hitler treffend charakterisiert - mit diesem Satz, den man sich merken sollte: "Der Nationalsozialismus ist eine christliche Gegenbewegung zu 1789."
Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit werden von Pius XI. 1937 die Rassentheorien als unvereinbar mit den katholischen Ansichten und Grundsätzen "verdammt", unter denen seine Apologeten amüsanterweise die "erbärmliche" Enzyklika "Mit brennender Sorge" nennen. Der NS-Rassismus wird verdammt, sein Führer Hitler hingegen nicht: "Distinguo." ("Ich unterscheide"). Und sorgsam unterläßt es der Vatikan, das vier Jahre zuvor mit dem faschistischen Deutschen Reich abgeschlossene "günstige" Konkordat zu denunzieren.
Während in Deutschland das Kreuz Christi und das Hakenkreuz gerade zusammenarbeiteten, machte sich Benito Mussolini mit dem Segen des Heiligen Vaters an die leichte Eroberung Äthiopiens.
"… Der Oberhirte verdammte Mussolinis Politik nicht und ermöglichte dem italienischen Klerus, völlig ungehindert mit der faschistischen Regierung zu kooperieren. … Die Geistlichen, vom schlichten Gemeindepriester bis zum Kardinal, waren für den Krieg. …
Eines der bemerkenswertesten Beispiele kam vom Kardinal-Erzbischof von Mailand, Alfredo Ildefonso Schuster (Jesuit, 1880-1954), der diesen Feldzug gar "einen katholischen Kreuzzug" nannte.
Kardinal Schusters Leidenschaft ist verständlich, da der Societas Jesu in Abessinien das gleiche Schicksal wie in den europäischen Ländern zuteil wurde. Mithilfe des Kaisers Seged (um 1571-1632), den sie bekehrt und auf den Thron gebracht hatten, versuchten die Söhne Loyolas durch das Hervorrufen von Aufständen und blutigen Repressionen landesweit den Katholizismus durchzusetzen, werden aber schließlich von Negus (König) Basilides (1609-1667) vertrieben.
Übrigens, Schuster war auch Rektor der merkwürdigen Institution mit dem Namen "Mystische Schule des Faschismus" (Mussolinische Kaderschmiede).
"Aufgrund der drängenden Erfordernis einer Expansion", so Pius des XI. Klarstellung, "hält Italien diesen Krieg für gerechtfertigt. …"
Zehn Tage später brachte Pius XI. in einer vor einem Veteranenpublikum gehaltenen Rede den Wunsch zum Ausdruck, daß den berechtigten Ansprüchen einer großen und edlen Nation, der er, wie er jene erinnerte, selbst entstamme, Genüge getan würde."
Des gleichen "Verständnisses" erfreute sich die faschistische (nach dem Führerprinzip organisierte, nationalistische, antidemokratische, rechtsradikale) Aggression gegen Albanien am Karfreitag 1939, wie uns Camille Cianfarra (Korrespondent der New York Times) berichtet: "Die italienische Besetzung Albaniens war für die Kirche sehr vorteilhaft. … Von den eine Million zählenden Albanern, die italienische Untertanen wurden, waren 68 % moslemisch, 20 % griechisch-orthodox und nur 12 % römisch-katholisch. … Vom politischen Standpunkt betrachtet, konnte die Annexion des Landes durch eine katholische Macht die Position der Kirche und, bitteschön, des Vatikans nur verbessern."
In Spanien hatte die Gründung der Republik nach wie vor nicht aufgehört, von der römischen Kurie als persönlicher Angriff übelgenommen zu werden. "Ich hätte es nie gewagt, Pius dem XI. gegenüber die spanische Frage auch nur zu erwähnen.", schrieb François Charles-Roux.

"Er würde mich wohl sonst nur daran erinnert haben, daß die kirchlichen Interessen in jenem großen und historischen Land Spanien einzig und allein Sache des Papsttums wären."
Und also wurde diesem "geschützten Jagdrevier" in Bälde eine Diktatur verabreicht, ähnlich jenen, die es bereits mit Erfolg in Italien und Deutschland waren. Das Abenteuer General Franco aber fand erst Mitte Juli 1936 seinen Anfang, am 21. März 1924 bereits kam es zur Besiegelung des "Pakts von Rom" zwischen Mussolini und den Chefs der spanischen reaktionären Parteien, darunter Goicoechea (Antonio Goicoechea, 1876-1953), Chef der "Renovación Espanola" ("Spanische Erneuerung").
Durch diesen Pakt verpflichtete sich die italienische faschistische Partei, die Rebellen mit Geld, Kriegsmaterial, Waffen und Munition zu versorgen. Wir wissen, daß sie sogar noch mehr, als sie versprochen hatten, taten, und daß Mussolini und Hitler nicht davon abließen, den spanischen Aufstand mit Material, Flugtechnik und "Freiwilligen" "aufzutanken".
Der Vatikan - sich seiner höchsteigenen Grundsätze, daß die Gläubigen die bestehende Regierung zu respektieren hätten, bewußt - setzte seinerseits Spanien mit Drohungen unter Druck.
"Der Papst exkommunizierte (verhängte den Ausschluß aus der katholischen. Kirche über) die Oberhäupter der Spanischen Republik und erklärte zwischen dem Heiligen Stuhl und Madrid den geistlichen Krieg. Daran anschließend verfaßte er die Enzyklika "Dilectissima nobis" (Enzyklika gegen die Anerkennung und antiklerikale Gesetzgebung der sozialistischen-bürgerlichen Zweiten Republik …) … Erzbischof Gomá (Isidro Gomá Tomás, 1869-1940), neuer Primas (oberster katholischer Bischof) von Spanien, rief den Bürgerkrieg aus."
Voller Freude akzeptierten die Prälaten Seiner Heiligkeit die Schrecken dieses brudermörderischen Konflikts und voller Bewunderung interpretiert Monsignore Gómara (Miguel de los Santos Diaz y Gómara, 1885-1949), Bischof von Cartagena, ihre apostolische (päpstliche) Gesinnung, wenn er spricht: "Gesegnet die Kanonen, in deren Breschen, die sie schlagen, das Evangelium blüht!"
Zwanzig Monate vor Bürgerkriegsende, am 3. August 1937, ward die Franco-Regierung gar vom Vatikan anerkannt.
Und um Belgien kümmerte sich die Katholische Aktion (eng an den hierarchischen Klerus angebundene und dessen Leitung unterstellte katholische Laienbewegung zur Zurückdrängung des zunehmenden Atheismus) - diese Bewegung war in ihrem Wesen natürlich durch und durch ultramontan und jesuitisch. Es galt, dem bevorstehenden Einmarsch der Hitlertruppen den Boden zu bereiten! Also wurde dort unter dem Vorwand "geistlicher Erneuerung" von Monsignore Picard, Jesuit, Pater Arendt, Jesuit, Pater Foucart, Jesuit usw. gewissenhaft das Adolf-Hitler-Evangelium gepredigt. Ein junger Belgier, der, gleichsam vielen anderen, ihr Opfer wurde, bestätigt dies:
"Zu jener Zeit waren wir bereits alle von einer Art Faschismus besessen. … Die Katholische Aktion, zu der ich gehörte, stand dem italienischen Faschismus sehr nahe. … Monsignore Picard verkündete es laut und breit der Öffentlichkeit, Mussolini sei ein Genie und brenne darauf, Diktator zu werden. … Um Kontakte mit Italien und dem Faschismus zu fördern, organisierte man Wallfahrten. Als ich mit dreihundert Studenten nach Italien ging, salutierten alle auf dem Rückweg nach römischer Art und sangen die Giovinezza (italienische Faschistenhymne).
Von einem anderen Zeugen: "Nach 1928 arbeitete die Gruppe Léon Degrelles (belgischer Politiker, 1906-1994) regelmäßig mit Monsignore Picard zusammen. … Degrelle wurde von Picard für die Unterstützung in einer besonders wichtigen Mission gewonnen: der Leitung eines neuen Verlagshauses in der Zentralstelle der Katholischen Aktion. Nicht lange und der Name des Verlages sollte berühmt werden - er lautete "Rex" (vollständiger Name: "Christus Rex" - "Christus König"). …

"Immer zahlreicher wurden die Rufe nach einer neuen Regierungsform … Mit großem Interesse verfolgte man in Deutschland die Ergebnisse dieser Propaganda. Im Oktober 1933 erinnerte uns ein Artikel im "Vlan" (Brüssler Anzeigenblatt), daß 1919 die Nazis gerade mal sieben ausgemacht hätten und die ganze Aussteuer, die ihnen Hitler wenige Jahre später mitbrachte, in seinem Agitationstalent bestanden habe … Auf der Grundlage ähnlicher Prinzipien starteten die "rexistischen" (belgisch-faschistischen) Mannen ein landesweites aktives Propagandaprogramm. Zu ihren Treffen zog es alsbald einige Hunderte, später Tausende von Zuhörern".
Natürlich hatte Hitler für den neugeborenen Nationalsozialismus, genauso wie Mussolini für den Faschismus, mehr als sein Agitationstalent mitgebracht: - die Unterstützung durch das Papsttum!
Dieselbe Unterstützung genoß auch der nur blasse Schatten dieser beiden und "Christus Rex-Chef" (Leiter des Christus Rex-Verlags) Léon Degrelle - allerdings für einen deutlich anderen Zweck. Seine Aufgabe war es, den Invasoren das Land zu öffnen.
Raymond de Becker (1912-1969) sagt: "Ich war Mitarbeiter bei der "Avant-Garde" gewesen. … Das Ziel dieser (von Monsignore Picard herausgegebenen) Zeitschrift bestand darin, die Belgien, Frankreich und England einenden Verbindungen abzubrechen."
Wie rasch die deutschen Armeen die von der kirchlichen Fünften Kolonne (kirchlich-faschistische pro-deutsche Kolonne) betrogene belgische Abwehr besiegten, ist bekannt. Und vielleicht entsinnen wir uns auch, daß sich der die deutsche Uniform anziehende "Christus Rex-Apostel" unter großem Rummel aufmachte, um "im Rahmen der Waffen-SS an der Ostfront zu kämpfen" - an der Spitze seiner sich vor allem aus der Jugend der Katholischen Aktion rekrutierenden "Wallonischen Legion". Nachdem er seine "patriotischen" Gefühle noch ein letztes Mal so richtig zum Ausdruck gebracht hatte, kam ihm ein baldiger Rückzug gerade recht und ließ ihn nach Spanien gelangen.
Maurice de Béhaut schreibt: "Vor 10 Jahren (1944) war der Hafen von Antwerpen - der drittwichtigste der Welt - nahezu unversehrt in die Hände der britischen Truppen gefallen. … In dem Moment, wo die Bevölkerung gerade begann, für ihre Not und Entbehrungen ein Ende zu sehn, da gingen die teuflischsten Erfindungen auf sie nieder: die fliegenden Bomben V1 und V2. Dieses Bombardement, das längste in der Geschichte, da es sechs Monate, Tag und Nacht, andauerte, wurde auf Anordnung der Alliierten Kommandantur sorgsam geheimgehalten. Das ist der Grund, warum sich das Martyrium der Städte Antwerpen und Lüttich bis auf den heutigen Tag unserem Bewußtsein entzieht.
Am Vorabend des ersten Bombardements (am 12. Oktober) hörten einige auf Radio Berlin die erschreckenden Äußerungen des "rexistischen" Verräters Léon Degrelle: "Ich habe meinen Führer", kreischte er, "um zwanzigtausend fliegende Bomben gebeten. Züchtigen werden diese ein hirnverbranntes Volk. Ich verspreche Ihnen, sie werden Antwerpen in eine Stadt ohne Hafen oder einen Hafen ohne Stadt verwandeln."
… Von jenem Tage an sollte sich der Rhythmus der Katastrophen und Elend furchtbarster Art bringenden Bombardements intensivieren, während auf Radio Berlin Verräter Degrelle brüllend versprach, daß noch Schlimmeres kommen werde."
So sah es aus - das letzte Lebewohl dieser Ausgeburt der Katholischen Aktion an die Heimat. Der "Christus Rex-Chef" und ergebene Schüler des Jesuiten Monsignore Picard, des Jesuiten Pater Arendt usw. hielt sich strikt an die päpstlichen Regeln.
"Würden die Männer der Katholischen Aktion", schrieb Pius XI., "weil es die Situation erlaubt, aufhören in dem Versuch, die Politik ihrer Provinz und ihres Landes zu leiten, so wäre dies Pflichtverletzung."
Léon Degrelle erfüllte diese Pflicht auf jeden Fall und zeitigte - wie man erleben konnte - Ergebnisse, die seinem Eifer in nichts nachstanden.

In Raymond de Beckers Buch lesen wir: "In Belgien hatte die Katholische Aktion außergewöhnliche Männer gefunden, die zur Musik dieser Organisation spielten, wie z.B. Monsignore Picard (der wichtigste), … Kanonikus (der Kirchenbezirksgeistliche) Cardijn (1882-1967), Gründer der belgischen CAJ-Bewegung (Bewegung der "Christlichen Arbeiterjugend" zur Zurückgewinnung der Arbeiter für Religion und Kirche), ein verdrießlicher, mürrischer und eingebildeter Mann. …"
Am 29. Mai 1940, dem Tag nach der Kapitulation, beschrieb Kardinal van Roey den Einmarsch als eine Art Himmelsgeschenk:
"Machen Sie sich bewußt", schrieb er den Gläubigen, "daß wir soeben Zeugen eines außergewöhnlichen Eingreifens der göttlichen Vorsehung sind, die im Begriffe ist, durch große Ereignisse ihre Macht zu erweisen."
Nach alledem schien also Hitler nichts weniger als ein das belgische Volk züchtigendes Läuterungswerkzeug der Vorsehung zu sein."
Etwas sehr ähnliches geschah gleichzeitig in unserem eigenen Lande (Frankreich). "Nützlicher als Siegen ist Kapitulieren" - behauptete man, uns fortwährend daran erinnernd, genau wie vor 1914, als Frankreich eine läuternde "völlige Ausblutung" zugedacht wurde.
Näher beleuchtet wird in jenen in die tiefste Versenkung verschwundenen - oder vielmehr verbannten Memoiren auch der "belgische Bauernbund - der große katholische, politische und finanzielle Motor Kardinal van Roeys, der beträchtliche Summen in den flämischen Teil der Uni Löwen pumpte. ..."
"Die Druckerei "Standaard" arbeitete ohne Unterlaß, denn sie druckte die kollaborationistischsten Aufrufe des FNV (Flämischen Nationalverbandes). Und schwamm nicht lange danach im Geld. … Zu kollaborieren wäre den "Standaard-Leitern", diesen zweihundertprozentigen Katholiken und Stützpfeilern der Kirche Flanderns, nie in den Sinn gekommen, hätte nicht zuvor der Kardinal klar und deutlich seinen Segen gegeben.
Das Gleiche sagte man von der katholischen Presse überhaupt. ..."
Alle diese Anstrengungen galten damals keinem geringeren Ziele, als Belgiens Zusammenbruch, wie uns ein weiterer katholischer Autor, Gaston Gaillard, erinnert:
"Die flämischsprachigen Katholiken wie auch die autonomistischen (nach Autonomie strebenden) elsässischen Katholiken rechtfertigten ihre Haltung mit ihrer stillschweigenden Unterstützung, die sie über den Heiligen Stuhl allezeit der deutschsprachigen Propaganda angedeihen ließen.
Als sie auf das denkwürdige, von Pius XI. am 26. Juni 1923 an seinen Staatssekretär Kardinal Gasparri gesandte Schreiben bezug nahmen, konnten sie sich leicht davon überzeugen, daß sie Roms Wohlwollen hatten und Rom natürlich nichts tat, sie umzustimmen.
Hatte nicht Nuntius Pacelli (späterer Pius XII.) deutsche Nationalisten kompetent unterstützt und der sogenannten "unterdrückten" Bevölkerung Oberschlesiens Mut gemacht? War nicht den autonomistischen Verschwörungen in Elsaß, Eupen-Malmedy und Schlesien die nicht immer unauffällige kirchliche Zustimmung zuteilgeworden? Für die Flamen war es damals leicht, ihr Vorgehen gegen Belgiens Einheit hinter den römischen Anweisungen zu verstekken. ..."
Auch bat 1942 Papst Pius XII. seine Berliner Nuntiatur (diplomatische Vertretung), Paris seine Kondolenzen zum Tode Kardinal Baudrillarts zu übermitteln und zeigte dieserart an, daß sie die Annexion Nordfrankreichs durch Deutschland als Tatsache betrachte. Womit sie wieder einmal mehr die der deutschen Expansion allezeit durch den Heiligen Stuhl und insbesondere Pius den XII. gewährte "stillschweigende Unterstützung" nur bekräftigte.
Voll Verachtung kann man heutzutage nur darüber lachen, wenn man sieht, wie die Jesuiten Seiner Heiligkeit derart Offensichtliches abstreiten und sämtliche Mittäterschaft mit der von ihnen doch selbst erst organisierten Fünften Kolonne (faschistische pro-deutsche Kolonne)

und vor allem mit Degrelle von sich weisen. Letzterer - abgeschirmt in seiner Zuflucht lebend, denn er weiß zu viel - kann in Ruhe auf Ovids berühmte Verse zurückgreifen: "Solange du glücklich bist, zählst du viele Freunde. Sind die Zeiten bewölkt, bist du allein".
Lächerlich auch, was Hw. P. Fessard (Jesuit, 1897-1978) schreibt: "Mit derart großer Ungeduld warteten wir 1916 und 1917 auf die amerikanischen Verstärkungen! Mit Schmerz erlebten wir 1939 daß, als der Krieg sogar schon erklärt worden war, Hitler von einem Großteil der Amerikaner mit Wohlwollen betrachtet wurde, noch dazu und vor allem von Katholiken! 1941 und 1942 standen wir wieder vor der Frage: Würden die Amerikaner eingreifen oder nicht."
Dem Schein nach also erfüllten den guten Pater die durch seine eigenen jesuitischen Brüder in Amerika erreichten Resultate "Mit Schmerz"! Denn, und das ist eine historische Tatsache, die "Christliche Front", eine sich gegen die US-Intervention stellende katholische Bewegung, wurde von dem Jesuitenpater Coughlin (Charles Edward Coughlin, 1891-1979), einem notorischen Hitlersympathisanten, geleitet.
"Diese fromme Organisation war bestens ausgestattet und bekam aus Berlin vom Goebbels-Ministerium vorbereitetes Propagandamaterial in Hülle und Fülle. Über sein Blatt "Social Justice" ("Soziale Gerechtigkeit") und Rundfunksendungen erreichte Hakenkreuzapostel und Jesuitenpater Coughlin eine breite Öffentlichkeit. In den wichtigsten städtischen Ballungszentren betreute er außerdem geheime, nach den Methoden der Söhne Loyolas geführte und von Naziagenten ausgebildete "Kommandozellen"."
Ein geheimes Dokument der Wilhelmstraße erklärt Folgendes: "Presse und amtliche Berichterstattung aus Nordamerika melden laufend von antijüdischen Kundgebungen der Bevölkerung. Es ist vielleicht symptomatisch für die innenpolitische Entwicklung in USA, daß die Hörerschar des bekannten antijüdisch eingestellten "Radiopriesters" Coughlin auf über 20 Millionen angewachsen ist." …<<

Der NS-Polizei- und Terrorstaat
Da die politische Polizei den NS-Ansprüchen nicht genügte, ließen Hermann Göring, der eigentliche Gründer der geheimen Staatspolizei, und Heinrich Himmler nach Hitlers Machtübernahme alle politischen Polizeiverbände der Länder gleichschalten und gründeten im April 1933 die Geheime Staatspolizei. Danach herrschte schnell "Ruhe und Ordnung", denn die Gestapo räumte überall gründlich auf und errichtete im Deutschen Reich einen Polizei- und Spitzelstaat, der alle bis dahin bekannten europäischen Überwachungs- und Terrormethoden - außer UdSSR - in den Schatten stellte.
Im Jahre 1933 ließ die NS-Justiz schon 75 % aller Todesurteile vollstrecken, während man 1932 keinen der 77 Todeskandidaten hingerichtet hatte (x074/1.103).
Der französische Historiker und Schriftsteller Edmond Paris (1894-1970) berichtete später über den Jesuitenorden und das NS-Regime (x1.001/126-133): >>**… Die Gestapo und die Gesellschaft Jesu**
Blieb Pius' des XI. und Pius' des XII. Wohlwollen und Freundlichkeit gegenüber dem Führer, den sie an die Macht gebracht hatten, nie aus, so müssen wir zugeben, daß letzterer sämtliche Bedingungen des Abkommens, durch das er dem Vatikan verpflichtet war, erfüllte. Da er ausdrücklich versprochen hatte, die Antiklerikalen zu "ersticken", folgten jene den Liberalen und Juden alsbald in die KZs. Wie der Chef des Dritten Reichs über das Schicksal der Juden entschieden hatte, ist bekannt: sie wurden schlichtweg vernichtet oder, wo vorteilhafter, zur Arbeit bis zur Erschöpfung gezwungen und dann liquidiert. In welchem letzteren Falle sich die "Endlösung" lediglich verzögerte.

Schauen wir aber zunächst, wie die besonders "autorisierte", mit dem Christusorden ausgezeichnete Persönlichkeit Franco die gemeinsame Sache zwischen Vatikan und Nazis unmißverständlich bestätigte.
"Réforme" (französische Zeitschrift) zufolge hatte die Presse des spanischen Diktators (Franco) am 3. Mai 1945 … das Folgende veröffentlicht:
"Der Sohn der katholischen Kirche Adolf Hitler starb in der Verteidigung des Christentums. Es ist daher nur verständlich, daß Worte, derer sich der Würdigung seines Lebens so viele fanden, für die Trauer um seinen Verlust nicht hinreichen. Über seinen sterblichen Überresten steht seine siegreiche tugendhafte Gestalt. Mit der Märtyrerkrone verlieh Gott ihm die Siegeslorbeeren."
Diese Grabrede des Naziführers, eine Herausforderung für die siegreichen Alliierten, wird - unter dem Deckmantel von Francos Presse - vom Heiligen Stuhl höchstselbst ausgesprochen. Es ist eine vom Vatikan via Madrid gehaltene amtliche Pressemitteilung.
Natürlich hatte dieser nunmehr fehlende Held die Dankbarkeit der römischen Kirche mehr als verdient, und sie versucht es auch nicht zu verbergen. Er diente ihr in Treue: alle jene, die ihm besagte Kirche als ihre Gegner herausstellte, bekamen die Konsequenzen zu spüren. Und dieser gute "Sohn" scheute sich nicht, zuzugeben, was er seiner Heiligsten Mutter (der katholischen "Himmelskönigin") und vor allem den sich zu ihren Weltsoldaten gemacht Habenden schuldete.
Zitat Hitler: "Vor allem habe ich von den Jesuiten gelernt. … Die Welt hat niemals etwas annähernd so großartiges gesehen, wie die hierarchische Struktur der katholischen Kirche. Es gibt da so einige Dinge, die ich den Jesuiten für die Partei abgeschaut habe. … Ich will Ihnen ein Geheimnis sagen: Ich gründe einen Orden. … In meinen Ordensburgen wird eine Jugend heranwachsen, vor der sich die Welt erschrecken wird. … Aber es gibt noch Grade, von denen ich nicht sprechen darf."
Ein weiterer hoher Hitler-Funktionär, Walter Schellenberg (1910-1953), früherer Chef der deutschen Spionageabwehr, hat nach dem Kriege diese Vertraulichkeit des Führers vervollständigt:
"So wurde die SS-Organisation (die Organisation der Sicherungs- und Überwachungsformation der NSDAP) von ihm nach den Grundsätzen des Jesuitenordens aufgebaut. Als Grundlagen dienten die Dienstordnung und die Exerzitien des Ignatius von Loyola: das oberste Gesetz war das des absoluten Gehorsams, die Ausführung eines jeden Befehls ohne Widerspruch. Himmler (Heinrich Himmler, 1900-1945) selbst, als Reichsführer SS, war der Ordensgeneral.
Der Aufbau der Führerschaft lehnte sich an die hierarchische Ordnung der katholischen Kirche an. Bei Paderborn in Westfalen hatte er eine mittelalterliche Burg, die sogenannte Wewelsburg ausbauen lassen - sie war sozusagen das große "SS-Kloster", wohin der Ordensgeneral einmal jährlich das Geheimkonsistorium (Geheimtreffen der obersten Ordensführung zur Abhaltung von geistigen und Konzentrationsübungen) einberief."
Ihrerseits demonstrierten die besten theologischen Federn die Ähnlichkeit zwischen katholischen und nationalsozialistischen Lehren. Und in dieser Arbeit waren die Söhne Loyolas die Eifrigsten. Schauen wir beispielsweise, wie der Jesuitentheologe Michael Schmaus eine Reihe von Studien zu diesem Thema der Öffentlichkeit präsentierte:
"Reich und Kirche ist eine Schriftenreihe, die dem Aufbau des Dritten Reiches aus den geeinten Kräften des nationalsozialistischen Staates und des katholischen Christentums dienen soll. … Ich sehe nämlich in der nationalsozialistischen Bewegung den schärfsten und wuchtigsten Protest gegen die Geistigkeit des 19. und 20. Jahrhunderts. … Zwischen katholischem Glauben und liberalistischem Denken gibt es keinen ideenmäßigen Ausgleich. … Nichts ist unkatholischer als eine extrem demokratische Wertung des Seins. …

Der heute wieder erwachte Sinn für eine straffe Autorität öffnet von neuem das Verständnis für die kirchliche Autorität. … In der katholischen Lehre von der Erbsünde liegt das Mißtrauen in die Freiheit begründet. … Die Tafeln des nationalsozialistischen Sollens und die der katholischen Imperative (Moralgebote) stehen freilich in verschiedenen Ebenen des Seins, jene in der natürlichen, diese in der übernatürlichen Ebene, jene besorgt um die natürliche Gesundheit des Volkes, diese bemüht um das übernatürliche Heil, wie es dem Zwecke der beiden entspricht. Aber sie weisen in dieselbe Wegrichtung. ..."
Dieses Ziel war das Europa von Hitler versprochene "neue Mittelalter". Die Ähnlichkeit zwischen dem leidenschaftlichen Antiliberalismus dieses Münchner Jesuiten und dem ebenbürtigen, bei dem "Weiheakt der FNC in der Montmartre-Kirche" zum Ausdruck gebrachten Fanatismus ist offensichtlich. Während der Besatzung schrieb Léon Merklen (1875-1949, La Croix-Leiter): "Dieser Tage scheint die Freiheit nicht mehr länger irgendeines Ansehens würdig."
Zitate wie dieses ließen sich in die Tausende fortsetzen. Ist nicht dieser Haß auf die Freiheit in allen seinen Formen das Wesen schlechthin des römischen Meisters? Leicht ist auch zu verstehen, wie die katholische "Lehre" und die "NS-Lehre" derart gut harmonisieren konnten. Der "Jesuit Michael Schmaus", der diese Übereinstimmung fähig demonstrierte, wurde zehn Jahre nach dem Kriege von "La Croix" der "große Münchner Theologe" genannt und es wird keinen mehr verwundern, zu erfahren, daß ihn Pius XII. zum "Kirchenfürsten" erhob.
Was angesichts dessen aus der "erbärmlichen" Enzyklika "Mit brennender Sorge" aus der Feder des angeblich den Nationalsozialismus verdammenden Pius XI. wird? Uns das zu sagen, bemühte sich kein Kasuist … wie auch anders!
Der "große Theologe" Michael Schmaus hatte viele Rivalen - so ein deutscher Autor, der im "Katholisch-konservativen Erbgut" das sonderbarste je von deutschen katholischen Verlagen herausgegebene Buch sah:
"Diese Anthologie bringt Texte von den wichtigsten katholischen Theoretikern Deutschlands zusammen, von Görres bis Vogelsang; sie macht uns glauben, daß der Nationalsozialismus schlicht und einfach aus katholischen Ideen geboren wurde."
Dem Autoren war, als er dies schrieb, nicht klar, welch perfekte Beschreibung er gab.
Eine weitere wohlinformierte Person und Triebfeder des Pakts zwischen Heiligem Stuhl und Berlin - der päpstliche Geheimkämmerer Franz von Papen - wurde noch deutlicher:
"Das Dritte Reich ist die erste Macht, die nicht nur die hohen Prinzipien des Papstes anerkennt, sondern auch praktiziert."
In Ergänzung hierzu das Ergebnis dieses "Praktizierens": 25 Millionen KZ-Opfer - die von den Vereinten Nationen herausgegebene offizielle Ziffer.
Hier finden wir es notwendig, etwas Gesondertes hinzuzufügen - für die Offenherzigen, die sich aber nicht darauf einlassen können, daß die organisierten Massenmorde eines der päpstlichen "hohen Prinzipien" gewesen seien. An der einen Offenheit hält man freilich sorgsam fest:
- "Derartige Barbarentaten gehören der Vergangenheit an!"
Wie es einige Apostel der Einfachheit halber sagen - achselzuckend - vor Nichtkatholiken, "für die die Feuer der Heiligen Inquisition immer noch brennen".
So sei es! Legen wir die überreichlichen Beweise der kirchlichen Grausamkeit vergangener Jahre beiseite, um das 20. Jahrhundert zu betrachten.
Wir wollen weder an die Heldentaten von Männern wie Stepinatz und Marcone in Kroatien, noch Tisos in der Slowakei erinnern, sondern uns auf die Untersuchung der Denkweise von gewissen "hohen Prinzipien" beschränken, die man so wunderbar "praktiziert" hatte.

Sind sie wirklich heutzutage veraltet - diese Prinzipien - verstoßen von einer "aufgeklärten Lehre", offiziell abgelehnt vom Heiligen Stuhl samt weiteren Fehlern einer dunklen Vergangenheit? Das ist leicht herauszufinden.
Schlagen wir doch beispielsweise die "Grande Apologétique" ("Große Rechtfertigung") von Abt Jean Vieujan auf, die, ist sie doch mit "1937" datiert, kaum als mittelalterlich beschrieben werden kann. Was lesen wir?
"Um das Prinzip der Inquisition zu akzeptieren, braucht man allein eine christliche Einstellung, und das ist es, was vielen Christen fehlt. … Die Kirche hat eine derartige Scheu nicht."
Besser kann es nicht formuliert werden.
Wird ein weiterer, nicht weniger konservativer und moderner Beweis gebraucht? Hören wir Hw. P. Janvier, einen berühmten Tagungsreferenten in Notre-Dame:
"Sollte die Kirche kraft ihrer indirekten Macht über zeitliche Fragen nicht das Recht haben, von katholischen Staaten zu erwarten, Ketzer selbst bis in den Tod hinein zu unterdrücken, um sie dieserart zu bekämpfen?
Hier meine Antwort:
Ich befürworte es freilich - selbst bis in den Tod hinein! … Und ich stütze mich zuvorderst auf die Praxis und alsdann auf die Lehre der Kirche schlechthin; und bin überzeugt, daß kein Katholik, ohne sich gewaltig zu irren, das Gegenteil sagen würde."
Eine Rätselsprache kann man dem Theologen nicht vorwerfen. Seine Rede ist klar und verständlich. Mehr mit weniger Worten kann man nicht sagen. Was das Recht betrifft, das sich die Kirche anmaßt, um jene, deren Glauben nicht dem ihrigen entspricht, auszurotten, so ist alles darin vorhanden: die sie zwingende "Lehre", das sie per Tradition legitimierende "Praktizieren", und sogar der "Aufruf an die christlichen Staaten", von dem der Hitlerfeldzug ein perfektes Beispiel gab.
Genauso wenig sind die folgenden, alles andere als zweideutige Worte in der Finsternis des Mittelalters ausgesprochen worden:
"Die Kirche kann Ketzer zum Tode verurteilen, da sich jegliche Rechte, die sie haben, in unserer Nachsicht begründen, und offensichtlich sind diese Rechte keine wirklichen."
Der dies verfaßte, war Franz Wernz (Jesuitengeneral von 1906-1915), und die Tatsache, daß er außerdem Deutscher war, macht diese Erklärung um so gewichtiger.
Ebenfalls im 20. Jahrhundert schrieb der bekannte Kirchenfürst Kardinal Lépicier (1863-1936): "Bekundet jemand öffentlich, Ketzer zu sein oder versucht, andere durch sein Reden oder Beispiel zu verderben, so kann er nicht nur exkommuniziert, sondern auch zu Recht getötet werden. ..."
"Ich verwandle mich in eine Pfeffermühle, wenn das kein klassischer Mordaufruf ist", so … Georges Courteline (französischer Bühnenschriftsteller, 1858-1929).
Den Beitrag des Oberhirten noch? Hier ist er, von einem modernen Papst, dessen "Liberalismus" kompromißlose Kleriker kritisierten, von Jesuitenpapst Leo XIII.: "Verdammt ist die Ansicht, der Heilige Geist wolle nicht, daß wir den Ketzer töten."
Welche höhere Autorität könnte nach dieser angerufen werden, außer dem Heiligen Geist?
Mag es auch jenen, die die Rauchwand (den Hinweis auf die während einer Papstwahl Rauchzeichen Ausgebenden) manipulieren, den Beschwichtigern unruhiger Gewissen, mißfallen, aber die "hohen Prinzipien" des Papsttums bleiben unverändert, und, neben anderem, ist die Ausrottung für den Glauben heute genauso gültig und kanonisch (und den Bestimmungen der katholischen Kirche entsprechend) wie ehedem. In Anbetracht der Geschehnisse in Europa zwischen 1939 und 1945 - ein Schluß von größter "Erleuchtung" - um ein Lieblingswort der Mystiker (gefühlsbetont nach unmittelbarer Verbindung mit übersinnlichen Mächten Strebenden) zu gebrauchen.

"Hitler, Goebbels, Himmler und die meisten Mitglieder der "alten Garde" der Partei waren Katholiken." wie Frédéric Hoffet (französischer Pfarrer und Psychoanalytiker) uns wissen läßt. Nicht durch Zufall war es, daß, durch die Religion ihrer Chefs, die nationalsozialistische Regierung die katholischste war, die Deutschland je hatte. … Diese Verwandtschaft zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus ist, wo wir uns eingehend mit den Propagandamethoden und der inneren Organisation der Partei befassen, nur zu auffällig. Zu diesem Thema ist nichts aufschlußreicher, als Joseph Goebbels' Werke.

Er genoß seine Erziehung in einem Jesuitenkolleg und war, ehe er sich der Literatur und Politik zuwendete, Seminarist (Priesteramtsauszubildender). … Jede Seite, jede Zeile seiner Schriften erinnert an die Lehre seiner Meister; und so betont er Gehorsam … die Mißachtung der Wahrheit. ..."Manche Lügen sind nützlich wie Brot!" verkündete er kraft eines den Schriften des Ignatius von Loyola entnommenen moralischen Relativismus (eine absolute Gültigkeit moralischer Werte ablehnenden Denkens). ..."

Die Lorbeeren des Jesuitismus verlieh Hitler seinem Propagandachef nicht, wohl aber, wie er es seinen Lieblingen erzählte, dem Chef der Gestapo: "Ich sehe Himmler als unseren Ignatius von Loyola an."

Um derart zu sprechen, mußte der Führer gute Gründe gehabt haben. Zuvorderst müssen wir bemerken, daß der Reichsführer von SS, Gestapo und Polizei - Heinrich Luitpold Himmler -, unter den katholischen Mitgliedern von Hitlers Gefolge das vom Klerikalismus imprägnierteste zu sein schien. Sein Vater war Direktor einer katholischen Schule in München, dann Erzieher des Prinzen Ruprecht von Bayern (1869-1955). Sein Bruder, ein Benediktinermönch, lebte im Kloster Maria Laach, einem der alldeutschen hohen Orte. Und er besaß einen Onkel, den Jesuiten Himmler, der am bayrischen Hof den nicht geringen Posten eines Domkapitulars (Kirchenbezirksgeistlichen) innehatte.

Der deutsche Autor Walter Hagen gibt uns zudem diese diskrete Auskunft: "Ein sehr verständnisvoller Förderer dieser Bestrebungen war der General des Jesuitenordens Graf Wlodzimierz Halke von Ledochowski. Dieser hatte auf Grund der Informationen, die sein weitverzweigter Orden zu sammeln in der Lage war, einen viel besseren Überblick über die weltpolitische und auch über die militärische Lage als die meisten anderen der hohen kirchlichen Würdenträger.

Er besaß eine lebendige Vorstellung von der Weltgefahr des Bolschewismus und machte sich keine Illusionen darüber, daß die Sowjetunion im Falle einer totalen Katastrophe Deutschlands das ganze westliche Europa unmittelbar bedrohen würde. Daher war er bereit, auf der gemeinsamen Grundlage des Antikommunismus eine Art Zusammenarbeit zwischen dem Jesuitenorden und dem deutschen Geheimdienst einzurichten."

Im Ergebnis dessen schuf man innerhalb des SS-Reichssicherheitshauptamtes eine Organisation, deren wichtigste Posten in schwarze SS-Uniformen gekleidete katholische Priester besetzten. Einer dieser übergeordneten Offiziere war Jesuitenpater Himmler.

Dieser wurde nach des Dritten Reichs Kapitulation verhaftet und in Nürnberg inhaftiert. Seine Anhörung durch den internationalen Strafgerichtshof wäre offensichtlich höchst interessant gewesen, doch da hatte die Vorsehung ein wachsames Auge: der Onkel Heinrich Himmlers erschien niemals vor jenem Gericht. Er wurde tot in seiner Zelle gefunden, eines Morgens, ohne daß der Grund seines Ablebens je öffentlich bekannt wurde.

Wir werden nicht das Andenken dieses Geistlichen beleidigen durch die Mutmaßung, er habe seine Tage, entgegen den reinen Lehren der römischen Kirche, willentlich beschlossen.

Nichtsdestotrotz war sein Tod so plötzlich und gelegen wie der ihm vorausgegangene eines anderen Jesuiten, des nicht wahrgenommenen "Mein Kampf-Verfassers" Pater Staempfle. Ein in der Tat seltsamer Zufall. …

Kommen wir aber zurück auf den Gestapo-Chef Heinrich Luitpold Himmler, der meinte, er habe des Regimes grundlegende Macht in den Händen. Waren es seine persönlichen Verdienste, die ihm einen derart hohen Posten einbrachten? Sah Hitler in ihm, als er ihn mit dem Schöpfer des Jesuitenordens verglich, einen überlegenen Genius? Das freilich implizieren die Zeugenaussagen jener, die ihn kannten, nicht, da diese in Himmler nichts anderes als Mittelmäßigkeit wahrnahmen.
Schien jener Stern damals mit geliehener Helligkeit? War es wirklich Heinrich Luitpold Himmler, der als angeblicher Chef die Gestapo und die Geheimdienste eigentlich beherrschende? Wer war es, der damals Millionen von aus politischen Gründen Deportierten und Juden in den Tod schickte? War es der flachgesichtige Neffe - oder war es sein zu Ledochowskis Lieblingen und den übergeordneten SS-Offizieren zählender und vormaliger Domkapitular am bayrischen Hofe sowie Jesuitenpater gewesener Onkel?
Einen derart indiskreten Blick hinter die Geschichtskulissen zu werfen, mag tollkühn und sogar vermessen erscheinen. Das Stück läuft auf der Bühne, vor den Beleuchtungseinheiten der Vorder-, der Ober- und der Seitenlichter. So ist das normal bei jeder Show; und wer die Requisiten sehen will, kann leicht als lästig und schlecht erzogen angesehen werden.
Und doch ist der Ort, von dem die fesselnden Schauspieler kommen, an denen der Blick der Öffentlichkeit haftet, die Hinterbühne. Da, wo wir diese "Kirchenmonster" studieren und uns klar wird, daß sie weit entfernt davon sind, den Persönlichkeiten, die sie angeblich darstellen, zu gleichen, ist das nur zu offensichtlich.
Und so scheint es auch im Falle Himmler gewesen zu sein. Aber wäre es nicht richtig, selbiges von dem zu sagen, dessen rechte Hand er war - von Hitler?
Als wir Hitler gestikulierend auf den Leinwänden sahen oder seine hysterischen Reden brüllen hörten, hatten wir da nicht den Eindruck, die Bewegungen eines schlecht eingestellten Roboters mir überdehnten Federn zu sehen? Selbst seine einfachsten und ruhigsten Bewegungen erinnerten uns an eine mechanische Marionette. Und erst seine dumpfen und grobschlachtenen Augen, fleischige Nase, aufgedunsene Physiognomie (Erscheinung), deren Derbheit hinter jenem berühmten Haarteil und scheinbar unter seine Nüstern geklebten Bürstenbart nicht zurücktrat.
War dieser Kampfhund öffentlicher Versammlungen wirklich ein Chef?, der "wahre" Herr über Deutschland, ein "echter" Staatsmann, dessen Genialität im Begriffe war, die Welt aus den Angeln zu heben?
Oder war er nur ein schlechter Ersatz für all jenes? Eine schlau aufgebauschte Deckhaut, ein Massenausnutzungsphantom, ein Aufwiegler?
Er selbst gab es zu, als er sagte: "Ich bin nur ein Bote." Francois-Poncet (André Francois-Poncet, 1887-1978), damaliger französischer Botschafter in Berlin, bestätigt, daß Hitler sehr wenig arbeitete, kein Leser war und seinen Mitarbeitern ihren Willen ließ.
Den gleichen Eindruck von Leere und Unwirklichkeit vermittelten seine Gehilfen. Deren erster, der 1941 nach Schottland geflohene Rudolf Heß (NS-Politiker, 1894-1987) sah seiner eigenen Verurteilung in Nürnberg als gänzlich Fremder zu und wir haben nie erfahren, ob er vollständig geisteskrank oder nur ein Irrer war. Der zweite war der groteske, eitle und fette, die ungewöhnlichsten Phantasieuniformen tragende Vielfraß, Gemälderäuber und - als Krönung: morphiumsüchtige - Göring.
Die anderen maßgeblichen Parteipersönlichkeiten bargen dieselbe Ähnlichkeit und bei den Nürnberger Prozessen war die für die Journalisten überraschendste Meldung, daß diese NS-Helden - abgesehen von ihren persönlichen Macken - weder intellektuell noch charakterlich glänzten und sie mehr oder weniger unscheinbar waren.

Der einzige - nicht seines moralischen Wertes, sondern seines Scharfsinnes wegen - über jener rohen Horde Stehende war der Kämmerer Seiner Heiligkeit, Franz von Papen, "der Mann für alles" … der freilich freigesprochen werden mußte.
Kommt der Führer als merkwürdige Marionette daher, war da der, dem er sich nachempfand, konsequenter? Rufen wir uns die lächerlichen Auftritte jenes "karnevalsreifen Cäsaren" (Mussolini) zurück, der seine großen schwarzen Augen unter jenem seltsamen mit Vorhangquasten geschmückten Hute funkeln lassen wollte! Und jene für die Propaganda gemachten Fotografien von seinen Füßen, und die alleinig seine gen Himmel weisenden Kinnladen zeigen, den Wundermann als unverrückbaren Felsen - Darstellung eines Willens, der keine Hindernisse kannte!
Was für ein Wille!
Aus den Vertraulichkeiten einiger seiner Gefährten bekommen wir das Bild eines stetig Unentschlossenen; dieser "furchterregende Mann", für den es hieß, mit Urgewalt "in alles eindringen" (um Kardinal Rattis, Achille Ratti, des späteren Pius XI. Begriffe zu verwenden), hat den ihm vom Jesuitenkardinal und Staatssekretär Gasparri im Namen des Vatikans gemachten Annäherungsversuchen nicht widerstanden.
Nach nur wenigen geheimen Treffen war der Revolutionär dazu überredet, unter des Heiligen Vaters Flagge mit Sack und Pack anzuheuern und die uns derart gut bekannte glänzende Karriere einzuschlagen - und so konnte der ebenfalls gut bekannte frühere Minister Carlo Sforza schreiben:
"Eines Tages, wenn die Zeit den Groll und Haß abgeschwächt haben wird, wird man - so hoffen wir - erkennen, daß die Orgie der grausamen Brutalitäten, die Italien zwanzig Jahre lang in ein Gefängnis verwandelte, und der Trümmerschutt des Zweiten Weltkriegs ihren Ursprung in einem nahezu einzigartigen historischen Fall genommen hatten: dem völligen Mißverhältnis zwischen der künstlich geschaffenen Legende um einen Namen und den wahren Eigenschaften der diesen Namen tragenden armseligen Kreatur, eines Mannes, dem Kultur kein Hindernis war."
Diese perfekte Formel ist anwendbar auf Hitler und Mussolini gleichermaßen: gleiches Mißverhältnis zwischen Legende und Eigenschaften, gleiche "Kulturlosigkeit" in jenen beiden mittelmäßigen Abenteurern mit nahezu identischen Vergangenheiten; erklären lassen sich ihre Blitzkarrieren letztlich nur durch ihre Gabe der sie ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit rückenden Massenagitation.
Wenn man weiß, daß die Erscheinung des Führers auf den deutschen Leinwänden aus heutiger Sicht nichts weiter als ein großes Lachen hervorruft, dann zweifelt man an der "künstlich geschaffenen" Legende um so weniger.
War aber nicht gerade die Minderwertigkeit dieser "Männer der Vorsehung" der Grund, weshalb man sich dafür entschied, eben diese beiden an die Macht zu hieven? Tatsache ist, daß der gleiche Mangel an persönlichen Qualitäten in allen jenen, die das Papsttum zu seinen Verfechtern wählte, zu finden ist.
Es gab in Italien und Deutschland einige "echte" Staatsmänner, "echte" Chefs, die - unter Verzicht auf dieses wahnsinnige "Mystische" (gefühlsbetonte Streben nach unmittelbarer Verbindung mit übersinnlichen Mächten) - die Fähigkeit, das Ruder zu übernehmen, durchaus gehabt hätten. Nur war deren Intellekt zu aufgeweckt und zu unfügsam. Der Vatikan und insbesondere der "schwarze Papst" von Ledochowski konnte diese - der feurigen Formel entsprechend - nicht "als Stab in seiner Hand" halten und um jeden Preis bis zum Eintreten der Katastrophe seinen Zielen dienen lassen.
Wie der Revolutionär Mussolini von den Abgesandten des Heiligen Stuhls gleichsam einem Handschuh vollends umgekrempelt wurde, haben wir gesehen.

Als genauso formbar sollte sich der eiserne Hitler erweisen. Ledochowskis Plan bestand ursprünglich darin, eine Föderation katholischer Nationen in Mittel- und Osteuropa zu schaffen, in der Bayern und Österreich (regiert vom Jesuiten Seipel) die Vorrangstellung haben würden. Bayern galt es, von der deutschen Weimarer Republik zu separieren - und wie durch Zufall war der österreichischstämmige Agitator Hitler damals bayrischer Separatist.
Die Chance aber, diese Föderation zu verwirklichen und einen Habsburger an ihre Spitze zu setzen, wurde immer geringer, während sich der von München nach Berlin gezogene Nuntius Monsignore Pacelli infolge der kläglichen Unterstützung, die ihr die Alliierten gewährten, der Schwäche der Deutschen Republik immer bewußter wurde. Und so wurde im Vatikan die Hoffnung geboren, sich Deutschlands in seiner Gänze zu bemächtigen, und der Plan entsprechend geändert:
"Was verhindert werden mußte, war die Vorherrschaft des protestantischen Preußens, und da es das Reich war, das Europa beherrschen sollte - um den Föderalismus der Deutschen abzuwenden - galt es, ein neues Reich zu schaffen, in dem die Katholiken das Sagen hätten."
Das war ausreichend. Samt seinen "Braunhemden" völlig aufräumend, wurde der bis dahin bayrische Separatist Hitler über Nacht zum motivierten Verfechter des Großreichs.<<
Seit April 1933 führte der SS-Staat in "Nacht- und Nebelaktionen" unentwegt systematische Verfolgungen durch, die oft verheimlicht werden konnten. Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahmen die SS- und SD-Einheiten ungezählte "Staatsfeinde" - Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere Regimegegner - fest. Tausende wurden in den "wilden Schutzhaftlagern" inhaftiert.
Goebbels schrieb am 18. Mai 1934 in der NS-Zeitschrift "Der Angriff" (x025/145): >>Kritik ist nur denen erlaubt, die sich nicht fürchten, ins Konzentrationslager zu kommen. ...<<
Am 4. Juli 1934 wurde Theodor Eicke für "seine persönlichen Dienste" bei der Röhm-Affäre zum "Inspekteur der Konzentrationslager und Führer der SS-Wachverbände" (SS-Totenkopfeinheiten) ernannt.
Für Eicke gab es damals grundsätzlich nur 2 Dinge, die Gültigkeit hatten: "BEFEHL und BEDINGUNGSLOSER GEHORSAM". Alle Angehörigen der SS-Wachmannschaften mußten sich total unterordnen und jeden Befehl (spezielle grausame Foltermethoden und Strafen etc.) bedingungslos ausführen (x030/79).
SS-Gruppenführer Theodor Eicke (1892-1943, seit Mitte 1934 Inspekteur der Konzentrationslager und Leiter der Wachverbände bzw. später SS-Totenkopfverbände) unterzeichnete am 1. August 1934 folgende interne Lagerordnung für das Konzentrationslager Esterwegen (x050/-154-156): >>... **Zweck**
Es bleibt jedem Schutzhaftgefangenen überlassen, darüber nachzudenken, warum er in das Konzentrationslager gekommen ist. Hier wird ihm Gelegenheit geboten, seine innere Einstellung gegen Volk und Vaterland zu Gunsten unserer Volksgemeinschaft auf nationalsozialistischer Grundlage zu ändern, oder, wenn es der einzelne für wertvoll hält, für die schmutzige 2. oder 3. Judeninternationale eines Marx oder Lenin zu sterben.
Zucht und Ordnung
Ohne Rücksicht auf Herkommen, Stand und Beruf befinden sich die Gefangenen ausnahmslos in einem untergeordneten Verhältnis. Ob alt, ob jung, hat sich jeder an militärische Zucht und Ordnung vom ersten Tage an zu gewöhnen. Alle SS-Männer, bis zum Kommandanten des Konzentrationslagers sind Vorgesetzte der Gefangenen; ihren Befehlen ist unverzüglich und ohne Widerrede Folge zu leisten.
Ehrenbezeugung
Zur Förderung der Manneszucht sind die Gefangenen gezwungen, vor allen SS-Angehörigen militärische Ehrenbezeugung zu erweisen. Wird ein Gefangener von einem SS-Mann angesprochen, so hat er militärische Haltung anzunehmen. ...

Werden Gefangenen-Unterkünfte durch einen Vorgesetzten betreten, dann hat der nächststehende Gefangene durch den Ruf "Achtung" darauf aufmerksam zu machen. Der Stubenälteste meldet die Belegstärke; die Belegschaft hat Haltung anzunehmen. ...

Pflicht zur Arbeit

Die Gefangenen sind ausnahmslos zur körperlichen Arbeit verpflichtet. Stand, Beruf und Herkommen bleiben außer Betracht. Wer die Arbeit verweigert, sich vor ihr drückt oder zum Zwecke des Nichtstuns körperliche Gebrechen oder Krankheit vorschützt, gilt als unverbesserlich und wird zur Verantwortung gezogen.

Die Arbeitzeit im ganzen Lager bestimmt ausschließlich der Lagerkommandant. Beginn und Ende der Arbeit werden durch Hornsignale oder durch die Werkstattglocke bekanntgegeben. ...

Verhalten im Lager

Johlen, Schreien und überlautes Rufen ist im Lager untersagt. ... Zusammenrottungen in der Nähe der Drahthindernisse an der Lattengrenze sind verboten. Wird dieses Verbot nicht beachtet, dann wird scharf geschossen. Befehle der Lagerposten sind unverzüglich zu vollziehen; einem Befehl kann, wenn erforderlich, mit der Waffe Nachdruck verliehen werden.

Lagerarzt

Der Lagerarzt ist nur für Kranke, aber nicht für Arbeitsscheue da. Gefangene, welche sich durch eine grundlose oder zimperliche Krankmeldung von der Arbeit zu drücken versuchen, werden der Abteilung "Strafarbeit" zugeteilt. ...

Aufwiegler

Wer im Lager, an der Arbeitsstelle, in den Unterkünften und auf Ruheplätzen politisiert, aufreizende Reden hält ... wird als Aufwiegler behandelt.

Gemeingefährlich

Wer einem Posten Geschenke anbietet, zu bestechen sucht, in seiner Gegenwart den Marxismus oder eine andere Novemberpartei verherrlicht, abfällige Bemerkungen über den nationalsozialistischen Volksstaat und seine Regierung macht, sich widerspenstig zeigt, einem fremden Lagerbesucher heimlich Mitteilung über das Lager und seine Insassen macht, Briefe, Zettel, Lichtbilder und Kleidungsstücke zusteckt, im Lager verbotene Gegenstände, Kleidungsstücke, Mützen, Zigarettendosen, die sich als Verstecke eignen, herstellt, empfängt, weitergibt, verschickt, wird als gemeingefährlich behandelt.

Strafen

Verbrechen, Vergehen und Übertretungen werden nach der Disziplinar- und Strafverordnung für Schutzhaftgefangene geahndet. ...<<

Die "SS-Wachverbände" wurden am 29. März 1936 in "SS-Totenkopfverbände" umbenannt - Kennzeichen: Totenschädel über 2 gekreuzten Knochen. Die SS-Totenkopfverbände, die damals über etwa 3.500 Mann verfügten, wurden zur Bewachung der Konzentrationslager eingesetzt. Einheiten dieser SS-Totenkopfverbände setzte Himmler ab 1941 mit den SD-Sondereinsatzgruppen auch bei den sog. "Sondereinsätzen" hinter den deutschen Kampffronten ein.

Am 17. Juni 1936 ließ Hitler gemäß Führererlaß die Leitung sämtlicher Polizeieinheiten an den Reichsführer SS Heinrich Himmler übertragen. Himmlers Stellvertreter wurde SS-Obergruppenführer Kurt Daluege, der Leiter der Ordnungspolizei. Himmler, den seine Anhänger "König Heinrich" nannten, entwickelte in den folgenden Jahren einen "perfekten" Kontroll- und Überwachungsapparat. Himmlers SS-Imperium umfaßte auch sämtliche SS-Hauptämter, die ab 1941 die sogenannte "Endlösung" durchführten.

Gemäß Erlaß vom 25. Januar 1938 wurden die NS-Schutzhaftrichtlinien ergänzt (x032/418): >>... § 1 Die Schutzhaft kann als Zwangsmaßnahme der Geheimen Staatspolizei zur Abwehr aller volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen gegen Personen angeordnet werden, die durch

ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates gefährden. ...<<
Die SS-Terrororganisationen setzten alle politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und sonstigen Ziele mit brutaler Gewalt durch. Das allgegenwärtige NS-Regime kontrollierte systematisch sämtliche Lebensbereiche. Mit Hilfe von brutalen Terrormethoden - Internierung, Folter oder Mord - wurden die persönlichen Freiheiten konsequent erstickt, das Recht gebeugt, der Anstand lächerlich gemacht und die christlichen Gebote verhöhnt, um letzten Endes das Leben, die Würde, die Gesundheit sowie das Lebensglück von Millionen Menschen zu vernichten.
Die Hauptaufgabe der Gestapo war es, politische Gegner und verdächtige Personen zu bespitzeln, zu verhaften und mit brutalsten Foltermethoden Geständnisse zu erpressen. Die Gestapo hatte gegenüber der Ordnungspolizei Weisungsrecht und wurde nicht durch Staatsanwälte der Justiz überwacht. Die Gestapo "korrigierte" sogar oftmals zu milde Gerichtsurteile und führte eigenhändige Verurteilungen sowie Hinrichtungen ohne offizielle Gerichtsverfahren durch. Solange die Gestapo den Willen des Führers durchsetzte, war jede Handlung legal. Die SS-Geheimpolizei wurde schon bald im gesamten Deutschen Reich gefürchtet.
Die Gestapo erhielt später auch den Auftrag, alle Juden, Zigeuner, Homosexuelle, Freimaurer und andere "Volksschädlinge" aufzuspüren und zu inhaftieren.
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Verwirklichung der NS-Diktatur (x051/406):
>>... Was den Nationalsozialismus aber vor allem vom übrigen europäischen Faschismus - auch vom italienischen - unterscheidet, ist die geradezu brutale Folgerichtigkeit, mit der er von 1933 an sein politisches Programm verwirklichte:
1) Die völlige Zerstörung der parlamentarischen Demokratie, die Beseitigung des Rechtsstaates und der Aufbau einer totalitären Diktatur, d.h. eines nach dem Führerprinzip gestalteten Einparteienstaates der NSDAP mit dem "Führer und Reichskanzler" Hitler an der Spitze, war schon Mitte 34 im Wesentlichen abgeschlossen.
Fast alle Deutschen waren in der NSDAP und/oder in den ihr angeschlossenen Verbänden total erfaßt, durch die Organe der Staatssicherheit - insbesondere den Sicherheitsdienst der SS - einer fast lückenlosen politischen Kontrolle unterworfen und völlig auf die politischen Ziele des nationalsozialistischen Regimes ausgerichtet.
Die Gegner des Nationalsozialismus waren zum Großteil ins Ausland geflohen, inhaftiert oder getötet, die innerparteilichen Konkurrenten Hitlers, vor allem die in der SA, ausgeschaltet worden.
Durch die Propaganda der jetzt staatlich gelenkten Medien - Presse, Rundfunk, die ständigen Massenveranstaltungen der NSDAP und ihrer Verbände und die vor allem auf den jährlich in Nürnberg stattfindenden Reichsparteitagen entfalteten Rituale und schließlich auch durch gelenkte Volksabstimmungen, mit denen Hitler und seine Regierung wichtige politische Maßnahmen scheindemokratisch legitimieren ließen, wurde die Fiktion einer unter der Führung Hitlers geeinten "Volksgemeinschaft" ständig neu erzeugt und aufrechterhalten. …<<
Schlußbemerkungen: Der "totale NS-Terrorstaat" kontrollierte und unterdrückte schon bald sämtliche Lebensbereiche. Die NS-Polizeimaschinerie war militärisch aufgebaut und gewährleistete eine lückenlose polizeiliche Überwachung des gesamten NS-Machtbereiches. Die geheime Staatspolizei, der Sicherheitsdienst und die SIPO gingen mit drakonischer Härte gegen alle vermeintlichen Gegner der NS-Diktatur vor. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen.
Jeder Widerstand der deutschen Justiz, der Wissenschaft und der deutschen Intelligenz wurde mit brutalsten Mitteln gebrochen und ausgelöscht. Tausende von aufrechten Deutschen, die sich gegen die NS-Knebelung wehrten, wurden willkürlich als "Staatsfeinde" eingestuft und sofort ausgeschaltet. Sie landeten irgendwann im Konzentrationslager, falls sie nicht sofort liquidiert wurden oder rechtzeitig ins Ausland fliehen konnten.

Der "Röhm-Putsch"

Bei der NS-Säuberungsaktion am 30.06./1.07.1934 - sogenannte "Nacht der langen Messer", die nachträglich durch das "Notwehr-Gesetz" vom 3.07.1934 gerechtfertigt wurde, liquidierten Heydrichs SS-Formationen fast alle bekannten SA-Führer, verschiedene politische Gegner und unbequeme Regimekritiker.

Ernst Röhm, Hitlers ältester Kampfgefährte und Duzfreund, den man wegen seiner angeblichen homosexuellen Neigungen landesweit verspottete, weigerte sich nach seiner Verhaftung am 30. Juni 1934, Selbstmord zu begehen und wurde daraufhin am folgenden Tag im KZ Dachau durch den Lagerkommandanten Theodor Eicke erschossen.

In der amtlichen Todesliste veröffentlichte man später 83 Namen, aber die "Röhm-Affäre" forderte tatsächlich mehrere hundert Mordopfer, die nach willkürlichen Verhaftungen liquidiert wurden.

Zu den Mordopfern des sogenannten "Röhm-Putsches" gehörten z.B.: SA-Stabschef Ernst Röhm, Gregor Strasser, während der NS-Gründerzeit Hitlers größter Konkurrent und unermüdlicher NSDAP-Organisator in Nord- und Westdeutschland, Kurt von Schleicher, letzter Kanzler der Weimarer Republik, und seine Frau, Edgar Jung, Anwalt und Politiker, plante Hitlers Sturz, Erich Klausener, kritisierte während des 32. Berliner Katholikentages die NS-Rassenpolitik, Gustav von Kahr, bayerischer Ministerpräsident, ließ 1923 den Hitler-Putsch niederschlagen.

Hitler, der vor der Weltöffentlichkeit erstmalig wie ein Gangsterboß handelte und seine Gegner rücksichtslos liquidieren ließ, schaffte es relativ leicht, diese Morde als "Staatsnotwehr" und die unschuldigen Mordopfer als verbrecherische, minderwertige Staatsfeinde hinzustellen.

Ernst Röhm bereitete damals vermutlich keinen direkten Aufstand gegen Hitler vor, sondern er beabsichtigte, die "SA-Parteikampfverbände" in eine Volksarmee umzuwandeln. Röhm strebte außerdem Verhandlungen mit England und Frankreich an.

Als Stalin von Hitlers Säuberungsaktion erfuhr, soll er Hitler angeblich gelobt haben (x080/-231): >>Hitler, was für ein Kerl! Der weiß, wie man mit politischen Gegnern fertig wird! ...<<

Dr. Wolfgang Petter schrieb später über die "Röhm-Affäre" (x051/498): >>… Angetrieben von Göring, Frick, Goebbels, Reichenau, Himmler und Heydrich steuerte er ab März 34 auf eine gewaltsame Auseinandersetzung zu, die er von den Medien propagandistisch vorbereiten ließ. Konkurrierende "Schwarze Listen" aus Partei-, SS- und Gestapokreisen bestimmten die Todeskandidaten der SA, denen zu offen enttäuschte Konservative – wie Vizekanzler Papen und seine Umgebung – hinzugefügt wurden. Die Politische Polizei wurde Himmler unterstellt, der damit die SS als Auftragsorgan einsetzen konnte.

Papens Marburger Rede vom 17.6., in der unter Beifall die konservative Unzufriedenheit öffentlich ausgesprochen wurde, drängte Hitler zum Handeln, obwohl sich durch die Beurlaubung der SA, die ihrerseits keine aktuellen Kampfabsichten hegte, die Lage entspannt hatte. Die SS empfing Waffen von der Reichswehr, die am Stichtag stellenweise selbst als Rückhalt aufmarschierte. Hitler beorderte die arglosen SA-Führer zu einer Tagung nach Bad Wiessee, wo er Röhm und seine Anhänger am 30.6.34 morgens aus den Betten holte, nach München transportieren und dort – Röhm selbst erst nach einigem Zögern – erschießen ließ. Die Anreisenden wurden auf dem Münchener Bahnhof abgefangen und meist inhaftiert.

Diese Festnahmen lösten die vorbereitete Aktion im ganzen Reich aus, die rasch ihre Grenzen sprengte und Hunderte von ursprünglich nicht vorgesehenen Opfern forderte. Die amtliche Todesliste enthielt 83 Namen, darunter die gesamte SA-Prominenz, soweit sie sich nicht – wie der neue Stabschef Lutze – eindeutig gegen Röhm gestellt hatten, dazu Schleicher, Jung, Klausener, Kahr, G. Strasser. Papen kam davon. Nicht vermerkt wurden die ungezählten Opfer selbstherrlicher Entscheidungen der SS-Mordkommandos, vor allem in Schlesien.

Das Ermächtigungsgesetz der Reichsregierung vom 3.7.34 legalisierte das Massaker nachträg-

lich als Akt der Staatsnotwehr gegen einen "Röhm-Putsch", den Heydrich aufgrund vagster Hinweise konstruiert hatte. Die stärkste Quelle von Unruhe und Willkür in der ersten Phase des Dritten Reiches war ausgeschaltet – freilich zu Gunsten der kalten Polizeiherrschaft der SS, mit der die Reichswehr das Waffenmonopol bald teilen mußte. Hitlers letzter Gegenspieler war beseitigt.<<

Schlußbemerkungen: Angesichts der Tatsache, daß die deutsche Reichswehr nachdrücklich die Zuständigkeit für alle militärischen Angelegenheiten forderte, mußte Hitler unbedingt einen Militärputsch der gefährlichen Reichswehr vermeiden. Die Reichswehr war damals die letzte noch nicht gleichgeschaltete Organisation des Deutschen Reiches, die aufgrund ihrer militärischen Ausbildung und Bewaffnung in der Lage war, das NS-Regime kurzfristig auszuschalten.

Die Raufbolde und Straßenkämpfer der SA hatten außerdem ihre Pflicht getan. Hitler benötigte zukünftig keine ungehobelten Landsknechte oder brutale Schlägerbanden, sondern ausgebildete Spezialisten und disziplinierte Soldaten. Nach Ausschaltung der SA übernahm die SS alle wesentlichen Aufgaben der SA, während die Reichswehr "Waffenträger der Nation" blieb. Nach der späteren Gleichschaltung der Reichswehr kontrollierte Hitler schließlich sämtliche wichtigen Machtpositionen des Deutschen Reiches und konnte seine Pläne ungestört realisieren.

Emigration und Widerstand

Nachdem die NSDAP alle wesentlichen Machtpositionen innerhalb des Deutschen Reiches besetzt hatte, kontrollierte das NS-Regime planmäßig und konsequent fast sämtliche Lebensbereiche. Der SS-Staat war militärisch strukturiert und gewährleistete eine totale Überwachung des gesamten Landes. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen. Jeder Auflehnungsversuch wurde sofort mit drakonischen Strafen geahndet.

Während der gnadenlosen Hetzjagd nach politischen Feinden schlugen die allgegenwärtigen SS-Angehörigen schnell und erbarmungslos zu. Das NS-Regime führte gegen die sogenannten "Staatsfeinde" - Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere - systematische Verfolgungen durch, die oft vor der deutschen Bevölkerung verheimlicht werden konnten. Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahm man Tausende von "Verdächtigen" fest und inhaftierte sie.

Obwohl die NS-Diktatur in kurzer Zeit einen totalitären Polizeiapparat errichtet hatte, formierte sich ebenso rasch eine demokratische Widerstandsbewegung. Trotz der allgegenwärtigen Gestapo und des tödlichen Terrors nahm diese Widerstandsbewegung den ungleichen und selbstmörderischen Kampf um Freiheit und Menschenwürde des deutschen Volkes auf. Tausende von Widerstandskämpfern aus allen Gesellschaftsschichten des deutschen Volkes - Politiker, Diplomaten, Geistliche, Gewerkschaftler, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Angehörige der freien Berufe, Studenten und Offiziere - sahen damals nicht tatenlos zu, wie die NS-Terroristen die Freiheit und das Recht mit Füßen traten und verhöhnten.

Die meisten deutschen Widerstandskämpfer stellten Adel und politische Gesellschaftskreise, aber auch viele evangelische und katholische Geistliche zählten zu den Gegnern des NS-Regimes. Zu den aktiven demokratischen Widerstandsgruppen gehörten z.B. Goerdeler Kreis, Freiburger Kreis, Kreisauer Kreis, Solf-Kreis und Weiße Rose.

In jener Zeit gab es natürlich auch viele Deutsche, die sich sofort in das sichere Ausland absetzten, um dort den "Widerstand" fortzusetzen, denn nach Hitlers Machtübernahme quälte man Tausende von aufrechten deutschen Frauen und Männern in den Gefängnissen und Lagern regelrecht zu Tode.

Der deutsche Historiker Heinrich Walle berichtete später über die großen Gefahren von Wi-

derstandsaktionen während des NS-Terrors (x301/86): >>Angesichts der Tatsache, daß jeder, der sich nicht vollkommen mit den Zielen der NS-Herrschaft identifizierte, als außerhalb der Volksgemeinschaft stehend betrachtet wurde und der allgemeinen Ächtung und Verfolgung verfiel, war bereits ein geistiges Abweichen von dem in einer allgegenwärtigen Propaganda vorgezeichneten Wege ein Schritt in die Isolation.
Bereits ein Verweigern oder Abseitsstehen wurde von den braunen Nachbarn als aktive Gegnerschaft angesehen und verfolgt. Eine Mitwisserschaft von möglichen Aktionen gegen das System oder auch nur von kritischen Äußerungen anderer konnte, wenn sie nicht sofort "angezeigt" wurden, tödlich sein. ...<<
Der Sozialdemokrat Friedrich Stampfer forderte damals alle Deutschen zum Widerstand gegen das NS-Regime auf (x149/105): >>Wer da zusieht, wie Deutschland dem Abgrund zugeführt wird und sich nicht auflehnt, der begeht wirklichen Landesverrat. ...<<
Friedrich Stampfer brachte sich jedoch selbst rechtzeitig in Sicherheit. Er emigrierte bereits 1933 nach Prag, floh 1939 nach Frankreich und 1940 nach Nordamerika.
In den Jahren 1933 bis 1935 flohen etwa 6.000-8.000 Kommunisten, 5.000-6.000 Sozialdemokraten, 2.000 Pazifisten und Demokraten und 2.000 Personen unterschiedlicher politischer Richtungen aus dem Deutschen Reich (x149/81).
Diese angeblichen "Widerstandskämpfer" waren damals nicht bereit, ihre Ehre, Gesundheit oder ihr Leben für den Freiheitskampf der Deutschen zu gefährden bzw. zu opfern. Zu diesen angeblichen "Widerstandskämpfern" zählten z.B. Willy Brandt, eigentlich Herbert Frahm; emigrierte im April 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, Herbert Wehner floh 1935 nach Schweden und später nach Moskau, Walter Ulbricht, emigrierte ebenfalls schon 1933 und traf 1938 in Moskau ein.
Andere deutsche Emigranten, wie die einflußreichen Politiker Heinrich Brüning, Otto Braun und Hermann Rauschning, spielten später im Ausland keine Rolle und konnten politisch fast nichts ausrichten. Alle Versuche, im Ausland, wie z.B. in Nordamerika und England, ein deutsches Nationalkomitee zu gründen, scheiterten an der strikten Ablehnung der jeweiligen Regierungen.
Der italienische Botschafter in Berlin meinte später gegenüber dem schweizerischen Geschichtsprofessor Carl J. Burckhardt (x025/150): >>... Das Leichteste ist emigrieren und protestieren, aber auch Aufstände anzetteln, Komplotte schmieden braucht weniger Kraft als der harten Wirklichkeit Tag für Tag das Mögliche abzuringen …<<
Der deutsche Historiker Sebastian Haffner schrieb später über die "Emigration" der Deutschen (x051/147-148): >>Die deutsche Emigration 1933-45 war keine Kollektivbewegung, sie brachte es nicht zu einer Organisation, und sie hat politisch nichts ausgerichtet. Der Unterschied etwa zu den österreichischen und tschechischen Emigranten von 1938/39 – zu schweigen von dem Londoner "Freien Frankreich" de Gaulles – fällt ins Auge. ...
Auch unter den deutschen Emigranten gab es einige einst prominente Politiker – Brüning, Braun, Rauschning -, aber sie haben im Ausland keine Rolle mehr gespielt und gelegentliche Versuche, in England oder Amerika so etwas wie ein deutsches Nationalkomitee zu gründen, sind stets im Ansatz steckengeblieben.
Sie scheiterten nicht erst an der wenig ermutigenden Haltung der englischen und amerikanischen Regierung. Schon die deutsche Emigration selbst – immerhin von Anfang an einige zehntausend, zum Schluß mehrere hunderttausend Menschen umfassend – war zu diffus, politisch zu gespalten und in ihrer großen Masse zu unpolitisch. Zugespitzt könnte man sagen: Es gab keine deutsche Emigration; es gab nur deutsche Emigranten. ...
Sehr möglich, daß der Wettlauf um die Atombombe durch die deutsche Emigration entschieden worden ist – durch den Zuwachs an wissenschaftlicher Kapazität, den sie Amerika und England, den Verlust, den sie für Deutschland bedeutete. Das war freilich zu der Zeit, als die

zehn oder zwanzig Wissenschaftler der Extraklasse, von denen dieser weltgeschichtliche Effekt abhing, Deutschland verließen, nicht vorauszusehen, auch von ihnen selbst nicht. Man muß zwischen Wirkungen und Motiven unterscheiden. Auch war die wissenschaftliche Prominenz der Zahl nach in der Emigration weit schwächer vertreten als etwa die literarische. Die deutsche Wissenschaft erlitt durch die Emigration lediglich einen Aderlaß; die deutsche Literatur jedoch blutete aus.
Auch auf den Nachbargebieten wie Journalismus, Theater und Film waren die Verluste enorm. Und auf dem Feld des akademischen Humanismus sind in den 30er Jahren Denkschulen von Deutschland nach Amerika verpflanzt worden, die Frankfurter Schule der Soziologie zum Beispiel, oder die Psychoanalyse. …
Emigration war in jedem Fall ein einsamer individueller Entschluß; und dieser Entschluß trug fast immer ein Doppelgesicht: Er bedeutete Flucht und Protest. ... Flucht war in dieser Frühzeit weit öfter das Emigrationsmotiv von Politikern, die in vielen Fällen auch allen Grund hatten zu fliehen. Brüning und Treviranus etwa standen während der Röhm-Affäre auf der Abschußliste … und wären unfehlbar ermordet worden, wenn sie sich nicht in letzter Stunde in Sicherheit gebracht hätten. Hätten sie bleiben sollen?
Die Frage ist nach 1945 oft in vorwurfsvollem Ton gestellt worden, gerade im Fall der Politiker, aber auch in dem der literarischen und akademischen Prominenz, die einen so großen Anteil an der Frühemigration hatte. Wenn die Besten weggingen, so hat man gefragt, was konnte man vom Durchschnittsmenschen noch erwarten? War Emigration Desertion?
Die Gegenfrage erledigt solche Vorwürfe: Was hätten sie denn in Deutschland tun sollen?
Mit ihrer Emigration setzten sie immerhin ein Zeichen. In Deutschland hätten sie kein Zeichen mehr setzen können. Es gab hier keine Möglichkeit politischer Opposition, es gab nicht einmal mehr das öffentliche freie Wort. Die Alternative hieß nach März 33 nicht mehr Weggehen oder Mitmachen. Denn selbst wer sich zu entziehen suchte, wer in die innere Emigration ging, verstummte und sich in einen harmlosen Brotberuf verkroch, konnte sich auf die Dauer nicht verhehlen, daß er, wie widerwillig und wie indirekt auch immer, mitmachte. Alles, auch das Harmloseste, diente letztlich dem Regime, das sich ganz Deutschlands bis in den letzten Winkel bemächtigt hatte.
Nur eine Alternative gab es noch: Märtyrertum. Aber es war Märtyrertum unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Märtyrer Ossietzky z.B. oder die Geschwister Scholl – haben damals innerhalb Deutschlands wenig bewegt. Die Emigranten dagegen hat man wenigstens nicht totschweigen können – zum mindesten die prominenten Emigranten nicht. ...<<
Ab 1937 verstärkte das NS-Terrorsystem die Verfolgung der "Staatsfeinde". Verhaftungen und Hinrichtungen schwächten die deutschen Widerstandsgruppen immer mehr. Im NS-Staat waren falsche Beschuldigungen, üble Nachrede und Verleumdungen an der Tagesordnung. Überall trieben Spitzel und sogenannte "Vertrauensmänner" ihr Unwesen. Sie kontrollierten und überwachten Tag und Nacht verdächtige Personen. Seit 1942 wurden alle Häftlinge, die länger als 6 Jahre in Gefängnissen oder Zuchthäusern saßen, in die Konzentrationslager "verlagert". Allein von April bis Juni 1944 ließ der NS-Justizminister 20.748 Deutsche aus politischen Gründen verhaften (x023/446).
Obgleich die deutschen Widerstandsbewegungen völlig allein gegen das hoffnungslos überlegene NS-System kämpfen mußten, gaben die entschlossenen Widerstandskämpfer den Freiheitskampf niemals auf. Trotz der großen Gefahr verübten deutsche Widerstandskämpfer seit 1933 fast 4 Dutzend Anschläge auf Hitler, die jedoch vielfach durch seltsame Ereignisse oder äußerst unglückliche Umstände scheiterten (x023/335).
Der israelische Historiker Saul Friedländer berichtete später über die totalitäre Macht und den totalitären Terror der NS-Diktatur (x036/25-26): >>... Es ist der Wille zur totalen Beherrschung von Individuen und Gruppen, der das totalitäre System antreibt, seine Opfer zu unter-

drücken und sie entsprechend auszuwählen. Wenn die Kontrolle es erfordert, entscheidet man sich ohne Unterschied für die Vernichtung dieser oder jener Gruppe. Der zu vernichtende Feind wird zu einem funktionalen Element im System totaler Herrschaft. Um eine ganze Bevölkerung zu terrorisieren oder ihre Kräfte zu sammeln, kann mehr oder weniger willkürlich erst eine Gruppe und dann eine andere herausgegriffen werden.
Die Bürokratie ist das wirkungsvollste Element totalitärer Macht und totalitären Terrors. Sie besitzt jene niedrigen Diener, deren einziger Ehrgeiz es ist, ihre Aufgabe so wirkungsvoll wie möglich zu erfüllen. Und sie kann, einmal in Gang gesetzt, von den einfachsten erkennungsdienstlichsten Maßnahmen bis zur totalen Vernichtung führen. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die deutsche Widerstandsbewegung (x063/580): >>Man kann zusammenfassen, daß Deutschland das erste von Nationalsozialisten besetzte Land war. Die Allmacht der Geheimen Staatspolizei, der SA und SS schützte sie gegen jeden Auflehnungsversuch. Um so bemerkenswerter ist es, daß es von Anfang an trotz eines bis dahin in Europa nicht dagewesenen Terrors eine Widerstandsbewegung gab, die um des wahren Deutschlands, um der Freiheit und Menschenwürde willen Verfolgung, Folter und Tod auf sich nahm. ...<<
Schlußbemerkungen: Nur sehr wenige ehemalige demokratische Politiker der Weimarer Republik, wie Theodor Haubach, Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein, Kurt Schumacher und andere, leisteten damals im Inland aktiven Widerstand.
Da es während der NS-Diktatur keinen ungefährlichen Widerstand gab, sondern höchstens nur Märtyrertum und Todesgefahr, entschlossen sich die meisten prominenten Politiker, Literaten und Akademiker zur Emigration.

Der "allmächtige Führer"
Am 7. März 1936 ließ Hitler deutsche Wehrmachtstruppen in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren und brach damit die bestehenden Friedensverträge - einseitige Verletzung des Versailler- und Locarno-Paktes bzw. deutsche Angriffshandlung. Angesichts der eigenen militärischen Schwäche erteilte Hitler die Weisung, jegliche "Feinberührungen" zu vermeiden. Nach Ansicht von Militärexperten hätte die deutsche Wehrmacht damals keine energische Militäraktion der europäischen Westmächte überstanden und wäre schon innerhalb von wenigen Tagen zusammengebrochen (x051/495). Der Völkerbund und die Siegermächte protestierten zwar, verhängten jedoch keine weiteren Sanktionen.
Nach dem Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland bemühte sich der französische Ministerpräsident … vergeblich um britische Hilfe (x069/170): >>Die ganze Welt, vor allem die kleinen Völker, richten heute ihr Augenmerk auf England. Wenn England jetzt handelt, kann es die Führung in Europa übernehmen. Dann haben Sie eine Politik, die ganze Welt wird Ihnen folgen, und damit werden Sie den Krieg verhindern. Es ist Ihre letzte Chance. Wenn Sie Deutschland nicht jetzt Einhalt gebieten, ist alles verloren. Wenn Sie Deutschland nicht heute mit Gewalt zum Stillstand zwingen, ist der Krieg unvermeidlich, selbst wenn Sie eine vorübergehende Freundschaft mit Deutschland schließen.<<
Am 16. März 1935 wurde die Reichswehr in "Wehrmacht" umbenannt.
Hitler gab am 16. März 1935 die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht bekannt (x191/76): >>Die Regierung des heutigen Deutschen Reiches aber wünscht nur eine einzige ... Macht: es ist die Macht, für das Reich und damit wohl auch für ganz Europa den Frieden wahren zu können.<<
Nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde das Deutsche Reich fast völlig isoliert. England, Frankreich, Italien und alle Staaten Ost-Mitteleuropas verbündeten sich gegen das NS-Regime und schlossen entsprechende Militärabkommen.
Winston Churchill lobte Hitler trotz alledem im Jahre 1935 (x025/128): >>... für den Mut, die

Beharrlichkeit und die vitale Kraft, die ihn befähigen, allen Mächten und Widerständen, die seinen Weg versperrten, zu trotzen oder sie herauszufordern, sie zu versöhnen oder zu überwinden.<<
Hitler eröffnete am 1. August 1936 in Berlin die XI. Olympischen Sommerspiele. An diesen Olympischen Spielen nahmen 49 Nationen - ohne Spanien und die Sowjetunion - teil. Deutschland und die USA stellten mit 427 bzw. 367 Sportlern die größten Mannschaften (x032/295).
Am 16. August 1936 wurden die XI. Olympischen Sommerspiele mit einer glänzend inszenierten Abschlußfeier im Berliner Stadion beendet. Deutschland stellte mit 33 Goldmedaillen, 26 Silbermedaillen und 30 Bronzemedaillen die erfolgreichste Mannschaft der Spiele. Die Vereinigten Staaten von Amerika belegten mit 24 Goldmedaillen, 20 Silbermedaillen und 12 Bronzemedaillen den 2. Platz der Nationenwertung (x175/328).
Der evangelische US-Pfarrer Frank Buchmann erklärte nach seiner Rückkehr von den Olympischen Sommerspielen (x032/299): >>... Ich danke dem Himmel für einen Mann wie Adolf Hitler, der eine Verteidigungslinie gegen die Antichristen des Kommunismus aufgebaut hat.<<
Die europäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich wollten nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg kein Risiko eines weiteren Krieges eingehen. Sie blieben neutral und bildeten im September 1936 lediglich den "Londoner Nichteinmischungsausschuß".
Die Nichteinmischung Großbritanniens und Frankreichs sowie die Duldung der Teilnahme von deutschen und italienischen Truppen am Spanischen Bürgerkrieg bestärkten Hitler und Mussolini, ihre bisherige aggressive Außenpolitik fortzusetzen bzw. später drastisch auszuweiten.
Die Zeitung "Daily Mail" bezeichnete im Jahre 1936 das Hitler-Reich als eine "Notwendigkeit für Europa". Für den britischen Ex-Premierminister David Lloyd George war Hitler damals einer der größten lebenden Deutschen, ein "deutscher George Washington" (x025/129).
US-Botschafter Dodd meldete am 27. Januar 1937 aus Berlin (x068/228): >>Informationen, die mir in letzter Zeit zugegangen sind, besagen, daß amerikanische Banken erwägen, Italien und Deutschland neue Kredite und Anleihen zu geben, obgleich die Kriegsindustrie dieser beiden Länder bereits groß genug ist, um den Frieden der Welt zu bedrohen.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die Unterstützung des NS-Regimes durch US-Banken (x068/228): >>Die Fürsorge des amerikanischen Großkapitals für Hitler dauerte sogar nach Jahren seiner Terrorherrschaft noch fort. Und natürlich hatte man längst in diese Fürsorge auch die italienischen Faschisten eingeschlossen, hatte etwa J. P. Morgan & Co. Mussolini schon in den zwanziger Jahren Kredite und Anleihen im Wert von 100 Millionen Dollar gegeben. Warum auch nicht – wenn Mussolinis damaliger Bundesgenosse, Papst Pius XI., der ihn schon mit an die Macht gebracht und diese dann wie keiner sonst gefestigt hatte, doch auch mit Morgan verbunden war?!
Denn soweit der größere Teil der vatikanischen Milliarden nicht bei der Crédit Suisse, Zürich, steckte, hatte man sie beim Bankhaus in New York deponiert, dessen nicht-katholischem Oberhaupt John P. Morgan, Papst Pius XI. denn auch für all seine Verdienste 1938, ein Jahr vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, einen hohen päpstlichen Orden verlieh. Derselbe Papst, der auch Hitler die Diktatur ermöglichte, da er von ihm, wiederholt erklärt, die Zerstörung des Kommunismus und Bolschewismus erwartete, was ohne Krieg nicht möglich war.
... Amerikanische Banken, darunter besonders Morgan und Dillon, Read, hofften seinerzeit auf einen Krieg Hitlers gegen Rußland und waren bereit, ihn dafür zu finanzieren.<<
Die NS-Regierung zog am 30. Januar 1937 die deutsche Anerkennung des Versailler Kriegsschuldparagraphen zurück.
Sir Winston Churchill, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister, veröffent-

lichte im August 1937 sein Buch "Große Zeitgenossen".
In diesem Buch schrieb er z.B. über Hitler (x172/83): >>... Wer Herrn Hitler selbst begegnet ist von Staats wegen oder auf gesellschaftlichem Parkett, fand einen hochkompetenten, kühlen, gutinformierten Funktionär vor, mit angenehmen Umgangsformen und einem entwaffnenden Lächeln, und kaum jemand konnte sich seinem persönlichen Charme entziehen. ...<<
Der italienische Staatschef Mussolini erklärte am 28. September 1937 während einer Massenkundgebung in Berlin (x032/389): >>... Die größten und echtesten Demokratien, die die Welt heute kennt, sind die deutsche und die italienische. ...
Wichtig ist, daß unsere beiden großen Völker, eine gewaltige Masse von 115 Millionen, zusammenstehen in einer einzigen unerschütterlichen Entschlossenheit. Diese gigantische Kundgebung gibt der Welt den Beweis. ...<<
Ernst von Weizsäcker schrieb damals über den italienischen Staatschef Mussolini (x032/389): >>... Mussolini ist ein vollsaftiger, übersprudelnder Diktator. Ihn anzusehen macht vergnüglich.<<
Sir Winston Churchill schrieb am 10. Oktober 1937 in der Zeitung "News of the World" (x172/86): >>... Es wäre dumm von den Briten, Mussolinis welthistorischen Rang zu unterschätzen oder die erstaunlichen Charaktereigenschaften Mut, Verstand, Selbstbeherrschung und Ausdauer, für die er beispielhaft steht.<<
Ein britischer Politiker erklärte im November 1937 während einer Unterhaltung mit Hitler (x073/176): >>Er und andere Mitglieder der Regierung (seien) davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne. ...<<
Der britische Politiker Edward Halifax berichtete am 5. Dezember 1937 über ein Treffen mit Hitler (x172/89-90): >>... Ich fand alles, was er erzählte, furchtbar spannend und wollte ihn gar nicht gehen lassen.<<
Hitler erteilte am 11. März 1938 den Geheimbefehl "Unternehmen Otto", militärische Vorbereitungen für den Einmarsch in Österreich zu treffen, um Österreich mit dem Deutschen Reich zu vereinigen.
Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg mußte am 11. März 1938 wegen eines drohenden Bürgerkrieges zwangsweise zurücktreten. Nach Schuschniggs Rücktritt wurde der österreichische Nationalsozialist Arthur Seyß-Inquart neuer Bundeskanzler und bildete ein nationalsozialistisches Übergangskabinett. Seyß-Inquart rief danach per Rundfunk die NS-Formation zum Schutz von Ruhe und Ordnung auf.
Der österreichische Bundeskanzler Seyß-Inquart forderte am 12. März 1938 vereinbarungsgemäß die "militärische Hilfe" des NS-Regimes an, um den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu vollziehen. Der deutsche Einmarsch entwickelte sich schnell zum Triumphzug. Die deutschen Wehrmachtstruppen marschierten damals, ohne auf Widerstand zu stoßen, unter dem Jubel der einheimischen Bevölkerung in Österreich ein.
Der Wiener Rundfunk sendete am 12. März 1938 eine Rede des österreichischen NSDAP-Landesleiters (x191/83): >>... Unser Ziel ist erreicht: Ein Volk, ein Reich, ein Führer! Heil unserem Führer! Heil Hitler!<<
Das österreichische Parlament löste am 13. März 1938 den Staat Österreich per Gesetz auf und beschloß ein Gesetz über den Reichsanschluß - "Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich". Österreich war danach ein Teil des Deutschen Reiches. Um die Wiedervereinigung zu legitimieren, sollten am 10. April 1938 in Deutschland und Österreich Volksabstimmungen durchgeführt werden.
Hitler hielt bereits am 14. März 1938 Reden in Linz und Wien. Die Wiener Bevölkerung emp-

fing Hitler unter dem Geläut aller Glocken mit großer Begeisterung. Zehntausende jubelten Hitler in Wien zu: "Führer, wir danken dir!"
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Anschluß Österreichs (x051/27): >>(Anschluß) ... Am 14.3. verkündete Hitler unter tosendem Jubel auf dem Wiener Heldenplatz "den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich". Gleichzeitig trat das "Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" in Kraft. Österreich, gegliedert in Reichsgaue, hieß nun Ostmark. Die Westmächte ließen es bei papierenen Protesten bewenden.
Es kann kein Zweifel sein, daß bei allen Vorbehalten gegenüber nationalsozialistischen Zahlenangaben das Ergebnis der Volksabstimmung über den Anschluß am 10.4.38 die überwältigende Zustimmung in beiden Ländern spiegelt - offiziell Österreich: 99,75 %, Deutsches Reich: 99,0 %.
Selbst Sozialistenführer Renner begrüßte in klarer Einschätzung der Volksstimmung Hitlers Aktion und stimmte öffentlich mit "Ja", obwohl er die Folgen für die österreichische Sozialdemokratie genau abschätzen konnte.
Der österreichische Episkopat unter Kardinal Innitzer ließ die Kirchen mit Hakenkreuzfahnen schmücken und würdigte "freudig", daß die Nationalsozialisten "auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaus ... Hervorragendes geleistet" hätten, ungeachtet der gleich nach dem Anschluß einsetzenden Verfolgung der politischen Gegner und der Juden. Schon Anfang April 38 wurde das KZ Mauthausen errichtet.<<
Am 17. März 1938 forderte der sowjetische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, die Westmächte während einer Pressekonferenz in Moskau auf, die NS-Aggressionen einzudämmen (x058/361).
Der französische Botschafter in Moskau schrieb im März 1938 in einem Bericht für die französische Regierung (x149/91): >>Es ist klar, daß die Unternehmungen Hitlers wie Glieder einer Kette ineinandergreifen und daß jedes Glied, indem es sich schließt, ein weiteres erfaßt: Wiederaufrüstung, Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, Wiederbesetzung des Rheinlandes, Anschluß Österreichs.
Ebenso klar ist es, das die bisherige passive Haltung der Westmächte nur dazu angetan ist, Hitler zu ermutigen, seiner Kette weitere Glieder anzufügen, und daß er, wenn überhaupt, so nicht eher einhalten wird, als bis alle deutschsprachigen Bevölkerungsteile in Europa dem Reich einverleibt sind -, es sei denn, daß ihm der Weg dazu verlegt wird.<<
Der Anschluß Österreichs wurde am 10. April 1938 durch Volksabstimmungen bestätigt. 99,73 % der Österreicher und 99,08 % der Deutschen waren für den Anschluß und stimmten mit "Ja" (x032/438).
Eine britische Friedensmission traf am 3. August 1938 in der CSR ein.
Der britische Sonderbeauftragte Runciman schrieb später über das "sudetendeutsche Problem" (x069/172): >>... Ich bin daher der Auffassung, daß diese Grenzdistrikte (mit starker deutscher Mehrheit) sofort von der Tschechoslowakei an Deutschland abgetreten werden sollten.<<
Der ungarische Regierungschef Miklos von Horthy reiste vom 22. bis zum 26. August 1938 ins Deutsche Reich, um mit Hitler einen deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrag zu schließen. Hitler forderte Horthy während der Verhandlungen auf, ihn bei der Lösung des CSR-Problems zu unterstützen. Als Gegenleistung versprach Hitler, die Rückgabe der 1919 an die Tschechoslowakei verlorenen Gebiete. Obwohl sich Horthy damals noch vorsichtig zurückhielt, bekam Ungarn später nach Zerschlagung der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und der Verkleinerung Rumäniens erhebliche Gebiete zugewiesen.
Der französische Außenminister stellte dem englischen Botschafter in Paris am 10. September 1938 folgende vertrauliche Frage (x243/65): >>... Deutschland kann morgen die Tschecho-

slowakei angreifen. In diesem Falle würde Frankreich sofort mobilisieren. ...
Marschiert ihr mit uns? Was wird die Antwort Großbritanniens sein? ...<<
Infolge der Unruhen im Sudetenland ließ Staatspräsident Benesch am 13. September 1938 in den Grenzbezirken das Standrecht verhängen.
Der US-Botschafter in Paris, William Bullit, berichtete am 14. September 1938 über die französische Stimmung (x028/53): >>In den letzten Tagen haben die französischen Zeitungen viele Landkarten veröffentlicht, aus denen die volkszugehörige Aufteilung der Tschechoslowakei hervorgeht. ...
Die öffentliche Meinung beginnt Stellung zu beziehen: Warum sollten wir Frankreichs ganze Jugend auslöschen und den Kontinent Europa zerstören lassen, nur um die Herrschaft von 7 Millionen Tschechen über 3.200.000 Deutsche zu sichern? ...
Bei der allgemeinen Ansicht von Franzosen und Briten, daß Benesch im innersten Herzen beschlossen habe, lieber einen allgemeinen europäischen Krieg zu provozieren als eine vollständige Autonomie der unterworfenen Nationalitäten in der Tschechoslowakei hinzunehmen, wird zweifellos starker Druck auf Prag angesetzt werden.<<
Die tschechische Regierung wurde am 19. September 1938 aufgefordert, die britisch-französischen Vorschläge zu akzeptieren, da Großbritannien und Frankreich derzeitig keinen Krieg führen könnten (x041/96).
Am 29. September 1938 arbeiteten die westeuropäischen Diplomaten in München fieberhaft, um einen Kriegsausbruch zu verhindern.
Walther von Brauchitsch, ab 4.02.1938 Oberbefehlshaber des Heeres, und Franz Halder, ab 1.09.1938 Generalstabschef, wollten Hitlers Kriegspläne verhindern. Ein Stoßtrupp von etwa 30 jungen Offizieren, Studenten und Arbeitern wartete damals auf den Befehl, in die Reichskanzlei einzudringen und Hitler zu erschießen (x069/173-174).
Der geplante Staatsstreich wurde jedoch nicht durchgeführt, weil die Briten und Franzosen schließlich vereinbarten, wegen der Sudetendeutschen keinen europäischen Krieg zu führen und Hitlers Forderungen während der Konferenz von München akzeptierten. Die CSR mußte die deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien bis zum 10.10.1938 an das Deutsche Reich abtreten. Die Rest-CSR erhielt Sicherheitsgarantien der Großmächte.
Der deutsche Historiker Gerhard Ritter schrieb später über die verhängnisvolle britische Außenpolitik der Nachgiebigkeit (x069/174): >>... Chamberlains "policy of appeasement" (Beschwichtigungspolitik) hat sehr dazu beigetragen, daß dieser Staatsstreich nicht zur Durchführung gelangte. Wiederholt haben ihn deutsche Diplomaten aufgefordert, vor Hitlers Drohungen nicht zurückzuweichen und Hitler zu eröffnen, daß England zu den Waffen greifen würde, wenn er gewaltsam vorgehen wolle.
Aber Chamberlain glaubt noch, er könne dem deutschen Diktator durch Entgegenkommen zu einer Politik des Friedens bestimmen, und will angesichts der unzulänglichen Rüstung Englands nicht das Risiko eines Krieges auf sich nehmen.
Enttäuscht schreibt damals Goerdeler, ein Führer der deutschen Widerstandsbewegung, an einen Freund in den USA: "Eine ausgezeichnete Gelegenheit ist verpaßt worden. Das deutsche Volk wollte keinen Krieg, die Armee würde alles getan haben, ihn zu vermeiden. Wenn England eine entschlossene Haltung gezeigt und öffentlich dem deutschen Volk erklärt hätte: wir sind bereit, alle eure begründeten Ansprüche zu befriedigen, doch nicht unter dem Druck der Gewalt, und nur, wenn alle Fragen auf einmal in aller Offenheit und mit der festen Absicht erörtert werden, einen gesicherten Dauerfrieden herzustellen und die gefährlichen Lasten der Aufrüstung zu beseitigen, wenn England und Frankreich nur das Risiko eines Krieges auf sich genommen hätten, Hitler würde nie Gewalt angewendet haben. Und dann wäre er der Blamierte gewesen und nicht, wie es jetzt der Fall ist, die guten Elemente meines Volkes.
Indem Chamberlain vor einem kleinen Risiko zurückscheute, hat er einen Krieg unvermeidbar

gemacht. Das englische wie das französische Volk werden nun ihre Freiheit mit den Waffen zu verteidigen haben. Doch sie werden in der Zukunft unter weit schwierigeren Bedingungen zu kämpfen haben."<<
Als Großbritannien, Frankreich und Italien am 29./30. September 1938 in München dem Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich zustimmten, atmete ganz Europa auf.
Hitler und Chamberlain erklärten am 30. September 1938 nach dem Abschluß des Münchener Abkommens (x300/148-149): >>Wir haben heute eine weitere Besprechung gehabt und sind uns in der Erkenntnis einig, daß die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allererster Bedeutung für beide Länder in Europa ist.
Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen.
Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln, und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen. ...<<
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über das "Münchener Abkommen" (x051/394-395): >>Münchener Abkommen, am 30.9.38 geschlossener Vertrag der Regierungschefs des Deutschen Reiches, von Italien, Großbritannien und Frankreich.
Er zwang die Tschechen zur Abtretung des Sudetengebietes zwischen 1. und 10.10., zu einer international überwachten Volksabstimmung in weiteren Gebieten und einer entsprechenden Regelung für die polnischen und ungarischen Minderheiten und stellte der Tschechoslowakei eine - freilich nie verwirklichte - internationale Garantie in Aussicht. Im Münchener Abkommen kulminierten drei Entwicklungslinien:
… Obwohl die Tschechen in ihrer 1918 gegründeten Mehrvölkerrepublik in der Nationalitätenpolitik ohnehin nicht immer eine glückliche Hand bewiesen hatten, bedeutete die politisch-ideologische Gleichschaltung der Sudetendeutschen Partei mit der Berliner Politik ab Ende 33 eine zusätzliche Belastung für die innertschechische Stabilität. Die Sudetenkrise eskalierte "planmäßig" entsprechend Hitlers Weisung an Henlein vom 28.3.38, stets mehr zu fordern, als die Tschechen erfüllen könnten.
… Hitler ging unmittelbar nach dem Anschluß Österreichs an die Verwirklichung seiner Pläne, die Tschechoslowakei zu "zerschlagen".
Das geschickt instrumentalisierte und dramatisch propagierte Prinzip der nationalen Selbstbestimmung war für ihn nur ein Hebel zur Erreichung weiterer geostrategischer und ökonomischer Etappenziele auf dem Weg zur Ostexpansion: Vernichtung der vorgeschobenen tschechischen Bastion der Sowjetunion, Aufhebung der Flankenbedrohung, Verbreiterung der Wirtschaftsbasis, Glacis für den Aufmarsch gegen Osten.
… Die britische und in ihrem Schlepptau die französische Regierung sahen keinen Anlaß, die scheinbare Verwirklichung des von ihnen selbst mitproklamierten Prinzips der nationalen Selbstbestimmung zu blockieren, schätzten ihre Möglichkeiten zu militärischen Hilfeleistungen für eine bereits international isolierte Tschechoslowakei im Konfliktfall äußerst gering ein und verfolgten im Rahmen des Appeasement nur das Ziel, die an sich längst zugestandenen Grenzrevisionen ohne Gesichtsverlust friedlich am Verhandlungstisch abzuwickeln. …
Das Münchener Abkommen, ein frühes Beispiel moderner "Gipfeldiplomatie", rettete den Frieden für ein Jahr …<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete am 27. September 2008 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung (x887/...): >>**Wie das Sudetenland zum Reich kam**
Vor 70 Jahren schlossen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien das Münchner Abkommen …

Das wegen seiner äußeren Umstände und umstrittenen Akteure oft übel beleumundete Abkommen, bei dessen Formulierung die betroffene Tschechoslowakei gar nicht mitgewirkt hat und das deswegen gern als "Diktat" abqualifiziert wird, beinhaltete seinem Wortlaut nach in Wahrheit aber gar nicht die Abtretung des Sudetenlandes, sondern legte nur Zeit und Art ihres Vollzugs fest und traf Ausnahmeregelungen.
Tatsächlich wurde die Abtretung bereits zwischen dem 17. und dem 22. September 1938 vereinbart, und zwar unter aktiver Mitwirkung des damaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Benesch. …
Da Eile geboten war, schickte er seinen früheren Sozialminister Jaromir Necas am 16. September, gleich nach Chamberlains Treffen mit Hitler in Berchtesgaden, nach Paris und ließ den beiden Westmächten ausrichten, daß er bereit sei, sudetendeutsches Gebiet abzutreten, wenn ihm dies "abgefordert" werde. Das Angebot umfaßt allerdings nur knapp 20 Prozent des mehrheitlich von Deutschen besiedelten Grenzlandes. Außerdem verlangte Necas im Auftrag seines Präsidenten, daß dafür rund 55 Prozent aller Sudetendeutschen die Tschechoslowakei verlassen müßten. Da in den angebotenen Teilen des Sudetenlandes - dem westlichen Egerland und dem sogenannten Rumburger Zipfel - weit weniger Menschen lebten, kann man hier bereits von einem Vertreibungsplan sprechen.
Dennoch war diese Offerte ein Versuch Beneschs, vor seinen Landsleuten und vor der Welt als angeblich konzessionsbereites "Opfer" der Großmächte dazustehen und auf diese Weise seine gescheiterte Politik seit 1918 in ein günstigeres Licht zu rücken. Vor allem Großbritannien war mit diesem fragwürdigen Angebot aber nicht mehr zufrieden und drängte Prag entschieden zur Abtretung aller Gebiete, in denen die Deutschen die Mehrheit stellten - andernfalls, so die Botschaft aus London und Paris, würde die Tschechoslowakei im Falle eines deutschen Angriffs alleine dastehen. Daraufhin lenkte Benesch am 21. September in einer Note ein, und eben dieser Notenwechsel ist die Vereinbarung, auf die im ersten Satz des Münchner Abkommens bezug genommen wird. …<<
Der Frieden war scheinbar gerettet, denn Hitler beteuerte, daß er nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete keine weiteren Gebietsforderungen stellen würde. In München fanden damals große Freudenkundgebungen statt. Die Briten und Franzosen bereiteten ihren Ministerpräsidenten ebenfalls begeisterte Friedensfeiern. Die Menschen freuten sich aber leider zu früh, denn Hitler dachte in jenen Tagen keinen Augenblick daran, die vertraglichen Zusagen des Münchener Abkommens einzuhalten.
Der französische Botschafter in Moskau schrieb am 4. Oktober 1938 an den französischen Außenminister (x243/69): >>Die letzten Ereignisse ... haben gezeigt, daß weder Frankreich noch England bereit sind, sich einer deutschen Expansion in Mittel- und Osteuropa zu widersetzen. ...
Welcher Ausweg bleibt der UdSSR als auf die Politik einer Verständigung mit Deutschland zurückzukommen? ... Eine Zerstückelung Polens ... böte ... eine Notlösung, ... um das deutsche Reich von der Ukraine abzulenken – indem sie es nach Polen hineinführen, in der Hoffnung, es werde dort seinen Landhunger stillen. ...
Ich habe Grund zu der Annahme, daß diese Idee bereits jetzt die sowjetischen Machthaber beschäftigt. ... Der stellvertretende sowjetische Außenminister sagte mir, "Polen bereitet seine vierte Teilung vor". ...<<
Winston Churchill war im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meinte, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).
Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 sogar zum Mann des Jahres (x268/50).
Trotz der gewaltsamen Besetzung der Tschechoslowakei erläuterte der britische Premiermini-

ster Chamberlain am 17. März 1939 in Birmingham, "daß die in den Pariser Verträgen festgelegten Grenzen ungerecht gewesen seien" (x028/56).
Premierminister Chamberlain erklärte am 17. März 1939 während dieser Rede in Birmingham (x243/67): >>... Wieviel Rücksicht hat man genommen auf den Grundsatz der Selbstbestimmung, ... als er die Trennung des Sudetengebietes von der Tschechoslowakei und dessen Einverleibung in das Reich forderte?
Deutschland hat der Welt unter seinem jetzigen Regime eine Serie von unangenehmen Überraschungen bereitet. Das Rheinland, der Anschluß Österreichs, die Lostrennung des Sudetengebietes. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über Hitlers aggressive Innen- und Außenpolitik (x192/439-440): >>... Alle Maßnahmen, die der Beseitigung des Versailler Vertrages galten, wurden im Volk freudig begrüßt. Weimar verhandelte mühsam, Hitler setzte eigenmächtig Fakten und scherte sich keinen Deut um Verträge.
Das machte Eindruck – nicht nur in Deutschland, wo die Verehrung für den "Führer" ins Kultische wuchs, sondern sogar im Ausland, das allenfalls mit müden Protestnoten reagierte. Sei es die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, das Rüstungsprogramm für die Land-, See- und Luftstreitkräfte oder die Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlands - stets wußte die Propaganda diese politischen Schachzüge als patriotische Pflichterfüllung des "Führers" zu würdigen, der angeblich das deutsche Volk aus den Fesseln von Versailles befreite.
Wer sich allerdings von der Propaganda nicht benebeln ließ, konnte bald erkennen, daß es Hitler nicht um eine Revision von Versailles ging, sondern um Etappen auf dem Weg zu einem Weltanschauungskrieg zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus. ...
Nicht alle Beobachter beklagten diese unverhüllten Verletzungen der Friedensvereinbarungen von 1919, und auch die harten Maßnahmen der linken und rechten totalitären Regierungen wurden nicht einmütig verurteilt. Im Westen hatte man vielfach den Eindruck, daß die faschistischen und kommunistischen Diktatoren ihre Wirtschafts- und Sozialprobleme auf ähnliche Weise - und mit deutlich mehr Erfolg als die eigenen, demokratischen - zu lösen suchten, und beide Ideologien erfreuten sich in den meisten Demokratien einer nicht geringen Anhängerschaft.
Die autoritären Methoden, die gegen Regimegegner eingesetzt wurden – wahllose Verhaftungen, Schauprozesse, Arbeits- und Konzentrationslager – waren zweifellos bekannt, doch viele entschuldigten sie mit dem Argument: "Wo gehobelt wird, da fallen Späne." Wer zum Widerstand gegen den Kommunismus oder gegen die Aggression Hitlers und Mussolinis aufrief, wurde als Kriegstreiber abgestempelt ...<<
Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7 und 8 - 2001 über den "Weg in den Zweiten Weltkrieg" (x853/...): >>... In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre wurde die internationale Politik zunehmend von Spannungen beherrscht. Diese fanden ihren Ausdruck im Einfall Japans in Zentralchina, dem Krieg Italiens gegen Abessinien, der deutsch-italienischen Intervention im Spanischen Bürgerkrieg, vor allem aber der Revision der Versailler Ordnung durch Deutschland.
Der deutsche Reichskanzler Hitler war ein typischer österreichischer Alldeutscher und ein ebenso typischer "Frontkämpfer" des Weltkrieges 1914/18. Sein erklärtes außenpolitisches Ziel war die Wiederherstellung jener Vormachtstellung, die Deutschland und Österreich-Ungarn bis 1918 in Mitteleuropa innegehabt hatten, diesmal aber unter dem Vorzeichen eines "Großdeutschland", in dem alle in Mitteleuropa lebenden Deutschen vereinigt sein sollten. Zwar sprach Hitler gelegentlich davon, daß Deutschland "Lebensraum im Osten" gewinnen müsse, aber es gab keinerlei konkrete Planung zur Verwirklichung dieses Zieles. Bis 1941 gingen sämtliche deutschen Rüstungsprojekte nur von einem Krieg in Mitteleuropa aus. Die

von Hitler angestrebte Restauration der Machtverhältnisse in Europa mußte alle Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zunichte machen, weshalb ein Interessenkonflikt mit den Siegermächten von 1918, vor allem mit England und Frankreich, unvermeidlich war.
Im Jahre 1938 erfolgte der Anschluß Österreichs und des Sudetengebiets, der deutschen Kerngebiete des ehemaligen Österreich-Ungarn, an das Deutsche Reich. Im März 1939 besetzte die deutsche Wehrmacht die sogenannte "Resttschechei", die als "Protektorat Böhmen und Mähren" einen ähnlichen Status erhielt wie einstmals eine Provinz in der k.u.k. Monarchie.
England und Frankreich hatten die deutsche Revisionspolitik nur mit äußerstem Widerwillen hingenommen, aber der britische Premierminister Chamberlain hatte erkannt, daß ein neuer Weltkrieg den Ruin des britischen Weltreiches bedeuten würde und hatte daher alles getan, um einen militärischen Konflikt zu vermeiden. Aufgrund der innenpolitischen Instabilität Frankreichs waren die Pariser Regierungen außenpolitisch nur begrenzt handlungsfähig und es blieb ihnen nichts anderes übrig, als Chamberlain zu folgen.
Deutschland konnte sich beim Anschluß Österreichs und des Sudetengebiets auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen, und es wäre den Regierungen in England und Frankreich schwergefallen, ihre Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen, nur um die Österreicher und die Sudetendeutschen daran zu hindern, sich an das Deutsche Reich anzuschließen. ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete später über die Gründe für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (x878/...): >>**Die Ursprünge des 2. Weltkriegs**
Im Jahre 1961 veröffentlichte Alan Taylor ein Buch über die "Ursprünge des 2. Weltkriegs", das in Großbritannien heftigste Diskussionen auslöste. …
Vorausgeschickt werden muß, daß Taylor ein anerkannter Fachhistoriker der Außenpolitik der europäischen Großmächte … und der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts war. Er war ein hervorragender Kenner insbesondere der britischen Außenpolitik und der einschlägigen Aktenlage. Nicht ohne Grund war er bis zu seinem "Rauswurf" 1964 Professor an der Eliteuniversität Oxford. ...
Solange er das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung in Österreich oder den Sudeten einforderte, hatte er ein Prinzip des Versailler Vertrags auf seiner Seite. Versailles hatte das Selbstbestimmungsrecht allen Völkern zugesprochen - außer den Deutschen:
Das österreichische Parlament hatte 1919 einstimmig für den Anschluß an das Deutsche Reich votiert, was in den Versailler Verträgen dann verboten wurde. Die dreieinhalb Millionen Deutschen in Böhmen/Mähren hatte niemand gefragt, ob sie tschechoslowakische Staatsbürger werden wollten. Die Trennung Ostpreußens vom Reich durch den polnischen Korridor und die Lage Danzigs waren in Deutschland durchweg als unerträglich abgelehnt worden. Die Revision des Versailler Vertrags wurde von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen mitgetragen. Das wußte man in London und Paris. Man war beunruhigt und fragte sich, wie man die sich abzeichnenden und zuspitzenden Krisen/Konflikte entschärfen könnte. ...
Hitlers politischer Instinkt, mit dem er sich vorsichtig und abwartend von Erfolg zu Erfolg gehangelt habe, sei durch München korrumpiert worden. Danach habe er geglaubt, mit Bluff, Einschüchterungen, Drohungen und gekonnt orchestrierten Nervenkriegen weitere Erfolge einfahren zu können. Schließlich hatte man in London und Paris das Münchner-Abkommen als großen Erfolg und Triumph der Appeasement-Politik gefeiert. …<<
Schlußbemerkungen: Bis 1938 nahm Hitler eine Reihe von innen- und außenpolitischen Korrekturen vor, die nicht unberechtigt waren. Der selbsternannte "Führer" handelte meistens instinktiv richtig und erkannte oft frühzeitig die internationale Entwicklung und Schwachstellen seiner Gegner. Die eigenmächtig durchgeführten riskanten Revisionen stellten nicht nur eine angemessene internationale Beteiligung des Staates her, sondern sie beseitigten gleichzeitig einige nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages.

Nach den kampflosen Aktionen des Jahres 1938, wie z.B. die "Heimkehr Österreichs und des Sudetenlandes, herrschte zwar große Zufriedenheit, aber keine ausgelassene Stimmung. Das "Münchener Abkommen" wurde lediglich als "Wiedergutmachung" für das 1919 angetane Unrecht angesehen. Infolge der beeindruckenden innen- und außenpolitischen Erfolge waren nicht wenige Deutsche der Meinung, daß es weiter aufwärts gehen würde.
Der erfolgsverwöhnte Führer wurde nicht selten abgöttisch verehrt. Für viele war der selbstherrliche Hitler damals der "allmächtige Führer" bzw. eine "erlöserhafte Heilsfigur". Er besaß 1938/39 nachweislich das Vertrauen großer Bevölkerungsschichten. Millionen von begeisterten Anhängern des NS-Regimes, nicht nur die Jugend, sondern auch viele naive oder getäuschte Erwachsene, folgten diesem fanatischen Diktator mit blinder Ergebenheit bis zum bitteren Ende in das Verderben.
Herbert Ludwig berichtete später (am 15. Mai 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Instrumentalisierung Hitlers durch britische Machteliten (x962/…): >>**Das britische Schachspiel - Die Instrumentalisierung Hitlers für die westliche Kriegs-Strategie**
Weltpolitik ist weitgehend ein Intrigenspiel im Gewande der Diplomatie, in dem Machtsüchtige durch Täuschen und Lügen die Ausdehnung ihrer Herrschaft vorbereiten, um sie dann mit militärischen Mitteln zu vollenden. Von Friedrich Nietzsche ist der Ausspruch überliefert: "*Ein Politiker teilt die Menschheit in zwei Klassen ein: Werkzeuge und Feinde. Das bedeutet, daß er nur eine Klasse kennt: Feinde."* ("Wille zur Macht")
Die größten Imperialisten und begabtesten Politiker, die ihre "Feinde" als Werkzeuge einzusetzen verstehen, sind die britischen Machteliten und ihre amerikanischen Zöglinge und Nachfolger. Sie haben zur Politik eine instinktive Veranlagung. Aus einem überschauenden Bewußtsein, gleichsam aus einer Metaebene operieren sie nach weiträumigen und langfristigen strategischen Plänen, schieben andere Staaten wie Schachfiguren in die gewünschten Positionen, um sie dann kaltblütig ihren Zielen zu opfern.
"Vergessen Sie niemals", warnte der Militärattaché der japanischen Botschaft in London den Deutschen Joachim von Ribbentrop, "*daß die Briten die schlausten Menschen auf Erden sind, die es in der Verhandlungskunst ebenso wie bei der Manipulation der Presse und der öffentlichen Meinung zur absoluten Meisterschaft gebracht haben."*
Die britische Deutschland-Politik im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges bietet für die Künste der britischen Schachspieler ein makabres Beispiel, dem hier nachgegangen werden soll.
Die britische Fassade
Die britische Sieger-Geschichtsschreibung und im gehorsamen Gefolge auch die deutsche bezeichnen die Appeasement- (Beschwichtigungs-) Politik Großbritanniens gegenüber Hitler als einen bedauerlichen Irrtum, eine schwere Fehleinschätzung. Man habe das Hitler-Regime unterschätzt und sich in Illusionen bewegt zu glauben, man könne es mit Wohlwollen, Zugeständnissen und Entgegenkommen beschwichtigen und befrieden.
Es wird also, wie der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido G. Preparata in einer Untersuchung schreibt, der *Mythos* vermittelt, "*Großbritannien, das wohlgesinnt war, (wäre) nicht in der Lage gewesen, die Absichten der Nazis zu erkennen, und habe sich infolgedessen etwas Schuld an dem nachfolgenden Desaster aufgeladen. Diese Kurzsichtigkeit sei daher gekommen, daß seine Elite sich ... tiefgehend über außenpolitische Fragen in verschiedene einander widerstreitende Strömungen zerrissen vorfand. ... Hitler habe, so lautet die Entschuldigung, aus dieser politischen Zwietracht vollen Nutzen für seine wahnsinnigen Ambitionen gezogen."*
Preparata fügt lapidar an: "*Die Wahrheit sieht anders aus."*
Die britische Strategie
Die britische Führungsschicht hatte und hat im Großen und Ganzen eine einheitliche Struktur und Zielsetzung. Meinungsunterschiede gab es nur über das politische Vorgehen, nicht über

Prinzipien und Ziele. *"Die Briten waren niemals geteilter Ansicht in der Frage, was mit Hitler geschehen solle. Das war ganz offensichtlich: zerstört ihn zu gegebener Zeit und richtet Deutschland zugrunde! Das verlangte die Logik des Empires."*
Die angloamerikanische imperialistische Logik lag ja bereits dem Ersten Weltkrieg zugrunde: Deutschland als wirtschaftlichen Konkurrenten auszuschalten und insbesondere ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern. Und da man die Ziele noch nicht ganz erreicht hatte, wurden im Versailler "Vertrag" die Keime für den zweiten Teil des neuen "Dreißigjährigen Krieges gegen Mitteleuropa" (Churchill) gelegt, von denen das reaktionär nationalistische Hitlerregime bereits - mit Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise - als eine Frucht emporgewachsen war.
Über diese Strategie waren sich die britischen Eliten alle einig. *"Strittig war eher eine pragmatische Frage. Wie konnte man die Nazis am besten irreleiten, damit sie wieder in die Falle eines Zweifrontenkrieges tappten? Die Antwort lautete: indem man mit ihnen tanzte. Und tanzen taten die Briten, sie hatten beim Walzer durch die diplomatischen Ballsäle immer geführt und hinterließen beim Herumwirbeln ein Muster, das in der Tat einem voraussagbaren Ablauf entsprach."*

Die Taktik der Briten

In der Tat gab es nach außen hin verschiedene einander widerstreitende Gruppierungen in der britischen Politik:
1) die Antibolschewisten, die für die Wiederaufrüstung Deutschlands eintraten, um es als Bollwerk gegen den Kommunismus aufzubauen, den es zu zerstören gelte (und damit natürlich auch Deutschland);
2) die Vertreter einer "Drei-Blöcke-Welt", die Deutschland auch aufbauen, aber zwischen einen westlichen Block der englisch sprechenden Völker und einen bolschewistischen Ostblock einbinden und den letzteren dadurch eher in Schach halten als zerstören wollten und
3) die Anhänger eines "Appeasements". (Man kann auch noch eine "Frieden-um-jeden-Preis-Fraktion" ausmachen.)
Waren das ernsthafte unterschiedliche politische Strömungen aus der Bevölkerung, oder handelte es sich um ein Schauspiel einer sich weitgehend einigen Elite des Empires für die Öffentlichkeit, um mit aufgefächerten, sich widersprechenden Politik-Konzepten Verwirrung zu stiften und dahinter ganz andere Ziele zu verfolgen? Der die Zeitereignisse aufmerksam verfolgende Rudolf Steiner machte bereits 1916 aus seiner genauen Kenntnis der britischen Verhältnisse, insbesondere der hinter und in der Politik wirkenden Geheimgesellschaften, auf solche Methoden aufmerksam:
"*Da haben die Menschen in der Regel überhaupt keinen Begriff davon, daß Dinge, die nebeneinander auftreten, eigentlich zusammen gedacht sind und gewissermaßen zusammen veranstaltet sind. In solchen weitumfassenden und in tonangebende Kreise hinaufreichenden okkulten Verbrüderungen wie diejenigen im Britischen Reiche ... weiß man, was der eine zu tun hat, was der andere zu tun hat, und wie man wirkt im Leben.*
Da weiß man ganz gut, was es bedeutet - ich will Ihnen einen konkreten Fall erwähnen - wenn man auf der einen Seite versucht, daß Staatsmänner Englands nach und nach befreundet werden mit gewissen Staatsmännern eines kleinen Donaustaates, der ein Teil Österreichs ist. ... Aber das macht man nicht bloß für sich; sondern daneben macht man das andere, daß man z.B. ein wirksames Buch erscheinen läßt, in dem man ganz besonders schimpft über das Volk, das in diesem Staate lebt, so daß man das, was man auf der einen Seite hinstellt, auf der anderen Seite aus den Angeln hebt. So etwas hat eine Bedeutung, wenn es methodisch gemacht wird ... So wird es gemacht, mit allen diesen Dingen, die scheinbar nebeneinander einhergehen."
Preparata deckt die gleiche Methode zwischen den beiden Weltkriegen auf. Die Briten tanz-

ten, wie oben von Preparata bereits zitiert, mit den Nazis. *"Dabei wandten sie die Taktik an, eine Vielzahl politischer Formationen so zu aktivieren, wie man sich Werkzeuge für die verschiedenen Aufgaben, die anfallen werden, passend zurechtlegt. ... Somit verfügte das Empire ... über mindestens drei zur Verfügung stehende Masken."*

Ausgangslage

Von 1919 bis 1926 beherrschte die erste Gruppe, die Antibolschewisten, Regierung und Politik. Zu ihnen gehörten Lord Curzon, der führende außenpolitische Experte Sir Eric Simon, Lord D'Abernon, General Smuts und H. A. L. Fisher. "*Sie taten alles ihnen Mögliche, um die Reparationsregelungen zunichte zu machen, die deutsche Wiederaufrüstung zu erlauben und um das niederzureißen, was sie 'französischen Militarismus' nannten."*

D'Abernon trat "*für ein geheimes Bündnis Großbritanniens 'mit den militärischen Führern Deutschlands zur Kooperation gegen die Sowjetunion' ein."* Als Botschafter in Berlin von 1920-1926 blockierte er "*alle Bemühungen der Entwaffnungskommission, Deutschland zu entwaffnen oder auch nur Inspektionen durchzuführen."*

Diesen Blickwinkel unterstützte, wenn auch aus etwas anderen Gründen, die zweite Gruppe, die als Milner- oder Round-Table-Gruppe bekannt war und den eigentlichen Kern des englischen Imperialismus bildete.

Zu ihr gehörten Lord Milner, Leopold Amery, Edward Grigg, Lord Lothian (Philip Kerr), Lord Astor, Lord Brand, Lionel Curtis, Geoffrey Dawson (Herausgeber der Times) und ihre Freunde, sowie Lord Halifax. Diese Gruppe hatte großen Einfluß, weil sie den Rhodes Trust kontrollierte, den *Beit Trust, The Times aus London, The Observer*, das einflußreiche und völlig anonyme Magazin, das als The Round Table bekannt war."

Sie beherrschte das Royal Institute of International Affairs, genannt Chatham House, das sie 1920 als Teil eines gemeinsamen anglo-amerikanischen *"Zentrums der maßgebenden Meinung"* gegründet hatten, zu dem auf amerikanischer Seite das 1921 gebildete *Council on Foreign Relations* gehörte.

Beide Gruppen waren sehr eng und freundschaftlich miteinander verbunden; Simon und Smuts waren sogar Mitglieder in beiden Gruppen, was darauf hindeutet, daß es sich im Grunde um taktische Varianten eines geschlossenen Vorgehens handelte.

"Zu den Appeasern gehörte schließlich noch eine bunte Ansammlung von Hinterbänklern wie Churchill und Lloyd George, die einen 'ehrenhaften Frieden' vorgeschlagen hatten. Hinzu kamen parteiungebundene Technokraten wie Norman und Teile der Intelligenz - Publizisten und Schriftsteller wie Keynes. Alle waren darauf bedacht, dem früheren Feind ein freundliches Gesicht zu zeigen und im Namen 'sportlicher Fairneß' neue Verbindungen mit ihm zu knüpfen."

Gegen Ende der Weimarer Zeit rückten die Antibolschewisten mehr in den Hintergrund, und die Appeaser traten stärker in Aktion. Dahinter hielten die Strategen des Round-Table das Heft in der Hand. *Sogar eine von Rolf Gardiner geführte deutsch-freundliche Randgruppe ... mit Sinn für das gemeinsame Erbe der nordischen Folklore war entstanden. Dies war allerdings eine Bewegung am Rande, ohne eine breitere Unterstützung und politischen Einfluß. Es gab keine echten deutschfreundlichen Gefühle in England, nur einen aufkeimenden Dschungel von so Tun als ob."*

Das Vorgehen

Bald nach Hitlers Machtergreifung, die ohne Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise nicht möglich gewesen wäre, begann die britische "Maskerade" (Preparata) erst richtig. Als Hitler am 9. April 1934 öffentlich ankündigte, daß Deutschland entgegen der Versailler Bestimmungen wieder aufrüsten werde, war Frankreich besorgt.

Aber von England reiste ein bekennender Nazi-Verehrer und Appeaser, Hauptmann Winterbotham, nebenbei Agent des britischen Auslandgeheimdienstes M16 und des Nachrichten-

dienstes des Luftfahrtministeriums, nach Deutschland zum führenden Nazi-Ideologen Alfred Rosenberg, den er 1931 während dessen Herbstreise nach England durch die Londoner Clubs geführt hatte. Er wurde auch vom Führer empfangen und gewann das volle Vertrauen seiner Gastgeber, die mit ihm ihre Überlegungen besprachen, wie sie zusammen mit England den Kommunismus vernichten würden.
Auf den Putschversuch österreichischer Nazis in Wien am 25. Juli 1934 wandten sich Italien und Frankreich besorgt wegen einer fälligen Strafaktion gegen Hitler an England. Doch England lehnte eine militärische Züchtigung ab; es zahle sich nicht aus. Die Franzosen mußten konstatieren, England schreibe Österreich ab und ermuntere die Nazis zu mehr. Im gleichen Monat verteidigte der Führer der britischen Konservativen Stanley Baldwin (der Fuchs), der von Juni 1935 bis Mai 1937 als Premierminister fungieren sollte, Deutschlands Recht auf eine Luftwaffe. "*Es hat aufgrund seiner wehrlosen Stellung in der Luft alle Argumente, um sich zu schützen, auf seiner Seite."*
Nun war ein Gegenmanöver fällig. Bald darauf tauchte der bisherige Appeaser Winston Churchill von den hinteren Bänken des Parlaments auf und umwarb den sowjetischen Botschafter Maisky, um den Russen ein Militärbündnis mit England gegen Hitler schmackhaft zu machen. Unmittelbar danach eilte Churchill ins Parlament, um eine Reihe alarmierender Reden zu halten, in denen er vor der Gefahr deutscher Luftangriffe auf London warnte, bei denen binnen sieben Tagen 30.000 Menschen getötet oder verstümmelt werden würden. Premier Baldwin dagegen forderte Lloyd George auf, Churchill zurechtzuweisen. Dieser übersehe, wie wichtig Deutschland für England als Bollwerk gegen den Kommunismus sei.
"Hinter Churchill sammelte sich nun ein prorussischer Anti-Nazi-Kern, während die Friedensfreunde hinter Lloyd George an Einfluß gewannen. Großbritannien zeigte jetzt der Welt ein strahlendes, demokratisches Gesicht - ein Gesicht, auf dem die Züge des zynischen Pragmatismus (des Appeasements) durch die Gemäßigten der Milner-Gruppe und die offene Gegenstimme Churchills etwas abgemildert wurden. Es war das erfrischende Antlitz des Pluralismus."
Die Pro-Nazi-Friedenspartei wurde noch publikumswirksam durch einen königlichen Kandidaten, Prinz Eduard, gekrönt, der fließend Deutsch sprach und die schönsten Sommer seiner Kindheit bei seinem Lieblingsonkel Willi, dem früheren Kaiser Wilhelm II., dem Vetter seines Vaters, verbracht hatte.
Nachdem Frankreich am 6. März 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt hatte, zog Hitler zehn Tage später nach. England "protestierte" gegen den neuen Bruch des Versailler Vertrages, trotzdem statteten Sir Eric Simon und Anthony Eden vom Auswärtigen Amt am 25. März den vorgesehenen Besuch in Berlin ab. Hitlers erneute Ausführungen über die Notwendigkeit, eine gemeinsame Front gegen den Bolschewismus zu errichten, stießen ebenso auf freundliches Wohlwollen wie sein Vorschlag, der deutschen Marine eine Tonnage von 35 % der Royal Navy zu erlauben.
Die Gespräche "*endeten mit einem Frühstücksempfang in der britischen Botschaft, bei dem der Botschafter Sir Eric Phipps seine Kinder antreten ließ, um Hitler und sein Gefolge mit dem Naziruf 'Sieg Heil` zu begrüßen."* Doch Eden reiste anschließend direkt zum Nazi-Feind nach Moskau weiter - ein frühes Beispiel für das Doppelspiel des britischen Außenministeriums. Am 18. Juni 1935 wurde das Flottenabkommen nach Hitlers Vorschlag unterzeichnet.
Am 19. Juni 1935 gab Prinz Eduard, ab Januar 1936 König Eduard VIII., sein Debüt als Pro-Nazi-Kandidat. In einer Rede forderte er die Veteranen-Legion auf, die Feindseligkeiten des großen Krieges zwischen England und Deutschland für immer zu begraben. Standing Ovations überschütteten ihn, "*während sich ringsherum die Union Jacks mit den Hakenkreuzstandarten der deutschen Veteranen mischten."*
Einen Monat später empfing Hitler britische Veteranen und schwelgte mit ihnen in der Erin-

nerung an die alten Tage in den Schützengräben, "*und das taten sie mit so viel Leidenschaft, als seien sie Waffenbrüder, die aus dem gleichen Unterstand geschossen hätten."*
Am 7. März 1936 wagte es Hitler im Vertrauen auf das englische Wohlwollen mit einer Frankreich noch weit unterlegener Wehrmacht die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes zu besetzen. Nach dem Versailler Vertrag bedeutete das Krieg. England, Italien und Belgien sollten Frankreich sofort zu Hilfe eilen.
Doch die Zeitungen *Daily Express* und *Daily Mail* spendeten Hitler Beifall. Philipp Kerr, einer der Architekten des Versailler Vertrages, und Lord Astor erinnerten an die notwendige deutsche Rolle als Damm gegen den Bolschewismus und hielten den erbosten Franzosen vor, sich wegen des verständlichen Wunsches Deutschlands, "seinen eigenen Hinterhof zu betreten", nicht streitsüchtig zu zeigen. Anthony Eden und Lord Halifax flogen nach Paris und mahnten.
"*Unterlassen Sie jeden Akt, der zum Krieg führen könnte. England will Frieden."* Auf einer Sitzung des Völkerbundes am 14. März "*verkündete Eden, mit einer perfekt doppelzüngigen Phrase des außenministeriellen Jargons zum Vergnügen der Nazis, daß die Besetzung des Rheinlandes ein Verstoß gegen den Vertrag von Versailles sei, aber keine Bedrohung des Friedens darstelle. Sie gefährde die Macht Frankreichs, aber nicht seine Sicherheit. Die Franzosen waren verblüfft."*
Im Rahmen der britischen Taktik mußte der Vorstoß der Appeaser auch eine entgegengesetzte Reaktion auslösen. "*Nach dem Rheinlandkomplott wurde die Anti-Nazi-Fraktion unter Churchills Führung und mit jüdischem Geld in eine schnellere, entschlossenere und streng geheim agierende Einrichtung, die als The Focus bekannt wurde, umgewandelt. ... Doch Hitler machte sich nicht die geringsten Sorgen wegen Churchills Partei. In seinen Augen war sie nur eine Belästigung, die zu nichts als leeren Worten fähig war."*
Hitler strebte nach einem Zusammentreffen von hohem Symbolwert und lud Premierminister Baldwin ein. Doch dieser lehnte höflich ab und schickte aus den Rängen der Appeaser Lloyd George aus, den Führer in seinem Adlerhorst in den Alpen aufzusuchen. So schüttelte Hitler nicht seinem amtierenden Amtskollegen, sondern dem früheren Premierminister die Hand, einem der erfolgreichsten Hebammen des Nazismus, der den Versailler Vertrag ausgehandelt hatte. Hitler war von ihm mehr als beeindruckt, nannte ihn ein "Genie" und wollte ihn auf dem Parteitag in ein paar Tagen zur Schau stellen.
Doch Lloyd George "*lehnte vorsichtig ab, hielt sich aber nicht dabei zurück, schlecht über die Tschechen zu sprechen. - Auch das ein Hinweis. In einem Wort: Das Treffen war ein weiterer Erfolg, und Lloyd George sollte danach den Führer in der Presse loben und ihn als den 'größten Deutschen dieses Zeitalters' würdigen."*
Schließlich kam nach all diesen Freundlichkeiten im November 1937 die Zeit, "*den Führer weiter in Richtung Krieg zu stoßen. Die Entsendung von Lord Halifax am 19. November zu Hitlers Alpenresidenz brachte die Wende in der Dynamik, die zum Zweiten Weltkrieg führte."*
Halifax sagte zu Hitler zusammengefaßt: England hält Deutschland für die Bastion gegen den Kommunismus. Es hat keinen Einwand gegen den Anschluß Österreichs und der Tschechoslowakei. Deutschland solle keine Gewalt anwenden, um seine Ziele in Europa zu erreichen, wohl wissend, daß Hitler dies angesichts der westlichen Waffenlieferungen kaum als ernst gemeint betrachten werde.
Im Februar 1938 *"erklärten Premierminister Chamberlain und Schatzkammersekretär Sir Eric Simon im Unterhaus, man könne nicht erwarten, daß Großbritannien die österreichische Unabhängigkeit unterstütze. Das war das Signal. Am 12. März marschierte Hitler in Österreich ein."*
Das in Versailles gebildete Konstrukt Tschechoslowakei, in das 3,4 Mio. Sudetendeutsche (22 % der Bevölkerung) eingeschlossen wurden, gab Hitler den nächsten vorgezeichneten Ansatz-

punkt, im Namen der "ethnischen Selbstbestimmung" einzugreifen. Die britische Presse gab Feuerschutz. Die britische Regierung verweigerte den aufständischen deutschen Militärs um General Beck die Zusammenarbeit, spielte die Kampfstärke der gut trainierten tschechoslowakischen Armee herunter, beruhigte über geheime Boten Hitler, demnächst erfolgende scharfe offizielle Stellungnahmen Englands und Frankreichs zu ignorieren und sorgte dafür, daß im Münchner Abkommen vom September 1938 die Tschechoslowakei aufgeteilt und Hitler der Weg freigemacht wurde.
Die englische Öffentlichkeit wurde durch eine geschürte Kriegshysterie stillgehalten: "*England sei durch Luftangriffe mit Giftgaseinsätzen seitens der* (deutschen) *Luftwaffe bedroht. In den ersten Septemberwochen wurden Gasmasken an die Londoner ausgegeben und Luftschutzübungen durchgeführt."* Gegen die Annexion der Rest-Tschechoslowakei durch Hitler am 14. März 1939 protestierten die Alliierten, aber dabei blieb es.
"*Um Versailles endgültig abzuwickeln, blieb jetzt nur noch Polen übrig."* Mit der Abtrennung Posens und Westpreußens an Polen, der Unterstellung Danzigs unter den Völkerbund und der damit verbundenen Trennung Restdeutschlands von Ostpreußen waren 1919 weitere Konflikte bewußt veranlagt worden.
Hitler hatte am 21.10.1938 Gespräche mit Polen begonnen, in denen er *"die Rückgabe Danzigs und einen Streifen von einem km Breite durch den polnischen Korridor für eine Autobahn und eine vierspurige Eisenbahnlinie unter deutscher Souveränität forderte. Diese ziemlich bescheidene Anfrage wurde dem polnischen Verbündeten in einer so freundlichen Atmosphäre wie möglich unterbreitet. ... Hitler wollte Polen nicht überrennen, sondern es viel lieber in den bevorstehenden Angriff auf Rußland einbinden."*
Doch Ende März 1939 wurde Polen plötzlich streitsüchtig. Er wußte nicht, daß England Polen heimlich Angebote gemacht hatte.
Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in der Tschechoslowakei konnten die Briten vor der Öffentlichkeit die Politik des Appeasements nicht mehr vertreten. Die Pro-Nazi-Friedenspartei rückte auf die hinteren Bänke, und die Round-Table-Gruppe verschmolz mit den Antibolschewisten. *"Dabei täuschte die sichtbare Front unter Führung von Halifax ein unnachgiebiges Vorgehen gegen die Nazis vor, während die geheime Front, die mit der Chamberlain-Gruppe besetzt war, Hitler weiterhin Zugeständnisse machte und 'freundliche' Zusicherungen abgab, daß England nicht in den Krieg eintreten werde.*
Hitler war genau so weit gegangen, wie man ihm erlaubt hatte. Nun war es für Großbritannien Zeit, ihn an der Westfront hereinzulegen, um den Krieg voranzubringen. Am 31. März 1939 ... informierte Chamberlain das Unterhaus, daß 'im Fall irgendeines Vorgehens, das die Unabhängigkeit Polens deutlich bedroht, die Regierung Seiner Majestät sich verpflichtet fühle, der polnischen Regierung sofort jede Unterstützung zu gewähren, die in ihrer Macht steht."
Das war ein ungewöhnlicher Blankoscheck.
Andererseits versprach Chamberlain den Nazis bis in den August hinein als Gegenleistung für Frieden eine "allumfassende politische Partnerschaft", während die Round-Table-Gruppe die Polen weiterhin bedrängte, in den Verhandlungen mit Hitler nicht nachzugeben.
"*Egal, wie raffiniert die Strategie Großbritanniens ... auch war, sie war immer die gleiche gewesen, nämlich einen Feind gegen einen anderen auszuspielen und die eigene Verwicklung dadurch abzusichern, daß es zuvor Satellitenländer förderte und den ausgewählten Feind damit wie mit Landminen umgab, in diesem Fall die Deutschen. Was England vor dem Ersten Weltkrieg mit den Garantien für Belgien getan hatte, wiederholte es nun mit Polen."*
Das Wichtige war, daß Deutschland gezwungen wurde, mit dem Krieg zu beginnen. Das gelang auch mit Hitler. Polen weigerte sich, mit Englands Bündnis im Rücken, zu verhandeln, und Deutschland marschierte nach einem halben Jahr fruchtloser Verhandlungsversuche am 1. September 1939 in Polen ein. Großbritannien erklärte Deutschland am 3. September den

Krieg, kam aber den Polen trotz aller Versprechungen nicht zu Hilfe. "*Die Royal Air Force erhielt strikte Order, ja keine deutschen Landstreitkräfte zu bombardieren."*<<

Der Zweite Weltkrieg (Fortsetzung des Zweiten Dreißigjährigen Krieges), Teil 1

> Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen, daß wir keinen Wilsonfrieden schließen, daß wir der Welt nicht unsere Versprechungen und der Öffentlichkeit nicht die Treue halten ... und wir werden mit der schwersten Schande überschüttet werden und dieser Frieden könnte dann wohl sogar noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war.
> *(Jan Smuts (1870-1950, ehemaliger Buren-General und südafrikanischer Politiker)*

Kriegsvorbereitungen für den deutsch-polnischen Krieg

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über das deutsch-polnische Verhältnis (x320/56): >>1933 forderte Polen Frankreich dreimal zu einem Zweifrontenkrieg gegen Deutschland in ihrer Mitte auf, was Frankreich ablehnt, aber dennoch in Deutschland bekannt wird. Polen hat 1933 mit 298.000 Mann noch (fast) über dreimal so viel Militär wie Deutschland mit seinem 100.000 Mann Heer. So wird Polen vor Hitlers Amtsantritt 1933 von allen demokratischen Parteien in Deutschland und auch von der Reichswehr als Bedrohung angesehen.
Erst unter den Diktatoren Hitler in Deutschland und Josef Pilsudski gibt es eine Annäherung für ein paar Jahre. Nach Pilsudskis Versuch von 1933, Frankreich zu einem Krieg gegen Deutschland aufzurufen - den Paris ja ablehnt -, lenkt er ein - und schließt 1934 mit Hitler einen Freundschaftsvertrag. …<<
Polen und das Deutsche Reich schlossen am 26. Januar 1934 einen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt, der damals das französisch-polnische Bündnissystem nachhaltig erschütterte (x300/135): >>... Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen, und sollten sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle aufgrund gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen. ...
Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.<<
Um die angestrebten außenpolitischen Pläne zu verwirklichen, benötigte Hitler vorläufige Rückendeckung im Osten. Ein deutsch-polnisches Bündnis gegen die Sowjetunion lehnten die Polen jedoch entschieden ab, denn sie verfolgten wesentlich andere Ziele.
Für Pilsudski bedeutete das deutsch-polnische Abkommen lediglich eine "Ruhepause" (x064/-134): >>... Danach müssen wir bereit sein, uns zu verteidigen. Es bleibt keine Alternative.<<
Da Polen wegen Mißachtung des vereinbarten Minderheitenschutzabkommens verstärkt kritisiert wurde, kündigte die polnische Regierung im Jahre 1934 während der Vollversammlung des Völkerbundes das Minderheitenschutzabkommen.
Der polnische Außenminister Beck erklärte am 13. September 1934 (x028/29): >>... von heute ab sich jede Zusammenarbeit mit den internationalen Organen zu versagen, soweit es sich um die Kontrolle der Anwendung des Systems des Minderheitenschutzes durch Polen handelt.<<
Als Staatschef Pilsudski am 12. Mai 1935 starb, wurde die autoritäre Regierungsweise durch "Staatsführer" anschließend fortgesetzt. Zwischen dem NS-Regime und Polen entbrannte später ein Zollkrieg um Danzig.
Polen schränkte im Jahre 1936 den Durchgangsverkehr vom Deutschen Reich nach Ostpreußen erheblich ein (x186/22). Im Rahmen der polnischen "Großmachtpolitik" verkaufte man

damals vielerorts Postkarten mit den angeblichen uralten, historischen Grenzen Polens. Die historische polnische Westgrenze verlief auf diesen Postkarten östlich von Berlin, an der oberen Elbe, umfaßt Dresden und außerdem die gesamte CSR.
Infolge der sowjetischen "Säuberungsaktionen" näherte sich Polen dem NS-Regime (Abkommen über Minderheitenschutz vom 15. November 1937).
Polen nutzte das "Österreich-Problem" am 16. März 1938 für ein Ultimatum (bis zum 19.03.1938) an Litauen. Litauen wurde mit diesem Ultimatum schließlich zur Anerkennung der umstrittenen "Wilna-Grenze" gezwungen (x041/95).
Die Londoner Zeitung "Daily Mail" berichtet am 6. Mai 1938 über die Lebensverhältnisse der Sudetendeutschen (x320/31): >>Die Deutschen sind ein sehr geduldiges Volk. Ich kann mir auch nicht einen Augenblick lang vorstellen, daß Großbritannien 20 Jahre lang ruhig zugesehen hätte, wie drei und eine halbe Million Briten unter der Knute eines durch und durch verabscheuten Volkes lebten, das eine fremde Sprache spricht und eine völlig verschiedene nationale Weltanschauung hat. Soweit ich meine Landsleute kenne, wären sie nach wenigen Jahren gegen eine solche Vergewaltigung eingeschritten.<<
Der schweizerische Geschichtsprofessor und Völkerbundskommissar in Danzig, Carl J. Burckhardt, der sich vergeblich um einen deutsch-polnischen Ausgleich bemühte, schrieb am 20. August 1938 über seine Gespräche mit dem polnischen Außenminister Beck (x025/183-184): >>Die Polen warten in scheinbarer Ruhe. Beck, während unserer nächtlichen Fahrt, hat mich etwas in seine Pläne eingeweiht. Weiterhin spielt er sein doppeltes Spiel. Es ist kein deutsches Spiel, wie manche Franzosen und die polnische Opposition glauben. Es ist ein Spiel, bei welchem man für Polen auf den höchsten Gewinn hofft, einen Gewinn, der sich ergeben soll aus einer schließlich unvermeidlichen deutschen Katastrophe. ...
Jetzt hofft man im stillen in Warschau nicht nur auf die bedingungslose Integration Danzigs in den polnischen Staatsbereich, sondern auf viel mehr, auf ganz Ostpreußen, auf Schlesien, ja auf Pommern. Im Jahre 1933 noch sprach man in Warschau vom polnischen Pommerelien, aber jetzt sagt man "unser Pommern".
Beck macht eine rein polnische Politik, eine letzten Endes antideutsche Politik, eine nur scheinbar polnisch-deutsche Entspannungspolitik seit der Besetzung des Rheinlandes und der französischen Passivität bei Anlaß dieses Vorganges. Aber man bemüht sich, die Deutschen ganz methodisch in ihren Fehlern zu bestärken. ...<<
Die polnische Regierung stellte der Tschechoslowakei am 30. September 1938 ein Ultimatum, den Industriebezirk Teschen bis zum 2. Oktober 1938 abzutreten. Teschen gehörte bis 1919/20 zum Deutschen Reich.
Außenminister von Ribbentrop übergab dem polnischen Botschafter Lipski am 24. Oktober 1938 in Berlin Vorschläge zur "Generalbereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten zwischen Deutschland und Polen" (x064/135).
Hitler beabsichtigte zunächst hauptsächlich die Wiedergewinnung Westpreußens und versuchte außerdem, die Polen für den Kampf gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Er garantierte Polen langfristig die bisherige deutsch-polnische Grenze, falls Polen eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn zwischen Ostpreußen und dem Deutschen Reich durch den sogenannten "Korridor" genehmigte und auf Danzig verzichtete. Polen sollte dafür durch sowjetische Gebiete, die man noch gemeinsam erobern mußte, entschädigt werden. Polen wurde ferner aufgefordert, dem Antikominternpakt beizutreten. Die polnische Regierung lehnte diese unsicheren, gewagten Pläne jedoch ab (x069/175). Hitlers Vorschläge vom 19. November 1938 und 5./6. Januar 1939 wurden im Vertrauen auf die eigene Stärke ebenfalls abgelehnt.
Polen schloß am 26. November 1938 einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, um sich im Osten Rückendeckung zu verschaffen.
Der polnische "Ausschuß für Nationalitätenfragen" beschloß am 19. Dezember 1938 Richtli-

nien zur radikalen Lösung der deutschen Minderheitsprobleme (x104/271).
Am 15. März 1939 wurde die Tschechoslowakei nach der Zustimmung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hácha kampflos besetzt, weil die gutausgerüstete tschechoslowakische Armee keinen Widerstand leistete und sofort bedingungslos kapitulierte.
Nach der kampflosen Besetzung der "Rest-CSR" erwarteten die Westmächte weitere "NS-Raubzüge". England und Frankreich, die während der "Sudetenkrise" im September 1938 noch nicht "kriegsbereit" waren, bereiteten sich jetzt in fieberhafter Eile auf den drohenden Krieg vor.
Hitler bot den Polen am 21. März 1939 langfristige Grenzgarantien und forderte nochmals die Rückgabe Danzigs und exterritoriale Verkehrswege (x041/97).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Danzigfrage" (x051/108):
>>Danzigfrage, seit 1919 schwelender Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und Polen um Danzig, das ohne vorherige Abstimmung – der ca. 380.000 Einwohner, darunter waren nur 12.000 Polen - am 15.11.20 zum Freistaat erklärt und dem Völkerbund unterstellt worden war; als Hoher Kommissar fungierte der Schweizer Historiker C. J. Burckhardt.
Zollhoheit und außenpolitische Vertretung des Territoriums wurden von Polen wahrgenommen, der Hafen unterstand paritätischer Verwaltung. 1933 kamen die Nationalsozialisten auch in Danzig an die Macht, die Lösung der Danzigfrage wurde indes zurückgestellt, um die innere Konsolidierung des Dritten Reiches nicht zu gefährden …
1939 spielte die Danzigfrage dann die Schlüsselrolle als Vorwand für die Entfesselung des Krieges mit Polen. Im April 39 schlug Hitler einen umfassenden deutsch-polnischen Ausgleich vor, der sich gegen die UdSSR richten sollte (Rückgabe Danzigs bei Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Polens, Bau einer exterritorialen Autobahn durch den polnischen Korridor, Beitritt Polens zum Antikominternpakt und anderes) …
Warschau wies das Angebot brüsk zurück, nicht nur aus chauvinistischen Gründen; die Politik gleicher Distanz zu den beiden großen Nachbarn galt als "überlebensnotwendig". …<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Korridor" (x051/327):
>>… Im Sinne der Vierzehn Punkte im Versailler Vertrag festgelegter Gebietsstreifen in Westpreußen zwischen Weichsel bzw. Danzig und Pommern, den das Deutsche Reich ohne Volksabstimmung an das neu geschaffene Polen abtreten mußte.
Der Korridor umfaßte 15.865 km² mit 330.600 Einwohnern, die zu über 50 % deutschsprachig waren. Er sollte Polen eine Seeverbindung mit dem Hafen Gdingen schaffen, schnitt Ostpreußen vom Reich ab und wurde zum Dauerkrisenherd trotz Verkehrsfreiheit für deutsche Transportmittel (plombierte Züge ohne Zollkontrolle).
Eine friedliche Revision kam nicht zustande, die Ausweisung zahlreicher deutscher Einwohner … schuf zusätzlichen Zündstoff, den Hitler am 21.3.39 zu ultimativer Forderung nach exterritorialen Verkehrswegen durch den Korridor und nach Volksabstimmung nutzte, in Verbindung mit einem 25-jährigen Nichtangriffsvertrag. Polen lehnte am 26.3 ab. Korridor- und Danzigfrage wurden so Vorwände zur Entfesselung des Polenfeldzuges und damit des Zweiten Weltkrieges. 1939-45 gehörte das Korridor-Gebiet zum Reichsgau Danzig-Westpreußen.<<
Am 22. März 1939 stimmte Litauen der Rückgabe des Memellandes an das Deutsche Reich zu. Das Memelland wurde bereits am nächsten Tag in die deutsche Provinz Ostpreußen (Regierungsbezirk Gumbinnen) eingegliedert.
Die polnische Regierung, die nach der englisch-französischen Garantieerklärung ihre eigenen militärischen Kräfte maßlos überschätzte, ordnete am 23. März 1939 im "Korridor" die polnische Teilmobilmachung an und lehnte am 26.03.1939 endgültig alle deutschen Forderungen ab (x041/97).
Der britische Ministerpräsident Neville Chamberlain gab der polnischen Regierung am 31.

März 1939 die Zusicherung, England werde Polen sofort Waffenhilfe gewähren, wenn Polen sich genötigt sehen sollte, die polnischen Streitkräfte gegen eine äußere Bedrohung einzusetzen (x041/97, x069/175).
Am 6. April 1939 schloß der polnische Außenminister Beck mit der englischen Regierung einen Beistandspakt.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die französisch-britischen Garantieerklärungen für Polen (x309/85-86): >>Ein entscheidender Schritt auf die "unvermeidliche deutsche Katastrophe" war dann der Ausbau der bereits bestehenden französisch-britischen Polengarantie zu einem dreiseitigen Beistandspakt im April 1939. Die Parteien verpflichteten sich, der jeweils anderen, sollte sie von einer "europäischen Macht" angegriffen werden, "nach Kräften Unterstützung und Hilfe zu leisten".
Der zweite Artikel sah eine ähnliche Unterstützung für den Fall vor, daß eine dritte Macht einen der Signatare "indirekt" bedrohte und dieser mit Waffengewalt reagierte. Diese etwas kryptische Formulierung wurde in der Presse veröffentlicht, nicht aber das noch provokativere Zusatzprotokoll, das festhielt, "unter dem Ausdruck 'europäischer Macht' ist Deutschland zu verstehen" und mit der indirekten Bedrohung sei Danzig gemeint. Für den Fall eines Angriffs durch eine andere europäische Macht verpflichtete das Protokoll die Signatare nur zu gegenseitiger Konsultation.
Der frühere US-Botschafter in Moskau, J. Davis, sah in dieser Konstruktion einen "Blankoscheck" für die Polen, und auch der amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, bemerkte, zum ersten Mal in der Geschichte Großbritanniens habe das Land die letzte Entscheidung über einen Krieg außerhalb seiner Grenzen einer anderen Macht überlassen.
Polen konnte also wie ein Torero den deutschen Stier beliebig reizen, um dann im Konfliktfall nach der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" den "höchsten Gewinn" einzufahren.
Konsequenterweise äußerte der polnische Botschafter in Deutschland, Jozef Lipski, gegenüber dem englischen Botschaftsvertreter, man habe nun keine Veranlassung sich für irgendwelche deutschen Angebote zu interessieren: Die polnischen Truppen würden bald auf Berlin marschieren. Tatsächlich baute man auf die eigene Stärke, auf eine schnelle militärische Unterstützung – vor allem durch Frankreich – und auch auf die deutsche Kriegsmüdigkeit. ...<<
Der sowjetische Botschafter leitete am 17. April 1939 weitere sowjetisch-deutsche Annäherungsversuche ein.
In Moskau führte Stalin am 18. April 1939 Bündnisverhandlungen mit den Briten und Franzosen über einen britisch-französisch-sowjetischen "Dreibund". Stalin stellte jedoch bewußt unannehmbare Forderungen, wie z.B. Übernahme der baltischen Staaten und das sowjetische Durchmarschrecht für Polen und Rumänien, so daß die Verhandlungen später ergebnislos abgebrochen wurden (x069/176). Stalin setzte das "geheime Doppelspiel" danach jedoch noch monatelang fort (x041/97).
Außenminister Beck führte am 24. April 1939 in Warschau vertrauliche Verhandlungen mit einer französischen Regierungsdelegation.
Das britische Parlament ordnete am 27. April 1939 die Einführung der Wehrpflicht und die Erhöhung der britischen Streitkräfte an.
Hitler kündigte am 28. April 1939 den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt und das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935.
Ab Mai 1939 verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Volksdeutschen in Polen zusehends.
Nach der antideutschen Rede des polnischen Außenministers Beck vom 3. Mai 1939 wurde klar, daß die polnische Regierung einen deutsch-polnischen Krieg erwartete und Kriegsvorbereitungen traf (x104/277).
In Danzig forderte die polnische Volksgruppe am 4. Mai 1939 während einer Kundgebung

einen freien Zugang zur Ostsee und nationale Rechte für die Polen in Danzig (x032/528).
Das polnische Innenministerium erteilte am 8. Mai 1939 weitere geheime Anweisungen zur Behandlung der deutschen Minderheit.
Aufgrund dieser geheimen Anweisungen sollten das Schulwesen, die Kirchen, der Wohlfahrtsdienst, die Landwirtschaft, die Industrie, die Genossenschaften und das Kreditwesen der Volksdeutschen (x104/271): >>... mit allen Mitteln bekämpft ... verboten ... aufgelöst ... rigoros abgelehnt ... scharf überwacht ... rücksichtslos liquidiert werden.<<
Am 13./14. Mai 1939 verursachte ein "Deutschenpogrom" in Tomaschow bei Lodz eine Massenflucht von Volksdeutschen in die deutschen Reichsgebiete (x104/272).
Nachdem Hitler die Oberbefehlshaber der Wehrmacht zur strengsten Geheimhaltung verpflichtet hatte, kündigte er am 23. Mai 1939 den Krieg gegen Polen an (x256/155): >>... Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden. Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung, sowie um die Lösung des Baltikum-Problems. Zwingt uns das Schicksal zur Auseinandersetzung mit dem Westen, ist es gut, einen größeren Ostraum zu besitzen. ...
Es bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen. An eine Wiederholung der Tschechei ist nicht zu glauben. Es wird zum Kampf kommen. Aufgabe ist es, Polen zu isolieren. Das Gelingen der Isolierung ist entscheidend. ...<<
Am 31. Mai 1939 erläuterte der sowjetische Außenminister Molotow vor dem Obersten Sowjet die politischen Verhandlungen mit England und Frankreich und berichtete über die geplante Wiederaufnahme deutsch-sowjetischer Wirtschaftsverhandlungen (x032/537).
Der polnische Kriegsminister General Tadeusz Kasprzycki erklärte im Mai 1939 in Frankreich (x352/59): >>… Wir haben keine (Befestigungen), denn wir gedenken, einen Bewegungskrieg zu führen und gleich zu Beginn der Operationen in Deutschland einzufallen.<<
Die französisch-britischen Garantieerklärungen vom 31. März 1939 förderten den polnischen Nationalismus und die nationale Begeisterung, so daß sich in Polen im Juni 1939 eine gefährliche Kriegsstimmung entwickelte. Nicht wenige Polen feierten bereits ihr polnisches Großreich. Die polnischen Nationalisten schätzten das polnisch-deutsche Kräfteverhältnis oftmals völlig falsch ein. Sie hielten die deutsche Wehrmacht für einen großen Bluff und sprachen vom "Marsch auf Berlin" (x025/183).
Ein Propagandist des polnischen Heeres verkündete am 20. Juni 1939 in Bromberg (x104/-277): >>Der polnische Soldat weiß, daß er mit dem Marsch auf Berlin die Mission eines Befreiers der von dem Joch des barbarischen Hakenkreuzes Unterdrückten erfüllt. ...<<
Stanislaw Mikolajczyk (1901-1966, seit Juli 1943 Ministerpräsident der antikommunistischen polnischen Exilregierung) erklärte am 21. Juni 1939 (x309/70): >>... Man muß sich darüber im Klaren sein, daß Polen so lange keinen Frieden kennen wird, bis es sich nicht auf die Oder stützen kann.<<
Am 24. Juli 1939 wurde ein sowjetisch-französisch-britischer Beistandsvertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag trat jedoch nicht in Kraft, weil Stalin später entschied, Hitler wirtschaftlich zu unterstützen (x041/98).
Im Juli 1939 steigerten gewalttätige Ausschreitungen gegen die Volksdeutschen in Polen, an denen sich vielerorts auch polnische Priester beteiligten, die antipolnische Stimmung. Die NS-Propaganda nutzte die Gelegenheit und verstärkte ihre antipolnische Hetzkampagne.
Der polnische Armee-Oberbefehlshaber Rydz-Śmigły erklärte im Sommer 1939 vor polnischen Offizieren (x352/60): >>Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte.<<
Die polnische Zeitung "Dziennik Poznanski" veröffentlichte im Juli 1939 eine Landkarte, in der Polen sämtliche "slawischen Gebiete" zwischen Oder und Elbe beanspruchte (x025/178).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die vermeintlichen "historischen Gebietsansprüche Polens" (x025/177-178): >>... Tatsächlich sind slawische Stämme nach der Völkerwanderung bis an die Elbe-Saale-Linie vorgedrungen und haben sich etwa seit dem 7. Jahrhundert u.a. in ganz Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Teilen von Oberfranken, der bayerischen Oberpfalz und im östlichen Österreich niedergelassen.
Vor diesem Hintergrund proklamierte 1917 der Panslawist Hanus Kuffner die Elbelinie als Westgrenze der Slawenzone. ...
In den dreißiger Jahren gab die Vereinigung polnischer Volksbüchereien Postkarten heraus, die "Polens historische Westgrenze" zeigte: Sie verlief am östlichen Stadtrand von Berlin und umfaßte außer der oberen Elbe einschließlich Dresdens auch die ganze Tschechoslowakei.
Zwei Monate vor Beginn des Zweiten Weltkrieges veröffentlichte die Zeitung "Dziennik Poznanski" eine Karte mit noch wesentlich weiter reichenden Zielvorstellungen. Nachdem die polnische "See- und Kolonialliga" in der Zwischenkriegszeit einen Anteil am deutschen Kolonialbesitz gefordert hatte, gab die antifaschistische Untergrundbewegung während des Krieges Vignetten heraus mit der Überschrift "Darum kämpfen wir"; auf ihnen war außer der Landkarte eines polnischen Großreichs von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer auch eine Karte mit sämtlichen ehemals deutschen Afrika-Kolonien abgebildet. ...<<
Am 14. August 1939 scheiterten die sowjetisch-britisch-französischen Militärverhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen das NS-Regime, weil die polnische Regierung ein sowjetisches Durchmarschrecht durch Polen ablehnte (x125/172).
Am 15. August 1939, um 4.40 Uhr, wurde die deutsche Botschaft in Moskau per Telegramm über die deutsch-sowjetischen Nichtangriffsverhandlungen und den Besuch des deutschen Außenministers informiert (x125/172).
Der sowjetische Außenminister Molotow schlug Hitler am 16. August 1939 den Abschluß eines Nichtangriffspaktes vor. Hitler stimmte daraufhin Verhandlungen in Moskau zu.
Am 18. August 1939 scheiterten die polnisch-französischen Verhandlungen über die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht.
Der polnische Außenminister Beck lehnte am 19. August 1939 die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht ab (x032/559): >>... Ich lasse nicht zu, daß man in irgendeiner Weise über die Benutzung eines Teils unseres Gebietes durch ausländische Truppen diskutiert. Wir haben keine Militärkonvention mit der Sowjetunion; wir wollen keine haben.<<
Am 19. August 1939 gewährte die französische Regierung Polen einen Rüstungskredit.
Die Sowjetunion und das NS-Regime schlossen am 19. August 1939 in Moskau einen Wirtschaftsvertrag. Infolge des deutsch-sowjetischen Wirtschaftsvertrages vom 19. August 1939 wurden die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen erheblich verstärkt, so daß die spätere britische Blockade zunächst weitgehend wirkungslos blieb (x051/125). In den Kriegsjahren 1939/40 verlief die wirtschaftliche deutsch-sowjetische Zusammenarbeit reibungslos. Die Sowjets erhielten Kredite, Waffen und deutsche Industriegüter, während man den Deutschen wichtige Rohstoffe, Getreide etc. über die sowjetischen Fernost-Häfen und Eisenbahnlinien lieferte, die wegen der britischen Seeblockade sonst nirgends zu bekommen waren.
Stalin erteilte damals Befehle, das NS-Reich mit allen Mitteln zu begünstigen, denn Hitlers Entschluß, Polen und die europäischen Westmächte anzugreifen, sollte durch die sowjetischen Rohstofflieferungen erleichtert und beschleunigt werden.
Stalin rechnete fest mit einem Krieg gegen "Hitler-Deutschland" und hielt einen Krieg gegen das NS-Regime für unvermeidlich. Der sowjetische Diktator bereitete sich deshalb frühzeitig auf diesen Krieg gegen Hitler vor.
Stalin, der spätestens seit 1937 den Zweiten Weltkrieg für unvermeidlich hielt, versuchte etwa seit diesem Zeitpunkt mit allen indirekten politischen Mitteln, einen kriegerischen Zusammenstoß in Westeuropa zu provozieren oder mindestens zu fördern. Für Stalin zählte grund-

sätzlich nur der Erfolg. Die Frage der Bündnispartner spielte eine völlig untergeordnete Rolle. Entscheidend war nur, daß die UdSSR auf jeden Fall auf der Seite der Sieger stehen mußte.
Da die sowjetischen Ostgrenzen durch Japan bedroht waren, benötigte Stalin vor allem Zeit. Stalin führte bis zum deutschen Angriff gegen die UdSSR im Jahre 1941 ein geschicktes Doppelspiel und hatte praktisch ständig "2 Eisen im Feuer". Der kaltblütige sowjetische Diktator unterhielt enge Geheimkontakte zu Hitler und verhandelte gleichzeitig unentwegt heimlich mit den westlichen Alliierten.
Stalin - "der lachende Dritte" - kündigte am 19. August 1939 an, daß die UdSSR in einem Krieg zwischen den "Imperialisten" als letzte Macht eingreifen werde x090/279.
Stalin wollte den unausweichlichen Kampf erst in der "günstigsten Kriegsphase" gegen ein geschwächtes NS-Regime beginnen. Nach dem Angriff gegen Polen vom 1.09.1939 war Stalin unentwegt bestrebt, den Selbstvernichtungskrieg der kapitalistischen Westmächte zu unterstützen, und wartete gelassen die weitere Entwicklung des Krieges und die "Selbstzerfleischung der kapitalistischen Staaten" ab.
Die polnische Regierung erläuterte am 20. August 1939 nochmals gegenüber den französischen Diplomaten die Verweigerung des sowjetischen Durchmarschrechts (x032/559): >>... Mit den Deutschen laufen wir Gefahr, unsere Freiheit zu verlieren. Mit den Russen verlieren wir unsere Seele.<<
Am 23. August 1939 unterzeichnete Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Geheimverhandlungen mit den Westmächten geführt hatte, schlossen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin am 23. August 1939 "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab - "die übrige Welt reagierte damals völlig sprachlos".
Dieser "Hitler-Stalin-Pakt" ermöglichte eigentlich erst den Angriff auf Polen, denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gab Hitler endlich die erforderliche Rückendeckung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.
Japan reagierte nach dem deutsch-sowjetischen Bündnis verunsichert und rückte vom NS-Regime ab, so daß Stalin die angestrebte zusätzliche Zeit gewann, um die radikale Neuorganisation der Roten Armee zu beenden.
Hitler und Stalin legten in einem geheimen Zusatzprotokoll die "neuen Grenzen" Osteuropas fest (x041/98). Estland, Lettland, Bessarabien und Polen - östlich der Flüsse Pissa, Narew, San und Weichsel - wurden der UdSSR zugeschanzt, während Litauen und Westpolen an das Deutsche Reich fallen sollten.
Aufgrund der Tatsache, daß der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt keine üblichen "Angriffsklauseln" enthielt, deutete manches darauf hin, daß beide Vertragspartner Aggressionen erwarteten (x051/125).
Bei der anschließenden Feier brachte Stalin folgenden Trinkspruch auf Hitler aus (x073/177): >>Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt, und möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken ...<<
Als sich Ribbentrop verabschiedet hatte, sagte Stalin zum sowjetischen Außenminister Molotow (x069/176): >>Das war die Kriegserklärung Hitlers an die Sowjetunion! ...<<
Der britische Historiker Robert Conquest schrieb später über den Hitler-Stalin-Pakt (x080/-281-284): >>... Ein Abkommen mit Deutschland sicherte zumindest vorläufig den Frieden und ermöglichte die gefahrlose Ausdehnung sowjetischen Territoriums. ...
Ein Pakt mit Hitler bot Stalin ... die Aussicht auf einen beträchtlichen territorialen Zugewinn und Frieden. Außerdem bestand in diesem Fall die Chance, daß Deutschland und die Westmächte sich in einem langwierigen und zermürbenden Krieg gegenseitig schwächen würden, so daß die Sowjetunion als der lachende Dritte übrigbleiben würde.
... Stalin gab Ribbentrop sein persönliches Ehrenwort, daß die Sowjetunion ihren Teil des

Vertrages uneingeschränkt erfüllen werde. Er fügte sogar das wenig überzeugende Versprechen hinzu, falls Deutschland in die Knie gezwungen würde, werde er hundert Divisionen zur Unterstützung seines Bundesgenossen an den Rhein entsenden. ...
Stalin stand dem Pakt mit Hitler und den Absichten des Deutschen natürlich keineswegs naiv und unbefangen gegenüber. So äußerte er vor dem Politbüro: >>Hitler will uns überlisten, aber am Ende werden wir die Klügeren sein.<<
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann schrieb später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x243/69): >>Der Pakt bedeutete das Todesurteil für Polen. ... Für Stalin bedeutete der Pakt, daß dem Bolschewismus nun das Tor in das ... östliche Mitteleuropa geöffnet wurde. ...
Stalin hätte es in der Hand gehabt, den Krieg zu verhindern. ... Wenn er sich trotz der polnischen Bedenken - Ablehnung des russischen Durchmarschrechts durch Polen - mit den Westmächten verbündet hätte, wäre der deutsche Angriff auf Polen unterblieben. ...<<
Der deutsche Historiker Andreas Hillgruber schrieb später über die sowjetischen Motive des Hitler-Stalin-Paktes (x245/435-436): >>... "Sollte ... ein solcher Krieg beginnen" – so hatte Stalin am 19. Januar 1925 auf der Plenartagung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Rußlands seine Grundthese dargelegt -, "so werden wir nicht untätig zusehen können – wir werden als letzte auftreten, um das entscheidende Gewicht in die Waagschale zu werfen, ein Gewicht, das ausschlaggebend sein dürfte".
Stalins Entscheidung von August 1939 versetzte damit die Sowjetunion in eine so günstige Position, wie sie sie in ihrer ganzen Geschichte seit 1917 noch niemals eingenommen hatte. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (im Jahre 1999) über den Hitler-Stalin-Pakt (x887/...): >>**Präventivschlag: Was Stalin vor 60 Jahren wirklich im Schilde führte**
"Ich habe Hitler überlistet"
Am 23. August 1999 jährt sich zum sechzigsten Mal der Abschluß des Pakts der beiden Diktatoren in Berlin und Moskau im Jahr 1939, der das Tor öffnete für die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und des deutsch-sowjetischen Krieges ab 1941.
Die Motive beider Seiten zu diesem Pakt sind heute deutlich: Hitler suchte die sowjetische Rückendeckung für seinen Angriff auf Polen und zugleich dessen Begrenzung ohne ein Eingreifen Englands und Frankreichs. Stalin wollte zunächst einmal Zeitgewinn zur Aufrüstung der Roten Armee, deren Führung er zwei Jahre zuvor brutal dezimiert hatte. Das geheime Zusatzprotokoll des Paktes ermöglichte ihm auch beachtlichen Raumgewinn nach Westen durch die Annexion Ostpolens und der baltischen Staaten.
Der Mann im Kreml kalkulierte jedoch überlegener als sein Gegenspieler in Berlin. Er war überzeugt, daß sich der Angriff Hitlers auf Polen nicht lokalisieren lassen werde, daß vielmehr durch den Kriegseintritt der beiden Westmächte jener "zweite imperialistische Krieg" entstehen würde, auf den er schon seit zwanzig Jahren gehofft hatte und der seine potentiellen Gegner dann derart schwächen sollte, daß die Partie schließlich durch das Eingreifen der Sowjetunion im Sinne eines neuen Schubs für die Weltrevolution entschieden werde.
Beide Diktatoren schlossen diesen Pakt aus der Perspektive ihrer jeweiligen weitgreifenden politisch-ideologischen Ziele: Hitler mit der Perspektive seines "eigentlichen Krieges" zur Gewinnung deutschen "Lebensraums im Osten", wie er schon in "Mein Kampf" angekündigt hatte. Stalin verstand ihn als Vorbereitung des nächsten Stadiums des "revolutionären Weltprozesses", der 1923 zum vorläufigen Stillstand gekommen sei und dem ein zweiter Weltkrieg der "imperialistischen" Mächte den Weg bereiten sollte.
Mit Recht konnte Stalin am Abend des 23. August, wie Chruschtschow in seinen Memoiren berichtet, im engen Kreis sagen: "Ich habe Hitler überlistet." Seine Meisterleistung bestand

darin, Hitler als "Eisbrecher" des Status quo von 1919 die Eröffnung des Krieges zuzuschieben und der Sowjetunion die schon von Lenin entworfene Rolle des "lachenden Dritten" zuzuweisen. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (x046/27-28): >>... Russische Historiker erblicken heute längst auch einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem 23. August 1939 und dem 22. Juni 1941. Durch den Pakt mit Hitler vom 23. August 1939 hatte Stalin sein erstes Ziel erreicht, und er war, wie Marschall der Sowjetunion Zkukov sich erinnert, "überzeugt, er würde aufgrund des Paktes Hitler um den kleinen Finger wickeln".

"Nun, für das erste haben wir Hitler getäuscht", so die Meinung Stalins nach Nikita Chruscev. Der Pakt vom 23. August 1939 hatte Hitler dazu ermutigt, Polen anzugreifen und als Folge hiervon, wie erwartet, einen europäischen Krieg entstehen lassen, an dem die Sowjetunion vom 17. September 1939 an als Aggressor teilnahm, ohne daß sie damit freilich die Kriegserklärung der Westmächte auf sich gezogen hätte.

"Ein einziger Schlag gegen Polen", so der verantwortliche Leiter der sowjetischen Politik, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow am 31. Oktober 1939 vor dem Obersten Sowjet, "erst seitens der deutschen, dann seitens der Roten Armee, und nichts blieb übrig von dieser Mißgeburt des Versailler Vertrages**,** die ihre Existenz der Unterdrückung nichtpolnischer Nationalitäten verdankt hatte." Auf ausdrücklichen Wunsch Stalins hin sollten nicht einmal Reste der staatlichen Existenz Polens bestehen bleiben.

Durch die Angriffskriege gegen Polen und Finnland, durch die erpresserische Annexion der souveränen Republiken Estland, Lettland und Litauen und die Androhung des Krieges gegen Rumänien vermochte die Sowjetunion im Gefolge der Verträge mit Hitler ihr Gebiet um ein Territorium zu vergrößern, das mit 426.000 qkm etwa der Ausdehnung des Deutschen Reiches von 1919 entsprach.

Damit hatte Stalin die auch ihn schützende Staatenbarriere an seiner Westgrenze niedergerissen und seine Aufmarschbasis nach Westen bedeutend verbessert. Für ihn kam es nun auf den nächsten Schritt an, und die Voraussetzungen hierzu waren günstig. Denn die politisch strategische Lage Deutschlands wurde, seiner Anfangserfolge ungeachtet, in Moskau als kritisch eingeschätzt.

Die Entscheidung im Krieg mit England rückte in immer weitere Ferne. Hinter Großbritannien aber standen mit wachsender Entschiedenheit die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Streitkräfte Deutschlands waren jetzt überall in Europa verzettelt und von Norwegen bis zu den Pyrenäen Großbritannien gegenüber in einer Front gebunden. Zum anderen aber war die Unfähigkeit Deutschlands, einen langen Krieg wirtschaftlich durchzustehen, in Moskau sehr wohl bekannt. Und wie verletzbar war das Deutsche Reich erst im Hinblick auf die Möglichkeit, es von den lebenswichtigen Erdölzufuhren aus Rumänien abzuschneiden! …<<

Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7 und 8 - 2001 über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (x853/...): >>... Seine Motive für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit Deutschland legte Stalin am 7. September 1939, also eine Woche nach Beginn des europäischen Krieges, in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Komintern, Georgi Dimitroff, dar. Dimitroff hielt die Äußerungen Stalins in seinem Tagebuch wie folgt fest:

"- Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt - arme und reiche im Hinblick auf Kolonien, Rohstoffe usw. - um die Neuaufteilung der Welt, um die Weltherrschaft!

- Wir haben nichts dagegen, daß sie kräftig aufeinander einschlagen und sich schwächen.

- Nicht schlecht, wenn Deutschland die Lage der reichsten kapitalistischen Länder (vor allem Englands) ins Wanken brächte.

- Hitler selber zerrüttet und untergräbt, ohne es zu verstehen und zu wollen, das kapitalistische System ...
Wir können manövrieren, eine Seite gegen die andere aufbringen, damit sie sich noch stärker in die Haare kriegen.
- Der Nichtangriffspakt hilft Deutschland in gewissem Maße.
- Der nächste Schritt ist der, die andere Seite anzuspornen ...
- Der polnische Staat war früher in der Geschichte ein Nationalstaat. Deshalb haben ihn die Revolutionäre gegen Teilung und Versklavung verteidigt.
- Heute ist er - ein faschistischer Staat, der Ukrainer, Weißrussen usw. knechtet.
- Die Vernichtung dieses Staates unter den gegenwärtigen Bedingungen würde einen faschistischen Staat weniger bedeuten!
- Was wäre schlechtes daran, wenn wir im Ergebnis der Zerschlagung Polens das sozialistische System auf neue Territorien und die Bevölkerung ausdehnen." ...
Ohne die Sowjetunion waren Großbritannien und Frankreich aufgrund der Geographie, der militärischen Schwäche Englands und des defensiven Denkens der französischen militärischen Führung nicht in der Lage, Polen wirksam zu unterstützen. Aber trotz der prekären strategischen Lage weigerte sich die polnische Regierung hartnäckig, der Deutschen Reichsregierung im Streit um Danzig in irgendeiner Weise entgegenzukommen. Von entscheidender Bedeutung dürfte dabei der Einfluß Washingtons gewesen sein, das die Regierung in Warschau in ihrer Widerstandshaltung bestärkte.
Somit waren die diplomatischen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens zum Scheitern verurteilt ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später über die Gründe für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (x878/...):
>>**Die Ursprünge des 2. Weltkriegs**
Im Jahre 1961 veröffentlichte A(lan), J(ohn), P(ercivale) Taylor ein Buch über die "Ursprünge des 2. Weltkriegs" (The Origins of the Second World War), das in Großbritannien heftigste Diskussionen auslöste.
Es liest sich wie der Kontrapunkt zum zeitgleich 1961 erschienen Buch von Fritz Fischer "Griff nach der Weltmacht" über die deutsche Kriegsschuld am 1. Weltkrieg. Zwei Historiker, die die damals gängige, vorherrschende Meinung zur Politik Ihrer Nationen zum Beginn des 1. und 2. Weltkriegs massiv in Frage stellten und weit über den Kreis der Fachhistoriker hinaus aufwühlende Kontroversen auslösten. Fritz Fischer setzte sich in Deutschland durch, Taylor verlor seinen Lehrstuhl an der Universität Oxford in England. ...
Was war so provokant am Buch von Taylor? Er widersprach einem Geschichtsbild, das für Politik und Öffentlichkeit in Großbritannien, aber auch für die anderen Siegermächte zum Vorlauf und Ausbruch des 2. Weltkriegs feststand. Danach hatte eine Gruppe verbrecherischer Nazi-Größen, Militärs, Ministerialbeamter, Wirtschaftsführern etc., allen voran Hitler, den Krieg zielstrebig vorbereitet, um Anfang September 1939 mit dem Angriff auf Polen schließlich den 2. Weltkrieg zu beginnen. Sie waren In Nürnberg nach 1945 als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt und (meist) verurteilt worden. Damit waren die Siegermächte von jedweder (Mit-)Verantwortung entlastet. Taylor stellte diese Selbstgewißheit insbesondere der britischen Siegermacht entschieden in Frage. ...
Argumentation A. J. P. Taylors
Vorausgeschickt werden muß, daß Taylor ein anerkannter Fachhistoriker der Außenpolitik der europäischen Großmächte (Diplomatiegeschichte) und der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts war. Er war ein hervorragender Kenner insbesondere der britischen Außenpolitik und der einschlägigen Aktenlage. Nicht ohne Grund war er bis zu seinem "Rauswurf" 1964 Professor an der Eliteuniversität Oxford. ...

London neigte eher zu Zugeständnissen an Deutschland als Frankreich, das Deutschland dauerhafte, um nicht zu sagen endgültige Fesseln anlegen wollte. Mit der Rheinlandbesetzung Februar 1936 endete schließlich das Versailler Vertragsregime. Hitler stieß auf keinen nennenswerten Widerstand der Westmächte, als er die Wehrmacht dort einrücken ließ. Dasselbe gilt danach für den Anschluß Österreichs März 1938 und auch für das Münchner Abkommen September 1938, das die Zerschlagung der Tschechoslowakei besiegelte. Hitler schritt von einem Erfolg zum anderen und machte die Erfahrung, daß die Westmächte (einschließlich Italiens) in der Krise stets nachgaben.
Mit der Darstellung des Ablaufs und der Komponenten dieser Krisen entfernt sich Taylor aber in drastischer Weise vom üblichen Narrativ, das Hitler als Aggressor zeigt, der mit Bluff, Erpressung, Drohungen und Gewaltanwendung planmäßig und skrupellos seine Ziele durchsetzte. Taylor sieht in Hitler vielmehr einen Machtpolitiker, der die Krisen, die jedenfalls in Österreich und der Tschechoslowakei im Wesentlichen ohne sein Zutun entstanden seien, zu seinen Gunsten nutzte.
Er sei dabei nicht anders vorgegangen als andere zeitgenössische Staatsmänner. Auch die Politik westlicher Politiker habe letztlich auf Gewalt beruht: Frankreichs Politik auf der Armee, die britische auf der Seemacht. Wenn westliche Politik moralisch überlegener erschienen sei, dann weil sie auf die Bewahrung des Status quo gerichtet gewesen sei, die Politik Hitlers auf dessen Revision (S. 71).
Die Methode Hitlers sei auch nicht Aggression sondern Geduld gewesen. Er habe gewartet, bis die Krise sich entfaltete, bis sich eine Gelegenheit bot. Stets habe er gewartet, daß ihm London, Paris oder auch Mussolini/Italien Lösungen der Krise anboten. Intuitiv habe er erfaßt, daß weder die führenden Politiker Großbritanniens noch Frankreichs ihre "kostbare", und mühsam errungene Position als imperiale Siegermächte des 1. Weltkriegs mit einem größeren kriegerischen Konflikt aufs Spiel setzen oder schwächen wollten. Stets hätten sie nach Möglichkeiten gesucht, die zum Teil als legitim angesehenen Ansprüche Hitlers auf einigermaßen verträgliche Weise zu befriedigen. Hitler stellte keine präzisen Forderungen, er wartete auf Vorschläge und Konzessionen, um dann noch mehr zu verlangen. Hitler habe je nach Lage agiert. Er sei ein Meister des Wartens gewesen.
Solange er das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung in Österreich oder den Sudeten einforderte, hatte er ein Prinzip des Versailler Vertrags auf seiner Seite. Versailles hatte das Selbstbestimmungsrecht allen Völkern zugesprochen - außer den Deutschen:
Das österreichische Parlament hatte 1919 einstimmig für den Anschluß an das Deutsche Reich votiert, was in den Versailler Verträgen dann verboten wurde. Die dreieinhalb Millionen Deutschen in Böhmen/Mähren hatte niemand gefragt, ob sie tschechoslowakische Staatsbürger werden wollten. Die Trennung Ostpreußens vom Reich durch den polnischen Korridor und die Lage Danzigs waren in Deutschland durchweg als unerträglich abgelehnt worden. Die Revision des Versailler Vertrags wurde von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen mitgetragen. Das wußte man in London und Paris. Man war beunruhigt und fragte sich, wie man die sich abzeichnenden und zuspitzenden Krisen/Konflikte entschärfen könnte. ...
Hitlers politischer Instinkt, mit dem er sich vorsichtig und abwartend von Erfolg zu Erfolg gehangelt habe, sei durch München korrumpiert worden. Danach habe er geglaubt, mit Bluff, Einschüchterungen, Drohungen und gekonnt orchestrierten Nervenkriegen weitere Erfolge einfahren zu können. Schließlich hatte man in London und Paris das Münchner-Abkommen als großen Erfolg und Triumph der Appeasement-Politik gefeiert. Insbesondere nach Abschluß des Hitler-Stalin Paktes vom 23. August 1939 sei Hitler davon ausgegangen, daß London und im Gefolge Paris es nicht darauf ankommen lassen würden, einen großen Krieg zu riskieren, wenn er versuchen würde, die Danzig- und Korridorfrage gewaltsam zu lösen. Daß es überhaupt zu einem deutsch-sowjetischen Pakt kam, lastet Taylor der dilatorischen und

streckenweise amateurhaften Politik Londons an, das seit Monaten ebenfalls mit Moskau verhandelt hatte.
Letztlich sei eine Lösung der Danzig- und Korridorfrage an der sturen Haltung Polens gescheitert, das weder zu Konzessionen gegenüber Deutschland noch der Sowjetunion (Durchmarsch-Recht für sowjetische Truppen - nur so konnten sie in den Konflikt eingreifen) bereit gewesen sei. London habe sich durch die Garantie für Polen zum Gefangenen Warschaus gemacht. London habe nicht entschieden genug bei Hitler interveniert, um ihm die eigene Entschlossenheit klar zu machen. Der britische Botschafter in Berlin, Henderson, habe mit seiner deutschfreundlichen Haltung Hitler vielmehr in der Annahme bestärkt, London würde auch dieses Mal zurückweichen.
Mit der Kriegserklärung an Deutschland vom 3. September 1939, gefolgt von der Frankreichs, habe London einen Krieg begonnen, in dem es Polen nicht effektiv, d.h. militärisch beistehen konnte - und aus Kriegsgründen (Danzig und Polnischer Korridor), zu denen es die deutsche Position mehr oder weniger teilte und versucht hatte, in diesem Sinne auf Warschau einzuwirken.

Beurteilung / Verurteilung?

Wer dieses Buch im Kontext der heutigen deutschen Diskussion auch im weiteren Zusammenhang der Debatten um den Ausbruch des 1. Weltkriegs liest, ist zunächst einmal verblüfft. Verblüfft darüber, daß ein solches Buch von einem der maßgeblichen Historiker Englands 1961 publiziert wurde und mehrere Auflagen erlebte. Ist das Buch Taylors ein typisches Beispiel für die bekannte Exzentrik einiger britischer Geistesgrößen? Allerdings werden Exzentriker eben nur hingenommen oder belächelt, nicht aber leidenschaftlich diskutiert. Spricht aus ihm britische Fairneß: Et auditur altera pars! (Auch die andere Seite muß gehört werden)? Dann hätte Taylor an der einen oder anderen Stelle sicher darauf hingewiesen.
Bei den Briten muß er einen wunden Punkt getroffen haben, sonst wäre sein Buch als abseitig und abwegig, gewissermaßen als randständig und Irrläufer abgetan worden. Das geschah gerade nicht: es wurde heiß und leidenschaftlich diskutiert, mit dem Ergebnis, daß Taylor in Oxford vor die Tür gesetzt wurde. Hier kratzte einer am historisch-politischen Selbstverständnis Großbritanniens - und er sprach "ex cathedra", vom Katheder der altberühmten Universität Oxford.
In Deutschland wäre ein solches Buch bis heute wohl niedergeschrien oder totgeschwiegen worden. Sein Verfasser wäre als Alt- oder Neonazi ans Hakenkreuz genagelt worden. Denn das historische Narrativ der Deutschen zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist durchzogen von Schuldkomplexen und Betroffenheit über das, was die Forschung ständig an neuen Erkenntnissen über diese Jahrzehnte zutage fördert.
In diesen "cantus firmus" paßt die deutsche Stimme nur in reuevollen Molltönen. Bereits die Rezeption der Bücher von Christopher Clark (Die Schlafwandler, 2011) und Herfried Münklers (Der Große Krieg, 2013) provozieren den Vorwurf des Nationalismus und der geschichtspolitischen Exkulpierung Deutschlands. (Vgl. Heinrich August Winkler, "1914 und 1939. Die Kontinuität der Kriegspartei", FAZ-Online 25.8.2014; Dominik Geppert," Die Geschichte ist schon weiter", Süddeutsche Zeitung 25.8.2014). Wer in Deutschland als Historiker oder Publizist aus dem Diskurs des "politisch korrekten" Mainstreams ausbricht, muß mit z.T. bösartigen Anfeindungen rechnen.
Vermutlich trifft dies auch auf diese Buchbesprechung zu. Deshalb ist zu betonen, daß es hierbei um die Aufarbeitung eines Versäumnisses geht. Im Winter 1963/1964 hatte ich als Student an der Sorbonne in Paris eine Vorlesung des französischen Philosophen und Politologen Raymond Aron (Kampfgefährte de Gaulles im Londoner Exil ab 1940) besucht, in der u.a. das Buch Taylors erwähnt wurde. Den Hinweis hatte ich damals überhört. Ein halbes Jahrhundert später wurde diese Vorlesung in Erinnerung an den Ausbruch des 1. und 2. Welt-

kriegs vor 100 bzw. 75 Jahren wieder ausgestrahlt (France Culture, Philosophie et Histoire, 25.- 29. Juli 2014). Der Hinweis auf Taylor entging mir dieses Mal nicht.
Diese Rezension versucht nachzuholen, was Raymond Aron schon damals anstoßen wollte: eine offene, wenn auch kontroverse Diskussion. Die Standfestigkeit des britischen Historikers, der gegen alle Anfeindungen an seinen wissenschaftlichen Erkenntnissen unbeugsam festhielt, sollte dafür eine hinreichende Rechtfertigung sein.
Raymond Aron hatte 1963 übrigens auch eine Vorlesungsstunde dem Ausbruch des 1. Weltkriegs gewidmet und die Tragfähigkeit verschiedener Erklärungen erwogen, freilich ohne ein abschließendes Urteil zu fällen. Zum Schluß gab er einen vergleichenden Hinweis auf den antiken Historiker Thukydides (460-400 v. Chr.) und dessen Erklärung des Ausbruchs des Peloponnesischen Krieges zwischen Athen und Sparta (431-404 v. Chr.):
"Der eigentliche, wenn auch nie offen ausgesprochene Grund war meines Erachtens das Hochkommen Athens, das den Lakedämoniern Angst einflößte und sie in den Krieg trieb" (Thukydides, Peloponnesischer Krieg, I, 23). Athen steht für Deutschland. Thukydides gilt als Ahnherr aller Geschichtswissenschaft - viele halten ihn bis heute für unübertroffen.

Aktualität heute

Die von Taylor beschriebenen Krisen der Rheinlandbesetzung, des Anschlusses Österreichs, der Sudetenkrise und des Münchner Abkommens lesen sich wie eine Blaupause für den Ukraine-Konflikt 2014. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat völlig recht, wenn er den Vergleich mit der Sudetenkrise zieht. Besorgniserregend ist die Analogie zur Politik der Westmächte damals und heute.
Nach 1933 hörten sie nicht auf, Hitlers "wahre" Absichten ergründen zu wollen, anstatt die eigenen Interessen zu formulieren und deutlich rote Linien zu ziehen. Immer wieder vertrauten sie auf die Einsicht Hitlers und machten ihm Konzessionen, so daß Hitler glaubte, stets größere Forderungen stellen zu können - bis es zu spät war. Eine rechtzeitige scharfe (militärische) Reaktion bei der Rheinland-Besetzung, spätestens aber eine unbedingte Unnachgiebigkeit in München hätten genügt, um das Hitler-Abenteuer zu stoppen. Jedem, der heute den Ukraine-Konflikt verfolgt, sei zumindest unter diesem Aspekt die Lektüre dieses Buches empfohlen.
Nachtrag: Wie der britische Guardian am 24. Oktober 2014 (Online-Ausgabe) berichtete, observierte der britische Inlandgeheimdienst MI5 neben den bekannten und führenden britischen Historikern Eric Hobsbawm und Christopher Hill auch A. J. P. Taylor. Der Brief- und Telefonverkehr, auch von Familienmitgliedern, Freunden und Bekannten wurde überwacht, Gespräche heimlich protokolliert, akademische Karrieren behindert.<<
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über die US-Außenpolitik (x320/46, x320/70-71): >>Schon 1934 erarbeitete das US War College einen Kriegsplan gegen Deutschland, Österreich und Ungarn. Daß es dem Präsidenten - wie er später vorgibt - um den Schutz von Demokratie und Menschenrechten geht, ist angesichts der im eigenen Land ausgeübten Rassendiskriminierung von Schwarzen und Indianern und bei der späteren Allianz mit der menschenverachtenden Diktatur in Rußland nicht zu unterstellen. …<<
>>In Washington läßt Franklin D. Roosevelt die Polen wissentlich in eine Falle laufen. Am frühen Morgen dieses Tages (24. August 1939) verrät ein deutscher Diplomat in Moskau einem amerikanischen Kollegen den Inhalt des gerade geschlossenen Zusatzabkommens, das Osteuropa in eine russische und eine deutsche Interessensphäre teilt. Die Trennungslinie teilt auch Polen. Mittags um 12 Uhr kabelt der amerikanische Botschafter aus Warschau den Inhalt des geheimen Zusatzprotokolls nach Washington Nur wenig später kennt Präsident Roosevelt die heiße Nachricht und damit auch die Gefahr, die Polen ab sofort von Rußland droht.

Roosevelt tut jedoch nichts, um Warschau, London und Paris zu warnen. Eine Warnung noch am selben Tag hätte die Polen vielleicht dazu bewegen können, Hitlers Vorschlag vom 28. April zu akzeptieren. Dieses letzte Hitler-Angebot umfaßte einen Freihafen sowie Wirtschaftsprivilegien in Danzig, die Anerkennung der polnischen Gebietsgewinne seit 1918 in Posen, Westpreußen und Südost-Oberschlesien und einen Friedensvertrag für 25 Jahre im Tausch gegen exterritoriale Wege durch den Korridor und Danzig. Eine Warnung an die Briten hätte den Garantievertrag für Polen, der an diesem Tag geschlossen worden ist, vielleicht verhindert. Doch für Roosevelt ist wichtig, daß Hitler sich im Danziger Streit verfängt. …<<
Am 25. August 1939 wiederholte Hitler nochmals die bisherigen Forderungen gegenüber Polen.
Die britische Regierung schloß am 25. August 1939 mit Polen einen 5jährigen militärischen Beistandspakt.
Nach Abschluß des britisch-polnischen Beistandsvertrages zog Hitler den deutschen Angriffsbefehl (26.08.1939) zurück, um weitere deutsch-britische Verhandlungen zu führen (x041/98).
US-Präsident Roosevelt forderte Deutschland und Polen am 25. August 1939 zur Mäßigung auf, um weitere politische Verhandlungen zu ermöglichen.
Der britische Botschafter Henderson versuchte den deutsch-polnischen Krieg ebenfalls zu verhindern und bot vom 28. bis zum 29. August 1939 Vermittlungsgespräche an. Hitler stimmte direkten Verhandlungen zu und bat Henderson, daß am 30. August 1939 ein polnischer Vertreter in Berlin erscheinen sollte.
Am späten Nachmittag des 30. August 1939 stand der Wortlaut des sogenannten 16-Punkte-Planes endlich fest.
Bis Mitternacht des 30. August 1939 traf jedoch kein polnischer Unterhändler in Berlin ein.
Am 30. August 1939 erfolgte in Polen die Mobilmachung (x041/98).
Am Mittag des 31. August 1939 erteilte Hitler, oberster Befehlshaber der Wehrmacht, mit der "Weisung Nr. 1" den Angriffsbefehl gegen Polen (x105/245):
>>Geheime Kommandosache
Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.
Der Angriff gegen Polen ist nach den für den Fall Weiß getroffenen Vorbereitungen zu führen mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.
Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.
Angriffstag: 1.9.1939
Angriffszeit: 4.45
Im Westen kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung von Feindseligkeit eindeutig England und Frankreich zu überlassen. Geringfügigen Grenzverletzungen ist zunächst rein örtlich entgegen zu treten. Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität ist peinlich zu achten ...<<
Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin berichtete später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über den 31. August 1939 (x311/353): >>... Um 21.15 Uhr, bzw. um 21.25 Uhr wurden … der britische Botschafter und der französische Botschafter in die Reichskanzlei gebeten. Staatssekretär von Weizsäcker übergab ihnen "zu ihrer Information" den Wortlaut der 16 Punkte des deutschen Angebots. Eine Viertelstunde zuvor (um 21 Uhr) hatte der deutsche Rundfunk sie bekanntgegeben und mit einem recht langen Kommentar versehen, der mit der Feststellung endete:
"... Somit haben der Führer und die Deutsche Reichsregierung nun zwei Tage vergeblich auf

das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet. Unter diesen Umständen sieht die Deutsche Regierung auch dieses Mal ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt an, obwohl sie der Meinung ist, daß diese in der Form, in der sie auch der Englischen Regierung bekanntgegeben worden sind, mehr als loyal, fair und erfüllbar gewesen wären."<<
Der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, lehnte am 31. August 1939 Hendersons Vermittlungsversuche ab.
Lipski erklärte (x041/98): >>... nicht daran interessiert zu sein, mit Deutschland auf dieser Basis zu verhandeln. ...<<
Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin berichtete später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über die polnische Reaktion nach der Bekanntmachung des deutschen 16-Punkte-Plans am 31. August 1939 (x311/353): >>... Kurz darauf brachte Radio Warschau eine heftige Erwiderung:
"Die heutige Bekanntmachung des deutschen offiziellen Kommuniqués hat die Ziele und Absichten der deutschen Politik klar gezeigt. Es beweist die offenen Aggressionsabsichten Deutschlands gegenüber Polen. ...
Deutschland habe vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort seien die militärischen Anordnungen der polnischen Regierung gewesen. Keine Worte können jetzt mehr die Aggressionspläne der neuen Hunnen verschleiern." ...<<
Schlußbemerkungen: Abgesandte bzw. Beobachter der britischen Regierung registrierten im Juni 1939 in einem Geheimbericht, der erst 1979 veröffentlicht wurde, ein riskantes, aber wohlüberlegtes Vorgehen der polnischen Staatsführung (x025/183). Dieser Geheimbericht schilderte nicht nur den verbreiteten Chauvinismus und Antisemitismus der polnischen Bevölkerung, sondern er informierte auch über bereits vorhandene Annexions- und Vertreibungspläne der polnischen Regierung, die man nach dem erwarteten "allgemeinen Krieg" realisieren wollte.
Am 15. Juli 1939 propagierten polnische Politiker während der polnischen Siegesfeiern (529. Jahrestag der Schlacht von Tannenberg) schon die Übernahme der deutschen Ostgebiete. Die Deutschen sollten ein zweites Tannenberg erleben und schon bald würden die polnischen Fahnen über Danzig, Königsberg, Elbing und anderen ostdeutschen Städten wehen (x104/278).

Der deutsch-polnische Krieg
Nach einem blutigen Grenzzwischenfall, der von deutschen SS-Sondereinheiten inszeniert wurde - vorgetäuschter polnischer Überfall auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz in Oberschlesien, begann am 1. September 1939, um 4.45 Uhr mit der Beschießung der Westerplatte, ohne vorherige Kriegserklärung der überfallartige deutsche Angriff gegen Polen.
Nach dem deutschen Angriff, die deutschen Angreifer trafen auf eine kampfbereite polnische Armee, verkündete der polnische Staatspräsident Moscicki am 1. September 1939 (x064/136-137): >>Bürger!
Diese Nacht hat unser Erbfeind Angriffshandlungen gegen den polnischen Staat begonnen. Ich stelle das vor Gott und der Geschichte fest.<<
Das NS-Regime erließ im Rahmen des Kriegssonderstrafrechts am 1. September 1939 die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" (x149/100): >>Das Abhören ausländischer Sender wird verboten. Wer die Meldungen ausländischer Sender verbreitet, kann mit dem Tod bestraft werden. ...<<
Der britische Premierminister Chamberlain erklärte am 1. September 1939 vor dem Unterhaus (x300/152): >>... Was uns betrifft, so müssen wir nun die Zähne zusammenbeißen und in den Kampf ziehen, den abzuwenden wir ernst und aufrichtig bemüht waren. Wir müssen den

Kampf bis zu Ende durchhalten. Wir gehen reinen Gewissens in den Kampf, Schulter an Schulter mit den … übrigen Teilen des britischen Imperiums, moralisch unterstützt vom größeren Teil der Erdkugel.
Wir haben keinen Konflikt und keinen Kampf mit dem deutschen Volk, sondern mit seinen Machthabern. Solange diese Regierung am Ruder ist und sich der Methoden bedient, die sie unaufhörlich in den letzten Jahren angewendet hat, gibt es keinen Frieden in Europa. Wir sind fest entschlossen, dazu beizutragen, daß diesen Methoden ein Ende gemacht werde.
Wenn wir durch unseren Kampf das internationale Vertrauen und den Glauben an das Recht wiederherstellen können, wenn wir dadurch erreichen können, daß man der Gewaltanwendung entsagt, dann werden auch die größten Opfer, die wir vielleicht bringen müssen, nicht umsonst gebracht sein.<<
Viele Deutsche, besonders die älteren Generationen, die bereits den katastrophalen Ersten Weltkrieg erlebt hatten, wirkten nach dem Kriegsbeginn wie gelähmt. Allenthalben herrschte große Betroffenheit und Ratlosigkeit.
Botschafter Henderson überreichte am 3. September 1939, um 9 Uhr, das "letzte britische Ultimatum" (x059/92): >>Wenn nicht bis 11 Uhr vormittags das Feuer gegen Polen eingestellt worden ist, befindet sich England mit Deutschland im Kriegszustand.<<
Als Hitler diese Nachricht erhielt, reagierte er völlig überrascht, denn Außenminister Ribbentrop hatte eine britische Kriegserklärung stets ausgeschlossen (x069/177).
Der deutsche Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes, Dr. Schmidt, berichtete am 3. September 1939 über die Reaktion der NS-Führung nach Übergabe des britischen Ultimatums (x243/68): >>... Ich blieb in einiger Entfernung vor Hitlers Tisch stehen und übersetzte ihm dann langsam das soeben übergebene Ultimatum der britischen Regierung. Als ich geendigt hatte, herrschte völlige Stille. ...
Wie versteinert saß Hitler da und blickte vor sich hin. Dann wandte er sich Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster stehen geblieben war.
"Was nun?" fragte Hitler seinen Außenminister mit einem wütenden Blick. ...
Im Vorraum herrschte Totenstille. Göring drehte sich zu mir um und sagte: "Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein!"
Goebbels stand im Vorraum und wirkte ... niedergeschlagen. ...<<
Um 11.30 Uhr lehnte Hitler per Memorandum das britische Ultimatum ab. Nach Ablauf des Ultimatums überreichte Frankreich um 12.30 Uhr die Kriegserklärung. Australien, Neuseeland und Indien gaben ebenfalls noch am selben Tag ihre Kriegserklärung ab, während der Irische Freistaat seine Neutralität erklärte (x033/11).
Um 14.30 Uhr informierte Hitler die Bevölkerung in einer Rundfunkansprache über den Kriegszustand des Reiches mit Großbritannien und Frankreich.
Hitlers Ansprache an die NSDAP vom 3. September 1939 endete mit den Worten (x033/11): >>... Wir haben nichts zu verlieren, wir haben alles zu gewinnen!<<
Der Chef der deutschen Sicherheitspolizei formulierte am 3. September 1939 "Grundsätze der inneren Staatssicherung während des Krieges" (x033/11): >>... Jeder Versuch, die Geschlossenheit und den Kampfeswillen des deutschen Volkes zu zersetzen, ist rücksichtslos zu unterdrücken.<<
Der britischen Premierminister Winston Churchill erklärte am 3. September 1939 zur britischen Kriegserklärung (x353/63): >>… Dies ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.<<
Die englische Sonntagszeitung "Sunday Correspondent" berichtete (später) am 17. September 1989 (x352/57): >>Wir sind 1939 nicht in den Krieg gezogen, um Deutschland vor Hitler ... oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht

akzeptieren konnten.<<
Sir Winston Churchill erklärte am 3. September 1939 vor dem Unterhaus (x311/462): >>... Wir kämpfen weder für Danzig noch für Polen, wir kämpfen, um die ganze Welt von der Geißel der Nazityrannen zu befreien und alles zu verteidigen, was den Menschen am heiligsten ist. Dieser Krieg hat weder eine Herrschaft, noch eine Vermehrung der imperialistischen Macht oder einen materiellen Gewinn als Ziel. Er ist genau so wenig geführt, um jemandem seine Entwicklungsmöglichkeiten oder seinen Platz an der Sonne zu rauben.
Man betrachte die wirklichen Gründe! Man wird dann sehen, daß es sein Ziel ist, unantastbare Grundlagen für die Rechte des Individuums zu schaffen sowie die Wiedergeburt und das Überleben der menschlichen Persönlichkeit zu sichern. ... Wir müssen diese Prüfung mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften aufgreifen und mit dem Willen, es siegreich zu schaffen. ...
Vorwärts, Ihr Soldaten Christi ...<<
Frankreich und England kamen ihren Beistandsverpflichtungen jedoch trotz Kriegserklärung nicht nach, so daß die polnische Armee kurzfristig vernichtend geschlagen wurde.
An den westdeutschen Grenzen standen zwar über 100 gutausgerüstete französische und britische Divisionen, aber die zahlenmäßig überlegenen Westalliierten wagten damals keinen Entlastungsangriff gegen die 23 deutschen Divisionen, um ihre polnischen Verbündeten zu unterstützen (x076/243).
Die Franzosen führten lediglich Spähtruppunternehmen vor dem Westwall durch, während England einige Flugblattaktionen organisierte - Beginn des "Komischen Krieges". Diese mangelnde französisch-britische Kampfbereitschaft rettete nicht nur die schwachen deutschen Truppen an der Westfront, sondern dieser strategische Fehler führte schließlich auch 1940 zur katastrophalen Niederlage der Franzosen und Briten.
Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte am 15. September 1939 (x063/590): >>Der polnische Staat ist zerfallen. Er existiert nicht mehr. Ein schneller Schlag gegen Polen zuerst von der deutschen Wehrmacht und dann von der Roten Armee – und nichts bleibt übrig von diesem scheußlichen Gebilde des Versailler Vertrages. ...<<
Am 17. September 1939 griff die Sowjetunion in den Krieg gegen Polen ein. Nachdem der deutsch-polnische Krieg fast entschieden war, griffen sowjetische Truppen die ostpolnische Grenze an. Um 6.00 Uhr morgens marschierten 2 sowjetische Heeresgruppen - die Ukrainische und die Weißrussische Front - in Ostpolen ein, während sich die deutschen Truppen vereinbarungsgemäß auf die Narew-Weichsel-San-Linie zurückzogen. Stalin ließ diese "Befreiungsmission" angeblich durchführen, um die slawische Bevölkerung in den polnischen Gebieten der Westukraine, Belorußland und in Bessarabien vor der faschistischen Versklavung zu "schützen".
Am 17. September 1939 floh der polnische Staatspräsident Moscicki mit der polnischen Regierung nach Rumänien. Moscicki wurde dort vorübergehend interniert und fand später in London Zuflucht.
Stalin erklärte am 17. September 1939 in Moskau (x064/140): >>... daß der polnische Staat und seine Regierung tatsächlich aufgehört haben zu existieren. ...<<
Die Außenminister Molotow und von Ribbentrop änderten am 28. September 1939 den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag und verlegten die am 23.08.1939 vereinbarte sowjetische Grenze von der Weichsel an den Bug. Die Sowjetunion besetzte danach Ostpolen in der Westukraine und die baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen. Hitler, der angebliche Todfeind des Bolschewismus, öffnete der sowjetischen Expansion damit endgültig den Weg nach Westeuropa (x063/590).
Am 6. Oktober 1939 wurden die letzten polnischen Kampfeinheiten durch überlegene deutsche Truppen zerschlagen und kapitulierten.

Während des deutsch-polnischen "Blitzkrieges" gerieten rund 694.000 polnische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft. 217.000 Polen gingen in sowjetische Gefangenschaft (x041/-101). Etwa 100.000 polnische Soldaten flohen nach Ungarn und wurden z.T. im Frühjahr 1940 in die Truppen der westlichen Alliierten eingereiht.
Wehrmachtsverluste während des Polenfeldzuges: 10.572 Tote, 3.404 Vermißte und 30.322 Verwundete. Die UdSSR meldete 737 Tote und 1.859 Verwundete (x040/16).
Nach polnischen Angaben fielen während des deutsch-sowjetischen-polnischen Krieges insgesamt rund 123.000 polnische Soldaten (x064/140).
Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtete Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94): >>... Wir verzichten auf alle Gebietsforderungen im Westen, verlangen aber dafür freie Hand im Osten.<<
Am 10. Oktober 1939 wurde Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 durch Frankreich abgelehnt (x040/16).
Der britische Premierminister Chamberlain lehnte Hitler Friedensangebot am 12. Oktober 1939 ab (x040/16).
Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1989 über Hitlers Friedensangebote vom 6. Oktober 1939 (x853/...): >>... **Friedensinitiativen im Herbst 1939**
Erinnerungen an vergessene zeitgeschichtliche Ereignisse
... Da Berlin ausgewiesenermaßen gegenüber England und Frankreich kein Kriegsziel verfolgte, schien einem Friedensschluß zwischen dem Reich und den beiden Westmächten auch kein Hindernis entgegenzustehen.
- Das sah auch Roosevelts "heimlicher Außenminister", Botschafter William C. Bullitt so, wie er in seinem "persönlichen und vertraulichen" Telegramm an den US-Staatschef vom 8. September 1939 bekannte: "Ich erwarte, daß die Deutschen ihre Zerstörung Polens bald abschließen, um dann Frankreich und England den Frieden anzubieten."
Nur redete der Roosevelt-Vertraute - ganz im Sinne seines Chefs - einem helfenden Eingreifen der USA zu Gunsten der beiden Westmächte entschieden das Wort. Entsprechend telegraphierte er dem Präsidenten: "Natürlich ist es offensichtlich, daß, falls der Neutralitätsbeschluß des amerikanischen Kongresses in seiner gegenwärtigen Form bleibt, Frankreich und England rasch besiegt werden."
Statt mit einem von Berlin initiierten Friedensschluß wollten Bullitt und Roosevelt den Krieg mit einem klaren Sieg der Alliierten beenden. Deswegen bauten sie darauf, daß Paris und London die Berliner Friedensvorschläge ablehnen und weiterkämpfen würden, wie es die Kabinette an der Seine und an der Themse dann auch taten. ...
Im Gegensatz zu Chamberlain und Daladier, welche Deutschland immerhin Bedingungen stellten, lehnte Churchill ein Friedensgespräch mit Hitler rundweg ab, obwohl er im gleichen Gespräch mit Botschafter Kennedy die militärische Lage Englands als nicht gerade rosig schilderte und die Schlagkraft der Deutschen unterstrich. Wenn er trotz der schwierigen Kriegslage für eine Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland eintrat, dann ist dies nur vor dem Hintergrund seiner heimlichen Kontakte zu Präsident Roosevelt, der ihm moralische und handfeste Unterstützung zusagte, zu verstehen. ...
Am 24. Dezember 1939 rief schließlich Papst Pius XII. zur Einstellung des Krieges auf, da er "auf moralischem, geistigem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet besonders böse Folgen des Krieges" sehe. Die "für das Schicksal der Völker Verantwortlichen sollten es daher nicht von vornherein ablehnen zu verhandeln, wenn sich Gelegenheit dazu biete". …
Es mußten sich also die Politiker an der Spree ebenso betroffen und angesprochen fühlen wie die Staatsführungen in London und in Paris. Hätten sie sich darüber hinaus auch zur Tat entschlossen und die päpstlichen Empfehlungen gar zur Richtschnur ihrer Handlungen gemacht,

wäre der Menschheit der Zweite Weltkrieg erspart geblieben und hätten über 50 Millionen Menschen ihr Leben nicht verloren.<<

Schlußbemerkungen: Am 1. September 1939 "bedankte" sich Hitler bei den westeuropäischen Siegermächten für die vielen "Geschenke", die sie den demokratischen Regierungen der Weimarer Republik starrsinnig verwehrt" hatten. Nach den großen außenpolitischen Erfolgen überspannte Hitler den Bogen, denn Hitler konnte einfach kein Maß halten, so daß er letzten Endes alle Erfolge leichtfertig zerstörte. Nun begann die NS-Außenpolitik der Völkerrechtsbrüche und der sinnlosen Gewalttaten, die schließlich zur Vernichtung des Ostjudentums und der deutschen Ostsiedlung führen sollte.

Hitler konnte die Welt schließlich nicht etwa in den Krieg reißen, weil die deutsche Wehrmacht und die deutsche Rüstungswirtschaft überlegen waren, sondern hauptsächlich kam es zum Kriegsausbruch, weil der sowjetische Diktator Hitlers Kriegspläne durch den "Hitler-Stalin-Pakt" förderte.

Der Bromberger Blutsonntag

Als die deutschen Truppen am 1. September 1939 angriffen und in Polen einmarschierten, brach vielerorts Unheil und Tod über die Polen-Deutschen herein. Die alteingesessenen Volksdeutschen, die trotz der Feindseligkeiten und Schikanen als polnische Staatsbürger in Posen und Westpreußen geblieben waren, schwebten nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in akuter Lebensgefahr. Nach den erbitterten Nationalitätenkämpfen der zurückliegenden 20 Jahre gab es naturgemäß noch viele "offene Rechnungen".

In den ehemaligen deutschen Provinzen Posen und Westpreußen sowie in Polen begannen sofort planmäßig vorbereitete Verfolgungen der Volksdeutschen, denn die polnischen Propagandamedien hatten schon seit Wochen gegen die Polen-Deutschen gehetzt (x025/44): >>... daß im Kriegsfalle kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird ... Bartholomäusnacht ...<<

Am 3. September 1939 eröffneten polnische Milizen und aufgehetzte polnische Zivilisten hauptsächlich im sogenannten "Korridor" bei Bromberg, in der Nähe von Lodz und in Warschau planmäßige Menschenjagden auf volksdeutsche Zivilisten.

Bei den polnischen Gewalttaten bzw. Massenverbrechen gegen die volksdeutschen Zivilisten handelte es sich mehrheitlich um keine spontanen Handlungen, denn man hatte sie nachweislich sorgfältig geplant und vorbereitet. Einige Monate vor dem Kriegsbeginn ließen polnische Behörden z.B. 2 große Konzentrationslager errichten und erfaßten die gesamte deutsche Intelligenz der ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen in speziellen Fahndungslisten (x025/46).

Der deutsche Angriff war schließlich das Startzeichen für großangelegte Verfolgungen. Während des deutsch-polnischen Krieges herrschten naturgemäß chaotische Zustände, so daß die Massenverbrechen der polnischen Miliz, Polizei und nationalen Jugendeinheiten zunächst im allgemeinen Chaos untergingen.

Obwohl polnische Freunde oder anständige Nachbarn die Volksdeutschen eindringlich vor möglichen Ausschreitungen gewarnt hatten, wurden die Volksdeutschen von den systematischen Massenausschreitungen vollkommen überrascht und erschüttert. Die meisten Polen-Deutschen waren sich keiner Schuld bewußt, aber die Schuldfrage war völlig gleichgültig, denn in jenen Tagen waren alle Volksdeutschen "vogelfrei".

Polnische Milizen und aufgehetzte polnische Zivilisten zogen zielstrebig durch die deutschen Siedlungen. Überall drangen polnische Militär-, Polizei- und Milizeinheiten sowie polnische Zivilisten gewaltsam in die Wohnungen und Häuser der Deutschen ein und schlugen die Wehrlosen grundlos zusammen. In einigen polnischen Kreisen trieb man die festgenommenen Volksdeutschen zusammen und hetzte sie danach tagelang ohne Verpflegung in Richtung

Kutno, Lowitsch oder Warschau (x029/234). Bei diesen brutalen Gewaltmärschen schlugen polnische Wachleute und der aufgehetzte Pöbel oftmals erbarmungslos auf die erschöpften Gefangenen ein.

In einer unveröffentlichten Dokumentation berichtete das Bundesarchiv Koblenz über die Verschleppungsmärsche der Deutschen aus Posen und Pommerellen im September 1939 (x029/234-235): >>... Die polnischen Behörden hatten von langer Hand Listen zu inhaftierender Personen angelegt. Sie umfaßten die gesamte deutsche Intelligenz der beiden West-Woiwodschaften. An ihrer Hand wurden die Aufgeführten, soweit man ihrer habhaft werden konnte, am 1. und 2. September ohne richterlichen Haftbefehl inhaftiert. ...

Die Verschleppten wurden nach Osten in Marsch gesetzt. Die Behandlung auf den Märschen durch Bewachungspersonal und Zivilpersonen war unmenschlich. Wer nicht mehr weiter konnte, wurde totgeschlagen. Einzelne Marschgruppen wurden fast vollständig aufgerieben, andere am 9. September in Lowitsch befreit, wieder andere am 17. im Kutno-Kessel, in Brest-Litowsk und in Bereza Kartuska, einige erst am 27. in Warschau nach dem Fall der Festung. ...

Insgesamt lassen sich 40 größere Marschgruppen von 10 bis 1.000 Personen feststellen, die zwischen nur einigen und etwa 300 Kilometern ganz oder größtenteils im Fußmarsch zurückgelegt haben. ...

Man kann mit etwa 10.000 verschleppten Deutschen aus Posen und Pommerellen sowie mit etwa 2.200 dabei Umgekommenen rechnen. Dazu kommen mehrere tausend Verschleppte aus Mittelpolen - aus Lodz allein mehr als 600 - und Galizien.<<

Das deutsche NS-Propagandaministerium nutzte die polnischen Massaker nach dem deutschen Angriff gewissenlos aus und veröffentlichte später bewußt völlig falsche Zahlen.

Obgleich die "Posener Zentralstelle für die Gräber ermordeter Volksdeutscher" 5.495 deutsche Todesopfer und Vermißte ermittelte, wurde die Zahl der Ermordeten und Vermißten mit mindestens 58.000 festgesetzt.

Nach dem Kriegsende wurde in der Posener Zentralstelle ein NS-Telegramm aus Berlin vom Februar 1940 gefunden, wonach man "die Zahl von 58.000 Toten und Vermißten allein als verbindlich anzusehen" habe (x029/37).

Prof. Dr. Hermann Pfister schrieb später über die polnischen Gewalttaten im September 1939 (x064/137-138): >>Der deutsche Angriff ohne Kriegserklärung führte in Polen zu zahlreichen Ausschreitungen gegenüber den Volksdeutschen; sie waren bereits seit Verschärfung der deutsch-polnischen Kontroverse Ziel einer Kampagne gewesen, die ihnen pauschal Spionage- und Agententätigkeit und Sabotageakte im Auftrag der deutschen Regierung unterstellte - zum größten Teil unberechtigt, da, anders als in der Tschechoslowakei, der deutschen Minderheit von seiten der Reichsregierung nicht die gleiche weitgehende Aufgabe bei der politisch-propagandistischen Vorbereitung des Krieges zugedacht gewesen war. ...

Dennoch steigerte sich bei Kriegsbeginn die Haßwelle zu Brutalitäten und Exzessen. Von polnischer Seite erfolgten Verhaftungen nach vorbereiteten Listen, Deportationen, Mißhandlungen und verfahrenslose Erschießungen, die mehrere Tausend Opfer forderten. Am blutigsten verlief die Verfolgung der diffamierten Deutschen in Bromberg, wo am "Blutsonntag" (3. September) allein etwa 1.000 Menschen ermordet wurden. Insgesamt wird die Zahl der Toten und seit dem Pogrom Vermißten mit etwa 6.000 angenommen; polnische Angaben sprechen von weniger als 5.000 Opfern; die NS-Presse meldete 58.000 - eine Zahl, die durch Verzehnfachung der ursprünglich bekannt gewordenen Toten erreicht wurde ...<<

Der deutsche Historiker Gotthold Rhode (1916-1990) schrieb später über den "Bromberger Blutsonntag" (x104/277,280-281): >>... Die Bluttaten (in Bromberg) sind dadurch gekennzeichnet, daß sie ganz offensichtlich von keiner militärischen oder zivilen Behörde der Republik Polen angeordnet worden waren (wie das bei den Internierungen und den Verbringungen

in das KZ Bereza Kartuska und den Verschleppungen der Fall war), daß auch nicht eine bestimmte, genau abzugrenzende Tätergruppe dafür verantwortlich war, sondern daß sich hier die schreckliche Pressehetze der letzten Vorkriegswochen, die offiziellen Aufforderungen, auf "Diversanten (Saboteure)" zu achten, die maßlose Enttäuschung über die sich abzeichnende militärische Niederlage und eine von ungeordnet zurückflutenden Truppen ausgelöste Panikstimmung in unheilvoller Weise verstärkten und nach Schuldigen suchten. ...<<
>>... Das besonders Schreckliche an den Bromberger Bluttaten ist aber, daß nicht etwa standgerichtliche Verhandlungen und anschließende Exekutionen gegen angebliche "Heckenschützen" und Saboteure oder Spione mit noch so fadenscheinigen Beweisen stattfanden, sondern daß in der ganzen Stadt einschließlich der Vororte, durch die gar keine polnischen Truppen zurückgegangen waren und wo auch keine Schüsse gefallen waren, schon vom 2. September an grausamste Lynchjustiz von selbsternannten Vollsteckern geübt wurde.
Fast alle Augenzeugenberichte sprechen von irregulären mit Soldaten vermischten "Horden" oder "Banden", die die Mordtaten verübten. Glücklich war dagegen, wer aufgrund falscher Aussagen regulär verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert wurde, wie Pastor Staffel. Er wurde drangsaliert und geschlagen, kam aber mit dem Leben davon, während sein Amtsbruder Richard Kutzer zusammen mit seinem 73jährigen Vater und 60 weiteren Mitgliedern seiner Gemeinde im Vorort Jägerhof zuerst bestialisch gequält und danach ermordet wurde. ...
Der zum Teil durch Alkohol gesteigerte Blutrausch machte auch vor besonnenen Polen nicht halt. So wurde der polnische Malermeister P. erschossen, weil er sich für 2 deutsche Frauen von 64 und 36 Jahren einsetzte, die aus ihrer Wohnung mit einem Maschinengewehr (!) geschossen haben sollten. Beide blieben dank seines Einsatzes am Leben. ...
Diese und andere menschliche Handlungen, die in den Berichten festgehalten sind, erinnern die Nachgeborenen wie die Nachkommen an die Pflicht, sich jeder Pauschalverurteilung zu enthalten, zumal schon eine Woche nach dem "Blutsonntag", am 10. September, auf dem Friedensplatz polnische Geiseln und damit meist Unschuldige erschossen wurden.
Bestehen bleibt aber, daß von den Deutschen in Polen die Bromberger Deutschen am 3. und 4. September ein besonders hohes und schreckliches Blutopfer erbracht haben, und das nicht, weil sie gegen den polnischen Staat, sondern nur, weil sie Deutsche waren.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. August 2004 (x887/...): >>**Die "Jagd auf Deutsche" im Osten**
Die Verfolgung begann nicht erst mit dem "Bromberger Blutsonntag" vor 50 Jahren von Pater Lothar Groppe
Deutsche Politiker und Medienleute lassen keine Gelegenheit vorübergehen, an vergangene deutsche Schuld zu erinnern. Hierbei spielt die historische Wahrheit häufig keine Rolle, wenn nur der Political Correctness Genüge getan wird. So, wie der Nürnberger Oberbürgermeister am 9. November des vergangenen Jahres anläßlich des 65. Jahrestags der "Reichskristallnacht" erklärte: "Es gab nur ein einziges Tätervolk, uns."
Wir werden am 1. September des Überfalls auf Polen gedenken, der den Zweiten Weltkrieg mit all seinen Schrecken auslöste und 55 Millionen Menschenleben forderte. Der "Überfall" ist inzwischen derart zum Gemeingut geworden, daß ihn niemand zu bezweifeln wagt. Allerdings bereitet uns das "Deutsche Wörterbuch" von Gerhard Wahrig einiges Kopfzerbrechen. Nach ihm ist ein Angriff ein Überfall, wenn er den Angegriffenen unvorbereitet und überraschend trifft. Jedoch Polen war keineswegs unvorbereitet, wie der französische Historiker Raymond Cartier in seinem Werk "Der Zweite Weltkrieg" schreibt. Nach ihm hatten die Polen den Angriff erwartet:
"Hatten sie den Krieg wirklich nur erwartet? Hatten sie ihn vielleicht sogar gewollt? Eine Woge patriotischer Begeisterung ging bereits seit Wochen durch das ganze Land. Es gab Leute, die ganz offen erklärten, sie hätten Angst gehabt, ihre Politiker könnten die Gelegenheit,

den Deutschen eine tüchtige Lehre zu erteilen, ungenützt vorübergehen lassen. Wenn Hitler etwas gegen den Korridor habe, so werde Polen diesen eben auf seine Weise beseitigen, indem es sich Ostpreußen einverleibe, dessen Besiedlung durch die Deutschritter ja ohnehin nichts als nackte Usurpation gewesen sei."
Cartier spricht auch unverblümt davon, daß es in Polen seitens der Polen Fälle offener und heimtückischer Unterdrückung der deutschen Minderheit gab. In Polen war die Mobilmachung seit Frühjahr 1939 etappenweise im Gang.
Lange vor Hitler, am 9. Oktober 1925, schrieb die polnische Zeitung Gazeta Gdansk: "Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königberg, ohne ganz Ostpreußen nicht existieren könne. Wir müssen jetzt in Locarno fordern, daß ganz Ostpreußen liquidiert wird. Es kann eine Autonomie unter polnischer Oberherrschaft erhalten. Dann wird es keinen Korridor mehr geben. Sollte dies nicht auf friedlichem Wege geschehen, dann gibt es ein zweites Tannenberg, und alle Länder kehren dann in den Schoß des geliebten Vaterlandes zurück."
"Von 1.058.000 Deutschen, die noch 1921 in Posen und Westpreußen lebten", ist bei Cartier zu lesen, "waren bis 1926 unter polnischem Druck 758.867 abgewandert. Nach weiterer Drangsal wurde das volksdeutsche Bevölkerungselement vom Warschauer Innenministerium am 15. Juli 1939 auf weniger als 300.000 Menschen geschätzt."
All dies muß man wissen, wenn man wissen will, wie es zum bisher größten und verlustreichsten Krieg der Geschichte kam. Wenn man auch nicht vom "Überfall" auf Polen sprechen kann, so begann doch am 1. September 1939 der deutsche Angriff auf Polen. Man darf den historischen Hintergrund nicht außer acht lassen, wenn man verstehen will, wie es infolge langwieriger Spannungen schließlich zum Krieg kam. Der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland erklärte auf die Frage, wer denn den Sechs-Tage-Krieg begonnen und die ersten Schüsse abgegeben habe: "Das ist gänzlich belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist." Sollte dies etwa auch für Deutschland gelten?
Neben der Tschechoslowakei gab es in Polen das Problem der "deutschen Minderheiten". Es geht auf die Grenzziehung von Versailles zurück. So wurden die Provinz Posen und der größte Teil Westpreußens ohne Volksabstimmung Polen zugewiesen. Nach der Abstimmung in Oberschlesien 1921 wurden Teile davon Polen überlassen, obwohl 59,6 Prozent der Bewohner für Deutschland gestimmt hatten.
So kamen mehr als zwei Millionen Deutsche in den Vielvölkerstaat Polen. Minderheitenabkommen sollten das Nationalitätenprinzip retten. Aber die Tschechoslowakei und Polen erklärten immer wieder, das Minderheitensystem des Völkerbundes beeinträchtige ihre Souveränität. So wurden in der Regel die Verträge nicht eingehalten, was zur Verärgerung und Enttäuschung der Bevölkerung führte. Sie griff aber zur Veränderung des Status quo nicht zur Gewalt.
Waren die Deutschen eine "fünfte Kolonne"? Ganz besonders in Polen wurde dieser Vorwurf erhoben. Aber eine ethnische Minderheit ist nicht schon deswegen illoyal, weil sie die Beachtung der Minderheitenrechte verlangt. Zwischen 1919 und 1939 kam es zu mehreren tausend Protesten wegen Verletzung des Minderheitenabkommens vom 28. Juli 1919. Es gab eine Menge Zündstoff. Deutschen wurden in Polen ihre Geschäfts- und Betriebslizenzen entzogen, Bauernhöfe angesteckt, Geschäfte boykottiert und Deutsche auf offener Straße verprügelt.
Volksdeutsche, die versuchten, ins Reich zu flüchten, wurden ebenso beschossen wie später Deutsche, die aus der Ostzone nach Westdeutschland zu flüchten suchten. Allein im August 1939 gelang etwa 80.000 Deutschen die Flucht nach Deutschland. Der damalige Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker schrieb hierzu: "Unsere diplomatischen und Konsularberichte aus Polen zeigten, wie 1933 die Welle immer höher auflief und das ursprüngliche Problem Danzig und Passage durch den Korridor überdeckte."
Die 20 Reichsregierungen vor Hitlers Machtübernahme hatten versucht, durch Verhandlungen

das Verhältnis zu Polen zu verbessern. Selbst Hitler versuchte dies anfangs, allerdings ohne Erfolg. Erst als er ab 1937 mit Gewalt drohte, konnte er nach und nach die Versailler Probleme lösen. Da er jedoch den Bogen überspannte, kam es zum Zweiten Weltkrieg.
Als sich ab April/Mai 1939 die deutsch-polnischen Beziehungen immer mehr verschlechterten, wurden einzelne Volksdeutsche, also solche deutscher Abstammung, aber ohne deutsche Staatsangehörigkeit, ermordet. Allerdings waren es nicht so viele, wie die deutsche Propaganda behauptete. Bereits mehrere Monate vor dem Krieg führten Rundfunk und Presse Polens einen propagandistischen Feldzug gegen die Minderheiten mit dem Tenor, "daß im Kriegsfalle kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird". Es ging das Gerede von einer bevorstehenden "Bartholomäusnacht" um. Wohlwollende Polen warnten ihre deutschen Nachbarn, sich im Falle eines Krieges auf das Schlimmste gefaßt zu machen.
Am 31. August 1939 inszenierten die Nationalsozialisten einen Überfall auf den Sender Gleiwitz, der den Polen in die Schuhe geschoben wurde. Dieser Vorfall war deshalb von besonderer Bedeutung, weil die internationale Öffentlichkeit auch nach Kriegsende die deutschen Behauptungen über alliierte Kriegsverbrechen verwarf. In den letzten Tagen vor Kriegsbeginn häuften sich Meldungen über angebliche oder tatsächliche Morde an Volksdeutschen.
Tatsächlich begann am 1. September 1939 die angekündigte "Jagd auf Deutsche". Der "Bromberger Blutsonntag" wurde aber im Ausland als Propaganda der Nationalsozialisten angezweifelt. Da nach dem 1. September 1939 vereinzelt Sabotageakte verübt wurden, deren Urheber nicht mehr zu ermitteln sind, kam es seitens der polnischen Bevölkerung zu drastischen Maßnahmen. Anhand der vor dem Krieg angelegten Listen wurden in den Woiwodschaften Posen und Pommerellen 10.000 bis 15.000 Deutsche ohne Haftbefehl festgenommen und zum Fußmarsch ins Landesinnere Richtung Kutno gezwungen.
Die Polen beschuldigten die Deutschen, Angehörige der "fünften Kolonne" zu sein. Während des Marsches vergriffen sich Polizisten und Zivilisten an den wehrlosen Deutschen. Etwa 2.200 Verschleppte kamen um. Vielfach wurden Marschunfähige einfach erschossen. Man erinnere sich an die Todesmärsche von Auschwitz am Ende des Krieges. In vielen Ortschaften begingen Polen Brandstiftungen, holten Deutsche, die sie der Konspiration mit dem Feind verdächtigten, aus ihren Häusern, mißhandelten, vergewaltigten und ermordeten sie.
Am schlimmsten ging es am Sonntag, dem 3. September in Bromberg zu, weswegen es zur Bezeichnung "Bromberger Blutsonntag" kam. Anlaß war das Gerücht, im Nordteil der Stadt sei es zu Schießereien gekommen und deutsche Fallschirmjäger seien abgesprungen. Später wurde bekannt, daß es sich um marodierende Einheiten der 9. und 27. polnischen Infanteriedivision handelte. Fallschirmjäger sprangen nicht über Bromberg ab.
Unter dem Vorwand, nach Waffen, Munition und Geheimsendern zu suchen, drangen Soldaten, Polizisten und Zivilisten in die Häuser der Deutschen ein. Eltern wurden vor den Augen ihrer Kinder, Kinder vor den Augen ihrer Eltern ermordet. Viele Opfer wurden vor ihrer Ermordung gefoltert und verstümmelt. Die Zahl der Opfer dieses Tages in Bromberg wurde auf 1.200 bis 1.500 geschätzt.
Am 4. September stießen Angehörige der 50. Infanteriedivision auf die ersten deutschen Leichen. Dies führte mit sofortiger Wirkung zur Errichtung der "Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Völkerrechtsverletzungen" (WUSt). Deren Untersuchungen ergaben, daß Morde und andere Gewaltverbrechen nicht nur in Bromberg selbst, sondern auch an anderen Orten stattgefunden hatten. Neben Volksdeutschen waren auch gefangengenommene deutsche Soldaten ermordet worden. Ende der 60er Jahre wurde die Zahl der im September 1939 ermordeten Volksdeutschen auf 3.841 festgelegt.
Daß nach Kriegsbeginn schwere Ausschreitungen gegen Volksdeutsche begangen wurden, steht fest. Ebenso trifft es zu, daß die Zahl der Ermordeten nicht so hoch ist, wie Goebbels behauptete. Danach seien 58.000 Volksdeutsche ermordet worden. Die Kartei der "Posener

Zentralstelle für die Gräber ermordeter Volksdeutscher" enthält "nur" 5.495 Karten.
Bei den Verbrechen gegen Volksdeutsche muß zutiefst erschüttern, daß nach gut belegten Berichten am Sonntag, dem 3. September, katholische Gotteshäuser zu Versammlungsstätten wurden, die wenig später zum Massenmord an Deutschen führten. Nicht zufällig wird in allen vorliegenden Berichten übereinstimmend "die Zeit nach dem Gottesdienst" und hier, noch genauer, "nach 10.00 Uhr" oder "ungefähr 10.20 Uhr" als Beginn des Schießens in verschiedenen Stadtteilen und der Massenverhaftungen von Deutschen angegeben. Im Bundesarchiv haben wir Unterlagen, die eindeutig belegen, daß die polnischen Einwohner systematisch aufgehetzt wurden.
Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß nicht wenige Polen sich für Deutsche einsetzten. So der Malermeister Pulkowski. Er sagte zu den bewaffneten Banden: "Was macht ihr mit den Deutschen?" Er wurde mitgenommen und erschossen. Aus vielen eidesstattlichen Aussagen geht hervor, daß aus der Menge immer wieder zum Mord an den Deutschen aufgerufen wurde.
Die Bromberger Ereignisse wurden auch von ausländischen Reportern geschildert. So schrieb ein ungarischer Journalist:
"Laut allen Aussagen begann die Hölle in Bromberg in jener Stunde, als die polnischen Zivilbehörden die Stadt verlassen hatten. Hunderte von Deutschen, darunter Frauen, Kinder und Greise, wurden durch die Stadt gejagt. Sie wurden mit Gewehrkolben und Stöcken geprügelt und massenweise hingemordet. Selbst der katholische Pfarrer Kaluschke wurde mit seinen Ordensschwestern durch die Stadt gejagt und mißhandelt. Ich hatte Gelegenheit, noch Donnerstag (7. September) in Häusern und auf den Straßen die Leichen der Ermordeten zu sehen ..."
Neben dem eigentlichen Zentrum Bromberg wurden auch in den Vororten zahlreiche Deutsche ermordet. Dort begannen die Ermordungen erst am 4. und 5. September. Es heißt, weil sie Deutsche waren. Wahllos wurden Frauen, Kinder und Greise abgeknallt, wo immer man sie als Deutsche identifizierte.
In den Berichten wird aber auch hervorgehoben, daß weite Kreise der Bevölkerung ebenso wie der polnischen Armee mit dieser Welle des Hasses nichts zu tun hatten, daß sie ohnmächtig und hilflos dem Wüten des Mobs gegenüberstanden, wie seinerzeit in der sogenannten "Reichskristallnacht" die meisten Deutschen den nationalsozialistischen Mordbrennern.<<
Schlußbemerkungen: Während des "Bromberger Blutsonntags" ereigneten sich die ersten vorsätzlichen Massenmorde der deutsch-polnischen Geschichte. Der "Bromberger Blutsonntag" forderte in Polen etwa 6.000-7.000 deutsche Todesopfer (x025/44). Die Morde wurden mehrheitlich von polnischen Militär-, Polizei- und paramilitärischen Jugendeinheiten verübt, nur ein geringer Teil ging zu Lasten der aufgehetzten polnischen Zivilisten. Das schnelle Vordringen der deutschen Truppen verhinderte schließlich weitere Gewaltakte und rettete sicherlich vielen inhaftierten Volksdeutschen das Leben.
Katholische Geistliche der Erzdiözese Gnesen-Posen (Domkapitular Josef Paech, Prof. Dr. Albert Steuer und andere) bestätigten später, daß diese furchtbaren Verbrechen hauptsächlich von polnische Polizeibeamten, Milizen und Soldaten des polnischen Heeres begangen wurden, die eigentlich schützend hätten eingreifen müssen. Obgleich das erzkatholische polnische Volk angeblich christlich und äußerst fromm war, ereigneten sich in vielen Orten unglaubliche Ausschreitungen, die in schärfstem Widerspruch zum christlichen Denken und Handeln der katholischen Kirche standen.

SD- und SS-Greuel sowie sowjetische "Säuberungsaktionen" in Polen (1939-1941)
Am 27. September 1939 wurden die zentralen Ämter der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS im Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßt. Das Reichssicherheitshauptamt wurde danach zur Zentrale der NS-Terrormaßnahmen. Das Reichssicherheits-

hauptamt war Himmler unterstellt: Leitung bis 4. Juni 1942: Heydrich, ab 30. Januar 1943: Kaltenbrunner.
Die Reichssicherheitshauptamts-Abteilungen erteilten den Befehlshabern der Gestapo-, SD- und SS-Einheiten direkte Weisungen, so daß eine Art SS-Nebenregierung entstand. Während des Zweiten Weltkrieges errichteten die verschiedenen Reichssicherheitshauptamt-Organisationen in den besetzten Ländern fast lückenlose Terror-Verwaltungen. Heinrich Müller leitete das Reichssicherheitshauptamt IV = Geheime Staatspolizei. Der gefühlsrohe Gestapo-Chef entwickelte dort mit seinen Mitarbeitern die "routinemäßige, bürokratische Massentötung".
Die deutsche Militärverwaltung in Polen wurde bereits am 25. Oktober 1939 aufgehoben und durch die "Zivilverwaltung" der NSDAP sowie durch SS-Sonderorganisationen abgelöst (x064/146). NS-Reichsrechtsführer Hans Frank übernahm in Krakau das Amt des Generalgouverneurs.
Alle Gebiete, die das Deutsche Reich 1919/20 an Polen abgetreten hatte, gliederte man in die neugegründeten Reichsgaue Danzig-Westpreußen, Wartheland - ehemalige preußische Provinz Posen und westpolnische Gebiete, mit den 3 Regierungsbezirken Posen, Hohensalza und Lodz/Litzmannstadt - sowie in die deutschen Provinzen Ostpreußen und Oberschlesien ein.
In den westpolnischen Restgebieten um Warschau, Lublin und Krakau wurde das "Generalgouvernement", eine Art "koloniales Nebenland" des Deutschen Reiches, gegründet. Die völkerrechtliche Stellung dieser Restgebiete blieb unklar. Das Generalgouvernement wurde später als völlig abhängiges Beatzungsgebiet wirtschaftlich ausgebeutet, politisch versklavt und schließlich Tatort der Endlösung in den NS-Vernichtungslagern.
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über das "Generalgouvernement" (x051/208): >>Generalgouvernement (amtlich seit 26.10.39 "für die besetzten polnischen Gebiete", von Juli 40 an nur noch Generalgouvernement), nach dem Polenfeldzug im eroberten Polen gebildetes deutsches "Nebenland", ohne eigene Staatlichkeit unter einem Generalgouverneur (H. Frank) mit begrenzter polnischer Selbstverwaltung auf unterster Ebene; eingeteilt in vier Distrikte (Krakau, Warschau, Radom, Lublin) unter Distriktgouverneuren, denen am 1.8.41 noch Ostgalizien mit Lemberg als "Distrikt Galizien" angegliedert wurde; damit 142.000 km² und rund zwölf Millionen Einwohner.
Das Generalgouvernement war Arbeitskräftereservoir für verschleppte polnische Zwangsarbeiter, Aufnahmeland für die aus den von Deutschland annektierten Gebieten vertriebenen Polen (1,2 Millionen), industrielles und landwirtschaftliches Ausbeutungsobjekt und seit 1942 nach der Gettoisierung der Juden (1943 Warschauer Getto-Aufstand) Schauplatz für die Durchführung der Endlösung.
Nach Schließung der höheren Schulen und Universitäten und Ausrottung von Teilen der polnischen Intelligenz (Intelligenzaktion) wurde das Schulsystem auf einfache und rein fachliche Bildungsstätten reduziert.
In weiterer Perspektive sah der Generalplan Ost die Vertreibung von 80-85 % der Polen aus dem Generalgouvernement nach Sibirien und die Ansiedlung deutscher Bauern vor; während sich Frank und seine Zivilregierung bisweilen noch, wenn auch ohne Erfolg, aus rein pragmatischen Gründen um eine gewisse Milderung des Besatzungsregimes bemühten, führte das völlig autonome Schreckensregiment der direkt Himmler unterstellten Höheren SS- und Polizeiführer, die die Gerichtsbarkeit und zunehmend Aufgaben der Exekutive ausübten, seit 1943 zu einer Verschärfung der Lage im Generalgouvernement.
Ein relativ grobmaschiges deutsches Kontrollnetz ermöglichte im Generalgouvernement die Organisierung des polnischen Widerstands in einer Untergrundregierung mit einer Untergrundarmee, die sich am 1.8.44 im Warschauer Aufstand gegen die deutsche Besatzungsmacht erhob, nach zweimonatigen Kämpfen jedoch mangels alliierter Unterstützung unter-

lag.<<
Ab Dezember 1939 wurde in Westpolen fast die gesamte polnische Führungsschicht inhaftiert oder z.T. sofort liquidiert. Das brutale Vorgehen der SS- und SD-Sondereinheiten wurde in erster Linie mit den polnischen Ausschreitungen am "Bromberger Blutsonntag" gegen die volksdeutsche Bevölkerung begründet.
In den besetzten polnischen Gebieten war die Zivilbevölkerung permanent willkürlichen Umsiedlungen, Zwangsverschleppungen, Massenverhaftungen und brutalen Verhören ausgesetzt. Im gesamten Besatzungsgebiet wurde das kulturelle Leben der polnischen Bevölkerung lahmgelegt. Ungezählte polnische Zivilisten mußten unverantwortliche Demütigungen, rücksichtslose Diskriminierungen und schwerste Gewalttaten über sich ergehen lassen.
Am 1. September 1940 stellte der vorbestrafte SS-Oberführer Dr. Oskar Dirlewanger das erste SS-Sonderbataillon - später SS-Sturmbrigade D - auf.
Hans Frank forderte die versammelten SS-, SIPO- und SD-Führer am 30. Mai 1941 auf, den polnischen Widerstand im Rahmen einer allgemeinen "Befriedungsaktion" zu liquidieren (x092/903): >>Der Führer hat mir gesagt, was wir jetzt an Führungsschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren, was wieder nachwächst ist von uns sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzuschaffen. Wir brauchen diese Elemente nicht erst in die Konzentrationslager des Reiches abzuschleppen, sondern wir liquidieren die Dinge im Lande ...
Ich gestehen ganz offen, daß es einigen tausend Polen das Leben kosten wird, vor allem aus der geistigen Führerschicht ...
Meine Herren, wir sind keine Mörder.<<
Die polnische AK-Heimatarmee operierte zunächst hauptsächlich im Generalgouvernement. Diese polnische Untergrundarmee verfügte im März 1941 erst über ca. 54.000 Mitglieder, während es 1941/42 rund 150.000 und 1944 bereits mindestens 350.000 Widerstandskämpfer gab. Die polnische Widerstandsbewegung erhielt ihre Einsatzbefehle von der polnischen Exilregierung aus London (x064/155-156). Hauptaufgaben der polnischen Partisanen waren: Spionage, Sabotageakte und Attentate gegen die deutsche Besatzungsmacht.
Die polnische AK-Heimatarmee informierte die Londoner Exilregierung damals regelmäßig über die durchgeführten Sabotageakte in Polen (x064/156): >>Arbeitsergebnis ... für Oktober und November 1941 ... auf dem Gebiet des Generalgouvernements wurden 2 Bohrtürme stillgelegt, ein Bohrturm ist ausgebrannt, in Fabriken wurden 21 Maschinen beschädigt, 70.000 fehlerhafte Geschoßhülsen geliefert, 40 Züge zum Entgleisen gebracht, 480 Loks und 2.177 Waggons beschädigt, 35 t Öl verschmutzt, 13 Benzinkesselwagen abgelassen, eine Fabrik für Kriegsmaterial-Verpackung ganz abgebrannt, 4 verschiedene Fabriken, 3 Sägen, 1 Lebensmittellager in Brand gesteckt, 150 Waggons mit Holzwolle verbrannt, 374 Autos beschädigt und außerdem rund 10.000 kleinere Sabotageakte durchgeführt ...<<

Sowjetische Gewalttaten in Ostpolen (1939-1941)
Die Sowjets führten in den ostpolnischen Gebieten ebenfalls systematische Enteignungen und Massenverhaftungen durch. Der sowjetische NKWD-Geheimdienst begann bereits am 10. Februar 1940 mit der planmäßigen "Säuberung der besetzten ostpolnischen Gebiete".
Der ungarisch-schweizerische Historiker Peter Gosztony schrieb später über die sowjetischen Gewalttaten in Ostpolen (x264/20): >>... Während man die ehemalige ländliche Oberschicht – die Gutsbesitzer und die Großbauern - liquidierte, wurden auch zahlreiche andere Polen vom 10. Februar 1940 an per Bahn ins Innere der UdSSR deportiert, offiziell "Umsiedlung" genannt. In fünf großen Wellen fuhren in der Folge Deportationszüge nach Nord-Rußland, nach Sibirien und nach Mittelasien. "Umgesiedelt" wurden mehr als 1,2 Millionen Menschen, die in der Regel als Gepäck nur ein Bündel mitnehmen durften. ...

Nach heute noch gültigen Angaben von vertrauenswürdigen exilpolnischen Kreisen haben rund 760.000 Menschen die sowjetische "Umsiedlung" von 1939/41 mit ihrem Leben bezahlt. Ihr einziges Vergehen bestand darin, daß sie polnischer Nationalität waren. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die "Sowjetische Befreiungsmission" in Ostpolen (x026/18-19): >>Nachdem Wehrmacht und Rote Armee im September 1939 Polen angegriffen und überrannt hatten, annektierte die Sowjetunion die Gebiete Polens mit ukrainischer bzw. weißrussischer Bevölkerungsmehrheit. Die anschließende Säuberung vollzog sich nach stalinistischem Muster: Massenerschießung von Mißliebigen und Massendeportation von potentiellen Regimegegnern in den Archipel Gulag.

Verschleppt wurden so gut wie alle Flüchtlinge aus West- und Mittelpolen, Vertreter des öffentlichen Dienstes, alle Gebildeten und Wohlhabenden. Von den 1,65 bis 2,5 Millionen Deportierten waren 52 % Polen, 30 % Juden und 12 % Ukrainer und Weißrussen. Weit über die Hälfte dieser Unglücklichen dürfte umgekommen sein. ... Von den 230.000 polnischen Kriegsgefangenen in der UdSSR dürften insgesamt nur 82.000 überlebt haben. ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest berichtete später über das Schicksal der polnischen Deportierten (x080/328): >>Selbst nach den Maßstäben des Gulag waren die polnischen Gefangenen mit äußerster Brutalität behandelt worden und hatten überdurchschnittlich viele Todesopfer zu beklagen. Stalin hegte anscheinend einen besonders bösartigen Groll gegen die Polen - womöglich deshalb, weil sie 1920 bei Lemberg seinen Sieg vereitelt hatten. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die "sowjetische Befreiungsmission" im Baltikum und in Ostpolen (x046/169-170): >>... Etwa eine Million Menschen kamen im Gefolge der Annexion Ostpolens und der baltischen Republiken zwischen 1939 und 1941 ums Leben.

Der auf Befehl Stalins hin sofort nach Kriegsbeginn 1941 vorgenommenen Erschießung aller der Spionage verdächtigen Personen und der auf sein Geheiß hin vorgenommenen Niedermetzelung politischer Gefangener durch die Organe des NKVD vor dem Rückzug sind unzählige – nach Feststellungen eines Untersuchungsausschusses des amerikanischen Kongresses unter dem Vorsitz des Abgeordneten Charles J. Kersten allein in der Ukraine 80.000 bis 100.000 – Menschen zum Opfer gefallen.

Die Leichen der Hingemordeten wurden in den ... ukrainischen Städten und in anderen Orten überall in der Ukraine, in Weißrußland und in den baltischen Republiken aufgefunden. Schauplatz solcher Massaker waren auch solche Zentren wie Brest, Minsk, Kaunas, Wilna, Riga, um nur einige Stätten beispielhaft zu nennen. Massenerschießungen fanden aber auch im tiefen Hinterland statt ...<<

In der ukrainischen Stadt Luck ermordeten die Sowjets Ende Juni 1941 vor dem Rückzug etwa 1.500 ukrainische Häftlinge (x029/328). In Rudki, Komarno, Tarnopol, Jusowka und in Winniza entdeckten deutsche Wehrmachtssoldaten später Hunderte von ermordeten Ukrainern (x029/329).

Vor dem deutschen Angriff gegen die Sowjetunion hatte Stalin Befehle erteilt, alle politischen Häftlinge in den Osten zu verlagern oder zu beseitigen. In Ostpolen, der Ukraine und in den baltischen Ländern wurden danach vor dem fluchtartigen Rückzug der Roten Armee Tausende von Inhaftierten durch sowjetische NKWD-Einheiten und Politkommissare nach Sibirien transportiert oder kurzerhand liquidiert. In fast allen grenznahen sowjetischen Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern Ostpolens ereigneten sich überstürzte Massenhinrichtungen.

Anschließend rückten die NKWD-Verbände meistens sofort ab, ohne die Ermordeten wenigstens zu verscharren, so daß die deutschen Wehrmachtssoldaten vielerorts regelrechte "Leichenberge" fanden. Oftmals hatte man die Inhaftierten kurzerhand mit Maschinengewehren niedergemäht. In den sowjetischen Zuchthäusern spürt man außerdem zahlreiche mittelalterliche oder moderne Folterwerkzeuge und Mordinstrumente aller Art auf.

Im Bericht einer US-Kongreßkommission, der 1954 veröffentlicht wurde, hieß es (x029/348):
>>... In den ersten Kriegstagen erschoß der NKWD in jeder Stadt der westlichen Ukraine alle politischen Gefangenen mit Ausnahme von einigen wenigen, die wie durch ein Wunder überlebten.<<

Schlußbemerkungen: Den sowjetischen "Säuberungsaktionen" im Jahre 1939/1940 fielen hauptsächlich die polnische Intelligenz - Akademiker und Ingenieure, aber auch wohlhabende Bürger und Bauern sowie Priester der Ostkirche zum Opfer, während im Jahre 1944 vor allem politische Gegner verfolgt wurden.

Nach polnischen Angaben kamen in Ost- und Westpolen insgesamt 22.392 Angehörige der polnischen Intelligenz um. Aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsanteile in den deutschen und sowjetischen Besatzungsgebieten wurden wahrscheinlich mehr als 50 % aller Mordopfer durch deutsche SS- und SD-Einsatzgruppen umgebracht (x025/172).

In den Jahren 1939-41 verschleppten die Sowjets etwa 1,65-2,5 Millionen "unzuverlässige" Staatsbürger - Polen, Juden, Ukrainer und Weißrussen - aus Ostpolen zur Zwangsarbeit nach Sibirien (x025/172, x061/499, x063/678, x064/142). Weit über 50 % der ostpolnischen Verschleppungsopfer überlebten die Deportationen in die Sowjetunion wahrscheinlich nicht (x025/172-173).

Kriegsvorbereitungen für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg

Stalin wurde am 1. Juli 1940 durch den britischen Botschafter Stafford Cripps aufgefordert, gegen die Deutschen in den Krieg einzutreten (x041/105). Stalin lehnte Churchills Forderungen jedoch kommentarlos ab. Für Stalin war die Kriegsteilnahme in jenen Tagen kein Thema, denn Stalin benötigte unbedingt einen deutschen Angriff gegen die Sowjetunion, um die geplante Expansion nach Westeuropa zu begründen und zu verwirklichen.

Zu diesem Zeitpunkt war die Rote Armee außerdem noch nicht kriegsbereit. Die sowjetische Rüstungsindustrie lief zwar schon seit Jahren "auf Hochtouren", aber den sowjetischen Streitkräften fehlten in erster Linie ausgebildete Kampftruppen-Offiziere. Allein bei den blutigen "Säuberungen" der Jahre 1937/38 hatte Stalin über 50 % aller sowjetischen Regimentskommandeure, fast alle Brigade-, Divisions- und Korpskommandeure, Militärbezirkskommandanten sowie altgediente, kampferfahrene Offiziere der Roten Armee als "Feinde des sowjetischen Volkes" liquidieren lassen (x041/202).

Trotz größter Anstrengungen konnten die Sowjets diese fehlenden Offiziere bis zum deutschen Angriff (1941) nicht mehr ausreichend ergänzen, so daß die Rote Armee in der Anfangsphase des Ostkrieges katastrophale Niederlagen hinnehmen mußte.

Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk Band IV berichtete später über das ausgeprägte Mißtrauen zwischen Stalin und Hitler (x069/183-184): >>... Da die Finnen unerwartet harten Widerstand leisten und die Westmächte sich schließlich zu ihren Gunsten einzumischen drohen, schließt Stalin mit Finnland einen verhältnismäßig glimpflichen Frieden.

Während des Frankreichfeldzuges zwingt Stalin die baltischen Staaten, russische Truppen aufzunehmen. Bald danach beantragen sie "freiwillig" ihre Eingliederung in die Sowjetunion. Am Ende des Frankreichfeldzuges muß Rumänien Bessarabien abtreten. Stalin fordert auch die Nordbukowina und geht damit über die Grenze hinaus, die Hitler ihm zugestehen wollte. Er läßt außerdem in den neugewonnenen Gebieten auffällig viele Truppen aufmarschieren. Er traut seinem Vertragspartner nicht.

Möglicherweise wartet er auch - eingedenk eines Planes von Lenin - auf den Augenblick, wo die "kapitalistischen" Staaten sich gegenseitig so erschöpft haben, daß die Rote Armee ihren Siegeszug bis an den Atlantik antreten kann. Noch ist allerdings dieser Augenblick noch nicht gekommen, und es erscheint nicht ratsam, die von den bisherigen Kämpfen kaum geschwächte deutsche Wehrmacht anzugreifen.

Hitler jedenfalls empfindet die Sowjetunion als eine Bedrohung in seinem Rücken. Bald nach dem Frankreichfeldzug äußert er zu einem seiner Generale: "Es ist kein Zweifel mehr, England hofft auf diesen Festlanddegen, sonst hätte es nach Dünkirchen den Kampf eingestellt. Unter der Hand oder unter der Decke sind sicher schon Vereinbarungen getroffen. Eines Tages werden wir eiskalt erpreßt oder angegriffen."<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Stalins Kriegspläne (x046/32-33): >>… Auf der materiellen Grundlage einer gigantischen und sich immer schneller entwickelnden Kriegsrüstung hatte die Rote Armee eine einseitig auf den Angriffsgedanken zugeschnittene abenteuerliche Kriegstheorie hervorgebracht. Charakteristisch für diese Lehre vom Kriege war die Aufhebung des Begriffs eines 'Angriffskrieges' wie auch des eines 'ungerechten' Krieges, sofern nur die Sowjetunion als Kriegspartei auftrat. Schon Lenin hatte verkündet, es komme nicht darauf an, wer als erster angreife, sondern auf die Ursachen eines Krieges, auf seine Ziele und auf die Klassen, die ihn führten.

Für Lenin und Stalin war ein jeder Angriffskrieg der Sowjetunion gegen jedes beliebige Land von vornherein immer ein reiner Verteidigungskrieg – und damit in jedem Fall ein gerechter und moralischer Krieg, wodurch auch der Unterschied zwischen einem Präventiv- und einem Gegenschlag entfiel.

Die sowjetische Kriegstheorie ging im übrigen von der Voraussetzung aus, daß Kriege heute

nicht mehr erklärt werden, da jeder Angreifer das natürliche Bestreben habe, sich den Vorteil des Überraschungsmomentes zu sichern. "Überraschung wirkt lähmend", heißt es schon in der Felddienstordnung von 1939, "daher müssen alle Kampfhandlungen unter größter Tarnung und mit größter Schnelligkeit durchgeführt werden."
Überfallartig, ohne regelrechte Kriegserklärung, waren auch die sowjetischen Angriffe auf Polen und Finnland 1939 begonnen worden. Die Kampfhandlungen sollten durch eine überfallartige Kriegseröffnung sofort in das Land des Gegners getragen und von Beginn der Feindseligkeiten an sollte das Gesetz des Handelns gewonnen werden. ...
Im Hinblick auf die Angriffsvorbereitungen im Frühjahr 1941 lassen sich die Grundsätze der sowjetischen Kriegslehre thesenartig wie folgt zusammenfassen:
1. Die RKKA (Rote Arbeiter- und Bauernarmee) ist eine 'offensive Armee', die 'offensivste aller Armeen'.
2. Der Krieg wird immer auf feindlichem Territorium geführt und unter geringen eigenen Opfern mit der vollständigen Zerschmetterung des Gegners enden.
3. Das Proletariat im Lande des Gegners ist ein potentieller Verbündeter der Sowjetmacht und wird durch Aufstände im Rücken des feindlichen Heeres den Kampf der Roten Armee unterstützen.
4. Kriegsvorbereitungen sind Angriffsvorbereitungen, Verteidigungsvorkehrungen dienen einzig der Durchführung der Angriffsunternehmen in den Nebenrichtungen.
5. Die Möglichkeit des Eindringens feindlicher Streitkräfte in das Territorium der UdSSR ist ausgeschlossen.
Es wird zu zeigen sein, daß alle sowjetischen Maßnahmen sich an diesen Grundsätzen orientierten. Das Dogma von der Unbesiegbarkeit der Roten Armee hatte 1941 im übrigen die Bedeutung eines Gesetzes und unterlag keiner theoretischen Erörterung.
Abweichungen von der offiziellen Lehre galten als Opposition gegen die Generallinie der Partei und damit Stalins und waren für den Betreffenden nahezu mit unfehlbarer Sicherheit von tödlicher Konsequenz.
In welcher Weise den Angehörigen der Roten Armee und Seekriegsflotte das Gefühl einer Unüberwindlichkeit der Streitkräfte der Sowjetunion eingeimpft worden war, darüber erhielten die Deutschen nach Kriegsbeginn vielfachen Aufschluß. So berichtete der sowjetische Oberstleutnant des Generalstabes Andrusat, (39. Schützenkorps), der Gelegenheit gehabt hatte, auf die deutsche Seite überzuwechseln, schon am 25. April 1941 von einer massiven Propagandaeinwirkung, die tiefe Spuren in der Truppe hinterlasse:
"Die Politkommissare betonen ununterbrochen, daß der Krieg auf fremdem Gebiet stattfinden wird, nie auf eigenem. ... Die Sowjetunion wird immer siegen, da sie im Innern bei jedem Gegner unzählige Bundesgenossen hat. ... Aufgrund der Vorträge der Politkommissare hält die Rote Armee sich für die beste der Welt. Sie könne daher von niemandem geschlagen werden. Es herrscht eine ungeheuere Selbstüberschätzung."
Immer wieder äußerten sich sowjetische Offiziere auch nach Kriegsbeginn in derselben Weise. Major Filippov (29. Schützenkorps) etwa berichtete am 26. Juni 1941 von der in der Truppe "vorherrschenden Meinung, daß die Rote Armee nicht zu schlagen sei". Dies entsprach dem, was Oberst Ljubimow und Major Michajlov (beide 49. Panzerdivision) am 4. August 1941 zum Ausdruck brachten, als sie von der "in vollem Umfange vorhandenen Überzeugung" sprachen, "daß die Rote Armee auf das Allerbeste ausgerüstet und ausgebildet und dadurch unbesiegbar sei".
Auch Major Ornugkov (11.Panzerdivision) war "fest davon überzeugt, daß die russische Armee nicht zu schlagen sei". Er erklärte am 6. August 1941: "Nach der für die Rote Armee entwickelten Propaganda konnte das russische Volk auch das größte Vertrauen zu seiner Wehrmacht haben. Militärzeitschriften, Presse, Kino und Rundfunk betonen immer wieder

den gewaltigen Ausbau der Panzer und Luftwaffe." …<<
Der sowjetische Außenkommissar Molotow verhandelte vom 12. bis zum 13. November 1940 mit Hitler in Berlin über den sowjetischen Beitritt zum "Dreimächtepakt". Molotow forderte z.B. die Aufhebung der deutschen Garantien für Rumänien (x041/107).
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die Molotow-Mission im Jahre 1940 (x046/28-29): >>... Als sich die Kriegslage für Deutschland und seinen 'Achsenpartner' Italien immer mehr komplizierte, ließ Stalin durch Molotow in Berlin am 12./13. November 1940 jene Forderungen überbringen, die auf eine Ausdehnung der sowjetischen 'Interessensphäre' auf Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und Griechenland, also auf gesamt Südosteuropa, und im Norden auf Finnland hinausliefen, mit dem doch erst im März des Jahres feierlich ein Friedensvertrag geschlossen worden war. Selbst eine sogenannte 'schwedische Frage' wurde zur Sprache gebracht.
Die Sowjetunion beanspruchte mit anderen Worten jetzt eine beherrschende Stellung in ganz Osteuropa und im Ostseeraum, verlangte überdies die Errichtung von Stützpunkten an den Schwarzmeerausgängen und eine beliebige Passage durch die Ostseeausgänge (Großer Belt, Kleiner Belt, Sund, Kattegat, Skagerrak), so daß das im Existenzkampf befindliche Reich gleichsam von Norden und Süden her umklammert werden mußte.
Diese in einer sich versteifenden Kriegslage überbrachten Insinuationen waren so herausfordernd, daß sie Deutschland praktisch nur noch die Wahl ließen, sich zu unterwerfen oder zu kämpfen. Es handelte sich um eine vorsätzlich berechnete Provokation, bei der vor allem das psychologische Motiv von Interesse ist, weil es erkennen läßt, wie sicher und überlegen sich Stalin zu diesem Zeitpunkt schon gefühlt haben muß.
Wenn er sich nämlich, wie dies die deutsche Botschaft in Moskau verschiedentlich verlauten ließ, tatsächlich vor Hitler gefürchtet haben sollte, dann würde er ihn wohl kaum in einer Art und Weise provoziert haben, die nach dem Urteil von Ernst Topitsch einer 'Sommation' gleichkam, einer kaum noch verhüllten Aufforderung zur Unterwerfung. Molotow hat in den Tagen seiner Berliner Mission in einem ständigen, intensiven, telegraphischen Austausch mit Stalin gestanden, woraus zweifelsfrei hervorgeht, daß er auf unmittelbare Weisung Stalins hin gehandelt haben muß.
Daß mit der Molotow-Mission in der Tat eine Herausforderung verbunden war, geht auch aus den Aufzeichnungen hervor, die Wanda Wasilewska, einstmals Vorsitzende des Verbandes Polnischer Patrioten (Kommunisten) in der Sowjetunion, noch vor ihrem Tode 1964 ausdrücklich festgehalten wissen wollte. "Ich erinnere mich", so die Wasilewska, die sich der besonderen Gunst Stalins erfreut hatte, "daß wir Kommunisten unabhängig von der offiziellen Stellung der Sowjetregierung der Meinung waren, daß dies (die freundliche Haltung Deutschland gegenüber) lediglich eine Taktik der Sowjetregierung ist, daß aber in Wirklichkeit die Dinge völlig anders aussehen.
Man darf ja nicht vergessen, daß für jeden von uns es schon damals klar war, daß ein deutsch sowjetischer Krieg kommen muß... Unabhängig von den offiziellen Äußerungen glaubten wir, daß der Krieg kommen wird, und wir warteten von Tag zu Tag auf ihn. Im Frühjahr 1940 war ich zum erstenmal in Moskau bei Stalin und schon damals (als ganze sechs deutsche Divisionen an der Ostgrenze standen) hat mir Stalin gesagt, daß der Krieg mit den Deutschen früher oder später kommen werde. Also hatte ich schon damals die Versicherung der höchsten Autorität und die Bestätigung, daß wir recht hatten, wenn wir auf den Krieg warteten."
Aufschlußreich ist, was Wanda Wasilewska in den Tagen der Molotow Mission Ende 1940 über eine Unterredung mit dem 1. Sekretär der KP Weißrußlands, Ponomarenko, dem späteren Chef des Zentralen Stabes der Partisanenbewegung, berichtet, dessen Worte sie folgendermaßen wiedergibt: "Molotow war in Berlin. Er ist gerade zurückgekommen. Es wird Krieg geben. Sicherlich wird es dazu im Frühjahr 1941 kommen, aber wir müssen uns schon jetzt

vorbereiten."<<
Am 25. November 1940 scheiterten die deutsch-sowjetischen Verhandlungen über den Dreimächtepakt-Beitritt der UdSSR und die Aufteilung der zukünftigen Weltherrschaft.
Da sich Hitler und Stalin nicht einigen konnten, wurden die Gespräche nicht mehr fortgesetzt. Die sowjetische Expansionspolitik in Rumänien und Bulgarien verstärkten anschließend die deutsch-sowjetischen Spannungen. Hitler geriet gegenüber der Sowjetunion allmählich in Zugzwang (x090/283).
Hitler unterzeichnete schließlich am 18. Dezember 1940 die Weisung Nr. 21 "Fall Barbarossa" (x106/79): >>... Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor der Beendigung des Krieges gegen England, Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen. Das Heer wird hierfür alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben mit der Einschränkung, daß die besetzten Gebiete gegen Überraschungen gesichert sein müssen. ...
Der Schwerpunkt des Einsatzes der Kriegsmarine bleibt auch während eines Ostfeldzuges eindeutig gegen England gerichtet.
Den Aufmarsch gegen Sowjetrußland werde ich gegebenenfalls 8 Wochen vor dem beabsichtigten Operationsbeginn befehlen. Vorbereitungen, die eine längere Anlaufzeit benötigen, sind, soweit noch nicht geschehen, schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15.4.41 abzuschließen. ...
Die im westlichen Rußland stehende Masse des russischen Heeres soll in kühnen Operationen unter weitem Vortreiben von Panzerkeilen vernichtet, der Abzug kampfkräftiger Teile in die Weite des russischen Raumes verhindert werden.
In rascher Verfolgung ist dann eine Linie zu erreichen, aus der die russische Luftwaffe, reichsdeutsches Gebiet nicht mehr angreifen kann. Das Endziel der Operation ist die Abschirmung gegen das asiatische Rußland auf der allgemeinen Linie Wolga - Archangelsk. So kann erforderlicherweise das letzte Rußland verbleibende Industriegebiet am Ural durch die Luftwaffe ausgeschaltet werden.<<
Stalin informierte die Armeeführer der Roten Armee Ende Dezember 1940, daß mit einem baldigen Angriff der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion zu rechnen sei (x264/28).
Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über die sowjetischen Vorbereitungen und Planungen für den Krieg gegen Deutschland (x853/...): >>... Die Sowjetunion bereitete sich seit dem Herbst 1939 systematisch auf einen Krieg vor, die Rüstungsproduktion lief auf vollen Touren. Zwischen dem 1. September 1939 und dem 22. Juni 1941 wuchs die Rote Armee von 1,4 Millionen auf über 5 Millionen Mann an.
Nach der Niederlage Frankreichs legten der damalige Generalstabschef Schaposchnikow und der Volkskommissar für Verteidigung Timoschenko eine ausführliche Analyse über die möglichen militärischen Gegner der Sowjetunion sowie über die eigenen Kräfte vor. ...<<
Um Handlungsfreiheit gegenüber Nordamerika und für den Krieg gegen China zu erhalten, schloß Japan trotz der deutsch-japanischen Bündnisvereinbarungen am 13. April 1941 einen Neutralitätspakt mit der UdSSR (x040/68).
Dieser geheime sowjetisch-japanische Nichtangriffspakt gab Stalin die nötige Rückendeckung und entschied wahrscheinlich den deutsch-sowjetischen Ostkrieg im Winter 1941/42.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die japanischen Bündnisvereinbarungen von 1936 bis 1941 (x068/239-240): >>… Japan hatte 1936 den Antikominternpakt mit Deutschland unterzeichnet und am 27. September 1940 den Dreimächtepakt mit Deutschland und Italien. Andererseits schloß es aber auch am 13. April 1941 einen vierjährigen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion und erstrebte ernsthaft, wenn auch erfolglos, eine Verbesserung seiner Beziehungen zu den USA. Diese reizten jedoch die Japaner immer mehr.

Am 26. September 1940 verhängt Roosevelt ein Embargo über die Ausfuhr von hochwertigem Schrott und Stahl. Davon ist Großbritannien ausgenommen, Japan aber besonders schwer getroffen. Am 5. November 1940 wird Roosevelt zum dritten Mal zum Präsidenten gewählt - was ohne Krieg kaum der Fall gewesen wäre. Und schon in seiner ersten Amtswoche spricht man im Kabinett über die Möglichkeiten eines Krieges mit Japan.
Natürlich wollte Roosevelt, ohnedies als "Internationalist" und "Wilsonianer" bekannt, in den isolationistisch gestimmten Staaten nicht als Kriegstreiber erscheinen. So geht er zunächst mit einer "Politik der Nadelstiche" vor, stellt er kaum annehmbare Bedingungen. Er fordert nicht nur eine Anerkennung der Politik der "Offenen Tür", sondern verlangt auch Japans völligen Verzicht auf China.
Derart verschärfen sich die Spannungen. Und als Japan am 24. Juli 1941 Indochina besetzt, werden in den USA zwei Tage darauf - es ist das Ende des japanisch-amerikanischen Handels - alle japanischen Vermögenswerte eingefroren, werden am selben Tag die bewaffneten Streitkräfte der Philippinen den USA unterstellt. Auch errichtet man unter dem reaktivierten General Douglas Mac Arthur ein Oberkommando für den Fernen Osten.
Die japanische Regierung möchte einlenken, ja, Fürst Konoye bietet Roosevelt eine Preisgabe des Dreimächtepaktes an - vergeblich. Ebenso enden Verhandlungen, die der Kronrat unter der neuen Regierung des Generals Hideki Tojo am 5. November beschließt, ergebnislos. Die USA stellen am 26. November zehn so radikale Gegenforderungen, daß Japan all seine bisherigen Erfolge aufgeben müßte. …<<
Da der Balkanfeldzug erst am 30. April 1941 nach Besetzung des griechischen Festlandes beendet wurde, ging wertvolle Zeit verloren, die später beim deutsch-sowjetischen Ostkrieg fehlte. Diese Verzögerung wirkte sich im Ostkrieg 1941/42 verhängnisvoll aus. In Jugoslawien und Griechenland wurden außerdem jahrelang starke deutsche Truppenverbände gebunden.
Der deutsche Journalist und Geheimagent Richard Sorge informierte die Sowjets bereits Anfang Mai 1941 über die deutschen Angriffsvorbereitungen gegen die Sowjetunion.
Sorge verschätzte sich bei dem voraussichtlichen deutschen Angriffstermin nur um 2 Tage (x030/327).
Stalin verlangte am 5. Mai 1941 die Ausarbeitung einer Weisung über die "Aufgaben der politischen Propaganda in der Roten Armee in der nächsten Zeit" (x046/68-69): >>... Die neuen Bedingungen, unter denen das Land lebt, die jetzige internationale Lage, die voller unerwarteter Möglichkeiten ist, erfordern eine revolutionäre Entschlußkraft und die ständige Bereitschaft, zu einem zerschmetternden Angriff auf den Feind überzugehen. ...
Alle Formen der Propaganda, der Agitation, sind auf ein einziges Ziel zu richten – auf die politische, moralische und kämpferische Vorbereitung des Personalbestandes auf die Führung eines gerechten offensiven und alles zerschmetternden Krieges. ...
Der Personalbestand ist im Geiste des aktiven Hasses auf den Feind zu erziehen und zu dem Streben, den Kampf mit ihm aufzunehmen, zur Bereitschaft, unser Vaterland auf dem Territorium des Feindes zu verteidigen und ihm einen tödlichen Schlag zu versetzen. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über Stalins Kriegspläne (x283/221): >>... Seit Beginn der dreißiger Jahre hatte Stalin in gigantischem Umfang aufgerüstet. Er rechnete fest mit einem Krieg gegen Deutschland, daß er keineswegs vernichten, sondern dem Sozialismus nutzbar machen und als Rammbock gegen den Kapitalismus einsetzen wollte. Ob dies nach einem gelungenen Verteidigungskrieg hätte geschehen sollen – wie es dann ja wirklich kam – oder ob er wenig später selbst angegriffen hätte, bleibt offen.
In seinen Äußerungen ist das Wort "Angriff" mehrfach gefallen. Als Mann der Tat – Hitler nannte ihn respektvoll einen "Tiger" – hätte er den Verteidigungsfall nicht abwarten, dem Feinde die Initiative nicht überlassen dürfen. Angenommen, Deutschland hätte nicht angegriffen. Hätte Stalin dann frei nach Jesaja 2,4 die Schwerter in Pflugscharen verwandelt?

Hitler jedenfalls war von Stalins Angriffsplan persönlich überzeugt und bemerkte am 18. Mai 1942 in der Wolfsschanze stolz, dem zuvorgekommen zu sein. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über Stalins Kriegspläne (x046/34-43): >>Stalin hielt eine Auseinandersetzung mit Deutschland seit Frühjahr 1940 für unvermeidlich, und im Bewußtsein der wachsenden Stärke der Roten Armee und der sich verschlechternden Lage des Reiches nahm er die Ausmusterung der Absolventen der Militärakademien am 5. Mai 1941 zum Anlaß, um vor der Führung der Armee und einem breiten militärischen Auditorium zu verkünden, daß angesichts der inzwischen erreichten Überlegenheit der Sowjetarmee nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, um, so wörtlich "von der Verteidigung zur Kriegspolitik von Angriffsoperationen überzugehen".

Welche Bedeutung diese Rede Stalins für die von ihm gehegten aggressiven Absichten zukommt, geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß seine Worte der Öffentlichkeit entgegen sonstigen Geflogenheiten vorenthalten wurden und der Text seiner Rede in zentralen Parteiarchiven verschwand. Stalinistische Desinformatoren wie der berüchtigte General Golikov und der Journalist Bezymenskij hatten frühzeitig irreführende Versionen in Umlauf gesetzt, die Eingang besonders in der westdeutschen Geschichtsschreibung fanden und hier als Beweis für die angeblich friedfertigen Absichten Stalins herhalten mußten.

Im Zuge der veränderten politischen Zustände in Rußland nach dem Ende der Sowjetunion ließ sich freilich nicht verheimlichen, daß neben der jetzt im sogenannten Präsidentenarchiv verwahrten und weiterhin unzugänglichen Originalfassung der Rede Stalins eine Kurzfassung ... existiert, die dem Suchenden unter gewissen Voraussetzungen zugänglich ist.

… Es blieb dem Bonner Historiker Alexander Fischer vorbehalten, in einem Gedenkartikel der renommierten FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG, anläßlich der fünfzigsten Wiederkehr des Tages des Angriffs auf die Sowjetunion, die irreführende Version Bezymenskijs als letzte Erkenntnis einer in Bewegung geratenen Geschichtsschreibung in Rußland zu präsentieren. Kriegsgefangene sowjetische Offiziere hatten den Deutschen schon bald nach Kriegsbeginn ziemlich einhellig hierüber Aufschluß gegeben.

… Der erste bekannte Hinweis auf den Inhalt der Stalinrede findet sich in den Akten am 15. Juli 1941, als der Kommandeur der 53. Schützendivision, Oberst Bartenev, berichtete, Stalin habe auf einem Bankett im Kreml den Toast eines Generalmajors auf die Friedenspolitik sofort zurückgewiesen und erwidert: "Nein, Kriegspolitik!" Sechs junge Offiziere verschiedener Divisionen sagten am 20. Juli 1941 übereinstimmend aus: "Bei der Entlassung der Generalstabsoffiziere aus der Kriegsschule im Mai dieses Jahres sagte Stalin u.a.: 'Ob Deutschland will oder nicht, der Krieg mit Deutschland kommt'." …

Der allgemein wohlunterrichtete Oberbefehlshaber der 32. Armee gab die "kurz vor Beginn des Krieges, gelegentlich eines Empfanges der Absolventen der Kriegsakademie" von Stalin gehaltene Rede im Oktober 1941 in der Weise wieder, daß dieser die große technische Überlegenheit der Roten Armee über die "sogenannt unbesiegbare deutsche Wehrmacht" hervorgehoben und erklärt habe, "es sei eine falsche Ansicht, die deutsche Armee für unbesiegbar zu halten. Indirekt ging aus Stalins Worten hervor, daß ein Angriff auf Deutschland geplant war".

Sehr genau erinnerte sich zudem einer der Absolventen, Oberleutnant Kurilskij, noch am 24. März 1942 der am 5.5. 18.00 Uhr im Sitzungssaal des Obersten Sowjet im Kreml, Moskau, vor den Absolventen der Kriegsakademien gehaltenen Stalinrede.

Demnach habe Stalin gesagt: "Die deutsche Wehrmacht ist nicht unbesiegbar. Sowjet-Rußland hat bessere Panzer, Flugzeuge und Artillerie als Deutschland und in größerer Zahl. Darum werden wir früher oder später gegen die deutsche Wehrmacht kämpfen."…

Die Kernpunkte der Stalinrede vom 5. Mai 1941 finden eine Bestätigung auch in Unterredungen, die Botschaftsrat Gustav Hilger am 18. Januar 1943 mit dem Oberbefehlshaber der 3. Gardearmee, Generalmajor Krupennikov, und am 22. Juli 1943 mit dem Artilleriekomman-

deur der 30. Armee, Generalleutnant Masanov, führte. Krupennik, der ebenso wie Masanov an der Veranstaltung im Kreml selbst nicht teilgenommen hatte, meinte zwar, "daß Stalin zu vorsichtig sei, um seine Pläne so offen zu verraten", erklärte aber mit Bestimmtheit, "daß Stalin sich auf einen Krieg mit Deutschland seit Jahren systematisch vorbereitet habe und ihn unter einem geeigneten Vorwand spätestens im Frühjahr 1942 entfacht hätte. ...
Das Endziel Stalins sei die Erringung der Weltherrschaft mit Hilfe der alten bolschewistischen Schlagworte von der Befreiung der Werktätigen".
Masanov dagegen zeigte sich, wie Hilger schreibt, "über die Rede Stalins auf dem Bankett im Kreml am 5.5.1941 genau unterrichtet. Obwohl er selbst bei der Veranstaltung nicht anwesend war, zitierte er den Ausspruch Stalins über die Notwendigkeit, sich auf einen Angriffskrieg vorzubereiten, fast wörtlich und brachte anschließend die eigene Überzeugung zum Ausdruck, daß Stalin den Krieg gegen Deutschland im Herbst 1941 entfacht hätte".
Die Deutschen waren also recht bald im Bilde. Und bereits am 18. Oktober 1941 richtete der Chef der Abteilung Fremde Heere Ost im Generalstab des Heeres, Oberst i.G. Gehlen, an den Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Oberkommando des Heeres, Rittmeister d.R. von Etzdorf, ein Schreiben, dem er die "voneinander unabhängig verfaßten Berichte" dreier kriegsgefangener sowjetischer Offiziere beifügte, die "übereinstimmend" zum Ausdruck brachten, daß Stalin am 5. Mai 1941 auf einem Bankett im Kreml "Kriegsdrohungen gegen Deutschland ausgestoßen" hatte. Gehlen faßte den Inhalt dieser Berichte in folgender Weise zusammen:
1.) Aufruf, sich zum Krieg gegen Deutschland bereitzuhalten.
2.) Ausführungen über Kriegsvorbereitungen der Roten Armee.
3.) Die Ära der Friedenspolitik der Sowjetunion ist vorüber. Ausdehnung der Sowjetunion mit Waffengewalt nach Westen ist nunmehr notwendig. Es lebe die aktive Angriffspolitik des Sowjetstaates!
4.) Der Kriegsbeginn steht in nicht allzu ferner Zeit bevor.
5.) Ausführungen über die großen Siegesaussichten der Sowjetunion im Krieg gegen Deutschland."
Gehlen fügte hinzu: "Einer der drei Berichte enthielt die bemerkenswerte Äußerung, daß der mit Deutschland bestehende Friedensvertrag 'nur eine Täuschung und ein Vorhang sei, hinter dem man offen arbeiten könne'."
Oberst i.G. Gehlen nahm Bezug auf Äußerungen gefangengenommener Sowjetoffiziere in einer anderen Quelle, nach denen Stalin im Mai 1941 Pläne gegen Deutschland geschmiedet und einem Kreise von Offizieren gegenüber geäußert habe, jetzt oder nie sei die Gelegenheit, den Kapitalismus zu liquidieren, der Hauptgegner in diesem Kampf werde Deutschland sein.
Der alarmierende Inhalt der Stalinrede ist durch Veröffentlichungen des Botschaftsrates Hilger und des britischen Korrespondenten in Moskau Alexander Werth in den Jahren nach dem Kriege aber längst auch einem breiteren Publikum bekanntgeworden. …
Hilger hatte drei in Gefangenschaft geratene höhere sowjetische Offiziere, Teilnehmer an der Veranstaltung im Kreml, befragt, die in ihren Schilderungen fast wörtlich übereinstimmten, obwohl sie keine Gelegenheit gehabt hatten, sich miteinander zu verständigen. ...
Nach den Informationen, die Werth nach Kriegsausbruch zugespielt worden waren, habe Stalin erklärt, es sei notwendig, den Krieg mit Deutschland bis zum Herbst hinauszuzögern, weil es für einen deutschen Angriff dann zu spät sei. Der Krieg mit Deutschland werde aber 'fast unvermeidlich' 1942 stattfinden und zwar unter viel günstigeren Bedingungen. Je nach der internationalen Situation werde die Rote Armee "entweder einen deutschen Angriff erwarten, oder sie wird die Initiative zu ergreifen haben".
Ausdrücklich hob Werth hervor, alle seine Informationen hätten "in den Grundzügen und vor allem in einem der wichtigsten Punkte" übereingestimmt, in "Stalins Überzeugung, daß der Krieg fast unvermeidlich 1942 ausgefochten werde, wobei die Russen möglicherweise die

Initiative zu ergreifen haben werden". Es wird zu zeigen sein, daß Stalin den Termin des Kriegsbeginnes von 1942 offenkundig auf das Jahr 1941 vorgezogen hatte.
Schließlich hat auch der Stalinbiograph, Generaloberst Professor Volkogonov, die Rede Stalins, die in 'Kriegsdrohungen gegen Deutschland' gipfelte, in treffenden Worten wiedergegeben. Nach Volkogonov war Stalin "aufrichtig wie sonst selten und sprach über vieles, was ein Staatsgeheimnis darstellte". Es war jedoch weniger Aufrichtigkeit als vielmehr der Alkohol, der seine Zunge gelöst hatte, nach dem russischen Sprichwort: 'Was einer betrunken auf der Zunge hat, das hat er nüchtern im Kopf.'
Denn wie Augenzeugen berichten, war er 'in vorgerückter Stunde' bereits stark alkoholisiert. Volkogonov faßte die Rede vom 5. Mai 1941 folgendermaßen zusammen: "Der Vozd' (Führer) machte unmißverständlich klar: Der Krieg ist in Zukunft unausweichlich. Man muß bereit sein zur bedingungslosen Zerschlagung des deutschen Faschismus". "Der Krieg wird auf dem Territorium des Gegners geführt und der Sieg mit geringen Opfern errungen werden."
Die Rede vom 5. Mai 1941, in der Stalin seine Angriffsabsichten offenbarte, bedeutete aber nur die Fortsetzung einer Rede des 'Genossen Stalin' vom 13. Januar 1941 vor höheren Truppenkommandeuren und einer weiteren Rede vom 8. Januar 1941 vor höheren Luftwaffenoffizieren, beide gehalten im Zentralkomitee, die schon ganz ähnliche Gedanken verraten hatten. Dem erbeuteten Tagebuch des bei Lochvica gefallenen Majors des NKVD Murat aus dem Stabe der 21. Armee lassen sich einige Kernpunkte entnehmen.
Demnach hatte Stalin von einem 'kultivierten Gegner', nach dem damaligen Sprachgebrauch der Führung der Roten Armee also von Deutschland, und von 'Angriffsoperationen' gesprochen, die beginnen könnten, wenn man eine zweifache Überlegenheit besitze. "Eine zweifache Überlegenheit ist Gesetz, eine stärkere noch besser", so Stalin am 13. Januar 1941: "Das Spiel nähert sich den kriegerischen Operationen.", "Wenn 5.000 Flugzeuge alles zerstören, dann kann man versuchen, über die Karpathen zu gehen."
Der Balkan stand im Frühjahr 1941 mehrfach im Mittelpunkt der sowjetischen Planungen. Und wie ungefähr man sich ein Vorgehen dachte, enthüllte bald darauf der sowjetische bevollmächtigte Vertreter in Belgrad**.** "Die UdSSR wird erst im entsprechenden Moment reagieren", so heißt es in einem Referat von ihm im Frühjahr 1941:
"Die Mächte verzetteln ihre Kräfte immer mehr. Daher wird die UdSSR unerwartet gegen Deutschland antreten. Hierbei überquert die UdSSR die Karpathen, was als Signal für die Revolution in Ungarn dient. Von Ungarn aus dringen die Sowjettruppen in Jugoslawien ein, stoßen zum Adriatischen Meer vor und schneiden den Balkan und den Nahen Osten von Deutschland ab."
Stalin und die sowjetische Führung hatten in zunehmendem Maße Bericht erhalten über 'den Unwillen des deutschen Volkes, Krieg zu führen' ... "Wenn Deutschland sich in einen Krieg mit der UdSSR stürzt", so angeblich die deutschen Soldaten, "wird es geschlagen werden" ...
Generaloberst Volkogonov nimmt Bezug auf ein in Moskau damals verbreitetes Buch DER ERSTE SCHLAG (Pervyj udar) von Spanov, das die allgemein in der Sowjetunion herrschende Meinung wiedergab, daß nämlich "nach dem vernichtenden Schlag der Roten Armee gegen das faschistische Deutschland dort am zweiten Tag ein Aufstand gegen das Naziregime ausbrechen werde".
Es ist bezeichnend für die sowjetische Theorie, daß ein solcher 'vernichtender Schlag' nicht etwa einen deutschen Angriff voraussetzte, sondern jederzeit nach eigenem Belieben geführt werden konnte.
Das Akademiemitglied Varga, ein besonderer Protegé Stalins, erklärte in einer Rede vor der Militärpolitischen Akademie V. I. LENIN am 17. April 1941, daß, sobald aufgrund des Krieges eine 'revolutionäre Krise' eintrete, die 'bürgerliche Macht' geschwächt sei und das "Proletariat die Macht in seine Hände nimmt"**,** "die Sowjetunion dann verpflichtet ist, und sie wird

es tun, der proletarischen Revolution in anderen Ländern zu Hilfe zu kommen".
"Das sowjetische Volk vergißt nicht seine internationalen Verpflichtungen im Hinblick auf das Weltproletariat und alle Werktätigen der kapitalistischen Länder", hatte die SOVETSKAJA UKRAINA schon am 21. Januar 1941 verkündet. Das Streben, das 'Feuer der Weltrevolution' zu entfachen, verband sich hier, wie noch an anderer Stelle deutlich wird, mit dem sowjetischen Eroberungsdrang, der sich in das Propagandagewand eines revolutionären Befreiungskrieges hüllte. ...
Die von Stalin am 13. Januar 1941 geforderte mehrfache Überlegenheit war damit auf dem für Angriffsoperationen ausschlaggebenden Panzersektor eindeutig gegeben. Die Rote Armee verfügte über eine gewaltige Streitmacht gepanzerter Stoßkräfte, die sie zu weiträumigen Angriffsoperationen befähigte. Daß sich später, etwa hinsichtlich der Führung der mechanisierten Korps, Mängel ergaben, war für die vor dem 22. Juni 1941 getroffenen Entscheidungen unerheblich.
Ähnlich lagen die Verhältnisse auf dem Felde der Luftwaffe. "Wir haben", so Stalin, "in genügender Anzahl und produzieren massenweise Flugzeuge, die eine Geschwindigkeit von 600 - 650 Stundenkilometern erreichen. Das sind erstrangige Flugzeuge. Im Kriegsfall werden diese Flugzeuge in erster Linie eingesetzt." ...
Bezymenskij unterschlägt den wichtigsten Abschnitt der Veranstaltung im Kreml, der in der KRATKAJA ZAPIS' überliefert wird und der ein ungewöhnliches Vorkommnis darstellt. Als ein Generalmajor der Panzertruppen zu vorgerückter Stunde auf dem Bankett einen Toast auf die friedliche Stalinsche Außenpolitik ausbrachte, geschah etwas Unerwartetes. Stalin erhob sich zum dritten Mal, um den General seiner gutgemeinten Worte wegen zurechtzuweisen Beweis dafür, daß dieser die entscheidende Frage berührt hatte.
Stalin sagte: "Erlauben Sie mir eine Korrektur anzubringen. Die Friedenspolitik sicherte den Frieden unseres Landes, Friedenspolitik ist eine gute Sache. Wir führten bis jetzt, bis zur Gegenwart, die Linie der Verteidigung - bis jetzt, solange die Armee nicht mit neuzeitlichen Kampfmitteln ausgerüstet war. Aber jetzt, wo wir unsere Armee rekonstruiert haben, ... wo wir stark geworden sind, - jetzt ist es notwendig, von der Verteidigung zum Angriff überzugehen. ...
Es ist notwendig, unsere Erziehung, unsere Propaganda, unsere Presse auf den Angriffsgedanken hin umzustellen. Die Rote Armee ist eine neuzeitliche Armee, und eine neuzeitliche Armee ist eine Angriffsarmee."
Die von den obengenannten Offizieren aller Dienstgrade mitgeteilten Kriegsdrohungen Stalins gegen Deutschland am 5. Mai 1941 finden in der KRATKAJA ZAPIS' also einen unmißverständlichen Ausdruck, ebenso übrigens wie der Wille Stalins zur Durchführung eines Angriffskrieges. …
Wenn die westdeutsche Zeitgeschichtsschreibung immer argumentierte, es sei nirgendwo der politische Angriffswille Stalins nachweisbar, so sei darauf hingewiesen, daß es noch weitere Belege gibt.
Aleksandr Nekric, der in jüngster Zeit die persönlichen Papiere der engsten Vertrauten Stalins, von Kalinin, Zdanov, Scerbakov, Berija und anderer in Moskau studiert hatte, macht uns auf diese Beweise aufmerksam. Demnach hat im Politbüro niemals der geringste Zweifel darüber bestanden, daß die Sowjetunion zu einem geeigneten Zeitpunkt einen Angriffskrieg gegen Deutschland eröffnen werde. Das politische Ziel der Sowjetunion ist in diesen Kreisen in einer Reduzierung der 'kapitalistischen Welt' und in einer Ausdehnung der 'sozialistischen Zone' gesehen worden, die mit der Sowjetunion gleichgesetzt wurde. …<<
Am 6. Mai 1941 löste Generalsekretär Stalin den sowjetischen Politiker Molotow (bisheriger Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR bzw. Ministerpräsident) ab und wurde damit sowjetischer Regierungschef. Molotow blieb Volkskommissar für auswärtige

Angelegenheiten. Danach teilte Stalin den führenden sowjetischen Generälen mit, daß ein Krieg mit Deutschland im Bereich des Möglichen liegen würde (x080/299).
Ab Mai 1941 verlagerte die UdSSR in den folgenden 3 Monaten etwa 1.360 Betriebe aus den kriegsbedrohten Gebieten nach Sibirien und errichtete dort nach dem deutschen Überfall vom 22.06.1941 weitere 2.250 Betriebe (x074/1.143).
Michail Kalinin, seit 1919 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, erklärte am 5. Juni 1941 vor Zuhörern der Militärpolitischen Akademie … (x046/79): >>... Die Deutschen beabsichtigen uns anzugreifen. ... Wir warten darauf! Je eher sie das tun, desto besser, da wir ihnen dann ein für allemal den Hals umdrehen werden.<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über Stalins damaliges Überlegenheitsgefühl (x046/79): >>... Es ist heute zweifelsfrei erwiesen, daß Stalin über den deutschen Angriff genauestens unterrichtet gewesen war. Schon 1966 hat der Verteidigungsminister, Marschall der Sowjetunion Grecko, klargestellt, daß stellenweise vielleicht die Fronttruppe, keinesfalls aber die Sowjetregierung und die Führung der Roten Armee von dem deutschen Angriff überrascht worden seien.
Bemerkenswerterweise ließ neben anderen Militärs auch Chruschtschow hierüber keinen Zweifel, als er erklärte: "Niemand, der auch nur den geringsten politischen Verstand besitzt, kann glauben, daß wir von einem unerwarteten, hinterhältigen Angriff überrascht worden sind". Von einem "deutschen Überfall" könne nicht die Rede sein, so kürzlich noch Oberst Filippov.
Das Überlegenheitsgefühl Stalins war im übrigen so groß, daß er meinte, in der Lage zu sein, selbst aus dem Stand heraus einen "beliebigen Überraschungsüberfall Deutschlands und seiner Verbündeten abzuwehren", "einen beliebigen Angriff abzuschlagen und den Angreifer zu vernichten". ...
Nicht am 22. Juni 1941 wurde Stalin von einem Schock getroffen, sondern, wie Generaloberst Volkogonov hervorhebt, erst Tage später, dann nämlich, als die Illusionen zerrannen und sich die Katastrophe an der Front abzeichnete, indem klar wurde, daß die Deutschen im Kampf eben doch die besseren waren.<<
Generalfeldmarschall Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, warnte am 11. Juni 1941 das NS-Regime vor einem baldigen Angriff der Roten Armee.
Hitler erläuterte damals vor Oberbefehlshabern des deutschen Ostheeres die deutschen Kriegsziele im Osten (x073/185): >>Seit Monaten nun beobachte ich mit großer Sorge, wie Rußland sich anschickt, in die Reihen unserer Gegner zu treten. Ich werde Rußland hinwegfegen und damit dem Bolschewismus den Todesstoß versetzen. ...
Ich kämpfe diesen Kampf nicht für Deutschland allein, nein für ganz Europa ...
Das Schicksal hat uns zu dieser Aufgabe berufen. Und ich als verantwortlicher Führer des deutschen Volkes kann und werde dieser Entscheidung nicht ausweichen. Es gibt keine andere Möglichkeit!
Mit dem gleichen unbezähmbaren Siegeswillen wie in Polen, Frankreich und auf dem Balkan werden Sie mit ihren Armeen den russischen Koloß zerschmettern. Wenn aber die roten Armeen geschlagen sind, dann wird dieser Staat zusammenbrechen und die Welt endgültig von der bolschewistischen Idee geheilt werden!<<
Ein sowjetischer Politfunktionär erklärte am 15. Juni 1941 (x046/73): >>... In der letzten Zeit hat sich Deutschland durch Eroberung von Ländern ausgebreitet und aufgebläht, was nicht zu bedeuten hat, daß es dadurch lebensfähig geworden ist. ...
Der Krieg zieht sich in die Länge und nimmt eine Form an, die Deutschland zu Tode schwächen wird. ...
Deutschland vermag Blitzkriege zu führen, nicht aber einen Dauerkrieg.
England kann es wagen, einen langen Krieg zu führen, einen Krieg der Erschöpfung – um so

mehr als dieses von den USA unterstützt wird ...
Selbstverständlich schreitet Deutschland seiner Niederlage entgegen ...
Die Völker der UdSSR sind gegen den imperialistischen Krieg. Wir sind für den revolutionären Krieg. Zu diesem Krieg der Revolutionen sind die Völker der UdSSR bereit. Sie kämpfen gern und sind gute Kämpfer ...
Wir sind für den gerechten Krieg. Im Interesse der Beschleunigung der Weltrevolution unterstützen wir die Völker, die für ihre Befreiung kämpfen.
Die Rote Armee zieht die Schlüsse:
1. Schärfste Aufmerksamkeit.
2. Ständige Bereitschaft für den Krieg ...
4. Bereitschaft, die kommenden Befehle unserer bolschewistischen Partei und der Sowjetregierung, der unser Genosse Stalin vorsteht, in Ehren auszuführen.
5. Die Rote Armee wird so kämpfen, daß die völlige Vernichtung des Feinds erreicht wird. ...<<
In einem Feldpostbrief eines später gefallenen deutschen Soldaten der Wehrmacht vom 21. Juni 1941 hieß es (x191/92): >>Wir stehen am Vorabend gewaltiger Ereignisse, in die auch ich hineingezogen bin. Keiner von uns weiß, ob er das Kommando überstehen wird. ...
Ich sterbe gerne für mein Volk und für mein deutsches Vaterland, für Euch Lieben daheim, für unsere Kinder und für eine bessere, ehrliche, wahrhaftige Zukunft. So Gott will, wird auch wieder alles gesund in unserem Vaterland, was übertrieben war und ungut. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die Gefechtsbereitschaft der Roten Armee im Juni 1941 (x046/56-60): >>... Das Gelingen des geplanten, großangelegten Überraschungsangriffs gegen die Truppen der Wehrmacht setzte einige Maßnahmen voraus, für die der Generalstab der Roten Armee am 15. Mai 1941 nachdrücklich eintrat.
1. Unter dem Anschein von Übungen für die Soldaten der Roten Armee sollte eine geheime Mobilmachung durchgeführt werden.
2. Unter dem Anschein des Beziehens von Ausbildungslagern sollten in der Nähe der Westgrenze Truppen zusammengezogen und vorrangig alle Armeen der Reserve des Oberkommandos konzentriert werden.
3. Die Luftstreitkräfte sollten insgeheim auf Feldflugplätzen zusammengezogen und mit dem Ausbau der Bodenorganisation sollte sofort begonnen werden.
4. Unter dem Anschein von Ausbildungsvorhaben und Übungen sollten ferner auch die Rückwärtigen Dienste organisiert werden.
Diese Forderungen entsprachen im wesentlichen den neuen operativen und taktischen Grundsätzen der Roten Armee, auf die auch die Deutschen frühzeitig aufmerksam geworden waren. Seit Frühjahr 1941 wurden deutscherseits in der sowjetischen Militärliteratur 'weitgehende Untersuchungen' über die "Anfangsphase eines neuzeitlichen Krieges" registriert.
Alle diese Untersuchungen, so heißt es in einer Zusammenstellung des Oberkommandos der deutschen 18. Armee vom 15. April 1941, gipfelten in der Erkenntnis, neuzeitliche Kriege würden beginnen "mit einem 'Hineinkriechen' in den Krieg, ohne offizielle Kriegserklärung bei allmählicher und bis zur endgültigen Eröffnung der Feindseligkeiten getarnter Mobilmachung". Motorisierte Kräfte und Kavallerie würden auf "Truppenübungsplätzen und bei Manövern" versammelt und "innerhalb kürzester Zeit als Einbruchsarmee verwandt werden".
Ziel der "überfallartigen Kriegseröffnung" sei es, "die Kriegshandlungen in das Land des Gegners zu tragen und von Beginn des Feldzuges an die Initiative zu gewinnen". Es stellt sich die Frage, inwieweit diese Forderungen noch in der Ausführung begriffen oder bis zum 22. Juni 1941 bereits durchgeführt worden waren.
Was die geheime Mobilmachung angeht, so hatten die Truppen in den westlichen Grenzmili-

tärbezirken vom Generalstab der Roten Armee den Befehl erhalten, bis zum Juni 1941 die volle Mobilmachungsbereitschaft in Übereinstimmung mit dem neuen Mobilmachungsplan herzustellen. …
Im Mai 1941 hatte Stalin Befehl zur Einberufung von weiteren 800.000 Reservisten erteilt, so daß nun rund 300 Divisionen bereitstanden. Die Absicht dahinter hatten freilich auch die deutschen Kommandobehörden frühzeitig durchschaut, indem sie die zunehmenden Einberufungen von Spezialisten und die Einziehung ganzer Jahrgänge als eine zielbewußte Verstärkung der Roten Armee deuteten. ...
Ebenso wie die geheime Mobilmachung war auch die geheime Zusammenziehung der Truppen unter dem Anschein von Ausbildungslagern weitgehend abgeschlossen. Ein System 'dezentralisierter Lagerübungen' wurde von der Sowjethistoriographie geradezu als Beweis für die angeblich friedfertigen Absichten der Sowjetunion angeführt.
Doch in Wirklichkeit hatte der Generalstab auf Weisung Stalins hin schon am 13. Mai 1941 unter strengster Geheimhaltung abermals vier Armeen aus dem Landesinnern in die Grenzrayone in Marsch gesetzt, denen im Juni weitere Armeen folgten. Es handelte sich um die 16., 19., 20., 21., 22., 24., 28., insgesamt also um sieben Armeen sowie um das 21. und 23. mechanisierte Korps und das 41. Schützenkorps.
Diese gewaltige Truppenverschiebung vollzog sich unter dem Schirm der von Stalin inspirierten Dementis. So wandte sich die Nachrichtenagentur TASS am 15. Mai 1941 gegen die Gerüchte über starke Truppenkonzentrationen mit der geradezu entwaffnenden Behauptung, besserer Unterkunftsverhältnisse wegen sei eine einzige Division von Irkutsk nach Novosibirsk verlegt worden.
Am 13. Juni 1941 bezeichnete TASS Gerüchte über Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland als "erlogen und provokatorisch", die Einberufung von Reserven und die bevorstehenden Manöver dienten allein der "Ausbildung" und der "Kontrolle des Eisenbahnapparates". Zu diesem Zeitpunkt war nach späteren deutschen Feststellungen schon "fast die gesamte verfügbare Streitmacht der SU in einer Monate dauernden Bewegung aus dem Innern Rußlands an die deutsche Ostfront herantransportiert worden".
Anders hätten vor der deutschen Heeresfront auch kaum Großverbände in einer Anzahl auftreten können, die nach dem Feindlagebericht der Panzergruppe 4 vom 10. August 1941 330 … sowjetische Divisionen betrug. Eine solche Truppenmassierung mußte nach Überzeugung des Generalstabes des Heeres eben lange vor Kriegsbeginn eingeleitet worden sein. ...
Die von den Deutschen erbeuteten Akten bestätigen ... die von Oberst Filippov konstatierte Tatsache, daß noch vor Beginn des deutschen Angriffs, zwischen dem 18. und 21. Juni 1941, die Mehrzahl der sowjetischen Divisionen in Gefechtsbereitschaft versetzt worden war. Vom 14. Juni 1941 an erging zudem der nur für den Fall der bevorstehenden Feindseligkeiten verständliche Befehl, die neugeschaffenen Frontstäbe (gebildet aus den Stäben der Militärbezirke der Friedenszeit) auf die Feldgefechtsstände zu verlegen.
Auch die geheime Konzentrierung der Luftstreitkräfte, der Ausbau der Bodenorganisation und der Aufbau der rückwärtigen Dienste waren am 22. Juni 1941 schon fast vollendet. Der Generalstab der Roten Armee hatte "in unmittelbarer Armee der Staatsgrenzen die kampfstärkste Angriffsgruppierung an Fliegerkräften" der gesamten bisherigen Luftkriegsgeschichte versammelt und zu diesem Zweck seit Frühjahr 1941 in dieser Zone ein dichtes Netz operativer Flugplätze angelegt. Und dies folgerichtig in den Frontbögen von Bialystok und Lemberg, aus denen heraus entsprechend dem Generalsstabsplan vom 15. Mai 1941 die großen Überraschungsschläge der Westfront und der Südwestfront erfolgen sollten.
Eine vom Luftwaffenführungsstab im Krieg angefertigte Karte läßt die Massierung sowjetischer Flugplätze in den beabsichtigten Hauptstoßrichtungen auch überaus eindrucksvoll in Erscheinung treten. ...

Die sowjetischen Luftstreitkräfte hatten schon zwischen 1937 und 1940 im übrigen genaue Zielunterlagen und Zielbeschreibungen über eine große Anzahl deutscher Städte mindestens bis hin zur Linie Kiel – Celle – Erfurt ausgearbeitet - für den Luftwaffenführungsstab war dies "ein eindeutiger Beweis" für die methodischen Kriegsvorbereitungen der Roten Armee schon in diesen Jahren.
Deutliche Angriffsabsichten verriet auch das Vorziehen aller Materialressourcen der Streitkräfte unmittelbar an die westliche Staatsgrenze. Riesige Depots für Munition, Waffen und Gerät, Treibstoff, Verpflegung und sonstige Versorgungsgüter, für alle Mobilmachungsvorräte, waren, wie auch Oberst Danilov es formulierte, praktisch im Wirkungsbereich des feindlichen Feuers angelegt worden – sogar Eisenbahnschienen lagen bereit.
So sind beispielsweise allein in Brest-Litovsk 10 Millionen Liter Betriebsstoff in deutsche Hand gefallen – "untrügliches Anzeichen für Offensivplanungen", weil diese Benzinmengen unmittelbar an der Grenze und noch vor den aufmarschierten Verbänden des 14. mechanisierten Korps gelagert waren.
"Alle Maßnahmen", so schrieb der damalige Chef der Verwaltung für Nachrichtenwesen des Volkskommissariates der Verteidigung, Generalmajor Gapic, aus der Kenntnis seines Sachbereiches, "waren darauf gerichtet, Brückenköpfe zu schaffen und vorzubereiten, um einen Schlag auf den Gegner zu führen und den Krieg in feindliches Territorium zu tragen." ...
Ein untrügliches Indiz für großangelegte Angriffsplanungen bildete fernerhin die Kartenausstattung der Roten Armee. Den deutschen Truppen ist an verschiedenen Stellen im grenznahen Bereich, aber auch im tieferen Hinterland, Kartenmaterial in die Hände gefallen, das weit nach Westen, in den deutschen Raum hineinreichte, und ebenso reichhaltige Unterlagen, die über Deutschland aufklärten. ... Aus diesen Karten wird die Absicht der Roten Armee, das Deutsche Reich zu überfallen, erneut erhärtet.
Auch 23. Juli 1941 bezeugte auch Hauptmann Bondar, Chef des Stabes des Schützenregimentes 739 der 213. Schützendivision, daß "die Rote Armee sich gar nicht auf eine Verteidigung, sondern auf einen Angriff gegen das Generalgouvernement eingestellt habe". Ebenso wie anderen Teilen der Roten Armee seien auch seinem Regiment "bereits Karten bis einschließlich Krakau zugewiesen" worden. ...<<
Schlußbemerkungen: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 29. Juli 2000 über Stalins Angriffspläne (x887/...): >>**Neuer Suworow belegt Stalins Angriffspläne bis ins Detail ...**
Suworows Erstling "Der Eisbrecher" hat bis heute 87 Auflagen in 18 Sprachen erlebt, darunter zwei russische Auflagen mit Megazahlen. Vor kurzem erschien Suworows 350-Seiten-Werk "Stalins verhinderter Erstschlag. ...
Der Kommunismus hinterließ nicht nur ein anthropologisch falsches Menschenbild. Zu seinem Erbe zählt auch ein falsches Weltbild, in dem Stalin als der heimtückisch Überfallene glänzt. Historiker im Westen bekämpfen das Trugbild viel zu schwach und zudem mit nicht überzeugenden Argumenten. Joachim Hoffmann und Ernst Nolte hierzulande und der russische Patriot Viktor Suworow bilden rühmliche Ausnahmen. Daraus resultiert ihr Erfolg im gesamteuropäischen Historikerstreit.
Suworow ist unangreifbar, weil er sich auf Dokumente stützt. Im Zentralarchiv des Ministeriums für Verteidigung der Russischen Föderation befindet sich das weltgeschichtlich bedeutsamste Dokument, belegt es doch die gegen Deutschland gerichtete strategische Kriegsvorbereitung Stalins, nur ein knappes Jahr nach der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes. Aus diesem Dokument geht hervor: Stalin plante den Erstschlag, keinen Verteidigungskrieg. Stalin plante den Überfall, nicht die Reaktion auf einen Überfall. Stalin plante den Vormarsch, nicht eine Defensive.
Am 5. Dezember 1940 bespricht Hitler in der Reichskanzlei Details des Operationsplanes

Barbarossa, anwesend Oberst Heusinger und Generaloberst Halder. Am 18. Dezember 1940 diktiert Hitler die Weisung Nr. 21, Fall Barbarossa. Stalins Operationsplan aber stammt vom 18. September 1940! Vorgelegt wird ihm die von Timoschenko und Schukow ausgearbeitete strategische "Aufstellung der Streitkräfte der Sowjetunion für die Jahre 1940 und 1941". ...
Die Strategen dieser geplanten Offensive rechnen mit einem Gegner, dessen Verteidigung noch schwach ist - was klarstellt, daß zu diesem Zeitpunkt, September 1940, von Angriffsvorbereitungen auf deutscher Seite überhaupt keine Rede sein konnte - "Barbarossa" war ja noch gar nicht geboren. Im sowjetischen Angriffsplan liest man:
"Der Angriff unserer Kräfte in Richtung Krakau und Breslau, durch den Deutschland von den Balkanländern abgeschnitten werden soll, erlangt eine außerordentlich große Bedeutung. Außerdem werden unsere Kräfte hierbei durch Gebiete des ehemaligen Polen vorstoßen, die noch schwach auf eine Verteidigung vorbereitet sind."
Es folgt eine präzise räumliche Verteilung der sowjetischen Offensivkräfte, gegliedert in Heeresgruppen, Armeen, Korps, Divisionen: eine gigantische Ansammlung von Angriffstruppen, eine zuvor nie gekannte Truppenkonzentration an der sowjetisch-deutschen Grenze einschließlich Ost-Polen und Baltikum. Heute steht eindeutig fest, daß Stalin sich auf seinen Krieg, einen Angriffskrieg, lange vor dem Entschluß Hitlers, einen Präventivschlag gegen die Rote Armee zu führen, vorbereitet hat. ...
"Stalin wußte: In keinem Land der Welt würde eine kommunistische Partei auf legalem Wege an die Macht kommen", schreibt Suworow. Er zitiert Stalin: "Die Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre zeigen, daß es in Friedenszeiten unmöglich ist, in Europa eine kommunistische Bewegung zu haben, die so stark ist, daß eine bolschewistische Partei die Macht ergreifen kann. Eine Diktatur dieser Partei wird nur durch einen großen Krieg möglich."
Dies habe Stalin am 19. August 1939 in einer Rede gesagt, die bis 1994 streng geheimgehalten wurde. "Er sagte das in dem Moment, als er die Schleusen des Zweiten Weltkrieges öffnete. Stalin wußte, daß die Kommunisten nur durch einen Krieg an die Macht gelangen konnten." ...
Viktor Suworow, geboren 1947, kam schon mit elf Jahren zur Sowjetarmee. Seit 1970 gehörte er zur Nomenklatur des ZK der KPdSU. Ab 1974 arbeitete "Suworow" vier Jahre lang - getarnt als sowjetischer Diplomat - in der Genfer … Hauptverwaltung Aufklärung des Generalstabs der Sowjetunion. 1978 bat er um politisches Asyl in Großbritannien. ...<<
Der deutsche Militärhistoriker Franz Uhle-Wettler (1927-2018) berichtete später (im August 2001) in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 2001 (x853/...):
>>**Die Ursachen des Rußlandfeldzuges 1941**
Präventivkrieg oder unprovozierter Überfall?
Um übergroße Erwartungen zu dämpfen, sei einleitend begründet, warum die Frage nach den Ursachen des "Rußlandfeldzugs" wohl nahezu unbeantwortbar ist.
Der erste Grund wird deutlich, wenn wir, als Beispiel, nach den Ursachen des Zweiten Punischen Krieges suchen. Die Historiker sind sich noch nach 2.200 Jahren nicht einig, wer den Krieg gewollt hat: Hannibal, Karthago oder Rom. Fragen nach Kriegsursachen scheinen prinzipiell schwer beantwortbar zu sein.
Die zweite Schwierigkeit ergibt sich daraus, daß die Frage nach den Kriegsursachen 1939 und 1941 hochgradig emotionalisiert, moralisiert und politisiert ist. Hierzu brauchen wir nur betrachten, wie die ersten Veröffentlichungen behandelt wurden, die eine alleinige Schuld Deutschlands am Rußlandfeldzug "kritisch hinterfragten", was in anderen Bereichen als fortschrittlich gilt. Diese Schriften erschienen vor oder um 1985. Doch sogleich antwortete DIE ZEIT mit ganzseitigen Artikeln unter der Überschrift "Verteidigungslügen - Warum die Mär vom Präventivkrieg wiederbelebt wird". Das ist exakt der Ton der stalinschen sowie der hitlerschen Inquisition.

Die Wahrheit steht fest und ist mithin offenbar. Wer das Offenbare anzweifelt, kann nicht irren, sondern muß verstockt oder böse sein. Ein Historiker braucht sich mit den a priori verfehlten Argumenten nicht auseinanderzusetzen. Er braucht nur aufzudecken, "warum" der Autor die "Mär" und die "Lügen" wiederbelebt. Und natürlich verfällt der Bösewicht dem Gericht - er war Ketzer, unter Stalin Trotzkist, unter Hitler Volksschädling und heute Revisionist. Ketzer, Trotzkisten und Volksschädlinge bedrohte der physische, Revisionisten bedroht heute der bürgerliche Tod.
Der dritte und wichtigste Grund, warum die Frage nach den Kriegsursachen 1941 nahezu unbeantwortbar ist, ergibt sich aus dem Vergleich der Quellen für Urteile über die Ursachen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges.
Zum Ersten Weltkrieg: Schon wenige Jahre nach dem Krieg hatten fast alle Hauptbeteiligten beider Seiten ihre Sicht in Memoiren geschildert. Zudem hatten alle Nationen vielbändige Aktenpublikationen auf den Weg gebracht. Und schließlich gab es noch lange die Möglichkeit, die Hauptakteure zu befragen. Die Quellenlage war also vorzüglich. Dennoch besteht auch heute keine Einigkeit, wo die Hauptursachen des Krieges lagen und wie sie zwischen den beteiligten Staaten verteilt waren.
Anders die Aktenlage für den deutsch-russischen Krieg. Die deutschen Hauptakteure haben den Krieg nicht überlebt oder sie konnten sich nur im Angesicht des Nürnberger Galgens äußern - kein günstiger Ort für eine gelassene Darstellung. Es bleiben die deutschen Akten. Doch diese sind viele Jahre im Besitz der Sieger gewesen. Die damit verbundene Problematik wird nirgends angesprochen, also ist etwas Ausführlichkeit notwendig.
Nachweisbar ist, daß die Briten ihre eigenen Archive schon bei drittrangigen - drittrangigen! - Fragen gesäubert haben. So wurde nach dem Ersten Weltkrieg entfernt, was die beabsichtigte Hochbewertung des britischen Oberbefehlshabers in Frankreich, des Feldmarschalls Haig, behindert hätte.
Auch die Akten über die Tötung einer deutschen U-Bootbesatzung (Fall Baralong) und über die Erfindung deutscher Kriegsverbrechen in Belgien wurden gesäubert.
Die Aktenmanipulation wurde nach dem Zweiten Weltkrieg fortgesetzt. Wiederum nur als Beispiel: Akten wurden vernichtet, die geklärt hätten, wie es zur Auslieferung der Wlassow-Kosaken, zusätzlich des deutschen Rahmenpersonals und sogar jener uralten Weißrussen gekommen ist, die nie Untertan der Sowjetunion gewesen waren und längst eine andere Staatsangehörigkeit besaßen. Schließlich wurden viele derjenigen Akten vernichtet, die gezeigt hätten, weshalb die englische Regierung die Kontaktversuche des deutschen Widerstandes zurückgewiesen oder unbeantwortet gelassen hat.
Wenn die Briten so bei drittrangigen Fragen mit ihren eigenen Akten umgingen, ist die Frage berechtigt, wie sie mit den erbeuteten deutschen Akten umgingen, insbesondere dort, wo diese Akten erstrangige Fragen betrafen. In der Tat: Akten über die Ermordung deutscher Schiffbrüchiger im Zweiten Weltkrieg sind sogar nach Aussage des britischen Außenministeriums vernichtet worden. Die deutschen Dokumente über Kontaktversuche zu den Alliierten im Winter 1939/40 … gingen verloren, als sie nach dem Krieg in alliierter Hand waren. Allerdings "gingen" sie nicht verloren, weil sie keine Beine hatten. Jemand muß am Werk gewesen sein.
Noch wichtiger: Schon beim Nürnberger Prozeß soll die Anklage deutsche Dokumente vorgelegt haben, die nicht einmal die dortigen "Richter" als Beweisstück akzeptiert haben. Bei den Nürnberger Folgeprozessen wurde Generalarzt Professor Dr. Rose aufgrund gefälschter Dokumente verurteilt.
Weiterhin haben die Sieger bei Kriegsverbrecherprozessen deutsche Dokumente in höchst bemerkenswerter Weise selektiv verwendet und später nur selektiv zurückgegeben. Sogar das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr - oft wegen politischer Korrektheit kritisiert - wirft dem Münchener Institut für Zeitgeschichte vor, eine von den Alliierten gefälsch-

te Ansprache des Chefs des Generalstabes, Generaloberst Halder, als echt zu deklarieren.
Das berühmt-berüchtigte "Hoßbach-Protokoll" ist als das "most famous" und zugleich umstrittenste Dokument der NS-Zeit bezeichnet worden, weil Überlieferung und Zustand rätselhaft sind; Manipulation ist mindestens möglich.
Schließlich ist anzumerken, daß möglicherweise auch die französischen und die belgischen Archive gesäubert worden sind.
Bei allen diesen Aktionen ist wohl anzunehmen, daß nicht Sekretärinnen oder Amtsboten, sondern gewichtigere Kräfte mit gewichtigen Motiven am Werk gewesen sind - und niemand weiß, was sie sonst noch manipuliert haben.
Nebenbei: Wenn in einem Zivilprozeß die Akten der einen Partei jahrzehntelang im Besitz der Gegenpartei gewesen sind, wird vermutlich jeder Amtsrichter urteilen, es sei notwendig, den Zustand der Akten der benachteiligten Partei zu klären. Doch eine systematische Untersuchung des Schicksals der deutschen Akten auf Vollständigkeit und mögliche "Ergänzungen" ist im Klima der Bundesrepublik nahezu unvorstellbar. Für den Suchenden gibt es nur Zufallsfunde, die vermutlich das Ganze nicht aufdecken.
Zur sowjetischen Aktenlage: Es gibt einige Memoiren, meist von Generalen: Aber die Verfasser mußten im Sowjetregime wohl vorsichtig sein. Folglich beurteilen auch unverdächtige Autoren die Behandlung politisch sensitiver Fragen sehr ungünstig. Die Archive waren bis 1991 geschlossen. Sie sind auch seitdem nur teilweise und nur zeitweise geöffnet worden; wichtige Archive wie das Präsidialarchiv Stalins sind überhaupt nie zugänglich gewesen.
Gewichtig tritt hinzu: Sogar Valentin Falin, engagierter Verfechter der These eines grundlosen deutschen Überfalls gibt zu, daß die sowjetischen Archive gelegentlich umfassend gesäubert worden sind. Mithin wird sogar in der deutschen Presse von "systematischer Spurenverwischung" gesprochen.
Der Schluß ist unvermeidbar: Die Aktenlage für die Ursachen des Krieges 1941 ist bei beiden Parteien entscheidend schlechter als wohl für jeden Krieg der europäischen Neuzeit. Normalerweise gäbe es für Historiker nur den Schluß: Es ist unmöglich, mehr als Wahrscheinlichkeiten aufzuzeigen.
Im Folgenden wird aufgezeigt, was dem Verfasser dieser Studie wahrscheinlich dünkt. Dabei wird die sowjetische Seite ausführlicher als die deutsche behandelt. Das ist methodisch anfechtbar. Der Verfasser rechtfertigt es mit zwei Gründen:
- Begrenzung von Raum sowie Zeit
- und damit, daß die These eines grundlosen deutschen Überfalls Medien und Schulbücher füllt, also weitgehend bekannt ist.
Betrachtet man die Entwicklung der Roten Armee, so fällt ins Auge, daß Sowjetrußland schon in seiner Geburtsstunde bedroht war - erst von deutschen, dann massiv von Polen und von Truppen der Alliierten. Polen und die Alliierten drangen tief in den Kaukasus, in Nordrußland, Westrußland und in Sibirien ein.
Am Ende des Bürgerkrieges hatte das Land buchstäblich von Murmansk bis Wladiwostok nur noch blutende Grenzen: Finnland - die drei baltischen Staaten - Polen - vor Rumänien war Bessarabien verlorengegangen - jenseits des Schwarzen Meeres hatte sich Georgien lösen wollen, und jenseits des Kaspischen Meeres waren die südsibirischen Fürstentümer, Tannu Tuwa, die Mongolei und die Grenze zu China umkämpft gewesen. Der Aufbau einer starken Verteidigungsarmee mußte also notwendig erscheinen, zumal die Ideologie einen Endkampf zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Lager vorhersagte.
Der Umschwung von einer Verteidigungs- zu einer Angriffsarmee beginnt 1930 mit der Aufstellung der ersten Panzerbrigade. 1932 werden die Leningrader 11. und die Kiewer 45. Infanteriedivision zu Mechanisierten Armeekorps von je 500 Panzern und 250 weiteren gepanzerten Fahrzeugen umgegliedert. Damals gab es auf der gesamten Welt noch keine gepanzerten

Brigaden, Divisionen oder gar Armeekorps.
Zur gleichen Zeit werden die Konstruktionsbedingungen für das rollende Eisenbahnmaterial geändert. Zukünftig dürfen nur noch Waggons gebaut oder beschafft werden, die rasch von der russischen Breit- auf die mitteleuropäische Spur umgebaut werden können. Die Bahnmeistereien erhalten Anweisungen, wie hoch und wie breit sie russische Waggons beladen dürfen, die auf mitteleuropäischen Strecken fahren sollen. Das konnte nur einen Zweck haben: Stalin wollte seine Armee bis ins Herz Europas hinein versorgen können.
Man muß im Auge behalten, daß die russische Industrie 1914 nur wenig entwickelt gewesen war. Dann hatten Krieg und Bürgerkrieg weite Landesteile verwüstet. Viele Angehörige der technischen Intelligenz waren geflohen oder umgekommen.
Mithin wurden noch Ende der zwanziger Jahre jährlich weniger als 1.000 PKW und LKW gebaut. Doch ausgerechnet in diesem bettelarmen Land verwendet Stalin riesige Mittel, um nicht etwa eine Verteidigungs-, sondern um eine gewaltige Offensivarmee aufzubauen. Im Folgenden werden nur Zahlen für Panzer genannt, doch Zahlen für Divisionen, Geschütze oder Flugzeuge würden ein ähnliches Bild zeigen. Vor allem aber:
Der Panzer war schon damals für die Verteidigung wünschenswert, vielleicht erforderlich. Aber für weiträumige Offensiven war er schon unverzichtbar. Panzerlastigkeit ist also ein starkes Indiz für die Planung einer offensiven Strategie.
Deshalb noch eine Vorbemerkung: Manch ein Autor versucht, den Aufbau einer Offensivarmee mit einem Hinweis auf die sowjetische Militärdoktrin zu rechtfertigen. Die Strategie sei defensiv gewesen. Aber wenn Rußland überfallen wird, sollte der Krieg ins Land des Gegners getragen werden.
Doch dem ist entgegenzuhalten, daß wohl noch nie eine Strategie darauf beharrt hat, den Krieg im eigenen Land zu führen. Im übrigen hat Stalin wahrlich nicht auf einen Überfall des Gegners gewartet, als er 1939/40 erst Polen, dann Finnland angriff, in die drei baltischen Staaten sowie in Bessarabien einmarschierte und 1945 Japan angriff.
Den 1932 aufgestellten zwei Mechanisierten Armeekorps folgen bis 1939 mindestens zwei, nach anderen Autoren fünf weitere.
Dann schließen Stalin und seine Berater aus dem spanischen Bürgerkrieg, daß große Panzerverbände nicht zu handhaben sind. Also lösen sie die vier (oder sieben?) panzerstarken Armeekorps 1939 auf - an ihre Stelle treten 15 Panzerdivisionen.
Doch der deutsche Polen- und Frankreichfeldzug zeigen den Fehler. Schon im Juli 1940 befiehlt Stalin die Neuformierung von 9 Mechanisierten Korps, deren jedes mit nun über 1.000 Panzern unerhört panzerschwer war. Die Aufstellung weiterer Korps (11? 21?) wird 1941 befohlen, konnte aber bis zum deutschen Rußlandfeldzug wegen Mangels an Panzern und Fachpersonal nicht abgeschlossen werden. Schon die Panzer in den genannten Armeekorps ergeben gigantische Zahlen.
Zudem verwendete die Rote Armee zahlreiche Panzer in selbständigen Truppenteilen, 1940 (zusätzlich zu den damals vorhandenen 15 Panzerdivisionen von je 275 Panzern) Panzer-Brigaden zu je 258 und 4 Panzer-Brigaden zu 156 Panzern sowie 20 Panzer-Regimentern bei Kavallerie- und 98 Panzer-Bataillonen bei Infanteriedivisionen.
Bevor die Zahlen genannt werden, eine Vorbemerkung. Die Literatur nennt meist "Panzer", was so hieß. Doch die Wehrmacht - und praktisch nur diese - nannte Panzer auch, was nur eine 20mm-Kanone (Pz II) oder sogar nur Maschinengewehre (Pz I) trug. Diese MG-Träger waren für den Kampf gegen Feindpanzer nicht zu verwenden. Also werden sie bei den folgenden Zahlen gesondert aufgeführt. Um einen Maßstab für die nun zu nennenden sowjetischen Panzerzahlen zu geben: Die Wehrmacht ist mit 2.650 Panzern und 1.000 MG-Trägern in Rußland einmarschiert.
Den Panzerbestand der Roten Armee 1932 gibt Marschall Shukow mit 5.000 an. 1936 läßt

Stalin bei einer einzigen Parade bereits 1.000 Panzer vorbeimarschieren. 1939 kommt es dann zu einem skurrilen Ereignis: England, Rußland und Frankreich verhandeln in Moskau über einen Militärpakt gegen Deutschland. Stalin bietet für den Bündnisfall 10.000 Panzer und zudem 120 Infanterie- und 16 Kavalleriedivisionen sowie 5.000 Flugzeuge an. Dann fragt Marschall Woroschilow, was England zu bieten habe. Doch die Briten weichen aus, bieten Worte statt Zahlen. Der Russe bleibt unerbittlich.
Die Briten müssen schließlich bekennen: sie haben sechs Divisionen zu bieten. Kein Wunder, daß die Verhandlungen scheitern. Doch wie es zum Hitler-Stalin-Pakt gekommen ist, gehört nicht in diese Studie.
Anfang 1940 hat die Sowjetunion dann um 18.000 Panzer, dabei etwa 3.000 veraltete. Für den Juni 1941 schwanken die sowjetischen Angaben zwischen 21.000 und 24.000 Panzern.
Die Wehrmacht hatte insgesamt 3.700, zusätzlich knapp 2.000 MG-Träger. Sie hat Rußland mit 2.650 Panzern und etwa 1.000 MG-Trägern "überfallen". Wer Qualitätsunterschiede einrechnen will: Die deutschen Panzer hatten eine bessere Funkausstattung, wichtig für das Zusammenwirken auf dem Gefechtsfeld. Hingegen befanden sich unter den mehr als 20.000 sowjetischen Panzer schon 1.850 T34 und KWI. Diese waren für alle deutschen Panzer fast unverwundbar, konnten aber jeden deutschen Panzer auf 800 Metern abschießen.
Insgesamt hatte Rußland 1941 mindestens doppelt, wenn nicht dreimal mehr Panzer als die gesamte übrige Welt zusammen. Nur mit Dreistigkeit kann man hierbei von einer Verteidigungsarmee sprechen. Diese Bewertung wird durch weitere Maßnahmen bestätigt.
1940 läßt Stalin Luftlande-Armeekorps aufstellen - wiederum die ersten der Welt. Und zwar gleich fünf. Im Sommer 1941 weitere fünf. Und schließlich läßt Stalin im Frühjahr 1941 in der Ukraine vier Infanterie- in Gebirgsdivisionen umgliedern und verlegt die kaukasische 192. Gebirgsdivision in die Ukraine. Doch in der Ukraine gibt es keine Gebirge, wohl aber, mit den Karpathen, in Ungarn und Rumänien.
Hier ist wiederum eine Zwischenbemerkung notwendig. Viele Historiker legen heute dar, daß Hitler 1941 einen unbedingt friedenswilligen Stalin grundlos überfallen hat. Doch diese These wird durch die ungeheure, durch Panzermassen und Luftlandetruppen auf weitreichende Offensiven programmierte Rote Armee gestört. Zudem muß Stalin für den Aufbau einer solchen Armee ein Motiv gehabt haben - welches wohl? Und schließlich war unwahrscheinlich, daß Stalin seine unter großen Opfern aufgebaute Armee untätig in den Kasernen lassen würde, wenn er eine Gefahr wahrnahm.
Oder wenn er eine Gelegenheit zum Beutemachen sah - so wie 1939 in Polen und Finnland, 1940 in den drei baltischen Staaten und 1945 in Fernost. Also drängen jene Historiker den Aufbau und den Umfang dieser Armee weit in den Hintergrund oder verschweigen das sowjetische Militärpotential sogar ganz und bezeichnen die Rote Armee einfach als "schlecht ausgerüstet". Das ermöglicht darzulegen, Stalin habe 1940/41 "verzweifelt" versucht, Hitler zu besänftigen, weil er wußte, daß seine Armee zu schwach sei.
Damit zu der Frage, was Stalin 1940/41 beabsichtigte. Allerdings wird die Frage nach den Kriegsursachen heute meist als Frage nach der "Kriegs-Schuld" gestellt. Dafür gibt es Gründe. Aber damit fällt ein mit moralischen Kategorien kaum faßbarer Faktor aus der Betrachtung heraus. Konkret: Seit 1939 mußte jeder Herrscher Rußlands, ob Zar oder Stalin sich fragen, wie seine Lage beim Ende des deutsch-britischen Krieges sein werde.
Die Antwort war leicht - und zugleich unheildrohend. Schon nach einem Remisfrieden im Westen würde Hitler die gesamte Macht seines Imperiums gegen Rußland werfen können. Stalin mußte befürchten, daß Hitler das auch tun werde. Aus ideologischen Gründen.
Und um Lebensraum zu gewinnen. Stalin mag nicht gewußt haben, daß im Ersten Weltkrieg, also kaum mehr als 20 Jahre zuvor, 763.000 Deutsche an Unterernährung gestorben oder schlicht verhungert waren. Aber die hieraus abgeleitete Lebensraumtheorie dürften ihm seine

Berater vorgetragen haben.
Weiteres kam hinzu. Die Deutschen publizierten 1940 erbeutete französische Akten. Diese zeigten, daß der deutsche "Überfall" auf Norwegen dem alliierten Überfall nur um Haaresbreite zuvorgekommen war. Weiterhin belegten sie, daß nur der deutsche Sieg 1940 Engländer und Franzosen gehindert hatte, die russischen Ölfelder im Kaukasus und die Öltanker im Schwarzen Meer anzugreifen, um Öllieferungen an Hitler zu erschweren.
Stalin wußte also, wie die Alliierten Neutralität und Völkerrecht werteten, wenn sie ihnen im Wege standen. Er mußte zudem annehmen, daß die Westmächte ihm nicht helfen würden, sollte er nach einem deutsch-britischen Ausgleich mit Hitler handgemein werden.
Und schließlich drohte Rußland auch aus Fernost Gefahr. Noch im Herbst 1939 hatten sich Russen und Japaner an den Grenzen der Mongolei erbitterte Gefechte geliefert. Hitlers Imperium und vielleicht zudem Japan allein gegenüberzustehen, war keine verlockende Aussicht. Stalin konnte also glauben, er müsse Deutschland in den Rücken fallen, solange es noch teilweise gegen England und die USA gebunden war. Das hat mit der moralischen Kategorie der Schuld wenig zu tun, um so mehr aber mit dem Überlebenswillen Rußlands.
Die Folgerungen, die Stalin zog, lassen sich aus seinen Handlungen ablesen. Im September 1939 nimmt er den Polen die "ostpolnischen", in Wahrheit vorwiegend weißrussischen und ukrainischen, 1920 von Polen eroberten Gebiete wieder ab. Aber die eingesetzten 21 Divisionen bleiben in dem gewonnenen Räumen und aus Innerrußland rücken Truppen in die nun freien westrussischen Räume nach.
Im Sommer 1940 stehen in Westrußland 100 russische Divisionen, die sich von den wenig kampfkräftigen ungarischen und rumänischen Truppen wohl kaum beeindrucken lassen. Hingegen stehen im Osten des Reiches ganze sechs, anderen Autoren zufolge nur vier Divisionen, denn die Wehrmacht ist durch den Frankreichfeldzug gebunden.
Stalin nutzt die Gelegenheit sofort. Er marschiert in den drei baltischen Staaten ein. Die Finnen bedrängt er trotz des eben gerade, nach dem "Winterkrieg", geschlossenen Friedens mit neuen, ultimativ vorgetragenen und Finnlands Existenz bedrohenden Forderungen." Rumänien zwingt er bald zur Abtretung Bessarabiens. Nach dem deutschen Sieg in Frankreich tritt wieder Ruhe ein. Doch das ist eine fragwürdige Ruhe, denn niemand weiß, was Stalins hundert Divisionen getan hätten, wenn der Frankreichfeldzug sich festgefahren hätte.
Im Frühjahr 1941 läßt Stalin dann eine Reihe von bemerkenswerten Maßnahmen durchführen - "Die Sowjetunion veränderte die Haltung gegenüber Deutschland auf taktischer Ebene ... durch einen Konfrontationskurs, der jedoch kein Kriegsrisiko einschloß."
Konkret: Die Sowjetunion nimmt erstmals diplomatische Beziehungen zu Jugoslawien auf, schließt demonstrativ im April 1941 einen Freundschaftspakt mit Jugoslawien, stachelt die Bulgaren auf, die 1913 verlorene Dobrudscha von Rumänien sowie das an Griechenland verlorene Ost-Thrazien zurückzufordern und setzt die Türkei sowie Rumänien weiter unter Druck. Der ganze Balkan gerät in Unruhe - und niemand weiß, wohin die Entwicklung führen wird, zumal Hitler, besorgt um das rumänische Öl, Stalin entgegentritt und auch England kräftig mitmischt.
Bereits 1939 war die dreijährige Wehrpflicht eingeführt und die Rüstung durch Arbeitspflicht, Drei-Schichtenbetrieb und Siebentagewoche noch weiter hochgetrieben worden.
Nun werden die Streitkräfte durch eine Teilmobilmachung - Einberufung von 800.000 Reservisten - weiter verstärkt.
- Stalin sichert das Operationsgebiet, indem er die gesamte Führungsschicht der Esten, Letten, Litauer und Ostpolen deportiert oder gleich ermorden läßt.
- In den vier westlichen Militärbezirken versammelt Stalin insgesamt 170, nach anderen Darstellungen 191 Divisionen. Zum Vergleich: Deutschland hat Rußland mit etwas über 150 Divisionen angegriffen.

- Hinter den genannten wenigstens 170 Divisionen marschiert im Juni eine zweite strategische Staffel von 50, nach anderen Darstellungen 66 Divisionen auf, die aus dem Transbaikal und aus dem Kaukasus herangeführt werden
- Hinter der zweiten strategischen Staffel werden vier Reservearmeen aufgestellt; mithin spricht sogar Gorodetsky von insgesamt 240 Divisionen, die die Westfront Rußlands "absichern" sollen.

Wer das alles als Verteidigungsvorbereitungen deutet, muß übersehen, daß der Aufmarsch der russischen ersten strategischen Staffel früher durchgeführt wurde und bis in den März 1941 erdrückend mehr Kräfte umfaßte als der Aufmarsch für "Barbarossa":
- Im Osten des Reiches stehen während des Frankreichfeldzugs vier oder sechs zweitklassige, erst 1939 mobilgemachte Divisionen 100 russischen Divisionen gegenüber.
- Im Juli 1940 wird die 18. Armee - 26 Divisionen - in den Osten verlegt.
- Im Oktober 1940 folgt die 12. Armee. Sie wird zusammen mit der 18. Armee der Heeresgruppe B unterstellt, die nun über 33 Divisionen verfügt.
- Im März 1941 stehen dann 47 Divisionen im Osten des Reiches - und erst dann beginnt der Truppenaufmarsch für Barbarossa.
- Erst im Juni wird das deutsche Ostheer mit der Zuführung von 12 Panzer- und 12 Motorisierten Infanteriedivisionen angriffsfähig.

Insgesamt: Der deutsche Aufmarsch war bis in den März/April 1941 Reaktion, nicht Aktion.
Die Deutung des russischen Aufmarsches als Offensivaufmarsch wird durch weitere Aktionen bekräftigt:
- Viele der Truppen mußten in die Wälder gelegt werden. Dort aber konnte man sie nicht unbeschränkt liegen lassen, ohne einen scharfen Abfall der Kampffähigkeit und Ausbildung zu riskieren.
- Ein bezeichnendes Detail: Die Dnjepr-Flottille (eine Abteilung Schnellboote, eine Gruppe Kanonenboote, eine Abt. Panzerkutter, eine Abt. Monitore, eine Abt. Minensucher, zudem Minenleger und Wachschiffe, Kommandeur ein Admiral) wurde durch schmale Kanäle in die ostpolnischen Pripjet-Sümpfe verlegt. Für eine Verteidigung war sie dort sinnlos. Aber sie hätte durch weitere Kanäle zur Weichsel, Oder und Ostsee fahren können - wie 1945 geschehen.
- Die stärksten Massierungen und die meisten Panzerverbände finden sich ausgerechnet in den weit in deutsches Gebiet vorspringenden Balkonen von Lemberg und Bialystok. Sie liegen dort für eine Verteidigung falsch, aber für eine Offensive günstig.
- Nachweislich liegen viele der Depots für Ersatzteile, Munition und Betriebstoff näher an der Grenze als die Truppenteile, die sich hieraus versorgen sollen. Allein in der Grenzstadt Brest-Litowsk lagern 10 Millionen Liter Betriebstoff.
- Sogar Flugplätze liegen 25 oder nur 15 Kilometer von der Grenze entfernt.
- Sowjetrussische Offiziere berichten in ihren Kriegserinnerungen, wie sie in der Stunde des deutschen Angriffs die versiegelten Umschläge mit den Kriegsbefehlen öffnen, aber keine Verteidigungsbefehle finden.

Das wird durch die Ereignisse bestätigt. Es gab zwar Feldbefestigungen, sogar Bunker, vor allem unmittelbar an der Grenze. Aber es gab keine tiefgestaffelten Feldbefestigungen, kaum Minensperren, keine Baumsperren und viele Brücken waren nicht zur Sprengung vorbereitet. Nur so ist erklärlich, daß die angreifenden deutschen Divisionen innerhalb von zwei Tagen bis zu 130 Kilometer weit vordringen konnten (3. Panzerdivision).
Dabei ist sicher: Hätten die russischen Divisionen, die seit vielen Monaten aufmarschiert waren, eine Verteidigung so vorbereitet wie die Rote Armee 1943 bei Kursk, so wäre der deutsche Angriff vielleicht sogar gescheitert.
Wie eilig Stalin es hatte, läßt sich wiederum aus seinen Maßnahmen ablesen. Im Frühjahr

1941 läßt er aus seinen Konzentrationslagern Hunderte, wenn nicht Tausende von Generalen und jüngeren Offizieren (insgesamt 4.000?) herausholen. Sie werden sofort wieder in ihre alten Funktionen gebracht. Stalin opferte also trotz der damit verbundenen Risiken seinen militärischen Plänen den innenpolitischen Terror.
Zur Frage des von Stalin geplanten Angriffstermins gibt es viele Indizien, doch fast alle werfen Probleme auf. Als ein typisches Beispiel: Der spätere Marschall Bagramian berichtet in seinen Memoiren, daß die Divisionen der 2. Staffel des Westlichen Besonderen und des Kiewer Militärbezirks Mitte Juni (also etwa eine Woche vor dem deutschen Angriff) Befehl erhielten, in grenznahe Räume aufzuschließen.
Man kann das als Zeichen dafür deuten, daß Stalins Überfall unmittelbar bevorstand. Man kann aber ebenso argumentieren, Stalin habe den bevorstehenden deutschen Überfall, insbesondere die Heranführung der Panzerdivisionen erkannt und habe deshalb seine strategischen Reserven näher herangeführt.
Da Unterlagen fehlen, ist nicht zu entscheiden, was Stalin zu seinem Entschluß bewogen hat. Ähnliches gilt für viele andere Indizien aus den letzten Friedenswochen.
Damit zum Schluß der Betrachtung der Sowjetunion. Zusammenfassend darf man sagen:
- Stalin hatte in einem verarmten Land eine riesige Militärmacht aufgebaut.
- Stalins Armee war so konstruiert, daß sie weiträumige Operationen bis ins Herz Europas führen konnte.
- Diese Armee war schon 1940 und noch mehr 1941 mit Kräften aufmarschiert, die den deutschen weit überlegen waren.
- Es war ein Offensivaufmarsch.
- Der Aufmarsch war weitgehend abgeschlossen; Stalin konnte in wenigen Tagen, vielleicht Wochen angreifen - falls er es wollte.
Für diese Bewertungen lassen sich Belege, sogar Beweise vortragen. Aber sogar ein Verfechter der These eines grundlosen deutschen Überfalls gesteht noch im Jahr 2000 zu, "daß die Frage der tatsächlichen Absichten Stalins noch immer nicht geklärt ist und daß in dieser Hinsicht ein gravierender Mangel an Quellen besteht."
Folglich lassen sich wichtige Fragen kaum klären:
- Wir wissen nicht, ob Stalin im Juni 1941 den russischen Aufmarsch als abgeschlossen ansah.
- Mithin wissen wir nicht, ob Stalin die Rote Armee als angriffsbereit beurteilte.
- Insbesondere wissen wir nicht, ob Stalin die Reorganisation der Panzer-Großverbände als ausreichend fortgeschritten ansah.
- Wir wissen nicht, ob Stalin den deutschen Aufmarsch als abgeschlossen, mithin den Angriff als bevorstehend ansah.
- Noch wichtiger: Wir wissen nicht, ob Stalin die politische Lage als angriffsgünstig ansah oder ob er noch weiter warten wollte. Allerdings: Der Truppenaufmarsch setzte auch einen Diktator unter Zeitdruck. Stalin würde seine Truppen ruinieren, wenn er sie unbeschränkt, schließlich mit dem Winter vor der Tür, in den Wäldern ließ. So spricht vieles für die - freilich unbeweisbare - Annahme, daß Stalin binnen weniger Wochen zum Schwert gegriffen hätte.
Dem steht ein häufig zu findendes Argument entgegen. Es gründet sich darauf, daß Stalin 1937/38 bei den großen Säuberungen, also Massenmorden, zahlreiche hohe Generale beseitigt hatte, dabei drei der fünf Marschälle, 13 der 15 Armee-Oberbefehlshaber, 57 der 85 Kommandierenden Generale von Armeekorps und 110 der 195 Divisions- sowie die Hälfte der 406 Brigadekommandeure. Stalin habe gewußt, daß nach diesem Aderlaß die Rote Armee für Jahre nicht einsatzbereit war.
Doch dieser Deutung steht Stalins grundlegende Weisung für den Kriegsfall vom 18. September 1940 deutlich entgegen. Sie sah, ebenso wie die späteren Operationspläne und –vorschlä-

ge, nach einer möglichst kurzen Verteidigung als erste Phase eine Offensive bis in den Raum um Breslau mit Alternativen zum Abschneiden Deutschlands vom Balkan oder zur Wegnahme von Ostpreußen vor. Stalin war also nachweislich schon im September 1940 überzeugt, daß die Rote Armee gewaltige Operationen durchführen konnte.
Damit hinüber zur deutschen Seite. Sogar wenn nachweisbar wäre, daß Stalin im Sommer 1941 angreifen wollte, so bleibt die Möglichkeit, daß zwei Angriffe aufeinandergetroffen sind, wie 1940 in Norwegen.
Die Literatur über die Entstehung des deutsch-sowjetischen Krieges ist randvoll gefüllt mit Zitaten Hitlers über die Erweiterung des deutschen Lebensraumes. Doch das beweist ebenso viel und ebenso wenig wie Zitate aus der kommunistischen Ideologie. Die Zitate belegen höchstens eine generelle Kriegsbereitschaft. Aber sie zeigen nicht, warum Hitler 1941 statt 1942 oder 1945 angriff. Den Juni 1941 müssen zusätzliche Gründe bestimmt haben, nach denen wir suchen müssen.
Weiterhin: Der eingangs erwähnte Artikel aus "DIE ZEIT" war reichlich illustriert mit Bildern von Exekutionen russischer Partisanen oder Zivilisten. Doch auch Bilder von Dresden, Nagasaki oder von der Vertreibung der Ostdeutschen tragen nichts zur Klärung der Frage bei, wie es zu den Kriegen 1939 und 1941 gekommen ist.
Noch eine Vorbemerkung: Diese Studie verzichtet auf eine Darstellung sowie Bewertung der russischen Operationsentwürfe und Kriegspiele, wie etwa dem sowjetischen Aufmarschplan vom 15. Mai 1941, über deren Deutung längst ein heftiger Federstreit voller oft hitziger Debatten um Überlieferung, Glaubwürdigkeit und Bedeutung entstanden ist.
Sie verzichtet auch auf Zitate aus Reden und ähnlichem, wie etwa der vieldiskutierten Ansprache Stalins am 5. Mai 1941 vor Absolventen der Militärschulen. Nicht nur, weil hier der Raum fehlt, sondern auch, weil schon Talleyrand darauf verwiesen hat, daß für einen Politiker Worte nur ein Mittel sind, seine Gedanken zu verbergen.
Bei jeder Äußerung von Stalin, Hitler und anderen Politikern müßte also untersucht werden, wie glaubwürdig die Überlieferung ist, was die Politiker mit ihrer Äußerung bezweckten und ob diese Äußerung ihre inneren Gedanken spiegelte. Immerhin läßt sich sogar mit unstrittigen, aber zielgerichtet ausgesuchten Zitaten alles "beweisen".
Als Beispiel: Die Verfechter der These eines grundlosen Überfalls Hitlers zitieren meist ausführlich Hitlers Lebensraum- und Rassetheorien. Aber Hitler hat schon in "Mein Kampf" mit gleicher Eindringlichkeit vor einem Zweifrontenkrieg gewarnt - doch das wird selten zitiert.
Man wird also gut tun, die Äußerungen Stalins und Hitlers streng nach ihren Taten zu beurteilen. Nur Taten zeigen, was die beiden wirklich wollten.
Die ersten "Taten" Hitlers für einen Angriff auf die Sowjetunion stammen aus dem Hochsommer 1940. Hitler wies die Wehrmacht an, "das Problem Rußland in Angriff zu nehmen". Am 31. Juli verkündete er vor den Spitzen der Wehrmacht sogar: "Entschluß: ... Rußland muß erledigt werden. Frühjahr 1941. Je schneller wir Rußland zerschlagen, um so besser ... Bestimmter Entschluß: Rußland zu erledigen."
Aber dann folgte nichts mehr. Bis zum November 1940 hat Hitler nicht einmal gefragt, zu welchen Ergebnissen die Operationsstudien der Wehrmacht gekommen wären. Das widerspricht einem unabänderlichen Entschluß und sogar einem starken Interesse. Immerhin hatte sich Hitler schon in die Planung des Frankreichfeldzuges von Anfang an eingemischt," und seitdem war sein Glaube an seine militärischen Fähigkeiten weiter gestiegen.
Zudem verbot Hitler sogar jede Spionage gegen Rußland, obwohl die russische Spionage auf hohen Touren weiterlief." Wer unbedingt will, kann das als Tarnung finsterer Absichten deuten. Aber nicht einmal das wertvolle rumänische Material durfte angekauft werden.
Zudem hat Hitler nachweislich bis in den November 1940 hinein gehofft, Rußland für einen Kontinentalblock aus Deutschland, Italien und Japan gegen die angelsächsischen Mächte ge-

winnen zu können. Am 26. September schlug der Oberbefehlshaber der Marine Hitler vor, den Schwerpunkt der deutschen Kriegführung gegen England über den Suezkanal in den Nahen Osten zu verlegen und setzte hinzu: "Rußlandproblem erhält dann anderes Aussehen ... Fraglich, ob dann noch Vorgehen gegen Rußland ... nötig sein wird." Hitler stimmte zu und ergänzte: "Rußland werde er zu veranlassen suchen, energisch gegen Süden - Persien, Indien - vorzugehen."
Am 1. November 1940 notiert der Chef des Generalstabes (Halder): "Führer hofft, Rußland in die Front gegen England einbauen zu können."
Der Umschwung tritt mit dem Besuch des russischen Außenministers Molotow im November 1940 in Berlin ein.
Hitler versuchte, Rußland in einen deutsch-italienisch-japanischen Kontinentalblock zu ziehen - ein weiteres Zeichen dafür, daß er zu einem Krieg gegen Rußland noch nicht endgültig entschlossen war. Molotow hat hingegen Forderungen gestellt: Vorherrschaft über die türkischen Meerengen, Vorherrschaft über den Balkan sowie Vorherrschaft über Finnland und hat deutlich sein Interesse an den dänischen Ostseezugängen bekundet.
Das hätte das rumänische Öl und das finnische Nickel in sowjetische Hand gebracht, vielleicht auch das schwedische Erz. Alle Kraftquellen der deutschen Kriegführung wären dann in sowjetischer Hand gewesen. Was Stalin forderte, war praktisch Unterwerfung. Und zur Untermalung dieser Forderungen standen schon einhundert sowjetische Divisionen an den Westgrenzen Rußlands, ihnen gegenüber (außer den Ungarn und Rumänen) nur 33 deutsche.
Was Stalin glaubte, Hitler zumuten zu können, macht eine Facette deutlich. Eine gute Woche nach dem Molotow-Besuch, am 25.11.40, fixierte Molotow seine Forderungen noch einmal schriftlich. Erneut forderte er dabei eine Basis für sowjetrussische Truppen am Bosporus und den Dardanellen.
Falls (wie doch anzunehmen), die Türken sich weigerten, müßten "Deutschland, Italien und die Sowjetunion übereinkommen, die erforderlichen militärischen und diplomatischen Maßnahmen auszuarbeiten und durchzuführen."
"Mit anderen Worten: Deutsche Truppen sollten notfalls gemeinsam mit den Russen in der Türkei Stützpunkte für die Sowjetunion erobern. Stalins Zumutungen lassen nur zwei Deutungen zu: Er glaubte, Hitler, zwischen Sowjetarmee und England/USA eingeklemmt, sähe sich gezwungen, sich der Sowjetunion auf Gnade und Ungnade zu unterwerfen. Oder Stalin wollte Hitler bewußt zum Angriff provozieren. Welche der Möglichkeiten zutrifft, läßt sich aus Quellenmangel nicht entscheiden.
Mithin ist kein Zufall, daß zwar manch einer in der deutschen Führung sowjetische Angriffsabsichten verneinte, der Chef des Generalstabes und der "Spionagechef' jedoch anders urteilten - Fachleute also, die wahrlich nicht zu den "Nazis" gehörten. Halder notierte, man müsse zugeben, "daß die russische (Militär)Gliederung sehr wohl einen Übergang zum Angriff ermöglicht". Canaris, der als Hitler-Gegner die Grenze zum Hochverrat längst nicht mehr fürchtete, sie vielleicht schon überschritten hatte, unterstützte dennoch die Vorbereitungen für den Rußlandfeldzug. Er war von "echter" Furcht "vor der sowjetischen Gefahr" erfüllt und wußte nicht mehr, "ob Hitler oder Stalin zuerst losschlagen werde" (H. Höhne).
Nicht umsonst ergingen Befehle an das deutsche Ostheer für den Fall eines russischen Überfalls. Noch sechs Tage vor Barbarossa 1941 erließ die Panzergruppe 1 eine Weisung für den Fall eines sowjetischen Überraschungsangriffs mit der einleitenden Bemerkung: "Der russische Aufmarsch uns gegenüber läßt auch eine Angriffslösung gegen uns zu."
Schließlich hat Hitler wohl auch erkannt, daß Stalin einen deutschen Sieg kaum zulassen, also sich zum Handeln gezwungen sehen konnte. Hitler äußerte, er sei sich "völlig" klar darüber, daß nach einem vollen Sieg Deutschlands die Lage Rußlands "sehr schwierig" werden würde. Das mußte zu der Überlegung führen, Rußland zu beseitigen, "ehe es sich mit England zu-

sammentun könne" (Hitler)."
Aus Sicht der Reichsführung war demnach bei Abreise Molotows die weltweite Lage etwa wie folgt:
- England war entschlossen, den Krieg bis zu einem Sieg, und das bedeutete: bis zu einem Super-Versailles durchzukämpfen, beflügelt von der Hoffnung auf ein Eingreifen der USA - und Rußlands.
- Die USA waren nur noch theoretisch neutral; auf dem Atlantik führten sie praktisch schon Krieg; Hitler rechnete mit einem offenen Kriegseintritt 1942.
- In Fernost hatten Japan und Rußland eben noch einen unerklärten Krieg geführt. Deshalb konnte Japan keine amerikanischen Kräfte binden. Das gab den USA freie Hand gegen Deutschland.
- Schließlich Rußland. Solange Sowjetrußland ungeschlagen blieb, konnte England auf sein Eingreifen hoffen, war Japan gebunden und konnte die USA nicht zurückhalten.
- Zudem hatte Rußland innerhalb eines Jahres buchstäblich sämtliche Grenzpfähle zwischen dem Nordmeer und dem Schwarzen Meer gewaltsam nach Westen verschoben. Dieses Rußland verlangte nun von Deutschland, sich in eine totale wirtschaftliche Abhängigkeit von Stalin zu fügen. Was Stalin anschließend fordern würde, war unbekannt.
- Ganz düster wurde es, wenn man den Blick in die Zukunft richtete. Schon 1942 würden die USA und England voll im Kriege stehen. Dann war Rußland praktisch Schiedsrichter in einem globalen Konflikt. Nach Verwirklichung von Molotows Forderungen konnte Rußland nach Belieben Deutschland kämpfen lassen, weiter erpressen oder wirtschaftlich erdrosseln. Oder es konnte als lachender Dritter in die Schlußphase des Konflikts bewaffnet eingreifen.
Angesichts dieser Lage haben die Militärs Hitler versichert, ein Sieg binnen weniger Monate wäre möglich; sie haben damit eine schwere Verantwortung auf sich geladen.
Für Hitler konnte es damit kein Halten mehr geben. Mit Lebensraum, Rasse und Aggression hat das nur wenig zu tun; auch Gorodetsky, Israeli und wahrlich ein Verfechter der Überfallthese, sieht "ernste" Zweifel, daß bei Hitlers Entschluß "ideologische Überlegungen eine Rolle spielten".
Um so mehr hat es mit Deutschlands geographischer Lage zu tun, deren Konsequenzen sich gut mit einem Parallelbeispiel zeigen lassen. Während des deutsch-französischen Kriege 1870 spielte Österreich sehr ernsthaft mit dem Gedanken, Preußen-Deutschland in den Rücken zu fallen. Doch ein drohendes Knurren des Zaren zwang den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Beust, seine Pläne aufzugeben."
Das Beispiel zeigt: Deutschland, mitten in Europa liegend, konnte einen Krieg nach der einen Seite nur führen, wenn die Großmacht auf der anderen Seite freundlich gesonnen war. Als Hitler nach Westen Krieg führte und im Osten Stalins Wohlwollen in Zweifel geriet, stand Deutschland sofort zwischen zwei Feuern. Es konnte nur noch versuchen, sich der tödlichen Gefahr durch einen Befreiungsschlag gegen Rußland zu entziehen, denn England war nicht faßbar.
Vor dem Schluß dieser Darlegungen ist noch einmal ein Hinweis auf die einleitenden Bemerkungen notwendig. Die Aktenlage für die Erforschung der Kriegsursachen 1941 ist dürftiger als wohl für alle Kriege der Neuzeit, und was vorhanden ist, ist alles andere als zweifelsfrei. Wer also behauptet, er kenne die Kriegsursachen 1941 und könne sie unwiderleglich und abschließend darlegen, muß sich Fragen nach seiner Seriosität gefallen lassen.
Vermutlich können wir drei Thesen ausschließen: - Als erstes die These, 1941 wäre ein unbedingt friedlicher Stalin angegriffen worden, also jene politisch korrekte These, die Medien und Schulbücher beherrscht.
- Ein weiterer Schluß ergibt sich aus der Tatsache, daß der Aufmarsch von 150 deutschen Divisionen sowie der Luftwaffe nicht unbemerkt bleiben konnte, zumal Stalin nachweislich zu-

sätzlich zahlreiche Warnungen erhielt. Demnach ist unmöglich, daß Stalin vom deutschen Angriff überrascht wurde. Auch ist wenig glaubwürdig, Stalin habe trotz des deutschen Aufmarsches noch Mitte Juni 1941 geglaubt, den Frieden längerfristig oder gar langfristig wahren zu können.
Bestenfalls möglich und zudem sogar wahrscheinlich ist, daß Stalin taktisch, also vom Zeitpunkt des Angriffs, überrascht wurde.
- Auszuschließen ist wohl auch die These, der deutsche Angriff wäre ein Präventivkrieg in dem Sinne gewesen, daß ein unbedingt und langfristig friedlicher Hitler den sowjetischen Aufmarsch bemerkt und ihm schweren Herzens zuvorgekommen wäre.
Für die geopolitische Lage, für die ideologischen Kräfte, für die Handlungen Stalins sowie Hitlers scheint das folgende Modell die beste Erklärung zu geben:
- Stalin wäre schon nach einem hitlerschen Remis gegen England in eine böse Abhängigkeit von Großdeutschland geraten. Das konnte kein Herrscher Rußlands leichten Herzens zulassen. Ideologische Gründe mögen den resultierenden Entschluß zum Aufmarsch und zu einer ausgesprochen aggressiv-provokatorischen Westpolitik bestärkt haben.
- Die Zwangslage Stalins war für Hitler erkennbar. Hitler konnte den Krieg gegen England, praktisch also auch gegen die USA, nur führen, wenn er seinen Rücken sicher wußte.
"Barbarossa" wäre nur zu vermeiden gewesen, wenn Stalin ein friedlich grasendes Lämmchen auf einer blumigen Wiese gewesen wäre.
Abschließend könnte man fragen, wo bei dieser Schilderung die deutschen Untaten blieben? Zweifellos hat Hitler den Krieg, nachdem er einmal beschlossen war, für große Untaten genutzt. Doch die Nutzung des Krieges für Taten, die im 18. und 19. Jahrhundert nur für Verbrecher denkbar gewesen sind, läßt sich für alle beteiligten Staaten nachweisen - bis hin zu Jalta, Potsdam und Nagasaki. Doch die Rebarbarisierung des Krieges im 20. Jahrhundert darzulegen und ihre Gründe aufzuzeigen, war nicht das Thema dieser Studie."
Es bleibt noch, zu einigen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen, die sich aus der Vorgeschichte des Rußlandfeldzuges ergeben.
Wie dargelegt, war die Rote Armee im Juni 1941 der deutschen Wehrmacht an allem, was sich zählen, wiegen und messen läßt, turmhoch überlegen. Dem scheint zu widersprechen, daß die Wehrmacht schon im November 1941 an die Tore von Moskau pochte und mit Artillerie auf den Kreml schoß. Doch der Schein trügt. Schon im Frankreichfeldzug war die Wehrmacht an allem, was sich zählen, wiegen und messen läßt, den Alliierten weit unterlegen, und zudem konnten sich die Alliierten auf gigantische Befestigungen stützen.
Dennoch hat die Wehrmacht den Feldzug buchstäblich in vier oder fünf Tagen entschieden, in zehn Tagen gewonnen und in wenigen Wochen beendet. Ein ähnliches Bild zeigt schon der Erste Weltkrieg (Tannenberg) und, in verkleinertem Maßstab, die Schlacht um Kreta 1941:
Scheinbar hoffnungslose deutsche Unterlegenheit an Zahl und Material - dennoch Sieg in wenigen Tagen. Der Grund liegt auch hier, ebenso wie bei den Siegen der Wehrmacht 1941, in der qualitativen Überlegenheit - vom Gruppenführer bis zum hohen General. Hierüber gibt es eine umfangreiche ausländische Literatur - die allerdings in der Bundesrepublik fast unbeachtet blieb.
Die qualitative Überlegenheit der Führung und des Kampfwillens der Truppe haben lange die numerische Unterlegenheit ausgleichen können. Beim Rußlandfeldzug traten weitere Faktoren verstärkend hinzu: Der deutsche Angriff traf auf einen Gegner, der zur Offensive aufmarschierte, dessen Aufmarsch aber noch nicht ganz abgeschlossen war und der taktisch überrascht wurde.
Die Frage, ob im Zweiten Weltkrieg ein Sieg oder wenigstens ein Remis unter Hitler einem Jalta und Potsdam vorzuziehen war, ist nicht Gegenstand dieses Vortrags. Mithin bleibt die Frage berechtigt, warum der Feldzug gescheitert ist.

Der erste Grund liegt in der fast grotesken Unterschätzung der Widerstands- sowie Regenerationskraft Sowjetrußlands. Sie wird deutlich in dem Urteil des Chefs des Generalstabes Halder, der am 12. Tag des Rußlandfeldzuges in seinem Tagebuch notierte, der Feldzug sei gewonnen, er müsse nur noch beendet werden.
Die Unterschätzung hat zu einem zweiten Grund des Scheiterns wesentlich beigetragen: Das Reich hat sein Potential viel zu spät mobilisiert. So wurden zum Beispiel 1941 nur 3.500 Panzer produziert - und das waren meist leichte Panzer.
Folglich mußten immer wieder Besatzungen ausgefallener Panzer als Infanterie eingesetzt werden, weil Ersatzpanzer nicht vorhanden waren. 1944 wurden sechsmal mehr, wurden 20.000 Panzer produziert, nur schwere Panzer, und das trotz der Luftangriffe. Viele Schlachten wären wohl anders verlaufen, wenn die Truppe 1941 die Waffen von 1944 gehabt hätte.
Das gleiche Bild zeigt die Mobilisierung der Arbeitskräfte. Es ist bezeichnend, daß die Zahl der arbeitenden Frauen von 1939 (14,6 Millionen) bis 1941 sank (14,1 Millionen) und erst 1943 die Zahl von 1939 wieder erreichte und leicht überschritt (14,8 Millionen). Gleichzeitig wurden Millionen von männlichen Arbeitskräften einberufen.
Mithin sank, während die Rüstungsindustrie nach Arbeitskräften und die Front nach Waffen schrie, die Zahl der deutschen Arbeitskräfte von 1939 bis 1941 um sechs Millionen. Diese Lücke konnten auch drei Millionen Kriegsgefangene und Ausländer nicht schließen.
Was möglich und zu tun war, hat nicht nur die Sowjetunion, sondern haben auch die USA gezeigt. In den USA stieg die Zahl der arbeitenden Frauen von 1940 (14 Prozent), identisch mit Deutschland, auf 20 Prozent.
Ins Allgemeine gehoben: Das Reich hat, ähnlich wie schon im Ersten Weltkrieg, sein Potential viel zu spät mobilisiert. Es begnügte sich mit einer "friedensähnlichen Kriegswirtschaft". Die Gründe zu erörtern, ist hier nicht der Ort.
Der dritte Grund für das Scheitern des Rußlandfeldzugs liegt in einer Operationsführung, die von Anfang an widersprüchlich war. Hitler wollte die Schwerpunkte an den Hügeln setzen: Der linke Flügel sollte Leningrad nehmen, der rechte Flügel sollte die Industriegebiete der Ukraine und dann das Öl des Kaukasus nehmen oder bei Stalingrad abschneiden.
Erst nachdem die Rote Armee ihrer wirtschaftlichen und industriellen Kraftquellen beraubt worden war, sollte sich die Wehrmacht gegen die so geschwächten Hauptkräfte des Gegners wenden. Der Generalstab des Heeres hingegen lehnte die Einbeziehung wehrwirtschaftlicher Gesichtspunkte in die militärische Operationsplanung ab."
Er wollte nach den Grenzschlachten geradewegs auf Moskau vorgehen, also den Stier frontal bei den Hörnern packen, denn im Zentrum des sowjetischen Imperiums werde sich die Rote Armee zur Entscheidungsschlacht stellen müssen.
Vermutlich spricht vieles für die Flankenlösung. Sicher ist jedoch, daß Schwanken den Fehlschlag heraufbeschwören mußte - und so ist es gekommen. Leningrad konnte abgeschnitten, nicht aber genommen werden, der Vorstoß auf Moskau blieb stecken und der Vorstoß in die Ukraine kam so langsam voran, daß Stalin 1.523 Fabriken abbauen und im Ural wiederaufbauen konnte. Mithin produzierte die Sowjetunion schon 1943 wieder doppelt so viele Panzer wie die Wehrmacht.
Doch auch das war nur ein Nebengrund für das Scheitern des Rußlandfeldzugs. Auch dieser Feldzug gehört zu jenen, die militärisch ausgefochten, aber politisch gewonnen oder verloren werden.
Sicherlich gibt es Kriege, bei denen die Politik sich darauf beschränken kann, eine übermächtige Koalition zu schmieden. Die Soldaten zerschmettern dann den Gegner - so wie die Alliierten zuletzt im Golfkrieg 1991. Aber Deutschland war 1914 und 1939 in einer anderen Lage. Um den Gegner mit militärischen Mitteln zu zerschmettern, hätte das Reich Paris, London, Wladiwostok und wohl auch Washington sowie Los Angeles erobern müssen.

Folglich war der Rußlandfeldzug nur politisch, wenn auch natürlich mit militärischer Unterstützung, zu einem tragbaren Ende zu bringen. Es ging darum, den Russen eine Alternative zu bieten, die besser als das Leben unter Stalin war. Die Voraussetzungen hierfür waren vortrefflich. Mehr als eine Million Russen haben im Zweiten Weltkrieg unter deutschen Fahnen gedient, meist wohl nicht, um das Hakenkreuz zu stützen, sondern um Hammer und Sichel zu stürzen. Das war einzigartig in der Geschichte der Kriege.
Um noch mehr Kräfte zu mobilisieren und den Rußlandfeldzug zu gewinnen, hätte das Dritte Reich den Menschen Rußlands mehr bieten müssen als eine von Hitler und Himmler beherrschte Zukunft. Doch dazu hätte eben Hitler nicht Hitler und Himmler nicht Himmler sein dürfen.
Allerdings kann man das Argument weiterführen. Viele der in Stalingrad gefangengenommenen deutschen Offiziere haben sich dem sowjetgesteuerten Nationalkomitee Freies Deutschland oder dem Bund Deutscher Offiziere angeschlossen - meist wohl nicht, um Hammer und Sichel zu stützen, sondern um das Hakenkreuz zu stürzen.
Das war einzigartig in der Geschichte der Kriege. Um noch mehr Kräfte zu mobilisieren und den Krieg rascher sowie mit weniger Opfern zu gewinnen, hätten die Alliierten den Deutschen nur mehr bieten müssen als eine von Jalta und Potsdam, also von einem Super-Versailles beherrschte Zukunft. Doch dazu hätte eben Stalin nicht Stalin, Roosevelt nicht Roosevelt und Churchill nicht Churchill sein dürfen.<<

Der Angriff gegen die Sowjetunion
Am 22. Juni 1941, um 3.15 Uhr morgens, begann der deutsche Überraschungsangriff gegen den sowjetischen Bündnispartner von 1939 - Napoleon hatte den Rußlandfeldzug im Jahre 1812 ebenfalls "rein zufällig" am 22. Juni eröffnet. Während Italien und Rumänien rechtzeitig Kriegserklärungen abgaben, untersagte Hitler ausdrücklich die Abgabe der üblichen Kriegserklärung.
Das Oberkommando der Wehrmacht gab am 22. Juni 1941 bekannt (x139/585): >>An der sowjetrussischen Grenze ist es seit den frühen Morgenstunden des heutigen Tages zu Kampfhandlungen gekommen.
Ein Versuch des Feindes, nach Ostpreußen einzufliegen, wurde unter schweren Verlusten abgewiesen. Deutsche Jäger schossen zahlreiche rote Kampfflugzeuge ab. ...<<
Die Wehrmacht griff mit 152 Divisionen, 3.050.000 Soldaten, 3.700 Panzern und 7.200 Geschützen an. Die deutschen Luftflotten 1, 2 und 4 verfügten über 1.280 einsatzbereite Kampfflugzeuge (x040/78-79).
Die deutsche Wehrmacht setzte damals 3 Heeresgruppen ein:
Der Angriff der Heeresgruppe Nord (Führung: Generalfeldmarschall von Leeb) erfolgte aus Ostpreußen in Richtung baltische Länder und Leningrad.
Der Angriff der Heeresgruppe Mitte (Führung: Generalfeldmarschall von Bock) erfolgte aus Ostpreußen in Richtung nördliches Generalgouvernement und Moskau.
Der Angriff der Heeresgruppe Süd (Führung: Generalfeldmarschall von Rundstedt) erfolgte aus dem südlichen Generalgouvernement in Richtung Kiew - Dnjeprbogen.
Nach Hitlers Plänen sollte der Rußlandfeldzug höchstens 5 Monate dauern. Die deutsche Wehrmacht wurde zunächst von der 3. und 4. rumänischen Armee unterstützt. Später nahmen außerdem noch verbündete Kampfverbände aus Finnland, Frankreich, Italien, Spanien, der Slowakei und Ungarn am Rußlandfeldzug teil.
Die sowjetischen Streitkräfte verfügten zum Zeitpunkt des deutschen Angriffes an der Westfront über 291 Divisionen und 94 Brigaden (x047/276) mit mindestens 4,7 Millionen Soldaten, 15.000 Panzern, 35.000 Geschützen und 9.000 Flugzeugen.
Ilja Ehrenburg schrieb am 22. Juni 1941 in seiner Chronik "Russia at War" über den ehemali-

gen deutschen Bündnispartner (x046/159-160): >>Sie haben das glückliche freiheitsliebende Frankreich geplündert. Sie haben die mit uns verwandten Nationen versklavt, die hochkultivierten Tschechen, die tapferen Jugoslawen und die talentierten Polen. Sie vergewaltigten die Norweger, Dänen und Belgier. ...<<
Der rumänische Staatsführer Ion Antonescu schickte Rumäniens Truppen am 22. Juni 1941 mit folgenden Worten in den Kampf gegen die Sowjetunion (x106/108): >>Vor der rumänischen Geschichte habe ich heute die Verantwortung übernommen durch Gerechtigkeit und Ehrenhaftigkeit das zurückzugewinnen, was uns durch Verrat und gewaltsame Demütigung geraubt wurde, und habe beschlossen, den heiligen Kampf für die Wiedergewinnung der Rechte der Nation zu beginnen. ...
Zum heiligen Kampf gegen die sowjetischen Schänder der Zivilisation, der Gerechtigkeit und unserer eigenen Rechte! ... Zum großen und gerechten Kampf an der Seite des großen deutschen Volkes für eine glückliche Zukunft der Menschen!<<
Für Rumänien ging es in diesem Kampf gegen die Sowjetunion in erster Linie um die Befreiung der besetzten rumänischen Grenzgebiete in Bessarabien und in der Bukowina.
Premierminister Churchill erklärte am 22. Juni 1941 in einer Rundfunkansprache (x106/108): >>... Hitler ist ein Ungeheuer von unersättlicher Bosheit in seiner Blut- und Plünderungsgier.
Nicht zufrieden damit, ganz Europa unter seinem Absatz zu haben oder es in verschiedenen Formen abscheulicher Unterwürfigkeit unter Terror zu halten, muß er jetzt sein Werk der Schlächterei und Zerstörung zu den Volksmengen Rußlands und Asiens tragen. ...
Niemand ist ein konsequenterer Gegner des Kommunismus gewesen als ich. Ich will kein Wort widerrufen ... Aber alles dies verblaßt vor dem Schauspiel, das sich jetzt entfaltet. ... Jedermann, der gegen den Nationalsozialismus kämpft, erhält unsere Hilfe. Jeder, der mit ihm marschiert, ist unser Gegner. ... Wir haben Rußland alle technische und wirtschaftliche Hilfe, die ihm von Nutzen sein kann, angeboten.<<
Die deutsche Panzergruppe 3 meldete am 23. Juni 1941 (x046/63): >>Im gesamten Abschnitt war der Feind offenbar doch stärker als am Anfang der Operation angenommen wurde. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die unterschätzte personelle und materielle Stärke der Roten Armee (x046/63): >>... Da die Deutschen vor dem 22. Juni 1941 das Bestehen von rund 100 Panzer- und motorisierten Divisionen nicht erkannt hatten, sie vielmehr nur 7 Panzerdivisionen und 38 motorisierte, mechanisierte Brigaden voraussetzten, zeigten sie sich nach Kriegsbeginn sehr überrascht von der Masse der Panzerdivisionen, die ihnen mit einem Male gegenüberstanden.
Es "stellte sich bald heraus, daß der Russe weit mehr Verbände zur Verfügung hatte, als vor Beginn des Ostfeldzuges vom OKH angenommen war", vermerkte die 1. Panzerarmee am 19. Dezember 1941. ... Das Erstaunen bezog sich dabei nicht nur auf die Panzer und Flugzeugzahlen, die alle Erwartungen übertroffen hatten, sondern auch auf die Güte der sowjetischen Waffen und des Gerätes.<<
Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über den deutschen Angriff auf die Sowjetunion (x853/...): >>... Der deutsche Plan "Barbarossa" sah einen Angriff mit 3 Heeresgruppen vor, wobei insgesamt 4 Panzergruppen die eigentlichen Angriffsspitzen bildeten.
Die überstarke Heeresgruppe Mitte mit den Panzergruppen 2 und 3 hatte die Aufgabe, nach der Zerschlagung der feindlichen Kräfte in Weißrußland nach Norden einzuschwenken, um zusammen mit der Heeresgruppe Nord und der Panzergruppe 4 die sowjetischen Verbände im Baltikum zu vernichten und damit die Voraussetzung für die Einnahme von Leningrad zu schaffen. Erst danach sollte die Heeresgruppe Mitte den Vorstoß auf das "wichtige Verkehrs- und Rüstungszentrum Moskau" weiterführen.
Die Heeresgruppe Süd mit der Panzergruppe 1 sollte in allgemeiner Richtung auf Kiew vor-

stoßen, um "in konzentrischer Operation und mit starken Flügeln die vollständige Vernichtung der in der Ukraine stehenden russischen Kräfte noch westlich des Dnjepr anzustreben."
Allgemeine Absicht der Operationen war, die im westlichen Grenzgebiet der Sowjetunion konzentrierte Masse der Roten Armee durch tiefe Vorstöße von Panzerkeilen zu vernichten und den Abzug kampfkräftiger Teile in die Tiefe des Raumes zu verhindern. Endziel sollte die Linie Astrachan - Archangelsk sein, nach deren Erreichung das Industriegebiet im Ural durch die deutsche Luftwaffe zerstört werden konnte.
Am 22. Juni 1941 standen auf deutscher Seite folgende Kräfte für "Unternehmen Barbarossa" bereit:
153 Divisionen, davon 19 Panzer- und 14 motorisierte Divisionen, sowie 37 Divisionen der Verbündeten, insgesamt also 190.
Das deutsche Heer verfügte über 3.582 Panzer, von denen die Hälfte aber nur veraltete MG-Träger der Typen P I und P II waren. An Artillerie waren 8.072 Geschütze der Feldartillerie und der schweren Flak vorhanden. Die Luftwaffe besaß 2.510 Frontflugzeuge, denen noch 900 Maschinen der Verbündeten hinzugerechnet werden konnten.
Der Aufmarsch der Roten Armee gliederte sich in zwei strategische Staffeln, eine dritte strategische Staffel befand sich in Aufstellung. Am 22. Juni waren 237 Divisionen aufmarschiert oder im Aufmarsch begriffen. Die erste strategische Staffel verfügte über 170 Divisionen. Die deutsche Aufklärung hatte 160 sowjetische Divisionen der ersten strategischen Staffel erkannt, die zweite und dritte strategische Staffel blieben wegen mangelnder Reichweite der deutschen Aufklärungsflugzeuge unentdeckt. Dies führte dazu, daß das sowjetische Militärpotential von deutscher Seite erheblich unterschätzt wurde.
Die Rote Armee besaß insgesamt 23.200 Panzer, von denen am 22. Juni 14.700 gefechtsbereit waren; unter diesen befanden sich über 1.861 T-34 und KW, die damals allen deutschen Typen erheblich überlegen waren. Außerdem verfügte das russische Heer über mehr als 79.100 Geschütze und Granatwerfer.
Die sowjetischen Luftstreitkräfte besaßen etwa 20.000 Frontflugzeuge, von denen am 22. Juni 13.300 einsatzbereit waren. Etwa 3.719 davon konnten als modern und den deutschen Typen ebenbürtig angesehen werden.
Die aufmarschierenden zwei strategischen Staffeln der Roten Armee waren dem deutschen Ostheer und seinen Verbündeten von der Zahl der Divisionen her nur im Verhältnis 1,3:1 überlegen, bei den schweren Waffen war das sowjetische Übergewicht aber erheblich. Es betrug bei der Artillerie 8:1, bei den einsatzbereiten Panzern 4:1 und bei den einsatzbereiten Frontflugzeugen 4,5:1. Dabei verfügten die russischen Fliegerkräfte über mindestens ebenso viele moderne Frontflugzeuge wie die Verbände der deutschen Luftwaffe im Osten.
Diese zahlenmäßige Überlegenheit wurde in der Praxis durch die schlechtere Ausbildung und Führung der sowjetischen Truppen vielfach wieder aufgehoben. Die sowjetische Führung hat die Tragweite dieser Mängel wohl deutlich unterschätzt.
Am 22. Juni war die deutsche Wehrmacht angriffsbereit und schlug mit voller Wucht los. Ihr Angriff traf die Rote Armee mitten in ihrem unfertigen Offensivaufmarsch, der für die strategische Verteidigung ungeeignet war.
Die Grenzschlachten wurden für die Sowjets zu einem Desaster, sie verloren riesige Mengen an Truppen und Waffen und konnten die Front erst vor den Toren Moskaus und Leningrads zum Stehen bringen. Dennoch war das sowjetische Militärpotential groß genug, um die verheerenden Niederlagen der Jahre 1941/42 zu überstehen. Ab 1943 konnte die Rote Armee zur Gegenoffensive übergehen und schließlich mit amerikanischer Hilfe den Krieg gewinnen.
... Über die These vom "überraschenden Überfall auf die friedliebende Sowjetunion" sind nicht viele Worte zu verlieren. Die Moskauer Führung wurde weder auf der politischen noch auf der strategischen Ebene überrascht, sondern allenfalls auf der taktisch-operativen, d.h. von

Zeitpunkt und Wucht des deutschen Angriffs. Moskau erwartete einen Krieg mit Deutschland und wollte diesen Krieg offensiv führen. ...
... Fest steht, daß die politische und militärische Führung in Moskau offensive Kriegspläne gegen Deutschland ausgearbeitet hatte und daß die Rote Armee, genau wie in diesen Plänen vorgesehen, aufmarschierte. ...<<
Der US-Unterstaatssekretär Sumner Welles erläuterte am 23. Juni 1941 die Ansichten der nordamerikanischen Regierung über den deutsch-sowjetischen Krieg (x106/108): >>Für das amerikanische Volk (sind) die Grundsätze und Lehren der kommunistischen Diktatur ebenso unerträglich und ihren eigenen Anschauungen ebenso fremd, wie die Grundsätze und Lehren der nationalsozialistischen Diktatur. ...
Aber die Frage, die sich jetzt dem amerikanischen Volke unmittelbar präsentiert, ist, ob der Plan der Welteroberung und der grausamen, brutalen Versklavung aller Völker sowie der schließlichen Zerstörung der letzten freien Demokratien, ein Plan, den Hitler jetzt verzweifelt durchzuführen versucht, erfolgreich aufgehalten und zunichte gemacht werden kann. ...
Nach Ansicht der amerikanischen Regierung wird ... jede Verteidigung gegen den Hitlerismus ... den schließlichen Untergang der gegenwärtigen deutschen Führer beschleunigen und sich von Vorteil erweisen.<<
In Moskau verhandelten Stalin am 30. Juli 1941 mit dem US-Sonderbeauftragten Hopkins über Kriegsmateriallieferungen für die Sowjetunion. Schon 7 Tage später trafen die ersten US-Panzer, Geschütze und anderes Kriegsmaterial in der UdSSR ein. Im Juli 1941 erhielt die UdSSR bereits Hilfsgüter im Wert von 6,5 Millionen US-Dollar (x106/113).

Die Anfangsphase des Rußlandfeldzuges

Der Rußlandfeldzug war damals das größte kriegerische Unternehmen der Weltgeschichte. Nie zuvor hatten sich bisher größere Mengen von hochgerüsteten Truppen bekämpft. In der Anfangsphase des Ostkrieges wurden die sowjetischen Truppen von der deutschen Wehrmacht auf der ganzen Linie zurückgedrängt. Während die deutsche Luftwaffe alle wesentlichen strategischen Verteidigungsstellungen der Sowjets sturmreif schoß und die Aufmarsch- und Rückzugsstraßen mit vernichtendem Feuer belegte, stürmten die deutschen Panzer- und Infanterietruppen unaufhaltsam vorwärts. In nur wenigen Tagen legten die deutschen Ostfront-Heeresgruppen 150-200 km zurück.
Im Verlauf der schnellen deutschen Angriffe verloren zahlreiche unerfahrene sowjetische Offiziere die Nerven und trafen katastrophale Fehlentscheidungen, die meistens mit dem Untergang von großen Armeeteilen endeten. Die Rote Armee mußte frühzeitig gewaltige Verluste hinnehmen. In den ersten Kriegswochen meldete das Oberkommando der deutschen Wehrmacht täglich neue Erfolge.
Die deutschen Panzertruppen drängten vielerorts derartig ungestüm vorwärts, daß nach erfolgreichen Kesselschlachten meistens keine Zeit blieb, um die sowjetischen Kriegsgefangenen hinter die Kampffront zu transportieren. Da man alle wichtigen Flußübergänge und strategischen Stellungen unbedingt ohne Zeitverlust nehmen mußte, zogen die deutschen Kampftruppen gewöhnlich mit langen Gefangenenkolonnen nach Osten.
Die Kampfkraft der sowjetischen Truppen war trotz der schweren Verluste zwar längst noch nicht gebrochen, aber die Sowjets wurden von den deutschen Truppen und ihren Verbündeten unentwegt auf breiter Front zurückgedrängt und gnadenlos nach Osten gejagt.
Da die deutschen Nachschubkolonnen diese rasante Geschwindigkeit natürlich nicht lange durchhalten konnten, entwickelten sich schon nach einigen Tagen erhebliche Nachschubprobleme. Wegen der katastrophalen Straßenverhältnisse fielen zahlreiche Lastkraftwagen aus. An manchen Frontabschnitten konnten die Nachschubtransporte nur noch mit Pferdegespannen und Panjewagen durchgeführt werden. Die sowjetischen Eisenbahnstrecken mußten au-

ßerdem erst mühsam auf die deutsche Gleisbreite umgespurt werden. In den "besten Kriegszeiten" wurden zwar später täglich 50 Güterzüge abgefertigt, aber nur die deutsche "Heeresgruppe Mitte" benötigte z.B. täglich mindestens 120 Güterzüge, um die Versorgung mit Munition, Treibstoff und sonstigen Versorgungsgütern zu gewährleisten.
Während des schnellen Bewegungskrieges bekamen auch die rückwärtigen Sanitätseinheiten unentwegt große Probleme, den Anschluß zur kämpfenden Truppe zu halten. Die chirurgischen Behandlungsmöglichkeiten waren naturgemäß extrem eingeschränkt. Viele Schwerverwundete mit Bauch- oder Kopfschüssen wurden meistens nur noch zum Sterben "beiseite" gelegt.
Wochen- und monatelang marschierten die deutschen Truppen weiter nach Osten. Jeden Tag rollten die langen Fahrzeugkolonnen stundenlang über die holprigen, staubigen Straßen und Wege. Für die endlosen Marschkolonnen gab es täglich nichts anderes, als pausenlos zu marschieren. Von morgens bis abends wurde ununterbrochen marschiert, marschiert, marschiert! Zum Kämpfen hatte die Infanterie nur selten Gelegenheit. Der Hauptteil der Infanteristentätigkeit bestand zunächst lediglich im Marschieren.
Der endlose Marsch ging immer weiter in das Landesinnere der riesigen Sowjetunion. Im Feindesland wurden die deutschen Soldaten und ihre Verbündeten schon bald von einer bedrückenden Angst und unbeschreiblicher Panik erfaßt, wenn sie anhand ihrer Karten feststellten, daß man bereits mehr als 1.000 km von den deutschen Reichsgrenzen entfernt war. Die unvorstellbare Weite der sowjetischen Landschaften, endlos wogende Kornfelder, riesige Sonnenblumenfelder, unübersehbare Laubwälder, baumlose Steppen, fast undurchdringbare Urwälder und Sümpfe sowie die mächtigen Ströme verursachten bei den deutschen Soldaten zusehends Gefühle von grenzenloser Bestürzung und Verlorenheit.
Während der heißen Sommermonate saßen nur die Panzerfahrer im Panzer, denn die restliche Panzerbesatzung hielt sich trotz der "eisenhaltigen" Luft grundsätzlich außerhalb der Panzer auf. An den Lastkraftwagen hingen haufenweise Balken, Bretter und provisorische Knüppelteppiche, denn ständig mußte man tiefe Schlaglöcher abdecken oder unwegsame Sumpfgebiete überqueren. Im Sommer herrschte eine extreme Hitze, aber die deutsche Infanterie marschierte trotz der unerträglichen Hitze und der dichten, kilometerlangen Staubwolken unverdrossen weiter. In manchen Urwäldern wateten die Infanteristen stellenweise stundenlang durch endlose Moorgebiete und versumpftes Gelände.
Alle Soldaten waren nach den wochenlangen Strapazen schwer gezeichnet. Überall sah man nur noch schweiß- und staubverkrustete Gesichter. Die Uniformen waren zwar dreckig und naß, aber sie mußten jeden Tag wieder am Körper trocknen. Trotz großer Hitze, Regen, Sturm und Staub marschierten die Infanteristen weiter nach Osten, in ein Land ohne Horizont und ohne Wiederkehr. Für ungezählte deutsche Landser wurde es ein endloser Marsch in den Tod.

Sowjetische Gastfreundschaft

In den meisten sowjetischen Dörfern wurden die Wehrmachtstruppen zunächst jubelnd als Befreier vom Stalin-Joch begrüßt. Überall an den Straßen, vor den ärmlichen Lehmhütten und hinter den morschen Bretterzäunen, standen begeisterte Einheimische und winkten den deutschen Soldaten mit Blumen zu. Oftmals betasteten neugierige Kinder die Uniformen der Soldaten. Die Ukrainer, Russen und andere Bürger der Sowjetrepubliken waren vielfach sehr ärmlich gekleidet und hungerten, aber trotzdem waren fast alle Völker der UdSSR außergewöhnlich gastfreundlich. In der Ukraine reichten deutschfreundliche Frauen und junge Mädchen den Landsern regelmäßig Brot und Salz. Zahlreiche ukrainische Frauen und Mädchen boten freiwillig ihre Dienste an. Sie kochten den deutschen Soldaten das Essen und reinigten die Wäsche.
In den hart umkämpften Städten hielt sich der Jubel über die Befreiung naturgemäß in Gren-

zen. Infolge der vielen Todesopfer reagierte die sowjetische Zivilbevölkerung äußerst verbittert. In den menschenleeren Ortschaften war es oftmals unheimliche still. Die deutschen Soldaten sahen nicht selten sowjetische Propaganda-Plakate - wie z.B. deutsche Soldaten unter den Kolbenschlägen von Rotarmisten ihre Zähne ausspuckten.
Obgleich sich die deutschen Soldaten in ihrer begrenzten Freizeit redlich bemühten, das Land und die Menschen kennenzulernen, blieben die Sowjetunion und die Wesensart der sowjetischen Völker - Ukrainer, Georgier, Kosaken, Russen, Asiaten usw. - für viele Deutsche geheimnisvoll, fremd und unheimlich.
Die UdSSR war nicht nur ein unendlich großes Land, sondern es war auch ein Land ohne Glocken und ohne Gott, aber nicht ohne Glauben. In diesem fremden Land "am Ende der Welt" erlebten die Landser manche seltsamen Ereignisse. Wenn die Wehrmachtsgeistlichen ihre Feldgottesdienste hielten, nahmen vielerorts Einheimische an den Gottesdiensten teil. Zahlreiche junge und alte Bürger der Ukraine knieten damals während der deutschen Feldgottesdienste vor den provisorischen Kirchen oder neben den erstaunten deutschen Soldaten und beteten in ihrer eigenen Landessprache. Nach den gemeinsamen Gottesdiensten ließen viele ukrainische Mütter sogar ihre Kinder von den deutschen Militärgeistlichen taufen.
Der Rußland-Deutsche Woldemar Weber berichtete später über den deutschen Einmarsch (x037/105): >>... Die deutschen Truppen wurden in der Ukraine ... mit Salz und Brot empfangen. Diesen Empfang müssen sie vor dem Hintergrund des Terrors sehen. Die Sowjetmacht wurde so sehr gehaßt. Die Deutschen wurden zum Teil ja wie Befreier empfangen. Das schlug dann um, weil die Deutschen sich so furchtbar aufführten. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die Stimmung der sowjetischen Bevölkerung nach dem deutschen Einmarsch (x046/329-330): >>... Die deutsch sowjetische Auseinandersetzung, von jeder der beiden Mächte auf ihre Weise in den Formen eines Vernichtungskrieges geführt, würde den absoluten Tiefstand jahrhundertealter deutsch-russischer Beziehungen darstellen, wenn es nicht doch einen hoffnungsvollen Aspekt gegeben hätte. Wendet man den Blick zurück auf den Anfang des Krieges, so springt schon in die Augen, mit welcher Freundlichkeit große Teile der Bevölkerung, wenn auch nicht gerade in den großen Industriezentren, so doch sonst im allgemeinen auf dem flachen Lande, in den Städten und Dörfern, die deutschen Truppen empfangen hatten.
Das gilt für die baltischen Staaten und Ostpolen ebenso wie für Weißrußland und die Ukraine, aber auch für Großrußland bis weit über Smolensk hinaus, für die Krim und 1942 auch für den Kaukasus. "Je weiter man nach Osten kommt", so das Oberkommando des Heeres am 12. Juli 1941, "desto freundlicher scheint sich die Stimmung der Bevölkerung der deutschen Wehrmacht gegenüber, vor allem auf dem Lande, zu gestalten."
An nicht wenigen Stellen wurden die Deutschen geradezu als Befreier begrüßt. Aber selbst dort, wo das nicht direkt der Fall war, wo die Bevölkerung ihnen nur mit zurückhaltender Freundlichkeit oder abwartender Neugier begegnete, würde das der Sowjetdoktrin nicht minder widersprochen haben. Unberechtigte Requisitionen und teilweise auch Plünderungen und sonstige Übergriffe deutscher Soldaten, gegen die die Kommandobehörden im allgemeinen freilich einschritten, haben stellenweise wohl eine Ernüchterung herbeigeführt, ohne daß das gegenseitige Verhältnis hierdurch aber schon ernsthaft getrübt worden wäre.
Erst in weiterer Entwicklung sollte ein Umschwung in der Haltung der Bevölkerung eintreten. Er wurde bewirkt durch das Ausbleiben eines konstruktiven Besatzungsprogrammes und durch manche Unterdrückungsmaßnahmen ebenso wie durch die blindwütigen, auch Unbeteiligte in Mitleidenschaft ziehenden Versuche zur Bekämpfung des in kalter Berechnung eröffneten völkerrechtswidrigen Partisanen- und Freischärlerkrieges. Auch die Judenverfolgungen haben in manchen Kreisen der russischen Bevölkerung vielleicht einen tieferen Eindruck hinterlassen, als die Deutschen wohl meinten.

Es sollte allerdings hinzugefügt werden, daß die unter Militärverwaltung verbleibenden Heeres- und Armeegebiete trotz vieler Unbilden sich oft positiv von den unter Zivilverwaltung befindlichen Gebieten abhoben. Die im Kaukasus stehende Heeresgruppe A hatte auch politische Vollmachten erhalten, so daß sich die Verhältnisse zu den dort lebenden Minderheitenvölkern, zu den Kosaken, aber auch zu dem russischen Bevölkerungsteil, überaus positiv gestalteten. In Kaukasien waren mit deutscher Hilfe sogar Vorformen unabhängiger Staaten dieser Völker, einschließlich eines Kosakenstaates, im Entstehen begriffen. ...<<

Schlußbemerkungen: Der US-Senator und spätere Präsident Harry S. Truman erklärte am 23. Juni 1941 (x172/388-389): >>... Wenn es so aussieht, als würde Deutschland gewinnen, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland sich als stärker erweist, sollten wir Deutschland helfen. Dann können sie sich nach Herzenslust umbringen. Allerdings möchte ich unter gar keinen Umständen Hitler als Sieger sehen.<<

Nach dem deutschen Überraschungsangriff gegen die UdSSR begrüßte Churchill am 24. Juni 1941 die neuen Verbündeten und versprach großzügige Hilfslieferungen. Aufgrund des Leih- und Pachtgesetzes vom 11. März 1941 unterstützte Nordamerika auch die Sowjetunion. Schon 2 Tage nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR kündigte US-Präsident Roosevelt den Sowjets Hilfslieferungen an und vergab große Staatsaufträge an die nordamerikanische Rüstungsindustrie.

Die sowjetische Befreiungsmission" im Baltikum, in der Ukraine und in Ostpolen

Als die deutschen Wehrmachtstruppen am 30. Juni 1941 in Lemberg einrückten, fanden sie in den Lemberger Gefängnissen mindestens 3.000-4.000 ukrainische und polnische Todesopfer der sowjetischen NKWD-Massaker (x029/345). Lemberger Zivilisten meldeten später die Verschleppung von rund 20.000 Ukrainern und Polen - ca. 80 % der gesamten Lemberger Intelligenz.

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die sowjetischen NKWD-Massaker in den Lemberger Gefängnissen (x046/200-201): >>... In Ausführung eines Befehls von Stalin, politische Gefangene nicht in die Hände der Deutschen fallen zu lassen, waren in den Tagen vor dem 30. Juni 1941 in den Lemberger Gefängnissen, so im Brigidki Gefängnis, im Zamarstynow Gefängnis und im Gefängnis des NKVD, rund 4.000 ukrainische und polnische politische Gefangene und sonstige Zivilpersonen jeden Alters und Geschlechtes sowie eine Reihe deutscher Kriegsgefangener, teilweise nach schweren Folterungen, von Organen des NKVD planmäßig erschossen und zum Teil bestialisch ermordet worden.

Diese Vorfälle wurden von der Einsatzgruppe des SD zum Anlaß genommen, um nun ihrerseits, als sogenannte 'Vergeltung für die unmenschlichen Greueltaten', bis zum 17. Juli 7.000 an den Geschehnissen unbeteiligte Einwohner jüdischer Herkunft in Lemberg und Umgebung zu erschießen. Dennoch - es waren die Sowjets gewesen, die in Lemberg 4.000, zum Teil massakrierte Leichen ermordeter Zivilpersonen zurückgelassen hatten, ein Umstand, der von der deutschen Propaganda sofort aufgegriffen wurde.

Deutsche Pressemeldungen über die sowjetischen Greuel in Lemberg fanden eine Bestätigung in polnischen Berichten, die auf inoffiziellen Wegen nach Großbritannien gelangten. Das Foreign Office, wie später im Falle Katyn von der sowjetischen Täterschaft sofort überzeugt, richtete an das Moskauer Außenkommissariat eine Note mit dem Ersuchen um Aufklärung, woraufhin Molotow am 12. Juli 1941 eilends ein kategorisches Dementi herausgab.

Umgehend wurde die Sowjetpropaganda aufgeboten, um den demaskierenden Vorfall zu vertuschen und nunmehr die Deutschen für das Massaker verantwortlich zu machen. Lemberg war geradezu der Präzedenzfall für die sowjetische Propagandataktik, die eigenen Untaten vergessen zu machen, indem man sie grundsätzlich der deutschen Seite zuschrieb.

Die Sowjetbehörden gingen dazu über, sogenannte 'Zeugen' zu präparieren, ein erprobtes Verfahren, war nach den Erfahrungen der "Großen Säuberung" der dreißiger Jahre das NKVD doch in der Lage, von jedem beliebigen Zeugen jede beliebige Aussage über jedes beliebige Verbrechen zu erlangen. Auf der Grundlage solcher Falsifikate verbreitete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS am 8. August 1941 die von der amerikanischen Agentur ASSOCIATED PRESS sofort aufgenommene Meldung, deutsche 'Sturmtruppen' hätten in Lemberg 40.000 Menschen getötet.
Solche Zeugenaussagen wurden als 'unwiderlegbar' hingestellt und als Beweis dafür, daß "die phantastischen Erfindungen der Hitler Propaganda über sogenannte bolschewistische Verbrechen in Lemberg nur ein plumper Versuch sind, die beispiellosen Grausamkeiten zu verschleiern, die von den deutschen Banditen selber gegen die Lemberger Bevölkerung begangen wurden".
Als sich die Sowjetregierung 1943, nach der Entdeckung der Massengräber von Katyn, in die Enge gedrängt sah, kam sie auf die Lemberger Beschuldigungen zurück. Am 29. April 1943 behauptete das Parteiorgan PRAVDA in einem Beitrag unter der absurden Überschrift "Hitlers polnische Kollaborateure", die 'deutschen Banditen', die 'hitlerischen Lügner', "operieren jetzt in genau derselben Weise, wie sie in Lemberg 1941 im Hinblick auf sogenannte Opfer des bolschewistischen Terrors in Lemberg zu operieren versuchten". Wie im Fall Lemberg hätten sie versucht, die in Katyn von ihnen begangenen Untaten "vor die Tür sowjetischer Organisationen zu legen" und das 'sowjetische Volk' zu verleumden. ...<<
Ein deutscher Gerichtsmediziner berichtete später über das NKWD-Massaker in Lemberg (x046/245): >>Es ist mir zur Gewißheit geworden, daß die in Rußland kurz vor der Räumung der Städte durch die GPU vorgenommenen Greueltaten an Ukrainern, Litauern, Letten und leider auch an gefangenen Wehrmachtangehörigen alles bisher ... Bekanntgewordene an Grausamkeit und Scheußlichkeit weit in den Schatten stellen. ...
Mein Assistent, welcher zwei Tage in Lemberg war, teilte mit, daß sich das Geschehene weder beschreiben noch auch nur andeuten läßt. Die Ermordeten wurden ohne jeden Zweifel vor ihrem Tode noch in sadistischer Weise gefoltert, wobei eigens dafür hergerichtete Folterkammern verwendet wurden.<<
Der polnische Schriftsteller Borys Lewytzkyi schrieb im Jahre 1960 in der Exilzeitschrift "Kultura", Band I (x029/350-351): >>Die Verantwortung der sowjetischen Dienststellen für die Morde in den Lemberger Gefängnissen, wie auch für die Morde in anderen Gefängnissen Galiziens und der Ukraine, sind so eindeutig, daß der Verdacht naheliegt, daß sich in den sowjetischen Reihen Provokateure befunden haben, die diese Greueltaten auf das Konto der deutschen Besatzungsarmee bzw. der Gestapo abschieben wollten. Es ist bekannt, daß die Erschießungen der Gefängnishäftlinge sogar in Kiew stattgefunden haben.
Der polnischen Botschaft in Moskau wurden später etliche konkrete Fälle gemeldet, aus welchen hervorging, daß viele höhere polnische Staatsbeamte in Kiewer Gefängnissen umkamen. Was die Erschießungen in den Lemberger Haftanstalten anbelangt, so waren sie in diesen tragischen Junitagen bei der gesamten Bevölkerung der Stadt und in der Umgebung weit bekannt ...<<
In Lemberg, Kowno und in vielen anderen westukrainischen Städten ereigneten sich damals außerdem spontane Judenverfolgungen durch die einheimische Bevölkerung, so daß die Juden von den vorrückenden deutschen Wehrmachtstruppen beschützt werden mußten (x029/346-347).
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die "sowjetische Befreiungsmission" im Baltikum und in Ostpolen (x046/169-170,243-244): >>... Etwa eine Millionen Menschen kamen im Gefolge der Annexion Ostpolens und der baltischen Republiken zwischen 1939 und 1941 ums Leben.

Der auf Befehl Stalins hin sofort nach Kriegsbeginn 1941 vorgenommenen Erschießung aller der Spionage verdächtigen Personen und der auf sein Geheiß hin vorgenommenen Niedermetzelung politischer Gefangener durch die Organe des NKVD vor dem Rückzug sind unzählige – nach Feststellungen eines Untersuchungsausschusses des amerikanischen Kongresses unter dem Vorsitz des Abgeordneten Charles J. Kersten allein in der Ukraine 80.000 bis 100.000 – Menschen zum Opfer gefallen.
Die Leichen der Hingemordeten wurden in den ... ukrainischen Städten und in anderen Orten überall in der Ukraine, in Weißrußland und in den baltischen Republiken aufgefunden. Schauplatz solcher Massaker waren auch solche Zentren wie Brest, Minsk, Kaunas, Wilna, Riga, um nur einige Stätten beispielhaft zu nennen. Massenerschießungen fanden aber auch im tiefen Hinterland statt ...<<
>>... Die vom 22. Juni 1941 an "auf der ganzen Front" zu konstatierenden 'wilden' Mordtaten der Angehörigen der Roten Armee an deutschen Kriegsgefangenen, so 'bestialisch' sie im einzelnen auch waren, sind freilich noch zu unterscheiden von den ebenfalls mit Kriegsbeginn einsetzenden Massenmorden, die vom NKVD durchgeführt wurden.
Wie die Kommission des amerikanischen Kongresses unter dem Vorsitz des Abgeordneten Charles J. Kersten in ihrem Spezialbericht Nr. 4 vom 31. Dezember 1954 zusammenfassend feststellte, erschossen das NKVD und seine Handlanger "in jeder Stadt der westlichen Ukraine in den ersten Tagen des Krieges alle politischen Gefangenen mit Ausnahme von einigen wenigen, die wie durch ein Wunder gerettet wurden".
Dieser Massenmord betraf allerdings nicht nur die Insassen der Gefängnisse und Konzentrationslager der westlichen Ukraine, also Ostpolens, sondern ebenfalls die der baltischen Länder, Weißrußlands und, im Zuge des weiteren Vordringens der deutschen Truppen, auch die des tiefen sowjetischen Hinterlandes. Ukrainische, polnische, litauische, jüdische, lettische, estnische und natürlich überall auch russische Zivilpersonen jeden Alters und Geschlechtes, aber auch Volksdeutsche und andere, sind diesen vorsätzlich geplanten und kaltblütig durchgeführten systematischen Erschießungen allerorts zum Opfer gefallen.
… Da fast überall Liquidierungen vorgenommen wurden, ist es praktisch unmöglich, alle Mordstätten aufzählen zu wollen, erwähnt nur sei, daß in Lemberg über 4.000, in Luck 1.500, in Dubno 500 Leichen aufgefunden wurden.
Das NKVD hat die Gefangenen oft aber nicht nur erschossen, sondern sie in zahlreichen nachgewiesenen Fällen, zum Teil in den Folterzellen, die integrierender Bestandteil von NKVD Gefängnissen sind, auch gefoltert und zu Tode gequält durch Ausreißen der Fingernägel, Verbrühen und Abziehen der Haut und ähnliche Scheußlichkeiten, wie sie den Traditionen der Tscheka Lenins entsprachen. ...<<
Der französische Historiker Nicolas Werth berichtete später über die Evakuierung der sowjetischen Gefängnisse und Lager in der westlichen Ukraine nach dem deutschen Angriff im Juni 1941 (x265/250): >>... Der deutsche Vorstoß während der ersten Kriegsmonate zwang den NKWD, einen Großteil seiner Gefängnisse, Arbeitskolonien und Lager zu evakuieren, denn sonst wäre die Gefahr, daß sie in die Hände des Feindes fallen, groß gewesen. Zwischen Juli und Dezember 1941 wurden 210 Kolonien, 135 Gefängnisse und 27 Lager, d.h. insgesamt rund 750.000 Häftlinge, nach Osten verlegt.
Nassedkin, der Gulag-Direktor, behauptete in seiner Bilanz über "die Gulag-Aktivitäten während des Großen Vaterländischen Krieges", daß "die Evakuierung der Lager im allgemeinen in organisierter Form vor sich ging". Trotzdem fügte er hinzu: "Weil es an Transportmitteln fehlte, wurden die meisten Häftlinge zu Fuß evakuiert, und zwar über Entfernungen von oft mehr als 1.000 Kilometern." Man kann sich vorstellen, in was für einem Zustand die Häftlinge am Ziel ankamen.
Wenn keine Zeit blieb, die Lager zu evakuieren – was in den ersten Kriegswochen öfters vor-

kam -, wurden die Häftlinge kurzerhand an die Wand gestellt. Dies war vor allem in der westlichen Ukraine der Fall, wo der NKWD Ende Juni 1941 in Lemberg 10.000 Häftlinge massakrierte … In den Regionen Lemberg, Schitomir und Winnitsa entdeckten die Deutschen bei ihrer Ankunft Dutzende von Massengräbern. Die Sonderkommandos der Nazis nahmen diese "jüdisch-bolschewistischen Greueltaten" zum Vorwand, sofort Zehntausende von Juden zu erschießen. ...<<

Schlußbemerkungen: Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die "sowjetische Befreiungsmission" im Baltikum, in der Ukraine und in Ostpolen (x026/20-21): >>Nach dem Einfall Hitlers in Rußland setzten neue sowjetische Massaker im ehemaligen Ostpolen, in der Ukraine und im Baltikum ein. Die Leichen, die deutsche Truppen in den Folterkellern und Gefängnissen von Lemberg, Riga, Winniza und an vielen anderen Orten fanden, waren z.T. in einem unbeschreiblichen Zustand.

Insassen der Konzentrationslager, die man angesichts des schnellen Vormarsches nicht mehr rechtzeitig räumen konnte, wurden oft zu Tausenden mit Maschinengewehren niedergemäht. ... 1944 wurden sogar polnische Widerstandskämpfer, die in Ostpolen auf seiten der Sowjets gekämpft hatten, divisionenweise in KZs verfrachtet. Nach amerikanischen Erkenntnissen errichteten die Sowjets in Polen nach dem Krieg 17 Konzentrationslager für Gegner ihrer Besetzung.<<

Der deutsch-sowjetische Ostkrieg 1941/42

In der Anfangsphase des Ostkrieges wurden die sowjetischen Truppen von der deutschen Wehrmacht fast überall zurückgedrängt. Während die deutsche Luftwaffe alle wesentlichen strategischen Verteidigungsstellungen der Sowjets sturmreif schoß und die Aufmarsch- und Rückzugsstraßen mit vernichtendem Feuer belegte,

Die deutschen Panzer- und Infanterietruppen stürmten unaufhaltsam vorwärts und legten in nur wenigen Tagen 150-200 km zurück. Die Rote Armee mußte frühzeitig gewaltige Verluste hinnehmen. In den ersten Kriegswochen meldete das Oberkommando der deutschen Wehrmacht täglich neue Erfolge.

In der Kesselschlacht von Smolensk vom 10.07.-5.08.1941 zerschlug die deutsche Heeresgruppe Mitte mehrere sowjetische Armeen. Etwa 310.000 Rotarmisten gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft und 3.205 sowjetische Panzer sowie 3.120 Geschütze wurden erbeutet oder vernichtet (x040/89).

Bei der Kesselschlacht von Uman gerieten am 8. August 1941 rund 103.000 Rotarmisten in deutsche Gefangenschaft. Außerdem wurden 317 sowjetische Panzer und 858 Geschütze zerstört oder erbeutet (x040/89).

Östlich von Kiew wurden am 26. September 1941 mehrere Armeen der Roten Armee vernichtend geschlagen. Im Verlauf dieser gewaltigen Kesselschlachten wurden 665.000 Gefangene "gemacht". Die Sowjets verloren ferner 884 Panzer und 3.718 Geschütze (x040/98).

Die deutsche Heeresgruppe Mitte begann am 2. Oktober 1941 den Angriff auf Moskau (Unternehmen: "Taifun").

Infolge der dauernden Regenfälle blieb der deutsche Angriff bereits am 7. Oktober 1941 fast völlig im tiefen Schlamm liegen. Endlose Regenfälle verwandelten die Ebenen in eine bodenlose Sumpf- und Schlammwüste. Panzer, Lastkraftwagen, Geschütze, Pferdefuhrwerke und Soldaten blieben im knietiefen Schlamm stecken. Die deutschen Truppen kamen nicht mehr von der Stelle und der Nachschub fiel vielerorts tagelang aus.

Die Truppenbewegungen im Mittelabschnitt der Ostfront wurden bereits am 15. Oktober 1941 durch heftiges Schneetreiben und Schneeverwehungen behindert. Im Hinterland der Ostfront nahm die Partisanentätigkeit ständig zu.

Der US-Politiker und Diplomat William A. Harriman berichtete über Verhandlungen mit Sta-

lin im Oktober 1941 (x165/285): >>... Im Oktober 1941 begaben wir uns nach Moskau. Wir kamen zu der übereinstimmenden Auffassung, daß Stalin fest entschlossen war, den Deutschen standzuhalten. Er hat uns gesagt, er werde sie niemals bis nach Moskau vordringen lassen. Sollte er sich aber irren, würden sich die Russen zum Ural zurückziehen und von dort aus weiterkämpfen. Sie würden niemals kapitulieren.
Wir gewannen die Überzeugung, daß Stalin ungeachtet seiner furchtbaren Brutalität und seiner Schreckensherrschaft ein großer Kriegsführer war. Ohne Stalin hätten sie nie durchgehalten.
Von den Hilfslieferungen, die wir Rußland anfänglich zukommen ließen, mußten wir entgegen unseren Zusagen einiges den Briten vorenthalten. Deshalb hat Großbritannien gewissermaßen auf sehr reale Weise zum Wiederaufstieg der Sowjetunion beigetragen.
Später wurden die Russen dann ungemütlich. ...<<
Am 16. Oktober 1941 verließ die sowjetische Regierung Moskau und floh nach Osten in die etwa 800 km entfernte Stadt Kujbyschew an der Wolga (x040/100).
Die deutsche Heeresgruppe Mitte vernichtete bei der Doppelschlacht von Wjasma und Brjansk vom 2. bis zum 20. Oktober 1941 mehrere sowjetische Armeen.
Verluste der Sowjets: 673.000 Gefangene, 1.242 Panzer und 5.412 Geschütze (x040/99).
Das Oberkommando der Wehrmacht gab am 23. Oktober 1941 bekannt (x139/707): >>Trotz schwieriger Witterungsverhältnisse wurde die äußere Verteidigungsstellung der sowjetischen Hauptstadt in den letzten Tagen von Südwesten und Westen her in breiter Front durchbrochen. Unsere Angriffsspitzen haben sich stellenweise bis auf 60 km an Moskau herangekämpft. ...<<
Das am 11. März 1941 in Kraft getretene nordamerikanische Pacht- und Leihgesetz wurde am 6. November 1941 auf die UdSSR ausgedehnt (x033/158). Am 6. November 1941 gewährte Nordamerika der Sowjetunion einen Pacht- und Leihkredit in Höhe von 1,0 Milliarden Dollar.
Am 5. Dezember 1941 begann die sowjetische "Kalininfront" mit ihren ausgeruhten und gutausgerüsteten Reserve-Armeen eine großangelegte Gegenoffensive. Überall im Norden, in der Mitte und im Süden der Ostfront mußte sich das deutsche Heer anschließend zurückziehen, damit es nicht zur gefürchteten Einkesselung kam.
Am 6. Dezember 1941 begann die sowjetische "Westfront" ihre großangelegte Gegenoffensive.
Wegen Einbruch des russischen Winters und der großen Erschöpfung aller deutschen Truppen mußten am 8. Dezember 1941 die Angriffe gegen Moskau eingestellt werden.
Hitler forderte die Soldaten der Ostfront am 16. Dezember 1941 zum fanatischen Widerstand auf und erteilte den sogenannten "Halt-Befehl". Hitlers selbstmörderisches Abwehrkonzept der "festen Plätze" und der starren Verteidigung verursachte in den folgenden Kriegsmonaten verheerende Verluste. Weitere unsinnige Durchhalteverfügungen und taktische Fehlentscheidungen bewiesen später in erschreckender Weise, daß Hitler ein vollkommen unfähiger Militärstratege war.

Der Hungertod der sowjetischen Kriegsgefangenen

Bis zum 30. November 1941 gerieten bereits 3,8 Millionen sowjetische Soldaten, die überwiegend aus der Ukraine und anderen europäischen Gebieten der Sowjetunion stammten, in deutsche Kriegsgefangenschaft (x023/258). Diese sowjetischen Kriegsgefangenen wurden zwar gemäß der Haager Landkriegsordnung aus dem Kampfgebiet gebracht, aber Hunderttausende von ausgemergelten und erschöpften Kriegsgefangenen kamen später infolge der katastrophalen Transport- und Versorgungsprobleme zu Tode. Die Transportzüge wurden damals ausschließlich für Kriegsmaterial- und Truppentransporte benötigt, so daß man die sowjetischen Kriegsgefangenen nicht ausreichend verpflegen oder unverzüglich in den Westen trans-

portieren konnte.
Im Winter 1941/42 überließen die zuständigen SS- und SD-Organisationen ungezählte sowjetische Kriegsgefangene dem Hungertod. Hunderttausende von sowjetischen Kriegsgefangenen wurden in jener Zeit in total überfüllten Gefangenenlagern interniert und vegetierten dort größtenteils trotz eisiger Kälte, Schnee, Regen oder Wind wochenlang unter freiem Himmel, bis sie schließlich jämmerlich verhungerten und qualvoll starben.
Die deutschen Journalisten und Publizisten Paul Carell und Günter Böddeker schrieben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die katastrophale Situation der sowjetischen Kriegsgefangenen (x130/258-259): >>... Die deutsche Armee war bei ihrem Vorstoß nach Osten nicht darauf vorbereitet, daß ihr innerhalb kurzer Zeit so viele Gegner in die Hände fallen würden. Im ersten halben Jahr des Krieges gegen die Sowjets wurden nahezu vier Millionen Soldaten der Roten Armee gefangengenommen.
Die Deutschen waren nicht in der Lage, das unübersehbare Heer den Entwaffneten zu versorgen – die deutschen Truppen hatten selbst Nachschubschwierigkeiten. So wurden die Gefangenen in schnell errichteten Lagern zusammengepfercht. Dort verhungerten und erfroren sie.
Der US-Historiker Alexander Dallin schreibt: "Es gibt eine Fülle beredter Zeugnisse dafür, daß ganze Divisionen dem Verderben unter freiem Himmel preisgegeben wurden. Seuchen und Krankheiten räumten in den Lagern auf. Schläge und Übergriffe seitens der Wachmannschaften waren an der Tagesordnung, Millionen blieben wochenlang ohne Nahrung und Obdach.
Wenn Gefangenentransporte an ihrem Bestimmungsort ankamen, gab es ganze Güterwagen voll von Toten. Angaben über die Höhe der Verluste schwanken beträchtlich, doch betrugen diese im Winter 1941/42 nirgendwo weniger als 30 Prozent; in manchen Fällen erreichten sie 95 Prozent". ...<<
Für Stalin existierten die sowjetischen Kriegsgefangenen bzw. "Volksverräter" überhaupt nicht (x025/111): >>... Es gibt keine russischen Kriegsgefangenen. Der russische Soldat kämpft bis zum Tod. Wenn er sich statt dessen gefangennehmen läßt, ist er automatisch aus der russischen Gemeinschaft ausgeschlossen.<<
Als Stalins Sohn Jakow in Kriegsgefangenschaft geriet, lehnte Stalin alle deutschen Austauschangebote kommentarlos ab (x080/308). Stalins Sohn kam 1943 in deutscher Gefangenschaft um.
Der britische Historiker Nikolai Tolstoy schrieb später in seinem Buch "Die Verratenen von Jalta" über das Schicksal von zurückgekehrten "sowjetischen Kriegsgefangenen (x133/554-555): >>... Der Grundsatz, alle sowjetischen Kriegsgefangenen als Verräter zu behandeln, bestand längst vor der deutschen Invasion Rußlands und war schon angewandt worden, als die Sowjetunion und Hitlerdeutschland noch enge Verbündete waren.
Nach dem Ende des finnischen Krieges im März 1940 wurden die russischen Kriegsgefangenen der Finnen entlassen und heimgeschickt. Unter allgemeinem Jubel marschierten sie in Leningrad durch Triumphbögen mit der Aufschrift "Das Vaterland grüßt seine Helden". Dann marschierten die Helden schnurstracks zu einem Verladbahnhof, wurden dort in Stolypin-Waggons gebracht und in Zwangsarbeitslager transportiert.
Ihr Verhalten während des Krieges spielte hierbei keine Rolle. ... Diese Gefangenen hatten dem Feind weder Hilfe noch Unterstützung geleistet und waren von keiner antisozialistischen Ideologie beeinflußt worden. Solche Vergehen wurden ihnen auch nicht zum Vorwurf gemacht. Ihr "Verbrechen" bestand darin, daß sie kennengelernt hatten, wie die nicht-sozialistische Welt lebte.
Die russischen Kriegsgefangenen, die später in deutsche Hände fielen, wußten sehr genau, welches arge Schicksal die Menschen ereilt hatte, die zuvor in finnische Kriegsgefangenschaft geraten waren. In einem großen Lager wurde festgestellt, daß keiner je einem Rückkehrer aus

finnischer Kriegsgefangenschaft begegnet war. Die Schlußfolgerung war, daß man alle liquidiert hatte.
Die kommunistische Haltung gegenüber Staatsbürgern, die in Feindeshand gerieten, war kein Geheimnis. Der berüchtigte Artikel 58-Ib des Gesetzes von 1934 sah für derlei Personen angemessene Strafen vor. Während des Krieges hatte Stalin eine Reihe "Befehle" ... erlassen, die "Deserteuren und Kriegsgefangenen drakonische Strafen androhten. Befehl Nr. 227 zum Beispiel wurde 1942 erlassen, und nicht nur erlassen, sondern auch allen Truppen der Roten Armee verlesen. ...<<

SS- und SD-Einsatzgruppen: "Einsatz hinter der Front"
4 SD-, SIPO- und SS-Sondereinsatzgruppen (ca. 3.000 Mann) warteten am 21. Juni 1941 bereits hinter den deutschen Heeresgruppen auf ihren Sondereinsatz hinter der Ostfront. Nach der militärischen Zerschlagung aller sowjetischen Truppen sollte in den besetzten Gebieten das gesamte Ostjudentum sofort systematisch ausgerottet werden.
Am 2. Juli 1941 erteilte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, den an der Ostfront eingesetzten Höheren SS- und Polizeiführern der SD-Einsatzgruppen schriftlich den Befehl, die jüdisch-bolschewistische Intelligenz und sonstige radikale Elemente zu vernichten.
In Heydrichs Schreiben vom 2. Juli 1941 hieß es (x036/90):
>>... Zu exekutieren sind alle
Funktionäre der Komintern (wie überhaupt die kommunistischen Berufspolitiker schlechthin),
die höheren, mittleren und radikalen unteren Funktionäre der Partei, der Zentralkomitees, der Gau- und Gebietskomitees,
Volkskommissare,
Juden in Partei- und Staatsstellungen,
sonstigen radikalen Elemente - Saboteure, Propagandeure, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.<<
Am 27. Juli 1941 unterschrieb Generalfeldmarschall Keitel auf Weisung Hitlers einen Befehl, der Reichsführer SS Himmler die Vollmacht gab, völlig unabhängig von der deutschen Wehrmacht, in eigener Verantwortung zu handeln (x030/198). Mit dieser verhängnisvollen Weisung erhielt Himmler den "Freibrief" für die geplanten "Säuberungsaktionen" in den osteuropäischen Besatzungsgebieten. Himmlers Einsatzgruppen konnten danach noch ungestörter schalten und walten.
Die Einsatzgruppe A meldete am 15. Oktober 1941 die Liquidierung von bisher 125.000 Juden und 5.000 anderen Personen (x033/214).
Am 31. Oktober 1941 notierte SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski, später Chef der "Bandenkampfverbände" für die gesamte Ostfront, für den Raum Estland 35.000 Erschießungen von jüdischen Zivilisten (x030/16).
Fast sämtliche SS- und SD-Sondereinsatzkommandos wurden von ausgestoßenen Offizieren der deutschen Wehmacht oder der Waffen-SS geführt. Bei den Degradierten handelte es sich vielfach um zum Tod verurteilte und später begnadigte Soldaten. Diese ehemaligen deutschen Offiziere trugen grundsätzlich keine Dienstgradabzeichen der deutschen Wehrmacht oder der Waffen-SS. Die Angehörigen der SS- und SD-Einheiten waren größtenteils zwielichtige Gestalten (zunächst Wilddiebe und ähnliche Straftäter). Die deutschen und ausländischen SD-Sondereinheiten erkannte man sofort an den buntscheckigen Kampfanzügen und besonderen Kragenspiegeln mit Karabiner mit Handgranate.
Die SS- und SD-Sondereinsatzgruppen entwickelten sich schnell zum Sammelbecken für den Abschaum des deutschen Volkes. Drückeberger und Feiglinge, die um jeden Preis den Kampfeinsatz in den vorderen Frontlinien vermeiden wollten, fanatische Nazis, grausame Sa-

disten, krankhafte Triebtäter, habgierige Plünderer und unehrenhaft entlassene Wehrmachtsangehörige sowie sonstige Verbrecher konnten sich damals in diesen Sondereinsatzgruppen vollkommen ungestört und zügellos in den eroberten Gebieten hinter der deutschen Kampffront austoben.
Zur Bekämpfung der "reichsfeindlichen Elemente" Osteuropas setzte Himmler später auch verstärkt ausländische "Einsatzkommandos" aus dem Baltikum, der Ukraine und anderen sowjetischen Republiken ein. Die russische Sturmbrigade "RONA" bzw. die Russische Nationale Befreiungsarmee, unter Führung von Brigadeführer Kaminski, war besonders gefürchtet (x043/425).
Nach Beendigung der Kämpfe und dem schnellen Vormarsch der deutschen Wehrmachtstruppen rückten sofort die berüchtigten Einsatzkommandos der SS, Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in die eroberten ostpolnischen und sowjetischen Gebiete ein. Diese "Einsatzkommandos" sollten zwar offiziell die feindlichen Partisanen hinter der deutschen Kampffront bekämpfen, aber ihre eigentliche Sonderaufgabe war es, daß Ostjudentum vollständig auszurotten.
Für den Einsatz dieser Todesschwadronen war Himmler, Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, dem alle Einsatzgruppen des Reichssicherheitshauptamtes unterstanden, persönlich verantwortlich. Keitels Vollmacht, die Hitler anordnet hatte, garantierte den deutschen Sondereinheiten absolute Bewegungsfreiheit und Straffreiheit für alle Vergehen, die gegen sogenannte "Träger des jüdisch-bolschewistischen Systems" begangen wurden.
Da die SS- und SD-Einsatzgruppen auch mit äußerster Brutalität gegen die Partisanen vorgingen und bei ihren Einsätzen grundsätzlich keine Gefangenen machten, setzten sich die Partisaneneinheiten überall verzweifelt zur Wehr. Die SS- und SD-Sondereinheiten verzeichneten während der mörderischen "Strafexpeditionen" gewöhnlich hohe Verluste. Infolge dieser hohen Ausfälle durchsuchte man dauernd die deutschen Zuchthäuser, Konzentrations- und Militärstraflager nach "geeigneten Kräften", um die Verluste der SD-Einheiten auszugleichen. Im Rahmen dieser angeblichen "Bandenbekämpfung" ließ Himmler praktisch jeden Straftäter einsetzen, wie z.B. Mörder, Berufsverbrecher, Zuhälter und sonstige "asoziale Elemente".
Die SS- und SD-Terroreinheiten unterstanden keinem Kriegsrecht, alles war erlaubt. Überall, wo diese zügellosen Marodeure auftauchten, verbreiteten sie in Windeseile tödliche Furcht und Schrecken unter der osteuropäischen Bevölkerung. Mord und Totschlag, Vergewaltigungen, Plünderungen und Brandstiftungen waren an der Tagesordnung. In der Sowjetunion waren die SS-Strafexpeditionen gegen die Partisanen nebensächlich, denn in erster Linie sollte das osteuropäische Judentum vernichtet werden.
Die deutschen Todeskommandos und ausländischen "Sturmbrigaden" ließen regelmäßig entsetzliche Spuren des Todes und der Verwüstung zurück. Im Verlauf der unvorstellbaren Menschenjagden und Mordorgien zerrten die SS- und SD-Erschießungskommandos willkürlich Tausende von ahnungslosen jüdischen Zivilisten aus ihren Wohnungen und metzelten sie anschließend nieder. Angebliche Partisanen und völlig unbeteiligte Zivilisten - Frauen, Kinder und alte Menschen - mußten sich vor langen Panzergräben aufstellen und wurden danach gnadenlos mit Maschinengewehren niedergemäht.
Im Raum von Riga und Minsk verfügten einige Todesbrigaden bereits ab 1941/42 über "fahrbare Gaskammern" in umgebauten Lastkraftwagen, um die ahnungslosen, vielfach arbeitsuntauglichen Menschen schon während der Fahrt nach den Massengräbern heimtückisch zu vergasen.
In der Sowjetunion setzten die SS-Totenkopf-Brigaden insgesamt 18.048 Mann ein (x036/-171). Die SD-Sondereinheiten "operierten" durchschnittlich mit 5.000-10.000 Mann. Sie wurden von Ende 1940 bis 1944 in Polen, der UdSSR, Jugoslawien, Ungarn und in der Slowakei eingesetzt.

Bis Ende 1941 brachten die SS- und SD-Einsatzgruppen etwa 0,5-1,0 Millionen sowjetische Juden und angebliche sowjetische Partisanen hinter der deutschen Ostfront um (x041/112, x036/43).
Als 1941/42 führende Wehrmachtsbefehlshaber energisch gegen die SS- und SD-Massenmordaktionen protestierten, ordnete Himmler, wegen der besseren Geheimhaltung, die Massentötung in speziellen Vernichtungslagern an.
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim schrieb später über die Erteilung der Vernichtungsbefehle an die SD-Einsatzgruppen (x036/117): >>... Bemerkenswert ist nach allem, daß der allgemeine Vernichtungsbefehl an die Einsatzgruppen nicht – wie bisher angenommen – als in sich geschlossene Weisung an einem bestimmten Ort, zu einer bestimmten Zeit ergangen ist; es sind vielmehr mehrere Einzelweisungen erlassen worden, die zusammengefaßt, schließlich das ergaben, was wir im Sprachgebrauch heute unter dem "Führerbefehl" verstehen:
Am Anfang stand die am 17. Juni 1941 in Berlin von Heydrich verkündete Weisung zur Anstiftung von Pogromen. Vermutlich gleichzeitig oder einige Tage später folgte der Auftrag, alle Juden in Partei- und Staatsstellen sowie sonstige "radikale Elemente" zu liquidieren. Im Rahmen dieses Auftrages begann man jüdische Männer – insbesondere im wehrfähigen Alter – "zur Vergeltung" und aus anderen nicht stichhaltigen Gründen zu exekutieren.
Das Ende der Entwicklung war schließlich der Befehl, auch Frauen und Kinder jüdischer Abstammung der physischen Vernichtung zuzuführen. ...<<
Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim schrieb später über die Einsatzgruppen sowie die mobilen Einheiten des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, die nicht der deutschen Wehrmacht unterstanden (x051/142-143): >>... Am bekanntesten ist der Einsatz der Einsatzgruppen im Rußlandfeldzug. Dafür wurden 4 Einsatzgruppen mit der Bezeichnung A, B, C, und D aufgestellt, die den Heeresgruppen Nord, Mitte, Süd und der 11. Armee zugeteilt waren; den Einsatzgruppen unterstanden jeweils 4-5 Sonder- bzw. Einsatzkommandos etwa in Kompaniestärke, die sich aus Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD zusammensetzten. Später kamen noch Angehörige der Polizei-Reserve-Bataillone 9 bzw. 3 und des Bataillons der Waffen-SS V hinzu, die zugweise auf die Kommandos verteilt wurden.
Die Einheiten wurden durch Hilfswillige und einheimische Miliz verstärkt. Zu den sicherheitspolizeilichen Aufgaben gehörte die Bekämpfung "reichsfeindlicher Elemente", namentlich gemäß "Führerbefehl" die Vernichtung der Juden als Träger des bolschewistischen Systems. Auf Befehl von Heydrich lösten die Einsatzgruppen in den ersten Tagen des Feldzuges durchweg nur Pogrome aus, denen Exekutionen wehrfähiger Männer jüdischen Glaubens aus vorgeschobenen Gründen – wie z.B. Unterstützung von Partisanen, Brandlegung - folgten. ungefähr seit August 1941 wurden alle Juden - auch die Frauen und Kinder erschossen. …
Von der Jahreswende 1941/42 wurden zur Tötung der Juden "Spezial-Gaswagen! eingesetzt, um die Massenvernichtungen zu beschleunigen.
Das Ausmaß der Vernichtungsaktionen ergibt sich aus den erhalten gebliebenen sogenannten Ereignismeldungen, später Meldungen aus den besetzten Ostgebieten, in denen die Berichte der Einsatzgruppen an das Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßt waren. …
Die Gesamtzahl der Opfer dürfte sich auf mindestens 900.000 Menschen belaufen. Gegen die ehemaligen Angehörigen der Einsatzgruppen wurden nach dem Krieg zahlreiche Verfahren geführt. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die Massenverbrechen der SS- und SD-Einsatzgruppen in der Sowjetunion (x046/200): >>... Die sowjetische Kriegspropaganda, die die Deutschen und deren Verbündete von Kriegsbeginn an der Begehung unerhörter Greueltaten bezichtigte, geriet anfangs doch in eine gewisse Verlegenheit, als es darauf

ankam, nun wirklich zugkräftige Beispiele aufzuzeigen. Zwar scheint das Wüten der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD gegen die jüdische Bevölkerung, wenngleich nicht in seiner Systematik, sondern mehr in seinen Umrissen, bekannt geworden zu sein. Und Ehrenburg selbst zitierte schon am 18. Dezember 1941 einen erbeuteten deutschen Heeresbefehl, der insofern aufschlußreich ist, als es den Soldaten in ihm untersagt wurde, den als 'unumgänglich' apostrophierten Maßnahmen der Einsatzgruppen auch nur als Zeugen beizuwohnen. ...<<

Nach den ersten NS-Massenvernichtungsaktionen gegenüber den europäischen Juden ab 1941/42 wurde "Hitler-Deutschland" durch die anglo-amerikanischen Massenmedien zu einer "vom Teufel besessenen Nation" erklärt. Infolge des unmenschlichen NS-Terrors machte sich schließlich fast niemand mehr die Mühe, zwischen Schuldigen und Unschuldigen zu unterscheiden, sondern man forderte kollektive Strafmaßnahmen (x025/157).